

Juden und deutsche Arbeiterbewegung bis 1933

Herausgegeben von
LUDGER HEID und
ARNOLD PAUCKER

*Schriftenreihe
wissenschaftlicher Abhandlungen
des Leo Baeck Instituts*

49

Mohr Siebeck

Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen
des Leo Baeck Instituts

49

Juden und deutsche Arbeiterbewegung bis 1933

Soziale Utopien und religiös-kulturelle Traditionen

herausgegeben von
Ludger Heid und Arnold Paucker



J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen

Eine Veröffentlichung des Salomon Ludwig Steinheim-Instituts für deutsch-jüdische Geschichte, Duisburg, und des Leo Baeck Instituts, London.

Dieses Open Access eBook wird durch eine Förderung des Leo Baeck Institute London und des Bundesministeriums des Innern und für Heimat ermöglicht.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Juden und deutsche Arbeiterbewegung bis 1933:

soziale Utopien und religiös-kulturelle Traditionen / hrsg. von Ludger Heid und Arnold Paucker. – Tübingen: Mohr, 1992

(Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo-Baeck-Instituts; 49)

ISBN 3-16-146016-2 / eISBN 978-3-16-163581-6 unveränderte eBook-Ausgabe 2024

NE: Heid, Ludger [Hrsg.]; Leo Baeck Institute: Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen . . .

© 1992 Leo Baeck Institute, London / Steinheim Institut, Duisburg / J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Dieses Werk ist seit 04/2024 lizenziert unter der Lizenz ‚Creative Commons Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International‘ (CC BY-SA 4.0). Eine vollständige Version des Lizenztextes findet sich unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Das Buch wurde gesetzt aus der Bembo und gedruckt von Gulde-Druck in Tübingen auf archivfähigem Werkdruckpapier der Papierfabriken Geb. Buhl, Ettlingen. Den Einband besorgte die Großbuchbinderei Heinr. Koch in Tübingen.

ISSN 0459-097-X

Inhaltsverzeichnis

Vorwort von LUDGER HEID und ARNOLD PAUCKER	VII
ARNO HERZIG	
Judenhaß und Antisemitismus bei den Unterschichten und in der frühen Arbeiterbewegung	1
WALTER GRAB	
Stephan Born. Organisator der deutschen Arbeiterschaft in der Revolution von 1848	19
MICHA BRUMLIK	
Antisemitismus im Frühsozialismus und Anarchismus	35
SHLOMO NA'AMAN	
Die Judenfrage als Frage des Antisemitismus und des jüdischen Nationalismus in der klassischen Sozialdemokratie	43
KURT KOSZYK	
Sozialdemokratie und Antisemitismus zur Zeit der Dreyfus-Affäre	59
ROBERT S. WISTRICH	
Eduard Bernsteins Einstellung zur Judenfrage	79
MARIO KESSLER	
Sozialismus und Zionismus in Deutschland 1897–1933	91
LAURENZ DEMPS	
Paul Singer, soziale Utopie, Judentum und Arbeiterbewegung	103
HANNA DELF	
„Wie steht es mit dem Sozialist?“ Sozialismus, Deutschtum, Judentum im Briefwechsel Gustav Landauers und Fritz Mauthners	115
GOTTFRIED NIEDHART	
Gustav Mayer als Historiker der deutschen Arbeiterbewegung: Anmerkungen zu seiner wissenschaftlichen Sozialisation	133
SUSANNE MILLER	
Jüdische Frauen in der Arbeiterbewegung. Rosa Luxemburg und Luise Kautsky	147

CHRISTL WICKERT	
Sozialistin, Parlamentarierin, Jüdin. Die Beispiele Käte Frankenthal, Berta Jourdan, Adele Schreiber-Krieger, Toni Sender und Hedwig Wachenheim	155
KLAUS-DIETER VINSCHEN	
Rosi Wolfstein-Frölich	165
LUDGER HEID	
„Proletarier zu sein und Jude dazu, das bedeutet unsägliches Leid . . .“ Sozialisten zur „Ostjudenfrage“	177
DONNA HARSCH	
Der Sklarek-Skandal 1929 und die sozialdemokratische Reaktion	193
JACOB TOURY	
Die Judenfrage in der Entstehungsphase des Reichsbanners Schwarz- Rot-Gold	215
Personenregister	237
Mitarbeiterverzeichnis	243

Vorwort

Die hier vorgelegte Sammlung von Aufsätzen, die als Sammelband innerhalb der Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Institutes erscheint, beruht auf der zweiten Tagung, die das Salomon Ludwig Steinheim-Institut für deutsch-jüdische Geschichte, Duisburg, gemeinsam mit dem Leo Baeck Institute, London, vom 17. bis zum 20. Dezember 1990 in Mülheim (Ruhr) veranstaltet hat. Der Band enthält die überarbeiteten und teilweise erweiterten Vorträge sowie vier weitere Beiträge von Autoren, die in Mülheim an der Teilnahme der Tagung verhindert waren. Innerhalb der „Schriftenreihe“ ist dieses nunmehr der siebente Sammelband zur Geschichte der Juden in Deutschland. Er ist zugleich ein Zeichen für die während der letzten Jahre immer intensiver gewordene Zusammenarbeit zwischen den Leo Baeck Instituten im Ausland und einzelnen Instituten in der Bundesrepublik Deutschland. Es sind zweifellos von dieser Zusammenarbeit insgesamt wichtige und richtungweisende Impulse für die Erforschung der deutsch-jüdischen Geschichte ausgegangen.

Die Mülheimer Tagung stand vornehmlich unter dem Thema „Soziale Utopien und religiös-kulturelle Traditionen. Juden und deutsche Arbeiterbewegung bis 1933“. Bestimmend hierfür war die Frage gewesen, inwiefern Judesein, Judenschicksal und jüdisch-ethische Motivation – bewußt oder unbewußt – jüdische Intellektuelle in die Reihen der sozialistischen Arbeiterbewegung im Kampf um soziale Befreiung und politische Macht gedrängt hatten. Wenngleich diese Frage, gemäß dem Anliegen der Veranstalter, in den Beiträgen und Debatten ein wichtiger Punkt geblieben war, hatten sich andere Themen – zuweilen in sehr erregten Diskussionen – gleichsam davor oder darüber geschoben. Inwiefern ist es berechtigt, von „Juden als Träger des Sozialismus“ zu sprechen? Gab es einen spezifisch jüdischen „Beitrag“ zur Arbeiterbewegung? Und vor allem: Wie war die Einstellung innerhalb der sozialistischen (später kommunistischen) Strömungen und Organisationen zu „Judenfrage“ und Antisemitismus? Insbesondere waren es die teilweise heftigen Kontroversen über die letztere Frage, die zuweilen die Diskussionen geradezu überschatteten. Diesem Tatbestand haben die Herausgeber bei der Wahl des Haupttitels des vorliegenden Bandes auch Rechnung tragen wollen.

Ohne Zweifel hat sich bei vielen jüdischen Intellektuellen – Männern wie Frauen – als Angehörigen einer so lange verfolgten und immer noch diskriminierten Minderheit – als Außenseiter der Gesellschaft – ein Gefühl der Solidarität mit anderen Unterdrückten entwickelt. Zumeist ihrer Religion bereits weitgehend entfremdet, haben hierbei unzweifelhaft bei vielen jüdischen Sozialisten

doch auch die jüdische Herkunft und jüdische Ethik als treibende Kraft gewirkt. Ähnlich wie bei nicht-gläubigen Christen läßt sich in dieser Haltung eine Ersatz-Religion konstatieren, die der neue Glaube an eine sozialistische Erneuerung der Menschheit bot. Und insbesondere bei jüdischen Sozialistinnen, als Jüdinnen und als Frauen benachteiligt, war ein Gefühl dreifacher Diskriminierung und Unterdrückung ein treibendes Moment, wenn sie sich mit dem ausgebeuteten Proletarierinnen solidarisierten. Alle diese Aspekte treten in einigen der Beiträge stark hervor. Auf unvergleichliche Weise ist dieses alles in den so bewegenden und oft zitierten Worten Arnold Zweigs zum Ausdruck gekommen, der bereits im Jahre 1934, in der Rückschau auf die Zeit vor der nationalsozialistischen Machtübernahme, von einem echten Bündnis zwischen jüdischen Intellektuellen und den Arbeiterparteien gesprochen hatte. Sie haben ihre Gültigkeit nicht verloren.

In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg war die Frage nach dem Stellenwert des Antisemitismus innerhalb der sozialistischen Bewegung – im Denken und Handeln der Gefolgschaft ebenso wie im Denken und Handeln ihrer Führer und Theoretiker – immer dringlicher gestellt worden. Ohne die Protagonisten dieser Diskussion zu nennen, möchte man meinen, daß die Beurteilung in Wellen verlief. Zunächst wurden unter dem unmittelbaren Eindruck des Judenmords insbesondere von jüdischen Historikern scharfe und zuweilen pauschalisierende Urteile gefällt. Es ist schließlich nicht verwunderlich, daß sich ihnen das Gefühl der auch von breiten Schichten der Arbeiterschaft im Stich gelassenen jüdischen Gemeinschaft bemächtigt hatte. Doch diese Einschätzung machte in der Folgezeit einem gemäßigeren und oftmals sogar ausdrücklich positiveren Urteil Platz. Die Herausgeber haben den Eindruck gewonnen, daß auf der Mühlheimer Tagung, die diesem Streit der Meinungen ein Forum geboten hatte, möglicherweise eine Art Synthese erreicht worden ist. Damit sei angedeutet, wie abgewogen die Referenten dieses heikle Thema behandelten. Von jedweder Unterbewertung antisemitischer Tendenzen in der sozialistischen Bewegung kann nicht die Rede sein. Andererseits stößt man in etlichen Beiträgen dieses Bandes wiederholt auf die Schlußfolgerung, daß die Arbeiterparteien das „antisemitische Erbe“ der zu ihnen stoßenden proletarischen Unterschichten am ehesten zu bewältigen verstanden, und daß die Auffassung von einem der sozialistischen Bewegung immanenten Antisemitismus einseitig und damit unhaltbar sei. Bei aller Anfälligkeit auch des Proletariats für Judenfeindschaft und antisemitische Vorurteile schneiden SPD und KPD besser ab als jede andere Partei. Es wäre hinzuzufügen, daß es ja in Deutschland – im Gegensatz etwa zu England und Amerika – kaum ein „eigenständiges“ jüdisches Proletariat gegeben hat. Hier sah sich die Arbeiterbewegung mit dem Problem einer mittelständischen bürgerlich-jüdischen Gemeinschaft innerhalb der deutschen Gesellschaft konfrontiert, einer Gemeinschaft, die schon aufgrund ihrer Sozialstruktur in ihrer überwältigenden Mehrheit jedwedem Klassenkampf abhold war und jede revolutionäre Transformation des Staatswesens ablehnte. Dieser Tatbestand sollte gewiß nicht aus den Augen verloren werden.

Verschiedene Autoren sind zudem der Frage nach der Einstellung der Arbeiterbewegung zum Zionismus nachgegangen. Es ist verständlich, daß sich gerade „nationaljüdisch“ ausgerichtete Historiker lobend über die wenigen Sozialdemokraten äußern, die schon früh ein Verständnis für die sich formierende zionistische Bewegung hegten. Die negative Haltung der meisten Theoretiker des Sozialismus gegenüber zionistischen Bestrebungen sollte man hingegen nicht ausschließlich an den von einer späteren mörderischen Entwicklung geprägten Maßstäben messen. Sicherlich handelt es sich auch hierbei um ein heikles Thema, welches hinsichtlich der politischen und sozialen Situation an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert die Gefahren einer rückblickenden Gleichsetzung von Antizionismus und Antisemitismus in sich birgt.

Gewisse Überschneidungen haben die Herausgeber als bei Sammelbänden unvermeidlich akzeptiert. Zurecht wird die Einstellung von Kautsky und Bernstein zu „Judenfrage“ und Antisemitismus in mehreren Beiträgen untersucht. Sie wird – je nach der historischen Fragestellung des Verfassers – auch unterschiedlich gewertet. Die Herausgeber sind sich ferner bewußt, daß in den Beiträgen die Zeitspanne 1918–1930 etwas, die Endphase der Weimarer Republik sehr zu kurz gekommen sind. Ein weiterer Band über Juden und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und über die Einstellung der illegalen Arbeiterparteien nach 1933 – des sozialistischen und kommunistischen Widerstandes – zur Judenverfolgung bleibt ein Desideratum. Hingegen – und das lag in der Absicht der Veranstalter – sind mit einigen Beiträgen dieses Bandes Brücken geschlagen worden zu einschlägigen Aspekten in der Entwicklung der Arbeiterbewegung in anderen europäischen Ländern. Dabei handelt es sich vor allem um Frankreich. Die Berücksichtigung des Problems der gegenseitigen „Befruchtung“ antisemitischer Denk- und Aktionsmuster erschien für die Thematik unumgänglich.

Einer unserer Autoren ist der verdiente Historiker der Arbeiterbewegung und des Sozialismus Professor Dr. Shlomo Na'aman, der in diesen Tagen seinen 80. Geburtstag begeht. Die Herausgeber und Mitarbeiter möchten diesen Sammelband somit auch als Ausdruck ihrer Hochschätzung seiner wissenschaftlichen Verdienste verstanden wissen und ihm an dieser Stelle ihren Gruß entbieten.

Ferner möchten die Herausgeber und Autoren allen denjenigen ihren Dank aussprechen, die ihnen bei der Fertigstellung des Bandes mit Rat und Hilfe zur Seite gestanden haben.

Ein besonderer Dank gilt Dr. Barbara Suchy, Düsseldorf, für ihre wertvolle Unterstützung sowie Werner Ripkens und Elfi Pracht, beide Duisburg.

LUDGER HEID

ARNOLD PAUCKER

Judenhaß und Antisemitismus bei den Unterschichten und in der frühen Arbeiterbewegung

von

ARNO HERZIG

Unbestreitbar ist der Antisemitismus ein primär bürgerliches Phänomen¹. Dies könnte bedeuten, daß in den politischen Traditionen, von denen sich die Arbeiterbewegung herleitet, bzw. im Selbstverständnis ihrer Trägergruppen der Judenhaß keine entscheidende Rolle gespielt hat.

Doch war gerade die Gruppe entscheidend an antisemitischen Aktionen im Vormärz und in der Revolution von 1848/49 beteiligt, die in der frühen Arbeiterbewegung eine wichtige Rolle spielte: das proletarisierte Kleinbürgertum, v. a. die Handwerker². Glaubt man den Chronisten der Frühen Neuzeit und im 19. Jahrhundert dann den Zeitungsschreibern, so waren es die Unterschichten, der „Pöbel“, die sich in erster Linie an den „Judentumulten“ beteiligten³.

Die eingangs getroffene Feststellung ist eher idealtypisch zu verstehen. Es hat auch in der frühen Arbeiterbewegung antisemitische Tendenzen gegeben, doch gelang es ihr, dieses negative Erbe früherer Jahrhunderte am ehesten zu bewältigen, wobei freilich nicht vergessen werden darf, daß die Arbeiterbewegung mit der Fixierung des Klassenfeindes auf ein eigenes spezifisches Antisymbol zurückgreifen konnte; dieses erfüllte durchaus seine integrierende Funktion, wie sie zeitweilig auch in der Arbeiterbewegung der Antisemitismus übernehmen mußte. Wie im Kleinbürgertum der Antisemitismus, so trug in der Arbeiterbewegung der Antikapitalismus durchaus Züge einer symbolischen Verkürzung, die sich schwierige Analysen komplizierter Prozesse ersparte, dagegen die Integration der Gruppe förderte. Dieses Inbeziehung-Setzen von bürgerlichem Antisemitismus und proletarischem Antikapitalismus ist nur funktional, nicht aber

¹ Reinhard Rürup, Sozialismus und Antisemitismus vor 1914, in: *Juden und jüdische Aspekte in der deutschen Arbeiterbewegung 1848–1918*, hrsg. v. Walter Grab, Tel-Aviv 1977, S. 203–225; Helmut Berding, *Moderner Antisemitismus in Deutschland*, Frankfurt/M. 1988, S. 78 ff.

² Arno Herzig/Günter Trautmann, Einleitung, in: Dies. (Hrsg.), *„Der kühnen Bahn nur folgen wir...“*. Ursprünge, Erfolge und Grenzen der Arbeiterbewegung in Deutschland, Bd. 1: Entstehung und Wandel der deutschen Arbeiterbewegung, Hamburg 1989, S. 11 ff.

³ Reinhard Rürup, Die Emanzipation der Juden in Baden, in: Ders., *Emanzipation und Antisemitismus*. Studien zur „Judenfrage“ der bürgerlichen Gesellschaft, Göttingen 1975, S. 37–73, S. 49 ff.; Rainer Wirtz, *„Widersetzlichkeiten, Excesse, Krawalle, Tumulte und Skandale“*. Soziale Bewegung und gewalthafter sozialer Protest in Baden 1815–1848, Frankfurt/M. 1981, S. 60 ff.

inhaltlich zu verstehen. Immerhin hatte der Klassenkampf (wenn auch nicht der Klassenhaß) durchaus seine historische Berechtigung, was vom Antisemitismus wohl nicht behauptet werden kann.

In der Arbeiterbewegung der 1840er bis 1870er Jahre gab es ohne Zweifel soziale Gruppen, denen bis dahin der Antisemitismus als ideologische Deutung durchaus plausibel erschien. Ich denke hier an die proletarisierten Handwerker, die sich vor allem in den süddeutschen Hep-Hep-Krawallen von 1819 und 1830 hervor getan haben. Ihnen stehen die Manufakturarbeiter nahe, die zumeist verarmte Handwerker waren und bei deren Fabrikemeuten in den 1840er Jahren zumindest in Prag und Wien antisemitische Aktionen festzustellen sind⁴. Offensichtlich waren diese Gruppen für antisemitische Deutungsmuster anfällig, was für eine weitere Gruppe der frühen Arbeiterbewegung, die Heimgewerbetreibenden, allen voran die Weber, nicht gilt. Bei ihrem Sozialprotest stoßen wir kaum auf judenfeindliche Aktionen. Auch bei den übrigen Unterschichten sind ausgesprochen antijüdische Aktionen nicht festzustellen. Eine weitere Gruppe, die im Gegensatz zum 18. Jahrhundert in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit zu den Hauptträgern antisemitischer Aktionen gehörte, stieß nicht zur frühen Arbeiterbewegung: ich meine die klein- und unterbäuerlichen Schichten. Die Arbeiterbewegung hat sich um diese Gruppen – von Ausnahmen abgesehen – auch nie ernsthaft bemüht.

Die folgenden Ausführungen gehen deshalb der Frage nach, welche Rolle der Judenhaß im 18. und beginnenden 19. Jahrhundert in den diversen Unterschichtengruppen gespielt hat und wie dieses „Erbe“ in der frühen Arbeiterbewegung bewältigt wurde. Unter Unterschichten verstehe ich hier, nach einer Definition von Jürgen Kocka, alle die, die nahe der Armutsgrenze oder darunter lebten, deren Subsistenzsicherung also längere Zeit oder gar immer gefährdet war. Diese Definition trifft freilich erst für die Zeit nach 1750 zu, als die ständische Gesellschaft zerbrach und ihre Ordnungsmuster immer mehr an Einfluß verloren⁵. Für die Zeit davor bezieht sich der Begriff Unterschichten eher auf die rand- bzw. außerständischen Gruppen.

Die aufgeklärten Historiker des ausgehenden 18. Jahrhunderts, die unter dem Einfluß von Dohm die Situation der Juden als Folge christlicher Repression deuteten, waren sehr schnell bereit, die Judenpogrome des Mittelalters und der Frühen Neuzeit als Aktion des „Pöbels“ zu deuten, womit sie die rand- und unterständischen Gruppen meinten. Aufgestachelt durch die Geistlichen, seien sie bereit gewesen, die abfälligen antijüdischen Auslassungen der Theologen in pogromartige Aktionen mit zumeist tödlichem Ausgang für die Juden umzuset-

⁴ Arno Herzig, Die Reaktion der Unterschichten auf den technologischen Wandel der Proto- und Frühindustrialisierungsphase in Deutschland, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 28 (1988), S. 1–26, S. 12.

⁵ Jürgen Kocka, *Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland*, Berlin/Bonn 1983, S. 38.

zen⁶. Dies war eine recht einseitige Sicht. Doch bis ins 19. Jahrhundert hinein hält sich der Topos, daß der sog. „Pöbel“ für alle antijüdischen Pogrome letztlich verantwortlich sei. In welcher Form dies zutrifft, gilt es zu untersuchen, doch ist sicher, daß die antijüdischen Ausfälle der christlichen Theologen beim „gemeinen Mann“ des 15./16. Jahrhunderts, aber auch noch später, nicht ohne Wirkung blieben und die Aggressionsschwelle gegenüber der jüdischen Minderheit besonders niedrig setzten.

Am folgenschwersten waren aus dem religiösen Bereich der Vorwurf des sog. Hostienfrevels und der Blutschuldflüge. Beim sog. Hostienfrevel handelt es sich um den Vorwurf, daß Juden durch gekaufte Christen beim Abendmahl Hostien entwenden ließen, um diese in okkulten Feiern zu zerstechen und somit die Kreuzigung Christi zu wiederholen. Geständnisse, die dies angeblich bezeugten, waren auf der Folter erpreßt, führten aber zu zahlreichen Pogromen, Hinrichtungen bzw. Vertreibungen wie 1510 aus dem Kurfürstentum Brandenburg. Die Einrichtung christlicher Kultstätten anlässlich solcher Ereignisse und die damit verbundenen Wallfahrten führten zur symbolischen Fixierung der „Judenschuld“ und damit zu einer erhöhten Aggressionsbereitschaft des einfachen Volkes⁷. Die Reformation drängte diesen Wunderglauben zurück, setzte aber an seine Stelle den Vorwurf, daß die Juden in ihren Gottesdiensten Christum lästerten und die christliche Religion verhöhnten. Wenn dies auch primär ein theologischer, also intellektueller Vorwurf war, so kam es in Preußen gestützt auf Eisenmenger und den getauften Juden Antonius Margaritha zu Beginn des 18. Jahrhunderts zu zahlreichen staatlichen Untersuchungen und Verboten bestimmter synagogaler Gebete⁸. Im „gemeinen Volk“ aber wurden dergleichen theologische Vorwürfe anders verarbeitet und über die konfessionellen Grenzen hinweg symbolisch festgehalten. Am 19. 7. 1727 meldete die *Ausburger Zeitung*, daß im Würzburgischen ein Zeitungssänger aufgetreten sei, „welcher ein gedrucktes Lied [vorgetragen], worinnen einige Juden von Schwabach beschuldigt worden, daß sie am letztverwichenen Karfreitag einen Hund gekreuzigt und dabei die Passions-Historie auf gotteslästerliche Weise vorgestellt hätten.“⁹ Der geschäftstüchtige Zeitungssänger hatte dieses Lied in mehreren 100 Exemplaren verkauft und zu Exzessen gegen Juden angestiftet, bis er schließlich im Würzburgischen auf „hochfürstlichen Befehl“ festgenommen wurde, um jeden sowohl vor weiterer Nachrede und Ausbreitung dieses sündlichen Gedichtes als

⁶ Arno Herzig, Die Anfänge deutsch-jüdischer Geschichtsschreibung in der Spätaufklärung, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 20 (1991), S. 50–75.

⁷ Rainer Erb/Werner Bergmann, *Die Nachtseite der Judenemanzipation. Der Widerstand gegen die Integration der Juden in Deutschland 1780–1860*, Berlin 1989, S. 242 ff.

⁸ [Anton Balthasar König], *Annalen der Juden in den preußischen Staaten besonders in der Mark Brandenburg*, Berlin [Reprint Berlin 1912], S. 140 ff.

⁹ Die Darstellung stützt sich auf die Akte: Staatsarchiv Würzburg (= Sta. Wzbg.) Miscell. 2872, fol. 1 ff. Hier auch die Zitate. Siehe ferner: S(alamon) Haenle, *Geschichte der Juden im ehemaligen Fürstenthum Ansbach*, Frankfurt/M. 1867, S. 129 f.; Ernst Schubert, *Arme Leute, Bettler und Gauner im Franken des 18. Jahrhundert*, Neustadt a. d. Aisch 1983, S. 159.

vor allem der Judenschaft hierdurch zugefügten Vorwurf und Nachteil halber jeden bei Vermeidung scharfer Strafe abzuhalten.“ Die Gleichsetzung des Leidens Christi mit der Hinrichtung des Hundes in dieser „erschrecklichen Tragödi“ des Bänkelsängers endete in der 34. Strophe mit einem Gebet¹⁰ und gab ihr so die Aura des Religiösen, so daß der Bänkelsänger Hans Jörg Herlein vor Gericht behauptete, „weilen er ohne dieß mit geistlichen Liedern seine Gewerbschaft treibe, habe er solches auch hierzu feilgetragen“. Die fürstbischöfliche Würzburger Regierung mußte feststellen, daß aufgrund dieses Liedes den Juden durch „den gemeinen Pöbel“ bereits viel Ungemach zugestoßen sei, sie auch mit Mord und Totschlag bedrohet worden“; sie verbot durch Edikt Druck und Vortrag des Liedes und warnte in fast schon frühaufgeklärter Weise vor „solcherlei der Judenschaft zugefügte Beleidigung“. Beim gemeinen Volk fanden die Behauptungen dieses Liedes offenkundig Glauben und versetzten es in Pogromstimmung. War hier eine geistliche Regierung nicht für, sondern gegen dererlei Behauptungen aufgetreten, so blieb es doch vielfach dem einfachen Klerus, katholischer wie lutherischer Konfession vorbehalten, v. a. in der Karwoche eine Pogromstimmung gegen Juden anzuheizen, die noch am Ende des 18. Jahrhunderts v. a. unter der ländlichen Bevölkerung große Zustimmung fand und in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts eng mit dem ökonomischen Antisemitismus der bäuerlichen und unterbäuerlichen Schichten, aber auch der Handwerker, zusammenging¹¹.

Aus dem Arsenal mittelalterlicher christlicher Vorurteile stammte ein weiterer Vorwurf, der ebenfalls noch im 19. Jahrhundert bei kleinbürgerlichen und bäuerlichen Schichten beider Konfessionen seine Gläubigen fand: die Ritualmordlüge, d. h. der Vorwurf des Mordes an Christenkindern, deren Blut die Juden angeblich zu kultischen Handlungen brauchten. Auch wenn Theologen und Juristen wie Osiander, Wagenseil und Beck bereits im 16. Jahrhundert gegen diese Auffassung argumentierten, so war die mittelalterliche Ritualmordlüge doch tief in der einfachen Bevölkerung verankert. In Franken z. B. wiederholten sich dergleichen Vorwürfe fortlaufend im 17. und 18. Jahrhundert und auch die Aufklärung änderte hieran wenig. Noch 1797 stand in Küps bei Bamberg ein Pogrom bevor, weil eine Bettlerin – wie sie später zugab – auf ihren Betteltouren mit der Lüge, ihr Kind sei knapp einem Ritualmord entgangen, besonders gute Geschäfte gemacht hatte. 6 Jahre später, 1803, wäre es in Uhlstadt und Sugenheim fast wieder zu Pogromen gekommen, als ein 2jähriges Kind vermißt wurde, das man dann später erfroren auffand. Die Pogromstim-

¹⁰ O Jesu Christe Gottes Sohn/Wir Christen betten Dich all an/ Laß dein Leyden, Marter und Peyn/ An uns doch nit verlohren seyn.

¹¹ Sehr aufschlußreich zu diesem Sachverhalt die Kindheitserinnerungen Salomon Ludwig Steinheims, in: *Salomon Ludwig Steinheim zum Gedenken. Ein Sammelband*. Hrsg. v. Hans-Joachim Schoeps, Leiden 1966, S. 179–222; Schutzjuden-Bürger – Verfolgte. *Die Geschichte der jüdischen Minderheit in Iserlohn*, bearb. v. Arno Herzig, Iserlohn 1984, S. 22; Klaus Gerteis, Leopold Sonnemann. *Ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Nationalstaatsgedankens in Deutschland*, Frankfurt/M. 1970, S. 11 ff.

mung wurde angeheizt durch „Briefe, Lieder und eifrig-christlich gesinnte Emissaire, [die] ausgeschickt [wurden], um alle Christen jener Gegend aufzuhetzen, dieses geträumte Verbrechen an allen Juden fürchterlich zu rächen und alle Israeliten zu vertilgen“, wie die aufgeklärten ‚Fränkischen Provinzialblätter‘ vermerkten¹².

Daß die Aufklärung diese Greuellüge nicht auszuräumen vermochte, zeigen die bekannten Pogrome 1819 in Dormagen und 1834 in den Kreisen Neuss und Grevenbroich. Auch zu diesem Zeitpunkt warf die Landbevölkerung den Juden der dortigen Gemeinden ernsthaft vor, Kinder zu rituellen Zwecken geschlachtet zu haben¹³. Noch 1892 wurde in Xanten der jüdische Metzger Buschhoff, bei dem die Leiche eines christlichen Knaben gefunden wurde, des Ritualmordes beschuldigt. In einem Schwurgerichtsprozeß wurde er zwar freigesprochen, aber in den Köpfen der einfachen Landbevölkerung spukte die Vorstellung vom kinderschlachtenden Juden weiter herum, woran die niedere Geistlichkeit beider Konfessionen nicht unschuldig war, wie eine Episode beweist, die der jüdische Lehrer Max Lazarus (1869 Trier – 1949 Kibbutz Jawne/Israel) aus Lübbecke im Reg. Bez. Minden berichtet:

„Der Leser mag wohl fragen: gehört der vorstehende, ausführliche Bericht zu meinen persönlichen Interessen, zu meinen Berufsobliegenheiten in örtlicher Hinsicht? Ich muß diese Frage leider bejahen. – Der Ausgang des Prozesses hätte doch überall zu einer Stimmung zugunsten der Juden und ihres Schrifttums führen müssen. Weit gefehlt. Den Feinden Israels war wohl durch den Ausgang des Prozesses die Waffe weiterer Beschuldigungen entrissen, aber das hinderte sie nicht, das alte Blutmärchen, wo sich die Gelegenheit bot, aufs neue aufzuwärmen. Ein Jahr nach dem Buschhoffprozeß konnte ich mich überzeugen, daß die Saat des Bösen in unserem Kreise aufgegangen war. Es war an einem Sonntagmorgen im Sommer. Im Kontor der Firma Nathan Ruben hatte eine Bäuerin aus der Umgegend einen fertigen Anzug gekauft. Ein Geschäftsangestellter, Anverwandter der Familie Ruben, packte den Anzug ein und wollte ihn verschnüren; er bat die zufällig im Kontor anwesende jüngere Tochter der Familie: „Thekla, reich mir das Messer!“ Er wollte den Bindfaden abschneiden. Da riß die Bäuerin vor Schrecken ein Fenster auf, sprang aus Parterrehöhe auf die Straße, lief aufs Amt und teilte dem Bürgermeister, der Sonntagsdienst hatte, den Verdacht mit, nämlich die Absicht des Kontoristen, an ihr einen Ritualmord zu verüben. Der vorurteilslose Bürgermeister Lüders warf sie zur Tür hinaus. Sie kehrte in Rubens Haus zurück und wollte ihr Kaufobjekt in Empfang nehmen. Herr Ruben, in heller Aufregung, versagte ihr in energischen Worten die Aushändigung des Kaufgegenstandes. Er verlangte nur zu wissen, wie die Bäuerin zu einer so furchtbaren Beschuldigung gekommen war. Da kam es an den Tag: daß nämlich der Pastor ihres Dorfes – ich weiß seinen Namen und Kirchenbezirk – in Versammlungen die Frage des Ritualmordes bejaht hatte. Auch andere Pastoren im Kreise hielten in jener Zeit Versammlungen in gleichem, üblem Sinne ab.“¹⁴

¹² *Fränkische Provinzialblätter* 3, S. 292 ff.; Schubert (wie Anm. 9), S. 160.

¹³ Stefan Rohrbacher, Die ‚Hep-Hep-Krawalle‘ und der ‚Ritualmord‘ des Jahres 1819 zu Dormagen, in: *Antisemitismus und jüdische Geschichte. Studien zu Ehren von Herbert A. Strauss*, hrsg. v. Rainer Erb u. a. Berlin 1987, S. 135–147, S. 137 ff.

¹⁴ Max Lazarus, *Erinnerungen*, Dortmund 1967, S. 30 ff. Hier auch das Zitat.

Sicher hielten sich diese religiösen Stereotypen am längsten in der noch christlich bestimmten Landbevölkerung und fanden schon deshalb keinen Eingang in die Arbeiterbewegung, aber sie zeigen, wie zählebig dergleichen Vorstellungen aus dem Mittelalter fortwirkten und zumindest in der Alltagskultur der ländlichen Bevölkerung ihren Platz hatten.

In ihrer Wirkung bedeutender für antisemitische Tendenzen in der frühen Arbeiterbewegung war eine andere Tradition, die auf die Subsistenzproteste der Unterschichten in der Frühen Neuzeit zurückging und die eine direkte Linie zum Antikapitalismus der frühen Arbeiterbewegung herstellt. Bei diesen Subsistenzprotesten ging es in Notzeiten um die Sicherstellung von Getreide/Brot zum „angemessenen oder gerechten“ Preis. Die Unterschichten rottierten – wie es zeitgenössisch hieß –, wenn die Obrigkeit ihrer Pflicht nicht nachkam und das Angebot zum „gerechten Preis“ auf dem Markt nicht sicherstellen konnte. Die Unterschichten, bzw. der „Pöbel“, griffen dann zur Selbsthilfe und zwangen die Händler, ihr Getreide/Brot zum angemessenen Preis zu verkaufen. Zu Konflikten kam es dabei sehr häufig, wenn auf dem lokalen Markt kaum noch Getreide angeboten wurde, vor den Augen der Bevölkerung v. a. in Hafenstädten aber Schiffe oder andere Transporte mit Getreide für den Export beladen wurden. Wie sich zeigt, betrachteten die Unterschichten das Marktgeschehen unter einem moralischen Aspekt, eine Anschauung, die mit einem Marktverhalten in Konflikt geraten mußte, das sich an kapitalistischen Maßstäben orientierte. Der Kaufmann, der gemessen an seiner kapitalistischen Ethik, durchaus richtig handelte, wenn er das knappe Marktangebot nutzte, um seine Ware möglichst teuer zu verkaufen, verstieß damit gegen die moral economy der Unterschichten. Die Folge waren nicht nur durch Gewalt erzwungene Preisfestsetzungen, sondern auch Bestrafungsaktionen für den „Wucherer“, wobei v. a. die Attribute des – wie man meinte zu Unrecht erworbenen – Reichtums zerstört wurden. Bis in die Protestaktionen der frühen Arbeiterbewegung in den 1860er und sogar noch in den 1870er Jahren herrschte dieses Verständnis vor¹⁵.

Es ist interessant, daß bei einem der frühesten Subsistenzproteste, die für Deutschland überliefert sind, jüdische Händler involviert waren. 1699 kam es im Fürstbistum Bamberg zu „wüsten Pöbelexcessen gegen Juden“, von denen allerdings nur die Ereignisse in der Stadt Bamberg als Subsistenzproteste gemäß den Regeln der moral economy zu begreifen sind¹⁶. Den Exzessen, die sich im Anschluß daran in den Bambergischen Dörfern und Kleinstädten ereigneten, lagen andere Motive zugrunde. Die 1690er Jahre waren typische Hungerjahre

¹⁵ Arno Herzig, *Unterschichtenprotest in Deutschland 1790–1870*, Göttingen 1988, S. 22–31.

¹⁶ Staatsarchiv Bamberg B 71¹ Nr. 2: Berichte des Bamberger Statthalters Carl Sigmund v. Aufsess vom 29. 4. und 1. 5. 1699 (Hier auch die Zitate); A(dolph) Eckstein, *Geschichte der Juden im ehemaligen Fürstbistum Bamberg*, Bamberg o. J. (1898), S. 24 ff.; Rudolf Endres, Ein antijüdischer Bauernaufstand im Hochstift Bamberg im Jahr 1699, in: *Historischer Verein Bamberg*. 117. Bericht (1981), S. 67–81; Zur Versorgungskrise in den 1690er Jahren siehe: Wilhelm Abel, *Massenarmut und Hungerkrisen im vorindustriellen Europa. Versuch einer Synopsis*, Hamburg/Berlin 1974, S. 259 ff.

des Type anciens. Das dadurch verknappte Marktangebot an Getreide in Bamberg wurde zudem geschmälert durch Getreideverkäufe an jüdische Händler aus Holland, die durch den Bamberger Bischof und gleichzeitigen Mainzer Kurfürsten Lothar Franz v. Schönborn (Reg. 1693–1729) getätigt wurden. Als am 21. 4. 1699 an der unteren Brücke in Bamberg die Schiffe mit dem Getreide für den Export beladen wurden, rottete sich der „Pöbel“ zusammen und drohte mit der Plünderung der Schiffe, da durch den Getreideverkauf dem „Bürgersmann die Nahrung an dem lieben Brod entzogen und nichts mehr an Korn zu feihlem Markth gebracht würde,“ wie die Protestierenden dem Statthalter erklärten¹⁷. Dieser versprach daraufhin täglich für den Markt eine ausreichende Menge an Getreide zur Verfügung zu stellen. Kritisch wurde es jedoch, als ca. 1 Woche später, am 29. 4. 1699, viele Bauern und Landbewohner in die Stadt kamen und nun ihrerseits dagegen protestierten, daß das auch auf dem Land knapp gewordene Getreide auf die Schiffe für den Export verladen wurde. Sie schritten gleich zur Tat, „fielen über die Getreidefuhren und die Schiffe her und raubten sie leer“, nachdem sie zuvor einen angemessenen Preis für das Getreide angeboten hatten: „und das Korn war von ihnen preis gemacht“¹⁸. Typisch für eine Aktion des Sozialen Protests ist dabei, daß sie das Korn nicht nur „plünderten“, sondern auch das Getreide ins „Wasser schütteten“, also vernichteten. Dergleichen spielte sich auch bei den Subsistenzaktionen 100 Jahre später ab, wenn der Händler auf das Preisangebot der Protestierenden nicht einging. Den Bestrafungsaktionen für „Wucherer“, wie sie im Rahmen der Subsistenzproteste üblich waren, entsprach bei dem Bamberger Aufstand, daß sich das „liederliche Gesindel“ (Aufsess) am Nachmittag noch einmal „zusammenrottete“ und die Häuser von Handelsjuden in Bamberg stürmte, die für die holländischen Händler als Aufkäufer tätig waren¹⁹. Die Aktionen richteten sich v. a. gegen Löw Natan und Moses Isaac, denen man offensichtlich die Hauptschuld an dem Getreidegeschäft mit den holländischen Juden gab. Entwendet wurden v. a. Geld und Silbergeschmeide. Das Militär machte dem ein Ende und verhaftete die Rädelsführer. Im Sinne der „guten Policey“ sorgte der Statthalter dafür, daß in Zukunft die Lebensmittelversorgung der Bamberger Bevölkerung gesichert war. Die Trägerschicht dieses Protests bildeten nach Angaben des Statthalters: „liederliches Gesindel und damit grobenteils Weibsvolk, aber auch Fischer, Krämer und Gärtner“²⁰.

Was sich allerdings wenige Wochen später an Judenpogromen in den Bambergerischen Dörfern und Kleinstädten ereignete und seinen Höhepunkt am 18. und 24. Mai 1699 erreichte, hat mit der Moral und Logik des Sozialen Protests nichts mehr zu tun. Hier richteten sich die Aktionen nicht mehr gezielt gegen bestimmte „Wucherer“ (im Sinne der Protestierenden), sondern gegen die Juden, denen man alles wegnahm und die man am liebsten aus den Orten

¹⁷ Zitat Bericht des Bamberger Statthalters (wie Anm. 16).

¹⁸ Zitat Ebda.

¹⁹ Zitate nach Eckstein (wie Anm. 16), S. 25.

²⁰ Zitate Bericht des Bamberger Statthalters (wie Anm. 16).

vertrieben hätte. Hauptakteure waren dabei weniger die Unterschichten, vielmehr in den Kleinstädten wie Krombach z. B. Krämer und Kaufleute, die – wie auch in anderen Städten nachweisbar – die jüdische Konkurrenz los sein wollten²¹, auf den Dörfern waren es die (weitgehend nicht in Armut) lebenden Bauern, aber auch Gärtner und Arme, die ihre judenfeindlichen Aktionen nach einem Zitat des Bürgermeister von Burgellern wie folgt begründeten: „Weil er (der Jude) die Bauern verringert so wollten sie es ihm ingleichen wieder thun.“²² Es sind die selben Argumente, die rund 130 Jahre später bei den bäuerlichen Judenpogromen angeführt werden, als die durch die agrarkapitalistischen Mechanismen der sogenannten Bauernbefreiung betroffenen Bauern die Juden schlugen und den Kapitalismus meinten.

Diese „symbolische Verkürzung“ angesichts der komplexen ökonomischen Vorgänge konnte kaum noch die Logik des sozialen Protests für sich in Anspruch nehmen. Die Aktionen des sozialen Protests, wie sie sich weit ins 19. Jahrhundert hinein abspielten, trafen zumeist bestimmte Kaufleute oder Manufaktur- bzw. Fabrikunternehmer, denen die Protestierenden unerlaubten Wucher auf Kosten der Gesamtheit vorwarfen. Darunter waren vereinzelt auch Juden, so 1847 bei den Hungerprotesten in Landsberg/Warthe, wo sich die Subsistenzproteste gegen den jüdischen Rittergutsbesitzer Louis Boas richteten²³. Statt in diesem Hungerjahr die Kartoffeln auf dem Markt zu einem „angemessenen Preise“ anzubieten, hatte Boas sie auf seinem Rittergut zu Schnaps verarbeiten lassen. Als die Kartoffelwagen am 19. 4. 1847 durch die Stadt fuhren, wurden sie von der Menge, zumeist Frauen und Kindern, gestürmt und geplündert.

Wenn Subsistenzproteste dieser Art sich auch gegen „Kornwucherer“ generell richteten, also gegen Kaufleute aller Konfessionen, so ist doch einschränkend festzustellen, daß bei Protesten gegen jüdische Kaufleute mehr mitschwang als nur der Protest auf der Basis der moral economy. Flugblätter, wie der Landsberger „Aufruf zur Unterdrückung der Juden und Kornwucherer“, lassen vermuten, daß auch Nicht-Angehörige der Unterschichten den Subsistenzprotest aus andern, nämlich Konkurrenzgründen, auszunutzen suchten, wobei sie durchaus mit Vorbehalten gegen „die Juden“ bei den Unterschichten rechnen konnten²⁴. Tradierte religiöse Deutungs- und demzufolge Handlungsmuster wirkten hier

²¹ So klagt z. B. der Paderborner Kaufmann Martin Klöckner im 17. Jht. in der „Westfälischen Chronik:“ O, wiewohl würde es alsßdann in den Kirchen Christi zugehen, und würden diese gottloße, verdambte Juden mit dem patrimonio christi desto weniger ihren pracht treiben, und mit ihrem verfluchten, schendtlichen, teuflischen wucher nicht so viel guter Ehrlicher leute in dießer Statt und Stift Paderborn betrogen, außgemergelt und außgesogen haben.“ Zitiert nach Hildegard Kraft, Die rechtliche, wirtschaftliche und soziale Lage der Juden im Hochstift Paderborn, in: *Westfälische Zeitschrift* 94 (1938), S. 101–204, S. 109.

²² Zitat nach Endres (wie Anm. 16), S. 74.

²³ Manfred Gailus, *Strasse und Brot. Sozialer Protest in den deutschen Staaten unter besonderer Berücksichtigung Preußens 1847–1849*, Göttingen 1990, S. 282 ff.

²⁴ Zitate Ebda. S. 284 f., 299. Über Protestaktionen gegen „geizige Kornjuden“ zur Zeit der Französischen Revolution siehe: Arno Herzig, *Französische Revolution und Unterschichten-*

unterschwellig mit, die den Juden zum Außenseiter stempelten und den Protestaktionen ein höheres Maß an Legitimation verliehen²⁵. Offenkundig wirkte sich hier eine gewisse Xenophobie aus, die sich bei manchen Unterschicht-Protesten gegen den Juden als „Fremden“ richtete, aber auch Engländer, Franzosen u. a. treffen konnte. Das ist offensichtlich auch das Motiv bei dem „Judenhaß, der bei Bootsleuten, Soldaten und anderm geringen Volk herrschte“, von dem Glückel von Hameln berichtet und der sich gegen die von Altona nach Hamburg kommenden jüdischen Händler richtete. Dieser „Judenhaß“ war nicht durchgängig. Glückel schildert auch andere Situationen, in denen sich die genannten Gruppen den Juden gegenüber loyal verhielten. Diese Xenophobie mochte auch bei manchem der Unterschichtenproteste im Vormärz und in der Revolution 1848/49 mitschwingen²⁶.

Generell kann jedoch festgehalten werden, daß judenfeindliche Aktionen der Unterschichten im Vormärz und in der Revolution 1848/49 eher die Ausnahmen bilden. Das Gros der damals sehr zahlreichen Judenpogrome, angefangen bei den Hep-Hep-Pogromen von 1819, über die Pogrome von 1830, 1843 oder 1847, 1848/49 gingen auf andere Trägerschichten zurück. Provoziert wurden diese Pogrome sowohl vom wohlsituierten Bürgertum, v. a. den Kaufleuten, so 1819 in Würzburg, 1830 in Hamburg und Karlsruhe oder 1843 in Minden²⁷. Wie schon im 16. Jahrhundert ging es diesen Gruppen auch jetzt darum, den jüdischen Konkurrenten vom Markt zu verdrängen, ihm zumindest nicht eine anerkannte gesellschaftliche Stellung zukommen zu lassen.

Eine weitere sehr wichtige Trägergruppe des Antisemitismus im Vormärz und in der Revolution 1848 bildeten die bäuerlichen und unterbäuerlichen Gruppen, die jedoch für die Arbeiterbewegung kaum von Relevanz waren. Das gilt auch für die Intellektuellen und Schriftsteller, die mit ihren Pamphleten, Traktaten und Theaterstücken den Antisemitismus nach dem abrupten Ende der Aufklärung hoffähig (oder besser: bürgerhausfähig) machten.

Für die Entwicklung der Arbeiterbewegung wichtig war jedoch der Antisemitismus einer weiteren Trägergruppe, nämlich der der Handwerker. Auch sie versuchten durch antijüdische Pogrome die Konkurrenz der Juden auszuschalten, wie 1819 in Heidelberg die Tischler, wobei ihnen die Protesterfahrung der Gesellen zu Hilfe kam, die immer noch glaubten, daß die Restauration der Zünfte ihre Proletarisierung aufhalten könnte. Ihr eigener sozialer Abstieg stand

protest in Deutschland, in: Helmut Berding (Hrsg.), *Soziale Unruhen in Deutschland während der Französischen Revolution*, Göttingen 1988, S. 202–217, S. 209.

²⁵ Siehe auch Erb/Bergmann (wie Anm. 7), S. 236.

²⁶ *Denkwürdigkeiten der Glückel von Hameln*. Aus dem Jüdisch-Deutschen übersetzt, mit Erläuterungen versehen und herausgegeben von Alfred Feilchenfeld, Frankfurt/M. 1987, S. 16, S. 220f.

²⁷ Wirtz (wie Anm. 3), S. 71 ff.; Moshe Zimmermann, Antijüdischer Sozialprotest? Proteste von Unter- und Mittelschichten 1819–1835, in: Arno Herzig/Dieter Langewiesche/Arnold Sywottek (Hrsg.), *Arbeiter in Hamburg*, Hamburg 1983, S. 89–94; Arno Herzig, Das Sozialprofil der jüdischen Bürger von Minden im Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert, in: *Mitteilungen des Mindener Geschichtsvereins* 50 (1978), S. 45–70, S. 58 ff.

nach eigener Einschätzung in krassem Gegensatz zu dem Aufstieg manches ehemaligen „Trödeljuden“, der sich nun als Geschäftsmann etablierte und mit Handwerksprodukten wie Möbeln, Textilien, Lederwaren dem Zunft Handwerk Konkurrenz machte. So waren Handwerker die Hauptträger des Heidelberger Judensturms. Als 1843 der Mindener Regiments-Auditeur Marcard die erste antisemitische Programmatik für das Kleinbürgertum schuf, gehörten neben den Kaufleuten, Gastwirten und kleinen Landwirten v. a. die Handwerker zu seiner Klientel²⁸. Neben Marcard war es Wolfgang Menzel (der „Franzosenfresser“ (Börne), der das soziale Abstiegs-Syndrom der Handwerker als entschuldigende Erklärung für deren Antisemitismus anführte. Die antijüdischen Ausschreitungen der Breslauer Handwerker von 1844, unter denen auch Lassalles Familie zu leiden hatte, begründete Menzel in der *Deutschen Vierteljahresschrift* damit, daß die „fortgeschrittene Industrie“ zu einer „unnatürlichen Ausartung des Gewerbewesens und einem Krankheitszustand des städtischen Lebens“ geführt habe. Darunter litten v. a. die Handwerker, die ihre Selbständigkeit verlören, sozial abstiegen und nun „von der Gnade eines reich gewordenen Kollegen oder jüdischen Spekulanten leben müssen.“²⁹ Einen „glimmenden Haß gegen die Juden“, „besonders bei Schneidern und Tischlern“ gegen die Juden konstatiert auch Wilhelm Wolff (Kasematten-Wolff) bei dem Breslauer Judensturm von 1844, ohne diesen aber näher zu begründen³⁰.

Der Handwerker-Antisemitismus dauerte bis ins späte 19. Jahrhundert fort, wie Shulamit Volkov aufgezeigt hat³¹, und es wird eine wichtige Frage bleiben, wie die frühe Arbeiterbewegung damit fertig geworden ist, in der in den 1860er Jahren die Handwerksgehilfen, aber auch -meister, eine wichtige Gruppe bildeten.

Von Bedeutung für die Entwicklung der Arbeiterbewegung und ihre Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus ist die Tatsache, daß von Prag und Wien abgesehen, in Deutschland bei den gleichzeitigen Fabrikprotesten des Protoproletariats keine judenfeindlichen Aspekte zu entdecken sind. In der Tradition der Subsistenzproteste richteten sich ihre Aktionen gezielt gegen den betreffenden Fabrikanten, der ihnen ihr Brot nahm.

Der bedeutendste jüdische Textilunternehmer Schlesiens, Kaufmann, war 1844 davon nicht betroffen³².

In Prag richtete sich der knapp 14 Tage nach dem schlesischen Weberaufstand stattfindende Fabrikensturm u. a. gegen die jüdischen Fabrikanten Epstein und

²⁸ Ebda, S. 60.

²⁹ Wolfgang Menzel, Aus Anlaß der Fabrikemeuten, in: *Deutsche Vierteljahresschrift* 1844, S. 371–405, S. 384.

³⁰ Wilhelm Wolff, Das Elend und der Aufruhr in Schlesien, in: Hermann Püttmann (Hrsg.), *Deutsches Bürgerbuch für 1845*, Darmstadt 1845, S. 174–202, S. 194.

³¹ Shulamit Volkov, Zur sozialen und politischen Funktion des Antisemitismus: Handwerker im späten 19. Jahrhundert, in: Dies., *Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert*. Zehn Essays, München 1990, S. 37–53.

³² *Juden in Preußen. Ein Kapitel deutscher Geschichte*. (Katalog), Dortmund 1981, S. 200ff.

Beer-Porges. Eine besonders judenfeindliche Note bekamen diese Aktionen jedoch, als das Militär die Versammlung der protestierenden Arbeiter auflöste und es daraufhin zu Ausschreitungen gegen jüdische Händler auf dem Tandler- und Kohlmarkt kam.

In Wien und Prag waren es weitgehend deklassierte Handwerker, die beim Fabrikensturm 1844 und 1848 zu judenfeindlichen Aktionen aufforderten. Da zahlreiche Wiener und Prager Textilunternehmer Juden waren, lag es für die dortigen deklassierten Handwerker nahe, den sozialen Niedergang des alten Handwerks mit dem ökonomischen Aufstieg dieser jüdischen Familien in Zusammenhang zu bringen. Und so mochte sich für manche das Problem recht verkürzt darstellen, wie es bei dem Wiener Walker Mathias Genger zu beobachten ist, der nach seiner Entlassung aus der Appreturfirma Zappert im März 1848 bei dem Maschinensturm in dieser Firma ausrief: „Wart’s ös Zappert-Leut, ös Judenklumpert, heute noch werden wir eure Maschinen zusammenschlagen“³³.

Für die zeitgenössischen Berichterstatter der antijüdischen Aktionen zwischen 1815 und 1848, aber auch in der bürgerlichen Selbstdarstellung, war es immer der „Pöbel“, der dergleichen Zerstörungen anrichtete. Doch für die meisten Judenstürme gilt wie bei denen 1819, 1830 und 1835 in Hamburg, daß nicht der Pöbel, sondern die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Gruppen der Kaufleute, Krämer und Handwerker die Träger dieser Proteste waren, der „Pöbel“, die Unterschichten, aber die Aktionen für ihre eigenen Ziele nutzten. Bezeichnenderweise richtete sich der Unterschichtenprotest nach dem Stadtbrand von 1842 nicht gegen die Juden, sondern gegen die „Engländer“. (Der Pöbel ließ sich hier auch nicht von „demokratischen“ Autoren wie Karl Baumeister und später dann von dem „Röttesten aller Roten“, Wilhelm Marr, zu judenfeindlichen Aktionen ermuntern.)³⁴

Halten wir fest: Die antijüdischen Aktionen des 18. und frühen 19. Jahrhunderts zeigen:

Es gab keinen ausgesprochen antijüdischen Sozialprotest der Unterschichten. Wurden Juden zu Opfern solcher Proteste wie den Subsistenzprotesten z. B., wurden sie nicht als „Juden“, sondern als „Wucherer“ wie andere Kaufleute auch bestraft. Es fällt jedoch auf, daß bei dergleichen Aktionen die Aggressionschwelle gegen Juden niedriger war als gegen andere „Opfer“. Die seit Jahrhunderten tradierten antijüdischen Feindbilder taten hier ihre Wirkung. Der Haß, der von den christlichen Kanzeln gegen die Juden als das Böse schlechthin gepredigt wurde, konnte leicht übertragen werden auf den Juden als Antisymbol für alle wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Umbruchphase zwischen 1750 und 1850. Nur waren dergleichen Erklärungsmuster für die Unterschichten nicht so plausibel wie für die proletarisierten Bauern und Handwerker, die ihren sozialen Abstieg in Kontrast zum sozialen Aufstieg jüdischer Unterschichten

³³ Wolfgang Häusler, Von der Manufaktur zum Maschinensturm. Industrielle Dynamik und sozialer Wandel im Raum von Wien, in: Renate Banik-Schweitzer u. a. (Hrsg.), *Wien im Vormärz*, Wien 1980, S. 32–56. Das Zitat S. 54.

³⁴ Zimmermann (wie Anm. 27), S. 94.

deuteten und in symbolischer Verkürzung hier die Ursache für ihre Misere ausmachten.

In die frühe Arbeiterbewegung wirkten die Unterschichten jedoch kaum hinein, da sie, abgesehen von den proletarisierten Heimgewerbetreibenden, als Lumpenproletariat ausgegrenzt wurden. Sowohl Marx wie Engels als auch Lassalle verurteilten ihre Protestaktionen, nahmen aber davon den schlesischen Weberaufstand aus, in dem sie das Zeichen einer neuen Bewegung sahen, obgleich sich hier nichts anderes abgespielt hatte als bei den Sozialprotesten in den Jahrzehnten, ja Jahrhunderten, davor³⁵. Wie in den 1840er Jahren so fehlte auch in den 1860er Jahren, als die Weber sich dem ADAV angeschlossen hatten, in der politischen Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner und dem liberalen jüdischen Abgeordneten und Fabrikanten Leonor Reichenheim eine antisemitische Note³⁶. Obwohl die konservative Presse immer wieder betonte, daß es sich bei Reichenheim um einen zugewanderten Juden handele, der es schnell zu Reichtum gebracht habe, nahmen die ADAV-Agitatoren diese Hetze nicht auf. Ihre Attacke galt dem hartherzigen Fortschrittsabgeordneten.

Die proletarisierten Heimgewerbetreibenden brachten keinen Antisemitismus in die Arbeiterbewegung. Dagegen spukte er im Kopf eines manchen Handwerkers, und auch die Parteipresse folgte, wenn auch nur selten, diesem antisemitischen Stereotyp. In einer fiktiven Erzählung „Bilder aus dem Arbeiterleben“ von Gustav Keutgen gerät der Handwerker Neumann „in die Krallen jüdischer Wucherer . . . , die ihn in steter Abhängigkeit haltend durch den Buchstaben des Gesetzes der Früchte seines Fleißes berauben“. Die Tendenz dieser Erzählung läuft darauf hinaus, den Juden Schuld an der Misere der Handwerker zu geben. Um antisemitische Vorurteile wachzurufen, läßt der Autor den jüdischen Geldleiher Elias im jüdischen Slang sprechen.

Das Bild von dem braven Handwerker, der in die Hände jüdischer Wucherer gefallen ist und dort sein Hab und Gut verlor, findet sich also auch im *Social-Demokrat*, der Zeitung des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins (ADAV)³⁷. Dabei mochte es sich um einen Ausrutscher handeln, von einem gezielten Antisemitismus, der die Handwerker in die Arbeiterbewegung locken sollte, kann nicht gesprochen werden.

Um einen Ausrutscher handelte es sich allerdings nicht mehr, als 1869 die ADAV-Agitatoren den Antisemitismus gezielt als Waffe gegen die neue Konkurrenzpartei, die SDAP unter Bebel und Liebknecht, einsetzten.

Es war nicht polemisch gemeint, wenn der ADAV sich in seinem Selbstverständnis als einzige sozialistische Arbeiterpartei hinstellte, die SDAP aber als

³⁵ Arno Herzig, Die politische Kultur der Unterschichten und ihre Bedeutung für die frühe Arbeiterbewegung, in: Arno Herzig/Günter Trautmann (Hrsg.), „Der kühnen Bahn nur folgen wir“. Ursprünge, Erfolge und Grenzen der Arbeiterbewegung in Deutschland, Bd. 1: Entstehung und Wandel der deutschen Arbeiterbewegung, Hamburg 1989, S. 83–100, S. 88 ff.

³⁶ Arno Herzig, The Role of Antisemitism in the Early Years of the German Workers' Movement, in: *Year Book XXVI of the Leo Baeck Institute*, London 1981, S. 243–259, S. 245.

³⁷ *Social-Demokrat*, Nr. 170 (15. 10. 1865), Nr. 72 (18. 10. 1865).

„Partei der Intelligenz“ diffamierte. Vor allem Tölcke, der wohl einflußreichste Funktionär zu dieser Zeit im ADAV und bedeutendste Agitator dieser Partei, beschwor immer wieder die Gefahr, daß die Arbeiterbewegung wie bereits 1851 im Kommunistenprozeß durch „die Intelligenzen“ an die Bourgeoisie verraten werden könnte³⁸. Diese beschränkte Deutung war jedoch äußerst effektiv, da der ADAV durch Schweitzers „Staatsstreich“, die Wahlniederlage von 1871, schließlich durch die Absetzung und Ausstoßung Schweitzers aus dem ADAV seine Geschlossenheit und Schlagkraft erheblich eingebüßt hatte. Es galt, eine neue Integration zu schaffen und dafür brauchte man ein Antisymbol, einen Gegner. Diesen fand man primär in den Literaten und „Intelligenzen“ der Fortschrittspartei und der SDAP. Und wie Lassalle in Aron Bernstein, so sah der *Social-Demokrat* ab 1870 in den „Preßjuden“ die primäre Gefahr für die Arbeiterbewegung. Die Attacke begann kurz vor Gründung der SDAP in Eisenach. Auf einer Versammlung am 1. 8. 1869 im Berliner Elysium, auf der über Streiks und die bevorstehende Gründung der SDAP diskutiert wurde, beschimpften Teilnehmer den jüdischen Literaten Adolf Hepner, der für die Gründung der SDAP eintrat, als „Judencanaille“ und schlugen ihn zu Boden³⁹. Weitere Aktionen folgten. Am 18. März 1870 versuchten einige ADAV-Anhänger in Berlin, den Schriftsteller Steinitz mit Brachialgewalt zu der Rücknahme der Behauptung zu zwingen, „Schweitzer sei ein Parteigänger der Regierung“. *Der Social-Demokrat* kommentierte diesen Vorgang mit dem Satz: „Was soll man denn mit diesen Preßjuden anfangen? Wenn diese Herren nicht wissen, was Anstand und Ordnung ist, so werden sie nötigenfalls durch Ohrfeigen belehrt werden“⁴⁰. Die Angst, die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung werde durch jüdische Intellektuelle zerstört, wuchs sich – vor allem bei Tölcke – zu einer Chimäre aus.

Es waren die jüdischen Intellektuellen in der Partei, die – so der *Neue Social-Demokrat 1872* – den ADAV durch ihren „maßlosen Eigendünkel“ in die Krise

³⁸ Artikel-Serie: „Der Allgemeine Deutsche Arbeiter-Verein und die Eisenacher ‚Ehrlichen‘“, in: *Neuer Social-Demokrat*, Nr. 133 (15. 11. 1872), Nr. 135 (20. 11. 1872), Nr. 138 (27. 11. 1872), Nr. 140 (2. 12. 1872), Nr. 142 (6. 12. 1872): „Hier tritt sofort die hinterlistige Absicht klar hervor, den Allgem. Dt. Arbeiter-Verein mit einem Schlage zu vernichten, – zugleich aber auch – wie ich weiterhin nachweisen werde – die grenzenlose, echt jüdische Arroganz, mit welcher die Leithammel der ‚social demokratischen (Arbeiter-)Partei‘ in ihrer knabenhaften Überhebung über Lassalle und sein Werk, dem Allgem. Deutsch. Arb.-Verein, sich als die allein berechtigten ‚Führer‘ der Arbeiterbewegung in Deutschland darstellen.“ – Ebda, Nr. 133 (15. 11. 1872). Tölckes Polemik richtet sich u. a. gegen Carl Hirsch, der 1869 eine Broschüre: ‚Die Organisation der deutschen Arbeiterpartei‘ publiziert hatte, in der Tölcke einen Verrat der Arbeiterbewegung an die Regierung sah, den er der „obsuren jüdischen Schreiberseele“ Carl Hirschs zusprach. Ebda, Nr. 135 (20. 11. 1872); Zu Tölcke und dem Antisemitismus im ADAV siehe: Arno Herzig, *Der Allgemeine Deutsche Arbeiter-Verein in der deutschen Sozialdemokratie. Dargestellt an der Biographie des Funktionärs Carl Wilhelm Tölcke (1817–1893)*, Berlin 1979, S. 86 ff.

³⁹ *Demokratisches Wochenblatt*, Nr. 101 (7. 8. 1863).

⁴⁰ Eduard Bernstein, *Die Geschichte der Berliner Arbeiter-Bewegung*, 1. Teil, Berlin 1907 [Reprint Glashütten 1972], S. 208. (Hier auch das Zitat.)

gestürzt hatten, allen voran Karl Hirsch⁴¹, und die dann in Eisenach die SDAP gründeten. Für die ADAV-Presse glich denn auch diese „Gründung“ in Eisenach aufs „Haar den unzähligen Gründungen der jüngsten Zeit“. Und das Blatt bleibt in seiner antisemitischen Polemik, wenn es fortfährt: „Hier wie dort steht in der Regel ein spekulativer Jude an der Spitze des ‚Konsortiums‘, wenn er auch nicht gerade Karl Hirsch heißt“⁴².

Verglichen mit der antisemitisch-antiintellektuellen Tendenz im ADAV der frühen 1870er Jahre ist die antisemitisch-antikapitalistische Variante nur eine Einzelercheinung bei Wilhelm Hasselmann und August Kapell. Sie ist jedoch insofern von Bedeutung, als Hasselmann verantwortlicher Redakteur der Parteizeitung und August Kapell einer der bedeutendsten ADAV-Agitatoren in Berlin war⁴³. Hasselmann und A. Kapell prägten das Schlagwort von den „Mühlendammern“ und appellierten damit an die primitivsten antisemitischen Vorurteile der Berliner Gründerzeit⁴⁴. Der Mühlendamm war das Berliner

⁴¹ Um ihn zu verunglimpfen, imitiert Tölcke in seiner Artikelserie: ‚Der Allgemeine Deutsche Arbeiter-Verein und die Eisenacher Ehrlichen‘ den jüdischen Slang: ‚Unser Carlchen Hirsch fing an zu werden ‚fürchterlich‘, nämlich zu schreiben eine ‚graußige Broschüre‘ gegen den Allg. Deutsch. Arb.-Verein! – ‚Es‘ hat darin aufgestapelt so vielen Vorrat von ‚Wissenschaftlichkeit‘ und ‚Organisation‘ in das Mauselloch-Berlin!‘ – *Neuer Social-Demokrat*, Nr. 135 (20. 11. 1872).

⁴² Ebda. Der *Volksstaat* der SDAP verzichtete aus „ästhetischen Gründen“ auf eine Widerlegung. *Volksstaat*, Nr. 95 (27. 11. 1872).

⁴³ Zur Persönlichkeit Hasselmanns vgl. Günter Bers, *Wilhelm Hasselmann 1844–1916. Sozialrevolutionärer Agitator und Abgeordneter des Deutschen Reichstages*, Köln 1973; Arno Herzig, *Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein*, S. 218f.; Wilhelm Hasselmann hatte sein Chemiestudium an der Berliner Universität abgebrochen und war 1867 von Johann Baptist v. Schweitzer in die Redaktion des *Social-Demokrat* aufgenommen worden. August Kapell war von Beruf Zimmermann. Er hatte einige Agitatoren-Theaterstücke verfaßt, in denen eine antisemitische Tendenz nicht nachzuweisen ist.

⁴⁴ Über eine Berliner ADAV-Veranstaltung am 27. 10. 1872, auf der „die alten Schimpfereien wie Juden, Buben, Schurken vorgebracht“ wurden und auf der „das Größte im Schimpfen... die Herren August Kapell, Finn und Aurin“ boten (*Demokratische Zeitung*), bringt der *Volksstaat*, Nr. 89 (6. 11. 1872) in Gegenüberstellung den Bericht der *Demokratischen Zeitung* und des *Neuen Social-Demokrat*. Es ist auffällig, daß die ADAV-Agitatoren ihre antisemitischen Hetztiraden nur in Berlin, bzw. in nächster Umgebung (Bernau) vorbrachten. Von dem Zimmerer Carl Finn, der von 1871 bis 1875 dem ADAV-Vorstand angehörte, liegt ein ausführlicher Bericht über eine Agitationstour vor, die er zusammen mit dem Zimmerer und ADAV-Agitator Otto Kapell, Bruder von August Kapell, im Juni und Juli 1872 durch Brandenburg, Posen und West- und Ostpreußen unternahm. In den zahlreichen Reden, die sie hielten, fehlt jegliche antisemitische Tendenz. Die Berichte sind abgedruckt in: August Bringmann, *Geschichte der deutschen Zimmererbewegung*, 1. Bd., Hamburg 1909, S. 198–207. Während Aurin und August Kapell nur zeitweilig den Antisemitismus in ihre Agitation einbezogen, ging Karl Finn in den 1880er Jahren zusammen mit dem Sozialdemokraten Körner zu den Antisemiten über. Als ehemaliger Vorsitzender des ‚Vereins zur Wahrung der Interessen der werktätigen Bevölkerung Berlins‘ war Finn – wie auch Körner – unter dem Sozialistengesetz aus Berlin ausgewiesen worden. Um den Preis, nach Berlin zurückkehren zu dürfen, hatten beide mit den Behörden die Abmachung getroffen, eine der Polizei genehme Arbeiterpartei, den Sozialen Arbeiterverein, zu gründen. In ihren Agitationsversammlungen mit dem Thema: ‚Die Juden-

jüdische Kleinhändlerviertel und der Ausdruck „Mühlendammer“ assoziierte alle schlechten Eigenschaften, die in der antisemitischen Polemik jüdischen Kaufleuten zugeschrieben wurden: Aufdringlichkeit, Neigung zum Betrug, Verschlagenheit und ähnliches. Selbst der *Volksstaat*, die Zeitung der SDAP, distanzierte sich bei der Erklärung des Schlagwortes „Mühlendamm“ nicht gänzlich von dieser Voreingenommenheit⁴⁵. In August Kapells Polemik wurden die Eisenacher zu „Mühlendammern“, deren Sitte es sei, „wenn sie zehnmal vorn herausgeworfen sind, doch hinten wieder hereinzukommen und zu fragen: ‚nisch zu handeln‘ – ‚nisch zu schachern?‘“ Und er fügte die aggressive Warnung hinzu: „Aber es könnten die Berliner Arbeiter doch mal dies satt bekommen“⁴⁶.

Das Hauptorgan der SDAP, der *Volksstaat*, zu dieser Zeit redigiert von Adolf Hepner, reagierte auf diesen rüden Antisemitismus recht ungeschickt. Anstatt gegen diese Polemik entschieden vorzugehen, konterte er verkrampft-ironisch. Mit den „Mühlendammern“, so schrieb der *Volksstaat*-Redakteur in einer Anmerkung zu Kapells Äußerung „sind unsere Berliner Parteigenossen gemeint, unter denen sich einige wenige junge Kaufleute befinden, an denen der Makel haftet, daß sie – acht Tage alt – wider Wissen und Willen beschnitten worden sind“. Eine grundsätzliche Auseinandersetzung unterblieb⁴⁷.

Mochten die ADAV-Agitatoren A. Kapell, Finn und Aurin das antisemitische Schimpfwort vom „Mühlendammer“ in die Agitation einbringen, um den Gegner auf der Basis niedriger Vorurteile zu diffamieren und um dadurch die Geschlossenheit in den eigenen Reihen zu erreichen, so steigerte Hasselmann den Antisemitismus in demagogischer Weise in seiner Agitation, um damit dem ADAV neue Wählerschichten und Anhänger – nämlich die Bauern – zu gewinnen. Die von Eduard Bernstein in den *Sozialdemokratischen Lehrjahren* geschilderte Wahlrede Hasselmanns in Bernau macht das deutlich⁴⁸. Sie richtete sich an die Bauern dieser Gegend, auf deren Vorurteil, daß der Jude an ihrem wirtschaftlichen Notstand schuld sei, Hasselmann offenkundig spekulierte. Er konnte sich

frage‘ ließen sie die damals in Berlin bekanntesten Antisemiten E. Heinrici, B. Förster und Pollatschek auftreten. Körner und Finn selbst bestritten ihr Programm mit antisemitischen Phrasen von Eugen Dühring, dessen Anhänger Körner einst in der Sozialdemokratie war, und den Schriften Ferdinand Lassalles. Doch gelang es ihnen nicht, eine größere Zahl Arbeiter der Sozialdemokratie abspenstig zu machen. Im Gegenteil, die Sozialdemokraten funktionierten Körners und Finns Veranstaltungen um und nutzten sie zur Artikulation ihres den Antisemitismus scharf verurteilenden Programms. Vgl. Eduard Bernstein, *Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung*, 2. Teil, Berlin 1907, S. 48 ff.; Georg Eckert, *Die Braunschweiger Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz*, 1. Teil (1878–1884), Braunschweig 1961.

⁴⁵ *Volksstaat*, Nr. 89 (6. 11. 1872): „Der ‚Mühlendamm‘ in Berlin ist die Hauptgend der Altkleiderhändler; meistens sind dies Juden und in der Regel sehr unreelle Leute, die zumal ihr Geschäft – das an sich jedenfalls nicht schlimmer ist als jedes andere – in einer auch äußerlich höchst widerwärtigen Weise betreiben“.

⁴⁶ *Neuer Social-Demokrat*, Nr. 126 (30. 10. 1872).

⁴⁷ *Volksstaat*, Nr. 89 (6. 11. 1872).

⁴⁸ Eduard Bernstein, *Sozialdemokratische Lehrjahre*, Berlin 1928, S. 25 ff.

dabei ihres Beifalls sicher sein und erreichte gleichzeitig, daß die Eisenacher als „jüdische Hintermänner“ aus dem Felde geschlagen wurden.

Hasselmann beließ es nicht bei seiner Polemik. Als Redakteur des *Neuen Social-Demokrat* und der *Socialpolitischen Blätter* versuchte er, gestützt auf einzelne Marx-, Lassalle- und Heine-Zitate zu beweisen, „daß die Juden den verkörperten Egoismus bilden und daß sie jahrhundertlang gescharrt, geschachert und betrogen haben“⁴⁹. Seine Schlußfolgerung aus dieser Feststellung lautet: „In dieser Beziehung hat allerdings die jüdische Nation mehr geleistet als alle Nationen der Welt“, und er fordert nicht nur dazu auf, „die [jüdischen] Preßbanditen auszurotten“, sondern „die Juden überhaupt, mit wenigen Ausnahmen, nicht durch, sondern in das rote Meer zu führen“. In der Variante zu der Marxschen Gleichsetzung von Judentum und Schacher findet sich dann bei Hasselmann die horrende Forderung: „Der Egoismus muß ausgerottet werden und für die, so nicht von ihm lassen wollen, wäre der Ersäufungstod nur eine Erlösung aus der Knechtschaft des teuflischen Egoismus“. Zur Unterstützung seiner Thesen druckte Hasselmann als erster in der Marx-Rezeptionsgeschichte Auszüge aus dessen Frühschrift *Zur Judenfrage* ab, um einmal diesen gegen die Eisenacher auszuspielen, sich gleichzeitig aber auch ein Alibi zu verschaffen, daß wie Marx auch „alle übrigen klar denkenden Sozialisten den jüdischen Stamm als den Kernpunkt der Bourgeoisgesellschaft auffassen und als einen Feind der Arbeitersache, welcher bei der Emanzipation des Proletariats notwendig untergehen muß“⁵⁰. Doch ging Hasselmann wesentlich über den Marxschen Standpunkt hinaus, und es steht außer Zweifel, daß er neben Wilhelm Marr zu den frühen Vertretern des *rassistischen Antisemitismus* gehört⁵¹.

Es wäre verkehrt, in Leuten wie Hasselmann Vertreter eines spezifisch „sozialistischen Antisemitismus“ zu sehen⁵². Auch wenn er für kurze Zeit mit seinen antisemitischen Tiraden einige Anhänger im ADAV Berlins gewinnen konnte, so ist Hasselmann doch eher ein Einzelfall mit psychopathischen Zügen.

Die Ideologie, die er vertrat, war alles andere als gradlinig. Sein Versuch, Lassalleanismus und Anarchismus auf einen Nenner zu bringen, beweist es. Mit seinem intriganten und mißtrauischen Wesen scheiterte er schließlich, als er nach 1875 versuchte, die mühsam geeinte deutsche Arbeiterbewegung wieder zu spalten. Trotz der Demagogie, mit der Hasselmann seinen Antisemitismus

⁴⁹ *Neuer Social-Demokrat*, Nr. 128 (3. 11. 1872).

⁵⁰ *Neuer Social-Demokrat*, Nr. 109 (20. 9. 1872), Nr. 130 (8. 11. 1872).

⁵¹ Die entgegengesetzte Ansicht vertritt: Rosemarie Leuschen-Seppel, *Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich. Die Auseinandersetzungen der Partei mit den konservativen und völkischen Strömungen des Antisemitismus 1871–1914*, Bonn 1978, S. 48.

⁵² Zur These vom „sozialistischen Antisemitismus“ und zur Problematik: Arbeiterbewegung und Antisemitismus siehe: Edmund Silberner, *Sozialisten zur Judenfrage. Ein Beitrag zur Geschichte des Sozialismus vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis 1914*, Berlin 1962, passim; Paul W. Massing, *Vorgeschichte des politischen Antisemitismus*, Frankfurt/M. 1959, S. 159ff.; Peter Pulzer, *The Rise of Political Anti-Semitism in Germany and Austria*, London 1988, S. 44f.; Robert S. Wistrich, *Socialism and the Jews. The Dilemmas of Assimilation in Germany and Austria-Hungary*, London 1982, passim.

vertrat, und des Versuchs, ihn mit allen publizistischen Mitteln zu verbreiten⁵³, blieb er letztlich im ADAV erfolglos.

Die Rezeption seiner antisemitischen Tiraden beschränkte sich auf einen Leserbrief im *Neuen Social-Democrat*, der jedoch offenkundig von keinem Arbeiter stammte, sondern von einem antisemitischen Intellektuellen, der Hasselmanns Haßtiraden mit einigen weiteren Zitaten anzureichern versuchte⁵⁴. Daß jüdische Literaten für die demokratische Presse und die Presse der „Eisenacher“ und damit gegen den ADAV schrieben, mochte manchem ADAV-Anhänger als „jüdische Bosheit“ erscheinen und ihn zu einem verwilderten Agitationsstil verleiten. Daß die miserable soziale Situation der Arbeiter aber durch das angeblich ausbeuterische jüdische Kapital verschuldet sein sollte, leuchtete keinem so recht im ADAV ein. Und so blieb Hasselmann letztlich erfolglos. Die zahlreichen Berichte mehrerer Agitationsreisen und -veranstaltungen der ADAV-Funktionäre dieser Zeit machen das deutlich. Antisemitische Äußerungen sind hier überhaupt nicht zu finden.

Es waren fatale Entgleisungen, nicht aber programmatische Versatzstücke der eigenen Ideologie, die die ADAV-Journalisten ihren Lesern zumuteten. Der Antisemitismus taugte auch nicht für das, was Lassalle als Rettung für die proletarisierten Handwerker angeboten hatte: die Produktiv-Assoziationen. Dieses Angebot war ein Ersatz für den Traum von einer heilen Zunftwelt, die – so glaubte man – der jüdische Händler als Konkurrenz bedrohte. Der Handwerker-Antisemitismus war deshalb in der Arbeiterbewegung nicht mehr virulent, gravierender war schon, daß ein gewisser Anti-Intellektualismus im ADAV sich als Antisemitismus gerierte. Obwohl man sehr stolz darauf war, daß der große jüdische Wissenschaftler Lassalle den ADAV mitgegründet hatte, sah man paradoxerweise in den (weitgehend) jüdischen Intellektuellen der Eisenacher das „trojanische Pferd“ der Bourgeoisie, das die Arbeiterbewegung zu überlisten trachtete.

Der Antisemitismus des ADAV war wie die zeitweilige Dühring-Begeisterung in der SDAP eine vorübergehende Erscheinung. Der Einfluß, den Eugen Dühring 1874–1877 auf die deutsche Sozialdemokratie gewann, und die dann einsetzende Auseinandersetzung mit ihm beweisen, daß die Sozialdemokratie

⁵³ In den *Sozialpolitischen Blättern zur Unterhaltung und Belehrung für die deutschen Arbeiter*, die Hasselmann zusammen mit Wilhelm Hasenclever herausgab und die als eine Art ‚Gartenlaube‘ für die Familien sozialdemokratischer Arbeiter gedacht waren, griff Hasselmann auch auf Klischeés des katholischen Antisemitismus zurück. *Sozialpolitische Blätter*, 3. Jg. (1873), S. 191. Dabei unterschied er zwischen „Hebräertum“ als „religiöser Sekte“ und dem „Judentum“ als „der weltlich(n), der schachernde(n)“. Als Maxime betont er dabei: „Unduldsam gegen religiöse Ansichten und Gebräuche darf ein verständiger Mensch niemals sein; gegen die schlechten Streiche und Gewohnheiten eines Stammes oder der Menschen überhaupt muß er aber unduldsam sein. – Deshalb werden wir auch nie gegen die Fleischbeschneidung der Hebräer ankämpfen, wohl aber gegen die Dukatenbeschneidung der Juden“. Ebda, S. 288. Zur Entwicklung des Antisemitismus in der katholischen Fraktion und im Zentrum vgl. Arno Herzig, *Judentum und Emanzipation in Westfalen*, Münster 1973, S. 114ff.

⁵⁴ *Neuer Social-Demokrat*, Nr. 137 (24. 12. 1872).

1877 noch kein Konzept gegen den bereits damals virulenten Antisemitismus besaß, ja daß man ihn überhaupt nicht wahrnahm. Weder in den Briefen von Liebknecht, dem engagiertesten Gegner Dührings in der Partei, noch in denen Brackes, Bebels, Bernsteins und Mosts, oder gar in der Auseinandersetzung mit Dühring-Anhängern auf dem Parteikongreß 1877 ist je die Rede von dessen Antisemitismus. Die Ausnahme macht Engels, der nicht nur in seinem Anti-Dühring, sondern auch in einem Brief an Marx 1876 von den drei „bêtes noires“ spricht, die Dühring verfolgten, nämlich: „Tabak, Katzen und Juden“⁵⁵.

Für Bebel stellten sich Dührings antisemitische Äußerungen lediglich als Polemik gegen eine Religion dar, die er von seinem atheistischen Standpunkt aus für nicht so abwegig hielt. In seiner Rezension über Dührings Buch *Cursus der National- und Socialökonomie*, die im März 1874 anonym im *Volksstaat* erschien, hebt er Dührings Versuch hervor, das „Falsche und Naturwidrige der Religion für den Sozialismus“ nachzuweisen, ohne dessen Bemerkung von der „hebräischen Infection“ auch nur mit einem Wort zu erwähnen⁵⁶. Nicht anders scheint auch Bernstein das Problem gesehen zu haben, der zwar – so behauptet er aus der Rückschau in seinen *Sozialdemokratischen Lehrjahren* – Dühring auf seinen Judenhaß angesprochen haben will, sonst aber in seinen Briefen aus dieser Zeit davon nichts erwähnt⁵⁷.

Die Stoecker-Bewegung zwang jedoch die Sozialdemokratie, in der Antisemitismus-Frage eine entschiedene Position zu beziehen. Nur am Rande hatte Engels in seinem Anti-Dühring das Antisemitismus-Problem gestreift, aber er hatte hier bereits die Position angesprochen, die ihn dann 1891 zu seiner grundlegenden Auseinandersetzung führen sollte: der Judenhaß als „wo nicht spezifisch preußische, so doch spezifisch ostelbische Eigenschaft“, der Antisemitismus also als Kampfzweck der Konservativen, der der Arbeiterbewegung gefährlich werden konnte⁵⁸. Engels und auch die Agitatoren der Arbeiterbewegung setzten dagegen auf den Klassenkampf und schufen damit für die Arbeiterbewegung ein eigenes Antisymbol. So verkürzt die Formel vom Klassenkampf die Situation des Arbeiters auch reflektieren mochte, sie verhalf der Arbeiterbewegung zumindest zu einer politischen Kultur, in der die jahrhundertealten Bilder vom Juden als Antisymbol verblaßten.

⁵⁵ Brief v. 25. 8. 1876 in: MEW 34, S. 26 f.

⁵⁶ Nr. 30 (13. 3. 1874), Nr. 33 (20. 3. 1874). Bebels anfängliche Begeisterung für Dühring, nachdem er dessen Werke während seiner Haft 1873/74 studiert hatte, geht deutlich aus seinem Brief am 18. 8. 1874 an Bernstein hervor, in dem er wünscht, Dührings Bekanntschaft in Berlin zu machen. August Bebel, *Ausgewählte Reden und Schriften*, Bd. 1, 1863 bis 1878, bearb. von Rolf Dlubek und Ursula Herrmann unter Mitarbeit von Dieter Malik, Berlin 1970, S. 591 ff.

⁵⁷ S. 52 ff. u. 58.

⁵⁸ *Der Sozialdemokrat*, Nr. 6 (6. 2. 1881). Vgl. Rosemarie Leuschen-Seppel, *Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich*, S. 94 ff.; Robert S. Wistrich, *German Social-Democracy and the Berlin Movement*, in: *IWK* 12 (1976), S. 433–442.

Stephan Born
Organisator der deutschen Arbeiterschaft
in der Revolution von 1848

von
WALTER GRAB

Seit dem Beginn der Industrialisierung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts umfaßte die bürgerliche Gesellschaft in Deutschland zwei Gruppen von Außenseitern, die beide – wenn auch aus verschiedenen Gründen – von den Machträgern diskriminiert und verachtet wurden und daher gleichermaßen an sozialem Wandel und an Demokratisierung interessiert sein mußten: die Proletarier und die Juden. In den vierziger Jahren lösten sich einige jüdische Intellektuelle von den Voraussetzungen ihres kollektiven Bewußtseins als Juden. Sie lehnten die bestehenden politischen und sozialen Strukturen ab, erkannten, daß ihre eigenen Emanzipationsbestrebungen mit den proletarischen Interessen zu vereinbaren waren, und entwickelten sich zu Pionieren der entstehenden sozialistischen Arbeiterbewegung. Einer ihrer bedeutendsten Repräsentanten war Stephan Born, der zu Beginn der Revolution von 1848 an der Spitze der Berliner Arbeiterschaft stand und in den folgenden Monaten die erste eigenständige und überregionale Organisation des deutschen Proletariats aufbaute*.

Stephan Born, dessen ursprünglicher Name Simon Buttermilch lautete, wurde am 28. Dezember 1824 in Lissa, einer Kleinstadt in dem zu Preußen gehörenden Großherzogtum Posen, geboren. Von den etwa 9000 Einwohnern seines Heimatortes waren knapp 40% Juden, die meist den traditionellen Lebensformen verhaftet waren; die Talmudschulen Lissas galten als religiöse Geisteszentren ersten Ranges¹. Simons Vater, Meir Buttermilch, gehörte zu jener Minderheit der jüdischen Gemeinde Lissas, die sich nicht mehr der rabbinischen Autorität unterwarf. Er wollte seine Söhne mit weltlichem Wissen ausstatten und schickte sie auf das deutsche Gymnasium der Stadt. Als jedoch der ältere Bruder David in Berlin mit dem teuren Medizinstudium begann, konnte der Vater das

* Ich danke bestens den Herren Laurenz Demps, Berlin, Peter Goldammer, Weimar, Arno Herzig, Hamburg und Hans Pelger, Trier, für die Mühe, die sie sich mit der Beschaffung von Unterlagen für die vorliegende Abhandlung gemacht haben.

¹ Auch der Revolutionär Ludwig Kalisch war Jude und stammte aus Lissa. Vgl. Julius H. Schoeps: An der Seite der Unterdrückten. Ludwig Kalisch (1814–1882) im Vormärz, in der Revolution von 1848 und im französischen Exil, in: Walter Grab und Julius H. Schoeps (Hrsg.), *Juden im Vormärz und in der Revolution von 1848*, Stuttgart/Bonn 1983, S. 331–351.

Schulgeld für Simon nicht mehr aufbringen, und dieser mußte das Gymnasium verlassen und ein Fach erlernen. David verschaffte ihm eine Lehrstelle in einer kleinen Berliner Schriftsetzerei. Im Jahre 1842 nahmen alle vier Brüder Buttermilch den Zunamen Born an; der Setzerlehrling änderte auch seinen Vornamen und nannte sich von nun an Stephan.

Ebenso wie andere als Juden geborene linksgerichtete Intellektuelle, die im revolutionären Sturmjahr hervortraten, wie Moritz Hartmann, Johann Jacoby und Ludwig Bamberger, glaubte Stephan Born an eine gemeinsame Lösung der jüdischen und der deutschen Schicksalsfragen. Aber im Gegensatz zu diesen Vorkämpfern der Demokratie lernte er die Misere des Arbeitsdaseins durch eigenes Erleben kennen. Obwohl er sein Fach bereits nach zwei Jahren beherrschte, mußte er fünf Jahre lang mit dem geringen Lohn eines Lehrlings auskommen. Er nutzte die wenigen freien Stunden zu seiner Weiterbildung und besuchte Vorlesungen an der Berliner Universität.

Gegen Ende seiner Lehrzeit trat er dem Handwerkerverein bei, einer – wie es in seinen Erinnerungen heißt – „Bildungsstätte für heranwachsende Revolutionäre“, wo er „den Lebendem einer für Deutschland nahenden neuen Geschichtsepoche atmete“², und fing an, sich in die sozialistische Ideenwelt zu vertiefen. Er begann seine publizistische Laufbahn mit einer anonymen Broschüre: „Der Verein zur Hebung der arbeitenden Klassen und die Volksstimme über ihn“, in der er, wie er schrieb, „einen Zipfel der sozialen Frage lüftete“³. Er übte an diesem von bürgerlichen Philanthropen begründeten Verein Kritik, weil er die Bevormundung des Proletariats durch die reichen und „genießenden Klassen“ ablehnte. Anstatt Almosen und moralisierender Mildtätigkeit forderte er ausreichenden Lohn für ehrliche Arbeit. Er warnte vor dem „Herannahen eines Sturms, welcher vielleicht bestimmt ist, allen unseren Institutionen einen gewaltigen Umsturz zu geben“⁴ und rief die Arbeiter zu solidarischer Vereinigung auf, um sich aus eigener Kraft von „Roheit und Unkultur“ zu befreien und „Gerechtigkeit ohne Blutvergießen“ zu erlangen⁵.

Ende 1846 verließ Born Berlin, um als wandernder Handwerksbursch nach Paris zu reisen. In Leipzig besuchte er den führenden Demokraten Robert Blum und hielt sich dann in Hamburg und Brüssel auf. In Paris fand er als Schriftsetzer Arbeit und machte die Bekanntschaft des um vier Jahre älteren Friedrich Engels, dessen Buch über die *Lage der arbeitenden Klasse in England* er schon in Berlin gelesen hatte. Er schloß sich eng an Engels an, der ihn mit den Grundzügen der Nationalökonomie bekanntmachte, und wurde Mitglied des „Bundes der Gerechten“, der sich im Sommer 1847 zum „Bund der Kommunisten“ umformte.

² Stephan Born: *Erinnerungen eines Achtundvierzigers*. Neuauflage hrsg. und eingeleitet von Hans J. Schütz, Berlin/Bonn 1978, S. 17, 20.

³ Ebda, S. 15.

⁴ Aus Borns Broschüre zitiert bei Wilhelm Friedensburg, *Stephan Born und die Organisationsbestrebungen der Berliner Arbeiterschaft bis zum Berliner Arbeiter-Kongreß (1840–September 1848)*, Leipzig 1923, S. 13.

⁵ Ebda, S. 14f.

Im Oktober 1847 wurde Born vom Zentralkomitee des Kommunistenbundes beauftragt, die Gemeinden in Lyon und der Schweiz zu besuchen, um den dortigen Mitgliedern die Irrtümer des Handwerkerkommunisten Wilhelm Weitling und des Anarchisten Wilhelm Marr zu erklären und sie mit den neuesten Erkenntnissen von Marx und Engels vertraut zu machen. In Bern, wo er einige Wochen als Buchdrucker arbeitete, verfaßte und veröffentlichte er eine Broschüre gegen den ultraradikalen Gewaltprediger Karl Heinzen, der Mitarbeiter von Karl Marx in der *Rheinischen Zeitung* gewesen war, sich mit ihm aber überworfen und die kommunistische Lehre heftig angegriffen hatte⁶. In seiner Kritik, die den Titel *Der Heinzensche Staat* trug, erklärte Born, daß die Herrschaft des Privateigentums am Elend der Proletarier Schuld trage, weil die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft sie der Möglichkeit zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit beraube. In Übereinstimmung mit den Konzeptionen von Marx bezeichnete Born den Staat als Instrument der herrschenden Klasse zur Unterdrückung der Beherrschten und sagte einen baldigen großen Entscheidungskampf voraus, in dem das Proletariat über die Bourgeoisie siegreich bleiben und das Privateigentum aufheben werde⁷.

Borns Schrift wurde von Marx und Engels wohlwollend zur Kenntnis genommen. Engels kündigte Marx die bevorstehende Ankunft Borns in Brüssel mit den Worten an: „Pauke ihn noch etwas ein, wenn er hinkommt, der Kerl ist von allen für unsere Sache am zugänglichsten“⁸.

Ab Herbst 1847 arbeitet Born einige Monate lang in der Setzerei der *Deutschen Brüsseler Zeitung*, des Organs des „Bundes der Kommunisten“, und veröffentlichte dort auch einige Gedichte⁹. Am 17. Jahrestag des Ausbruchs der polnischen Erhebung von 1830 hielt er Ende November vor den polnischen Flüchtlingen in Brüssel eine Rede, in der er eine soziale Revolution in ganz Europa voraussagte und diese – ganz im Sinne von Karl Marx – den nationalen Befreiungskämpfen der Völker überordnete¹⁰. Mit den Thronen würden die feudalen

⁶ Über Heinzens politische und publizistische Kämpfe in der Schweiz 1846/47 vgl. Walter Grab, *Dr. Wilhelm Schulz aus Darmstadt, Weggefährte von Georg Büchner, Inspirator von Karl Marx*, Frankfurt/M. 1987, S. 313f.

⁷ Vgl. Franziska Rogge: „Wir helfen uns selbst!“ *Die kollektive Selbsthilfe der Arbeiterverbrüderung 1848/49 und die individuelle Selbsthilfe Stephan Borns. Borns Leben, Entwicklung und seine Rezeption der zeitgenössischen Lehren*, Erlangen 1986, S. 71; Gerhard Beier: *Schwarze Kunst und Klassenkampf. Bd. 1, vom Geheimbund zum königlich-preußischen Gewerkverein (1830–1890)*, Frankfurt/M. 1966, S. 212; Friedensburg (Anm. 4), S. 38ff.; Kurt Wernicke: *Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung 1830–1849*, Berlin 1978, S. 124.

⁸ Zitiert bei: Friedensburg (Anm. 4), S. 42 und bei Max Quarck: *Der erste deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte der Arbeiterverbrüderung 1848/49. Ein Beitrag zur Theorie und Praxis des Marxismus*, Leipzig 1924, S. 44.

⁹ Die Gedichte Stephan Borns, die in der *Deutschen Brüsseler Zeitung* abgedruckt wurden, sind: Das Bettellied, in Nr. 91, 14. 11. 1847; An die Polen, Nr. 97, 5. 12. 1847; Das Wiegenland, Nr. 4, 13. 1. 1848; Die arme Dirne, Nr. 8, 27. 1. 1848. Außerdem veröffentlichte er dort den Aufsatz: Die deutschen Liberalen und die Schweizer Radikalen, in Nr. 99, 12. 12. 1847.

¹⁰ Vgl. Friedensburg (Anm. 4), S. 44.

Überreste verschwinden, aber auch die Bourgeoisie, die erst dabei sei, ihre volle Macht zu entfalten, müsse stürzen, damit die Polen und die anderen geknechteten Völker ihre Freiheitsrechte erlangen könnten. Diese Gedanken drückte auch sein Gedicht ‚An die Polen‘ aus, das die *Deutsche Brüsseler Zeitung* am 5. Dezember 1847 abdruckte und dessen letzte Strophe lautete:

„Die weite Welt erfüllt ein mächtig Ahnen,
Als sollten wir zu großer Tat uns Weih'n;
Nicht Menschen mehr soll'n sich zur Freiheit bahnen,
Die ganze Menschheit will befreit sein.“¹¹

Nach dem Sieg der Februarrevolution in Paris Ende Februar 1848 wurde die *Deutsche Brüsseler Zeitung* eingestellt. Marx wurde als bekannter Revolutionär verhaftet und unter Polizeibewachung an die französische Grenze gebracht, während Born Jenny Marx und ihre drei kleinen Kinder nach Paris begleitete.

Auf die Kunde vom Sieg der Berliner proletarischen Barrikadenkämpfer über das Militär am 18. März 1848 eilte Born in die preußische Hauptstadt, wo er zunächst bei seinem Bruder David wohnte, der im Haus Unter den Linden 28 eine ärztliche Praxis eröffnet hatte. Stephan Born nahm an den turbulenten Volksversammlungen teil, die jeden Abend stattfanden, und erkannte bald, daß der Sieg der Revolution nur dauerhaft gesichert werden konnte, wenn den Arbeitern und Handwerkern der Aufbau einer stabilen und kampfbereiten Organisation gelang.

In Übereinstimmung mit der Konzeption von Marx war es Borns Ziel, „die Bestrebungen des liberalen Bürgertums zu unterstützen und dabei zuerst auf eine Organisation des arbeitenden Volkes als Vorbedingung (einer) Arbeiterpartei hinzuwirken“¹². Er nahm in Berlin keine Arbeit mehr in seinem erlernten Beruf als Setzer an, sondern betätigte sich als Volksagitator und Journalist und bewies, daß er überragende Fähigkeiten besaß, um die Massen zu überzeugen, zu organisieren und zu mobilisieren. In wenigen Wochen wurde er zum Anführer der Berliner Arbeiterschaft und wurde von ihrer Sympathie von Stufe zu Stufe getragen. Er gründete eine Gewerkschaft der Buchdrucker, wurde zum Vorsitzenden ihres leitenden Ausschusses gewählt und führte einen Streik, um Erhöhung der Löhne und Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen zu erzwingen. Er hatte Schwierigkeiten, den Arbeitern Klassenbewußtsein beizubringen, weil sie die Unternehmer als ihre „Brotgeber“ ansahen und im Gewerbe noch das alte „System des patronalen Despotismus“ herrschte¹³. Der Streik war nur teilweise erfolgreich und endete mit dem Kompromiß.

Am 11. April konstituierte sich unter dem Vorsitz Borns das „Zentralkomitee für Arbeiter“, das sich aus 28 Vertretern verschiedener Berufsverbände zusammensetzte. In einer von Born verfaßten programmatischen Erklärung hieß es, daß die Arbeiter „nicht Zerstörung des Kapitals, sondern Verbesserung ihrer

¹¹ *Deutsche Brüsseler Zeitung*, Nr. 97, 5. 12. 1847.

¹² Born (Anm. 2), S. 65.

¹³ Ebd., S. 67.

Lage“ anstreben und einer Organisation bedürften, um mit den Unternehmern als gleichberechtigte Partner zu verhandeln. Diese Organisation werde das liberale Bürgertum im Streben nach Erlangung der „Herrschaft im Staate nach Kräften unterstützen“, bis der Feudalismus völlig ausgerottet sei. Die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit seien in Deutschland noch nicht so groß wie in England und Frankreich, und eine Vermittlung sei möglich, weil ein besseres Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in beiderseitigem Interesse liege. Die Macht der Arbeiter sei nicht so drohend und gefahrvoll, „als es die Furchtsamen, die Geizigen und Ehrgeizigen, die Diener der Reaktion auf der einen und die gedankenlosen Stürmer auf der anderen Seite meinen“. Die Arbeiter sollten sich jedoch keineswegs den Fabrikanten unterordnen, sondern vielmehr ihre „Mündigkeit“, die durch den „Sturz des Polizeistaats“ erlangt sei, ausnutzen. „Wir nehmen unsere Angelegenheiten selbst in unsere Hände und niemand soll sie uns wieder entreißen“¹⁴.

Born rief also weder zu Klassenversöhnung noch zu Klassenkampf auf, sondern appellierte an die Solidarität der Arbeiter, um durch ihre straffe Organisation ihre Macht zu stärken und die Bourgeoisie zu Konzessionen an das Proletariat zu veranlassen. Die Zukunftsutopie des Kommunismus hatte in dieser Konzeption keinen Platz. Die Arbeiter sollten in die Lage versetzt werden, um mit gesetzlichen Mitteln soziale Rechte im Rahmen einer parlamentarischen Demokratie zu erobern und bürgerliche Lebensbedingungen zu erringen. Das Zentralkomitee beschloß die Gründung einer proletarischen Massenorganisation in ganz Deutschland, der nicht nur Lohnarbeiter beitreten sollten, sondern all jene, deren Existenz von der „Macht des Kapitals“ und „der freien Konkurrenz“ gefährdet sei, also auch Bauern, Landproletarier, Heimarbeiter – kurz „der größte Teil der Nation“¹⁵.

Born machte sich keine Illusionen, daß dieses Programm zu einem dauernden Klassenfrieden zwischen Arbeit und Kapital führen werde; am 21. April schrieb er an Moses Heß: „Die Bourgeoisie wie die Arbeiter konsolidieren sich und werden sich in einigen Jahren als kompakte Massen gegenüberstehen“¹⁶.

Bei seinen Bemühungen, die Arbeiter zu organisieren und zu einer schlagkräftigen und kampffähigen Einheit zusammenzufassen, mußte er ihren politischen Horizont erweitern und darauf Rücksicht nehmen, daß ihr Klassenbewußtsein wenig ausgebildet war. Er verstand sich als Schüler von Marx und hielt an

¹⁴ Die Zitate aus Borns Erklärung finden sich bei Friedensburg (Anm. 4), S. 66f.; Karl Obermann, *Die deutschen Arbeiter in der ersten bürgerlichen Revolution*, Berlin/DDR 1950, S. 120f.; Veit Valentin: *Geschichte der deutschen Revolution 1849–49*, Neuaufll. Köln 1970, Bd. 1, S. 534; Horst Schlechte (Hrsg.), *Die Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung 1848–1850. Dokumente des Zentralkomitees für die deutschen Arbeiter in Leipzig*, Weimar 1979, S. 13; Gerhard Becker, Stephan Born als Korrespondent der „Neuen Rheinischen Zeitung“; in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 21. Jg., Heft 5, Berlin/DDR 1973, S. 548–583, hier S. 552; Kurt Wernicke (Anm. 7), S. 130f.

¹⁵ Zitate bei Obermann (Anm. 14), S. 121, Friedensburg (Anm. 4), S. 67.

¹⁶ In: Edmund Silberner (Hrsg.), *Moses Heß, Briefwechsel*, Den Haag 1959, S. 129, zitiert bei: Schlechte (Anm. 14), S. 14.

dessen Grundgedanken fest, daß der Antagonismus zwischen Bourgeoisie und Proletariat historisch gesetzmäßig und der künftige Sieg der Arbeiterschaft eine Notwendigkeit sei. Aber obwohl er diese als richtig erkannten politischen Ideen nicht aus den Augen verlor, ließ er sich von Marx nicht am Gängelband führen. In seinen Erinnerungen heißt es: „Die Sorge um ein letztes ideales Ziel überließ ich kommenden Jahrhunderten; mein Ziel war, aus der formlosen, ungefügten Masse . . . eine geordnete Armee zu bilden, welche einem aller Welt verständlichen und ausführbaren Programm gehorchte“¹⁷.

Anfang Mai 1848 informierte Marx, der sich in Köln niedergelassen hatte, Born von den Plänen zur Herausgabe der *Neuen Rheinischen Zeitung* und bat ihn um Mitarbeit. Born nahm das Anerbieten, für das von Marx geplante „Organ der Demokratie“ Berichte zu verfassen, dankend an. Sein erster Artikel erschien in der *Neuen Rheinischen Zeitung* am 2. Juni; bis Mitte Juli veröffentlichte das Blatt zehn Korrespondenzen, in denen Born über die Sitzungen der preußischen Nationalversammlung, die Zersplitterung der Linken und ihre Unfähigkeit zu entschiedenem Auftreten sowie über Maßnahmen der Regierung zur Unterdrückung des Volkes berichtete¹⁸.

Born war ein ungewöhnlich begabter Mann, der seine historische Stunde erkannte und die Organisation der Arbeiterschaft mit den gesellschaftlichen und bewußtseinsmäßigen Gegebenheiten in Übereinstimmung brachte. Er begriff schärfer als die meisten anderen, daß das wichtigste Motiv des Märzaufstandes, nämlich die Verelendung des arbeitenden Volkes, vor allem darauf zurückzuführen war, daß die handwerkliche Produktion von der Fabrikarbeit und der industriellen Massenproduktion verdrängt wurde. Er lehnte die neuen Arbeitsmethoden nicht ab und war entschiedener Gegner aller Versuche, die alten Zünfte wiederzubeleben; er gab sich aber auch keinen unrealisierbaren Illusionen über die Möglichkeit einer proletarischen Machtübernahme hin. Seine Konzeption bestand darin, die soziale Misere durch straffe Organisation, durch Selbsthilfe der Arbeiter und durch staatliche Unterstützung zu beheben¹⁹.

Mitte Mai faßte Born den Entschluß, ein eigenes Presseorgan zu gründen. Die „sozialpolitische Zeitschrift: *Das Volk*“ erschien ab 1. Juni dreimal wöchentlich und war das Organ des Zentralkomitees für Arbeiter; als Herausgeber zeichnete „Schriftsetzer Born“. In seinem Eröffnungsaufsatz: *Was wir wollen* stützte er sich auf das *Kommunistische Manifest*, das er in Brüssel nach seiner Publikation Anfang des Jahres 1848 kennengelernt hatte. Mit dem Sieg der Revolution sei das Kapital und das Prinzip der freien Konkurrenz zur Herrschaft gelangt, das auf der Ausbeutung von Arbeitskraft beruhe; aber die Entfaltung der kapitalistischen Produktionsordnung berge in sich auch den Todeskeim der Bourgeoisieherrschaft, nämlich die Selbstbefreiung des Volkes. Die Arbeiterklasse müsse im gegenwärtigen Zeitpunkt das Bürgertum einerseits „unterstützen im Kampfe

¹⁷ Born (Anm. 2), S. 77.

¹⁸ Vgl. Becker (Anm. 14), S. 561.

¹⁹ Vgl. P.H. Noyes, *Organization and Revolution. Working-Class Associations in the German Revolutions of 1848–1849*, Princeton 1966, S. 151 f.

gegen die Aristokratie, gegen das Mittelalter, gegen die Mächte von Gottes Gnaden“; andererseits gelte es, dem Volk politische Rechte zu erkämpfen, um soziale Freiheit zu erringen und der „Demokratie, der Volksherrschaft im weitesten Sinne des Wortes“ vorzuarbeiten²⁰.

Borns Arbeiterblatt *Das Volk* übernahm die Berichte über politische Ereignisse und die proletarischen Bewegungen anderer Länder fast ausschließlich aus der *Neuen Rheinischen Zeitung* von Marx, und unterstützte die italienischen Revolutionäre, die englischen Chartisten und die irischen Unabhängigkeitskämpfer. Born nahm für die Pariser Arbeiter Partei, die sich Ende Juni 1848 in einem verzweifelten Aufstand erhoben und in blutigen Straßenkämpfen niedergemetzelt wurden. Ausgehend von den Prinzipien des Kommunistischen Manifests über den Internationalismus des Proletariats schrieb Born:

„Die Arbeiter trennt kein Unterschied der Sprache, keine Landesgrenze, sie haben alle nur ein Interesse, die Befreiung aus den Fesseln der Geldherrschaft... Auf den Straßen von Paris, da fochten die Arbeiter nicht allein für ihr französisches Interesse, für uns kämpften sie mit, für uns sind sie gefallen, und an uns ist es jetzt, die gefallenen Brüder zu ehren, ihnen eine Träne auf ihr frisches Grab zu weinen“²¹.

Obwohl die Zeitung *Das Volk* soziale und gewerkschaftliche Probleme in den Mittelpunkt rückte, nahm Born auch auf politische und verfassungsrechtliche Fragen Bezug. Er betonte, daß die preußische Nationalversammlung, die am 22. Mai zusammengetreten war, souverän sein und der königlichen Exekutive übergeordnet sein müsse, damit „das Volk als einziger Herrscher das Herrscherrecht ausübe“²². Alle Standesunterschiede in bezug auf Geburt und Besitz müßten beseitigt werden, damit sich der Volkswille durch seine Vertreter unverfälscht offenbaren könne. – Born kritisierte, daß der von der preußischen Regierung vorgelegte Verfassungsentwurf das „Recht auf Arbeit“ nicht erwähnte und überhaupt die soziale Frage mit Stillschweigen überging²³.

Das „Zentralkomitee für Arbeiter“ nahm eine Reihe von Anträgen und Forderungen Borns zur Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme an, die nicht nur die Interessen des Proletariats, sondern auch die der Handwerksmeister und der Fabrikanten berücksichtigten. In einer Artikelserie, die ab Mitte Juni 1848 in der Zeitung *Das Volk* erschien, stellte Born eine Reihe von Anträgen, die den Interessen der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit entsprachen.

Für die Unternehmer forderte er: Freie Einfuhr von Rohstoffen, Ausfuhrprämien, Schutz gegen unlauteren Wettbewerb und Verbesserung des Kreditwesens.

²⁰ Zitiert bei: Friedensburg (Anm. 4), S. 70 und bei: Quarck (Anm. 8), S. 86. Vgl. auch Kurt Wernicke, *Berliner Arbeiterpresse 1848*, Berlin 1985, S. 31 f.

²¹ *Das Volk*, 4. Juli 1848, zitiert bei: Becker (Anm. 14), S. 560 und bei: Wernicke (Anm. 20), S. 35 f. Eine derart uneingeschränkte Parteinahme für die Pariser proletarischen Junikämpfer, die den Truppen Cavaignacs unterlagen, ist in der deutschen zeitgenössischen Presse nur in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ von Karl Marx zu finden.

²² *Das Volk*, 1. Juni 1848, zitiert bei: Becker (Anm. 14), S. 560.

²³ Vgl. Becker (Anm. 14), S. 554, Anm. 35, und Wernicke (Anm. 20), S. 34 f.

Für die Handwerksmeister beantragte er Staatskredite bei der Anschaffung von Maschinen, unverzinsliche Darlehen und Begünstigung bei der Vergabe von Aufträgen durch die Behörden. Er schlug vor, daß sich Handwerker, Arbeiter und Besitzer mobilen Kapitals zu Produktivgenossenschaften zusammenschließen sollten. Dies seien „Institute, in welchen Arbeit und Kapital zusammenfallen, in welchen der Arbeiter zugleich der Kapitalist und umgekehrt der Kapitalist Arbeiter ist“²⁴. Diese Genossenschaften sollten dazu dienen, die „grelle Unterschiede zwischen reich und arm möglichst auszugleichen“²⁵ und die gesellschaftlichen Gegensätze friedlich beizulegen.

Die wichtigsten Forderungen Borns betrafen politische, wirtschaftliche und soziale Belange der Arbeiterschaft. Mit auffallend sicherem Blick erkannte er, welche zweckmäßigen Forderungen den lebenswichtigen Interessen breiter Bevölkerungsschichten entsprachen und Aussichten hatten, vom Parlament akzeptiert zu werden, und hielt sich von utopischen und unerfüllbaren Vorstellungen fern.

In politischer Hinsicht verlangte Born das aktive Wahlrecht für alle männlichen Einwohner Preußens, auch für Dienstboten und Mittellose, ab dem 21. Lebensjahr, und die passive Wählbarkeit ab dem Alter von 24 Jahren. Er forderte die gänzliche Säkularisierung des Staates und die Trennung der Schule von der Kirche, die Einführung eines Volksvetos für wichtige Gesetze, die Modernisierung des Justizwesens und eine unentgeltliche Gerichtsbarkeit.

Weitere Anträge betrafen die Volksbildung. Born forderte die Einführung der unentgeltlichen allgemeinen achtjährigen Schulpflicht, die Errichtung von Fortbildungsanstalten für begabte Jugendliche und von Volksbibliotheken. In wirtschaftlicher Hinsicht beantragte er die Aufhebung der indirekten Steuern, die Steuerfreiheit für wenig Verdienende, die Einführung von progressiven Steuern sowie einer Erbschaftssteuer als Einnahmequelle für die Beschäftigung von Arbeitslosen. Soziale und arbeitsrechtliche Forderungen betrafen die Freizügigkeit und die Abschaffung der Wanderbücher der Handwerksgehilfen, den Abschluß von Tarifverträgen zwischen Arbeitern und Unternehmern, die Errichtung von Facharbeiterschulen und Musterwerkstätten, die Festsetzung von Mindestlöhnen und die Begrenzung der Arbeitszeit auf zehn Stunden täglich, die Abschaffung der Nacharbeit, das Verbot der Arbeit von Kindern bis zum Alter von 14 Jahren, die Festsetzung von Zuschlägen für Überstunden, die staatliche Unterstützung für Invalide und Bedürftige, den gesetzlichen Schutz vor willkürlicher Entlassung sowie die Errichtung von Schiedsgerichten bei Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern²⁶.

Die Verwirklichung dieser Forderungen hätte Preußen in eine fortschrittliche soziale Demokratie verwandelt und die politische Mitbestimmung der organi-

²⁴ *Das Volk*, 20. Juli 1858, zitiert bei: Becker (Anm. 14), S. 556.

²⁵ *Das Volk*, 11. Juli 1848, Ebda.

²⁶ Borns Anträge sind aufgezählt und kommentiert bei: Friedensburg (Anm. 4), S. 73 ff.; Quarck (Anm. 8), S. 91 ff.; Rogge (Anm. 7), S. 172 ff.; Becker (Anm. 14), S. 556; Wernicke (Anm. 20), S. 38.

sierten Arbeiterklasse gewährleistet. Born war sich darüber klar, daß dieses Ziel nur durch ein Bündnis zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat gegen den herrschenden Adel erreichbar war. Im Gegensatz zu Marx schätzte Born die wirtschaftlichen Aussichten des Genossenschaftswesens hoch ein und glaubte, daß diese durch staatliche Kredithilfe unterstützten „Assoziationen“ leistungsfähiger sein und billiger produzieren würden als privatkapitalistische Betriebe²⁷. Als entscheidende Kraftquelle galt ihm die Solidarität und Selbsthilfe der bewußten und straff organisierten Arbeiterschaft, die schließlich – so hoffte er – dem Staat ihre Zwecke als die seinigen aufzwingen werde. „Die Arbeiter als Klasse sind eine ungeheure, unüberwindliche Macht, sie können der Welt Gesetze schreiben“ rief er in seiner Zeitung *Das Volk* aus und wiederholte seine Überzeugung, daß die Lösung der sozialen Probleme beschleunigt werden könne, sobald „die herrschende Macht im Staate eine volkstümliche, eine demokratische“ sein werde²⁸.

Born war nicht nur ein guter Organisator, sondern auch ein mitreißender Redner. Am 4. Juni 1848 hielt er an den Gräbern der Märzgefallenen in Friedrichshain eine Ansprache. Er rühmte die Arbeiter, die für den Sieg der Revolution ihr Leben geopfert hatten, wies auf die drohenden Gefahren durch das Wiedererstarken der Reaktion hin und forderte Einigkeit von Bürgern und Arbeitern gegen den gemeinsamen Feind²⁹. Sein öffentliches Auftreten und seine publizistische Wirksamkeit erregten den Zorn der konservativen Behörden; das Berliner Polizeipräsidium machte den Versuch, ihn als stellungslosen Schriftsetzer auszuweisen. Born, der sich der Unterstützung des Proletariats sicher war, erklärte, nicht weichen zu wollen, „sondern sich lieber in das Arbeitshaus zu Dieben und Gesindel sperren zu lassen und im Notfall Gewalt der Gewalt entgegenzusetzen“³⁰. Der Polizeipräsident vermied die Konfrontation und zog den Ausweisungsbefehl zurück.

Born, der mit seinen früheren Fachkollegen ständige Verbindung hielt, reiste zur Gründung der gesamtnationalen Gewerkschaft der Buchdrucker, des „Gutenbergbundes“, nach Mainz und hielt dort am 11. Juni eine Rede. Er erklärte, daß die Arbeiter Anspruch auf gesellschaftliche Gleichberechtigung hätten und kritisierte, daß die Bourgeoisie nicht bereit war, der Arbeiterklasse das Koalitionsrecht zu gewähren.

Diese Forderung erhielt Anfang August erhöhte Aktualität, als vierhundert Berliner Buchdrucker in Streik traten, um das Recht zu erzwingen, mit den Unternehmern Lohnabsprachen zu treffen und Tarifverträge zu schließen. Born eröffnete den Kampf mit dem Ruf der revolutionären Lyoner Seidenweber von 1834: „Arbeitend leben oder kämpfend sterben!“ In seiner Zeitung *Das Volk* erklärte er:

²⁷ Vgl. Becker (Anm. 14), S. 556.

²⁸ *Das Volk*, 22. Juli 1858, zitiert bei: Becker (Anm. 14), S. 557.

²⁹ Vgl. Beier (Anm. 7), S. 259.

³⁰ Zitiert bei: Friedensburg (Anm. 4), S. 84.

„Wir wollen sehen, ob wir uns das Recht nicht wahren können, das jedem Bürger im Lande frei steht, seine Ware nach seinem Willen zu verkaufen, oder ob wir Arbeiter Sklaven sind, die nehmen müssen, was man ihnen für ihre Arbeit geben will! Wir wollen ferner erfahren, ob wir Arbeiter das Recht eines jeden Bürgers, sich zu assoziieren, nicht auch für uns in Anspruch nehmen können, oder ob wir gezwungen werden dürfen, vereinzelt uns gegenseitig Konkurrenz zu machen, uns gegenseitig zugrunde zu richten!“³¹

Der Buchdruckerstreik dauerte vier Wochen und endete mit einer Niederlage, weil es den Unternehmern gelang, Streikbrecher aus anderen Städten zu mobilisieren. Die Anführer des Streiks wurden im September zu je zwei Wochen Gefängnis verurteilt; zu dieser Zeit hatte Born die preußische Hauptstadt bereits verlassen.

Am 23. August trat in Berlin ein Arbeiterkongreß zusammen, an dem 40 Delegierte teilnahmen, die 35 Arbeitervereine aus allen Teilen Deutschlands repräsentierten. Dieser Kongreß, der bis zum 3. September tagte, schuf die „Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung“ als selbständige soziale Institution und erste gesamtdeutsche Arbeiterpartei. Der Begriff „Verbrüderung“ bedeutete nicht eine Versöhnung der Klassen auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft, sondern sollte die auf Selbstbefreiung gerichtete Solidarität der Arbeiterklasse zum Ausdruck bringen, die soziale Reformen im demokratischen Staat erringen wollte. Die „Arbeiterverbrüderung“ umfaßte 170 örtliche Vereine und Bezirksorganisationen aus allen Teilen Deutschlands, die teils politisch, teils gewerkschaftlich orientiert waren. Mit der Wahl eines Zentralkomitees erhielten diese Vereine ein leitendes und koordinierendes Zentrum; damit hatte sich das Proletariat als selbständige Klasse konstituiert.

Der Kongreß forderte die Errichtung von Arbeiterkreditkassen, um Produktivgenossenschaften zu gründen und „mit dem Kapital der Spekulanten konkurrieren zu können“³². Die Delegierten wandten sich an die Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche und erbaten Hilfe bei der Verwirklichung dieses Programms. Der Kongreß beschloß außerdem eine Reihe programmatischer Willenserklärungen zur Durchsetzung einer sozialen Demokratie. Die meisten von ihnen deckten sich mit den „Anträgen“, die Born in der Zeitung *Das Volk* vorgebracht hatte; zusätzliche Forderungen waren die allgemeine Volksbewaffnung, die Aufhebung aller Steuerbefreiungen der bisher privilegierten Klassen, die einjährige Militärdienstzeit für alle Männer ohne Unterschied der Bildung und der sozialen Herkunft, die Abschaffung der Binnenzölle sowie der Zwangsarbeit in Zuchthäusern.

Das Zentralkomitee schlug seinen Sitz in Leipzig auf. Born, der seine Zeitung *Das Volk* Ende August einstellte, übersiedelte dorthin. Am 3. Oktober erschien die erste Nummer des neuen Verbandsorgans *Die Verbrüderung*. Dieses zweimal wöchentlich publizierte „Korrespondenzblatt aller deutschen Arbeiter“ erschien

³¹ *Das Volk*, 9. August 1848, zitiert bei: Beier (Anm. 7), S. 265.

³² Das Zitat ist den „Schlußworten“ des Kongresses entnommen, die in extenso bei Quarck (Anm. 8), S. 364–366 abgedruckt sind (365).

bis Mitte 1850; Born war für die Redaktion der ersten 60 Nummern, bis Ende April 1849, verantwortlich.

Borns Leitartikel in der *Verbrüderung* beweisen, daß er die zu Anfang der Revolution gehegten Hoffnungen auf ein Bündnis zwischen liberalem Bürgertum und Arbeiterbewegung verloren hatte und erkannte, daß die Bourgeoisie kein Interesse an einer demokratischen Neugestaltung des Staates und an politischen und sozialen Rechten des verachteten Proletariats besaß. In der ersten Nummer des Blattes erklärte er, die soziale Frage sei der „Ausdruck eines gewaltigen Klassenkampfes in der Gesellschaft“, den die Arbeiter „zum Besten des Fortschritts und der Zivilisation unterstützen müssen“; er betonte die „ungeheure Bedeutung“ der Klassengegensätze als „revolutionäres, reformierendes und fortentwickelndes Element in der Weltgeschichte“³³. Im folgenden Artikel meinte Born, daß die Interessen der Klasse der Kapitalisten bereits in Deutschland „die herrschenden Staatsinteressen geworden“ seien. „Die Aristokratie des Besitzes“ nehme für sich Vorrechte in Anspruch; „die arbeitende Klasse aber will die Aufhebung aller Vorrechte, aller Klassengegensätze, sie steht folglich der Bourgeoisie feindlich gegenüber“. Es könne nicht im Interesse der arbeitenden Klasse liegen, „die Herrschaft mit irgendeiner anderen Klasse zu teilen, weil sie selbst dieselbe allein und ungeschmälert besitzen, d. h. weil sie die Klassenherrschaft ganz und gar aufheben muß“³⁴.

Auch im nächsten Artikel machte sich Born zur Aufgabe, die von Marx übernommene Lehre vom unversöhnlichen und antagonistischen Charakter der Klassengegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat in allgemein verständlicher Form darzustellen. Bisher habe „die Wechselwirkung von Kapital und Arbeit, von Produktion und Konsumtion, von Nachfrage und Angebot den Zustand der Arbeiter bestimmt“, aber diese ökonomischen Gesetze seien keine Naturgesetze, denn sonst müßte das Proletariat die einzige Ware, die es besitze, nämlich seine Arbeitskraft, für ewige Zeiten verkaufen. Es sei jedoch imstande, dem gegenwärtigen „Kriegszustand der Gesellschaft“ ein Ende zu setzen: „In der Forderung der Solidarität, der gegenseitigen Verbindlichkeit, liegt wirklich das Verlangen nach dem Umsturz alles Bestehenden“. Die Verbrüderung der Arbeiter, die unter dem Banner „Jeder für alle!“ kämpfe, werde den Sturz der Kapitalherrschaft herbeiführen und über das Prinzip „Jeder für sich! Jeder gegen alle!“ den Sieg davontragen³⁵.

Nach der Niederlage der Revolution in Wien im Oktober und dem Staatsstreich in Preußen im November 1848 zeichnete sich im Zentralkomitee der „Arbeiterverbrüderung“ eine stärkere Orientierung auf politische Aktivität ab. Als der Demokrat Robert Blum auf Befehl des reaktionären Feldherrn Windischgrätz in Wien standrechtlich erschossen wurde, rief Born die Arbeiter zum aktiven Widerstand auf und drohte, der Gewalt der konterrevolutionären Regie-

³³ *Die Verbrüderung*, 3. Oktober 1848, zitiert bei: Quarck (Anm. 3), S. 372. Vgl. die Analyse von Borns politischem Standpunkt im Herbst 1848 bei Wernicke (Anm. 7), S. 183 f.

³⁴ *Die Verbrüderung*, 10. Oktober 1848, zitiert Ebda, S. 374.

³⁵ *Die Verbrüderung*, 17. Oktober 1848, zitiert Ebda, S. 77 f.

rungen Gewalt entgegenzusetzen. Einige Wochen später kritisierte er scharf den Entwurf eines neuen Wahlgesetzes der Frankfurter Paulskirche, der die Arbeiter vom Wahlrecht ausschloß³⁶.

Das Blatt *Die Verbrüderung* druckte in jeder Nummer sozialpolitische Gedichte ab. Am 23. Januar 1849 veröffentlichte Born Heinrich Heines Gedicht *Die schlesischen Weber* und wurde deshalb vom Leipziger Stadtgericht zur Rechenschaft gezogen. Der Staatsanwalt behauptete, daß das Gedicht aufrührerischen Charakter trage, weil es Gotteslästerung und Majestätsbeleidigung enthalte, und leitete eine Untersuchung wegen Preßvergehens ein. Born wies darauf hin, daß das Gedicht nicht an die Weber gerichtet war, sondern von den Webern spreche, die aus Hunger und Verzweiflung dazu verleitet wurden, Gott zu lästern und die königliche Majestät zu beleidigen. Außerdem sei das Gedicht schon vor der Märzrevolution erschienen, die die Zensur aufgehoben habe; Heines Gedichte würden offen in den Buchhandlungen verkauft. Es könne nicht die Absicht der Regierung sein, zum System der Verfolgung des freien Worts zurückzukehren. Diese Verteidigung tat ihre Wirkung; die Richter verkündeten Borns Freispruch³⁷.

Ende Januar 1849 nahm Born an einem Arbeiterkongreß in Heidelberg teil und stieß dort mit Karl Georg Winkelblech zusammen, der die Handwerker vor der kapitalistischen Ausbeutung, der Übermacht moderner Technik und den Gefahren der Gewerbefreiheit bewahren wollte, indem er die Wiederbelebung der hierarchisch gegliederten Handwerkerzünfte vorschlug. Es gelang Born, die Kongreßteilnehmer zu überzeugen, daß die moderne Arbeiterbewegung auf der Entwicklung der Industrie beruhe und mit dem mittelalterlichen Zunftwesen nichts zu tun habe. Der Kongreß beschloß, die Organisation der südwestdeutschen Arbeiter dem Leipziger Zentralkomitee zu unterstellen. Born publizierte in der *Verbrüderung* einen Aufruf „An alle Arbeiter und Arbeitervereine Deutschlands“, in dem es hieß: „Arbeiter! Mag Deutschland auch noch so zerrissen sein, seine Arbeiter sind einig in der Verfolgung ihres gemeinsamen Ziels, der sozialen und politischen Freiheit.“³⁸

Auf der Heimreise nach Berlin machte Born in Köln Station und wurde von Marx und seiner Frau herzlich empfangen und eingeladen, bei ihnen zu übernachten. Diese (letzte) Begegnung der beiden Männer verlief in freundschaftlichem Geist. Marx war über Borns Erfolg beim Heidelberger Kongreß sehr befriedigt und nannte ihn in der *Neuen Rheinischen Zeitung* einen Vertreter der

³⁶ *Die Verbrüderung*, 29. Dezember 1848, vgl. Schlechte (Anm. 14), S. 57.

³⁷ Vgl. Bernd Füllner, Jan-Christoph Hauschild und Volker Kaukoreit, „Dieses Gedicht, in Deutschland hundertfach gelesen und gesungen...“ Zur Aufnahme von Heines „Weberlied“ in der frühen deutschen Arbeiterbewegung, in: *Heine-Jahrbuch*, 24. Jg., Düsseldorf 1985, S. 123–142 (135 f.); Born (Anm. 2), S. 95.

³⁸ Zitiert bei: Frolinde Balsler: *Sozial-Demokratie 1848/49–1863. Die erste deutsche Arbeiterorganisation „Allgemeine Arbeiterverbrüderung“ nach der Revolution*. Bd. 1, Stuttgart 1962, S. 59. Vgl. Franz Mehring, *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie*, 1. Teil, *Von der Julirevolution bis zum preußischen Verfassungstreite, 1830 bis 1863*, Berlin/DDR 1960, S. 438.

„revolutionären Arbeiter, die die große Industrie nicht vernichten, sondern für sich ausbeuten wollen“³⁹. Der unter dem Einfluß von Marx stehende Kölner Arbeiterverein arbeitete seit Februar 1849 mit dem Leipziger Zentralkomitee der „Arbeiterverbrüderung“ zusammen, und Borns Zeitungsblatt übernahm einige Artikel aus der *Neuen Rheinischen Zeitung*⁴⁰. In der *Verbrüderung* forderte Born seine Leser Ende Februar zur Rettung der revolutionären Errungenschaften auf:

„Erbarme dich, deutsches Volk, es ist die höchste Zeit, du mußt entweder untergehen oder dich erheben. Wähle die Knute oder die Freiheit und die Geschichte wird über dich richten!“⁴¹

Ende März 1849 wählte die Mehrheit des Frankfurter Paulskirchenparlaments den Preußenkönig zum deutschen Erbkaiser; der Herrscher, der einige Monate zuvor die preußische Nationalversammlung aufgelöst hatte, wies die Krone verächtlich zurück, weil er sich, wie er sagte, nicht „zum Leibeigenen der Revolution“ machen lassen wollte⁴². Angesichts der Schwäche der bürgerlichen Demokraten erkannte Born, daß die einzige Hoffnung auf einen Sieg der Revolution in einer nochmaligen Erhebung des Proletariats lag. In der *Verbrüderung* schrieb er Ende April:

„Wir setzten immer die politische Herrschaft der arbeitenden Klasse voraus, ehe wir größere, in alle Gesellschaftskreise greifende Ausführung sozialer Ideen für möglich hielten. . . . Es gibt nichts Widersinnigeres als durch eine Revolution einen König zwingen zu wollen, eine Krone anzunehmen. Steht es den Fürsten zu, mit den Vertretern des Volkes zu spielen und sie auseinanderzujagen, wenn es ihnen beliebt? . . . Angekündigt ist uns die Herrschaft der Knute schon, worauf warten wir noch?“⁴³.

In den ersten Maitagen wurde Born vom Leipziger Arbeiterverein nach Dresden zu einer Versammlung von Vertrauensmännern entsandt, die ein neues Gewerbegesetz beraten sollte. Gleichzeitig wies das Zentralkomitee die Genossenschaftskassen der „Arbeiterverbrüderung“ an, die Gelder zum Ankauf von Waffen zu verwenden, um sich zum Kampf für die Reichsverfassung zu rüsten. Als die Dresdner Barrikadenkämpfe ausbrachen, bewies Born, daß er nicht nur ein Mann des Wortes, sondern auch der Tat war. Er kommandierte drei Tage lang mit Umsicht und Geschick eine Barrikade gegen das sächsische und preußische Militär und gab den Kampf erst auf, als seine Stellung von drei Seiten umzingelt war und die Niederlage des Aufstands feststand. Am 9. Mai gab er mehreren hundert Barrikadenkämpfern den Befehl zum Rückzug nach Freiberg. Es gelang ihm, sächsischen Gardereitern, die ihm auf den Fersen waren, zu

³⁹ *Neue Rheinische Zeitung*, 4. Februar 1849. Vgl. Oscar J. Hammen, *Die Roten 48er, Karl Marx und Friedrich Engels*, Frankfurt/M. 1972, S. 452.

⁴⁰ Vgl. Schlechte (Anm. 14), S. 6 und Balsler (Anm. 38), S. 207.

⁴¹ *Die Verbrüderung*, 27. Februar 1849, zitiert bei: Rogge (Anm. 7), S. 255.

⁴² Zitat aus dem Brief König Friedrich Wilhelm IV., an den preußischen Botschafter in London Josias von Bunsen, 11. März 1849, in: Leopold von Ranke: *Aus dem Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. mit Bunsen*, Leipzig 1874, S. 169.

⁴³ Zitate aus Borns Artikel vom 20. und 29. April 1849 in der *Verbrüderung*, bei Schlechte (Anm. 14), S. 58 und bei Born (Anm. 2), S. 108.

entkommen und auf Schleichwegen nach Böhmen zu flüchten. Mit einem Paß auf einen falschen Namen gelangte er über Nürnberg nach Straßburg. Dort erkrankte er und war einige Wochen bettlägerig, so daß er an der Reichsverfassungskampagne in Baden nicht teilnehmen konnte. Seine Freunde im „Gutenbergbund“, bei dessen Gründung er ein Jahr zuvor mitgewirkt hatte, erfuhren von seiner Krankheit und sandten ihm eine finanzielle Unterstützung⁴⁴.

Nach seiner Genesung emigrierte Born in die Schweiz, die vielen verfolgten demokratischen Freiheitskämpfern Asyl bot. Er versuchte sich zunächst als Geschäftsmann durchzuschlagen und erwarb in Murten eine kleine Druckerei. Der Neuaufbau seiner Existenz nahm ihn ganz in Anspruch; er entfremdete sich der proletarischen Bewegung und wurde Mitte 1850 aus dem Kommunistenbund ausgeschlossen⁴⁵. Seine revolutionäre Energie hatte er im Sturmjahr aufgebraucht, in dem er zuerst die Berliner Proletarier organisiert und dann an der Spitze der ersten gesamtdeutschen Arbeiterpartei gestanden hatte.

Im Jahr 1852 verkaufte er seinen Betrieb und begann an der Züricher Universität deutsche und französische Literaturgeschichte zu studieren. Er arbeitete als Journalist am Zürcher *Volksblatt*, war eine Zeitlang Buchhalter in einem von Arbeitern begründeten Konsumverein und wurde noch 1853 wegen seiner Beteiligung am Dresdner Mai-Aufstand von der sächsischen Polizei steckbrieflich verfolgt⁴⁶. Nach Abschluß seines Studiums wurde er zunächst Lehrer an der Realschule in Schaffhausen. Als sich Marx im Jahre 1859 an ihn wandte, um ihn zur Mitarbeit an der Londoner Emigrantenzeitung *Das Volk* heranzuziehen, lehnte Born ab, weil er die Hoffnung verloren hatte, die Aufhebung des Privateigentums durchsetzen zu können. Er schrieb: „Ich besitze nicht den Heroismus, für etwas zu leiden, für das ich in meinem Jahrhundert nicht den entferntesten Hoffnungsschimmer einer Verwirklichung entdecken kann“⁴⁷.

Trotz dieser Absage an den Kommunismus wurde Born keineswegs zum Renegaten, sondern blieb den Idealen des politischen Fortschritts und der sozialen Reformen treu. Er verkehrte im Kreise verfolgter deutscher Demokraten, die im Schweizer Exil lebten, wie Ludwig Simon und Moritz Hartmann, und freundete sich mit dem Juristen Jodocus Temme an, der einer alten westfälischen Richterfamilie entstammte und nach der Niederlage der Revolution mit seiner Familie nach Zürich emigriert war. Temme, der 1848 Oberlandesgerichtsdirektor in Münster war, wurde zum Abgeordneten der preußischen Nationalversammlung und nach deren Auflösung in die Frankfurter Paulskirche gewählt und gehörte in beiden Parlamenten des Äußeren Linken an. Als Hochverräter angeklagt, wurde er ohne Pensionsanspruch entlassen und nahm 1852 einen Ruf an die juristische Fakultät der Züricher Universität an. Stephan Born heiratete

⁴⁴ Vgl. Beier (Anm. 7), S. 216; dort findet sich Borns Dankbrief vom 25. Juli 1849 im Wortlaut.

⁴⁵ Vgl. Becker (Anm. 14), S. 550, Anm. 12.

⁴⁶ Vgl. Wermuth-Stieber, *Die Communistischen Verschwörungen des neunzehnten Jahrhunderts*, Berlin 1853, Reprint Berlin 1976, 2. Teil, S. 30f.

⁴⁷ Zitat aus Borns Brief an Jenny Marx vom 23. Juni 1859, bei: Becker (Anm. 14), S. 551.

1860 die Tochter dieses unbeugsamen Demokraten. Er verließ bei dieser Gelegenheit die jüdische Glaubensgemeinschaft, die ihm niemals etwas bedeutet hatte, und ließ sich protestantisch taufen. Der Ehe entsprossen drei Töchter.

Eine Zeitlang unterrichtete Born deutsche Literatur am Gymnasium in Neuenburg und übersiedelte 1878 nach Basel, wo er sich an der Universität mit einer Arbeit über *Die romantische Schule in Deutschland und Frankreich* habilitierte. Er wurde zum Extraordinarius ernannt und war auch als Redakteur der demokratischen *Basler Nachrichten* tätig. Als sein Schwiegervater Jodocus Temme 1881 starb, veröffentlichte er dessen *Erinnerungen*. Im Vorwort zu diesem Buch widersprach er den konservativen Historikern, die „mit hämischer Geringschätzung“ die Revolutionäre von 1848 verunglimpften. Er nahm für die Kämpfer Partei, die tausendfach zur Wehr griffen, „wenngleich mit dem vollen Bewußtsein, einer Niederlage entgegenzugehen“, und meinte, es sei ihr Verdienst, „den Entscheidungskampf um die deutsche Einheit kräftig vorbereitet“ zu haben⁴⁸.

Zwei Jahre nach dem Tode von Karl Marx, 1885, suchte Friedrich Engels in einer Schrift *Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten* die Leistung Borns im revolutionären Sturmjahr herabzusetzen und zu disqualifizieren. Er behauptete, Born habe es „mit seiner Verwandlung in eine politische Größe“ zu eilig gehabt und sich „mit den verschiedenartigsten Krethi und Plethi“ verbrüdernd, „um nur einen Haufen zusammen zu bekommen“. Born sei nicht der Mann gewesen, der „Einheit in die widerstrebenden Tendenzen, Licht in das Chaos bringen“ konnte; er habe „Marx ins Zünftlerische“ übersetzt und in der „Arbeiterverbrüderung“ seien „die im ‚Kommunistischen Manifest‘ vertretenen Ansichten kunterbunt durcheinander mit Zunfterinnerungen und Zunftwünschen“ gegangen. Mit der Erwähnung, daß Borns ursprünglicher Name Buttermilch war, verlieh Engels seiner Kritik sogar eine antisemitische Note⁴⁹.

Dieses schiefe und ungerechte Urteil über den Mann, der die Ideen des *Kommunistischen Manifests* dem Proletariat erklärte, mit Marx während der gesamten Revolution in freundschaftlichem Kontakt stand und auf den Dresdner Barrikaden sein Leben in die Schanze schlug, wurde bereits von Franz Mehring in dessen *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie* (1893) korrigiert. Mehring stellte fest: „Wollte Born die Arbeiter als Klasse organisieren, so mußte er mit dem Gedankenkreise rechnen, worin sie sich vorläufig erst bewegen konnten, und er hat es wenigstens nicht an Eifer fehlen lassen, sie über diesen Horizont hinauszuführen“⁵⁰. Engels' Kritik an Born ist damit zu erklären, daß er in seiner Enttäuschung über das Scheitern des Kommunistenbundes nach Schuldigen

⁴⁸ Vorwort Borns zu Temmes „*Erinnerungen*“, Zürich 1883, S. VIII, zitiert bei: Quarck (Anm. 8), S. 311.

⁴⁹ Die Zitate sind dem Aufsatz von Engels entnommen, die er zur 3. Auflage von Marx' Enthüllungen über den Kommunisten-Prozeß zu Köln 1885 verfaßte, in: Marx/Engels, *Werke*, Berlin/DDR 1962, S. 206–224 (219).

⁵⁰ Mehring (Anm. 38), S. 434.

suchte und Born grollte, weil dieser nach 1849 an der Arbeiterbewegung keinen Anteil mehr nahm⁵¹.

Stephan Born starb am 4. Mai 1898. Seine *Erinnerungen eines Achtundvierzigers*, die er knapp vor seinem Tode fünfzig Jahre nach der Revolution erscheinen ließ, beweisen, daß er dem Ideal der sozialen Gerechtigkeit treu blieb. Die Erinnerungen schlossen mit einer Ansprache an die deutschen Arbeiter, in der es hieß:

„Ihr Unterdrückten, Übersehenen, Vergessenen, ihr habt euch an einem Tage heißen Zorns gegen diejenigen erhoben, die aus eurer Schwäche ihre Kraft gewonnen hatten und euch mißachteten. Ihr habt euer Leben eingesetzt und habt jene bekämpft. . . . Ihr wurdet niedergeschlagen. Was tut's? . . . Ihr erhebt euch aus eurer Niederlage, ihr seid stark geworden. Nur einige Jahrzehnte und ihr stellt eine Macht dar, die aus dem Nichts zum Lichte emporgedrungen ist; man muß mit euch rechnen, ihr steht da als ein lebendiges Zeugnis für die Gesetze der Völkerentwicklung. . . . Das ist der Sieg der Ideen, der mehr wert ist als der Vorteil des Augenblicks, mehr als materielle Kraft und zufällige Überlegenheit der Arme oder der Zahl, und dieser Sieg über die Geister, er ist die wirkliche, die eigentlich gewonnene Schlacht. So dürfen wir, die Achtundvierziger, in unseren alten Tagen mit Beruhigung aussagen: Wir haben nicht vergeblich gerungen“⁵².

⁵¹ Vgl. Rogge, S. 240.

⁵² Born (Anm. 2), S. 147f.

Antisemitismus im Frühsozialismus und Anarchismus

von

MICHA BRUMLIK

Im Februar des Jahres 1871 kandidierte ein Block revolutionärer Organisationen zur Wahl einer Nationalversammlung in dem von Preußen besiegten Frankreich. Die programmatische Erklärung dieses Blocks begann folgendermaßen:

„Dies ist die Liste der Kandidaten, die im Namen einer neuen Welt von der Partei der Enterbten vorgelegt wird, einer gewaltigen Partei, die aber bis heute noch nicht von den herrschenden Klassen der Gesellschaft als das, was sie ist, anerkannt werden konnte. . . Die revolutionär-sozialistischen Kandidaturen bedeuten: Abwehr jeden Versuchs, woher er auch komme, die Republik in Frage zu stellen. Notwendigkeit eines politischen Auftretens der Arbeiter. Sturz der Regierungsoligarchie und des industriellen Feudalismus. Organisation einer Republik, die den Arbeitern ihr Arbeitswerkzeug zurückgibt, wie die von 1792 den Bauern den Boden gab, und damit durch die soziale Gleichheit die politische Freiheit verwirklicht“¹.

Es kandidierten unter diesem Programm z. B. Auguste Blanqui, dessen Name noch für Walter Benjamin einen „Erzklang“ besaß², Benoit Malon und Gustav Tridon. Alle drei wurden, etwa einen Monat später, Mitglieder der Kommune von Paris. Nach deren Niederwerfung durch loyale Truppen wurde Blanqui verhaftet, während es Malon und Blanquis Schüler Tridon gelang, ins Ausland zu flüchten.

Alle drei revolutionären Helden waren überzeugte Antisemiten, Blanqui und Tridon waren es schon vor der Zeit der Pariser Kommune, Benoit Malon gelangte im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts zu dieser Position.

Auguste Blanqui und Gustave Tridon sind Erben eines antiklerikalen, aufklärerischen Denkens in der Tradition Voltaires, das in der Kirche, im Christentum und in dessen Mutterreligion, dem Judentum, die Wurzel allen Übels sah. Radikale Antiklerikalen, die sie waren, orientierten sie sich am Polytheismus der klassischen Antike und huldigten einer Idee des Indo-Ariertums.

Als überzeugter Gegner der 1848 entstandenen bürgerlich-parlamentarischen Republik schrieb Blanqui im Jahre 1851: „Die allgemeine Abstimmung ist eine beschlossene Sache. . . Das ist die Inthronisation der Rothschilds, die Thronbe-

¹ *Pariser Kommune 1871, Berichte und Dokumente von Zeitgenossen*, Berlin 1931, S. 161.

² Walter Benjamin, *Das Passagen-Werk*, Frankfurt/M. 1983, 2. Bd., S. 700.

steigerung der Juden.“³ Schon alleine aus diesem Grund war Blanqui gegen das allgemeine Wahlrecht. Für Blanqui wie für die meisten französischen Sozialisten fielen bürgerliche Gesellschaft, Kapitalismus, allgemeines Wahlrecht und eine vermeintliche Machtergreifung der Juden zusammen. Blanqui und sein Schüler Tridon verbanden den Kampf gegen Bürgertum und Kapitalismus – mindestens der Theorie nach – mit einem Kampf für die Vorherrschaft der arischen Rasse. Im Jahre 1884 erschien Tridons postumes, zum größten Teil während eines Gefängnisaufenthaltes 1865, unter Mitwirkung von Blanqui, verfaßtes Werk: *Du molochisme juif. Etudes critiques et philosophiques*. In diesem Hauptwerk des Blanquismus finden sich dann großflächige Einschätzungen des weltgeschichtlichen Prozesses:

„Die Semiten, das ist der Schatten auf dem Gemälde der Zivilisation, der böse Geist der Erde. Alle ihre Geschenke sind die Pest. Den Geist und die semitischen Ideen zu bekämpfen, das stellt die Aufgabe der indoarischen Rasse, der judenfeindlichen Rasse dar. So sind auch die Semiten eine minderwertige Rasse“⁴.

Wie war es möglich, daß die von Marx und Engels, von Walter Benjamin, Martin Buber und Ernst Bloch gleichermaßen hoch geschätzten Frühsozialisten, in vielen ihrer Argumente das vorwegnahmen, was hundert Jahre später die Nationalsozialisten in die Praxis umsetzen sollten? Tatsächlich kann kein Zweifel daran bestehen, daß sich der moderne, politische Antisemitismus – zumindest in Frankreich – in zwei Phasen entwickelte, bzw. in eine Latenz- und eine Entfaltungsphase zerfiel und daß die Latenzphase fast ausschließlich von Personen und Gruppen bestritten wurde, die eindeutig der Linken zuzurechnen waren.

Freilich zeigt eine genauere Betrachtung, daß die Dinge nicht so einfach sind. Der uns heute zurecht utopisch, utopistisch und religiös anmutende Frühsozialismus eines Saint-Simon, eines Etienne Cabet und eines Charles Fourier muß zunächst als Reaktion auf die ernüchternden und harten Maßnahmen der französischen Revolution gesehen werden (sowohl Fourier als auch Saint Simon, 1772 bzw. 1760 geboren, hatten, sei es durch Haft, sei es durch Verlust des Familienvermögens persönlich unter der Revolution gelitten). Sodann versuchten die Frühsozialisten die in der Tat unutopische Realisierung der bürgerlichen Gesellschaft, die weder das Versprechen nach Brüderlichkeit noch die Verheißung von Gleichheit einlösen konnte, durch scharfe Kritik an der Geldwirtschaft und das Entwerfen großer kommunitärer Gemeinschaften – so die Fourierschule – bzw. durch die Entwicklung von Handel und Industrie und die Stiftung einer neuen Fortschrittsreligion – so die Saint-Simonisten – praktisch zu kritisieren.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß sich der Antisemitismus *alleine* im

³ Zeev Sternhall, *La droite révolutionnaire – Les origines françaises du fascisme 1885–1915*, Paris 1978, S. 189.

⁴ François Georges Dreyfus, Antisemitismus in der Dritten Französischen Republik, in: Bernd Martin/Ernst Schulin (Hrsg.), *Die Juden als Minderheit in der Geschichte*, München 1981, S. 231–247, hier S. 235.

Umkreis der industrie- und kommerzfeindlichen, kommunitären Richtung des Frühsozialismus entwickelt hat.

Ernst Bloch irrt sich nicht, wenn er Charles Fourier als Paranoiker bezeichnet, wobei Blochs Beispiele anderer Sterne durch ätherische Fluiden noch harmlos sind⁵. In seiner 1808 verfaßten Theorie der vier Bewegungen findet sich u. a. ein Fragment über den Handel, in dem er, eine nach eigenen Angaben unvollständige Liste von sechsunddreißig Formen des Bankrotts vorstellt; von der Nr. 1 des Kinderbankrotts bis zur Nr. 36, des Bankrotts zum Lachen. Als Nr. 18 wird der Lauffeuerbankrott abgehandelt. Die Schilderung beginnt mit einem klaren Anschluß an den christlichen Antijudaismus und steigert sich zu einer krankhaften Angst vor einer jüdischen Verschwörung im Bereich des Geldhandels:

„Der Jude Ischarioth kommt in Frankreich mit 100000 Fr. Kapital an, die er in seinem ersten Bankerott verdient hat. . . Bald schreien seine Konkurrenten aufs erbärmlichste über ihn, er lacht über ihre Klagen und fährt umsomehr fort, alles zu kostenden Preisen loszuschlagen. Da schreit das Volk, daß es eine Lust ist: Es lebe die Konkurrenz, es leben die Juden, es lebe die Philosophie und die Bürgerlichkeit! Alle Waren sind wohlfeiler geworden seit Ischarioths Ankunft, und das Publikum sagt seinen Nebenbuhlern: Sie, meine Herren, Sie sind die wahren Juden, Sie wollen zu viel verdienen, Ischarioth allein ist ein ehrlicher Mann, er begnügt sich mit einem mäßigen Gewinn, weil er kein glänzendes Haus macht wie Sie. Vergeben – sind alle Vorstellungen der alten Häuser, daß Ischarioth ein verkleideter Spitzbube sei, der über kurz oder lang springen wird; das Publikum klagt sie der Eifersucht und Verleumdung an und läuft mehr und mehr zu den Israeliten. . . Sein (Ischarioth) Manöver wird nicht bekannt, weil die Juden nur jüdische Comptoiristen haben, Leute, welche die geheimen Feinde aller Nationen sind und nie eine von einem ‚unserer‘ Leute erdachte Spitzbüberei verraten“⁶.

Nun müßte man sich über dieses weithin unbekannt gebliebene, so offensichtlich von jedem ökonomischen Sachverstand ferne Aufbegehren des Vertreters einer absteigenden Kaufmannschaft nicht weiter beeindruckt lassen, wenn diese Sicht der gesellschaftlichen Entwicklung nicht Schule gemacht hätte. Bekanntermaßen gründeten sowohl die Saint-Simonisten als auch die Fourieristen einflußreiche Clubs und Zeitungen, die bei der Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft bzw. bei den Versuchen, die Französische Revolution fortzuschreiben, erheblichen Anteil nahmen. Die fourieristische Zeitschrift *La Democratie pacifique* agitierte 1848 gegen jüdische Minister als Juden; zur Zeit der Dreyfus-Affäre in den neunziger Jahren schlug sich die ebenfalls fourieristische „Renovation“ auf die Seiten der Antisemiten.

Doch schon im Jahre 1844 war das Grundbuch des modernen französischen Antisemitismus erschienen, Alphonse Toussenels *Les juifs, rois de l'époque*. In diesem, mit allerlei Statistiken bewehrten Buch unternimmt der Autor, ein Anhänger und Schüler Fouriers den Versuch, eine Gesellschaftsstruktur, die er als Finanzfeudalismus bezeichnet, zu analysieren. Toussenel interessierte sich für den Anteil an Juden unter Finanziers, Industriellen und Presse magnaten und sah

⁵ Ernst Bloch, *Das Prinzip der Hoffnung*, Frankfurt/M. 1976, S. 540.

⁶ Thilo Ramm (Hrsg.), *Der Frühsozialismus, Quellentexte*, 1968, S. 228–229.

in ihrer vermeintlichen Hegemonie eine gleichsam moderne Wiederauflage prärevolutionärer Verhältnisse. Toussenel sah bereits im Parlamentarismus der 1830 gegründeten konstitutionellen Monarchie ein Herrschaftssystem, das staatlichen Immobilismus und parlamentarische Machtlosigkeit so miteinander verband, daß es vor allem den finanziellen Interessen der Juden diene. Im Jahr 1845 konstatierte er: „Der Jude herrscht über Frankreich. Alles für die Juden, alles durch die Juden.“⁷

Bei der Auseinandersetzung um den Antisemitismus der Frühsozialisten – bis hin zu Marx – ist immer wieder eingewandt worden, daß der Begriff „Jude“ hier allenfalls terminologisch verwendet wird, daß der Antisemitismus dieser Ideologen nie den einzelnen, wirklichen Juden, sondern eine soziale Rolle bezeichnete. Dieses vor allem in bezug auf Marx verwendete Argument könnte auch der Toussenel von 1844 für sich geltend machen. Sein Vorschlag für die Verwendung von „Jude“ lautet folgendermaßen:

„Ich nenne mit jenem verachteten Namen des Juden jeden Geldhändler, jeden unproduktiven Parasiten, der von der Arbeit und der Substanz anderer lebt. . . Und wer Jude sagt, sagt auch Protestant und es ist fatal, daß der Engländer, der Holländer und der Genfer, die das Wort Gottes im gleichen Buch wie der Jude zu lernen beginnen, für die Gesetze der Gleichheit und die Rechte der Arbeiter auch die gleiche Verachtung an den Tag legen wie der Jude“⁸.

Damit erweist sich Toussenels Antisemitismus als ein aus katholischem Traditionalismus gespeister Antimodernismus, der jene Nationen, die damals, was die Entwicklung einer kapitalistischen Gesellschaft (die USA spart Toussenel aus) angeht, an der Spitze standen, als Feinde Frankreichs und der univeralistischen Prinzipien der Gerechtigkeit überhaupt ansah.

Toussenels katholisierender Traditionalismus, der mit Versatzstücken aus der christlichen Religion operiert, war bei anderen Frühsozialisten wesentlich stärker ausgeprägt. Auffällig ist indessen, daß es völlig gleichgültig war, ob die Hintergrundsideo-logie sich aus dem radikalen, auch antichristlichen Denken Voltaires oder aus Anleihen beim Evangelium speiste: auf jeden Fall waren die Juden, sei es als Inbegriff einer negativen Rasse hier oder als nur oberflächlich säkularisierte Gestalt, der Gottesmörder dort, jenes Übel, das einer gerechten Gesellschaft im Wege stand. Als Inbegriff der Geldwirtschaft, die sich scheinbar evident an der hervorragenden Stellung großer jüdischer Bankiersfamilien wie Rothschild oder Pereira in der Julimonarchie oder der Dritten Republik manifestierte, stellten sie jenen sichtbaren Feind dar, dessen jede populistische Erhebung bedarf.

Der von Schelling beeinflusste christliche Sozialist Pierre Leroux publizierte zwei Jahre nach Toussenel ein Buch identischen Titels: *Les juifs. Rois de l'époque*. Stärker noch als Toussenel kam es Leroux auf die beinahe allegorische Bedeutung des Begriffs „Jude“ an. Leroux gab ausdrücklich zu Protokoll, daß es ihm

⁷ Siehe Anm. 4, S. 232.

⁸ Leon Poliakov, *Histoire de l'antisemitisme de Voltaire à Wagner*, Paris 1968, S. 383.

nur auf eine Attacke des jüdischen Geistes ankam und nicht auf einen Angriff auf die Juden als Kollektiv bzw. auf die Juden als einzelne. Heißt das, daß Leroux die konkreten Juden tatsächlich gleichgültig waren? Fielen also Symbole und wirkliche Menschen radikal auseinander? Das Übel, das die Menschheit in allen ihren Gliedern geschlagen habe, sei zwar kein Spezifikum des jüdischen Volkes, sei aber in diesem Volk besonders stark und häufig anzutreffen. Mit anderen Worten: Im Unterschied zu anderen Völkern sind die Juden besonders jüdisch, was Leroux in einem Anflug von geschichtsphilosophischem Optimismus keineswegs an ihnen verzweifeln ließ:

„... werden wir nicht immer die häßliche Figur sehen, die er heute besitzt. Er wird eine heiterere, jüngere, lächelnde Gestalt annehmen; er wird aufhören, dem Juden Shylock zu ähneln und ich hoffe, ihn auf den Spuren des Nazareners auferstehen zu sehen, den die Juden gekreuzigt haben, und den sie bis heute durch Wucher und Kapital kreuzigen“⁹.

(Der Sinn der hier angesprochenen Versöhnungsbotschaft ist – entkleidet man sie ihrer offenen religiösen Sprache – kein anderer als der Sinn jenes Satzes, der Karl Marx’ umstrittene Schrift zur Judenfrage aus dem Jahr 1844 beschließt: „Die gesellschaftliche Emanzipation des Juden ist die Emanzipation der Gesellschaft vom Judentum.“¹⁰ Ich lasse dahingestellt, ob das gegen Marx oder für Leroux spricht.)

Festzuhalten ist jedenfalls, daß das prekäre Gleichgewicht zwischen symbolischer Bedeutungszuweisung und konkreter Feindschaft allzu leicht aus dem Gleichgewicht geraten konnte, was am Beispiel des kommunitären Anarchisten Pierre Joseph Proudhon besonders deutlich wird. Proudhons Schlagwort „Eigentum ist Diebstahl“ und seine für die heutige Zeit gewiß interessanten Modelle einer dezentralisierten und kooperativen Industrie, seine Propagierung der Selbstverwaltung konnte freilich nicht die Gnade von Marx finden, der ihm in seiner Schrift *Das Elend der Philosophie* vorhielt, widersprüchlicherweise Privatbesitz ohne Lohnarbeit, Kapital und Kredit ohne Zinsen und Warenzirkulation ohne Wertrealisierung zu wollen. Martin Buber jedenfalls hat Proudhon in seiner Schrift *Pfade in Utopia* als einen der Vorläufer der Kibbuzidee behandelt¹¹.

Politisch war Proudhon so sehr ein Gegner moderner Verfassungsstaaten mit kapitalistischer Wirtschaft, daß er bei den meisten bedeutsamen Konflikten der Epoche – etwa dem polnischen Aufstand gegen das russische Zarenreich oder dem amerikanischen Bürgerkrieg jeweils für die als reaktionär geltende Seite Partei ergriff, also für den Zaren und die konföderierten Südstaaten und gegen die polnischen Aufstände und die von Lincoln geführten Nordstaaten. In seinem wirtschaftlichen Denken egalitär, in seinem Eigentumsbegriff solidarisch, war Proudhon nichtsdestoweniger ein expliziter Befürworter einer dienenden Rolle der Frauen und ein erklärter Feind der Homosexualität. Und nur die Juden haßte er noch mehr als Briten und Protestanten. Seine Erbitterung über Marxens

⁹ Ebda, S. 385.

¹⁰ Marx-Engels I. Studienausgabe, Frankfurt/M. 1966, S. 60.

¹¹ Martin Buber, *Pfade in Utopia*, Heidelberg 1985.

Schrift zum Elend der Philosophie, die sein eigenes Werk schonungslos widerlegte, notierte er in seinen erst posthum bekanntgewordenen Notizheften in der Programmatik eines nie geschriebenen, antisemitischen Artikels:

„Juden. Einen Artikel gegen diese Rasse schreiben, die alles vergiftet, die alles in sich hereinfrißt, ohne sich jemals mit einem anderen Volk zu vermischen. Zu fordern ist ihre Austreibung aus Frankreich mit Ausnahme jener Individuen, die mit Franzosen verheiratet sind; ihre Synagogen abreißen, ihnen keine Anstellung gewähren, endlich auch ihren Kult aufheben.

Es ist kein Zufall, daß sie Christen sie Gottesmörder genannt haben. Der Jude ist der Feind der Menschengattung. Man muß diese Rasse nach Asien zurückschicken oder sie ausrotten.

H. Heine, A. Weil und die anderen sind nichts als Geheimagenten. Rothschild, Cremieux, Marx, Fould sind erbärmliche Schurken, wütende, mißgünstige und herbe Wesen, die uns hassen.

Sei es durch das Eisen, durch das Einschmelzen oder durch die Vertreibung, der Jude muß verschwinden. Die Alten, die nichts mehr erzeugen können, sind zu ertragen. Arbeit zu verrichten – Das, was die Völker des Mittelalters instinktiv haßten, hasse ich reflektiert und unwiderruflich.

Der Haß gegen die Juden, wie auch der Haß gegen die Engländer, muß ein Artikel unseres politischen Glaubensbekenntnisses werden“¹².

Auch hier scheint wieder zu gelten, daß das absurde, gewiß in höchster Erregung geschriebene und niemals publizierte Geschreibsel eines ebenso originellen wie konfusen Kopfes kaum der Rede wert ist. Auffällig werden derartige Äußerungen freilich dann, wenn sie in ähnlichen Zusammenhängen, aber völlig unabhängig, formuliert werden und wenn der Geist solcher Äußerungen denn doch politisch Schule macht.

Im Jahre 1871, in jenem Jahr, als die Pariser Kommune ihren heldenmütigen Kampf aufnahm, äußerte sich ein anderer Anarchist ebenso verbittert über Karl Marx. Michail Bakunin, dem wir eine bis heute hellsichtige Kritik der im Marxismus angelegten totalitären Tendenzen verdanken, haßte Marx ebenso wie Rothschild und formulierte dabei jene Doktrin, die dem nationalsozialistischen Antisemitismus zugrunde lag, ohne daß sich die Nationalsozialisten jemals auf Bakunin bezogen oder sein Werk gekannt hätten. Das läßt – jedenfalls in geistesgeschichtlicher Hinsicht – auf interne ideologische Zusammenhänge schließen:

„Nun, diese ganze jüdische Welt, die eine ausbeuterische Sekte, ein Blutegelvolk, einen einzigen fressenden Parasiten bildet, eng und intim nicht nur über die Staatsgrenzen hinweg, – diese jüdische Welt steht heute zum großen Teil einerseits Marx, andererseits Rothschild zur Verfügung. Ich bin sicher, daß die Rothschild auf der einen Seite die Verdienste von Marx schätzen, und daß Marx auf der andern Seite die instinktive Anziehung und großen Respekt für die Rothschild empfindet“¹³.

¹² Siehe Anm. 3, S. 187.

¹³ Michail Bakunin, *Gott und der Staat und andere Schriften*, Reinbek 1968, S. 180.

Welches waren nun die politischen Zusammenhänge, in denen diese antisemitische Variante des Anarchismus politisch virulent wurde? Ich streife lediglich die russische Entwicklung, wenn ich festhalte, daß in den achtziger und neunziger Jahren die russischen Volkstümler, die in der bäuerlichen Obstschina das Modell sozialistischen Zusammenlebens sahen und gegen Verwestlichung und Kapitalisierung standen, die bäuerlichen – meist von oben angestifteten Pogrome – akzeptierten. Dies ging so weit, daß jüdische Narodniki Pogrome gegen jüdische Ladenbesitzer u. ä. hinnahmen. Ich übergehe zudem den hochinteressanten Umstand, daß der nach der Revolution von 1905 entstehende russische Frühfaschismus gleichermaßen gegen Juden und Kulaken Stellung bezog und male die möglichen Folgerungen für eine Theorie des Stalinismus nicht weiter aus¹⁴.

Ich will statt dessen in einem letzten Durchgang die Entwicklung der radikalen, antiparlamentarischen und syndikalistischen Linken in Frankreich skizzieren, die schließlich zu einer Kollaboration einiger ihrer Führer mit den Nationalsozialisten unter dem französischen Vichyregime führte.

Die Geschichte Frankreichs im neunzehnten Jahrhundert, von der konstitutionellen Monarchie über die Dritte Republik und das zweite Kaiserreich, die Kommune und endlich die vierte Republik ist nicht nur die Geschichte einer tiefen Spaltung zwischen einem republikanischen und einem reaktionären Frankreich und auch keineswegs nur die Geschichte eines sich herausbildenden Präfaschismus. Im Frankreich des neunzehnten Jahrhunderts fand auch die erste Spaltung der Arbeiterbewegung und damit einhergehend die Spaltung zwischen bürgerlichen Radikalen und radikalen Arbeitern statt. Als sich das bürgerlich-radikale, sozialistische Frankreich Ende des Jahrhunderts in der Dreyfusaffaire nach einigem Zögern auf die Seite der Intellektuellen um Emile Zola und damit gegen den Antisemitismus stellte, (auch ein Jean Jaurès war keineswegs immer vor der Versuchung gefeit, dem Antisemitismus wohlwollend gegenüberzustehen)¹⁵ und damit zugleich endgültig für Verfassung, allgemeine Menschenrechte und parlamentarische Demokratie votierte, verlor es die letzten Bindungen zur strikt antiparlamentarischen, linksradikalen Arbeiterschaft, die schon seit den achtziger Jahren in ihrem bedeutsamsten Organ, der *Revue socialiste* eine Annäherung an den Antisemitismus suchte. Der ehemalige Kommunarde Benoit Malon, unterdessen Leiter der *Revue socialiste*, nahm im Jahre 1886 zu dem ein Jahr zuvor erschienenen Kultbuch des französischen Antisemitismus Stellung, zu Edouard Drumont's *La France juive*, das schon damals dreizehn Auflagen erlebte. Drumont, der dem 1844 erschienenen Werk Toussenels *Le juifs, rois de l'époque* so gut wie alles verdankt, war ein eindeutig rechts stehender, populistischer und populärer, sozialkritisch argumentierender Journalist. In seiner Rezension schrieb Benoit Malon unter anderem:

¹⁴ Heinz-Dietrich Löwe, *Antisemitismus und reaktionäre Utopie: Russischer Konservatismus gegen den Wandel von Staat und Gesellschaft 1890–1917*, Hamburg 1978, S. 124, 132, 134, 135, 137, 257.

¹⁵ Michel Winnock, *Edouard Drumont et Cie*, Paris 1982, S. 97.

„Indem man Herz und Vernunft der arischen Rasse bricht, um dem antihumanistischen Gefasel einiger fanatischer Juden zu glauben, die hartnäckig und ohne Talent sind; indem man sich mit der Literatur eines Volkes beschäftigt, das in bezug auf den menschlichen Fortschritt weniger wiegt als eine einzige athenische Olympiade, hat man es den Söhnen des auserwählten Volkes, dieses ‚Gottesvolkes‘ gestattet, uns als minderwertig zu behandeln“¹⁶.

Mit der Übernahme des rassistischen Antisemitismus Drumonts durch die auf Voltaire und Blanqui zurückgehende radikale Linke waren in den achtziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts jene Bedingungen geschaffen, die den revolutionären Syndikalismus von Sorel und Hervé, der Theoretiker des sozialen Krieges, des unnachgiebigen Antiparlamentarismus und des Mythos vom Generalstreik an die Seite des französischen Faschismus führte. In dem von Charles Maurras, dem Gründer der „Action française“ eingerichteten „Cercle Proudhon“ begegneten sich linksradikale Syndikalisten und ultrareaktionäre Nationalisten in ihrer gemeinsamen Abneigung gegen Liberalismus, Geldwirtschaft und Parlamentarismus.

Hubert Lagardelle, Generalsekretär der CGT zu Anfang des Jahrhunderts, hatte es mehr als einmal formuliert: Indem sich der menschenrechtsbezogene, linksbürgerliche Radikalismus während der Dreyfusaffaire voll und ganz auf den Parlamentarismus eingelassen und damit die tiefgreifenden Veränderungswünsche breiter, verarmter Arbeitermassen übergangen hatte, hatte er den Sozialismus dem Patronat überantwortet und zum Herrschaftsinstrument werden lassen.

Hubert Lagardelle, ein Politiker, der der Tradition Blanquis entstammt, entfremdete sich nach dem ersten Weltkrieg dem Sozialismus und ging ins Lager des Faschismus über.

Im Jahr 1942 treffen wir ihn als Staatssekretär für Arbeit im Vichyregime wieder. Er war damals damit befaßt, ausgesonderte Zwangsarbeiter ins Deutsche Reich zu schicken.

¹⁶ Siehe Anm. 3, S. 195.

Die Judenfrage als Frage des Antisemitismus und des jüdischen Nationalismus in der klassischen Sozialdemokratie

VON

SHLOMO NA'AMAN

Als „klassische Sozialdemokratie“ wird hier die nach 1875 geeinte deutsche sozialistische Arbeiterpartei bezeichnet, die diese Einheit bis Mitte des ersten Weltkrieges trotz aller Spannungen bewahrt hat; sie ist also fast kongruent mit dem 1871 gegründeten deutschen Kaiserreich. Die Entwicklung der Arbeiterparteien vor der Reichsgründung gehört demnach in dieser Sicht zur Frühgeschichte und die der gespaltenen Arbeiterpartei – zur Spätgeschichte. Dieses Schema ist nicht allgemeingültig, paßt aber für das Verständnis der Entwicklung der sog. „Judenfrage“ in der Sozialdemokratie: Sie wurde in der klassischen Periode der Partei als Problem der Klassenspaltung innerhalb des Kapitalismus gesehen, eine Sicht, die als mustergültig für alle sozialistischen Parteien angesehen wurde; im Gegensatz dazu galt der jüdische Nationalismus – als Merkmal der Rückständigkeit der vorkapitalistischen Staaten, besonders in Osteuropa.

In dieser Sicht konnte die Judenfrage in der Frühgeschichte der Arbeiterbewegung noch nicht klar erkannt werden: Sie war dort ein Produkt langer Erziehung aller Volksschichten in einer Atmosphäre von Antipathie gegen Juden, die die Kirche insbesondere seit Beginn der Rivalität von Christentum und Judentum geschürt hat und jüdischerseits als „Risches“ bezeichnet wurde: Antipathie, Judophobie oder Risches sind verschiedene Aspekte der gleichen traditionellen Abneigung gegen Juden, die besonders in der Unterschicht akut war und deshalb auch die Frühgeschichte der Arbeiterbewegung beeinflusste und sporadisch ihren Niederschlag in deren Literatur gefunden hat¹.

Diese Abneigung gegen Juden, die sich durchaus auch in Gewalttätigkeiten entladen konnte, mit der theoretisch durchdachten Auffassung der Judenfrage in der klassischen Sozialdemokratie gleichzusetzen, bringt Unklarheit in die Problemstellung: In der frühen Geschichte der Arbeiterbewegung handelte es sich um einen klassenmäßig nicht differenzierten Judenhaß: in der klassischen Arbeiterbewegung – um eine politische Haltung zu einem Phänomen des Kapitalismus, das unter dem zeitgenössischen Namen „Antisemitismus“ um seine Anerkennung in der politischen Szene rang. Ob die Charakterisierung dieses Phänomens in der Arbeiterbewegung als Teil der Klassenspaltung richtig oder ausrei-

¹ Arno Herzig, *The Role of Antisemitism in the Early Years of the Workers' Movement*, in: *Year Book XXVI of the Leo Baeck Institute*, London 1981, S. 243, 249.

chend war, gehört nicht zur Sache; wichtig für die Forschung allein ist die Erkenntnis, daß der klassenmäßig nicht differenzierte Judenhaß nicht mit dem klassenmäßig differenzierten Antisemitismus gleichzusetzen ist, wie es so häufig in der Antisemitismusforschung, besonders jüdischerseits geschieht².

Die Erkenntnis, daß der Antisemitismus eine Komponente der Klassenspaltung im Kapitalismus und daher Teil des Klassenkampfes ist, setzte sich in der klassischen Sozialdemokratie schnell, aber doch in Etappen durch: Der „Risches“ in allen Schichten der Partei war zäh, tief verankert, daher langlebig, und das neue Verständnis ersetzte ihn nie vollkommen, aber die theoretische Vorarbeit zum modernen Verständnis der Judenfrage wurde schon frühzeitig geleistet. Drei Namen sind in diesem Zusammenhang zu nennen: Bruno Bauer, Moses Heß und Karl Marx, Bauer, indem er die Bedingungen festlegte, unter denen die Juden in den modernen Staat integriert werden könnten (1843), Heß, indem er in seinem Buch *Rom und Jerusalem* (1862) die Bedingungen feststellte, unter denen die Juden ihren nationalen Fortbestand garantieren könnten, und Marx, indem er in seinem Doppelaufsatz zur Judenfrage (1844) das Judentum mit dem sozialen Umbau der Gesellschaft verband. Alle drei Theoretiker haben in der Sozialdemokratie der klassischen Periode nachgewirkt³.

Der ADAV, die erste klassenbewußte Arbeiterpartei der Frühzeit der Arbeiterbewegung, hat sein modernes Klassenbewußtsein mit dem traditionellen Risches verknüpft, und sein letzter Präsident Wilhelm Hasenclever, hat dieser Mischung in seiner anonym erschienenen Schrift *Der Wahrheit die Ehre. Ein Beitrag zur Judenfrage in Deutschland* (Nürnberg 1881)⁴ ein literarisches Denkmal gesetzt.

Einerseits spiegelt die Schrift den eingewurzelten Risches, wie er auch im ADAV als Haß gegen die Bourgeoisie vorherrschte, andererseits reagierte sie positiv auf die Petition der Antisemiten und die darauf fußende Debatte im preußischen Abgeordnetenhaus, bei denen es um die Rückgängigmachung der rechtlichen Gleichstellung der Juden ging. Hasenclever identifiziert sich ganz mit den Argumenten der Antisemiten, ganz gleich wie ihre Klassenstel-

² Die Unterscheidung von Antisemitismus und Judenhaß (Risches) wird in diesem Aufsatz mit der Auffassung eingeführt, daß wohl der Judenhaß ein ewiges Weltproblem, der Antisemitismus aber eine neue Erscheinung ist, die mit dem Emanzipationsstreben der Juden zusammenhängt. Siehe dagegen, Alex Bein, *Die Judenfrage. Die Biographie eines Weltproblems*, Bde. 1+2, 1980.

³ Franz Mehring hat sich eingehend mit Marx und Bruno Bauer in den Gesammelten Schriften von Marx und Engels in seiner Nachlaßausgabe von 1902 beschäftigt; die Ideen von Heß wurden in der *Neuen Zeit* durch B. Emanuel eingeführt (*Die Neue Zeit* 13/2, 1895 S. 599–603) und durch Max Zetterbaum energisch abgewiesen (*Die Neue Zeit* 19/1, 1901 S. 324–330; 367–373).

⁴ *Wilhelm Hasenclever. Reden und Schriften*, hrsg. von Ludger Heid, Klaus-Dieter Vinschen, Elisabeth Heid, 1989, S. 181–206. Siehe auch Shlomo Na'aman, Social Democracy on the Ambiguous Ground between Antipathy and Antisemitism. The Example of Wilhelm Hasenclever, in: *Year Book XXXVI of the Baeck Institute*, London 1991, S. 229–240.

lung der Herkunft nach war. Deren Grundhaltung war, daß der Kapitalismus eine Erfindung der Juden sei und nur durch sie der wahre Antikapitalismus vertreten werde.

Regelrechte Gesetzgebung gegen die Emanzipation der Juden billigt Hasenclever; nur jede Ausnahmegesetzgebung erregt seinen Zorn und die schont die Juden, unterdrückt aber die Arbeiterpartei. Sein Fazit ist, daß solange das Ausnahmegesetz gegen die Sozialisten in Kraft ist, sich jede Überlegung über die Diskriminierung der Juden erübrigt⁵. Nicht nur die Juden Deutschlands genießen das Leben in Hülle und Fülle, auch die Juden Osteuropas, die deshalb ihre Wohnorte nicht verlassen, weil es ihnen dort leicht fällt, die primitiven Bauern auszunützen⁶.

Das sagt ein Hasenclever, den man nie des Antisemitismus verdächtigt hat, in seiner anonymen Schrift am Vorabend des ersten Exodus der bedrängten Juden Rußlands, von Juden als „Südstürme“ (Ukraine) der Jahre 1881/82 bezeichnet⁷.

Gegenüber dieser Sicht vertrat im gleichen Jahr 1881 das Auslandsorgan der unterdrückten Partei, der in Zürich erschienene *Sozialdemokrat*, erstmals eine selbständige sozialistische Haltung. Das war möglich, nachdem seit Jahresbeginn die verantwortliche Redaktion der Zeitung an Eduard Bernstein übergegangen war, der theoretische Anleitung bei Friedrich Engels in London suchte, wie deren intensive Korrespondenz beweist⁸.

Die neue Linie argumentierte ökonomisch: Die Sozialdemokratie bekämpft den Kapitalismus und wird ihn durch den Sozialismus ersetzen; der Antisemitismus bekämpft nur den jüdischen Kapitalismus und ist deshalb der direkte Feind des Sozialismus. Aus dieser Sicht beleuchtet der *Sozialdemokrat* die Aktionen der Antisemiten und prophezeit deren schließliches Scheitern trotz scheinbarer Augenblickserfolge. Bernstein analysiert auch das Lager der Antisemiten ökonomisch als eine Sammlungsbewegung aller untergehenden Schichten der Gesellschaft. Diese Analyse geht von dem gesetzmäßigen Untergang des Kapitalismus und dem ebenso gesetzmäßigen Aufstieg der Arbeiterklasse aus, wie sie Engels soeben in seiner Schrift gegen Düring (1878)⁹ dargelegt und Bernstein mit ihr überzeugt hat.

Bernstein verfolgt anhaltend alle Versuche der Stöckerschen Antisemiten, das

⁵ Besonders Abschnitt VIII, dort S. 195–197.

⁶ Besonders Abschnitt II, dort S. 183–186.

⁷ Die „Südstürme“ (hebr. Sufot Banegev) beendeten die Geschichtsperiode der aufklärerischen Haskala und begannen die der Hibbat-Zion, der ersten jüdischen nationalen Bewegung, deren Verkünder Leon Pinsker mit seiner programmatischen Schrift „Autoemanzipation“ war; seine Ideologie griff auf Moses Hess zurück.

⁸ Helmut Hirsch (Hrsg.), *Eduard Bernsteins Briefwechsel mit Friedrich Engels*, Assen 1970, bes. S. 27–40 für das kritische Jahr 1881 der Übernahme der Redaktion des *Sozialdemokrat*; für die späteren Jahre – passim; für Engels, Edmund Silberner, Friedrich Engels and the Jews in: *Jahrbuch für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* XI, 1949, S. 323–342; für den späteren Engels, S. 32–342.

⁹ *Karl Marx/Friedrich Engels, Werke*, 20, S. 5–303; David McLellan, *Marxism after Marx*, 1979, The Contribution of Engels, S. 8–19.

Wachstum der Sozialdemokratie zu behindern, besonders ihre Wahlerfolge zu schmälern, wobei er davon ausgeht, daß die Arbeiter als Klasse der Zukunft fast naturgemäß gegen alle Bemühungen der Antisemiten immun seien. Bei der Verfassung seines dreibändigen Werkes über die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung aus späterer Zeit (1906–1910)¹⁰ hat er diesen methodischen Ausgangspunkt bewahrt und vertieft, obwohl er sich inzwischen von seiner „Engelsgläubigkeit“ als Revisionist des Marxismus weit entfernt hatte.

Die Überzeugung, daß der Antisemitismus ökonomisch als Versuch der untergehenden Klassen zu werten sei und damit Teil des historischen Klassenkampfes der aufsteigenden Arbeiterbewegung, hatte Bernstein von Engels übernommen; anscheinend selbständig dagegen, war er auf den Versuch von Marx aus dem Jahre 1844 gestoßen, die Judenfrage nicht idealistisch als Frage der Religion zu sehen, sondern materialistisch als Frage der Alltagsjuden, so wie sie im Erwerbsleben auftreten¹¹. Engels hat sich nie mit dieser „vormarxistischen“ Arbeit von Marx auseinandergesetzt, vermutlich, weil sie allzu leicht von den Antisemiten mißbraucht werden konnte; Bernstein referierte über diesen Aufsatz *Zur Judenfrage*, als einem frühen Versuch, die Rolle der Juden beim Aufstieg des Kapitalismus zu bestimmen, ohne sich mit den Einseitigkeiten des frühen Marx zu identifizieren¹². Auf diese Weise hatte er die Judenfrage im Kapitalismus, wie sie die Antisemiten propagierten, zugleich mit der Sicht von Engels und Marx, in den Griff bekommen.

Ob seine Sicht im Hinblick auf Staat und Gesellschaft effektiv und ausreichend war, wird noch zu untersuchen sein.

Bis 1890, dem Jahr des Aufhörens des Auslandsorgans und des Absterbens des Ausnahmegesetzes gegen die Sozialdemokratie war die Haltung des *Sozialdemokrat* zur Agitation gegen die Antisemiten einseitig, scharf, aber effektiv: Trotz der Behinderung durch das Sozialistengesetz gelang es den Antisemiten nicht, den Aufstieg der Arbeiterpartei bei den Wahlen zu behindern; unter den Bedingungen der Legalität setzte sich dieser Anstieg fort, vergrößerte sich aber weit mehr auch der Widerstand der antisemitischen Front, nur gilt es zu beachten, daß diese Front keineswegs weiterhin nur aus den formell als „Antisemiten“ bezeichneten Parteien bestand, sondern sich aus fast allen bürgerlichen Parteien, mit der konservativen Partei an der Spitze (mit Ausnahme der Freisinnigen Parteien, die deshalb als „prosemitisch“ diffamiert wurden) rekrutierte.

Die neue Konstellation, die sich anbahnte, rief Engels zum Eingreifen auf.

¹⁰ Eduard Bernstein, *Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung*, Zweiter Teil, Berlin 1907, zweites Kapitel: Des Sozialistengesetzes zweite Phase: Vergebliches Bemühen des sozialen Bauernfanges, S. 58–109; *Karl Marx/Friedrich Engels, Werke* 1, *Zur Judenfrage*, S. 347–377, hier S. 372.

¹¹ *Sozialdemokrat* Nr. 27 u. Nr. 28, 30. 6. und 7. 7. 1881, Feuilleton, *Karl Marx über die Judenfrage*. Der referierende Abdruck „unterm Strich“ ist beachtlich.

¹² Wie Anm. 2.

Schon im Mai 1890 schickte er einen Brief an einen Wiener Adressaten, der zweifellos als Propagandaschreiben gedacht war, jedenfalls so gewirkt hat¹³.

Als erstes räumt er mit der Illusion auf, daß der Antisemitismus als Vorstufe sozialdemokratischer Gesinnung nützlich sein könne, eine Einschätzung, der auch Bernstein nicht eindeutig entgegen getreten war. Diese Ansicht scheint der eigentliche Grund des Schreibens von Isidor Ehrenfreund, augenscheinlich ein Jude, an Engels gewesen zu sein¹⁴. Da Victor Adler als Redakteur der Arbeiterzeitung dieses Schreibens verstümmelt abgedruckt hat, kann man nur die Absage von Engels an Ehrenfreund feststellen, ihre Begründung fehlt. Der Grund dafür war, nach der Taktik der österreichischen Sozialdemokratie zu urteilen, daß Adler keineswegs gewillt war, auf dieses Werbemittel zu verzichten. Zur Sache selbst sagt Engels, daß das Kapital allgemein die rückständigen Schichten der Gesellschaft vernichtet, das sei zwar grausam, aber unvermeidlich, aber das sei nicht nur Sache des jüdischen Kapitals. Dort, wo sich der Gegensatz von Kapital und Lohnarbeit voll entwickelt hat, spielt das jüdische Kapital überhaupt keine hervorragende Rolle mehr, die es noch in unterentwickelten Staaten oder Gebieten hat. Der Antisemitismus ist demnach ein Überbleibsel des „feudalen Sozialismus“ einer vergangenen Zeit. Es gilt also, den Kapitalismus voranzutreiben, nicht ihn aufzuhalten.

Die wichtigste Neuerung in Engels' Brief ist der Hinweis, daß auch die Juden, wie jedes moderne Volk, klassengespalten sind: In London gebe es ein massenhaftes jüdisches Proletariat, das sich willig organisiert und sehr klassenbewußt ist, das zu Streiks, wie sie die neuartige Organisationsform der nicht-fachlichen Arbeiter fordert, aufruft¹⁵.

Engels meint, daß die Juden als Klasse wie als Einzelne ein wichtiger Bestandteil der modernen Arbeiterbewegung seien.

Die Gedanken dieses Aufsatzes (die Form eines Briefes ist Zufall) übernahm August Bebel, wie er selbst an Engels schrieb, als Diskussionsgrundlage für seine Rede über die Frage des Antisemitismus auf dem Parteitag zu Berlin (1892)¹⁶, die er ursprünglich zu einer verpflichtenden Resolution zusammenfassen wollte, dann aber darauf verzichtete, weil er einer spontanen Zustimmung nicht sicher war und Zeitmangel einer gründlichen Diskussion entgegenstand. So ließ er dasselbe Thema noch einmal auf dem folgenden Parteitag zu Köln

¹³ Karl Marx/Friedrich Engels, *Werke*, 20, S. 49–51 und dort Anm. 80, S. 570.

¹⁴ Karl Marx/Friedrich Engels, *Werke*, 20, S. 570; Silberner nennt als Adressaten „Dory Ehrenfreund“ in *Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte* VI/1977, S. 285, was weniger wahrscheinlich ist.

¹⁵ Karl Marx/Friedrich Engels, *Werke*, 20 S. 50.

¹⁶ August Bebel, *Briefwechsel mit Friedrich Engels*, Hrsg. Werner Blumenberg, 1961 S. 562. – *Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*. Abgehalten zu Berlin vom 14. bis 21. November 1892, Reprint Nihon Shoseki, 1970. Fünfter Verhandlungstag mit dem taktischen Rückzug Bebels in der Frage des Antisemitismus, S. 248 f. u. 293 f.

(1893)¹⁷ verhandeln und erreichte außer der nochmaligen Bestätigung seines Berliner Vorschlages, auch die parteioffizielle Drucklegung seiner Rede trotz einigem Widerstand. Die Broschüre wurde in ihrer erweiterten Form 1906 mit dem Titel *Sozialdemokratie und Antisemitismus*¹⁸ die autoritative Haltung der klassischen Sozialdemokratie zur Ablehnung des Antisemitismus in jeder Form: Offener Antisemitismus und Sozialdemokratie waren seitdem unvereinbar; ein verkappter Antisemitismus, der mehr sein wollte als gewöhnlicher Risches, mußte nach Auswegen suchen, die er im Rahmen der Internationale fand, weil es in den romanischen Ländern noch aus den Zeiten der I. Internationale Reste eines militanten Antisemitismus gab¹⁹.

Wenn der *Sozialdemokrat* die Bernstein-Engelssche Phase des Widerstandes gegen den Antisemitismus darstellt, deren wichtiges Thema dessen Konkurrenz bei den Wahlen unter dem Sozialistengesetz war, so bezeichnet die Broschüre von 1906 die darauf folgende Phase von Engels-Bebel, und diese war ungemein wichtiger, weil sie bewies, daß der Antisemitismus nicht nur Rest einer vergangenen Periode ist, sondern zukunftsweisend.

Jetzt, in der Phase der Legalität (1890–1914) sind die Bürokratie, das Offizierskorps und besonders die Studenten Vertreter des Antisemitismus und erheben den konservativen Staat zu ihrem Ideal. Nun ist der Staat antisemitisch verseucht.

Der neuen Phase des Antisemitismus widmet Bebel zwei Nachträge²⁰, deren Neuerung die Widerlegung der antisemitischen Argumentation gegen die wachsende Konkurrenz der jüdischen studentischen Jugend ist und das „Ostjudenproblem“ im Gefolge der Pogrome in Rußland.

Von Marx und Engels übernimmt Bebel die Sicht, daß die volle Emanzipation und menschliche Regeneration der Juden Sache des Sieges des Sozialismus sei, aber den Antisemiten wirft er den Satz entgegen:

„Man schaffe alle Juden über die deutsche Grenze und an den Grundlagen unserer Gesellschaft wird nicht um Haaresbreite geändert“²¹.

Die Entstehungsgeschichte der Broschüre, die zwei Kongresse der Partei beschäftigt hat und deren Drucklegung eine längere Debatte hervorrief, die Korrekturen verlangten, beweist, daß antisemitische Parteiungen zwar abgelehnt wurden, aber antisemitische Argumente innerhalb der Partei wirksam waren und anerkannt werden wollten: In der doppelten Ablehnung von Antiwie Philosemitismus auf der Brüsseler Tagung der Internationale 1891 fand diese Stimmung das ihr fehlende Gleichgewicht. Die breite jüdische Öffentlich-

¹⁷ *Protokoll...* Köln a. Rh., Reprint Nihon Shoseki, 1970, Punkt 7 der Tagesordnung: Antisemitismus und Sozialdemokratie, S. 223–240.

¹⁸ *Sozialdemokratie und Antisemitismus*. Von August Bebel. Rede auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Berlin. Mit zwei Nachträgen. Zweite durchgesehene Auflage, Berlin 1906.

¹⁹ Die romanischen Länder waren stark von Proudhon und Bakunin beeinflusst, infolgedessen auch von deren Antisemitismus.

²⁰ Wie Anm. 18, S. 29–38.

²¹ Wie Anm. 18, S. 26.

keit aber nahm Rede wie Broschüre Bebels mit Genugtuung auf: Endlich hatte sich eine Partei als Ganzes und nicht nur einzelne Parteigrößen (wie bei den Freisinnigen) deutlich vom Antisemitismus distanziert. Das war eine mutige Tat, und brachte zuerst einzelne, dann viele in die Partei oder wenigstens an die Wahlurne auf ihre Seite.

Der Brüsseler Kongreß vom August 1891 war der erste geeinte Kongreß der II. Internationale, in dessen Mittelpunkt Parlamentarismus, Arbeiterschutz und 1. Maifeier standen. Als 4. Punkt der Tagesordnung stand ohne jeden Zusammenhang mit den üblichen sozialen Forderungen: Stellungnahme der Arbeiterorganisationen aller Länder zur Judenfrage, eingebracht durch den amerikanischen Verband der Arbeiter-Vereinigungen jüdischer (= jiddischer) Zunge und vertreten durch Abraham Cahan aus New York²².

Victor Adler aus Wien versuchte die Verhandlung über diesen Punkt wegen dessen vom Hauptthema abweichenden Inhalts von der Tagesordnung abzusetzen, wurde aber durch die Gegnerschaft der Vertreter Frankreichs und Belgiens davon abgehalten, indem sie erklärten, daß es gerade der jüdische Charakter der Ausbeutung sei, der die soziale Frage ausmache. Die jüdischen Trade Unions Amerikas hatten eine Unterstützung der Juden im russischen Untergrund beabsichtigt, nun war es dazu gekommen, daß dieser Aspekt ausdrücklich nicht verhandelt wurde und statt dessen dem Hinweis auf die Gefahr des jüdischen Kapitalismus stattgegeben wurde. So kam die Resolution zustande, die jeden Separatismus der Juden ablehnte, aber den Antisemitismus wie den Philosemitismus als Hetze gleicherweise ablehnte²³.

Im Kontext bedeutet das, daß der Philosemitismus eine Verteidigung des jüdischen Kapitalismus bedeute, also eine verkappte Anerkennung der Argumente des Antisemitismus innerhalb der Arbeiterbewegung sei. So faßte die Sachlage Franz Mehring auf, der der bedeutendste Theoretiker nach Karl Kautsky im orthodoxen Marxismus war. Er war keineswegs ein „Außenseiter“ innerhalb der Partei, sondern Vertreter einer bedeutenden Strömung innerhalb der Internationale; geendet hat er als Mitbegründer der kommunistischen Partei Deutschlands, die die radikale Tradition der klassischen Arbeiterbewegung fortsetzen wollte.

Mehring hat alle antijüdischen Elemente in der Entwicklung der sozialistischen Theorie gesammelt, wohlwollend kommentiert und zu Aufsätzen in der *Neuen Zeit* verarbeitet²⁴. Zu diesem Zweck hat er nicht nur den Doppelaufsatz *Zur Judenfrage* von neuem vorgeführt, sondern selbst Bruno Bauer, auf den

²² *Histoire de la IIe Internationale*, Tome 8, Congrès International, Minkoff Reprint, dort Bericht Congrès International ouvrier socialiste, Bruxelles 16–21, Août 1891, La question juive, S. 41–44.

²³ Dort, S. 44.

²⁴ *Die Neue Zeit* 9/2 (1890/91), S. 585–588, Anti- und Philosemitismus; *Die Neue Zeit* 11/1 (1892/93), S. 4–12, Mönch und Rabbi; *Neue Zeit* 12/2 (1893–94), Drillinge, S. 577–582. Groß ist die Anzahl kurzer Bemerkungen judenfeindlicher Art.

Marx reagiert hat, herangezogen²⁵. Sein Risches ist unbestreitbar; Antisemit war er deshalb noch nicht, denn er hat sich strikt an die Partioresolution gehalten und nie verlangt, die Gleichberechtigung der Juden rückgängig zu machen und nie hat er behauptet, daß die Juden, die *alleinigen* Ausbeuter seien. Wohl hat er ihren Teil an der kapitalistischen Ausbeutung hervorgehoben.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß die Grenzen von überkommener Judo-phobie und politischem Antisemitismus wie auch von politischem Antisemitismus und Vernichtung der Juden aus rassistischen Gründen fließend sind und leicht ineinander übergehen, aber deshalb sind die *Begriffe* doch auseinanderzuhalten, denn das Gegenteil ist ein *Pan-Antisemitismus*, der das jüdische Schicksal vollkommen verzerrt²⁶.

Daß *Mehring* in der Judenfrage eine Grenzfigur ist, ist entsprechend der Aussagen der Quellen zuzugeben, daß aber auch *Kautsky* eine Grenzfigur in der Judenfrage, allerdings in einem anderen Aspekt ist, wird überraschen.

Dieser andere Aspekt ist das Bestehen eines jüdischen Nationalismus in der doppelpoligen modernen Judenfrage, die Antisemitismus wie jüdischen Nationalismus auch im Rahmen der Arbeiterbewegung umfaßt.

Bruno Bauer hatte als Bedingung der Emanzipation der Juden die Aufgabe ihrer Nationalität verlangt; Marx hatte diese Frage umgangen; Heß hatte klar ausgesagt, daß der moderne Staat sich auf staatsbürgerliche Loyalität zu beschränken habe und sich nicht auf eine bestimmte Nationalität festlegen dürfe²⁷, hatte aber mit diesem Argument keinen Eindruck auf die frühe Arbeiterbewegung gemacht.

Die klassische Sozialdemokratie wußte wohl von dem Bestehen einer Gruppe volkssozialistischer Juden mit Aron Liberman und seiner hebräischen Zeitung *Ha-Emet* (1875–79), schon weil deren Prozeß wegen ihrer Untergrundzentrale in Königsberg, die illegale Literatur nach Rußland einschmuggelte, unterm Sozialistengesetz in Berlin 1879 stattfand, aber die sozialistische Arbeiterbewe-

²⁵ Mehrings Nachlaßausgabe von 1902 wie Anm. 3. Aus den Deutsch-Französischen Jahrbüchern, dort S. 331–423, Einleitung des Herausgebers, S. 331–356; Zur Judenfrage. Von Karl Marx, S. 399–431, Anmerkungen des Herausgebers, S. 491–492: Alle Bemerkungen von Mehring sind beachtlich! Der Text „Zur Judenfrage“ in: *Karl Marx/Friedrich Engels, Werke*, 1, S. 347–377.

²⁶ Das gilt für das bedeutende Werk von Alex Bein (Anm. 2), das die These von Pinsker (Anm. 7) über den Antisemitismus als einer Phobie wissenschaftlich untermauert und damit dazu beiträgt, die Geschichte der Juden einseitig nur zu einem Martyrium zu machen; sie ist aber nach Borochow in einem Rhythmus von Anziehung und Abstoßung seitens der Umwelt verlaufen, was sich leichter in eine sozialistische Geschichtsauffassung einbauen läßt. Die Auffassung eines, der sozialistischen Bewegung immanenten Antisemitismus, scheint mir einseitig und unhaltbar.

²⁷ Moses Hess in seiner wenig beachteten Selbstanzeige in der *Rheinischen Zeitung* (1862). Dazu S. Na'aman, Die Selbstdeutung von Rom und Jerusalem durch Moses Hess, in: *Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte* 11, Tel Aviv 1982, S. 173–201.

gung behandelte sie ganz am Rande einfach als „russische Nihilisten“²⁸, ohne zu beachten, daß diese Gruppe hebräisch unter Jeschiwa-Studenten agitierte und deshalb zur Nationalisierung der jüdischen Intelligenz beigetragen hat, obwohl ihre Weltanschauung kosmopolitisch war. Die verkürzte Weltanschauung der Sozialdemokratie, als gelte es, alle Probleme auf die sozialökonomische Ebene zu reduzieren, verengte ihren Blick, gepaart mit dem anerzogenen Risches. Zukunftsweisend ist daher der sympathisierende Aufsatz im *Jahrbuch für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* von Ludwig Richter²⁹ (1881), der diese Reduktion nicht mitmachte, aber deshalb wirkungslos war.

Als kurz danach der Zar dem Untergrund, dem einige Juden angehörten, zum Opfer fiel (1881) kam es zu den „Südstürmen“, die tausende von Juden in Bewegung setzten. Die jüdische „Intelligenz“ brachte die „Am-Olam“-Bewegung³⁰ hervor, die nicht mehr rein kosmopolitisch war, sondern von einer sozialen und politischen Konzentration der Juden in den Vereinigten Staaten träumte, und zugleich die kleinere „Bilu“-Bewegung³¹, die das gleiche Ziel in Eretz-Israel erreichen wollte: Zwischen beiden Bewegungen herrschte eine dauernde Fluktuation, wobei das Jiddisch des Am-Olam und das Hebräisch der Bilu keine Hindernisse waren.

Mit dieser Wanderbewegung setzte ein neues Kapitel in der Geschichte der Juden ein, sie wurde aber kaum analysiert, war sie doch scheinbar kein Teil der „sozialen Frage“, die ihr Monopol behauptete. So erklärt sich das Mißgeschick von Abraham Cahan, der eine zentrale Figur in der Am-Olam-Bewegung gewesen war, auf der Brüsseler Konferenz 1891.

Beachtet wurde dagegen die illegale Maifeier von „mehr als hundert“ jüdischen Arbeitern in Wilna 1892, die Alexander Parvus³² zu seinem Debut in der *Neuen Zeit* unter dem Pseudonym I. Ignatieff benutzte.

Der Aufsatz gab ihm Gelegenheit, in die Diskussion innerhalb der deutschen

²⁸ Die großen Wandlungen Bernsteins in der Auffassung der Judenfrage haben ihn auch im Jahre 1928 nicht dazu gebracht, „die russischen Bekannten“ als jüdischen Untergrund innerhalb der Narodniki zu erkennen. Siehe, Eduard Bernstein, *Sozialdemokratische Lehrjahre* (1928), Abschnitt 18, Russische Bekannte und Freunde, dort S. 98–102. Richtige Einordnung der jüdischen Narodniki in den historischen Kontext durch Boris Sapir, *Jewish Socialists around Vpered*, in: *IRSH X*, 1965, S. 365–384.

²⁹ Erz, in: *Jahrbuch für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, hrsg. von Dr. Ludwig Richter (= Karl Höchberg), Zweiter Jahrgang 1881, S. 356–365. Viele Namen und Ereignisse sind nur angedeutet, manche auch ungenau, doch ist dieser Königsberger Aufsatz aus dem dortigen Zentrum der jüdischen Narodniki bedeutend und ein Vorgeschmack dessen, daß nicht-marxistische Sozialisten leichteren Zugang zur jüdischen Frage hatten als die orthodoxen.

³⁰ Abraham Menes, *The Am Oylom Movement*, in: *Yivo Annual of Jewish Science* IV/1949, S. 9–33. Hasja Turtel, *Die Am-Olam-Bewegung* (hebr.) *He'awar. Vierteljahresschrift für Geschichte der Juden und des Judentums in Rußland* 10, Tel Aviv, April 1963, S. 124–143.

³¹ Grundlegend für die Biluim-Bewegung, Shulamit Volkov, *Die Biluim* (hebr.), Jerusalem 1979.

³² J. Ignatieff (= Alexander Parvus = Alexander Helphand), *Russisch-jüdische Arbeiter über die Judenfrage*, *Die Neue Zeit* 11/1 (1893), S. 175–179.

Sozialdemokratie über die Maifeier oppositionell als Vorkämpfer für den Beschluß der Internationale von 1889 und 1891 einzugreifen. Parvus berichtet von drei Männern und zwei Frauen, die Ansprachen hielten; die Frauen russisch, aber von den Männern zwei „im jüdischen Jargon“. Er bezog sich auf eine in Genf erschienene Broschüre, betitelt *Vier Ansprachen jüdischer Arbeiter*³³, wahrscheinlich von Lev Jogiches, dem nachmaligen Gefährten von Rosa Luxemburg verfaßt, der vielleicht auch die fehlende 5. Rede gehalten hat. Jedenfalls findet sich in der russischen Broschüre nur eine Ansprache als jiddische Rede gekennzeichnet.

Mit diesem Aufsatz setzte Parvus wichtige Akzente für die weitere Haltung der *Neuen Zeit* in der Judenfrage Rußlands: Der Philosemitismus wird nur als „Widerhall“ des Antisemitismus und der Pogrome verstanden und der Gebrauch des „Jargon“ nur als unvollendete Akkulturation an das herrschende Russisch. Um sein politisches Ziel zu erreichen, gibt er die jiddische (dritte) Rede verstümmelt wider und bezieht sich nur auf den Teil der vierten Rede, der den „Palästinensismus“ oder jeden anderen Territorialismus als Weg der Rettung verwirft. Das Fazit der vier Reden ist nach Parvus die internationale Verbürderung.

Hätte jemand in der Redaktion diese vier Reden gründlich durchgearbeitet, hätte er den Stand einer unreifen proletarisierenden Handwerkerbewegung klar erkannt, der an die Arbeitervereine Londons und Hamburg der 50er und 60er Jahre des 19. Jahrhunderts erinnert und dementsprechend operiert. So aber richtete die Redaktion ihre Haltung entsprechend der glatten aber verstümmelten Darstellung von Parvus ein.

Vorsichtiger verhielt sich die *Neue Zeit* gegenüber den nationalen Bewegungen Österreichs, wo zwar die Lohnarbeit eine Klassenspaltung hervorrief, die aber wegen der nationalen Spannungen zwischen Deutschen, Polen und Ukrainern auch Keime einer jüdischen Nationalität entwickelte. Im Jahre 1895 gab die Redaktion einer historischen Darstellung des „Zionismus“ Birnbaumscher Prägung³⁴ Raum, die mit Heß und Pinsker beginnt und mit der proletarischen studentischen Intelligenz endet. Der Verfasser B. Emanuel aus Czernowitz³⁵ hält einen Judenstaat prinzipiell als mit dem Sozialismus für vereinbar, aber praktisch für schwerlich ausführbar: Sollte aber der Antisemitismus in Westeuropa nachlassen und die Gleichberechtigung in Rußland und Rumänien Wirklichkeit werden, wird der Zionismus trotz seinem immanenten Idealismus in sich zusammenfallen³⁶.

³³ *Vier Ansprachen jüdischer Arbeiter* (Wilna, 1. Mai 1892), eingeleitet, übersetzt und mit der Wiedergabe des Originaltextes, von M. Mischkinsky (hebr.), Jerusalem 1975.

³⁴ Nathan Birnbaum (1864–1937) hat den Begriff „Zionismus“ als erster geprägt, hat sich aber bald zu einer religiösen Form von jiddischem Galutnationalismus entwickelt. Er gab in Wien die Monatsschrift *Selbst-Emancipation* heraus (1885–86; 1890–93). Joachim Doron, *The Zionist Thinking of Nathan Birnbaum* (hebr.), Jerusalem 1988.

³⁵ B. Emanuel, „über den Zionismus“, in: *Die Neue Zeit* 13/2 (1895), S. 599–603. Die Schwierigkeiten, dort S. 603.

³⁶ Dort, „Sobald die Spannung gegen die jüdische Bevölkerung in den westeuropäischen

Die Veröffentlichung des Aufsatzes begleitete die Redaktion mit kritischen Fragezeichen und gab einer Replik von S. Häcker-Lemberg Raum³⁷, die jede Blüte des Zionismus abstreitet und ihn zu einer Bewegung reicher Juden macht, die sich mit der Orthodoxie verbinden. Die sog. „sozialistischen“ Führer des Zionismus sind ehemalige Salonzionisten; die wirklichen jüdischen Arbeiter besitzen dagegen im „sozialdemokratischen Jargon-Organ“ *Der Arbeiter* in Verbindung mit der polnischen Arbeiterbewegung ihr passendes Sprachrohr³⁸.

So hatte das theoretische Organ der deutschen Sozialdemokratie, die *Neue Zeit* bis zum Jahre 1895, noch vor der endgültigen Konstituierung des Zionismus 1897 und des jüdischen „Bund“ im gleichen Jahr, seine negative Haltung zur territorialen nationalen Bewegung des Zionismus und zum jiddischen Kulturnationalismus in Rußland und Österreich festgelegt, ohne eine selbständige Forschung unternommen zu haben, nur aufgrund einiger axiomatischer Annahmen, wie Klassenkampf, internationale Solidarität und die auf der Tagesordnung der Geschichte stehende Umwandlung der kapitalistischen Ordnung in eine sozialistische, wie sie ihm einige zufällige Mitarbeiter zutragen.

Der Zionismus ist demnach eine Utopie jüdischer Kapitalisten und ihrer klerikalischen Diener; die Parlamentarisierung Osteuropas wird ihm ein Ende bereiten. Die Juden sind keine Nation und Hebräisch ist eine Sprache der Rabbiner; Jiddisch ist keine Sprache sondern ein Jargon und nur als Hilfsmittel zum Übergang zu einer Kulturnation nützlich.

Es nimmt daher nicht Wunder, daß der Zionismus Herzls als ein merkwürdiger Einfall eines literarischen Strebers gewertet wurde, der gerne König eines Judenstaates werden möchte: Nur das hartnäckige Überleben des jüdischen Nationalismus erregte Erstaunen; der „Bund“ dagegen wurde als sozialistische Arbeiterpartei begrüßt und nicht des Separatismus beschuldigt, weil er den Jargon nur als Übergang zur russischen Sprache durch seine Auslandsvertretung propagierte.

Das änderte sich 1902, als E. Sorow in seinem gründlichen Aufsatz *Die jüdische Sozialdemokratie in Rußland*³⁹ nachwies, daß der Bund den Jargon als Jiddisch zum Rang einer Kultursprache erhoben hatte, mit der russischen Partei nur noch in föderative Beziehungen zu treten 1901 beschlossen hatte und für die Entwicklung des Jiddisch die nationale Autonomie verlangte. Im Gegensatz zur Kulturautonomie lehnte er aber weiterhin jeden territorialen Zionismus strikt ab. Damit war der Bund als die entwickelste Partei des jüdischen Proletariats in eine Grenzposition gekommen: Einerseits war er weiterhin das sicherste Bollwerk

Ländern nachläßt, in Rußland und Rumänien die jüdischen Massen Gleichberechtigung erhalten oder allenfalls der freien Betätigung ihrer Kräfte nicht so viele Hindernisse im Wege stehen werden, fällt der Zionismus in sich zusammen“.

³⁷ Notizen, in: *Die Neue Zeit* 13/2 (1895), S. 759–760.

³⁸ In Lemberg (Lwow) bemühte sich die Polnische Sozialistische Partei, die jüdischen Arbeiter zu sich herüber zu ziehen, damit sie keine Verbindung mit den Ukrainern eingingen. Dem diente das jiddische Organ der Partei, das S. Hecker (Anm. 37) lobend erwähnt.

³⁹ *Die Neue Zeit* 20/1, S. 812/819.

gegen die Gefahr des territorialen Zionismus, andererseits vertrat er weit über die Grenzen Rußlands hinaus eine neue Art von jüdischem Nationalismus, nämlich die jüdische Kulturautonomie, mit der er direkt die Einheit der österreichischen Bruderpartei bedrohte. Das hätte das theoretische Organ der Sozialdemokratie veranlassen können, eine Untersuchungskommission zur Klärung der Nationalitätenfrage allgemein und des jüdischen Nationalismus insbesondere zu bilden. Nichts davon geschah. Statt dessen erschien im nächsten Jahr 1903 der Aufsatz von Karl Kautsky *Das Massaker von Kischineff und die Judenfrage*⁴⁰, den er als Theoretiker der Partei auf Aufforderung der polnischen Minderheitspartei⁴¹ von Jogiches-Luxemburg verfaßte.

Das Massaker von Kischeneff war mehr als die „Südstürme“ von 1881/82 zu einem Wendepunkt in der Geschichte der Juden in Rußland geworden. Das Massaker hatte alle nationalen Strömungen im Judentum zu Selbstschutz und Solidarität aufgerüttelt, inklusive den „Bund“, und auch ihn in den Strudel des Exodus mitgerissen. Bernstein hat das in seinen Dokumenten des Sozialismus belegt⁴², nichts davon bei Kautsky. Für ihn handelt es sich bei dem Pogrom „um ein Stück Klassenkampf“ wie beim Antisemitismus allgemein, unter den besonderen Bedingungen Rußlands⁴³. Wie beim Antisemitismus sind das Gegengift, „Aufklärung der Volksmasse“ und das „Aufhören der jüdischen Abschließung“, also Mimikri und Assimilation⁴⁴. Es stehen sich feindlich gegenüber „gemeinsamer Klassenkampf jüdischer und nicht-jüdischer Arbeiter“ und Zionismus.

Der Theoretiker des revolutionären Sozialismus gibt eine Mischung von Doktrinen und Lesefrüchten zum besten, die keinerlei Kenntnis von der kolonialen Ausbeutung Moldawiens und der benachbarten Ukraine verlangt, nichts von dem Gegensatz der russischen Infiltration und der eingeborenen Bevölkerung weiß, und über die Methoden der russischen Bürokratie nur durch die zu jener Zeit rußlandfeindliche deutsche Presse unterrichtet ist.

Bebels Broschüre über den Antisemitismus, Deutschland und nicht Rußland

⁴⁰ *Die Neue Zeit* 21/2, S. 383–309.

⁴¹ Es handelt sich um die von Kautsky in der Vorbemerkung seines Aufsatzes erwähnte „Sozialdemokratie Russisch-Polens und Litauen“, die, im Gegensatz zur Mehrheitspartei der PPS die Wiederherstellung Polens in seinen historischen Grenzen verneinte und die Lösung im Rahmen des russischen Reiches suchte. Ähnlich wie die österreichische Partei den großen Wirtschaftsraum Österreichs als „kleine Internationale“ betrachtete, so die polnische Minderheitspartei den Wirtschaftsraum Rußlands, wie schon ihr Name andeutet. Kautsky sympathisierte mit ihrer Auffassung, wie der Inhalt des Aufsatzes erhellt.

⁴² Eduard Bernstein, *Dokumente des Sozialismus*, V. Band, Berlin 1905, Abschnitt „Proklamationen russischer Revolutionäre und russischer Juden gegen Judenhetze zu Ostern 1905“, S. 379–382 und „Ein Rundschreiben des Zentralkomitees des Russisch-jüdischen Arbeiterbundes in Sachen der Selbstbewaffnung“, dort S. 477–479. Dem Wortlaut nach sind die Adressaten jüdische Arbeiter, in Wahrheit aber alle Juden, einschließlich der Geldaristokratie.

⁴³ Wie Anm. 40, *Die Neue Zeit* 21/2, S. 385–6.

⁴⁴ Dort, S. 306, „... alles, was das Aufhören der jüdischen Abschließung fördern kann, ist zu unterstützen“.

gewidmet, enthält nebenbei mehr Hinweise auf die russischen Verhältnisse als Kautskys Aufsatz. Nur die polnische Minderheitspartei von Jogiches-Luxemburg konnte den Aufsatz für ihren Kampf gegen den Boykott jüdischer Arbeiter in Betrieben auf polnischem Boden gebrauchen, und das könnte das Motiv seiner Verfassung sein: Für den Schock von Kischeneff war er so passend wie Hustenbonbons für Cholera. Kein Wunder, daß jede nationaljüdische Bewegung immer vor Augen hatte, daß die sozialistische Weltbewegung sie im kritischen Moment einfach übersehen könne.

Die sozialistische Weltbewegung hatte 1891 die Diskussion der Judenfrage abgelehnt, eine zwitterhafte Resolution über den Antisemitismus angenommen und die jüdische Arbeiterbewegung auf die territorialen Parteien verwiesen⁴⁵. In einer besonderen Broschüre hat Kautsky letzterer Idee eine besondere Broschüre mit dem Titel *Nationalität und Internationalität* gewidmet⁴⁶, die besonders dem Separatismus der österreichischen Nationalitäten Halt gebieten wollte: Alle Nationalitäten haben sich der herrschenden deutschen Partei Österreichs unterzuordnen, die, so wie der Sprachgebrauch damals ging, zu einer „kleinen Internationale“ erklärt wurde.

Der ruhige Ton Kautskys wird schrill sobald er auf den „Separatismus“ der Tschechen zu sprechen kommt, der meist entwickelten Nationalität dort, die schon Vorbild der Ukrainer (Ruthenen) geworden ist⁴⁷. Diese haben sich nämlich in seiner „Internationale“ den Polen unterzuordnen, die wiederum mit den Deutschen verbündet sind. Fehlen nur noch die Juden, um das Maß seiner Entrüstung voll zu machen, und sie kamen.

Kurz nach Kriegsausbruch kommt Kautsky deshalb zu einer Generalabrechnung mit den Juden in der Schrift *Rasse und Judentum*⁴⁸, bei dem die Rasse die Hauptrolle spielt, die nicht zur Sache ist, auch wenn ein kleiner Teil der Zionisten rassistisch argumentiert hat. Es geht ihm darum, daß die Juden das Recht der personalen Autonomie des österreichischen Parteiprogramms wie sie die Partei allen nationalen Minderheiten im Prinzip zugestanden hatte, auch für sich in Anspruch nehmen könnten, auch wenn die Partei die Juden davon mit dem Argument ausnahm, daß ihnen eine eigene Sprache und Kultur fehle⁴⁹.

⁴⁵ Wie Anm. 22, dort S. 43, ... „Considérat que pour les populations ouvrières de langue juive, il n’y pas d’autre moyen d’émancipation que leur union avec les partis ouvrières ou socialistes de leur pays respectifs“ ... , womit ganz nebenbei die Berechtigung besonderer jüdischer Gewerkschaften negiert wird.

⁴⁶ Ergänzungshefte zu *Die Neue Zeit*, Nr. 1, 1907/8. Die Schrift ist der Ablehnung von Otto Bauers Nationalitätenlehre gewidmet: Lob hat Kautsky nur für das Kapitel „Die nationale Autonomie der Juden“ übrig. Er gebraucht für ihren Zusammenhalt mehrfach das originelle Wort „Kaste“, dort, S. 7.

⁴⁷ Separatismus, Nationalismus und Sozialismus, *Die Neue Zeit* 30/1 (1912), S. 520–532, über die Gefahr des Separatismus der Ruthenen (Ukrainer Österreichs): „So haben sich denn auch die Ruthenen bereits gespalten“ – „die tschechische Partei ist mustergibend für die ruthenische“, dort S. 531.

⁴⁸ Ergänzungshefte zu *Die Neue Zeit*, Nr. 20, Oktober 1914.

⁴⁹ Wie Anm. 46.

Da die Juden aber doch eine Gemeinschaft bilden, braucht er für sie das Wort „Kaste“, das nicht mit Nationalität verwechselt werden kann, und empfiehlt, wie schon in seinem Aufsatz über Kischeneff, ihren Untergang durch bewußte Assimilation.

Ein Nebenprodukt seiner Ablehnung der personalen Kulturautonomie ist, daß er indirekt auch den „Bund“ zur Assimilation verdammt, nachdem dieser seit 1901 diese personale kulturelle Autonomie vertritt⁵⁰ und sich für diese mit derselben Energie einsetzte wie die verbissensten territorialen Zionisten für ihr Ideal.

Der marxistische Kautskyanismus der *Neuen Zeit* wurde nach innen propagiert, aber nach außen, auf den Kongressen der Internationale, einmütig vertreten. Darum hat die Internationale unter seinem Einfluß jeden Separatismus der Nationalitäten abgelehnt und den Zionismus, auch den Arbeiterzionismus, verdammt und ihn höchstens im Rahmen der anerkannten territorialen Parteien geduldet. Der „Bund“ wurde als einziger Vertreter des jüdischen Proletariats anerkannt⁵¹ und als Gegengewicht gegen jede Art von Arbeiterzionismus hochgespielt; dessen Nationalismus und organisatorischer Separatismus dagegen wurden vertuscht.

Unter dem Einfluß der *Neuen Zeit* wurde der Arbeiterzionismus karikiert, wenn er nicht totgeschwiegen werden konnte. Nichts was von seiner Seite kam, wurde veröffentlicht; jede Einsendung von seiten des Bund aber bekam ihren Platz: Das hat sich nie geändert.

Zum Glück für den Arbeiterzionismus gab es seit 1895 den *Sozialistischen Akademiker*, der bald in *Sozialistische Monatsblätter* umbenannt wurde⁵². Dieser nahm eine kritische Haltung zum Marxismus der *Neuen Zeit* ein und öffnete bereitwillig sein Organ für jede Richtung, die dort unterdrückt wurde, u. a. dem Revisionismus von Bernstein. Seine Haltung zu jeder Frage von Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung ist hier nicht zur Sache, wohl daß er alle wichtigen Theoretiker des Arbeiterzionismus zu Wort kommen ließ und die zionistische Arbeit im damaligen Palästina genau verfolgte, wobei wiederum seine Motive nicht untersucht werden. Namen wie die von Julius Berger, Max und Leo Rosenfeld, Maxim Anin, Leon Chasanowitsch und Marcus Rattner zusammen

⁵⁰ Wie Anm. 40, dort S. 817: „Man begann an der separatistisch ausgebildeten Disziplin stolze Freude zu empfinden“. – Als Theoretiker der Partei hätte man von Kautsky erwartet, daß er den Separatismus des „Bund“ ebenso scharf analysiert hätte wie den tschechischen, was ihm nicht in den Sinn kam: Der Begriff des Theoretikers in der klassischen Arbeiterbewegung war sehr eigenartig (im Kommunismus hieß solche Haltung lobend „parteiisch“).

⁵¹ Den Anspruch des „Bund“, als einziger Vertreter der jüdischen Arbeiter zu gelten, und die Versuche der zionistischen Arbeiterparteien, dieses Monopol zu brechen, behandelt ausführlich Ezra Mendelsohn, *The Jewish Socialist Movement and the Second International*, *Jahrbuch für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 26 (1964), S. 131–145.

⁵² Die Namen und ihr Wechsel deuten an, daß hier der Begriff „Arbeiterklasse“ anders als parteioffiziell aufgefaßt wurde und in den Augen der Partei populistisch war.

mit Vorkämpfern der ukrainischen und polnischen Nationalbewegung kamen ausführlich zu Wort⁵³.

Der Unterschied in der Haltung beider Organe zur nationalen Lage der Juden tritt zutage in der Behandlung der russischen Revolution von 1905. Die *Neue Zeit* frohlockt darüber, daß Rußland endlich den Weg der westlichen Staaten mit der Einberufung der „Duma“ geht, schließt sich aber der revolutionären Taktik der marxistischen Parteien an, die Duma so lange zu boykottieren, bis sie ein vollkommen demokratisches Parlament sein wird. Bernstein entgegnet ihr mit dem Aufsatz *Fragen der Taktik in Rußland*⁵⁴ in den *Sozialistischen Monatsheften*, in dem er die Taktik des Boykotts mit den Erfahrungen der Demokraten von 1849 widerlegt, aber der Schwerpunkt des Aufsatzes liegt in dem Appell an den Bund, aus jüdischem Verantwortungsgefühl sich dem Boykott nicht anzuschließen, sondern das erstmals erkämpfte Wahlrecht der Juden massenhaft in die Waagschale zu werfen und so die Pogromwelle einzudämmen⁵⁵.

Was von einem Revisionisten kam, wurde natürlich nicht beachtet; der Bund war der Vorkämpfer des Boykotts. 12 Juden wurden auf anderen Listen gewählt und wirkten gegen die Pogrome. Deshalb löste der Zar die erste Duma auf; zur zweiten, viel unbedeutenderen, brachen alle revolutionären Parteien den Boykott ab, wiederum mit dem Bund an der Spitze: Damit beginnt sein Niedergang⁵⁶.

In Kautsky und Bernstein verkörpern sich die zwei Entwicklungsmöglichkeiten der klassischen Sozialdemokratie: Bernstein und Kautsky hatten beide an der Wiege von Richters Jahrbuch, des *Sozialdemokrat* und der *Neuen Zeit* gestanden. Der Revisionismus hatte zwischen ihnen eine Kluft aufgerissen, die sich auch im Verhältnis zu Juden und Judentum kundtat: Ihr Ausgangspunkt war der gleiche, das Aufgehen des Judentums im Sozialismus. Kautsky ist dabei stehen geblieben. Sein Buch *Rasse und Judentum* zu Beginn des Kriegs kann als ein Kuriosum

⁵³ Die Aufsätze von Ladislaus Gumpłowicz, Das russische Regime in Litauen und der internationale Kongreß in Amsterdam, *Sozialistische Monatsblätter* 8/1904; Maxim Anin, Ist die Assimilation der Juden möglich?, *Sozialistische Monatsblätter* 12/1908; Markus Rattner, Die nationale Frage in den jüdischen sozialistischen Parteien, *Sozialistische Monatsblätter* 12/3; Leon Chasanowitsch, Ziele und Mittel des sozialistischen Zionismus, *Sozialistische Monatsblätter* 20/2 (1914) sind einige Äußerungen zu typischen Problemen des Arbeiterzionismus im Rahmen des klassischen Sozialismus.

⁵⁴ *Sozialistische Monatsblätter* 10/1906, S. 208–217. Bernstein stand in Verbindung mit Paul Nathan, der ebenfalls den Boykott der Duma bekämpfte. Der Einfluß Nathans auf Bernstein kam noch in dessen Haltung zum Sprachenstreit in Palästina 1913/4 zum Ausdruck. Siehe Anm. 58. – Zosa Szajkowski, Paul Nathan, Lucien Wolf, Jacob Schiff and the Revolutionary Movements in Eastern Europe 1903–1917 in: *Jahrbuch für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 29 (1967), S. 3–26.

⁵⁵ Wie Anm. 54, dort S. 213–216.

⁵⁶ In der Zeit der Reaktion 1907–14 konzentrierte sich der Bund auf die Förderung der jiddischen Kultur und Propaganda gegen jede Form von territorialistischem Zionismus und schmolz sichtlich zusammen; in der Revolutionszeit 1917 verband er sich mit den Menschewiken und verlor mit ihnen jeden Einfluß auf die Entwicklung und löste sich in kommunistischer Assimilation auf.

gelten, nach dem Krieg, nach dem Zusammenbruch dreier Imperien mit der tragischen Verwicklung der Juden in ihrem Untergang, war die Neuauflage der Schrift eine unglaubliche Herzlosigkeit.

Bernstein hat im *Sozialdemokrat* die Anfänge des jüdischen Volkstums kritisch beobachtet, aber nicht verschwiegen⁵⁷; später ist er immer den Ostjuden treu geblieben; den Zionismus hat er für sich abgelehnt, aber seine Motive zu verstehen versucht; nur da, wo er Chauvinismus vermeinte, hat er mit scharfer Negierung reagiert⁵⁸. Wenn er den politischen Zionismus weiter abgelehnt hat, hat er den Aufbau einer jüdischen Gesellschaft, besonders des Arbeiterzionismus, nicht nur mit Sympathie begleitet, sondern auch aktiv gefördert⁵⁹. Für einen Marxisten ist das eine unerhört weitgehende Entwicklung. Die Tatsache, daß er wohl materialistisch darstellte, aber ethisch wertete, hat vielleicht seinen Entwicklungsgang erleichtert.

⁵⁷ *Sozialdemokrat*, Nr. 21, 22. Mai 1881, S. 3 u. 4, über die Bemühungen des ukrainischen Sozialisten Michael Dragomanow, eine Verbindung jüdischer nationaler Sozialisten mit den ukrainischen anzubahnen; Der zweiteilige Aufsatz „Der Sozialismus und die Judenfrage in Rußland“, Nr. 14 u. 15 (1882). Beachtlich der Aufsatz „Ostern!“ Nr. 15 (1882) gegen die messianischen passiven Erlösungshoffnungen der Juden; schließlich die denkwürdige Debatte um Jiddisch als Kultursprache, Nr. 3 (1890), S. 4 und Nr. 5, S. 2.

⁵⁸ Eduard Bernstein, Der Schulstreit in Palästina, in: *Die Neue Zeit* 32/1 (1913/14), wo er einem jüdischen Chauvinismus unter Einfluß Paul Nathans auf die Spur gekommen zu sein vermeint. Das Erscheinen in *Die Neue Zeit* ist ungewöhnlich und auffällig. Ein gewisses Maß von Chauvinismus gehört zu jedem Sprachenstreit und ist beispielsweise auch am rechten Flügel des Hapoel Haza'ir erkenntlich, im Ganzen war aber das Auftreten des „Jischuw“ gemäßigt. Von dem deutschen Kolonialimperialismus des Auswärtigen Amtes und des Konsulats, dem Paul Nathan bewußt und auch unbewußt untertan ist, ahnt Bernstein nichts. Dazu der eingehende Aufsatz von Yeshayahu Friedman, Der Hilfsverein, das Auswärtige Amt und die Polemik mit den Zionisten (hebr.), *Kathedra* 20 (1981), S. 97–122. Nathan wie Bernstein haben für das Schicksal der Ostjuden Verständnis entwickelt, aber das deutsche Kulturtrügerum ist ihnen mehr verständlich als ein jüdischer Nationalismus.

⁵⁹ Die jüdischen Aspekte des reifen Eduard Bernstein dokumentiert mit Sorgfalt E. Hildesheimer (Jerusalem), *Der Sozialist Eduard Bernstein und der Zionismus* (hebr.), Me'asef 9 (1977), S. 81–96.

Sozialdemokratie und Antisemitismus zur Zeit der Dreyfus-Affäre

von

KURT KOSZYK

Mein einziges Unglück ist, als Jude geboren zu sein.
Alfred Dreyfus, am 22. Dezember 1894

Die Affäre Dreyfus ist in Wirklichkeit nicht der Prozeß einer Person gewesen; sie war der Prozeß des jüdischen Offiziers. Sie war die Anwendung des antisemitischen Credos auf eine Rechtsangelegenheit. Diese Tatsache hat das Gewissen aller zivilisierten Völker aufgewühlt und empört.

Henry Mornard, Rechtsanwalt von Dreyfus, am 12. Juli 1906

1. *Ambivalente Positionen: Antikapitalismus und antisemitische Stereotypen*

Als unser Thema vor mehr als zwei Jahren fixiert wurde, ahnte wohl niemand, daß die Dreyfus-Affäre sekundäre Aktualität erlangen würde. Die Schändung des jüdischen Friedhofes von Carpentras löste Erinnerungen an eine Affäre aus, die zwischen 1894 und 1906 nicht nur Frankreich bewegte. Die *Süddeutsche Zeitung* erinnerte daran, daß die Grande Nation um die letzte Jahrhundertwende bis zur Staatskrise gespalten war und zitierte den derzeitigen katholischen Pariser Erzbischof Kardinal Jean-Marie Lustiger, der zu Carpentras sagte: „Der Haß beginnt mit der Schändung der Gräber, er endet mit dem Tod der Lebenden.“¹

Die Spionage-Affäre des französischen Artillerie-Hauptmanns Alfred Dreyfus (1859–1935) zog sich über zwölf Jahre hin – von seiner Verhaftung am 15. Oktober 1894 bis zu seiner Rehabilitierung am 12. Mai 1906².

Der Anfang der Affäre fällt in die erste Organisationsperiode des deutschen Antisemitismus, als dessen Auslöser der Zusammenbruch vieler in den Grün-

¹ Erinnerungen an Dreyfus, in: *Süddeutsche Zeitung*, 19./20. 5. 1990. Vgl. auch Pariser Schweigemarsch gegen Antisemitismus, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Fernausg. Nr. 112, 17. 5. 1990, S. 3.

² Vgl. Siegfried Thalheimer, *Macht und Gerechtigkeit. Ein Beitrag zur Geschichte des Falles Dreyfus*, München 1958; ders. (Hrsg.) *Die Affäre Dreyfus*, München 1963; Maria Matray, *Dreyfus. Ein französisches Trauma*, München 1986, Berlin 1988.

der Jahren 1871–73 entstandener Unternehmen gilt. Eine Art Symbolfigur wurde der aus Ostpreußen stammende Bethel Henry Strousberg (eigentlich Baruch Hirsch), der, nach Journalistenjahren in Amerika und England, 1855 als 32-jähriger in Berlin seine Gründerkarriere begann, 1875 aber Konkurs machte³. Strousberg war bereits zehn Jahre tot, als sich am 7. Oktober 1894 in Eisenach die Deutsche soziale Reformpartei aus älteren Vorläuferverbänden bildete. Vorsitzender wurde der Westpreuße Max Liebermann von Sonnenberg (1848–1911), der nach Abschluß seiner Offizierslaufbahn 1890 Mitglied des Deutschen Reichstags geworden war.⁴

Für die Sozialdemokratie waren beide Ereignisse Anlaß genug, sich mit dem Antisemitismus zu beschäftigen. In seinem Buch *Sozialisten zur Judenfrage* hat Edmund Silberner die These formuliert⁵, daß die deutsche Sozialdemokratie – im Gegensatz zu den französischen Sozialisten – „entschieden gegen jüdenfeindliche Ausschreitungen auftrat, ebenso wie sie jedes politische Programm bekämpfte, das sich auf den Antisemitismus“ stützte. Mit Ausnahme von Moses Hess seien „alle prominenten deutschen Sozialisten vor 1914 für die Assimilation der Juden“ gewesen⁶. Um diese Assimilation zu beschleunigen, wandte sich die SPD dagegen, daß jüdische Arbeiter sich in gesonderten Verbänden organisierten, die auch der klassischen Klassenparole „Proletarier aller Länder vereinigt euch“ widersprochen hätten.

Die Dreyfus-Affäre ist allerdings ein Spezialfall, der geeignet ist, diese grundsätzliche Position der deutschen Sozialdemokratie differenzierter zu betrachten. Gegen die Allgemeingültigkeit der These Silberners sprechen schon einige Zitate, die er selbst anführt⁷. Am 11. Januar 1881 wurde auf einer sozialdemokratischen Massenversammlung in Berlin eine Resolution angenommen, in der die deutschen Arbeiter aufgerufen wurden, „sich entsprechend ihrem Gerechtigkeitssinn und ihrem demokratischen Geist der Schmälerung der den Juden verfassungsmäßig garantierten staatsbürgerlichen Gleichstellung zu widersetzen“⁸. Silberner stellt aber auch fest, daß die Sozialdemokraten es jedoch in ihrer Verurteilung des Antisemitismus manchmal an Entschiedenheit fehlen ließen.

³ Vgl. Wolfgang Voigt, *Der Eisenbahnkönig oder Rumänien lag in Linden*, Berlin 1982.

⁴ Vgl. Richard Simon Levy, *The Downfall of the Anti-Semitic Political Parties in Imperial Germany*, New Haven/London 1975; *Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870–1945*, Hamburg 1988; Hermann Greive, *Geschichte des modernen Antisemitismus in Deutschland*, Darmstadt 1988.

⁵ Edmund Silberner, *Sozialisten zur Judenfrage*, Berlin 1962, S. 203. Zu den frz. Sozialisten vgl. Robert S. Wistrich, *French Socialism and the Dreyfus-Affair*, in: *The Wiener Library Bulletin*, vol. 28, 1975, S. 9–20; vgl. auch Ch. Bonnier, *Die Dreyfus-Affaire und die französischen Sozialisten*, in: *Die Neue Zeit*, 16. Jg. 1897/98 1. Bd., S. 694–698; *Zum Parteienstreit in Frankreich*, in: *Vorwärts*, 23. 7. 1899; *Zum sozialistischen Parteienstreit in Frankreich*, in: *Vorwärts*, 4. 8. 1899.

⁶ Silberner, *Sozialisten zur Judenfrage*, S. 211.

⁷ Ebda, S. 203–211.

⁸ Silberner zitiert dazu Eduard Bernstein: *Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung*, 2. Teil, Berlin 1907, S. 60.

Den Grund meint Silberner in folgendem Zitat des Zürcher Sozialdemokrat vom 9. Januar 1881 gefunden zu haben:

„Prinzipielle Gegner jeden Rassenhasses, sehen wir doch die Sache mit einigem Gleichmut. Denn abgesehen von dem Gelehrtenpöbel, der in Deutschland nie fehlt, wo es eine Schurkerei gibt, dokumentiert sie (die Judenhetze) doch einen hohen Grad sozialer Unzufriedenheit, der heute zwar in falsche Bahnen geleitet ist, aber den ganzen Antisemitenschwindel überdauern und schließlich uns zu Gute kommen wird.“

Angesichts der russischen Pogrome meinte das gleiche Blatt am 22. Mai 1881: „Es gärt überall im russischen Volke, die Unzufriedenheit will sich Luft machen; einmal entfesselt, wird sie nicht bei den Juden stehen bleiben, des können die Diener des Zaren, die sich schon ins Fäustchen lachen, gewiß sein.“ Diese Argumentationskette überträgt der Sozialdemokrat am 18. August 1881 auf die deutschen Verhältnisse:

„Auch in dieser Beziehung bewährt sich der Herr Reichskanzler (im Zusammenhang mit der Judenhetze in Pommern, K. K.) als Revolutionär wider Willen. Auf der Bahn, in welche er die Massen hineinhetzt, werden heute die Juden totgeschlagen und kommen logischerweise morgen die Hofprediger, Reichskanzler, Könige, Kaiser an die Reihe, samt dem ganzen ‚unproduktiven‘ Troß.“⁹

In ihrem unerschütterlichen Zukunftsoptimismus meinte die Sozialdemokratie, daß ähnlich wie die bürgerliche Gesellschaft, als deren Produkt sie den Antisemitismus bewertete, am Ende beide Übel durch das gleiche Heilmittel beseitigt würden, nämlich den Sozialismus.

In ihrer Dissertation *Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich*¹⁰ spricht Rosemarie Leuschen-Seppel von den ambivalenten Tendenzen in der sozialdemokratischen Bildungsarbeit. Zwar habe diese progressive Subkultur sich als entschiedene Opposition zum bestehenden System artikuliert,¹¹ doch die Anlage der sozialdemokratischen Bildungsarbeit zeige, „daß sich die auf der politischen und auf der kulturellen Ebene propagierten Informationen zum Judentum völlig widersprachen“. Insbesondere seit 1890 seien in der Bildungsarbeit „tendenziell alle geläufigen Vorurteile gegen die jüdische Minderheit aufgegriffen, unkritisch vermittelt und damit die Wertmaßstäbe der herrschenden Kultur“ übernommen worden.

Die damalige Diskussion litt auch innerhalb der Sozialdemokratie unter Begriffsproblemen. Eduard Bernstein versuchte, ihnen in seinem Aufsatz *Das*

⁹ Silberner, a. a. O., S. 203f., Pogromähnliche antisemitische Ausschreitungen gab es Silvester 1880 auch in Berlin. Vgl. Ludger Heid, Klaus-Dieter Vinschen und Elisabeth Heid (Hrsg.): *Wilhelm Hasenclever. Reden und Schriften*, Bonn 1989, S. 54. Hasenclevers Schrift „Der Wahrheit die Ehre“ erschien im Januar 1881 in Nürnberg, Ebda, S. 181–206.

¹⁰ Rosemarie Leuschen-Seppel, *Sozialdemokratie und Antisemitismus. Die Auseinandersetzungen der Partei mit den konservativen und völkischen Strömungen des Antisemitismus, 1871–1914*, Bonn 1978, S. 273f.

¹¹ Leuschen-Seppel bezieht sich dabei auf Rolf Schwendter, *Theorie der Subkultur*, Köln 1971, S. 11.

Schlagwort und der Antisemitismus 1893 in der *Neuen Zeit* beizukommen¹². Bernstein beobachtete in der damaligen sozialistischen Presse zwei Bewertungen, antisemitisch und philosemitisch. Beide Begriffe erscheinen Bernstein als unklar. Da die Stärke des Antisemitismus seine Unklarheit, Unbestimmtheit, Selbsttäuschung über die Natur dieser Übel sei, bereitet ihm dieses Schlagwort, das „den Sozialismus des dummen Kerls“ bezeichne, am wenigsten Probleme¹³.

Philosemitisch sei aber ein ebenso vieldeutiges Wort. Wörtlich dazu Bernstein:

„Es kann etwas sehr Legitimes bezeichnen, lediglich eine gewisse Sympathie mit den Juden, die weder eine Verurteilung notorischer Fehler, noch Zurückweisung etwaiger Überhebungen derselben ausschließt. Es kann aber auch heißen: Liebedienerei vor dem kapitalistischen Geldjudenthum, Unterstützung eines jüdischen Chauvinismus, Beschönigung von Juden begangenen Unrechts, von Juden entwickelter häßlicher Eigenschaften.“

In diesem Sinne werde es gelegentlich als Schlagwort in der sozialistischen Presse gebraucht, und an sich sei dagegen nichts einzuwenden. Aber philosemitisch sei mehr noch ein Schlagwort der Antisemiten, „die es gegen jedermann anwenden, der nicht in ihre unbedingte Verdonnerung der Juden und in ihre Forderung auf Entrechtung der Juden einstimmt“. Deshalb gab Bernstein „den Genossen zu überlegen“, „die aus einem sonst sehr anerkanntenswerthen Beweggrunde gerade am häufigsten mit Erklärungen gegen den ‚Philosemitismus‘ zur Hand sind – nämlich den Genossen jüdischer Abstammung“, ob seine Anwendung dem Begriff nicht „eine gewisse Legitimation auf den Weg“ gebe.

Der Antisemitismus war für Bernstein nicht nur der „Sozialismus des dummen Kerls“, sondern zugleich der Rettungsstrick des bedrohten Privilegiums, wie es für die alten ständisch privilegierten Klassen bzw. die Klassen gelte, die sich nach dem Privilegium des ständischen Staates zurücksehnten. Für sie sei der Jude Konkurrent, ganz gleich, ob er sich assimiliert habe oder nicht. Bauern und Kleinbürgern dagegen sei der Jude nicht als Person, sondern als Repräsentant einer Produktionsmethode suspekt. Im Juden bekämpften sie je nachdem Landwirtschaft, modernen Handel und große Industrie, der Kleinbürger eventuelle auch den modernen Proletarier.

Eduard Bernstein betrachtete den Antisemitismus als „das allerverkehrteste Heilmittel gerade für die Übel, gegen die er sich wendet“. Kein Wirtschaftszweig werde „moralisiert“, wenn sämtliche Juden daraus entfernt würden. Als Beweis nannte er die beiden Berufszweige, die auch nach der Emanzipation des Judentums in Deutschland ein Monopol der Nichtjuden blieben: die Verwaltungs- und die militärischen Karrieren. Dort herrsche eine ebensolche Überfüllung wie Konkurrenz. Als letzte Konsequenz des Antisemitismus erkannte er die

¹² *Die Neue Zeit*, 1892/93, 2. Bd., S. 228–237; man vgl. dazu Elisabeth Bauschmid: Der Jud' hat seine Schuldigkeit getan...“. Philosemitismus nach der Judenfeindschaft? Eine Diskussion im Institut für Zeitgeschichte, in: *Süddeutsche Zeitung*, 1./2. 12. 1990.

¹³ *Die Neue Zeit*, 1892/93, 2. Bd. S. 233f.

Schaffung von Monopolen, Ausnahmegesetzen, Beschränkung der Bewegungsfreiheit, die vor allem auf die Lage der Proletarier zurückwirken würden. Wörtlich schloß er seinen Beitrag in der *Neuen Zeit*: „Die Sozialdemokratie will Beseitigung der Ausbeutung in jeder Gestalt und allgemeine Arbeitspflicht – der Antisemitismus, der nur die Ausbeuterei monopolisieren will, ist, wenn er der Sozialismus des dummen Kerls ist, zugleich der Betrug am ‚dummen Kerl‘.“

In der gleichen Ausgabe der *Neuen Zeit* veröffentlichte Max Schippel den Beitrag „Die Konservativen und der Antisemitismus“. Als Belege für die antisemitische Grundtendenz des Konservativismus zitierte er aus dem 1862 erschienenen *Staats- und Gesellschaftslexikon* von Hermann Wagener, das unter dem Stichwort „Judentum“ alle Argumente des „Radau-Antisemitismus“ zusammenfasse¹⁴.

Die Arbeiterbewegung existierte in einer Gesellschaft, in der es einen latenten oder offenen Antisemitismus gab, der sich, wie schon erwähnt, 1873 politisch zu organisieren begann. Die grundsätzlich ablehnende Haltung der Sozialdemokratie gegen den Antisemitismus schloß nicht aus, daß sich einzelne Mitglieder oder Gruppen in der SPD in bestimmten Fällen polemisch gegen Juden äußerten. Dies geschah vor allem bei Lohnbewegungen, in denen die Kontrahenten häufig Unternehmer jüdischer Herkunft waren. So entfaltete sich an dem Hamburger Großreeder Albert Ballin nach dem schließlich gescheiterten elfwöchigen Hafentarbeiter- und Seeleute-Streik von 1896/97 mehr als ein Jahrzehnt lang heftige Kritik. Dabei wurde gelegentlich auf die jüdische Herkunft von Ballin angespielt, allerdings nie in einer ausgesprochen antisemitischen Form.

Ein Beispiel dafür liefert das *Hamburger Echo* vom 6. Mai 1906, als es um die Teilnahme von Hafentarkeitern an der Maifeier ging. Ballin hatte sich dazu in einem Interview in der *Kölnischen Zeitung* dahin geäußert, daß er „wahrscheinlich sogar nicht einmal abgeneigt gewesen (sei), einen Teil der Leute am 1. Mai zu beurlauben und den anderen Teil an einem anderen Tag“. Aber das stelle ein Abweichen vom Arbeitsvertrag dar und müsse eben zwischen beiden Teilen vereinbart werden. Stattdessen blieben zum Ärger von Ballin die Arbeiter einfach weg und vernachlässigten dringliche Arbeiten. Wegen der Teilnahme an der Maifeier waren Arbeiter ausgesperrt worden, obwohl dadurch, wie Ballin zugab, auch für die Reeder und die Kaufmannschaft Nachteile in Kauf genommen werden mußten.

In seiner kritischen Stellungnahme vermerkte das *Hamburger Echo*, daß Ballin im christlichen Deutschland „sozusagen nur geduldet“ sei. Er könne es „trotz seines kapitalistischen Königtums in diesem christlichen Deutschland nicht einmal zum simplen Leutnant bringen“. Wenn es nach den Antisemiten im Reichstag ginge, „würde Herr Ballin heute ans Kreuz geschlagen“. Diese Personalisierung auf einen bestimmten „Klassenfeind“, so antisemitisch sie im

¹⁴ *Die Neue Zeit*, 1892/93, Siehe Bd. S. 298–302.

Ansatz sein mag, war gewiß akzeptabler als die Verallgemeinerungen, die Wilhelm Hasenclever 1881 in seinem unter Pseudonym veröffentlichten Beitrag zur Judenfrage *Der Wahrheit die Ehre* publizierte¹⁵.

Gerade in Hamburg erlebte der Antisemitismus seit dem Reichstagswahlkampf von 1893 einen Aufschwung, der nicht zuletzt dem deutsch-sozialen Kandidaten Friedrich Raab zugute kam¹⁶. Da die antikapitalistische Argumentation der Antisemiten nicht ganz ohne Einfluß auf die Wähler der SPD geblieben zu sein scheint, verstärkte sie ihre Polemik gegen den Antisemitismus.

Evans sieht in den Hamburger Polizeiberichten keinen Beleg dafür, daß es unter der offiziellen Decke der Partei eine Art proletarischen Antisemitismus der einfachen Arbeiter und Parteimitglieder gegeben habe. Ein Polizeibericht vom 21. März 1895 zitierte jedoch einen Arbeiter, der erklärte, sich nicht so fest an die Sozialdemokratische Partei anschließen zu können, weil diese den Antisemitismus nicht in ihr Programm aufgenommen habe. Ein offenbar der SPD angehörender Arbeiter wird in einem Bericht vom 12. Januar 1898 erwähnt. Er wandte sich dagegen, die Juden als untergeordnete Rasse zu betrachten. Ein Bericht vom 14. November 1899 referiert praktisch die offiziellen Stellungnahmen der SPD, wenn zwei Arbeiter die Ansicht vertraten, die antisemitische Mittelstandsbewegung könne den Untergang des Mittelstandes nicht bremsen, der Übertritt des Mittelstandes zur Sozialdemokratie sei nur noch eine Frage der Zeit. Einem Bericht vom 26. Februar 1902 ist zu entnehmen, daß ein Arbeiter die antisemitische Bewegung als „vollständig zusammengeschrumpft“ sah. Obwohl die Sammlung von Evans nicht repräsentativ ist, mag man ihm in seiner Bewertung folgen, daß sich in den 90er Jahren mehr und mehr eine Stimmung gegen den Antisemitismus auch in der Arbeiterschaft durchsetzte. Dabei mag nicht zuletzt die entschiedene Stellungnahme der Parteispitze mitgewirkt haben.

Für eine gewisse Ambivalenz spricht dennoch die Serie von drei Artikeln, die Wilhelm Liebknecht 1899 in der Wiener *Fackel* von Karl Kraus zur Dreyfus-Affäre publiziert hat¹⁷. Liebknecht mochte damals nicht an die Unschuld von Dreyfus glauben und hielt die Ansicht, der Hauptmann sei nur verurteilt worden, weil er Jude sei, für eine „monströse Abgeschmacktheit“¹⁸.

Nur ein „Verrückter“ könne dem Kriegsgericht eines zivilisierten Landes zutrauen, einen Offizier wegen seiner „jüdischen Nationalität“ verurteilt zu

¹⁵ Vgl. Anm. 9.

¹⁶ Richard J. Evans (Hrsg.), *Kneipengespräche im Kaiserreich. Stimmungsberichte der Hamburger Politischen Polizei 1882–1914*, Reinbek 1989, S. 302–321. Im Register (S. 425) wird Raab irrtümlich als MdR der SPD bezeichnet.

¹⁷ Silberner, S. 208–211.

¹⁸ Wilhelm Liebknecht: Nachträgliches zur „Affäre“, in: *Die Fackel*, Nr. 18, Ende September 1899, S. 1–10 und Nr. 19, Anfang Oktober 1899, S. 1–12; W.L.: Schlußwort, in: *Die Fackel*, Nr. 21, Ende Oktober 1899, S. 1–12. Anfangs hielt selbst Theodor Herzl, der 1897 den Zionismus begründete, Dreyfus für schuldig. Vgl. Jacqueline Magnou, *Die Dreyfus-Affäre im Spiegel der Wiener Presse*, Siegen 1983, S. 9.

haben. Liebknecht argumentierte so gewiß nicht aus antisemitischen Motiven. Silberner führt seine Stellungnahme auf „unbeschreibliche Naivität“ zurück¹⁹.

Liebknecht konnte nicht entgangen sein, was Ch. Bonnier in der *Neuen Zeit* Anfang 1898 zur Haltung der französischen Sozialisten in der Dreyfus-Affäre geschrieben hatte. Bonnier stellte fest, daß der am 11. Januar 1898 mit einem Freispruch beendete Prozeß gegen den Major Esterhazy jedem Unparteiischen sonnenklar gemacht habe, wer eigentlich der Schuldige sei. Er bezog sich auf die Initiative Emile Zolas im *L'Aurore* vom 13. Januar 1898.

Bonnier wollte vor allem die Position der französischen Sozialisten rechtfertigen. Eine Partei könne sich nicht mit einer Person identifizieren, wie es Zola und auch Clémenceau möglich sei. Die Partei habe in dem Manifest ihrer parlamentarischen Gruppe wie in einer Erklärung des Gemeinderats von Lille gegen Entscheidungen von Kriegsgerichten *überhaupt* protestiert. Ziel sei die Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit, „die auf dem Leben des Soldaten lastet, jeden freien Hauch in der Armee erstickt und sich zu Zeiten der Revolution gegen Bürger wendet“. Bonnier sah einen Beweis für die jeweils eigene Taktik und Haltung der anderen sozialistischen Parteien darin, daß sie die „französischen Genossen“ kritisierten, „ohne genau die gegenwärtige Lage in Frankreich zu kennen“.

Die Redaktion der *Neuen Zeit* fügte diesem Urteil eine Fußnote an, die vielleicht erklärt, weshalb Liebknechts Beitrag nicht in Deutschland veröffentlicht wurde. Die „ausländische Parteipresse“ habe keineswegs die Verpflichtung, „in allen Fragen, die Frankreich bewegen, die Haltung der französischen Genossen nachzuahmen“. Es gebe Fragen der inneren Politik, die keine bloßen Lokalfragen seien. Wie der Antisemitismus in Österreich müsse „auch der in Frankreich praktisch der tödtlichste Feind nicht des Judenthums, sondern der Sozialdemokratie werden, in der er früher oder später sein mächtigstes Hinderniß erkennt“. Die Erstarkung „der militaristisch-pfäffisch-agrarisch-kleinbürgerlichen Koalition in Frankreich“ schade der französischen, indirekt aber auch der deutschen Sozialdemokratie, die im Deutschen Reich „im Vorkampf gegen dieselben Elemente steht, welche in Frankreich jetzt kräftig und frech genug geworden sind, offenkundig ihr Belieben über Gesetz und Recht zu stellen“.

Als für die SPD verbindlich ist Bebels Referat auf dem Kölner Parteitag von 1893 zu betrachten²⁰. Das Thema hatte 1892 schon auf der Tagesordnung des Berliner Parteitags gestanden. In Köln legte Bebel eine Resolution vor, in der es hieß: „Der einseitige Kampf des Antisemitismus gegen das jüdische Ausbeutertum muß nothwendig erfolglos sein, weil die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen keine speziell jüdische, sondern eine der bürgerlichen Gesell-

¹⁹ Silberner, S. 211.

²⁰ August Bebels Referat „Sozialdemokratie und Antisemitismus“ wurde als Broschüre mit einem Nachtrag (Berlin 1894) und mit einem weiteren Nachtrag (Berlin 1906) veröffentlicht. Vgl. auch: *Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Köln 1893*, Berlin 1893, S. 223-237. Das Protokoll verzeichnet am Ende der Rede Bebels „andauernden lebhaften Beifall“ sowie einen Antrag, von einer Diskussion abzusehen.

schaft eigenthümliche Erwerbsform ist, die erst mit dem Untergang der bürgerlichen Gesellschaft endigt.“

„Da nun die Sozialdemokratie der entschiedenste Feind des Kapitalismus ist, einerlei ob Juden oder Christen seine Träger sind, und da sie das Ziel hat, die bürgerliche Gesellschaft zu beseitigen, indem sie deren Umwandlung in die sozialistische Gesellschaft herbeiführt, . . . lehnt es die Sozialdemokratie ab, ihre Kräfte im Kampfe gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung durch falsche und darum wirkungslos werdende Kämpfe gegen eine Erscheinung zu zersplittern, die mit der bürgerlichen Gesellschaft steht und fällt.“

Die SPD wollte den „gegen die jüdischen Kapitalisten aufgehetzten kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schichten“ die Erkenntnis vermitteln, „daß nicht bloß der jüdische Kapitalist, sondern die Kapitalistenklasse überhaupt ihr Feind ist“. Bebels Kölner Referat sollte die gleichlautende Resolution begründen. Darin hieß es, die SPD habe sich des Themas angenommen, nicht weil der Antisemitismus neu sei. Vielmehr sei neu, daß sich die gegen das Judentum gerichteten feindseligen Bestrebungen nun in einer politischen Partei organisierten. Unter den Parteimitgliedern beobachtete Bebel Unklarheit: „Über Erscheinungen, die Widerhall in den Massen“ fänden, könne man nicht hinweggehen.

Auf wie schmalen Grat sich Bebel in Köln bewegte, zeigte die „Heiterkeit“, die der Parteivorsitzende unter den Delegierten des Parteitags auslöste, als er erklärte, die Juden zu bewundern, weil sie sich gegen die furchtbaren Verfolgungen „in ihrer Art weiter entwickelt und selbständig aufrechterhalten“ hätten, und eine Parallele zu den Zigeunern zog.

Die in der Wilhelminischen Gesellschaft verbreiteten Vorurteile lassen sich auch an der Beispielsammlung ablesen, auf die Bebel in Köln einging, weil er sie offensichtlich für verbürgt hielt²¹. Die unmittelbaren Ursachen des Antisemitismus sah er in dem „großen Krach von 1873“. Es sei „ganz unbestreitbar, daß die Juden . . . nach Erlangung der vollen Gleichberechtigung und in Folge der neuen wirtschaftlichen und sozialen Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reichs, die der kapitalistischen Entwicklung ungeahnte neue Bahnen eröffnete, als handeltreibende und kapitalkräftige Leute bei dieser Entwicklung im Vordergrunde standen“.

Bebel wörtlich weiter:

„Dazu kam, daß der Jude in der Art, wie er zu handeln versteht, dem Christen meistens überlegen ist. Unzweifelhaft zeichnet das, was mancher Schacher nennt, einen Theil der Juden besonders aus. Der Jude versteht zu rechnen, er begnügt sich auch, wenn es sein muß, mit dem kleinsten Gewinn, er handelt ferner mit einer Unzahl von Dingen, die andern werthlos oder unscheinbar, vielleicht gar verächtlich erscheinen. Viele jüdische Kapitalmagnaten haben entweder persönlich oder durch ihre letzten Vorfahren durch diese Art Schacher die Grundlage für ihre heutige Stellung geschaffen. Alle diese Umstände in Verbindung mit den erwähnten Stammeseigenthümlichkeiten der Juden bewirkten, daß der Antisemitismus zuerst in den handeltreibenden Kreisen Boden fand; der Haß richtet sich gegen den Juden als Konkurrenten.“

²¹ Protokoll über die Verhandlungen, S. 230.

Für Bebel war „das Judentum“ tatsächlich „in einer großen Anzahl von Handelszweigen der entscheidende Faktor geworden“. Es beherrsche „in weiten Gegenden Deutschlands den Handel mit Agrarprodukten aller Art“. In einem Aufsatz des *Vorwärts* war nach Bebel „ganz richtig“ bemerkt worden, „für den Bauern seien Kapitalist und Juden identische Begriffe“.

Ähnlich wie im Agrarhandel verzeichnete Bebel auf dem Gebiet der Industrie und der Vergabe öffentlicher Aufträge den wachsenden Einfluß der Juden²². Seine Beispielsammlung gipfelte in der Darstellung des „Wuchers jüdischer Geldverleiher“, die Beamte, Offiziere, Adelige und Studenten zu Antisemiten gemacht hätten. Der Parteivorsitzende der SPD akzeptierte also die Argumente der Antisemiten, hielt aber die von ihnen daraus abgeleiteten Folgerungen für untauglich, um die gesellschaftlichen Probleme zu lösen. Für Bebel konnte nur die Revolution und durch sie die sozialistische Gesellschaft die Lösung bringen, wie es in der vom Parteitag angenommenen Resolution hießt.

Bebel selbst oder den für die Publikation im Verlag der Expedition des *Vorwärts* Verantwortlichen scheinen Bedenken gekommen zu sein, ob das Referat in der Fassung des Parteitagsprotokolls kommentarlos als Broschüre verbreitet werden sollte. Der Nachtrag in der Fassung von 1894 läßt das jedenfalls vermuten. Darin wird versucht, die von Bebel anscheinend noch grundsätzlich akzeptierten Argumente der Antisemiten mit statistischen Daten eher zu widerlegen oder zumindest einzuschränken. Der Verfasser des Nachtrags orientiert sich dabei offensichtlich an den Argumenten, die wir schon von Eduard Bernstein und Max Schippel zitiert haben. Dabei wird eine Art kapitalistische Kreislauftheorie entworfen, nach der, unabhängig von ihrer religiösen Herkunft, die Besitzer des mobilen und des immobilien Kapitals miteinander konkurrierten. Der Jude als Besitzer „eines wesentlichen Teils“ des mobilen Kapitals suche sich des immobilien Kapitals zu bemächtigen und gerate dadurch mit seinem Hauptbesitzer, dem Adel, in Konflikt. Dieser Konflikt wiederum werde auf dem Rücken der Bauern ausgetragen, deren Mißstimmung die konservativen Kreise geschickt auf die Juden abzulenken wüßten.

Der Nachtrag hält dagegen fest, daß seit dem Dreißigjährigen Krieg Zehntausende von Bauernhöfen in den Besitz des Adels übergegangen seien, insbesondere in den deutschen Ostprovinzen. In Preußen verfügten damals 154 Adelige über etwa zwei Millionen Hektar Land. Daraus wird im Nachtrag geschlossen, daß es sich um eine Übertreibung handle, wenn man „den Juden als den Hauptsünder an dem Bauern hinstellt“. Das gleiche gelte für die Behauptung, die Juden hätten einen höheren Anteil an der Verbrechenstatistik. Die aus der Reichsstatistik übernommene Tabelle für die Jahre 1882 bis 1889 wird folgendermaßen kommentiert: „Unter diesen 26 Rubriken von Verbrechen und Vergehen haben die Juden in acht die Mehrheit, und diese gehören zumeist keineswegs zu den schwersten Verbrechen und Vergehen.“ Vielmehr zeige es sich, daß die meisten Verstöße mit der Beschäftigung der großen Mehrzahl der Juden im

²² Ebda, S. 231.

Handel verbunden seien, zum Beispiel Erpressung, Betrug, Fälschung öffentlicher Urkunden, einfacher und betrügerischer Bankrott. Bei einem Vergleich der christlichen mit den jüdischen Handeltreibenden ergebe sich aber, daß zwischen Christen und Juden in dieser Hinsicht ein ausgeglichenes Verhältnis bestehe. Die Juden seien also, durchschnittlich genommen, nicht besser, aber auch nicht schlechter als die sogenannten Christen. „Gewisse geschäftliche Eigenschaften und Praktiken, die vorzugsweise als Handeltreibende ihnen eigen sind, sind mit der Natur dieses Gewerbes, das schon Fourier ‚die Kunst zu betrügen‘ nannte, verknüpft; daß aber die Juden geriebene Handeltreibende sind, ist zunächst Schuld der Christen selbst, die seit anderthalb Jahrtausenden sie zum Handel zwangen.“

Der *Zweite Nachtrag* von 1906 bezieht sich auf die in Rußland seit der Revolution von 1905 ausgebrochenen Pogrome. Wiederum wird die Spitzenstellung der russisch-polnischen Juden in der Handels- und Finanzwelt als eine Ursache für die Ausschreitungen bezeichnet. Das habe in der Masse der Bevölkerung in Rußland zu ähnlichen Gefühlen gegen das gesamte Judentum geführt, wie in Mittel- und Westeuropa, und die russische Regierung habe diese Judenfeindschaft begünstigt, „weil sie damit den Haß der Massen von ihrem eigenen durch und durch faulen und korrupten Regierungssystem und den Trägern dieses Systems, den korrupten Beamten, ablenken“ wolle.

Der jüdischen Hochfinanz in Mittel- und Westeuropa wird vorgeworfen, daß sie ungeachtet der Judenmetzeleien in Rußland die russische Regierungssclique durch finanzielle Hilfen am Ruder halte. Der jüdische Großkapitalist, „vor die Frage gestellt, ob er einen Antisemiten oder einen Sozialdemokraten wählen soll“, werde den Antisemiten wählen. Ebenso werde der jüdische Kapitalist, „vor die Frage gestellt, ob er sich ein gutes Geschäft entgehen lassen soll, um einem Rassen- und Glaubensgenossen zu helfen, das Geschäft machen und den Glaubensgenossen preisgeben“.

Diese Ansicht lieferte in sozialdemokratischen Unterhaltungsblättern viel Stoff für Karikaturen und Witzeleien, aber stets mit antikapitalistischer Stoßrichtung²³. Dabei wurden die in der Wilhelminischen Gesellschaft vorhandenen antisemitischen Stereotypen weitgehend übernommen, aber als Folgen des Kapitalismus interpretiert. Der *Zweite Nachtrag* kommt zu dem Schluß: „Der Antisemitismus, der nach seinem Wesen nur auf die niedrigsten Triebe und Instinkte einer rückständigen Gesellschaftsschicht sich stützen kann, präsentiert die moralische Ver lumpung der ihm anhängenden Schichten. Tröstlich ist, daß er in Deutschland nie Aussicht hat, irgendeinen maßgebenden Einfluß auf das staatliche und soziale Leben auszuüben.“

Dieser Optimismus sollte sich ein Vierteljahrhundert später als trügerisch erweisen. Gerade deshalb wäre eine bloß positivistische Reflexion der sozialde-

²³ Leuschen-Seppel, S. 242–273, bringt zahlreiche analoge Beispiele, u. a. aus dem mit 380000 Abonnenten (1912) weit verbreiteten *Wahren Jacob*, für die aus heutiger Sicht ambivalenten Tendenzen in der Unterhaltungspresse der SPD zwischen 1878 und 1914 zur Judenfrage.

mokratischen Argumentation gegen den Antisemitismus in der Zeit der Dreyfus-Affäre problematisch. Eine Feinanalyse der Berichterstattung des Zentralorgans der SPD *Vorwärts* über die Dreyfus-Affäre selbst mag dazu beitragen, die von August Bebel und führenden Sozialdemokraten vertretenen Positionen in ihrer Umsetzung in die Tagespublizistik näher zu beleuchten.

2. Der Vorwärts zum Antisemitismus während der Dreyfus-Affäre

Zum Zeitpunkt der Verurteilung von Alfred Dreyfus am 22. Dezember 1894 teilte die Sozialdemokratie mit den französischen Sozialisten die Ansicht, daß Dreyfus des Hochverrats schuldig sei²⁴. Der *Vorwärts* nahm am 28. Dezember 1894 die französische Militärjustiz geradezu in Schutz gegen den Vorwurf chauvinistischer Parteilichkeit. Natürlich gefalle der Prozeß denjenigen nicht, „an welche Dreyfus sich verkauft hat“. Ähnlich wie Liebknecht fünf Jahre später in der *Wiener Fackel* hält es das Zentralorgan der SPD für selbstverständlich, daß sich Gesandtschaften in allen Ländern solcher „Dienste“ bedienen. Solange die Völker es noch duldeten, daß der Militarismus mit seinem „bewaffneten Frieden“ sie aussage, würden diese Praktiken von allen Regierungen ohne Ausnahme gut bezahlt und in jedem Falle, wo Entdeckung eintrete, emphatisch abgeleugnet. Der *Vorwärts* spielte die Französischen gegen die deutschen Chauvinisten aus, weil „dieser Prozeß den französischen Antisemiten desto mehr Wasser auf die Mühle geführt“ habe: „Dreyfus ist Jude – und daß der erste Verräther im großen Stil, den die französische Armee aufzuweisen hat, ein Jude ist, wird... nach allen Richtungen hin für die ‚Vaterlandslosigkeit‘ der Juden ausgenutzt, denen das Ausland mehr am Herzen liege, als die Heimath. Daß dem Juden im ‚Auslande‘, also in diesem Falle in Deutschland, genau dieselben Vorwürfe gemacht werden, genirt die Herren Antisemiten nicht...“

Das Blatt nimmt durchweg die Klassenkampfposition ein. Der Prozeß wird nur unter diesem Aspekt behandelt, nicht etwa aus menschlichem Interesse an der Tragödie eines französischen Offiziers, dessen Tat unkritisch als geschehen vorausgesetzt wird. Diese Distanz reflektiert immer wieder den Klassenstandpunkt. So kommt er auch in der *Neuen Zeit* vom Mai 1896 zum Ausdruck²⁵, als die theoretische Zeitschrift der SPD sich über den Klassenzusammenhang von drei Prozessen in Stolp, Frankfurt am Main und Berlin hermachte. Der Stolper Prozeß betraf einen jüdischen „Bernsteinkönig“, den Geheimen Kommerzienrat Becker, zu dessen Charakterisierung das Blatt die Begrifflichkeit des Antisemitismus verwendet. Becker habe seinen Ursprung aus „jenem polnischen Junkerthum(!)“ nicht verleugnen können, „von dem Marx einmal sag-

²⁴ Wistrich (wie Anm. 5), S. 9. Eine knappe Zusammenfassung der Dreyfus-Affäre findet sich bei Richard Sennett, *Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität*, Frankfurt a. M. 1983, S. 272–284.

²⁵ *Die Neue Zeit*, 1895/96, 2. Bd. S. 257–261.

te, daß es, so weit der Einfluß der Leipziger Messe reiche, ‚als der vollständigste Ausdruck des Schachers, der Filzigkeit und des Schmutzes verrufen‘ sei“.

Die *Neue Zeit* bezeichnet Becker als „polnischen Schacherjuden“, dem „die Anfangsgründe der deutschen Grammatik unergründliche Geheimnisse sind“ und der „unumschränkter als ein orientalischer Sultan“ auf dem gesamten Gebiet der Bernsteinindustrie herrsche, „märchenhafte Reichthümer“ zusammenscheffele, „ohne eine Faser seines Gehirns oder eine Muskel seiner Gebeine anzustrengen, vernichtet alle menschlichen Existenzen, die ihm auf dem Gebiet seiner Herrschaft so oder so im Wege stehen, foppt den Staat, verhöhnt die Vertreter der christlichen Regierung und erklärt, mit seinen Millionen könne er alles machen“. Wie zur Entschuldigung fügt die sozialdemokratische Zeitschrift hinzu, daß sie dies nicht schreibe, weil Becker Jude sei, wie die antisemitische Presse, „sondern im Sinne von Obgleich“.

Wie von August Bebel in seinem Parteitagreferat von 1893 werden die antisemitischen Kategorien als gegeben unterstellt. Die *Neue Zeit* versucht, sich damit herauszureden, daß „solche Dinge fertiggebracht werden können“, weil „der christliche Staat und die bürgerliche Gesellschaft auf den Standpunkt des polnischen Schacherjuden gesunken“ seien. Die antisemitische Argumentation wird hier gegen ihre Erfinder gewendet, aber grundsätzlich nicht in Frage gestellt. Vielmehr ließen sich die sozialistischen Publizisten durch Marx-Zitate quasi autorisieren, eine Identität der Praxis aller Kapitalisten, ganz gleich ob christlicher oder jüdischer Herkunft, zu unterstellen. Zur Charakterisierung dieser Praxis bediente man sich aber des antisemitischen Vokabulars, das damit tatsächlich gerechtfertigt wurde. Diese Art von Polemik muß aus heutiger Sicht fragwürdig erscheinen.

Diese Ausdrucksweise verbindet sich mit der für die damalige Sozialdemokratie charakteristischen antikapitalistischen Tendenz. Ein Beispiel dazu. Der *Vorwärts* setzte sich am 25. Oktober 1896 kritisch mit einem Rabbiner auseinander, der bei der Beerdigung eines ermordeten jüdischen Justizrates als Ursache für die Untat „den jetzigen Geist der Zeit“ sowie die „erbitterten sozialen und wirtschaftlichen Klassenkämpfe“ genannt hatte. Durch diese Agitation sei „die Begehrlichkeit in den niederen Volksschichten geweckt worden“. Das Zentralorgan der SPD warf dem Rabbiner vor, „würdigen Vorbildern mit dieser Fruktifizierung eines gemeinen Raubmordes zum Kampfe gegen den Umsturz“ zu folgen. Lob und hohe Ehren würde eintragen, „daß er sich dazu ermannt hat, das Schächtmesser gegen die Sozialdemokratie zu zücken“. Der Rabbiner sei ein lebendiges Beweisstück dafür, „wie der Haß gegen die große proletarische Emanzipationsbewegung unserer Zeit alle reaktionären Elemente, unbeschadet des Glaubens und der Abstammung, vereinigt“. „Der eifrige Rabbi merkt ja garnicht einmal, welche vernichtende Kritik seiner Denunziation der sozialdemokratischen Bewegung aus der Thatsache hervorgeht, daß er selbst mitsammt seinen Glaubensgenossen sich gegen die antisemitische Bezeichnung vertheidigen muß, das Judenthum habe durch seine Ausbeutungsgewandtheit das deutsche Volksgemüth vergiftet und ‚die Begehrlichkeit in den niederen Volks-

schichten geweckt'. " Der Rabbi, „der sich augenscheinlich nicht wenig fühlt als ‚Mitglied der höheren Volksschichten,“, vergesse das in der Hitze des Klassenkampfes. Wenn es gegen die Sozialdemokratie gehe, so kämpften Rabbiner und Leutnant a. D. Liebermann von Sonnenberg Schulter an Schulter. Der von dem Rabbiner „angeschlagene Ton wird denn auch weiterklingen durch die gesamte Ordnungspresse, die ja gedankenlos jede Beschuldigung der Sozialdemokratie nachzuplappern pflegt“.

Am 28. November 1896 führt das Blatt seine Betrachtungen mit einer Darstellung der „Partei der Begehrlichkeit und Angst“ fort. Gemeint ist damit die konservative Partei, die sich in einer Krise befand und deshalb bemüht sei, die „antisemitischen Freischaren für den konservativen Heerbann durch den antisemitischen Aufputz des konservativen Programms“ zu ködern. Das Schlimme an der Sache sei nur, daß sich unter den Wählermassen, die bei den 1893er Wahlen der konservativen Fahne treugeblieben waren, ganze Haufen bei passender Gelegenheit den Antisemiten zuwenden würden. Die Kleinhandwerker und Kleinbauern blieben nicht durch wirkliche Interessengemeinschaft mit den Konservativen, den Großgrundbesitzern, verbunden, sondern „vorläufig nur noch die Tradition, die alle rückständigen im Verfall begriffenen Bevölkerungsklassen aneinandergekettet“.

Die antikapitalistische Argumentation wird ergänzt durch eine antimilitaristische. Die Dreyfus-Affäre diene als Parallele zu den deutschen Verhältnissen. Am 24. November 1897 gibt sich der Pariser Korrespondent des *Vorwärts* noch sehr zurückhaltend: „Was die Schuldfrage des Dreyfus oder des Esterhazy betrifft, so kann... erst die weitere Entwicklung der Dinge die nöthigen Elemente für ein objektives Urtheil liefern. Vorläufig scheint so viel sicher zu sein, daß die Verurtheilung des Dreyfus mit ungesetzlichen Mitteln erlangt wurde.“ Und am 1. Dezember 1897 stellt der Korrespondent fest: „Es wird immer deutlicher, daß die militärische Untersuchung in der Dreyfus-Affäre zum einzigen Zweck hat, Esterhazy reinzuwaschen, um so den Ruf der geheimen Militärjustiz zu retten.“ Drei Tage später heißt es im *Vorwärts*: „Soviel ist bereits sicher, daß, wenn Dreyfus ausschließlich auf grund des Gutachtens der Handschriften-Experten verurtheilt wurde, er das Opfer eines Justizmordes ist. Denn jeder Laie kann sich aus den vom ‚Figaro‘ veröffentlichten Handschriften-Proben überzeugen, daß Esterhazy unendlich wahrscheinlicher als Dreyfus für den Verfasser des Bordereau's erklärt werden muß.“

Vermutung muß bleiben, ob Ch. Bonnier der Pariser Berichterstatter war. Bonniers Beitrag in der *Neuen Zeit* Anfang 1898 weist jedenfalls ähnliche Tendenz auf²⁶. Der Autor stellt hier die Dreyfus-Affäre in den Zusammenhang der französischen Kammerwahlen, die am 8. Mai 1898 stattfinden sollten. Selbst für einen Wohlmeinenden war es schwer, sich in dem Wirrwarr des Wahlkampfes, in den die Dreyfus-Affäre einbezogen war, ein klares Bild zu machen. Bonnier

²⁶ Bonnier (wie Anm. 5). Wilhelm Liebknecht (wie Anm. 18) meinte Ende Sept. 1899 (S. 6), „daß die deutsche Presse von Paris aus durchaus falsch unterrichtet wurde“.

stellte fest, es handele sich nicht mehr in erster Linie darum, ob Dreyfus schuldig sei, vielmehr gehe es um die Art und Weise, wie seine Verurteilung erfolgte. Bonnier wörtlich:

„Auf der einen Seite steht im Vordergrund der Agitation ein Lumpenproletariat von Leuten, die sich Antisemiten nennen und die gegen Zola manifestieren. Auf der anderen Seite finden wir Persönlichkeiten in gesetztem Alter und gesicherter Lebensstellung, Gelehrte, Schriftsteller, welche die Revision des Dreyfus-Prozesses fordern. Hier wie da begegnet man den unglaublichsten Bundesbrüderschaften . . .“

Der „Welt der jüdischen Hochfinanz, der semitischen Börsenkönige“ wirft Bonnier vor, daß sie sich nicht rührten. Ihnen sei augenscheinlich nichts unangenehmer als der ganze Lärm, der um die Affäre Dreyfus entstanden sei. „Rothschild kümmert sich den Teufel um Dreyfus, vorausgesetzt, daß sein Haus ausgiebigen staatlichen und polizeilichen Schutz genießt.“

Aber auch die Sozialisten waren nicht gerade eifrig bemüht, sich für Dreyfus öffentlich einzusetzen. Bonnier findet dafür ein Argument. Eine Partei könne sich nicht mit einer Person identifizieren.

„Allein, wenn die sozialistische Partei energischen Antheil an einer Affaire nimmt, über deren eigentlichen Kern man nur durch öffentliche Gerüchte unterrichtet ist, wenn sie auf die Politik des Klassenkampfes verzichtet, um ‚die Hochherzige‘ zu spielen, wenn sie ihre Truppen in ein Scharmützel ohne Resultat schickt, so ist das von weittragender Bedeutung, obendrein, wenn es am Vorabend der Legislativwahlen geschieht.“

Die französischen Sozialisten protestierten vielmehr gegen alle Entscheidungen von Kriegsgerichten:

„Der Feind, den sie damit angreifen und gegen die sie jederzeit gekämpft haben, das ist der Militarismus, das ist die ungeheuerliche Thatsache, daß eine militärische Sondergesetzgebung existiert, welche in schroffem Gegensatz zu den bürgerlichen Rechtsbegriffen steht, das ist die Herrschaft einer Clique von Kondottieri, für welche das Soldatsein ein Geschäft ist.“

Die Affäre Dreyfus sei nicht interessanter, ja sie sei sogar weniger interessant, „als der Fall des und jenes Soldaten, der zum Dienst in der Strafkompagnie verurtheilt oder erschossen“ werde. Daß Schriftsteller, Gelehrte und „sentimentale Gemüther aller Art die Haltung der Sozialisten nicht begreifen“, sei durchaus erklärlich.

Am 21. Januar 1898 läßt sich der *Vorwärts* aus Paris berichten:

„Der nicht stattgefundene ‚Verrath‘ des jüdischen Offiziers, die Unfehlbarkeit der geheimen Militärjustiz, die Heiligkeit der ‚Armee‘, d. i. der militärischen Oligarchie, die ‚Wohlfahrt des Vaterlandes‘ – all’ diese Schlagworte werden von den bezeichneten Kreisen immer frecher im Interesse einer klerikal-militärischen Reaktion ausgebeutet.“

Das Blatt zitiert zugleich das Manifest der sozialistischen Deputierten in Frankreich, in dem es hieß: „Die Korruption der Bourgeoisie und die der Armee haben diese Zustände gezeitigt. Zersplittern wir nicht unsere Kräfte, kämpften

wir gleichermaßen gegen das Kapital, gegen die Dogmen und gegen den Säbel für die soziale Republik.“

Das hier als drittes Charakteristikum erkennbare antiklerikale Motiv wird von dem Pariser Korrespondenten in der Wendung verdeutlicht, daß es sich um einen „Bund des Säbels und Weihwedels“ handle. Der Generalstab, der die Aufdeckung der Affäre Dreyfus durch eine Hatz gegen Juden und Protestanten und gegen alle Zweifler überhaupt zu verhindern suche, habe die klerikale Partei, „die aus der Hatz für sich politisches Kapital schlagen will“, hinter sich. Der Generalstab sei „dermaßen klerikal, daß der kirchenfromme Kriegsminister selber ihn einmal in einem Anfall von Freimuth ‚Jesuitennest‘ nannte“.

Das Zentralorgan der SPD verfolgte alle Stadien der Dreyfus-Affäre und der gegen Emile Zola geführten Prozesse in den Jahren 1898 und 1899. Ganz deutlich ist, daß der Pariser Korrespondent ein Gefolgsmann Jean Jaurès war. Wiederholt zitiert er Beiträge von Jaurès aus der sozialistischen *Petite République*, der er nachsagt, „seit Monaten unerschrocken den Kampf ums Recht“ zu führen. In einer Kundgebung am 1. Oktober 1898 – der *Vorwärts* berichtete darüber drei Tage später – wiederholte Jaurès seine Vorwürfe gegen den Generalstab und die geheimen kriegsgerichtlichen Verfahren. Die 6000 Teilnehmer forderten „das Proletariat“ auf, „die militärischen Institutionen Frankreichs mit den Grundsätzen der republikanischen Demokratie in Einklang zu bringen“.

Bezeichnend ist eine Stellungnahme des *Vorwärts* am 25. Oktober 1898 zu einer Äußerung Kaiser Wilhelms II. über die Dreyfus-Affäre in Konstantinopel. In seiner gewohnt schneidigen Art hatte sich Wilhelm II. dazu hinreißen lassen, das französische Offizierscorps als „Kunden“ zu bezeichnen. Die „überreizte Phantasie des militärischen Klüngels in Paris“, so der *Vorwärts*, werde die Äußerungen des Kaisers als Anlaß zu neuen lärmenden Kundgebungen und Beschuldigungen benutzen. Wörtlich im *Vorwärts*: „Auch dürfte die Ausdrucksweise, die der Kaiser gegenüber den französischen Generalen beliebt haben soll, . . . arg verstimmen. Gerade weil auch wir überzeugt sind, daß die Idee, Dreyfus habe für Deutschland Spionendienste geleistet, eine Wahnidee ist, hätten wir lieber gesehen, wenn nicht durch derartige herbe Ausdrücke das schon übermäßig gereizte französische Nationalgefühl noch mehr erregt würde,“

Zwei Tage später widmete der *Vorwärts* die ganze erste Seite der „Lage in Frankreich“. Die Dreyfus-Affäre habe zu einer sehr heilsamen Krise im Nachbarland geführt:

„Nach der Zerschmetterung Frankreichs im Kriege von 1870/71 war die Schaffung einer großen Armee Bedingung der nationalen Wiedergeburt. Da zu jener Zeit der demokratische Geist noch nicht stark genug war, um die allgemeine Volksbewaffnung und die Errichtung einer Miliz, ähnlich wie in der Schweiz, durchzuführen, so wurde zu einer Armee-Organisation nach dem Muster des siegreichen deutschen Heeres gegriffen, und mit dieser Organisation zog in die französische Republik auch der Militarismus ein, etwas gemildert allerdings durch die demokratischen Einrichtungen, aber im Wesen doch ebenso gefährlich für die bürgerliche Freiheit wie bei uns. Im Jahre 1877 wäre das neue französische Heer um ein Haar zu einem Staatsstreich gegen die Republik benutzt worden.“

Die Dreyfus-Affäre zeige, daß das Riesenheer Frankreichs ein Machtmittel sei, das „nach Innen mit verheerenden Wirkungen gebraucht“ werden könne. In diesem Gedanken begegneten sich alle ehrlichen Republikaner, „die an die Unschuld des Dreyfus und die Staatsstreichgelüste der Generale“ glaubten. Verfassungsgemäß stehe in Frankreich die Militärgewalt unter der Zivilgewalt. Dies habe jedoch nicht verhindert, daß die Militärgewalt zu einer Gefahr für die Republik geworden sei.

Am folgenden Tag, am 28. Oktober 1898, nimmt der *Vorwärts* das Thema abermals auf und setzt sich mit der „pharisäerhaften“ Haltung der rechtskonservativen Berliner *Post* auseinander. Das Blatt behauptete, „unser deutsches Reich“ sei nicht so schlecht wie die französische Republik, „in der Zivilgewalt und Militärgewalt mit einander kämpfen, die verschiedenen Parteien mit einander kämpfen, kurz alles drunter und drüber gehe“. Dem hält der *Vorwärts* entgegen:

„Die Männer, welche in Frankreich die Regierung und den Generalstab so heftig angreifen, wären in Deutschland längst hinter Schloß und Riegel... Oder glaubt die ‚Post‘, ein Dreyfusfall wäre in Deutschland unmöglich?... Der Fall Ziethen²⁷ spielt in Deutschland, nicht im wilden Frankreich: Der unglückliche und zweifellos unschuldige Ziethen sitzt jetzt fünfzehn Jahre im Zuchthaus, ohne daß es möglich gewesen wäre, die Volksmassen und die Presse in Bewegung zu setzen, wie das in Frankreich für Dreyfus geschehen ist.“

In Deutschland kämpften Zivil- und Militärgewalt nicht gegeneinander, aber nur, weil die Militärgewalt über der Zivilgewalt stehe und diese sich „nicht mucksen“ dürfe. In Frankreich dagegen sei die Zivilgewalt im Begriff, der Militärgewalt den Fuß auf den Nacken zu setzen.

Diese Behauptung widerlegt der *Vorwärts* im folgenden Absatz selbst, indem er seinen Pariser Korrespondenten berichten läßt: „Der Generalstab hat einen neuen Sieg über die Zivilgewalt davongetragen – das ist die wahre Bedeutung der Ministerkrise.“ Gemeint war damit der Sturz des Ministerpräsidenten Eugène Henri Brisson, eines Freimaurers, der nach nur viermonatiger Amtszeit abtreten mußte, weil er die Revision des Dreyfus-Prozesses durchgesetzt hatte, aber offenbar nicht in der Lage war, die verfassungsmäßigen Rechte der Zivilgewalt gegen die Militärgewalt zu behaupten.

Als „Sieg des Rechts“ feierte der *Vorwärts* am 4. Juni 1899 die Zulassung der Revision des Dreyfus-Prozesses durch den Kassationshof. Schon am 30. Oktober 1898 zweifelte das Blatt nicht daran, „daß das Verfahren wieder aufgenommen“ und aller Wahrscheinlichkeit die Unschuld des Hauptmanns Dreyfus beweisen werde. Freilich dürfe nicht vergessen werden, daß der französische

²⁷ Der Elberfelder Gastwirt Albert Ziethen wurde 1884 wegen Ermordung seiner Frau zum Tode verurteilt. Drei Jahre später stellte sich heraus, daß der Täter vermutlich einer seiner Lehrlinge war, der auch wiederholt gestand, aber widerrief und freigelassen wurde. Um die Rehabilitierung Ziethens bemühten sich u. a. Wilhelm Liebknecht und Maximilian Harden. Ohne Erfolg. Ziethen starb 1903 im Zuchthaus. Vgl. Hermann Mostar, *Unschuldig verurteilt. Aus der Chronik der Justizmorde*, Stuttgart 1956, S. 75–93.

Generalstab alles daransetzen werde, die Enthüllung der Wahrheit, die Feststellung der wirklich Schuldigen zu verhindern.

In dem für die Dreyfus-Affäre entscheidenden Jahr 1899 benutzt das Zentralorgan der SPD den Prozeß vor allem, um die Situation der sozialistischen Partei in Frankreich zu erörtern. Am 4. Juni 1899 meinte der Pariser Korrespondent, die sozialistische Partei habe aus der Dreyfus-Krise neue Kraft gewonnen, nachdem sie sich, „nach einer freilich allzu langen Periode des Zögerns und Schwankens“, geschlossen und entschlossen als Partei in den Kampf gestürzt habe. Eine relativ bedeutende Minderheit der Sozialisten mit Jaurès an der Spitze habe „in wirksamster Weise gegen den Generalstab gefochten“. Parteipolitisch bedeute die Dreyfus-Krise den moralischen Bankrott der bürgerlichen Demokratie: „Nur die Socialisten dürfen als Partei die Ehre des Sieges für sich in Anspruch nehmen. Die socialistische Aufklärung des Proletariats ist es gewesen, die mehr als einmal die Hand der prätorianischen Staatsstreichler gelähmt hat.“

Am 23. Juli 1899 wiederholte das Blatt diese Version, daß nämlich „die vom kämpfenden Proletariat schließlich befolgte Jaurès'sche Taktik in der Dreyfus-Krise... thatsächlich alle jene Erfolge für die Socialistische Partei gezeitigt“ habe, die nicht wieder aus der Welt geschafft werden könnten. Der französische Sozialismus sei aus den „Kinderschuhen einer Sektenbewegung herausgewachsen“. Die große Masse des kämpfenden Proletariats beginne immer lebhafter die Sonderaktionen als lästige Fesseln zu empfinden, die im Interesse der Gesamtpartei gesprengt werden müßten.

Als der Prozeß Dreyfus vor seiner Lösung stand, scheint, wenn man dem *Vorwärts* folgt, weniger die Frage des Antisemitismus als die Situation der französischen Sozialistischen Partei im Vordergrund gestanden zu haben. Am 8. August 1899 meinte das Zentralorgan, es sei kaum mehr zweifelhaft, daß Dreyfus als freier Mann Rennes, den Ort des Kriegsgerichtsverfahrens, verlassen werde. Fraglich sei aber, ob „das eigentliche Geheimnis des Falles, die ersten Ursachen des Frevels, seine Anstifter und deren Motive sich in den Verhandlungen entschleiern“ würden. Nach der Erledigung des Prozesses dürfte bald der „Gottesfriede eintreten, den Frankreich für seine Weltausstellung braucht“.

Das Urteil des Kriegsgerichts in Rennes vom 9. September 1899 bestätigte diesen Optimismus nicht. Dreyfus wurde unter Zubilligung mildernder Umstände zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Diese Strafe galt als verbüßt durch die fünfjährige Einzelhaft. Die Degradierung von Dreyfus wurde bestätigt. Daß sich die Verantwortlichen des französischen Generalstabs nicht geschlagen geben würden, zeigte schon das Attentat auf den Verteidiger Fernand Labori, der am 14. August 1899 einen Mordanschlag verletzt überlebte. Der Täter wurde nie gefaßt. Der *Vorwärts* meinte am folgenden Tag, daß es sich um ein „Attentat der Reaktion“ handelte²⁸.

Labori spielte als Verteidiger eine nicht gerade glänzende Rolle und ließ viele Chancen, die Anklage zu entlarven, aus. Einer der führenden Köpfe der Anhän-

²⁸ Vgl. auch Thalheimer (Hrsg.), *Die Affäre Dreyfus* (wie Anm. 2), S. 288 ff.

ger von Dreyfus, Georges Clemenceau, hatte Labori am 11. August 1899 diese Schwäche vorgeworfen und ihn zum entschlossenen Angriff aufgefordert. Sonst werde die Verteidigung von 1899 zu dem gleichen Ergebnis wie 1894 führen, weil der Druck des Korpsgeistes und der Kirche auf die Militärrichter „ungeheuer“ sei. Clémenceau sah die einzige Chance in der Mobilisierung der Öffentlichkeit. Das Urteil bestätigte seine Befürchtungen²⁹.

In seiner Kritik am Kriegsgerichtsurteil hob der *Vorwärts* am 10. September 1899 hervor:

„Es ist die einzige Entschuldigung, die man den Richtern von Rennes zubilligen kann, daß ihr Kopf nicht hinreicht, um Wahres vom Falschen, um Schuld und Unschuld zu sondern. Für die Richter in Rennes gleich wie für den Regierungskommissar, dessen dumme Tölpelhaftigkeit nicht persönliches Eigentum, sondern typisch ist, gab es keine Möglichkeit, das Gewirre der Aussagen, der Dokumente, der Fälschungen zu entwirren, ein selbständiges Urteil zu bilden. Sie urteilten nur aus Empfindung. Und ihr Empfinden eben ist verunreinigt durch klerikale Jesuiterei, durch wüsten Chauvinismus, durch militaristischen Korpsgeist und Rassenhaß.“

Sieben Jahre lang sollte es dauern, bevor Alfred Dreyfus voll rehabilitiert wurde. Das Echo der Revisionsverhandlung des Prozesses Dreyfus vor dem Kassationshof, die am 18. Juni 1906 begann, war im *Vorwärts* deutlich geringer als 1899. Offensichtlich folgte die Öffentlichkeit der Interpretation des Gerichts, dessen Berichterstatter Moras betonte, „daß die Angelegenheit jetzt das Gebiet der Politik verlassen habe und zu einer reinen Sache der Rechtspflege geworden sei“³⁰. Die ganze Dreyfus-Affäre bezeichnete er als „Mystifikation“. Der Pariser Korrespondent des *Vorwärts* meinte am 23. Juni 1906: „Im Gegensatz zu der Aufregung, die vor acht Jahren . . . herrschte, ist jetzt von einer Erregung nichts zu bemerken.“ Das Blatt bezeichnete den neuen Prozeß am folgenden Tag als kennzeichnend „für die moralische Beschaffenheit des Militarismus“ und für „vielleicht wertvoller als die ‚Affäre‘ in ihrer Fieberhitze“. Der *Vorwärts* hob am 26. Juni 1906 aus dem Plädoyer des Generalstaatsanwaltes hervor, „daß der Antisemitismus in der Dreyfus-Affäre eine beträchtliche Rolle gespielt habe“.

Noch einmal spricht der *Vorwärts* am 30. Juni 1906 das Problem des Antisemitismus an, wenn er ein Interesse an der Begnadigung von Dreyfus vor allem bei der jüdischen Bourgeoisie „als Deckmantel nationaler Interessen“ wittert. Auch jetzt noch bleibt das Blatt bei der 1899 vertretenen Auffassung, daß mehr als der besondere Fall des jüdischen Hauptmanns die Folgen für den Militarismus weiter wirken würden. Die Dreyfus-Affäre wurde in diesem Sinne weniger als allein aus Rassenhaß angezettelte Intrige, sondern vielmehr als „die Frucht eines Systems“ interpretiert, „das seine Wurzeln im militärischen Kastentum selbst hat“. Als drei Wochen später Dreyfus zum Ritter der Ehrenlegion ernannt wurde, war das dem *Vorwärts* am 22. Juli 1906 nurmehr sechs Zeilen wert. Mit der Rückkehr des zum Major beförderten Alfred Dreyfus in den Schoß der

²⁹ Ebda, S. 299f.

³⁰ *Vorwärts* 19. 6. 1906.

Armee war für die Sozialdemokratie sein Fall im Kampf gegen den Militarismus wertlos geworden³¹.

Als Karl Kautsky kurz nach Ausbruch des Weltkrieges im Herbst 1914 seine Schrift *Rasse und Judentum*³² veröffentlichte, verzeichnete er ein Aufleben der „unvermeidlichen Rassentheorie“. Er meinte damit nicht eine Schuldzuweisung an die Juden als Kriegsauslöser, sondern die Interpretation des Krieges als „eines Kampfes, den die Natur gebiete und der nie aufhören könne“. Im Vorwort zur zweiten Auflage konstatierte Kautsky 1921, daß der Antisemitismus „zu den vielen Problemen“ gehörte, „die der Weltkrieg vorfand und die sein Ausgang nicht nur nicht löste, sondern sogar verschärfte“³³.

Für Kautsky lag die wirkliche Ursache der internationalen Konflikte nicht in der „Rassenphrase“, sondern in den „Gegensätzen kleiner Cliques“, die „mächtig sind bloß dadurch, daß die arbeitenden Massen sich von ihnen nasführen lassen“. Kautsky argumentiert überzeugend gegen den Antisemitismus der Rassentheoretiker vom Schlage Werner Sombarts und Houston Stewart Chamberlains. Deren Methode hatte ein Aprilscherz³⁴ von Bruno Schoenlank einmal im *Vorwärts* verhöhnt, als er den Namen des konservativen Publizisten Wilhelm von Hammerstein auf das „jüdische“ Chamer Stein zurückführte.

Kautsky setzte sich ausführlich mit dem Zionismus auseinander³⁵, den er naturgemäß ebenso ablehnt, wie 1893 Bebel besondere jüdische Arbeitervereine. Zionismus verdränge den Gedanken der Assimilation durch Gleichberechtigung, für die Kautsky plädierte, durch Absonderung der Juden von den Nichtjuden. Darin sah Kautsky eine Übereinstimmung der Zionisten und der Antisemiten. Ein jüdisches Gemeinwesen in Palästina hielt er nicht für eine Lösung des Problems. Weder lasse sich unter den Bedingungen des Nahen Ostens eine Agrikultur noch eine starke Industrie entwickeln. Kautsky hielt die 26000 jüdischen Palästina-Auswanderer von insgesamt zwei Millionen jüdischen Emigranten überhaupt zwischen 1881 und 1908 für einen Beweis seiner Vorbehalte gegen den Zionismus. Dies sei auch durch den Weltkrieg nicht anders geworden – obwohl die Probleme der osteuropäischen Juden sich verschärft hatten – nicht zuletzt wegen eines 50prozentigen Zuwachses ihrer Zahl.

Kautsky kam zu dem Schluß, daß der Zionismus „eben keine fortschrittliche, sondern eine reaktionäre Bewegung“ sei, weil er anstelle „der Selbstbestim-

³¹ In ihrem Nachruf zum Tode von Dreyfus zitierte die *Jüdische Rundschau* (Berlin) am 16. Juli 1935 Clémenceau: „Er (Dreyfus) ist der einzige, der nichts davon verstanden hat. Er stand klawertief unter der Affaire.“ Das zionistische Blatt charakterisierte vermutlich gleichzeitig die anfängliche Haltung vieler „unpolitischer“ Juden gegenüber dem Nationalsozialismus, wenn es schrieb: „... Dreyfus hat den eigentlichen Sinn seines Schicksals am tiefsten Grunde wohl nicht erkannt, und er lebte ein Leben, das neben sich selbst herlief.“

³² Karl Kautsky, *Rasse und Judentum*, Berlin 1914, Stuttgart 1921.

³³ Vgl. Hans-Günter Zmarzlik: Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich 1870–1918, in: Bernd Martin/Ernst Schulin (Hrsg.), *Die Juden als Minderheit in der Geschichte*, München 1981, S. 259f.; Kurt Koszyk, *Gustav Stresemann*, Köln 1989, S. 151–156.

³⁴ Kautsky, a. a. O., S. 59.

³⁵ Ebda, S. 83–96.

„mung der Nationen“ das „historische Recht, das heute überall versagt“, proklamiere. „Unter den vielen veralteten Rechtsansprüchen“ sei „der vermodertste der historische Rechtsanspruch der Juden auf Palästina“. Kautsky sprach den Juden rundheraus das Recht ab, „eine Nation zu sein“. Nur gelegentlich erinnere man sich daran, „daß Palästina bereits ein (von Arabern, K. K.) besiedeltes Land ist“.

Der führende sozialdemokratische Theoretiker konnte nicht ahnen, daß sich seine Prognosen für die zionistische Ansiedlungspolitik in Palästina wegen der nationalsozialistischen Judenverfolgung als ungeeignet erweisen würde. 1921 sah er die Zukunft der Juden vor allem in Osteuropa³⁶. In diesem Ringen gehe es um proletarische Solidarität, die durch den Zionismus geschwächt werde. Weil der Zionismus „eine undurchführbare Utopie“ sei, blieb für Kautsky nur die „Auflösung“ des Judentums durch seine Befreiung im Wege der Assimilation. Ihre Religion werde dadurch den Juden „sehr gleichgültig“ geworden sein. Damit werde „ihr Judentum ausgelöscht“.

Diese Vision verführte Kautsky am Ende zu einem Satz, der einen schauern läßt, der aber natürlich nicht im Sinne des nationalsozialistischen Holocaust verstanden werden darf³⁷: „Wir sind nicht völlig aus dem Mittelalter heraus, solange das Judentum noch unter uns existiert. Je eher es verschwindet, desto besser für die Gesellschaft und die Juden selbst.“ Daß er damit über das Programm seiner Partei, das Religion zur Privatsache erklärte, hinausging, scheint Kautsky nicht einmal bewußt gewesen zu sein.

³⁶ Ebda, S. 95 f.

³⁷ Ebda, S. 108.

Eduard Bernsteins Einstellung zur Judenfrage*

von

ROBERT S. WISTRICH

Anders als viele Juden, die in der Geschichte des europäischen Sozialismus eine wichtige Rolle spielten, war Eduard Bernstein gerade das Gegenteil eines utopischen Schwärmers oder dogmatischen Theoretikers. In den Tagen der „revisionistischen“ Debatte des Jahres 1899 gab er ohne weiteres zu, daß ihm das Fernziel des Sozialismus herzlich wenig bedeute im Vergleich zu den praktischen Möglichkeiten sozialer Reformen. Vorgefaßte Theorien, die die ausschlaggebende Bedeutung von Tatsachen und menschlicher Erfahrung außer acht ließen, seien eher hinderlich als hilfreich für die Arbeiterbewegung. Doch trotz all seiner angelsächsisch geprägten empiristischen Haltung, verriet Eduard Bernsteins Stellungnahme zu vielen wichtigen Problemen – und nicht zuletzt zur jüdischen Frage – den großen Einfluß sittlicher Ideale, die selbst wieder seinem liberalen jüdischen Erbe entsprangen.

Bernsteins Abwandlung der Marxschen Theorie leitete sich her aus „dem Geist des großen Königsberger Philosophen, des Kritikers der reinen Vernunft“ (Immanuel Kant) und war gegen die revolutionäre Phrasendrescherei (im Englischen: *cant.*) gerichtet, die sich im deutschen Marxismus der Jahrhundertwende ausgebreitet hatte. Von seiner Wesensart her war er wenig anfällig für die Verlockungen einer prophetischen Aura oder die apokalyptischen Visionen endgültiger menschlicher Erlösung in einer klassenlosen Gesellschaft. Folglich ist auch kein Platz für ihn in Isaac Deutschers Ehrentempel universal denkender „nicht-jüdischer Juden“, wie Marx, Rosa Luxemburg oder Trotzki mit ihrer „dialektisch-dramatischen Vision der Welt und ihrer Klassenkämpfe“¹.

Auf seine eigene, ganz unauffällige Weise jedoch war Bernstein ein genauso großer „Ketzer“ und Bilderstürmer in seiner Einstellung zu den heiligen Kühen der Hegelschen Dialektik, des wirtschaftlichen Determinismus und des Primats des Klassenkampfes. Überdies erscheint er dadurch aus jüdischer Sicht unter den führenden deutsch-jüdischen Sozialisten seiner Generation als Einzelgänger, da er sich weigert, sein Judesein auszulöschen, zu verleugnen oder zu verwerfen. Anders als Marx, Lassalle und viele ihrer jüdischen (und nicht-jüdischen) Jünger lehnte er die simplifizierende Gleichsetzung von Juden und Kapitalismus ab. In

* Aus dem Englischen übersetzt von Siegfried Singer.

¹ Isaac Deutscher, *The Non-Jewish Jew and other Essays*, London 1968; und Robert S. Wistrich, *Revolutionary Jews from Marx to Trotzky*, London/New York 1976.

seinen Schriften findet sich keine Spur des Klischees vom *Schacherjuden*, wie es vom jungen Karl Marx in seiner Schrift *Zur Judenfrage* verbreitet wurde, oder jener feindseligen Haltung gegenüber der angeblich bildungsfeindlichen Rückständigkeit des Ghettos wie in Karl Kautskys *Rasse und Judentum*. Im Gegensatz zu den marxistischen Klassikern rief Eduard Bernstein seine Religionsgenossen niemals dazu auf, ihr Judentum aufzugeben, um sich dadurch menschlich zu emanzipieren und aus Fortschritt und Aufklärung Nutzen zu ziehen.

Diese eigenständige Haltung läßt sich teilweise aus Bernsteins Familienhintergrund erklären, für den eine ziemlich reibungslose Anpassung an das christlich-deutsche Umfeld kennzeichnend war. Bernsteins Vater, der ursprünglich von Danzig kam und Lokomotivführer von Beruf war, war ein vaterlandstreuer deutscher Jude. Seine aufgeschlossene Haltung dem Christentum gegenüber prägte seine Familie, die Weihnachten nach deutschem Brauch feierte². Dennoch war die Familie ihrem jüdischen Ursprung treu und blieb Mitglied der Reform-Gemeinde in Berlin. In seinen Memoiren schrieb Eduard Bernstein: „... Doch zogen meine Eltern, meine älteren Geschwister und später auch ich das dogmenfreie, unrituelle Judentum, wie es in der jüdischen Reformgemeinde verkündet wurde, dem in beiden großen christlichen Konfessionen immer noch mit Dogmen behafteten Christentum vor.“

Das Reformjudentum war „ohne jegliche konfessionelle Engstirnigkeit“ zumindest in Deutschland eine Bewegung der Anpassung und Antwort auf die Juden-Emanzipation. Man setzte sich kritisch und mit wissenschaftlichen Methoden mit den Quellen des Judentums auseinander und glaubte, daß die jüdische Geschichte u. a. durch einen organischen Wandel bestimmt werde. Auch war man der Ansicht, daß die Juden keine Nation mehr seien und daß die messianische Hoffnung nun auf die ganze Menschheit bezogen werden müsse. In diesem Sinne war das Reformjudentum ein wichtiger Weg der Angleichung an die deutsche Umgebung. Wie Bernstein später feststellte: „Aber das Judentum als etwas vom Deutschtum national Unterschiedenes zu begreifen, lag ihnen meilenfern“³.

Das vielleicht bedeutendste Beispiel eines aufgeklärten Liberalismus im Kreise seiner Familie war jedoch die Karriere seines berühmten Onkels Aaron Bernstein. Onkel und Neffe hatten eine Reihe gemeinsamer Charakterzüge: journalistisches Talent, kritische Urteilsfähigkeit, Begeisterung für die Wissenschaft, einen Sinn fürs Maßhalten und eine ausgeprägte Empfindlichkeit gegenüber dem Antisemitismus. Als Sohn eines Rabbiners hatte Aaron Bernstein ein Rabbinerseminar durchlaufen und wurde anschließend zu einem Begründer der Reformbewegung des Judentums in Deutschland wie auch ein enger Freund des großen jüdischen Gelehrten Leopold Zunz, eines Vorkämpfers der *Wissenschaft des Judentums*. Aaron Bernstein war in jüdischen Kreisen wohl bekannt als

² Vgl. *Bernstein Nachlaß* (International Institute of Social History) A. 57 „Herkunft und Eltern“, S. 4.

³ Vgl. Eduard Bernstein, *Von 1850 bis 1872. Kindheit und Jugendjahre*, Berlin 1926, S. 40–41.

Verfasser volkstümlicher Geschichten über das jüdische Leben im Shtetl, wie z. B. ‚Vögele, der Maggid‘, mit denen er eine neue literarische Gattung schuf. Aber er war auch ein streitbarer Reformier im Lager der liberalen Generation der deutschen Politikgeschichte (er schrieb eine einflußreiche Geschichte der 48er-Revolution) und ein führender Verfechter der radikalen Ideen von Schulze-Delitzsch.

Angesichts seines Familienhintergrundes überrascht es nicht, daß Eduard Bernsteins Sozialismus eine kräftige Brise Liberalismus enthielt. Anfänglich bedeutete dies jedoch nicht, daß er geneigt war, sich mit dem Schicksal der deutschen Judenschaft zu identifizieren. In den 1870er Jahren kritisierte er im Gegenteil sehr scharf das Benehmen bestimmter Emporkömmlinge innerhalb der jüdischen Gemeinschaft, die „... sich in Deutschland tatsächlich in den Vordergrund drängten, die selbst viele Juden, darunter auch meine Wenigkeit sehr abstieß“⁴.

Gerade in jenen Tagen der fieberhaften Börsenspekulation im Gefolge des französisch-preußischen Krieges wurde er ein Anhänger Eugen Dührings, der sich später zu einem der eifrigsten Rassen-Antisemiten Deutschlands entwickelte. Schon in der Mitte der 1870er Jahre hatte Dühring die „jüdischen Sozialdemokraten“ Marx und Lassalle angegriffen, ohne daß dies Bernstein und andere ihrer sozialistischen Bewunderer besonders gestört hätte.

1881 wurde Bernstein zum Herausgeber der Zeitung *Der Sozialdemokrat* ernannt, einem Blatt, das in Zürich erschien und in der Geschichte der SPD eine wichtige Rolle spielen sollte. Es war nicht ganz frei von antijüdischen Tendenzen, zu denen auch eine zweideutige Haltung gegenüber den russischen Pogromen von 1881 gehörte⁵. Aber im großen und ganzen spiegelte es getreu die militante Opposition der Arbeiterklasse in Deutschland gegen den Antisemitismus von Adolf Stöckers Berliner Bewegung wider. In einem Brief an Friedrich Engels vom September 1882 schrieb Bernstein diesen Widerstand dem Klassenbewußtsein und der kirchenfeindlichen Einstellung der Berliner Arbeiter zu: „Würden unsere Arbeiter nicht durch den Klasseninstinkt, durch ihr demokratisches Gefühl... und ihren Haß gegen die Religion davor bewahrt, wir hätten ein viel, viel stärkeres Überlaufen zu Stöcker und Körner zu konstatieren gehabt.“⁶

Diese Ablehnung Stöckers war eine spontane Trotzreaktion gegen das Bismarcksche Unterdrückungsregime, das die Arbeiterführer nur unter persönlicher Gefahr herausfordern konnten⁷.

In seinen Stellungnahmen in *Der Sozialdemokrat* hob Bernstein in sehr kritischer Weise die Bereitschaft der Arbeiter, durch ihren Protest gegen die Juden-

⁴ Eduard Bernstein, *Entwicklungsgang eines Sozialisten*, Leipzig 1930, S. 8.

⁵ Vgl. Robert S. Wistrich, German Social Democracy and the Berlin Movement, in: *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz*, Dezember 1976, Heft 4, S. 433–442.

⁶ Bernstein-Engels, 1. 9. 1882 in: *Eduard Bernsteins Briefwechsel mit Friedrich Engels*, hrsg. von Helmut Hirsch, Assen 1970, S. 123.

⁷ Vgl. Eduard Bernstein, *Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung*, Bd. 2, Berlin 1907–1910, S. 164.

hetze, Entlassung und Arbeitslosigkeit zu riskieren, von der Gleichgültigkeit deutscher und jüdischer Liberaler aus der Mittelklasse gegenüber der antisozialistischen Hexenjagd ab:

„Dieselben Blätter, die für die scheußlichen Ausschreitungen der Behörden der Sozialdemokratie gegenüber kein Wort des Tadels finden, füllen ihre Spalten mit Entrüstungsergüssen über die Judenhetze. Wir teilen diese Entrüstung . . . , aber ihr Liberalen und fortschrittlichen ‚Juden und Judengenossen‘ schlägt an eure Brust und bekennt, daß eure Haltung verglichen mit der der Sozialdemokraten eine erbärmliche ist“⁸.

Diese kritische Haltung der tonangebenden Judenschaft gegenüber minderte keineswegs seine wachsende Angst vor dem gefährlichen Potential, das in der deutschen antisemitischen Bewegung zutage trat. Bernstein schrieb an Engels im Juli 1881:

„In Berlin allein erscheinen jetzt – abgesehen von den konservativen und ultramontanen Blättern, sieben dieser Zeitungen und in der Provinz mehrt sich ihre Zahl mit jedem Tage. Ich glaube auch nicht, daß die Bewegung mit den Wahlen ihr Ende erreicht haben wird. Das ganze Beamtentum (inkl. Richter), die höhere Lehrerschaft, die Kleinbürger und die Bauern sympatisieren mit ihr, die ersteren mala, die letzteren bona fide.“⁹

In einem weiteren Brief an Engels betonte Bernstein wiederum den starken Widerhall dieser Bewegung im Volk und stellte fest:

„Daß die Judenhetze von oben her befördert wurde und noch wird, ist richtig, aber sie fällt bei Bauern, Handwerkern, Beamten, Lehrern etc. auf sehr dankbaren Boden, und ich meine, es wäre ein großer Fehler, wenn wir die antisemitische Bewegung nur als eine politisch-religiöse behandeln würden. In Dresden wenigstens hat sich das als wenig zuträglich erwiesen. Wir hatten übrigens auch keinen Grund dazu, denn gerade in sozialer Beziehung können wir mit Genugtuung auf den Sozialismus als den einzigen Ausweg aus den Konflikten der heutigen Gesellschaft hinweisen“¹⁰.

Bernsteins Einschätzung des deutschen Antisemitismus war in gewisser Hinsicht scharfsichtiger als die von Engels, der ihn als eine vorübergehende geschichtliche Erscheinung abtat. Außerdem nahm er als Jude in der deutschen Arbeiterbewegung aufkommende antijüdische Vorurteile besonders schnell wahr, obwohl ihm klar war, daß dies zu keiner Zeit der offiziellen Parteilinie entsprach.

Bernstein war sich der Tatsache bewußt, daß viele prominente Juden in der deutschen Arbeiterbewegung, angefangen mit Marx und Lassalle und selbst so enge Freunde wie Karl Höchberg, Paul Singer und Max Kayser diese Vorurteile entweder teilten oder sich verpflichtet fühlten, ihnen eine gewisse Beachtung zu schenken. In einem Brief an Engels äußerte sich Bernstein über die Abneigung Paul Singers, ein Bündnis mit den liberalen „Fortschrittlichen“ gegen Stöcker zu befürworten, folgendermaßen: „Es liegt da ein Konflikt mit seinem Gefühl vor,

⁸ *Der Sozialdemokrat*, 6. 2. 1881.

⁹ Bernstein-Engels, *Briefwechsel . . .*, S. 127–128 (23. 7. 1881).

¹⁰ Ebd., 9. 9. 1881, S. 37.

denn im Grunde unglaublich kränkt ihn, das habe ich bemerkt, der Antisemitismus und besonders der unter unseren ‚Gebildeten‘ sehr; aus übertriebener Gewissenhaftigkeit glaubt er, selbst den Antisemiten und Staatssozialisten spielen zu müssen.“¹¹

Und ganz ähnlich bemerkte Bernstein in einem Brief an Engels vom September 1884 in bezug auf die Initiative eines jüdischen Sozialisten, der sich der antisemitischen Agitation für eine Börsensteuer anschloß: „Zugleich kann er einen Akt heroischer Selbstbeschneidung vollziehen, denn, gleich den meisten Juden in der Partei, hält er sich für verpflichtet, dem Antisemitismus Rechnung zu tragen. Das ist z. B. auch bei Kayser, bei Höchberg, bei Singer und vielen anderen der Fall . . .“¹².

Als zehn Jahre später eine Reihe führender Juden in der SPD vorschlugen, die Partei solle sich gegenüber der antisemitischen Agitation neutral verhalten, um dem Vorwurf zu entgehen, eine Judenschutztruppe zu sein, machte Bernstein denjenigen Vorhaltungen, die „ . . . gerade am häufigsten mit Erklärungen gegen den ‚Philosemitismus‘ zur Hand sind – nämlich den Genossen jüdischer Abstammung, die es gerade, weil sie selbst jüdischer Herkunft sind, für ihre besondere Pflicht halten, die Partei von jedem Verdacht der Begünstigung jüdischer Interessen frei zu halten“¹³.

Bernsteins wache Aufmerksamkeit gegenüber dieser masochistischen Haltung von Juden in seiner eigenen Partei und sein Widerspruch gegen die vorherrschende sozialistische Tendenz, den Anti- wie den Philosemitismus als gleichartige Phänomene einzustufen, deuten bereits an, daß er dabei war, einen klaren eigenen Standpunkt in der Judenfrage einzunehmen. Folglich reagierte er auch hitzig auf die vorherrschende marxistische Definition des Begriffes „Philosemitismus“ (der durch Franz Mehring öffentlich verbreitet worden war), die ihn gleichsetzte mit: „ . . . Liebedienerei vor dem kapitalistischen Geldjudentum, Unterstützung eines jüdischen Chauvinismus, Beschönigung von Juden begangenen Unrechts . . .“¹⁴ Bernstein war der Ansicht, ein solcher Standpunkt bedeute, daß die Sozialisten mit den Antisemiten gemeinsame Sache machten.

Mit wachsender Skepsis beobachtete Bernstein auch die offizielle marxistische Interpretation des Antisemitismus, die darauf hinauslief, ihn als ein Erwachen politischen Bewußtseins bei bisher teilnahmslosen Mittelschichten anzusehen und die Überzeugung einschloß, daß objektive wirtschaftliche Entwicklungen (der unvermeidliche Zusammenbruch des Kapitalismus usw.) die Antisemiten in das sozialistische Lager treiben würden.

Trotzdem glaubte er, daß die Lösung des jüdischen Problems in der Assimilation zu suchen sei und daß die Emanzipation der deutschen Juden „ . . . jede[r]

¹¹ Ebda, 18. 8. 1884, *Briefwechsel*, S. 293.

¹² Ebda, 24. 9. 1884, S. 299.

¹³ E. Bernstein, Das Schlagwort und der Antisemitismus, in: *Die Neue Zeit* (1893–1894), Bd. 2, S. 233–234.

¹⁴ Ebda, S. 233. Vgl. ebenfalls Robert S. Wistrich, Anti-Capitalism or Anti-Semitism? The case of Franz Mehring, in: *Year Book XXII of the Leo Baeck Institute*, London 1977, S. 35–51.

Entschuldigung für eine Absonderung, für eine spezielle jüdische Solidarität gegenüber Nichtjuden, für eine Stammes- oder Rassenmoral im Verkehr von Juden und Nichtjuden den Boden entzogen habe, und wo sich derartiges noch vorfindet, kann es nicht energisch genug bekämpft werden.“¹⁵ Obwohl Bernstein erkannte, daß der neue rassistisch bedingte Antisemitismus „*sich gerade gegen den sich assimilierenden Juden*“ richtete, war er zu diesem Zeitpunkt noch überzeugt, daß eine neue sozialistische Gesellschaft mit dem Problem fertig werden würde¹⁶.

Am Ende der 1890er Jahre jedoch war Bernstein nach einem gründlichen Durchdenken der marxistischen Lehre überzeugt, daß die klassenlose Gesellschaft noch in weiter Ferne liege. Hatte man einmal diese revolutionäre Perspektive als „utopisch“ fallengelassen, welchen Sinn hatte es dann, mit Kautsky anzunehmen, daß das Judentum zur Selbstauflösung verdammt sei? Außerdem konnte man die Pogrome in Rußland, Rumänien und Algerien, die Wahl Karl Luegers zum Oberbürgermeister von Wien im Jahre 1897, den gehässigen Radauantisemitismus in Deutschland, die Dreyfus-Affäre in Frankreich und die fremdenfeindlichen Umtriebe in Großbritannien nicht als vorübergehende Erscheinungen abtun, es sei denn, man wäre durch dogmatisches oder Wunschenken verblendet. Unter diesen Umständen machte Bernstein 1898 dem englischen Sozialisten E. Belfort Bax klar: „... es ist mir unter den heutigen Verhältnissen ein kategorischer Imperativ, jedem Antisemitismus gegenüber ‚Philosemit‘ zu sein.“¹⁷ Diese Aussage vermittelt eine Ahnung von der wachsenden Besorgnis Bernsteins um das Gesamt-Schicksal der Juden. Ein interessanter Hinweis auf diese seine Sinnesänderung findet sich in seinem Nachruf auf Eleonore Marx-Aveling in der *Neuen Zeit* aus dem Jahre 1898. Bernstein hatte Marx' temperamentvolle Tochter oft auf ihren Besuchen im Londoner East End begleitet. Er war tief beeindruckt davon, wie sehr sie sich mit ihrer jüdischen Herkunft identifizierte. In seinem kurzen Nachruf schrieb er:

„Ein bemerkenswerter Charakterzug von Eleonore Marx war ihre starke Sympathie mit den Juden. Bei jeder Gelegenheit betonte sie mit einem gewissen Trotz ihre Abstammung. ‚I am a Jewess‘. [Ich bin eine Jüdin] – wie oft habe ich sie das mit Stolz von der Tribüne herab der Menge zurufen hören – sie, die weder religiös war, noch mit den offiziellen Vertretern des Judentums in irgendwelchem Verkehr stand. Mit umso größerer Sympathie fühlte sie sich zu den jüdischen Proletariern des East End hingezogen“¹⁸.

Auch mußte Eduard Bernstein einfach betroffen sein von dem Gegensatz zwischen Eleonore Marx' „Philosemitismus“ (sie war bitter enttäuscht von der neutralen Haltung der französischen Sozialisten in der Anfangsphase der Dreyfus-Affäre) und der feindlichen Haltung ihres Vaters den Juden gegenüber. Ihre

¹⁵ Ebda, S. 236–237.

¹⁶ Eduard Bernstein, *Der Antisemitismus im Lichte der modernen Wissenschaft* (Rezension), in: *Die Neue Zeit* (1893–1894), Bd. 2, S. 407.

¹⁷ *Die Neue Zeit* (1897–1898), Bd. 2, S. 232.

¹⁸ Eduard Bernstein, Eleanor Marx, in: *Die Neue Zeit* (1897–1898), Bd. 2, S. 122.

moralische Einstellung zur Judenfrage faßte er in Worten zusammen, die man genausogut auf seine eigene Haltung in den dann folgenden Jahren beziehen könnte: „Wo der Jude als Jude unterdrückt war, da ließ sie sich nicht durch das tief in ihrer Seele ausgeprägte proletarische Klassengefühl beirren, da erwärmte sie sich für den Unterdrückten ohne Rücksicht auf Klassenstellung. So beim Prozeß Dreyfus, bzw. Zola.“¹⁹

Ein konkretes Beispiel für Bernsteins wachsende Aufmerksamkeit für die Verfolgung seiner jüdischen Volksgenossen, besonders in Osteuropa, war seine Antrittsrede als Reichstagsabgeordneter aus dem Jahre 1903, in der er ausführlich auf das schwere Los der rumänischen Juden einging, die deutsche Regierung dazu aufrief, als Mitgarant für die jüdischen Bürgerrechte zu intervenieren und das Verhalten der rumänischen Machthaber beklagte²⁰. Bernsteins Sorge um die Lage der osteuropäischen Juden führte auch dazu, daß er den Bestrebungen der zionistischen Bewegung mehr Sympathie entgegenbrachte. Der Schock des Kischinew-Massakers (1903) und die russischen Pogrome von 1905 in Verbindung mit Bernsteins enger Zusammenarbeit mit den *Sozialistischen Monatsheften* (dem führenden theoretischen Organ der „Revisionisten“ in Deutschland) waren gewichtige Faktoren im Zuge dieses Sinneswandels. Die *Sozialistischen Monatshefte*, die von Dr. Joseph Bloch, ebenfalls einem leidenschaftlichen Zionisten, herausgegeben wurden, trugen viel dazu bei, deutsche Sozialisten mit der Wirtschaftskrise vertraut zu machen, die Millionen verarmter Ostjuden in die Massenauswanderung aus Rußland und Osteuropa trieb²¹.

Schon im August 1902 gab es Anzeigen dafür, daß die zionistische Bewegung glaubte, Bernstein für ihre Sache gewinnen zu können. In einem Brief an seine Braut schrieb der junge Zionistenführer Chaim Weizmann zuversichtlich, daß Bernstein „...auf dem Weg zum Zionismus“ sei²². „Ich sprach lange mit Bernstein (dem berühmten) und seiner Tochter in Berlin. Ich machte ihm Vorhaltungen, warum er für die Sache der Armenier und nicht die der Juden einträte. Er beteuerte: ‚Wenn ich jüdisches Gefühl hätte, ich wäre Zionist. Vielleicht kommt es.‘ Zusammen mit ihm verwünschten wir die Assimilanten...“²³.

Es gibt Hinweise darauf, daß auch andere Vertreter des Zionismus in Deutschland glaubten, daß Bernstein ihren Zielen möglicherweise wohlwollend gegenüberstehe. Ein Beispiel dafür waren die Bemühungen des deutschen Zionisten Arthur Meyerowitz, seine Unterstützung für einen Zugang zu den Papieren und Archiven von Moses Hess zu gewinnen. Der dadurch hervorgerufene

¹⁹ Ebda.

²⁰ Vgl. *Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags*. X. Legislaturperiode II. Session 1900/03, Bd. 10 (10. März–30. April), S. 8756–59.

²¹ Vgl. Robert S. Wistrich, *German Social Democracy and the Problem of Jewish Nationalism 1897–1917*, in: *Year Book XXI of the Leo Baeck Institute*, London 1976, S. 109–142 betr. weiterer Einzelheiten über Joseph Bloch und die *Sozialistischen Monatshefte*.

²² *The Letters and Papers of Chaim Weizmann*, Oxford 1968, S. 389. Datum des Briefes: 29. 8. 1902 (Original in russischer Sprache).

²³ Ebda.

Streit um den Hess-Nachlaß veranlaßte Karl Kautsky zu einer sarkastischen Bemerkung gegenüber Julius Motteler über die Aussichten von Bernsteins „Bekehrung“ zum Zionismus:

„Nichts wäre schöner, als wenn Bernstein sich zum Zionismus revidierte, und wenn ich dabei mithelfen könnte, möchte ich es tun. Die Zionisten brauchen einen Propheten, Bernstein braucht Gläubige für sein Prophetentum und wir brauchen ihn nicht. Also wäre allen Beteiligten geholfen. Man sollte T. Herzl und Nordau auf die neue Kraft aufmerksam machen“²⁴.

Angesichts der total ablehnenden Haltung Kautskys dem Zionismus gegenüber (den er als eine gefährliche utopische Ablenkung vom Klassenkampf betrachtete) verrät diese Bemerkung, in welchem Ausmaß Bernstein vom orthodoxen marxistischen Zentrum der SPD isoliert worden war. Sie verleiht außerdem Weizmanns Ansicht, daß Bernstein „auf dem Weg zum Zionismus“ sei, Glaubwürdigkeit.

Dennoch beweisen Bernsteins vor 1914 veröffentlichte Schriften, daß er trotz seiner Sensibilität für die Lage der Ostjuden die Ideologie eines jüdischen Nationalismus ablehnte. 1914 äußerte er sich in einem langen Artikel für Kautskys *Neue Zeit* äußerst kritisch über die jüdischen Nationalisten in Palästina, die den Hilfsverein deutscher Juden (die führende Hilfsorganisation der deutschen Jüdischen Gesellschaft) und ihren Direktor, Dr. Paul Nathan, angegriffen hatten, weil er angeblich den deutschen „Kulturimperialismus“ zum Nachteil einer hebräischen Bildung im Heiligen Land unterstütze. Paul Nathan, ein überzeugter Verfechter der Assimilation und Anhänger der deutschen Sozialdemokraten, war auch ein enger Freund Bernsteins, der die in Palästina auf Nathan gehäuften Anschuldigungen als vollständig ungerechtfertigt ansah. Obwohl er einräumte, daß der Zionismus seine Wurzeln in der Verzweiflung über den zähen Antisemitismus an den deutschen Universitäten, in Bürokratie und Militär hatte, beschloß Bernstein seinen Artikel, indem er ihn beschrieb als:

„... eine Art Rausch, der wie eine Epidemie wirkt. Er mag und wird voraussichtlich wie eine Epidemie wieder vergehen. Aber nicht von heute auf morgen. Denn er ist schließlich nur Teilerscheinung der großen Welle nationalistischer Reaktion, die über die bürgerliche Welt sich ergossen hat und auch Eingang in die sozialistische Welt sucht. Wie jene kann auch er nur eine retardierende Wirkung haben. Und das ist genügender Grund für die Sozialdemokratie, sie ernst zu nehmen und an ihm einmal von Grund aus Kritik zu üben“²⁵.

Angesichts dieser sehr kritischen Einstellung erscheint es überzeugender, Bernsteins spätere Sympathie für die Idee einer jüdischen nationalen Heimstätte dem gewaltigen Schock zuzuschreiben, den der Erste Weltkrieg verursachte. Der Ausbruch und die Folgen des Krieges untergruben nicht nur den Mythos

²⁴ Kautsky-Motteler, 9. 1. 1903. *Motteler Nachlaß*. 2221/1 (International Institute of Social History).

²⁵ Eduard Bernstein, Der Schulstreit in Palästina, in: *Die Neue Zeit* (1913–1914), Bd. 1, S. 752.

von der internationalen Solidarität des Proletariats, sondern setzten den Zionismus auch zum ersten Mal auf die Tagesordnung der praktischen Politik.

Zu dieser Zeit verkündete Bernstein auch zum ersten Mal seine Idee von einer bestimmten weltpolitischen Aufgabe der Juden: Er glaubte, daß „diese keine andere Volksgenossenschaft in gleicher Erhabenheit und gleichem Umfange... zu erfüllen hat.“²⁶ In seiner beachtlichen Broschüre *Von den Aufgaben der Juden im Weltkrieg* (1917) beschrieb Bernstein die Juden als „... ein verbindendes Element für die Völker der Kulturwelt.“²⁷ Ihre Berufung als „Lehrer der Völker“ sei nicht mehr ausschließlich an die Verbreitung des ethischen Monotheismus gebunden. Die besondere Verpflichtung der Juden sei es vielmehr, „als vermittelndes Glied der Nationen sich zu betätigen“ und die zivilisierte Welt so zu beeinflussen, daß sie eine „weltbürgerliche Betrachtung der Völkerfragen“ annehme²⁸.

Bernstein verurteilte scharf die Folgen jeglicher rassistischen oder chauvinistischen Interpretation der nationalen Idee. Insbesondere griff er energisch die jüdische *assimilationistische* Form des „Übernationalismus“ an, d. h. die vollständige Identifizierung einiger Juden mit den Zielen eines pangermanischen Imperialismus. Schon lange hatte er eine Abneigung gegen diesen protzigen „Landespatriotismus“ gehegt; der Anblick gewisser Juden, die die Deutschen in ihrer Teutomanie noch übertrafen, war mehr, als er ertragen konnte.

Die Einstellung zum Zionismus in *Von den Aufgaben...* ist jedoch komplex und nicht so leicht zu bewerten. In gewisser Hinsicht scheint sein Sich-Absetzen von ihm eindeutig genug zu sein: „Ich bin kein Zionist, ich fühle mich zu sehr als Deutscher, um Zionist sein zu können.“²⁹ Ebenso klar steht auch seine Ablehnung eines jüdischen Stammespatriotismus oder der Äußerungen eines zionistischen „Chauvinismus“ fest; für die westlichen Juden schätzte er letztere als besonders regressiv ein.

Auf der anderen Seite drückte Bernstein im Jahre 1917 zum ersten Mal öffentlich seine Bewunderung für den idealistischen Schwung und die schöpferische Kraft der zionistischen Bewegung aus, besonders aber für ihren Beitrag zur Aufklärung der jüdischen Massen in ihrem russischen Siedlungsgebiet. Daß sich seine Haltung verändert hatte, wird auch aus einem unveröffentlichten Manuskript aus dem Bernstein-Nachlaß (in Amsterdam) klar, das vermutlich um 1916–17 entstanden war und das Thema ‚Die demokratische Staatsidee und die Jüdisch-nationale Bewegung‘ behandelte. In diesem Entwurf kam Bernstein zu dem Schluß, daß sich die frühen marxistischen Denker, die sich gegen die Erhaltung und Erneuerung kleiner Nationen als etwas Reaktionäres wandten, geirrt hätten. Die fortschrittliche Entwicklung der Menschheit hinge nicht von Maßnahmen der Zentralisierung und der Eingliederung kleinerer, „rückständi-

²⁶ Eduard Bernstein, Vom Mittlerberuf der Juden, in: *Neue Jüdische Monatshefte* (1917), Heft 14, S. 398.

²⁷ Eduard Bernstein, *Von den Aufgaben der Juden im Weltkrieg*, Berlin 1917, S. 24.

²⁸ Bernstein, Vom Mittlerberuf... , S. 398–399.

²⁹ Bernstein, *Von den Aufgaben...* , S. 32.

gerer“ Nationen in größere Staatsgebilde ab. Jedes Volk hätte ein unveräußerliches Recht, sein Schicksal in Freiheit selbst zu bestimmen, und Minderheiten hätten ein Recht auf nationale Autonomie in der erstmals von Karl Renner und der austromarxistischen Schule vorgeschlagenen Weise. Bernstein war jetzt der Meinung, daß dieses Axiom auch für die jüdische „Nationalität“ in Osteuropa gelte und schloß nicht aus, daß es auch auf die Forderung nach einem jüdischen Staat in Palästina anwendbar sei.

Eine weitere Bestätigung, daß Bernstein nun für zionistische Ideen aufgeschlossener war, stellt das Zeugnis von Salman Rubaschow (Schasar), dem späteren Präsidenten des Staates Israel dar. Als Vertreter des Poale-Zion in Berlin während des Ersten Weltkrieges traf er Bernstein bei mehreren Anlässen. In einem Manuskript, daß im Amsterdamer Nachlaß erhalten ist, betonte er, daß Bernstein sich spontan als Jude fühle und er dadurch empfänglicher für die Ziele des Poale-Zion sei als andere führende europäische Sozialisten. In seinem deutschen Manuskript schrieb Rubaschow: „Dort findet man wohl eine politische Stütze, hier aber noch die Zusammengehörigkeit von Generationen. Dort im besten Falle Freundeshilfe, bei Bernstein jedoch Anerkennung und das entscheidende Gewicht von Generationen.“³⁰ Rubaschow erwähnt auch Bernsteins brennende Besorgnis über das Wiederaufleben eines rabiaten Antisemitismus in Deutschland unmittelbar nach 1918.

Das Ansehen, das Bernstein während der 1920er Jahre bei sozialistisch orientierten Zionisten genoß, war kein Zufall. Gewerkschaftsführer wie Berl Katznelson (einer der hervorragendsten Theoretiker des sozialistischen Zionismus) erkannten die ideologische Verwandtschaft zwischen ihrem eigenen evolutionären sozialistischen Modell mit seinem Nachdruck auf Freiwilligkeit, Demokratie und gegenseitiger Hilfeleistung, und den Ideen, denen Bernstein schon vor zwei Jahrzehnten den Weg gebahnt hatte. Ein Danktelegramm des Poale-Zion in Palästina an Bernstein vom 18. Juli 1928 beschrieb ihn bezeichnenderweise als den „Lehrer des internationalen Proletariats“ und „den wahren Freund des jüdischen Arbeiters in Palästina.“³¹

Bernstein seinerseits war, zusammen mit anderen Führern der Sozialistischen Internationale, voller Bewunderung für die Bemühungen der frühen zionistischen Pioniere, ein „freies menschliches Gemeinwesen“ auf ihrem eigenen Boden zu errichten und für die Kühnheit, mit der sie das Experiment ihres genossenschaftlichen Sozialismus durchführten. Der Vater des „Revisionismus“ war immer ein *pragmatisch aufbauender* Sozialist gewesen. Seine Strategie des stufenweisen Aufbaus sprach die Pioniere in Palästina an, die sich vor allem mit praktischen Problemen der Besiedlung auseinandersetzen mußten.

Berl Katznelson berichtet in seinen Memoiren, daß Bernstein das Programm der Histadrut von 1920 sogar als ein Modell für ein Gemeinwesen freier Arbeiter

³⁰ *Bernstein Nachlaß* A. 23. Salman Rubaschow, S. 7.

³¹ *Bernstein Nachlaß* D. 545.

betrachtete³². Überdies sollte der alternde Bernstein bei mehreren Gelegenheiten die Pionierleistung jüdischer Genossenschaftsarbeit in Palästina gegen die antizionistische Polemik Karl Kautskys in Schutz nehmen. Aber obwohl Bernstein die Aufnahme des Poale-Zion in die Sozialistische Internationale im Jahre 1919 begrüßte und obwohl er (zusammen mit Emil Vandervelde, Léon Blum und Arthur Henderson) in dem 1928 gegründeten „Internationalen Komitee für ein Arbeiter-Palästina“ mitarbeitete, wäre es irreführend, ihn als einen Zionisten mit einer nationalen Ideologie zu bezeichnen. Sein Einstellungswandel war im großen von humanitären Erwägungen getragen und durch das Wiederaufleben des ultranationalistischen Antisemitismus in den frühen Jahren der Weimarer Republik bedingt. Die gehässige, fremdenfeindliche Hetzkampagne gegen die Ostjuden in Deutschland rief in ihm die Überzeugung hervor, daß das Vorhandensein einer Zufluchtsstätte in Palästina in der Tat für die Gegenwart eine dringende Notwendigkeit darstellte.

Auf einer umfassenderen Ebene fand Bernsteins Verhältnis zum jüdischen Volk seinen typischen Ausdruck. Die Juden, so hatte er betont, seien nicht mehr „Gäste“ oder „Fremde“ in den jeweiligen Nationen, sondern voll gleichberechtigte Bürger in allen Lebensbereichen. Dieser Prozeß der Einbürgerung stehe jedoch nicht im Widerspruch zu ihrer kosmopolitischen Aufgabe: „Weltbürgerliches Empfinden ist nicht gleichbedeutend mit antinationaler oder antipatriotischer Gesinnung. Es verträgt sich durchaus mit Anerkennung der einzelnen Nationen als berechtigter Glieder im großen Organismus der Kulturmenschheit, mit eigenen Bedürfnissen und eigenen Interessen“³³.

Bernstein ging es insbesondere darum, daß Juden ganz ungeniert die „Auswüchse des Geistes des Nationalismus“ kritisieren und ihnen entgegentreten sollten, daß sie nicht in den Chor der deutschen Hurra-Patrioten einstimmen sollten aus der übertriebenen Furcht, daß sonst ihre Loyalität in Frage gestellt würde. In diesem Sinne argumentierte er, daß es die geschichtliche Aufgabe der Juden sei, ihre „Stammes“-Interessen und ihre patriotischen Bindungen an sich bekämpfende kriegslüsterne Nationen zu überwinden, einzig aus dem Grund, weil sie in ihrer Eigenschaft als Juden zur größeren Familie der Menschheit gehörten³⁴. Im Augenblick der Krise erinnerte er das jüdische Volk an seine Pflicht, den Frieden unter den Völkern zu sichern und „... zu allen Zeiten das die Völker Verbindende zu betonen, in Zeiten des Streites aber ganz besonders durch Eintreten für maßvolles Urteil der Stimme der Vernunft zu ihrem Recht zu verhelfen und dadurch als Mittler der Nationen sich zu betätigen – das ist nach meiner Ansicht eine Mission, zu der neben anderen gerade die Juden berufen wären, und für die Erinnerung daran, daß die Juden Eingebürgerte und Gäste aller Nationen sind, das Gefühl in ihnen wacherhalten und sie vor der Teilnahme an Ausschreitungen des Nationalismus bewahren müßte.“³⁵ Diese ethisch be-

³² Vgl. Berl Katznelson, *K'tavim*, Bd. XI, Tel Aviv 1954, S. 201.

³³ Bernstein, *Vom Mittlerberuf...*, S. 399.

³⁴ Vgl. Bernstein, *Von den Aufgaben...*, S. 24.

³⁵ Bernstein, *Vom Mittlerberuf...*, S. 400.

gründete hochherzige Auffassung ihrer historischen Verantwortung wurde damals von vaterländisch gesinnten deutschen Juden heftig kritisiert, weil sie sie dem antisemitischen Vorwurf aussetzte, „wurzellose“ Kosmopoliten zu sein.

Die Tatsache, daß Bernstein das liberale Ideal des Weltbürgertums in einem geschichtlichen Augenblick vertrat, als der extreme Nationalismus allenthalben einen Aufschwung erlebte, bedeutete natürlich, daß sein Aufruf auf taube Ohren stoßen mußte. Aber trotz ihrer mangelnden politischen Durchschlagskraft war Bernsteins moralisch motivierte Haltung eine originelle Synthese aus Kantischer Ethik und dem jüdischen Glauben an das Ideal weltweiter Brüderlichkeit – das zu pflegen, was die Völker verbindet, und dem entgegenzuwirken, was sie trennt und Haß gegen sie sät.

Sozialismus und Zionismus in Deutschland 1897–1933

von

MARIO KESSLER

Der Zionismus entstand als politische Bewegung in Westeuropa; 1897 fand der erste Zionistenkongreß in Basel statt. Seine sozialen Wurzeln und seine Anhängerschaft hatte er jedoch in Osteuropa unter den ghettoisierten jüdischen Handwerksproletariern und Kleinhändlern. In Deutschland entsprach der Zionismus in seiner Entstehungszeit hingegen keinem unmittelbaren Bedürfnis der jüdischen Bevölkerung, deren Assimilation an ihre nichtjüdische Umwelt damals weit gediehen und unumkehrbar schien, obwohl deutsche Zionisten in den verschiedenen Gremien der Bewegung aktiv mitarbeiteten¹. Dementsprechend brauchte die deutsche Sozialdemokratie die zionistische Organisation nicht als konkurrierende politische Bewegung zu fürchten. Daß sie sich dennoch mit dem Zionismus sehr früh und intensiv auseinandersetzte, hing mit ihrer dominanten Stellung innerhalb der Zweiten Internationale zusammen. Ihre daraus resultierende Verantwortung auch bei der Behandlung nationaler Themen in der Internationale bewog die SPD, auch den außerdeutschen Dimensionen der jüdischen Frage Beachtung zu schenken, nachdem sie der Problematik des Antisemitismus in Deutschland ihre Aufmerksamkeit gewidmet hatte². Die Differenzen mit dem Zionismus traten dabei vor allem in der Frage nach den Perspektiven zur Lösung der jüdischen Problematik zutage: Integration oder Absonderung durch Auswanderung der Juden. Daran anschließend entzündeten sich die Kontroversen an den Diskussionen über die Perspektiven des jüdischen Siedlungsprojektes in Palästina. In Anbetracht der weiterhin ungelösten Judenfrage und der ständigen Eskalation des Palästina-Problems ist es von Interesse, eine historische Dimension des aktuellen Konfliktgeschehens zumindest im Überblick zu beleuchten.

¹ Zur Geschichte des Zionismus in Deutschland vgl. Stephen M. Poppel, *Zionism in Germany, 1897–1933. The Shaping of Jewish Identity*, Philadelphia 1977.

² Zur Haltung der SPD gegenüber dem Antisemitismus vgl. u. a. Paul W. Massing, *Vorgeschichte des politischen Antisemitismus*, Frankfurt/M. 1959; Robert S. Wistrich, *German Social Democracy and the Problem of Jewish Nationalism, 1897–1914*, in: *Year Book XXI of the Leo Baeck Institute*, London 1976, S. 109–142; Walter Grab (Hrsg.), *Juden und jüdische Aspekte in der deutschen Arbeiterbewegung, 1848–1918*, Tel Aviv 1977; Rosemarie Leuschen-Seppel, *Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich. Die Auseinandersetzungen der Partei mit den konservativen und völkischen Strömungen des Antisemitismus 1871–1914*, Bonn 1978.

1. SPD und Zionismus vor 1914: Karl Kautsky, die *Neue Zeit* und die *Sozialistischen Monatshefte*

Das Auftauchen zionistischer Strömungen unter den europäischen Juden stieß in der internationalen Arbeiterbewegung zunächst auf ziemlich einhellige Ablehnung. Die in der Arbeiterbewegung offenkundige Suche nach den gesellschaftlichen Ursachen des Antisemitismus stand bereits vom Ansatz her dem zionistischen Axiom von der „ewigen“ Judenfeindschaft, die durch einen noch so couragierten Kampf letztlich nicht zu überwinden sei, entgegen. Nicht der Kampf um eine grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft, sondern das schließliche Akzeptieren des von Antisemiten geforderten Ausschlusses der Juden aus der Gemeinschaft der europäischen Völker sollte die Ursachen von antijüdischer Politik überwinden. Die zionistische Lesart von der Judenfrage als unabänderlichem Faktum, losgelöst von allen anderen gesellschaftlichen Widersprüchen – das stand den Prinzipien des Marxismus, zu denen sich um die Jahrhundertwende alle sozialistischen Parteien bekannten, diametral entgegen. Auch das betont bürgerliche Gepräge der ersten Zionistenkongresse war nicht dazu angetan, in der Arbeiterbewegung ein nennenswert positives Echo hervorzurufen.

Doch allein die Tatsache, daß die Zionisten über eine in sich relativ geschlossene Ideologie verfügten, was langandauernde Differenzen unter ihnen nicht ausschloß, und daß sie außerdem fähig waren, ein gut funktionierendes Netzwerk von Organisationen auf die Beine zu stellen, mußte die Aufmerksamkeit der Sozialisten erregen. Dies umso mehr, als um die Jahrhundertwende in den Arbeiterparteien nationale Fragen generell auf zunehmendes Interesse stießen. In der deutschen Sozialdemokratie waren es vor allem die Mitarbeiter der *Neuen Zeit*, dem seit 1883 in Stuttgart erscheinenden und von Karl Kautsky redigierten bedeutendsten theoretischen Organ des deutschen und europäischen Sozialismus, die in der Auseinandersetzung mit dem Zionismus den Ton angaben. Die Zeitschrift kritisierte bereits zu Beginn der neunziger Jahre die entsprechenden präzionistischen Ideen. So beschrieb 1892 Alexander Helphand-Parvus den Widerstand jüdischer Arbeiter in Osteuropa gegen Emigrationsprojekte nach Palästina³. Ein anderer Autor stellte drei Jahre darauf den Zionismus – der Terminus war gerade von Nathan Birnbaum kreiert worden – als ein rein utopisches Projekt dar⁴; ein dritter bezeichnete ihn als erzreaktionäre Bewegung, die von den jüdischen Proletariern indes entschieden bekämpft werde⁵. Jakob Stern besprach Theodor Herzls *Judenstaat* in der *Neuen Zeit* sehr kritisch. Dem Kampf gegen den Antisemitismus solle aus dem Wege gegangen werden, war das Fazit seiner Rezension.

³ I. Ignatieff (A. Helphand-Parvus), Russisch-jüdische Arbeiter über die Judenfrage, in: *Die Neue Zeit*, Jg. 11, 1892/93, Bd. 1, S. 178.

⁴ B. Emanuel, Über den Zionismus. Ebda, Jg. 13, 1894/95, Bd. 2, S. 599–603.

⁵ S. Häcker, Über den Zionismus. Ebda, S. 759–760.

„Zu diesem Behuf erläßt der Feuilletonist Th. Herzl einen Aufruf zur Gründung eines Judenstaates in Palästina oder Argentinien, ein Plan, dessen Einzelheiten er in seiner Schrift näher erörtert... Die jüdischen Kapitalisten werden sich wohl hüten, darauf hereinzufallen. Sie wissen zu gut, daß der Antisemitismus ihnen in den neuen Judenstaat nachziehen würde; freilich würde er dann Namen und Charakter des ‚Sozialismus des dummen Kerls‘⁶ ablegen und unmaskiert und unverfälscht als Kampf der ausgebeuteten Massen gegen die Ausbeuter auftreten... Da bleiben sie doch lieber in zivilisierten Ländern, wo eine starke Staatsgewalt ihre schützende Ägide über sie hält.“⁷

Max Zetterbaum, wie Stern ein Österreicher, unternahm 1900 in einer zweiseitigen Artikelfolge in der *Neuen Zeit* den bis dahin ernsthaftesten Versuch einer soziologischen Beurteilung des Zionismus⁸. Die offizielle Haltung der SPD zu dieser Problematik wurde von Karl Kautsky selbst formuliert. In einer Reihe von Aufsätzen räumte er mit der Ansicht auf, daß der Antisemitismus potentiell antikapitalistisch wirken könne⁹, hierin Friedrich Engels' Warnungen aus dem Jahre 1890 folgend¹⁰. 1914 faßte Kautsky seine Untersuchungen zur jüdischen Frage in der Monographie *Rasse und Judentum* zusammen, die auch eine kritische Interpretation des Zionismus enthielt. Der Zionismus würde die Judenfrage in Europa nicht lösen können, sondern sie vielmehr auf den Nahen Osten ausweiten. In Palästina würden die zionistischen Anstrengungen lediglich ein neues Ghetto, ein „Weltghetto“¹¹ hervorbringen. „Gewiß“, schrieb er, „die Lage der russischen und rumänischen Juden ist eine verzweifelte, sie ist unerträglich. Aber die Frage ist nicht die, ob sie in Palästina besser leben würden, als heute in Rußland, sondern ob die Gründung eines jüdischen Gemeinwesens dort ihnen bessere Aussichten bietet, als die russische Revolution oder auch nur die Auswanderung nach England oder Amerika.“¹² Palästina sei zu klein, um auch nur alle osteuropäischen Juden aufzunehmen, es fehle an Mitteln, um eine ausreichende landwirtschaftliche Produktion zu realisieren. Noch weniger als andere Völker seien die an ein städtisches Leben gewöhnten Juden imstande, Bauern zu werden, und für großangelegte Projekte zur Industrialisierung Palästinas fehle es

⁶ Dieses Bonmot wurde oft irrtümlicherweise August Bebel zugeschrieben, der es auch 1894 benutzte. Er selbst führte jedoch das Wort auf den österreichischen demokratischen Parlamentarier Ferdinand Kronawetter zurück. Vgl. August Bebel in: Hermann Bahr (Hrsg.), *Der Antisemitismus. Ein internationales Interview*, (Reprint) Königstein/Ts. 1979, S. 24. Dagegen schrieb Otto Heller (*Der Untergang des Judentums. Die Judenfrage/Ihre Kritik/Ihre Lösung durch den Sozialismus*, 2. Aufl., Berlin/Wien 1933, S. 132) Engelbert Pernerstorfer diesen Satz zu.

⁷ J. St. (Jakob Stern), Rezension zu: Theodor Herzl, *Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage*, in: *Die Neue Zeit*, Jg. 15, 1896/97, Bd. 1, S. 186.

⁸ Max Zetterbaum. Probleme der jüdisch-proletarischen Bewegung. Ebda, Jg. 19, 1900/01, Bd. 1, S. 324–330 u. 367–373.

⁹ Vgl. hierzu ausführlich Jack Jacobs, *Marxism and Anti-Semitism: Kautsky's Perspective*, in: *International Review of Social History*, Jg. 30, 1985, Nr. 3, S. 400–430.

¹⁰ Vgl. Friedrich Engels, *Über den Antisemitismus* (aus einem Brief nach Wien), in: *Karl Marx/Friedrich Engels, Werke*, Bd. 22, Berlin (Ost) 1963, S. 49–51.

¹¹ Karl Kautsky, *Rasse und Judentum*, Stuttgart 1914, S. 82.

¹² Ebda, S. 79.

den Zionisten an wirtschaftlichem und finanziellem Hinterland¹³. An dieser Beurteilung des Zionismus hielt Kautsky bis zu seinem Tode 1938 fest.

Eine andere Position bezog ab etwa 1907/08 das zweitwichtigste theoretische Organ der deutschen Sozialdemokratie. Die in Berlin seit 1897 von Joseph Bloch herausgegebenen *Sozialistischen Monatshefte* hatten zunächst den Zionismus ebenfalls kritisiert¹⁴. Doch seit dem Stuttgarter Sozialistenkongreß von 1907 unterstützten die *Monatshefte* die auf dem Kongreß massiv vorgetragenen Positionen einer revisionistischen Kolonialpolitik rechter Sozialdemokraten. Keineswegs zufällig öffnete die Zeitschrift damals auch ihre Spalten der theoretischen Darlegung einer „territorialistischen“ Position zur Lösung der jüdischen Frage. „Mit der damit verbundenen Darlegung von den Zionismus voraussetzenden abstrakten Kategorien wurde der späteren Übernahme einer explizit zionistischen Position der Boden bereitet“, schrieb Dan Diner¹⁵. So legte Maxim Anin-Schatz in einer Auseinandersetzung mit Otto Bauers *Nationalitätenfrage und Sozialdemokratie* in den *Sozialistischen Monatsheften* den für den Zionismus wichtigen Grundsatz dar, daß die Frage, „ob die Juden eine Nation bilden, heute zweifellos bejahend beantwortet werden dürfte.“¹⁶ Die Konstituierung zur Nation korrelierte mit dem Bestreben, ein geeignetes Territorium in Besitz zu nehmen¹⁷. Dies entsprach durchaus Stimmungen auf dem rechten Flügel der internationalen Sozialdemokratie, der „die Möglichkeiten einer nationalen oder internationalen zivilisatorischen Kolonisation“ pries¹⁸. Eduard Bernstein und Max Schippel rechtfertigten in den *Monatsheften* eine „proletarische Kolonialpolitik“ anstatt eines antikolonialen Kampfes der Arbeiterbewegung, obwohl diese Haltung bei Bernstein nicht durchgängig vorherrschend war¹⁹.

Die offene Parteinahme zugunsten des Zionismus ließ in den *Sozialistischen Monatsheften* nunmehr nicht lange auf sich warten. Der vergleichsweise zurückhaltenden Würdigung des zionistischen landwirtschaftlichen Sektors durch Gerhard Hildebrand²⁰ folgte ein rein apologetischer Aufsatz von Ludwig Quessel. Darin wurde der Zionismus beschrieben als „eine Bewegung edel denkender, im besten Sinn sozial- und nationalgesinnter Männer und Frauen, die ihre nationale

¹³ Ebda, S. 79f.

¹⁴ Vgl. (S[ergej] Njewsorow, Der Zionismus, in: *Sozialistische Monatshefte*, Jg. 1, 1897, S. 645–651.

¹⁵ Dan Diner, Sozialdemokratie und koloniale Frage – dargestellt am Beispiel des Zionismus, in: *Die Dritte Welt*, Jg. 3, 1974, Nr. 1/2, S. 60.

¹⁶ Maxim Anin, Ist die Assimilation der Juden möglich? in: *Sozialistische Monatshefte*, Jg. 12, 1908, Bd. 2, S. 618.

¹⁷ Vgl. ders., Die Judenfrage als Wanderungsproblem. Ebda, Jg. 13, 1909, Bd. 2, S. 852.

¹⁸ So Emil[e] Vandervelde, Die Sozialdemokratie und das Kolonialproblem, in: *Die Neue Zeit*, Jg. 27, 1908/09, Bd. 1, S. 837.

¹⁹ Vgl. Eduard Bernstein, Die Kolonialfrage und der Klassenkampf, in: *Sozialistische Monatshefte*, Jg. 11, 1907, Bd. 2, S. 996; Max Schippel, Kolonialpolitik, Ebda, Jg. 12, 1908, Bd. 1, S. 4. Vgl. weiterhin Markku Hyrkkänen, *Sozialistische Kolonialpolitik. Eduard Bernsteins Stellung zur Kolonialpolitik und zum Imperialismus 1882–1914*, Helsinki 1986.

²⁰ Gerhard Hildebrand, Zionismus, in: *Sozialistische Monatshefte*, Jg. 14, 1910, Bd. 1, S. 404.

Gerechtigkeit im Interesse der Kulturmenschheit erhalten und fortgebildet wissen wollen und die zugleich die geknechteten osteuropäischen Juden von dem Gefühl der Heimatlosigkeit befreien und eine neue Stammheimat schaffen wollen, in der sie aus der tiefen Nacht sozialen und nationalen Elends zur Freiheit und Menschenwürde emporzudringen vermögen.“²¹ Die arabische Bevölkerung Palästinas wurde von Quessel nahezu ignoriert. Er meinte – ganz im Sinne der Orientinteressen des deutschen Kapitals – zynisch, „daß die großen Bewässerungsarbeiten (man denke an die in diesem Jahr von deutscher Arbeit und deutschem Kapital vollendeten Anlagen zur Bewässerung der riesengroßen Ebene von Konya) in der asiatischen Türkei (worunter er auch Palästina faßte; M. K.) bald einen empfindlichen Bauernmangel hervorrufen werden, da sich ihnen an anderen Stellen bessere Lebensbedingungen bieten.“²² Im Jahre 1914, bereits während des ersten Weltkrieges, forderte Quessel unverblümt, daß eine derartige Bevölkerungsmigration „Lebensraum“ für „die jüdische Kolonisation im Stammland der Judenheit“ schaffen müsse – ohne daß die arabischen Interessen eine gleiche Beachtung fanden²³.

Doch sollte man kein Gleichheitszeichen zwischen Reformismus und Prozionismus setzen, wie es beispielsweise der sowjetische Historiker Dadiani getan hat²⁴. Eduard Bernstein, der von Marxisten wie Nichtmarxisten als der „Stammvater sozialreformistischen Denkens“ in Deutschland (oder auch als Wegbereiter eines demokratischen Sozialismus) apostrophiert wurde und wird, war in seinen Stellungnahmen zum Zionismus vor dem Ersten Weltkrieg bedeutend vorsichtiger und abwägender. Zu Recht stellte er fest, daß „mancherlei Zeiterscheinungen“ antisemitischer Art dem Zionismus stichhaltige Argumente lieferten, denn: „Der Nährboden des Zionismus in Europa ist die Verzweiflung an der (gescheiterten; M. K.) Ausrottung des Antisemitismus.“²⁵ Die unter Intellektuellen anzutreffende subtile Variante des Antisemitismus könne, wie Bernstein scharf beobachtete, letztlich eine tiefergehende Wirkung zeitigen als der „Radauantisemitismus“. Gerade der unter Regierungs- und anderen führenden Kreisen sich ausbreitende Antisemitismus, etwa bei den Altdeutschen, der sich allerdings zu maskieren verstand, bewog in der Tat Sozialisten, den Zionismus als Bewegung der sozialen Emanzipation anzusehen²⁶. Dennoch sah Bernstein im Zionismus lediglich „eine Art Rausch, der wie eine Epidemie wirkt. Er

²¹ Ludwig Quessel, Die jüdische Neukolonisation Palästinas. Ebda, Jg. 18, 1914, Bd. 2, S. 684.

²² Ebda, S. 683.

²³ Ders., Deutsche und jüdische Orientinteressen. Ebda, Jg. 19, 1915, Bd. 1, S. 401.

²⁴ Vgl. L. Ja. Dadiani, Meždunarodnoe rabočee dviženie i sionizm v period dejatel'nosti II Internacionala, in: *Narody Azii i Afriki*, Jg. 15, 1975, Nr. 5, S. 67–82.

²⁵ Eduard Bernstein, Der Schulstreit in Palästina, in: *Die Neue Zeit*, Jg. 32, 1913/14, Bd. 1, S. 751.

²⁶ Beispiele sind Emile Vandervelde, Pawel Axelrod, Camille Huysmans, Pieter Jelles Troelstra, Sidney Webb und Arthur Henderson. Vgl. Lewis Rifkind, *Zionism and Socialism*, London 1918; Edmund Silberner, *Sozialisten zur Judenfrage. Ein Beitrag zur Geschichte des Sozialismus vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis 1914*, Berlin (West) 1962.

mag und wird voraussichtlich wie eine Epidemie wieder vergehen. Aber nicht von heute auf morgen. Denn er ist schließlich nur Teilerscheinung der großen Welle nationalistischer Reaktion, die über die bürgerliche Welt sich ergossen hat und auch Eingang in die sozialistische Welt sucht. Wie jene kann auch er nur eine retardierende Wirkung haben. Und das ist ein genügender Grund für die Sozialdemokratie, ihn ernst zu nehmen und an ihm einmal von Grund auf Kritik zu üben.“²⁷

2. Arbeiterbewegung und Zionismus in Deutschland zwischen Krieg und Revolution 1914–1923

Während des Ersten Weltkrieges verstärkten die *Sozialistischen Monatshefte* ihre Sympathiebekundungen für den Zionismus weiter. Ludwig Quessel, der Poalezionist Leon Chasanowitsch, Hermann Kranold und Max Rosenfeld äußerten sich in der Zeitschrift in entsprechender Weise²⁸. Doch führte die zionismusfreundliche Propaganda der rechten Sozialdemokraten, die einhergehend mit den Anstrengungen der deutschen und österreichischen Stellen, in den militärisch besetzten Gebieten des Zarenreiches die Zionisten zur Kooperation zu bewegen²⁹, nicht zu einer prozionistischen Stellungnahme der sozialdemokratischen Parteien der Mittelmächte. Diese sahen keinen Anlaß, das Thema auf die Tagesordnung ihrer am 12. und 13. April 1915 in Wien abgehaltenen Konferenz zu setzen³⁰.

Doch auf dem osteuropäischen Kriegsschauplatz verstärkten sich die Leiden der dort ansässigen Juden. Russisches Militär drangsalierte die jüdische Bevölkerung sowohl in den besetzten österreichischen Gebieten als auch in den Territorien des Zarenreiches. Nicht zu Unrecht vermutete das Zarenregime, die osteuropäischen Juden würden mit den Mittelmächten sympathisieren, von deren militärischen Sieg sie sich eine Bereifung von der andauernden Unterdrückung

²⁷ Bernstein, *Der Schulstreit*... S. 752.

²⁸ Vgl. Ludwig Quessel, *Deutsche und jüdische Orientinteressen* (Anm. 23); Leon Chasanowitsch, *Ziele und Mittel des sozialistischen Zionismus*, in: *Sozialistische Monatshefte*, Jg. 20, 1916, Bd. 2, S. 296–303; Hermann Kranold, *Die Zukunft Palästinas*, ebda, Jg. 22, 1918, Bd. 1, S. 235–241; Max Rosenfeld, *Judenfrage, Palästina und Weltpolitik*, ebda, Bd. 2, S. 784–789. Weitsichtiger als diese Sympathisanten des Zionismus, warnte 1918 der damals 23jährige Fritz Sternberg vor den Folgen der Mißachtung arabischer Rechte und Traditionen in Palästina, überschätzte jedoch die Möglichkeit, mittels ökonomischer Stimuli die Araber zu bewegen, sich mit dem Vordringen des Zionismus auszusöhnen. Vgl. Fritz Sternberg, *Die Bedeutung der Araberfrage für den Zionismus*, in: *Der Jude*, Jg. 3, 1918/19, Nr. 4, S. 147–163.

²⁹ Vgl. Fritz Fischer, *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18*, (Reprint) Königstein/Ts. 1977, Egmont Zechlin, *Die deutsche Politik und die Juden im Ersten Weltkrieg*, Göttingen 1969, S. 116ff.

³⁰ Vgl. die Materialien dieser Konferenz in: *Centrale Archiwum*, Warszawa, Signatur 150/II-3.

durch den russischen Staat erhofften³¹. Da sowohl die Konferenz der sozialistischen Parteien neutraler Länder im Januar 1915 in Kopenhagen³² als auch die im folgenden Februar in London stattfindende Konferenz der Entente-Sozialisten³³ mit Meldungen über den antisemitischen Terror des Zarenregimes konfrontiert wurden, sahen zionistische Sozialisten nunmehr die Chance, das Mitgefühl der Sozialdemokraten für ihre eigenen Bestrebungen nutzen zu können: Sie verstärkten ihre Anstrengungen, der Zweiten Internationale beizutreten; ein Vorhaben, das sie vor dem Ersten Weltkrieg nicht hatten verwirklichen können³⁴.

Jene sozialistischen Zionisten, unter deren zahlreichen Gruppierungen die 1905/06 entstandene internationale Organisation Poale Zion (Arbeiter Zions) die geschichtswirksamste werden sollte³⁵, versuchten, eine Verbindung von Marxismus und Zionismus herzustellen. Der Sozialismus, so argumentierten sie, sei für das jüdische Volk nur innerhalb eines eigenen, exklusiv jüdischen Staatswesens möglich. Die Auswanderung von Juden nach Palästina sei somit die *conditio sine qua non* für die Normalisierung der jüdischen Sozialstruktur – weg von den „unproduktiven“ Berufen und hin zu industrieller und landwirtschaftlicher Tätigkeit –, ohne die ein Klassenkampf mit Erfolgsaussichten in Richtung auf eine sozialistische Gesellschaft hin unmöglich sei. Besonders Vertreter des nichtzionistischen Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes von Rußland, Polen und Litauen setzten sich in scharfer Form mit den sozialistischen Zionisten auseinander und verwiesen dabei auch *als Erste* auf die Gefahren, die den palästinensischen Arabern durch das zionistische Vorgehen drohte; entsprechende Schriften erschienen bereits um 1905³⁶. Die Bundisten konnten vor dem Ersten Weltkrieg auch die Beitrittsversuche der Poalezionisten und verwandter Gruppen zur Zweiten Internationale mit abwehren³⁷. Indes bemühte sich die

³¹ Vgl. Salo W. Baron, *The Russian Jews under Tsars and Soviets*, 2. Aufl., New York 1976, Kap. 10; Zechlin, *Die deutsche Politik*... S. 126ff.

³² Vgl. hierzu *Centrale Archiwum*, Warszawa, 150/I-2, Bl. 37.

³³ Vgl. ebda, 150/II-2, Bl. 9.

³⁴ Über die Beziehungen zwischen Zionisten und den verantwortlichen Gremien der Zweiten Internationale vor dem Ersten Weltkrieg vgl. u. a. Ezra Mendelsohn, *The Jewish Socialist Movement and the Second International, 1889–1914: The Struggle for Recognition*, in: *Jewish Social Studies*, Jg. 26, 1964, Nr. 3, S. 131–145; Nora Levin, *Jewish Socialist Movements, 1871–1917. While Messiah Tarried*, London / Henley 1978, Kap. 7.

³⁵ Zur Geschichte des Poalezionismus vgl. u. a. John Bunzl, *Klassenkampf in der Diaspora. Zur Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung*, Wien 1975; Angelika Timm, *Nationalismus und Sozialreformismus in den jüdischen Arbeiterorganisationen Europas und Palästinas bis 1930*, Diss., Berlin (Ost) 1976; Jonathan Frankel, *Prophecy and Politics. Socialism, Nationalism and the Russian Jews, 1862–1917*, New York 1982; Nathan Weinstock, *Le pain de misère, Histoire du mouvement ouvrier juif en Europe*, Bd. 1, Paris 1984; Enzo Traverso, *Les marxistes et la question juive. Histoire d'un débat (1843–1943)*, Paris 1990.

³⁶ Vgl. A.L. (Chaim Jakow Gelfand), *Der Poale-Zionismus: Eine neue Strömung im russischen Judentum*, in: *Die Neue Zeit*, Jg. 24, 1905/06, Bd. 1, S. 804–813; ders., *Die prinzipielle Stellung des jüdischen Arbeiterbundes*, ebda, Bd. 2, S. 702–705; David Balakan, *Die Sozialdemokratie und das jüdische Proletariat*, Czernowitz 1905.

³⁷ Vgl. Mendelsohn, *The Jewish Socialist Movement*... passim.

nach dem August 1914 dezimierte Internationale auch unter den zionistisch-sozialistischen Parteien um neue Mitglieder; und Anfang 1916 ebnete das Internationale Sozialistische Büro der Poale Zion den Weg in die Internationale³⁸. Deutsche Sozialdemokraten spielten dabei keine aktive Rolle. Sie waren in den Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegsjahren von Aufgaben in Anspruch genommen, die mit dem Zionismus und der Palästinafrage sehr wenig zu tun hatten. Bei der Gründung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale im Mai 1923 gehörte jedoch Arthur Crispian zu denjenigen, die um eine möglichst breite Präsenz antibolschewistischer jüdisch-russischer Parteien in der SAI bemüht waren: Er setzte sich mit Erfolg für die Zulassung der im Exil tätigen Jüdischen Sozialistischen Arbeiterpartei Rußlands zum Gründungskongreß der SAI in Hamburg ein³⁹. Zwei Jahre später drückte Crispian auf dem Marseiller SAI-Kongreß seine Befriedigung über das Erstarken der Poalezionisten aus, die innerhalb der SAI auf dem rechten Flügel standen⁴⁰.

3. Der Zionismus, die deutsche Linke, Weimar und das Anwachsen der faschistischen Gefahr 1923–1933

Mitte der zwanziger Jahre, in denen sich die Weimarer Republik stabilisierte, nahm der rechte Flügel der deutschen Sozialdemokratie die umfangreiche Berichterstattung über die jüdische Gemeinschaft in Palästina in den *Sozialistischen Monatsheften* wieder auf. Dabei blieb die prozionistische Haltung des Blattes unverändert. So schrieb Lisbeth Gutfeld 1924, daß die Errichtung „einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina . . . jetzt als eine sittliche Forderung in die Welt getreten (ist), die es nicht nur der Gesamtjudenheit zur Pflicht macht, mit bester Kraft an ihrer Erfüllung mitzuarbeiten, sondern die in einer Zeit der nationalen Differenzierung und der Neuordnung der Länder auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts der Völker einen Widerhall bei allen ethisch und sozial fühlenden Menschen finden muß.“⁴¹ Daran anschließend, begründete Hermann Kranold in der „Rundschau“-Spalte der Zeitschrift erneut seine Sympathie für den Zionismus mit dem Interesse an der in Palästina „für die ganze Menschheit zu leistenden produktiven Arbeit“.⁴² 1919 hatte Fritz Naphtali den Themenbereich „Kolonisation“ in dieser Rubrik redaktionell übernommen. Sein Lob für die *Sozialistischen Monatshefte* als demjenigen Organ, das sich

³⁸ Vgl. Arieh Tartakower, Zur Geschichte des jüdischen Sozialismus, Teil VII, in: *Der Jude*, Jg. 8, 1924, Nr. 11, S. 642.

³⁹ Vgl. *Protokoll des Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses in Hamburg*, 21. bis 25. Mai 1923, Berlin 1923, S. 42.

⁴⁰ Vgl. *Zweiter Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Marseille*, 22. bis 27. August 1925, Berlin 1925, S. 195, 218.

⁴¹ Lisbeth Gutfeld, Zum Aufbau eines jüdischen Gemeinwesens, in: *Sozialistische Monatshefte*, Jg. 28, 1924, Bd. 1, S. 31.

⁴² Hermann Kranold, Rundschau: Zionistische Siedlungen. Ebda, S. 210.

„zuerst und immer wieder für die zionistische Bewegung eingesetzt“ habe, lief auch auf eine Rechtfertigung der eigenen Arbeit dieses überzeugten Zionisten und fähigen Ökonomen hinaus⁴³. Naphthalis Bekenntnis zum Zionismus korrelierte mit seinen Theoremen über die „Wirtschaftsdemokratie“ und den „organisierten Kapitalismus“, die die Reform- und Koalitionspolitik der SPD-Führung theoretisch abstützten⁴⁴.

Die *Monatshefte* warfen den palästinensischen Arabern vor, sie seien „nicht willens und darum auch nicht imstande gewesen, (ihre) Pflicht dem Land gegenüber zu tun“⁴⁵. Hermann Kranolds Beteuerung, wonach der Zionismus „eine Gemeinschaftsarbeit beider Nationen“ erstrebte⁴⁶, „beantwortete“ Julius Kaliski mit Überlegungen, wie man die Araber aus Palästina de facto verdrängen könnte⁴⁷. Das theoretische Organ der SPD *Die Gesellschaft*, die die Nachfolge der *Neuen Zeit* angetreten hatte, beteiligte sich nur zögernd an der Diskussion um den Zionismus; der einzige Beitrag zu diesem Thema während der gesamten zwanziger Jahre stammte aus der Feder von Emile Vandervelde⁴⁸. Die sozialdemokratische Linke, wie sie um die Zeitschrift *Klassenkampf* zentriert war, blendete die Zionismus-Problematik weitestgehend aus den öffentlichen Diskussionen aus.

Noch weniger befaßten sich die deutschen Kommunisten mit dem Zionismus. Obwohl sich in den Gründerjahren der KPD jüdische Intellektuelle in relativ großer Zahl in der Parteispitze zu profilieren verstanden (von Rosa Luxemburg und Paul Levi bis hin zu August Thalheimer und später Ruth Fischer, Arthur Rosenberg, Werner Scholem, Arkadi Maslow und Iwan Katz), traten sie doch nicht prononciert als Juden in die Öffentlichkeit. Innerhalb der Partei gab es jedoch Anzeichen von antisemitischen Tendenzen: So schrieb Klara Zetkin im März 1924 an den IX. Parteitag: „Die ‚linke‘ Parteimehrheit vereinigt brüderlich reichlichst Kapisten, Syndikalisten, Antiparlamentarier, bei Lichte besehen – horrible dictu – sogar Reformisten und neuerdings – faschistische Antisemiten.“⁴⁹ Ein nicht namentlich genannter Anhänger Brandlers erklärte auf dem Parteitag: „Wir haben vereinzelte antisemitische Unterströmungen in

⁴³ Fritz Naphtali, *Das arbeitende Palästina*. Ebda, Jg. 33, 1929, Bd. 1, S. 115.

⁴⁴ Vgl. *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, 1917–1945*, Berlin (Ost) 1982, S. 196 ff. – Wenige Jahre später bewertete Naphtali die kollektiven Produktionsmethoden der Zionisten nach ihrer Effizienz für die „palästinensische Kolonisationsarbeit“, statt ihre soziale Komponente – von den Auswirkungen für die Araber ganz zu schweigen – in Betracht zu ziehen. Vgl. Fritz Naphtali, *Rundschau: Jüdische Kolonisation*, in: *Sozialistische Monatshefte*, Jg. 35, 1931, Bd. 1, S. 214.

⁴⁵ Sally Lachmann, *Palästina als Aufgabe*, ebda, Jg. 29, 1925, Bd. 1, S. 475.

⁴⁶ Hermann Kranold, *Der jüdische Nationalfond*, ebda., Jg. 30, 1926, Bd. 1, S. 839 f.

⁴⁷ Vgl. Julius Kaliski, *Die Zukunft der jüdischen Palästinaarbeit*, ebda, Jg. 34, 1930, Bd. 3, S. 994.

⁴⁸ Emile Vandervelde, *Die jüdischen Siedlingen in Palästina*, in: *Die Gesellschaft*, Jg. 5, 1928, Nr. 2, bes. S. 171.

⁴⁹ *Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages der KPD (7. bis 10. April 1924)*, Berlin 1924, S. 93.

der Partei.“⁵⁰ Doch wurden diese Tendenzen zu keiner Zeit bestimmend für die Haltung der KPD zur Judenfrage in Deutschland.

Es bleibt die Tatsache bestehen, daß die KPD die Dimensionen der jüdischen Problematik unterschätzte. Dies zeigte sich besonders kraß bei der einzigen Gelegenheit, wo sie direkt zum Zionismus-Thema während der zwanziger Jahre Stellung bezog: in einer Diskussion über die arabisch-jüdischen Zusammenstöße im August 1929 in Palästina. Im Referat einer ZK-Sitzung vom 24./25. Oktober gab Hermann Remmele zu, daß „innerhalb der Partei . . . wenig Kenntnis (vorhanden sei), welche Rolle dort die Komintern, die revolutionäre Bewegung des Kommunismus spielt“⁵¹. „Unsere Partei (die KP Palästinas; M. K.) hat in Palästina 160 Mitglieder, davon 30 Araber, die anderen 130 Zionisten. Es ist ganz klar, daß diese Partei nicht eine solche Einstellung haben kann, wie sie dem Gesetz der Revolution entspricht. Gerade das unterdrückte Volk, jene Schicht des Volkes, die das revolutionäre Element, den Verhältnissen entsprechend, überhaupt ausmachen kann, sind nur die Araber.“ Hier war nahezu jedes Wort falsch: Abgesehen von der Pauschalisierung von „Juden“ und „Arabern“ war die Behauptung, die jüdischen Parteimitglieder seien Zionisten, eine direkte Verdrehung der Tatsachen. Es war in der Komintern gut bekannt, daß die KP Palästinas als damals einzige politische Kraft unter den Juden im Nahen Osten nicht nur den Zionismus ablehnte, sondern dies mit einem Kampf gegen arabischen Chauvinismus und britische Mandatspolitik verband und in diesem ungleichen Kampf große Opfer brachte⁵². Die *Rote Fahne* interpretierte dementsprechend die beiderseits nationalistischen Bestrebungen einseitig als antiimperialistischen Kampf der Araber, ohne die Politik ihrer feudal-klerikalen Führungen einer Kritik zu unterziehen⁵³.

Ein Jahr später setzte sich Remmele in seiner Broschüre *Sowjetstern oder Hakenkreuz* scharf mit dem Antisemitismus der Hitlerfaschisten auseinander. Er glaubte jedoch irrtümlicherweise, daß der Antisemitismus der Nazis nicht genuin, sondern ein Schwindel sei, daß Hitler und seine Komplizen zwar den Judenhaß propagierten, letztlich sich aber mit jüdischen Kapitalisten ebenso arrangieren würden wie mit nichtjüdischen⁵⁴. Eine Reihe von Pressebeiträgen unterstützte diese Lesart⁵⁵. Sie durchzog auch wie ein roter Faden Otto Hellers Buch *Der Untergang des Judentums*, das 1931 in erster, im Januar 1933 in zweiter Auflage erschien. Da dieses wichtigste Werk eines kommunistischen Autors zur Judenfrage in jedem Beitrag zu diesem Thema eingehend besprochen worden ist, mag an dieser Stelle der Hinweis genügen, daß Heller den Zionismus als einen

⁵⁰ Ebda, S. 289.

⁵¹ Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin. Zentrales Parteiarchiv, Signatur I, 2/1/74. Hiernach auch das folgende.

⁵² Vgl. Mario Kessler, *Die Kommunistische Internationale und der arabische Osten (1919–1929)*, Diss. Leipzig 1982, Kap. 3 u. 4.

⁵³ Vgl. *Die Rote Fahne*, 27. 8. bis 7. 9. 1929.

⁵⁴ Vgl. Hermann Remmele, *Sowjetstern oder Hakenkreuz*, Berlin 1930.

⁵⁵ Vgl. *Die Rote Fahne*, 3. 9. 1929; 17. 10. 1931; 15. 11. 1931; 9. u. 29. 4. 1932; 17. 9. 1932.

„aussichtslosen Versuch“ bezeichnete, die jüdische Frage zu lösen. Dem stellte Heller die Entwicklung im Jüdischen Autonomen Gebiet Birobidshan am Amur gegenüber, wo die Sowjetmacht – und nur sie allein – die jüdische Frage erfolgreich zu lösen verstehe⁵⁶. In einer anderen, weniger bekannten Arbeit schrieb Heller unmittelbar vor der Machtergreifung der Hitlerfaschisten: „Eine wirkliche Judenfrage besteht heute nur noch in Ost- und Südeuropa, in den Gebieten rückständiger gesellschaftlicher Entwicklung.“⁵⁷ Heller wurde, gleich Millionen anderer Juden, von den Nazis ermordet. Sein Freund Bruno Frei, der 1932 den *Untergang des Judentums* in der *Weltbühne* sehr positiv rezensiert hatte⁵⁸, schrieb viele Jahre später: „Selten ist eine historische Fehleinschätzung so tragisch widerlegt worden.“⁵⁹

Die Haltungen in der SPD zu Judenfrage und Zionismus waren am Ende der zwanziger Jahre durchaus unterschiedlich. Ebenso wie die SAI war auch die deutsche Sozialdemokratie über die Einschätzung der palästinensischen August-Ereignisse 1929 zutiefst uneins⁶⁰. Stellvertretend für die verschiedenen Positionen äußerten sich im Herbst 1929 Karl Kautsky und Eduard Bernstein zur Problematik im sozialdemokratischen *Vorwärts*. Kautsky bezeichnete die Zusammenstöße als nationalistische Reaktion der Araber auf die jüdische Einwanderung. Er kam zu dem Schluß, daß die zionistischen Siedler sich nur unter dem Schutz britischer Bajonette würden halten können. Sie gerieten jedoch bei einem weiteren Anwachsen des arabischen Nationalismus in höchste Gefahr. Unter diesen Umständen sei das zionistische Ziel der Errichtung eines Judenstaates eine „unrealistische Utopie“. Die Juden seien in Palästina nur Opfer der zionistischen Bewegung, die vom britischen Imperialismus abhängig sei. So attraktiv der Zionismus als Lösungsweg für die jüdische Frage erscheine, das zu kleine und unfruchtbare Palästina stelle keine zureichende Grundlage für ein jüdisches Staatswesen dar. Die islamische Kultur sei und bleibe der dominierende Faktor in Palästina, den die zionistischen Siedler nicht würden ignorieren können⁶¹.

Eduard Bernstein verteidigte nunmehr die zionistische Kolonisation in Palästina, obwohl er sich nicht als Zionist definierte. Der Zionismus, von Bernstein nicht als Utopie, sondern als Realität begriffen, stelle für die osteuropäischen (nicht für mittel- und westeuropäische) Juden die beste Lösung ihrer Probleme dar. Auch bekundete er Verständnis für die enge Anbindung der Zionisten an die britische Mandatsmacht⁶². Im *Vorwärts* erschienen einige zustimmende Erklä-

⁵⁶ Otto Heller, *Der Untergang . . .*, S. 155 f., 158, 173.

⁵⁷ Ders. in: *Klärung. 12 Autoren und Politiker über die Judenfrage*, Berlin 1932, S. 91.

⁵⁸ Vgl. *Die Weltbühne*, Jg. 28, 1932, Nr. 1, S. 14–17.

⁵⁹ Bruno Frei, Marxist Interpretation of the Jewish Question, in: *The Wiener Library Bulletin*. New Series, Nr. 35/36, 1975, S. 4.

⁶⁰ Vgl. Johannes Glasneck, Die internationale Sozialdemokratie und die zionistische Palästina-Kolonisation in den Jahren 1929/30, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle*, Jg. 26, 1977, Nr. 4, S. 39–50.

⁶¹ *Vorwärts*, 4. u. 6. 10. 1929. Vgl. Kautskys Erwiderung an Bernstein, ebda, 15. 12. 1929.

⁶² Vgl. ebda, 8. 12. 1929. Vgl. schon Bernstein, *Die Aufgaben der Juden im Weltkrieg*, Berlin 1917, wo Bernstein Verständnis für den Zionismus äußerte.

rungen zu Kautskys Position⁶³, Bernsteins Haltung fand unter Poalezionisten sowie bei Vandervelde und Huysmans Unterstützung⁶⁴.

Obwohl die SPD dem nazistischen Antisemitismus eine stärkere Bedeutung schenkte als die KPD, erkannte auch sie nicht das volle Ausmaß des Hitlerschen Judenhasses, obwohl Hitler und andere Naziführer wiederholt ihre blutrünstigen Pläne gegen die Juden hinausposaunt hatten⁶⁵. Eine ähnliche Einschätzung muß man über die bürgerliche Linke treffen – einige rühmenswerte Ausnahmen wie Carl von Ossietzky ändern daran nichts⁶⁶. Es bleibt die Frage nach dem Warum.

Hitlers Gegner, so tragisch zerstritten sie miteinander waren, hatten eins gemeinsam. Ihr Glaube an die europäische Kultur und ihre Vorstellung von den Möglichkeiten menschlichen Denkens und Handelns ließen es nicht zu, die mörderischen antisemitischen Drohungen der Hitlerfaschisten für bare Münze zu nehmen. Schon gar nicht erwogen sie die Vorstellung, daß dieser Antisemitismus Unterstützung oder doch zumindest Duldung bei erheblichen Teilen des deutschen Volkes finden könnte. Anstatt ihre Kräfte zu vereinen, bekämpften sich die sozialdemokratischen und die kommunistischen Antifaschisten erbittert. Über die Gründe kann an dieser Stelle nicht geschrieben werden; sie sind in der einschlägigen Literatur oft genug benannt worden⁶⁷. Die Folgen sind jedem klar. Die Niederlage der progressiven Kräfte machte den Weg frei für die Massenvernichtung der europäischen Juden. Das veränderte auch grundsätzlich den Stellenwert des Zionismus für Juden wie Nichtjuden. Nach Auschwitz sieht die Welt anders aus, auch und gerade für jene Sozialisten und Kommunisten, die sich immer für eine humane Lösung der jüdischen Frage eingesetzt haben. Es bleibt umso tragischer, daß der Zionismus sein von Anbeginn sichtbares Dilemma auch weiterhin nicht aufzulösen vermochte: die Herstellung eines rationalen Verhältnisses zu seiner arabischen Umwelt. Von einem Versuch zur Lösung des jüdischen Problems geriet der Staat Israel, trotz demokratischer Strukturen und auch wirtschaftlicher Erfolge, immer mehr zu einem Teil desselben. Das Palästinenser-Problem nahm ungeahnte Ausmaße an. Trotz aller Fehleinschätzungen sind sozialistische und nichtsozialistische fortschrittliche Kräfte weiterhin gefordert, sich für eine menschenwürdige Lösung der anstehenden Fragen einzusetzen.

⁶³ Vgl. ebda, 13. 4. 1930.

⁶⁴ Vgl. George L. Mosse, *German Socialists and the Jewish Question in the Weimar Republic*, in: *Year Book XVI of the Leo Baeck Institute*, London 1971, S. 130f.

⁶⁵ Vgl. Hans-Helmuth Knütter, *Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik 1918–1933*, Düsseldorf 1971; Donald L. Niewyk, *Socialist, Anti-Semite and Jew. German Social Democracy confronts the Problem of Anti-Semitism, 1918–1933*, Baton Rouge, La. 1971.

⁶⁶ Vgl. Istavn Deak, *Weimar Germany's Left-Wing Intellectuals. A Political History of the 'Weltbühne' and its Circle*, Berkeley / Los Angeles 1968.

⁶⁷ Die m. E. beste Deutung findet sich bei Isaac Deutscher, *Trotzki*, Bd. 3, 2. Aufl., Stuttgart 1972, bes. Kap. 1 u. 2.

Paul Singer, soziale Utopie, Judentum und Arbeiterbewegung

von

LAURENZ DEMPS

Das *Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung* veröffentlichte am 31. Januar 1911 in seiner Abend-Ausgabe auf der ersten Seite einen zwispaltigen Nachruf auf den an diesem Tage verstorbenen Paul Singer¹; eine Hervorhebung und Würdigung, die nur wenige Politiker – insbesondere aus der Arbeiterbewegung – nach ihrem Tode erhalten haben. Die Nachricht über eine der Reisen des Kronprinzen erhielt den zweiten Platz.

Die Würdigung Paul Singers begann mit den Worten:

„Diejenigen politischen Gegner Paul Singers, denen der Parteienzank das Gemüt noch nicht völlig ausgedörnt, vernehmen mit ehrlichem Bedauern, daß dieser Präsident der Sozialdemokratie nun unter der Last der Leiden, die ihn seit zwei Jahren gequält, erlegen ist. Obgleich Singer immer mit dem radikalen Flügel der sozialdemokratischen Partei hielt, eine Annäherung an den entschiedenen Liberalismus, die weitsichtigeren Politikern als eine Notwendigkeit erscheint, lange mit großer Schärfe zurückwies und in dem Revisionismus bis zuletzt eine schwächliche Fahnenflucht sah, hatte doch gerade er jenseits der Parteigrenzen manchen Freund und alle, die ihm nähertraten, sprechen von ihm mit Achtung und Sympathie.“²

Eine Charakterisierung der Person Singers, auf die zurückgekommen werden soll. Wir können davon ausgehen, daß der Lebensweg Paul Singers in großen Zügen bekannt ist, einige kurze Bemerkungen sind aber trotzdem angebracht, um weniger beachtete Stationen dieses Lebens, insbesondere aus der Jugend und

¹ Paul Singer (1844–1911); Literatur: Heinrich Gemkow, *Paul Singer – bedeutender Führer der deutschen Arbeiterbewegung. Mit einer Auswahl aus seinen Reden und Schriften*, Berlin, 1957; ders., *Paul Singer. Vom bürgerlichen Demokraten zum Führer der deutschen Arbeiterbewegung (1862–1890)*, Phil. Diss. Berlin 1959; ders., *Paul Singer*, in: *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, ders., *Biografisches Lexikon*, Berlin 1970; ders., „Großbürger und mustergültiger Sozialdemokrat“ – Paul Singer, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, Nr. 1/1969; Ernest Hamburger, *Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848–1918*, Tübingen 1968, (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 19), S. 419–426; Kurt Wolterstädt, *Paul Singer als Kommunalpolitiker im Berliner Stadtparlament in den Jahren 1883 bis 1886*, in: *Berliner Geschichte*, 4/1983, S. 29 bis 36; Arno Herzig, *Paul Singer – Heinrich Braun. Zum Revisionismusstreit der deutschen Sozialdemokratie vor dem 1. Weltkrieg*, in: *Beiheft 6 des Instituts für Deutsche Geschichte*, Universität Tel Aviv, S. 123 bis 151.

² *Berliner Tageblatt und Handelszeitung*, 31. Januar 1911, Abendausgabe.

der politischen Frühzeit etwas genauer zu beleuchten. Paul Singer wurde bekanntlich am 16. Januar 1844 in Berlin als neuntes Kind eines jüdischen Kaufmanns geboren.

Hier ist auf das spezielle Erfahrungsfeld Berlins zu verweisen, eine Stadt, in der es seit 1671 wieder eine jüdische Gemeinde gab, eine Stadt, die kein Ghetto kannte und in der seit der Aufklärung am Ende des 18. Jahrhunderts um eine Emanzipation der Juden als gleichberechtigte Teile der bürgerlichen Gesellschaft gerungen wurde. Es soll also auf den Charakter des *genius loci* verwiesen werden, der – davon kann ausgegangen werden – auch die Jugend Paul Singers prägte. Der Einschätzung von Harold Hammer-Schenk, der schrieb: „Die Judentheit Preußens, die unsicher in das 18. Jahrhundert hineinging, verließ es als fester Bestandteil der preußischen Gesellschaft.“³ ist zuzustimmen. Zu verweisen ist auf das am 11. März 1812 als Folge der Stein-Hardenberg'schen Reformen erlassene Emanzipationsedikt, das in seinem ersten Paragraphen die Juden zu Einländern und preußischen Staatsbürgern erklärte. Es hob in den nach dem Tilsiter Frieden bei Preußen gebliebenen Provinzen alle Beschränkungen des Wohnrechts und des Berufs für Juden auf, ebenso alle Ausnahmegesetze und gestattete das freie Niederlassungsrecht, zog die Juden aber auch zum Militärdienst heran.

Die nach 1815 einsetzende politische Reaktion hob einen großen Teil dieser Bestimmungen wieder auf, schränkte die gewonnene Freiheit durch Verwaltungsvorschriften ein und verhinderte die Ausdehnung der Bestimmungen dieses Edikts auf die zu Preußen zurückgekehrten sowie auf die nach dem Wiener Kongreß zu Preußen gekommenen Provinzen. Das traf die Judentheit insbesondere in Berlin schwer, die gehofft hatte, daß die Zeit der Diskriminierung nun stetig einer weiteren Liberalisierung weichen würde, in der die Ideale des aufgeklärten Bürgertums über alle Pressionen siegten. Ich verweise hier an dieser Stelle nur auf die Bedeutung Moses Mendelssohns und die Langzeitwirkung seiner Anschauungen in Berlin.

In den jüdischen Reformbewegungen fand ein Teil der auch nach 1815 weiterbestehenden Hoffnungen eine neue Richtung. Erinnert werden sollte hier nur auf den Reformator des jüdischen Gottesdienstes, Israel Jacobsohn. Nach 1840, einer Periode staatlicher Repression gegenüber dieser Reformbewegung, setzten erweiterte Aktivitäten in neuer Qualität ein. Das entscheidende Kennzeichen dieser Jahre war die bildungsmäßige Qualifikation der Reformträger, die dazu führte, daß sie meinten, sich der Geschichte des Judentums von einem wissenschaftlichen Standpunkt nähern zu können, um so vermeintlich oder tatsächlich von einer festeren Basis den Traditionen entgegentreten zu können.

Im Mai 1845 kam es zur Gründung der von Laien geprägten „Genossenschaft zur Reform im Judentum“. In einem ihrer Aufrufe hieß es: „Wir erklären, daß das rabbinische Judentum im Ganzen, wie im Einzelnen mit unserer wissen-

³ Harold Hammer-Schenk, Historische Einführung, in: *Synagogen in Berlin, Teil 1, Zur Geschichte einer zerstörten Architektur*, hrsg. vom Berlin-Museum, Berlin 1983, S. 24.

schaftlichen Überzeugung und den Anforderungen des Lebens nicht im Einklang steht.“⁴, also eine Forderung nach Aufgabe der jüdischen Tradition und Anpassung an die Gesellschaft, ohne allerdings auf den Glauben zu verzichten.

Es sollen die Einzelheiten nicht im Detail vertieft werden, sondern nur als allgemeine Charakterisierung des Umfelds stehen, in denen Paul Singer in Berlin aufwuchs. Es gibt Hinweise, denen intensiver nachzugehen sein wird, daß der Vater Mitglied der Reformbewegung in Berlin gewesen sein soll⁵. Er besuchte von 1851 bis 1858 in Berlin die Königliche Realschule und trat 1858 in eine Kaufmannslehre ein. 1869 gründete er gemeinsam mit seinem Bruder in Berlin am Werderschen Markt Nr. 4, gegenüber dem Kaufhaus Gerson, also im traditionellen Berliner Konfektionsviertel eine Damenmantelfabrik. Damit gehörte Singer zwar nicht zur hoffähigen Oberschicht, aber doch zu dem „besser gestellten Teil“ der Berliner Bevölkerung.

Der politische Entwicklungsweg Singers verlief fast deckungsgleich mit dem einer Reihe von Politikern, die später zum liberalen Flügel des deutschen Bürgertums gezählt wurden. 1862 schloß er sich der Deutschen Fortschrittspartei an und beteiligte sich an dem gescheiterten Versuch, eine deutsche Volkspartei zu gründen. Sein ausgeprägtes soziales Engagement führte ihn nach der Bekanntschaft mit August Bebel und Wilhelm Liebknecht in die Nähe der sich entwickelnden Arbeiterbewegung. 1868, spätestens, trat er dem Berliner Arbeiterverein bei. Es ist dabei Herzig zu folgen, der feststellte, daß nur die Sozialdemokratie nach dem Untergang der Radikaldemokratie für ihn eine Alternative bot⁶.

Die bisherigen Arbeiten über Singer aus der ehemaligen DDR ließen die jüdische Herkunft außer acht bzw. behandelten sie nur am Rande. Analysiert man die von Gemkow im Jahre 1957 herausgegebene Auswahl von Reden und Schriften unter diesem Aspekt, so fällt auf, daß er auf der einen Seite kaum auf die jüdische Erziehung Bezug nahm, aber andererseits spürt der Leser deutlich, welche Rolle gerade diese Seite in seinem sozialen Streben spielte. Das Jüdische bei Singer äußerte sich in der Erfahrung der menschlichen Solidarität, der gegenseitigen Achtung und der Hilfe. Die Erkenntnis prägte sich immer mehr bei ihm aus, daß der Kampf um die demokratischen Rechte eng verbunden war mit der Lösung der sozialen Frage, und diesem von ihm selbst postulierten Prinzip blieb er in seiner politischen Überzeugung Zeit seines Lebens treu.

Die Arbeiterbewegung zeigte sich in diesen Jahren als überwiegend atheistische Bewegung, in der Fragen der Herkunft und des Glaubens keine Rolle

⁴ Zit. nach Ebda, S. 26; siehe dazu auch Ludwig Geiger, *Geschichte der Juden in Berlin*, Festschrift zur zweiten Sakulärfeier, Anmerkungen, Ausführungen, urkundliche Beilage und zwei Nachträge (1871–1890), neu herausgegeben von Hermann Simon, Leipzig 1988, Band 1, S. 190ff.

⁵ Singers Vater starb am 21. Dezember 1848. Ein vorliegendes „Mitglieder-Verzeichnis der Jüdischen Reformgemeinde in Berlin“ aus dem Jahre 1854 verzeichnet auf der S. 7 „Frau Singer, J. geb. Lewy, Markgrafenstraße 55.56“. Es ist eine der wenigen Eintragungen einer Frau in diesem Verzeichnis.

⁶ Arno Herzig, *Paul Singer-Heinrich-Braun*, S. 127.

spielten, sie bot also engagierten Menschen die gleichen Chancen, die scheinbar ausgeprägtesten Emanzipationsmöglichkeiten. Die im Marxismus liegende soziale Utopie drängte geradezu nach Aufhebung aller Unterschiede – auch der religiösen – der Menschen und zeigte sich insgesamt als besonders aufgeschlossen gegenüber allen durch Unterdrückungs- und Diskriminierungsmaßnahmen unterworfenen Bevölkerungsteilen. Aufmerksam gemacht werden muß deshalb auf den sehr feinen Unterschied, den bereits Peter Pulzer beschrieb, als er feststellte, daß man in dieser Zeit jüdischer Sozialist, nicht aber sozialistischer Jude sein konnte⁷.

Konsequent verfolgte Singer den einmal von ihm beschrittenen Weg. Er trat für das Programm der Internationalen Arbeiterassoziation ein und gründete 1869 zusammen mit C. Hirsch und W. Eichhoff den Demokratischen Arbeiterverein. Ebenso gehörte er zu den Einberufern des Eisenacher Kongresses und wurde mit ihrer Gründung Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Erwähnt sei ferner an dieser Stelle das am 3. Juli 1869 erlassene „Gesetz, betreffend die Gleichberechtigung der Konfessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung.“ Dessen einziger Artikel lautete: „Alle noch bestehenden, aus der Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses hergeleiteten bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte werden hierdurch aufgehoben. Insbesondere soll die Befähigung zur Theilnahme an der Gemeinde- und Landesvertretung und zur Bekleidung öffentlicher Ämter vom religiösen Bekenntnis unabhängig sein.“ Das Gesetz hatte – trotz aller immer wieder vom Antisemitismus getragenen bürokratischen Be- und Einschränkungen – weitreichende Wirkungen, denn Juden konnten nun Staatsämter bekleiden und in die preußischen Vertretungskörperschaften gewählt werden. Es war ein nicht unwesentliches Moment gerade für die Berliner Judenschaft, deren Mitglieder meinten, sich nun als preußische Staatsbürger wirkungsvoller als bisher für die politischen Angelegenheiten des Staates, der Stadt und der jüdischen Gemeinde zu engagieren und vor dem Gesetz – trotz weiter bestehender gesellschaftlicher Ressentiments – keine Benachteiligungen mehr erfahren durften.

Auf das herausragende soziale Engagement Singers sei verwiesen: er gehörte u. a. 1877 zu den Gründern des Johann-Jacoby-Fonds zur Unterstützung politisch Verfolgter und seit 1875 zu den Leitern des Berliner Asyl-Vereins für Obdachlose, setzte sich also für die Linderung der sozialen Not in der Stadt Berlin ein.

Ein weiterer wichtiger Aspekt des Wirkens Singers soll herausgestellt werden. 1881 zeigte sich in Berlin als das Jahr, in dem antisemitische Agitation anfang, das politische Leben in Berlin zu beherrschen. In der akademischen Jugend hatten Treitschkes „gekonnte“ nationalistische Geschichtsinterpretat-

⁷ Peter Pulzer, Die jüdische Beteiligung an der Politik, in: *Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890–1914*. Ein Sammelband herausgegeben von Werner E. Mosse unter Mitwirkung von Arnold Paucker, Tübingen 1976 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 33), S. 201.

ionen einen großen Anhang gefunden, in Kreisen des Handwerks setzte sich – die Furcht vor dem sozialen Abstieg beherrschte das Denken – die zünftlerisch-konservative Idee, die starke antisemitische Züge trug, durch. Der Hofprediger Stoecker vertrat kirchlichen Antisemitismus, voller Haß. Der Ruf „Juden raus“, den in der Sylvesternacht 1880/81 aufgeputschte Banden in die Cafes der Berliner Friedrichstadt brüllten und andere antisemitische Szenen begannen das politische Klima der Stadt zu vergiften.

Am 11. Januar 1881 hielten sozialdemokratische Arbeiter die berühmte Versammlung „Die Stellung der Arbeiter zur Judenfrage“ in den „Reichshallen“ ab. Auf ihr wurde jene bekannte Resolution angenommen, in der gegen die Schmälerung der staatsbürgerlichen Gleichstellung der Juden Stellung genommen wurde. Erwähnt wird dies nur, um auf die allgemeinen Umstände und Verhältnisse hinzuweisen, die in Berlin herrschten und die Zeit bestimmten, in der Paul Singer als Politiker in die deutsche Öffentlichkeit trat.

1883 fand in Berlin die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung statt, zu der die Berliner Sozialdemokratie den in der Stadt populären Paul Singer als Kandidaten aufstellte und damit bewußt den Antisemiten Paroli bot. Bernstein schrieb: „Daß die Sozialdemokraten Berlin der Aufstachelung aller Vorurteile gegen die Juden durch Aufstellung eines jüdischen Kaufmanns in so herausfordernder Weise Trotz bieten würden, kam ihnen (der Bürgerpartei d. Vf.) doch unerwartet. Natürlich ließen sie es dafür an Verdächtigungen nicht fehlen und nannten fabelhafte Summen, mit denen Singer seine Kandidatur erkaufte habe. Aber zu ihrem Verdruß ließen sich die sozialistischen Berliner Arbeiter dadurch nicht irre führen.“⁸

Am 11. September 1883 stellte sich Singer erstmals einem größeren Publikum. Bereits seine erste Versammlung war eine Demonstration. Singer war wegen seines sozialen Wirkens unter den Arbeitern der Stadt bekannt. Er wurde mit lebhaftem Beifall begrüßt und er erklärte, die ihm angetragene Kandidatur annehmen zu wollen, weil er voll und ganz die politischen und wirtschaftlichen Überzeugungen der Arbeiterpartei teilte. Er betonte, daß die Arbeiter durch die Wahl seiner Person bewiesen hätten, welche Stellung sie gegenüber dem Antisemitismus einnahmen. Er sagte wörtlich: „Meine Kandidatur in ihrer Bedeutung geht weit über meine Person hinaus, sie gibt die Gewißheit, daß die Arbeiter auch in Zukunft die Gleichheit für alle hochhalten werden, daß sie nicht fragen, wer ist der Mann, sondern: wie ist der Mann.“⁹

Dieser Satz zog sich in den verschiedensten Variationen durch mannigfaltige Äußerungen Singers und beschrieb wohl am besten und eindeutig seine Grundpositionen: a) Eingang in die Politik zu einem Zeitpunkt, zu dem die staatsbürgerliche Gleichheit der Juden infrage gestellt wurde, b) Hervorhebung, daß es nicht um seine Person ging, sondern um die von ihm vertretene Sache und c) Betonung des Gleichheitsprinzips und Bewertung nach der Leistung und nicht

⁸ Eduard Bernstein, *Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung*, Teil 2, Berlin 1907, S. 116.

⁹ Ebda.

nach der Herkunft. Offensichtlich dachte Singer, daß nur die Arbeiter in Zukunft die demokratische Gleichstellung in Deutschland garantieren würden.

Singer schloß seine Rede mit Hinweis auf Johann Jacoby, der einen durchaus ähnlichen – wenn auch im konkreten anders verlaufenden – Lebensweg genommen hatte und zitierte: „Einer für alle, das ist Menschenpflicht, alle für einen, das ist Menschenrecht.“ Die Versammlung beschloß, Singer im 12. Kommunalwahlbezirk als Kandidaten aufzustellen, der 24. Wahlbezirk folgte.

Mag dieser Satz Jacobys, den Singer zitierte, auch an eine Losung erinnern, er umriß zusammengedrängt ein Credo, dem viele Juden, die zur Arbeiterbewegung stießen, folgten. In ihm schwangen aber auch jüdische Lebenserfahrungen mit. Jeder hatte für den anderen einzustehen, das kleinste Glied der Gemeinschaft mußte von allen gestärkt und geschützt werden. Es ging um das menschenwürdige Leben aller Glieder der Gesellschaft, für das der Einzelne und die Gemeinschaft einzustehen haben. Es waren dies Elemente jüdischer Tradition, die zumindestens teilweise von der Arbeiterbewegung aufgenommen wurden und ihr lebten, zugleich aber auch angesichts der Realitäten des Lebens in jener Phase politischer Entwicklung diesen eine Forderung nach allgemeiner Humanität entgegengesetzte. Diese Aussage ist der nicht nur in dieser Zeit vertretenen Auffassung vorgehalten, die davon ausging, daß das Leben nur Kampf aller gegen alle, jedes einzelnen Gliedes der Gesellschaft, gegen jedes einzelne Glied der Gesellschaft war.

Sie forderte die soziale Gemeinschaft aller sowie das gegenseitige Einstehen der Glieder der Gemeinschaft füreinander. In ihr zeigten sich alle sozialen Utopien in einer Kurzformel, in einem Brennspeigel und sie war angesichts der damaligen tatsächlichen Lebenssituation der Arbeiter eine wichtige, zusammenführende Kraft. Die Wirkung dieses Satzes ging weit über diese Jahre hinaus und verfehlt auch noch heute nicht ihre Wirkung.

Die von ihm ausgehende Suggestivkraft ließ und läßt immer wieder Menschen zur Arbeiterbewegung stoßen, da die in ihr wohnende soziale Komponente einem jahrhundertlangen Traum der Menschheit Ausdruck verlieh. Belege für das Scheitern dieser Utopie gibt es genug, sie sind aber nicht der Beweis dafür, daß diese Utopie nicht immer wieder Menschen ergreifen wird und diese versuchen werden, sie zu verwirklichen. Sicher trifft das auch auf die Sozialdemokratie dieser Jahre zu.

Wie gesagt, Paul Singer wurde unter großen Anstrengungen der Berliner Arbeiter im 12. Bezirk gewählt, er erhielt bei der Wahl am 18. Oktober 1883 822 Stimmen, die höchste Stimmenzahl, die ein Kandidat der Arbeiterpartei auf sich vereinigen konnte. Singer zog mit weiteren Vertretern der Sozialdemokratie in die Stadtverordnetenversammlung von Berlin ein.

Das Jahr 1884 brachte Neuwahlen zum Reichstag, und im IV. Reichstagswahlkreis – ebenfalls in Berlin – wurde Paul Singer aufgestellt. Er wurde am 28. Oktober im ersten Wahlgang gewählt und erhielt 25386 Stimmen. Wichtig wurde die notwendig gewordene Stichwahl im 2. Wahlkreis, hier standen Rudolf Virchow vom Freisinn und der Hofprediger Stoecker gegeneinander. Sin-

ger wohnte im 2. Reichstagswahlkreis. Bebel, Liebknecht und Auer gaben für das Wahlverhalten der Anhänger der Sozialdemokratie die Parole aus, „gegen Stoecker“. Singer begründete sie gegenüber den sozialdemokratischen Wählern.

Stoecker antwortete: „Haben denn die Juden in Berlin noch das Kommando, daß dieser Mann es sich angelegen sein läßt, hier in den 2. Wahlkreis zu kommen, um Hader und Zweitacht zu sähen? Was hat Herr Singer, der stets sehr vorsichtig ist und das Ausgewiesen werden anderen überläßt, denn im 2. Wahlkreis zu tun?“¹⁰ Ein Gegensatz wurde aufgebaut, angeblich gäbe es zwischen dem „Großkapitalisten“ Singer und den Arbeitern Zweitacht, ein später von Antisemiten oft benutztes antikapitalistisches Schlagwort wurde bemüht. In direkter Rede gegenüber Stoecker erntete Singer Beifall und Zustimmung für seine Worte: „Das sei Eure Parole am 13. November: Gegen Stoecker“. Der tatsächliche Wahlausgang belegte die Richtigkeit dieser Empfehlung: Virchow zog in den Reichstag. Es war dies eine offene Auseinandersetzung mit einem der führenden Protagonisten des Antisemitismus, der versucht hatte, mittels antisemitischer Losungen die Arbeiter der Sozialdemokratie zu entfremden.

Auch diese politische Kabale ging weit über die Person Paul Singers hinaus. Es war das der Kampf mit einer Ideologie der Barbarei, die auch durch den persönlichen Einsatz Singers siegreich für die damalige Arbeiterbewegung ausging. Für Jahre waren Zeichen gesetzt, der primitive Antisemitismus konnte in der Arbeiterbewegung zunächst keinen Fuß fassen, fand durch Singer in Berlin und andere Politiker in zahlreichen Orten seine ihm gebührende, zustehende Antwort.

Das Jahr 1886 – in der Zeit des Sozialistengesetzes – brachte die Ausweisung Paul Singers aus Berlin. Die *Vossische Zeitung* berichtete am 3. Juli sachlich, aber nicht ohne Sympathie unter dem Stichwort „Lokales“ in ihrer Abendausgabe: „Der Reichstagsabgeordnete Paul Singer hat heute vormittag in Folge des ihm zugegangenen Ausweisungsbefehls mit dem fahrplanmäßigen Zuge 11.37 Uhr vom Schlesischen Bahnhofe aus Berlin verlassen, um sich zunächst nach Bad Oeynhausen, dem gegenwärtigen Aufenthaltsort seiner Schwester zu begeben. Seine Schwester war hierher geeilt und befand sich in seiner Begleitung. In sozialdemokratischen Kreisen war die Abreise sehr geheim gehalten worden; Herr Singer selbst verweigerte jede Auskunft. So kam es, daß von der befürchteten Massendemonstration nicht die Rede war, und nur einige hundert Arbeiter im Bahnhofsgebäude und in der Umgebung desselben sich eingefunden hatten, die zum Theil rothe Tücher und rothe Nelken trugen; auch einige weibliche Personen befanden sich unter der Menge. Eine zahlreiche Polizeimacht zu Fuß und zu Pferde war aufgeboden, die zum Einschreiten keine Veranlassung hatte. Unter Hochrufen der anwesenden Arbeiter fuhr Singer ab; als der Zug über die Koppenstraße fuhr, und der ausgewiesene Abgeordnete noch einmal sichtbar wurde, wiederholten sich die Hochrufe aus der auf der Straße stehenden Menge. Auch auf den Stadtbahnhöfen Jannowitzbrücke, Alexanderplatz, Börse und

¹⁰ Ebda, S. 150.

Friedrichstraße hatten sich die Parteigenossen in ansehnlicher Zahl angesammelt und bewillkommneten ihren Führer mit donnernden Hochrufen. Auf Bahnhof Friedrichstraße hatte der Zug mehrere Minuten Aufenthalt und eine große Anzahl Parteigenossen verließ daselbst den Externzug, alle drängten sich an den Waggon heran, in welchem sich Singer befand. Um 12 Uhr verließ der Zug auch diese Station unter Hüte- und Tücherschwenken und den stürmischen Hochrufen der Zurückgebliebenen und Weiterfahrenden. Unter den Frauen befanden sich auch einzelne Vorstandsmitglieder des Arbeiterinnenvereins.“¹¹

Inhaltlich wiederholte die Berliner Presse in verschiedenen Varianten diesen Bericht. Am Morgen des 3. Juli hatte die *Vossische Zeitung* eine kurze Notiz über eine Rechtfertigung der *Kreuzzeitung* abgedruckt: „Die Kreuzzeitung‘ macht endlich einen Versuch die denunziatorische Rolle, welche sie in der Singerschen Angelegenheit gespielt hat, zu vertheidigen und zwar mit der lächerlichen Behauptung, daß ‚das Judenthum drauf und dran ist, sich zum einigenden Moment zwischen Sozialdemokratie und fortgeschrittenem Liberalismus zu entwickeln‘ und, daß Herr Singer das Haupt dieser sich anbahnenden Vereinigung sei! Deutlicher konnte das würdige Blatt allerdings nicht zu verstehen geben, daß Singer ausgewiesen werden mußte, weil er bei den letzten Wahlen die Sozialdemokraten veranlaßt habe, lieber für Dr. Virchow, als für Stöcker zu stimmen.“¹²

Die *Freisinnige Zeitung*, die am 4. Juli ebenfalls in einer kurzen Notiz über die Abreise Singers berichtete, hatte bereits am 1. Juli – im Zusammenhang mit der Ausweisung Singers aus Berlin – auf Hetzartikel in konservativ-antisemitischen Blättern verwiesen, nach denen Singer angeblich ein Legat von 100000 Mark für die sozialistische Agitation verwaltete¹³.

Gemkow brachte in seiner Arbeit über Singer den Hinweis, daß sich an der Verabschiedung auf dem Schlesischen Bahnhof (heute Hauptbahnhof) neben den oben erwähnten Mitgliedern der Arbeiterpartei und sozialdemokratischen Stadtverordneten von Berlin auch Vertreter der jüdischen Gemeinde auf dem Bahnhof eingefunden hatten¹⁴. Gemkow stützt sich bei dieser Aussage auf die Akten des Berliner Polizeipräsidiums, die Mehrzahl der Berliner Tageszeitungen enthielten derartige Hinweise nicht.

In einem Flugblatt, das das *Berliner Volksblatt* am 26. November 1887 abdruckte, ging Singer auf einige antisemitische Ausfälle Stöckers gegen seine Person ein. Stöcker hatte in einem Flugblatt die Behauptung aufgestellt: „... der Jude befiehlt, daß die Arbeiter für den Fortschritt (gemeint ist hier die Haltung der Wähler in der Stichwahl zwischen eben diesem Stöcker und dem Kandidaten der Fortschrittspartei Dr. Rudolf Virchow d. Vf.) antreten, und sie müssen tanzen, wie der Jude pfeift.“ Singer antwortete wie folgt: „Zum

¹¹ *Vossische Zeitung*, 3. Juli 1886, Abendausgabe.

¹² *Vossische Zeitung*, 4. Juli 1886, Morgenausgabe.

¹³ *Freisinnige Zeitung*, 1. Juli 1886.

¹⁴ Heinrich Gemkow, *Paul Singer*, S. 43.

zweiten Male seit wenigen Wochen ist Euch ein Flugblatt zugegangen, welches in bekannten ‚christlich-sozialen‘ Ausführungen sich mit meiner Person beschäftigt.

Wenn es mich auch mit Ekel erfüllt, mich mit diesem von frechen Lügen und elenden Verleumdungen strotzenden Machwerk abgeben zu müssen, so zwingt mich doch der Umstand, daß in mir meine Partei – die deutsche Sozialdemokratie – beschimpft wird, die Feder in die Hand und veranlaßt mich, die wiederholten Versuche, mich in scham- und ehrloser Weise bei meinen Parteigenossen zu verdächtigen . . .“¹⁵ Singer betonte, daß er nicht für seine Person sprach, sondern ihn nur der Umstand der Verleumdung der Sozialdemokratie zur Antwort zwang. Er beabsichtigte nicht, sich der Angriffe auf sein Judentum zu erwehren – wohl wissend, daß das nichts brachte. Er sieht die Angriffe auf sein Judentum als Angriffe auf seine Partei.

Auch bei anderen Gelegenheiten schlug er diesen Weg ein, er forderte z. B. mehrfach in Reichstagsitzungen nur „lautere Mittel“ einzusetzen und jeden Schmutz im politischen Kampf zu unterlassen¹⁶. An anderer Stelle betonte er die Moral der von ihm vertretenen Idee, die er als so „erhaben und groß“ bezeichnete, daß sich ihr deren Gegner beugen müßten¹⁷.

1887 trat Singer aus der Geschäftsleitung der Mantelfabrik aus und widmete sich voll der Parteiarbeit. Er wich hier wohl den massiven Angriffen aus, daß er als Kapitalist nicht Arbeiterfunktionär sein konnte. Selbst Friedrich Engels hatte deshalb an Wilhelm Liebknecht geschrieben. In der Sozialdemokratie war Singer Vorsitzender der Reichstagsfraktion und bekleidete dasselbe Amt in der Stadtverordnetenversammlung von Berlin. Er wurde Mitglied des Parteivorstandes und präsierte auf fast allen sozialdemokratischen Parteitag.

Seine besondere Leistung lag in der Kommunalpolitik, ein im allgemeinen wenig beachteter Aspekt sozialdemokratischer Parteiarbeit. Hier konnte er alle jene Momente einbringen, die ihn aufgrund seiner Herkunft und seiner Berliner Erfahrungen bewegten, und er gilt zu Recht als der Schöpfer sozialdemokratischer Kommunalpolitik. Hier wären Sozial-, Gesundheits-, Hygiene- und Schulpolitik insbesondere in Berlin zu nennen. Seine Reden galten – trotz geschliffenen Stils – als trocken, waren aber in der Problemstellung treffend und sachlich.

Gehen wir noch einmal auf die eingangs herangezogene Bewertung seines Lebens durch die damalige Presse ein. Das *Berliner Tageblatt* schrieb: „Diese Entwicklung wird weitergehen über alle Gräber und über alle Theorien. Auch über das Grab dieses Volkstribunen hinweg, der auch in seinen Irrtümern ehrlich und abseits von aller Politik ein Mensch von großer Bravheit und Güte war.“¹⁸

¹⁵ *Berliner Volksblatt*, 26. November, Beilage.

¹⁶ Siehe dazu die Auszüge aus den Reichstagsreden Paul Singers, die Gemkow als Anhang seiner Arbeit vorgelegt hat. Heinrich Gemkow, *Paul Singer*, S. 84 ff.

¹⁷ Rede Paul Singers auf einer Festveranstaltung anlässlich des Falls des Sozialistengesetzes, abgedruckt in Heinrich Gemkow, *Paul Singer*, S. 89.

¹⁸ *Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung*, 31. Januar 1911, Abendausgabe.

Der Magistrat von Berlin genehmigte, daß Paul Singer an einem Sonntag beerdigt werden durfte, wohl eine verdiente Ehrung für den langjährigen Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung. Zu den Beisetzungsfeierlichkeiten kondolierten aus dem Ausland u. a.:

„Das internationale sozialistische Büro, die sozialistische Arbeiterpartei Hollands, die dänische Sozialdemokratie, der schwedische Parteivorstand, das Zentralkomitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Allgemeine Gewerkschaftsbund Bulgariens, das Auslandskomitee des Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes Rußlands in Genf, die Wiener Arbeiterschaft, die sozialistische Partei New York, die deutschen sozialdemokratischen Arbeiter von Triest, der Landesparteitag der tschechischen Sozialdemokraten Niederösterreichs, die Brüsseler Gruppen russischer Sozialdemokraten, die sozialdemokratische Arbeiterpartei Lettlands, die Sozialdemokraten Polens und Litauens.“¹⁹

Nach Zeitungsberichten nahmen offizielle Vertreter Berlins am Trauerzug teil, u. a. der Oberbürgermeister Max Forckenbeck, der Bürgermeister, Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats. Das *Berliner Tageblatt* schrieb über den Trauerzug auf der ersten Seite: „Und er (der Trauerzug d. Vf.) war nicht nur Schauspiel, nicht nur eine imposante Manifestation einer Partei – jeder, der in diesem Zuge schritt, und jeder, der an dem langen Wege stand, hatte, unabhängig von aller politischen Überzeugung, das klare Gefühl, daß man hier einen braven, wohlthätigen Menschen, einen guten Berliner Bürger zur letzten Ruhe trug.“²⁰

In der Stadtverordnetenversammlung von Berlin wurde ihm durch den Vorsteher der Versammlung, Walter Büchtemann, folgender Nachruf gewidmet:

„Paul Singer war dem Dienstalster nach das zweitälteste Mitglied dieser Versammlung. Geboren im Jahre 1844 und Mitglied der Versammlung seit 1884, habe er sich bald darauf aufgrund seiner aufopfernden Tätigkeit für das Wohl der Stadt Berlin, bei seinen großen parlamentarischen Erfahrungen und bei seinem anerkannten praktischen Sinn, der ihm noch durch sein bewegtes Leben gestärkt worden sei, in den vordersten Reihen der Vertreter der Stadt Berlin befunden. Paul Singer habe sehr redengewandt seiner Überzeugung überall in Selbstlosigkeit und Uneigennützigkeit treu Ausdruck gegeben. Und wenn er auch hier in den Vertretern gegenteiliger Meinungen viele Gegner gefunden hat, so kann man von keiner Stelle behaupten, daß Singer hier einen persönlichen Feind gehabt hat, denn er war im geselligen Verkehr ein offener, ehrlicher, formgewandter Charakter, der, wenn auch oft scharf in der Kritik, doch niemals die Grenzen des Zulässigen überschritten hat und stets hier nur fachlich und nicht persönlich gewesen war. Sein Verlust sei nicht nur groß für die Stadtverwaltung und die Stadt Berlin selbst, sondern gehe weit darüber hinaus. Sein Tod werde in vielen Kreisen, auch außerhalb ebenso wie hier, große Klage und tiefe Trauer erwecken. Jeder in der Versammlung habe ihn achten und schätzen gelernt, so werde er auch noch lange jedem vor Augen stehen und manches mal werden sich die Blicke nach seinem Platze richten, der jetzt verwaist sei. Die Versammlung werde ihm alle Zeit ein liebes und freundliches Andenken bewahren.“²¹

¹⁹ *Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung*, 2. Februar 1911, Abendausgabe.

²⁰ *Berliner Tageblatt*, 6. Februar 1911, Montags-Ausgabe.

²¹ Ebd.

Es fällt auf, daß der Vorsteher die Versammlung, der der Sozialdemokratie überwiegend nicht freundlich gegenüberstand, jene Seiten des Charakters Singers hervorgab, die auch das *Berliner Tageblatt* würdigte: Anständigkeit, Kompetenz, menschliche Wärme und Stil, kurz: es wurde ihm ein guter Charakter bescheinigt.

Der Reichstagsabgeordnete Richard Fischer hielt am Grab die Gedenkrede. Er führte u. a. aus:

„Die Berliner Arbeiter haben ihn geliebt, weil er nicht nur ihnen seine Liebe bekundet hat, sondern weil er trotz seiner überragenden Größe ein Einfacher, jedem von uns Gleicher war. Wir müssen um die Seele des deutschen Arbeiters ringen, sagte der Handelsminister. Singer hat die Seele der Berliner Arbeiter erobert, weil sie ihn erkannt haben als den, der in aufrichtiger Hingebung, in unwandelbarer Treue, in opferreicher und unaufhörlicher Arbeit sein Können und seinen Willen, ja sein Leben ihrer Sache, ihren Kämpfen zur Verfügung gestellt.“

Weiter heißt es im Zusammenhang mit der uns interessierenden politischen Entwicklung Singers:

„Damals versuchte ein heuchlerischer Zelot, die Berliner Arbeiter von ihrem Ziele abzulenken und einzufangen. Singer riß diesem Mann, auf dessen Stirn das Brandmal der Lüge geprägt war, die Maske ab, und von dieser Stunde an begannen die Kämpfe gegen ihn. Wie hat man ihn geschmäht, weil er Jude und Millionär war! Wenn aber Singer, der den Glauben seiner Väter innerlich überwunden hatte, treu zu seiner Gemeinde hielt, so ist das ein weiterer Beweis seines moralischen Mutes, seines Widerwillens gegen feige Kompromisse.“²²

Singer löste sich nach dieser Aussage von seinem Glauben, ohne seinem Judentum abzuschwören. Gerade unter diesem Aspekt muß unterstrichen werden, daß – auch wenn die bisherige Materialdecke noch dünn ist – Paul Singer nach 1883/1884 der Antisemitismuskonzeption in der Sozialdemokratie offensichtlich nicht fördernd gegenüberstand. Hamburger wies darauf hin, daß Singer sich bemühte, den Antrag des jüdisch-amerikanischen Vertreters Abraham Cahan, das Antisemitismusproblem auf die Tagesordnung des Internationalen Sozialisten-Kongresses 1891 zu setzen, abzuwehren²³. Verwunderlich ist auch die Tatsache, daß das programmatische Referat *Antisemitismus und Sozialdemokratie* auf dem Kölner Parteitag 1893 nicht von Singer, sondern von Bebel gehalten wurde. Das Protokoll weist aus, daß Singer sich weder an der Diskussion zu dieser Frage beteiligte noch im Schlußwort auf die Diskussion einging²⁴. Wer allerdings die Berliner Verhältnisse dieser Jahre etwas genauer kannte, wunderte sich darüber nicht so sehr, da der „genius loci“ dieser Stadt von den Verhältnissen in anderen Teilen des Deutschen Reiches wesentlich abwich. Die Großstadt schuf andere Verhältnisse und das sollte man bei der Beurteilung der politischen Entwicklung der Einzelperson nicht unterschlagen.

²² *Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung*, 3. Februar 1911, Abendausgabe.

²³ Ernest Hamburger, *Juden im öffentlichen Leben Deutschlands*, S. 405.

²⁴ *Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Köln a. Rh.* vom 22.–28. 10. 1893, Berlin 1893, Nachdruck Berlin – Bonn 1978.

Es war wenig über die Gründe zu erfahren, warum diese Seite der Persönlichkeit Singers in den Veröffentlichungen in der ehemaligen DDR kaum untersucht wurde. Es ist jetzt müßig darüber zu spekulieren, m. E. lag es in tagespolitischen Gründen, in denen sich die Ost-West-Politik auf ihre Art niederschlug, d. h. an der Haltung zum Staate Israel und wohl auch daran, daß der religiösen Herkunft in einer atheistischen Bewegung in einem ausgeprägtem revolutionärem Paradigma bewußt nur wenig Aufmerksamkeit gezollt wurde. Der Irrtum lag darin, daß hier Religion und Tradition verwechselt wurden. Ich erinnere u. a. an die Diskussion um Begriffsbildungen wie „Deutsche jüdischer Herkunft“, die wohl diesem Streben entstammten und zu komplizierten Wortbildungen führen mußte.

Zwei kleine Anmerkungen sollen am Schluß stehen. Es existiert von dem Leichenbegängnis Singers ein Dokumentarfilm, der in seinen Bildern die Liebe und Achtung der Berliner Arbeiter gegenüber dem Menschen Paul Singer zum Ausdruck bringt. Es ist eines der ersten und damit wertvollsten Filmdokumente der Arbeiterbewegung. Es wird im Filmarchiv Potsdam, das gegenwärtig im Bundesarchiv Koblenz aufgeht, aufbewahrt.

Und zum zweiten, das Haus der Mantelfabrik Gebr. Singer hatte alle Stürme der Zeit überlebt und stand bis zur Mitte der sechziger Jahre am Werderschen Markt in Berlin. Es verfiel – trotz zahlreicher Proteste – dem Neubau des Außenministeriums der vormaligen DDR. Eine Plakette erinnerte am Roten Rathaus in Berlin an den Stadtverordneten Paul Singer²⁵, sie hat die Wende nicht überlebt.

²⁵ Zu Paul Singer siehe jetzt auch Werner E. Mosse, *Integration and Identity and Imperial Germany: Towards a Typology*, in: *Year Book XXXVII of the Leo Baeck Institute*, London 1992, S. 91–93.

„Wie steht es mit dem Sozialist?“
Sozialismus, Deutschtum, Judentum im Briefwechsel
Gustav Landauers und Fritz Mauthners

von
HANNA DELF

I

Im Herbst 1889 richtet der Student der Deutschen Philologie und Philosophie Gustav Landauer ein Bittschreiben an den renommierten Literatur- und Theaterkritiker Fritz Mauthner. Dieser möge seinen Essay *Gedankensprünge*¹ beurteilen und, im Falle günstiger Beurteilung, ihm, dem Neuling, das Debut in die literarische Szene Berlins ermöglichen. Landauer war gewiß nicht der Einzige mit derlei Anliegen, doch er war erfolgreich. Zwar wurde die erwähnte Schrift nicht gedruckt, doch machte sie soviel Eindruck, daß Mauthner den selbstbewußten jungen Mann einlud, an seinem Magazin *Deutschland* mit Rezensionen und literarischen Beiträgen sich zu beteiligen². Schon bald geht die Bekanntschaft über das Geschäftsmäßige hinaus. Stolz berichtet Landauer von den Begegnungen mit Mauthner, von dessen Urteil über seinen Vortrag *Über Religion*³ oder, daß er sich aus dem gerade entstehenden Roman *Der Todesprediger* habe vorlesen lassen⁴.

Landauer will jedoch mehr als den Einstieg in die literarische Szene Berlins. Im Oktober 1892 schreibt er, nun bereits Redakteur des „Sozialist“, an eine

¹ Gustav Landauer, *Gedankensprünge*, Manuskript, datiert vom 11. 10. 1889: Gustav Landauer Nachlaß bei der Jewish National and University Library, Jerusalem, Ms Var 432, Nr. 55; im folgenden: GLAJ 55. Landauer berichtet einer Freundin von Mauthners Reaktion auf seinen „lyrischen Artikel“ (Brief vom 27. 9. 1892): Landauer-Nachlaß des Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam Nr. 100; im folgenden: GLAA 100).

² Landauers erster Beitrag *Über epische und dramatische Kunst* erschien dort im Januar 1890, Nr. 14, S. 246–248 und Nr. 15, S. 264–266.

³ Landauer hatte diesen Vortrag (Teil-Manuskript: GLAJ 82a) vor dem Heidelberger Neuphilologischen Verein gehalten, dessen Vorsitzender er während seines dortigen Studiums 1888–1890 war (vgl. den Brief von L. Ebert vom 15. 10. 1890: GLAA 13). Der Artikel erschien unter dem Titel *Religiöse Jugenderziehung: Neue Rundschau*, Freie Bühne für modernes Leben, 2. Jg., H. 6, 11. 2. 1891, S. 134–138; über die heftige Reaktion der Vereinsgenossen in den Briefen: GLAA 99.

⁴ Vgl. den Brief an Siegfried Landauer vom 30. 5. 1891 (GLAA 99). Gustav Landauer: *Der Todesprediger*, Dresden / Leipzig 1893.

Freundin: „... die Verwirklichung der socialistischen Idee, die Aufklärung der Massen, die freie Lebensauffassung und Lebensgestaltung, die Vernichtung des Aberglaubens, die Zerstörung menschenunwürdiger Zustände [liegen mir] am Herzen.“⁵ Und realisiert, was schon dem gelangweilten Straßburger Studenten vorschwebte und wegweisend für seine politische Entwicklung werden sollte.

„... mit dem Socialismus und Communismus gehe ich also ein gutes Stück Weg; ich fürchte aber, daß sich unsere Wege trennen werden, indem ich noch weiter gehe. Mit der heutigen Socialdemokratie wenigstens scheinen mir Materialismus, Militarismus, Puritanismus, Nüchternheit (im schlechten Sinne; ich kenne eine Nüchternheit, die ich sehr hoch stelle), Eudämonismus, Kunstfeindschaft unlöslich vereint.“⁶

Sein Engagement bei den *Jungen*⁷, später den Friedrichshagenern und in der Volksbühnenbewegung⁸, dann die exponierte Rolle, die er als Redakteur des *Sozialist* innerhalb der anarchistischen Bewegung Berlins spielt, bezeichnen die äußeren Stationen des anarchistischen Sozialisten Landauer in den neunziger Jahren; begleitet von Zensur, Beschlagnahmung, Spitzelobservation, Verhaftungen und Gefängnisstrafen⁹.

„Liebermann hat mir“, schreibt Fritz Mauthner im Dezember 1896 an Auguste Hauschner, „endlich Walter Leistikow empfohlen. Zur Strafe dafür möchte ich ihn beinahe wieder für den armen Landauer angehen, dem es jetzt anfängt mit der Gesundheit recht schlecht zu gehen. Sonst geht es ihm noch schlechter; ich fürchte, man wird ihn bald wieder fassen. Wenigstens gibt es fortwährend Haussuchungen. Ich halte mich politisch ganz fern von seiner Tätigkeit, menschlich aber bleibt er mir immer gleich sympathisch.“¹⁰

Mauthner war seit den Prager Jugendjahren ein glühender Verehrer Bismarcks¹¹, mit dessen Vision eines starken, geeinten deutschen Reiches er sich so

⁵ Brief vom 9. 10. 1892 (GLAA 100).

⁶ Brief an den Jugendfreund Moos vom 13. 2. 1891 (GLAA 99).

⁷ Landauer hielt seinen ersten Vortrag im Verein der Unabhängigen Sozialisten am 1. 11. 1892 zum Thema *Max Stirner und der Individualismus* (vgl. Brief an Siegfried und Hugo Landauer vom 14. 9. 1892: GLAA 100). – Zu den Jungen vgl. Manfred Bock: *Die Literaten- und Studentenrevolte in der SPD 1890 (Das Argument, Heft 1/2, März 1971, S. 21–44)* und Dirk Müller: *Idealismus und Revolution. Zur Opposition der Jungen...*, Berlin 1975. Für diese Zeit wie alles weitere vgl. die monografische Studie von Eugene Lunn: *Prophet of Community. The Romantic Socialism of GL*, Berkeley 1973.

⁸ Vgl. Wilhelm Spohr: *O ihr Tage von Friedrichshagen. Erinnerungen aus der Werdezeit des deutschen literarischen Realismus*, Berlin 1949 und Julius Bab: *Berliner Bohème*, Berlin / Leipzig 1904.

⁹ Einen Eindruck davon vermittelt Ulrich Linse: *Organisierter Anarchismus im deutschen Kaiserreich von 1871*, Berlin 1969.

¹⁰ Brief vom 12. 12. 1896 (*Briefe an Auguste Hauschner*. Hrsg. von Martin Beradt und Lotte Bloch-Zavrel, Berlin 1929, S. 39; im folgenden: Hauschner Briefe, S.).

¹¹ Prägend mögen die Erfahrungen des Prager Studenten gewesen sein. Mauthner spielte bereits hier eine wortführende Rolle gegen tschechische Ansprüche. Diese Vermutung äußert auch Joachim Kühn, auf dessen gründliche und materialreiche Studie ich mich im folgenden immer wieder beziehe (ders.: *Gescheiterte Sprachkritik. Fritz Mauthners Leben und Werk*, Berlin

sehr identifizierte, daß er noch 1918, als dieses Reich im Begriff stand unterzugehen, den ersten Band seiner *Erginnerungen*¹² mit den Worten eröffnet: „Sancte Bismarck magister Germaniae, ora pro nobis“. Bismarck gilt ihm – neben Otto Ludwig und Nietzsche – als Inspirator seiner Sprachkritik¹³.

So verschieden wie die politische Haltung Landauers und Mauthners ist ihr Verhältnis zum Judentum: des einen Bekenntnis zu Deutschland gründet auf weitgehender Ablehnung, ja Verleugnung der eigenen jüdischen Herkunft, der andere entdeckt mit den Jahren immer deutlicher im Judentum die Wurzeln seiner sozialistischen Vision.

II

Am 2. Mai 1919 wurde Landauer durch konterrevolutionäre Soldaten bei der Niederschlagung der Räteregierung in München ermordet. Zwei Wochen später schreibt Mauthner an Auguste Hauschner:

„Was den Schmerz über L[andauer]s Aufhören ... betrifft, werden wir beide wohl gleich empfinden. ... Aber auch – in dieser Zeit – nichts mitverschulden, was Deutschland schaden könnte. Die Frage ist furchtbar kompliziert. Es drängt sich mir aber der Plan auf, für mich allein, langsam, ein ernstes Buch über L. zu schreiben, das seinen Adel zeichnet ...“¹⁴

Mauthner hat dieses Buch nie geschrieben; aber für die Düsseldorfer Theaterzeitschrift *Masken* fand er Worte des Gedächtnisses:

„Ich darf mich wenigstens des einen Vorzugs rühmen, unter seinen Freunden – den Jahren und der Bundesdauer nach – der älteste gewesen zu sein; der Freundschaftsbund, rasch geschlossen und in dreißig Jahren gefestigt, riß auch in den Kriegsjahren nicht, so grob wir einander auch mitunter die Meinung schrieben ...“¹⁵

Nahezu 600 Briefe und Postkarten aus der Korrespondenz dieser so ungleichen und auch wieder ähnlichen Freunde sind überliefert. 80 Briefe Landauers wurden von Martin Buber und Ina Britschgi-Schimmer in die 1929 erschienenen Bände *Lebensgang in Briefen* aufgenommen. Der große Rest blieb, wie die Briefe Mauthners, von denen ca. 160 erhalten sind, bis heute unveröffentlicht. Der

1975, S. 112; im folgenden: Kühn, S.). Noch Mauthners *Erinnerungen* machen deutlich, wie wichtig ihm die Tatsache war, der Delegation anzugehören, die der 1872 neugegründeten Universität Straßburg Glückwünsche der „ältesten deutschen Universität“ überbrachte, ebda, München 1918, S. 311.

¹² Fritz Mauthner, *Erinnerungen. I. Prager Jugendjahre*, München 1918.

¹³ Darauf hat Gershon Weiler in seiner Textanthologie, *Fritz Mauthner, Sprache und Leben*, Salzburg / Wien 1986 hingewiesen.

¹⁴ Brief vom 15. 5. 1919, Hauschner Briefe, S. 195.

¹⁵ Fritz Mauthner, Zum Gedächtnis, *Masken. Halbmonatsschrift des Düsseldorfer Schauspielhauses*, 14. Jg. 1918/19, Heft 18/19, S. 300–304; in diesem Landauer gewidmeten Heft erschienen u. a. auch Beiträge von Martin Buber, Margarete Susman und Auguste Hauschner.

Vergleich mit den Listen, die Ina Britschgi-Schimmer während des Sammelns der Briefe anlegte, zeigt, daß von den ca. 400 Briefen Landauers, die auch ihr vorlagen, nahezu alle erhalten geblieben sind, daß aber ungefähr ein Drittel der ihr bekannten Briefe Mauthners verloren sind. Ob diese Briefe von Ina Britschgi-Schimmer, der sämtliche Briefe vorlagen¹⁶, an die Familie Landauer zurückgeschickt wurden und später während der Verfolgungen durch das Nazi-Regime verloren gingen oder ob sie Hedwig Mauthner übergeben wurden und diese sie – gemäß einer testamentarischen Anordnung ihres Mannes – der Veröffentlichung entzog, konnte ich bisher nicht klären¹⁷.

III

„Du willst der Sprachkritiker sein und denkst an Deutschland.“¹⁸ – Mauthner, der erste Leser des Briefwechsels, verstand Landauers Vorwurf bis zuletzt nicht. Hier jedoch liegt das Grundmißverständnis und auch die menschliche Größe dieses *Freundschaftsbundes* beschlossen. Mauthner ist nicht nur Förderer, väterlicher Freund und Helfer Landauers in immer wiederkehrenden Existenznöten, Landauer wird auch zum einzigen wirklichen – und dies mag der Grund sein für den kargen, förmlichen Ton der Briefe – Schüler Mauthners¹⁹, der es – aus der eigenen politisch – praktischen Intention heraus – vermochte, die praktischen Konsequenzen der radikalen Sprachskepsis zu ermessen und zu überwinden²⁰.

Mauthners sprachkritische Überlegungen, die Landauer in vielen Gesprächen von Beginn an kennenlernte, treffen bei ihm auf offene Ohren. Mauthners Sprachskepsis ist ihm eine Erweiterung und Fundierung seiner anarchistischen Kritik²¹. So versteht er auch Mauthners Empörung nicht, als er, wie er meint,

¹⁶ Vgl. die Listen (GLAA 132), sowie den Fußnotenapparat der Briefe I/II und den Briefwechsel Ina Britschgi-Schimmers mit Martin Buber, *Zionistisches Archiv*, Jerusalem.

¹⁷ Nachdem Mauthner sich zunächst weigerte, stellte er eine Auswahl von Briefen für die Brief-Edition zur Verfügung (vgl. die Briefe vom 24. 8. 1922 und 24. 1. 1923; Mauthner Nachlaß, LBI). An diese Auswahl hielt sich Hedwig Mauthner auch nach dessen Tode.

¹⁸ Landauer am 29. 9. 1914, Landauer-Sammlung: Leo Baeck Institute, New York; im folgenden: LBI.

¹⁹ Zur Wirkung Mauthners auf die literarische Moderne vgl. auch Walter Eschenbacher: *Fritz Mauthner und die deutsche Literatur um 1900. Eine Untersuchung zur Sprachkrise der Jahrhundertwende*, Bern / Frankfurt/M. 1977.

²⁰ Dies wird schon in Landauers Rezensionen deutlich: *Mauthners Sprachkritik* (*Die Zukunft*, 9. Jg., Bd. 35, Nr. 32, 11. 5. 1901, S. 220–224), *Mauthners Sprachwissenschaft* (*Die Zukunft*, 10. Jg., Bd. 37, Nr. 8, 23. 11. 1901, S. 312–323) und *Die Welt als Zeit* (*Die Zukunft*, 10. Jg., Bd. 39, Nr. 33, 17. 5. 1902, S. 265–276), die dann verändert als *Skepsis und Mystik*, Berlin 1903 erschienen.

²¹ „Wir kämpfen heute gegen allerlei Reaktion, die unser Leben einengt und herabzieht; gegen Staat und Privateigentum, gegen Religion und Moral und gegen allerhand andere Autoritäten [. . .]. Für den, der tiefer blickt, ist aber schon heute am Horizonte eine neue und doch uralte Zwangsautorität aufgetaucht, die furchtbarste reaktionäre Macht, die je zu be-

seinem Lehrmeister öffentlich eine Huldigung darbringt. Sie erscheint als letzter Teil eines umfangreichen Artikels betitelt *Zur Entwicklungsgeschichte des Individuums* – einer polemischen Auseinandersetzung mit dem Stirnerschen Anarchismus – und endet mit den Worten:

„Ich weiß nicht, ob es mir möglich gewesen ist, daß, was ich . . . über die reaktionäre Macht der Sprache zu sagen hatte, so klar auszudrücken, daß jeder . . . mir folgen und mich verstehen konnte. . . . Heile dem Manne, der einst dieses Werk vollbringen wird, und der die schlimmste Helferin der dunklen und hemmenden Mächte, die zurückgebliebene, mumienhafte und vermoderte Menschensprache mitten ins Herz trifft.“²²

Mauthner sieht sich um die Frucht seiner Arbeit, die bis dato noch nicht veröffentlicht war, gebracht und glaubt sein Vertrauen mißbraucht. Landauer fühlt sich nicht minder mißverstanden und schreibt gekränkt:

„Als ich gestern Abend aus einer imposanten Schneiderversammlung in etwas gehobener Stimmung nach Hause kam, glaubte ich, einige Worte des Dankes vorzufinden für die Huldigung . . . Es kam aber ganz anders, und jetzt bin ich bitter betrübt . . . , . . . daß die Stellen meines Artikels, die mit dem Willen geschrieben waren, Ihnen eine Freude zu machen, Sie zu dem Gedanken führten, Ihr Lebenswerk zu vernichten . . . – was soll ich dazu sagen?“²³

Er bietet ihm zum Beweise seiner guten Absichten und ihrer geistigen Verwandtschaft Exzerpte an, die er bei der Lektüre von Schopenhauer und Nietzsche im Gefängnis von Sorau 1893 niedergeschrieben hatte²⁴. Daraus nur ein Satz:

„Dieser Wahn, die Welt, wie sie sich offenen Sinnen und schrankenlosem Träumen und Phantasieren offenbart, lasse sich mit der Sprache und ihren toten Begriffen und leeren Allgemeinheiten im geringsten genügend erklären und festhalten!“²⁵

Der eigentliche Schüler-Meister-Pakt jedoch wird erst 1898 geschlossen, als Mauthners Augenleiden²⁶ die Fertigstellung des ersten Bandes seines umfangreichen Werkes gänzlich zu vereiteln droht. Landauer ist sofort bereit, dem Freund zu helfen:

kämpfen war. Diese Macht ist die Sprache.“ Gustav Landauer: *Zur Entwicklungsgeschichte des Individuums V* (*Der Sozialist*, 6. Jg., Neue Folge, Nr. 6, 8. 2. 1896; auch in: *Signatur g.l. Gustav Landauer im „Sozialist“ (1892–1899)*, hrsg. von Ruth Link-Salinger, Frankfurt/Main 1986, S. 344). – Auch die Probleme Karl Starkbloms in Landauers Roman *Der Todesprediger* (Dresden 1893) zeigen, wie ähnlich die Probleme beider Männer sind (vgl. auch Kühn, S. 202).

²² Gustav Landauer: *Entwicklungsgeschichte . . .*, a. a. O., S. 349.

²³ Landauer am 11. 2. 1896 (GLAA 90).

²⁴ Exzerpte zu Schopenhauer und Nietzsche (GLAA 3).

²⁵ Ebda, GLAA 3.

²⁶ Mauthner litt an einer Netzhautblutung, die ihn unfähig machte zu lesen und zu schreiben (vgl. den Brief an Marie Ebner-Eschenbach vom 3. 5. 1898; zitiert bei Kühn, S. 208).

„... so sage ich Ihnen einstweilen nur, daß ich auf Ihre Arbeit einen so ungemeinen Wert lege, daß ich Ihnen, wenn's not tun sollte, ganz und gar zur Verfügung stände, so ganz und gar, daß auch der Staatsanwalt nichts dazwischen zu reden hätte.“²⁷

Die Briefe aus Tegel, Landauer hat im Tegeler Gefängnis eine halbjährige Haftstrafe abzubüßen²⁸, bezeugen, wie intensiv und mit welcher Emphase sich Landauer an die Redaktion und Kommentierung des Manuskripts machte. Er schreibt detaillierte Memoranden, macht hunderte von Anmerkungen, läßt sich Stapel von Büchern aus der Königlichen Bibliothek beschaffen – Augustin, Pseudo-Dionysius, Arnolds Ketzergeschichte, Prantls Geschichte der Logik, Ritschls Geschichte der Mystik –. Auf Mauthners Wunsch übersetzt er einige Predigten Meister Eckharts und ist davon derart angetan, daß innerhalb weniger Wochen das Manuskript seiner Anthologie von Predigten des Mystikers entsteht²⁹, und zudem „eine große Arbeit über Mauthner“, wie er an Hedwig Lachmann, seiner späteren zweiten Frau, schreibt. Vermutlich handelt es sich um Vorarbeiten zu dem als Rezension des ersten Bandes erschienenen Essay, nach dessen Lektüre Mauthner später schreibt:

„Ich habe Deine Arbeit *Die Welt als Zeit*³⁰ gestern erhalten und wegen böser Kopfschmerzen erst heute gelesen. Die Gesamtwirkung ist freudige Erregung: Freude über das fruchtbare Fortwirken meiner Sprachkritik in Deinem Kopf, Erregung bei der Vorstellung all der Probleme, ... Ausgezeichnet finde ich die Einleitung, d. h. den ganzen Abschnitt über die Mystik. Darin habe ich schon viel angenommen und hoffe noch weiter zu kommen.“³¹

Wieviel Mauthner tatsächlich von Landauer übernahm, hat Joachim Kühn detailliert dargelegt³². Er hat zudem gezeigt, daß auch für Mauthner die Begegnung mit Landauer lebensgeschichtliche Bedeutung erlangte. Erst Landauers Begeisterungsfähigkeit ermunterte und ermutigte ihn, sein sprachkritisches Werk fertigzustellen, und das wiederum gab ihm die Kraft, Berlin und den verhaßten Journalismus hinter sich zu lassen³³.

Für die fast symbiotische Nähe, in der sich beide Männer in jenen Jahren

²⁷ Landauer am 24. 2. 1898 (GLAA 90; auch in: *Gustav Landauer, Sein Lebensgang in Briefen*, hrsg. von Martin Buber und Ina Britschgi-Schimmer, 2 Bde., Frankfurt/M. 1929, Bd. I, S. 9–10; im folgenden: *Briefe I*, S.).

²⁸ Dazu war Landauer im Zusammenhang mit dem Fall Ziethen verurteilt worden. Er hatte dem ermittelnden Polizeikommissar öffentlich Fälschung des Beweismaterials vorgeworfen, um die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen den wegen Mordes verurteilten Ziethen zu erreichen, von dessen Unschuld er durch Moritz von Egidy überzeugt worden war (vgl. Zur Sache des unschuldig im Zuchthaus sitzenden Ziechten: *Der Sozialist* vom 10. 9. 1898).

²⁹ *Meister Eckharts Mystische Schriften*. In unsere Sprache übertragen von Gustav Landauer, Berlin 1903.

³⁰ Gustav Landauer, *Die Welt als Zeit*, a. a. O., Anm. 20.

³¹ Brief vom 17. 5. 1902 (GLAA 18).

³² Kühn, a. a. O., S. 247–263.

³³ Unmittelbar nach der Heirat der Tochter Grete verläßt er Berlin am 6. 10. 1905 in Richtung Freiburg (Hauschner Briefe, S. 82/83; Kühn S. 229/30).

Für die fast symbiotische Nähe, in der sich beide Männer in jenen Jahren befinden, gibt es immer wieder emphatische Formulierungen.

„Gleichzeitig sende ich Dir“, schreibt Landauer, „den Schluß der Korrektur, und die große Stimmung, in der ich bin, kommt nicht nur von dem Dazugedachten, daß nunmehr das große Werk für uns Menschen getan ist, sondern unmittelbar von dem Eindruck dieser letzten Bogen, in denen noch einmal die Gedankentat zusammengefaßt ist; und die innerste Not, aus der heraus Du ans Werk geschritten bist . . .“³⁴.

Und Mauthner schreibt beim Erscheinen von ‚Skepsis und Mystik‘:

„Nehmen wir’s als ein Echo, das so selbständig ist, daß das Ganze ein Doppelecho wird.“³⁵

Landauer fand an Mauthners Sprachkritik, die in vielerlei Hinsicht zu Recht kritisiert werden kann³⁶, den Weg zu seiner persönlichen geistigen Befreiung, und zu dem für ihn charakteristischen Ton. Noch oder gerade 1915, in der Zeit des Ersten Weltkriegs, der für ihn zur Zeit der Bewährung seiner geistigen und politischen Haltungen werden sollte und die ihn von den meisten seiner Freunde trennte, schreibt er:

„Indem ihr die Hirngespinnste, die ihr für Schaden gehalten habt, zerstört, baut ihr euren anderen Menschen auf.“³⁷

Sein kritischer Einwand gegen Mauthners Aufsatz *Zweck und Organismus*³⁸ ließe sich als Motto den Arbeiten der nun folgenden Jahre voranstellen:

„. . . daß die Welt nicht wörtlich zu verstehen, d. h. ihr mit Worten nicht beizukommen ist, hast Du Deinen Schülern ein für alle Mal gezeigt. Ich glaube nicht der Einzige zu sein, der sich vor diesem Schlachtfeld der Systeme irgendwie zum Platonismus zurückgezogen hat . . . : zu einem Anthropomorphismus, der gar nicht leugnen kann, und schließlich auch nicht mehr leugnen will, daß er nur Menschensymbol und Dichtung ist.“³⁹

Es entsteht, zunächst nur auf Bubers Drängen hin⁴⁰, für dessen Reihe *Die*

³⁴ Brief vom 19. 7. 1902 (GLAA 18). – Es handelt sich um die Korrektur des 3. Bdes der *Beiträge zu einer Kritik der Sprache*, Stuttgart / Berlin 1902.

³⁵ Brief vom 27. 4. 1903 (GLAA 18).

³⁶ Eine Standortbestimmung innerhalb der sprachphilosophischen Diskussion unternimmt Gershon Weiler: *Mauthner's Critique of Language*, Cambridge 1970, vgl. auch K. Arens: *Functionalism and fin de siècle. Fritz Mauthner's Critique of Language*, New York 1984 und Kühn, S. 90–98, 211–226.

³⁷ Gustav Landauer: *Stelle dich, Sozialist! (Der Aufbruch. Monatsblätter aus der Jugendbewegung, 1. Jg., H 1, Juli 1915, S. 14–19).*

³⁸ Fritz Mauthner: *Zweck und Organismus. Ein Beitrag zur Sprachkritik (Nord und Süd. Eine deutsche Monatsschrift, Bd. 109, H. 326, Mai 1904, S. 206–217).*

³⁹ Brief vom 14. 5. 1904 (GLAA 91).

⁴⁰ „[. . .] ich kann nicht umhin, Sie nach wie vor für den zur Behandlung dieses Themas Berufenen zu halten. Glauben Sie, daß ich mich hierin irre, und können Sie mir mit ruhigem Gewissen auch nur einen anderen Namen nennen?“ Buber an Landauer am 26. 7. 1906: *Martin Buber, Briefwechsel aus sieben Jahrzehnten*, hrsg. von Grete Schaeder, 3 Bde., Heidelberg 1972, Bd. 1, S. 245.

Gesellschaft der Essay *Die Revolution*, den Landauer dem Freund hatte widmen wollen⁴¹. Mauthner hatte das abgelehnt, war aber von dem Essay schließlich doch angetan. Landauer dazu:

„Ich habe den Wunsch, mein Büchlein möge mit Deinem über die Sprache zusammen auf ein paar Menschen wirken; sie treffen sich in einigem und paralepsieren sich vielleicht wohlütig in anderem.“⁴²

Mauthner, der durch Landauers Vermittlung inzwischen mit Buber bekannt war, hatte für dessen Reihe ebenfalls einen Band geschrieben. Als dieser Band, nicht ganz zum konzipierten Thema *Sprache und Sozialismus*, unter dem Titel *Die Sprache*⁴³ erscheint, schreibt Landauer:

„Anfangs wollte ich Dich um die himmlische und manchmal fast teuflische Ruhe Deines Tons beneiden, dann aber begriff ich zu sehr, wieviel Leiden und Verzicht in dieser Ruhe sich Ausdruck geschaffen haben und beschied mich dabei, anders zu sein und noch einige Hörner ablaufen zu wollen. Wenn Du erst mein Buch haben wirst, wirst Du sehen, wie vielfach wir uns auch in diesen Dingen treffen, und wie doch die Ebenen, in denen wir uns bewegen, recht verschieden sind, da es mir ganz und unverhohlen in den Dingen der Gesellschaft um die Praxis geht. Ich finde auch darin, trotzdem sich alles um die Gemeinsamkeit handelt, Einsamkeit und Wirkungslosigkeit genug.“⁴⁴

In der Tat suchte Landauer jetzt wieder die praktische Wirksamkeit. Er hält wieder öffentliche Vorträge und schreibt an seinem Buch über Sozialismus:

„Einstweilen habe ich mein letztes Wort noch nicht gesagt, und werde in [...] dem Buch über den Sozialismus, von dem die Thesen, die Du kennst, der Anfang sind, nach allen Seiten deutlicher werden.“⁴⁵

Das Buch, der *Aufruf zum Sozialismus*, erscheint 1911 im Verlag des Sozialistischen Bundes. Es enthält eine brillante und hellsichtige Kritik des marxistischen Sozialismus und trägt, hierin sein politisches Vermächtnis, in prophetischem Ton seine Vision einer sozialistischen Gesellschaft vor. Begriffe wie Heilsgeschichte, Reinigung und Umkehr, Bund und Herrschaft des Geistes weisen auf die Nähe zur jüdischen Tradition. „Die Posaunen des Gottesmannes *Moses*“ werden das revolutionäre Prinzip verkünden:

„Der Aufruhr als Verfassung, die Umgestaltung und Umwälzung als ein für allmal vorgesehene Regel, die Ordnung durch den Geist als Vorsatz; das war das große und heilige an dieser mosaichen Gesellschaftsordnung. – Das brauchen wir wieder: eine Neuregelung und Umwälzung durch den Geist, der nicht Dinge und Einrichtungen endgültig festsetzen, sondern der sich selbst als permanent erklären wird. Die Revolution

⁴¹ Gustav Landauer, *Die Revolution*, Frankfurt/M. 1907; = *Die Gesellschaft*. Sammlung sozialpsychologischer Monografien Bd. 13. – Zur Widmung vgl. Brief vom 9. 4. 1907 (GLAA 93); Briefe I, S. 163–165.

⁴² Brief vom 5. 10. 1907 (GLAA 93); *Briefe I*, S. 170–172).

⁴³ Fritz Mauthner, *Die Sprache*, Frankfurt/M. 1907; = *Die Gesellschaft*. Sammlung sozialpsychologischer Monografien, Bd. 9.

⁴⁴ Brief vom 9. 7. 1907 (LBI).

⁴⁵ Brief vom 5. 10. 1907 (GLAA 93); *Briefe I*, S. 170–172.

muß ein Zubehör unserer Gesellschaftsordnung, muß die Grundregel unsrer Verfassung werden.“⁴⁶

Was in Briefen an Julius Bab und Constantin Brunner schon früher formuliert wird, ist hier zur gewußten Voraussetzung geworden. Die jüdischen Propheten setzten unerbittlich den Maßstab für alles Neue, und auch der Sozialismus verdiente diesen Namen nicht, stünde er nicht in ihrer heiligen Tradition⁴⁷.

Zurück zum Briefwechsel: Schon beim Erscheinen der *Revolution* hatte Landauer geschrieben:

„Ich bin mit diesem Büchlein insofern ganz besonders verwachsen, als ich es nicht als etwas Fertiges von mir abtun kann, da es mir nur einen Anfang bedeutet; ... Denn eigentlich bin ich nicht zum Schriftsteller geboren.“⁴⁸

Im Sommer 1908 hält er Vorträge über Sozialismus⁴⁹ und berichtet Mauthner:

„... die Leute – radikale Sozialdemokraten und Anarchisten – waren vor den Kopf gestoßen und begierig mehr zu hören, und das ist alles, was ich für den Anfang wünschen kann.“⁵⁰

Ermutigt durch das lebhaftere Interesse läßt er die *Zwölf Artikel des Sozialistischen Bundes*⁵¹ drucken und verschickt sie – auch an Mauthner. Dieser hat „Fragen und Bedenken“, die wir leider nicht kennen, dennoch berichtet Landauer detailliert über den Aufbau des Bundes und die neu sich konstituierenden Gruppen und schließt mit der leicht ironischen Bemerkung:

„Ich wünsche, daß die Zahnschmerzen aufgehört haben; denn ich rechne stark auf das jetzt noch schnöde gelegnete Verständnis und auf Mitgliedschaft! Dies ist ein N. B. für Frau Doktor⁵²; denn wenn F. M. – nach unserer mündlichen Absprache – mittäte, wäre es eine fast zu große Freude.“⁵³

⁴⁶ Gustav Landauer, *Aufruf zum Sozialismus*, hrsg. von Heinz Joachim Heydorn, Frankfurt/M. 1967, S. 171. Die Vorarbeiten zeigen noch deutlicher, wie eng Landauer antike Modelle wie das jüdische Jubeljahr und die griechische Seisachtheia mit der Vorstellung einer sozialistischen Gesellschaft der Zukunft verknüpft (GLAA 23).

⁴⁷ „... vielmehr wird das Neue gar kein reines Leben führen, wenn es nicht in der heiligen Tradition steht.“ – So Landauer, zitiert bei Heinz-Joachim Heydorn, *Einleitung zu Aufruf...*, a. a. O., S. 24, der als erster nach 1945 nachdrücklich auf den spezifisch-jüdischen Ausgangspunkt von Landauers Denken hingewiesen hat.

⁴⁸ Brief vom 8. 4. 1908 (GLAA 93).

⁴⁹ Erhalten sind Landauers Notizen zu seinem Vortrag in Stuttgart am 31. 7. 1908 (GLAJ 63).

⁵⁰ Brief vom 1. 6. 1908 (GLAA 93), *Briefe I*, 197/98.

⁵¹ Gustav Landauer: *Zwölf Artikel des Sozialistischen Bundes*, (*Die Freie Generation*, 2. Jg., H. 12, 6. 1908, S. 317–318).

⁵² Hedwig Luitgardis Straub (1872–1945), Mauthners spätere zweite Frau.

⁵³ Brief vom 26. 6. 1908 (GLAA 93).

Mauthner ist nicht Mitglied geworden und schreibt ihm, nachdem er das Flugblatt *Was will der Sozialistische Bund?*⁵⁴ erhalten hat:

„Du weist, daß ich anders bin als Du in diesem großen Unternehmen. Im Großen finde ich's herrlich, aber als Großes kommt es nicht auf die Welt; für die kleinen Anfänge fehlt mir aber etwas: die Zuversicht, oder die Tapferkeit, oder die Menschenliebe, oder die Askese. Genug, ich bin da für Dich unbrauchbar. Trotzdem oder just um meiner Schwäche willen hat mir das starke und eigentlich ... humorvolle Flugblatt ausnehmend gefallen.“⁵⁵

Auch der Sammlung für den *Sozialist*⁵⁶ – die Zeitschrift soll vom 15. Januar 1909 an wieder erscheinen – gilt seine wohlwollende Beteiligung:

„Ich hätte nämlich gern ... mit einem anständigen Betrag mich beteiligt. Du weißt, nicht aus Freundschaft, sondern – trotzdem ich Dein romantisches Ideal, Ideen ins Leben zu übersetzen, nicht ganz mitmache – weil es mich immer froh macht, wenn ich Dich am Werke sehe, wenn überhaupt so mit dem Besten Ernst gemacht wird, was der Kopf hergibt.“⁵⁷

Gewiß ist Mauthners Verständnis nicht nur väterlich-freundschaftlicher Natur, er findet auch inhaltlich manches begrüßenswert und hilft gelegentlich mit Buchhinweisen, doch gibt es von ihm keinen einzigen Beitrag im *Sozialist*. Im Briefwechsel taucht der *Sozialist*, der bis 1915 erscheint und größtenteils allein von Landauer bearbeitet wird, immer seltener auf. Überhaupt ist dieser Briefwechsel in den Jahren vor dem Weltkrieg mehr noch als in früheren Jahren das Arbeitsjournal zweier „unzeitgemäßer Gelehrter“, das Gespräch zweier Büchernarren und Privatmenschen. Besonders für Mauthner, der seit 1910 mit der Ärztin Hedwig Straub verheiratet ist und im Glaserhäusle der Droste in Meersburg am Bodensee lebt, scheint die Idylle perfekt, zumal er 1913 mit seinem Buddha-Buch⁵⁸ noch einmal literarischen Erfolg hat.

IV

„Den Fahnen lege ich einen Separatdruck bei, um mich Euch zu stellen; daß wir in dieser Sache nicht beisammen sind, weiß ich.“⁵⁹

Bei dem Separatdruck handelt es sich um Landauers Essay *Sind das Ketzerge-*

⁵⁴ Gustav Landauer, *Was will der Sozialistische Bund?*, *Der freie Arbeiter*, 5. Jg., Nr. 43, 24. 10. 1908, S. 3–4.

⁵⁵ Brief vom 31. 10. 1908, *Briefe I*, S. 221.

⁵⁶ *Der Sozialist*. Organ des Sozialistischen Bundes, Berlin / Bern 1909–1915; Reprint: Vaduz 1980).

⁵⁷ Brief vom 10. 1. 1909, *Briefe I*, S. 232.

⁵⁸ Fritz Mauthner, *Der letzte Tod des Gautama Buddha* (München 1913).

⁵⁹ Landauer am 1. 10. 1913 (GLAA 95).

danken?⁶⁰. Der Brief vom Oktober 1913 ist der erste im – erhaltenen – Briefwechsel, in dem von Jüdischem kontrovers die Rede ist. Vorher gibt es einige wenige Anspielungen und Bemerkungen. So zum Beispiel, wenn Landauer ganz nebenbei bemerkt, er sei zur Verhehlung seines jüdischen Namens bereit⁶¹, oder wenn Mauthner bemerkt, er kenne nun keinen alten Juden mehr, den er um Geld für Landauer angehen könne⁶². Aber auch Mauthners Beitrag für den von Werner Sombart herausgegebenen Band *Judentaufen*, in dem Mauthner für die Grenzschiebung gegenüber den Ostjuden und die vollständige Assimilation der Westjuden eintritt, dürfte Landauer nicht entgangen sein⁶³. 1906 jedenfalls, als Mauthner in der Zeitschrift *Ost und West* unterstellt wird, er sei getauft und Antisemit, gibt es keine Differenzen im Urteil der beiden Männer⁶⁴. Mauthner schreibt:

„Da läuft mir natürlich die Galle über, wenn ein ungenannter Rabbi mich zu den Leuten rechnet, von denen man abzurücken hat. ... Ein Konflikt mit der Judenschaft bringt wahrhaft weder Gefahr noch Schande. Wäre mir aber ekelhafter als ein Konflikt mit Stöcker.“⁶⁵

⁶⁰ *Vom Judentum. Ein Sammelband*, hrsg. vom Verein jüdischer Hochschüler Bar Kochba in Prag, Leipzig 1913, S. 250–257.

⁶¹ So im Brief vom April 1900 (GLAA 90), worin er Mauthner bittet, für die Veröffentlichung seiner Eckhart-Übersetzung beim Verlag *Cotta* ein gutes Wort einzulegen. – Noch 1892, als es um die Veröffentlichung seiner Novellen geht, berichtet er einer Cousine: „... für den Erfolg und den Absatz dringend wünschenswert, daß ich ein Pseudonym wähle, da mein Name ausgesprochen jüdischen Klang habe, und der Buchhandel sei gegenwärtig ganz antisemitisch. Er selbst [der Verleger Heinrich Minden, H. D.] sei alles andere eher als Antisemit – aber kein Wunder, er ist Jude, wenn auch seine Eltern schon getauft waren.“ – Und ergänzt in einer Nachschrift, er werde kein Pseudonym wählen, da für ihn Leben und Werk zusammengehörten (Brief vom 17./19. 9. 1892; GLAA 100).

⁶² Brief vom 16. 10. 1903 (GLAA 18).

⁶³ Werner Sombart u. a., *Judentaufen. Mit einem Vorwort von Arthur Landsberger*, München 1912, S. 74–77. Ob Mauthner von dieser Forderung später wieder abrückte, ist unbekannt. Buber, der davon erst 1918 erfährt, reagiert ungläubig und betroffen, vgl. dazu Kühn, S. 241.

⁶⁴ Max Adler, *Fritz Mauthner (Ost und West. Illustrierte Monatsschrift für modernes Judentum, 6. Jg. 1906, Sp. 277–280)*. – Eine Zuschrift, die Mauthner vorwirft, er sei getauft und Antisemit, veranlaßt den Herausgeber der Zeitschrift, Leo Winz, Mauthner, ohne den Namen des Anschuldigers preiszugeben, um eine Stellungnahme zu bitten, Brief vom 15. 5. 1906 (GLAA 133). Mauthner schreibt auf den Rat Landauers hin einen geharnischten Brief, in dem es u. a. heißt: „Ich erhalte eines Tages die Anfrage . . ., ob Sie mein Bild zu einem Aufsatz, der mein Wirken behandelt, bringen dürfen. „Einverstanden“, lautet meine korrekte Antwort. Ich kannte Ihre Zeitschrift nicht. Hätte ich gewußt, daß sie ausgesprochen jüdischen Charakter hat, so hätte ich ganz naiv angenommen, der Verfasser wolle mich – ethnografisch ganz mit Recht – trotz meiner Konfessionslosigkeit für die jüdische Rasse in Anspruch nehmen. Da ich aus meiner atheistischen Überzeugung – namentlich in der ‚Kritik der Sprache‘ – niemals ein Hehl gemacht habe, könnt mir nicht im Traum einfallen, ein Blatt, das mich durch einen besonderen Aufsatz ehrt, könnte nach seiner Tendenz glaubensfanatisch sein.“ Brief vom 18. 5. 1906; (GLAA 133); vgl. auch die Stellungnahme der Redaktion zum Artikel Fritz Mauthners, *Ost und West*, a. a. O., Sp. 325–328.

⁶⁵ Brief vom 21. 5. 1906 (GLAA 18). – Clara Levysohn gegenüber findet Mauthner wesent-

Neu ist, was Landauer ihm mitgeteilt hatte:

„*Ost und West* habe ich seit etwa einem Jahr nicht gesehen; ... Wenn das Blatt inzwischen seine Richtung nicht gewechselt hat, ist es das Organ der Jungzionisten, die Konfessionelles nicht betonen, sondern aus national-individuellen Gründen eine jüdische Kolonisation betreiben wollen. Mir also sympathisch.“⁶⁶

Bis es dann 1913 zur „Judendebatte“ kommt, ist im Briefwechsel nicht wieder von der national-jüdischen Sache die Rede. Wir erfahren nichts über Landauers große Sympathie für Bubers Sammlung von chassidischen Legenden⁶⁷, nichts darüber, daß er 1912 vor der jungzionistischen Vereinigung in Berlin einen Vortrag über *Sozialismus und Judentum* hielt⁶⁸, nichts über seine Kontroverse mit Julius Bab in der von Julius und Fritz M. Kaufmann herausgegebenen alljüdischen Revue *Freistatt*⁶⁹. Auch nichts davon, daß Landauer mit großer Aufmerksamkeit den Fortgang des ‚Ritualmord‘-Prozesses gegen den jüdischen Ziegeleiarbeiter Mendel Beilis, der vom 8. Oktober bis 10. November 1913 in Kiew stattfand⁷⁰, beobachtet und ihm zur Urteilsverkündung im November eine Nummer des *Sozialist* widmet, für die er nichtjüdische Freunde um eine öffentliche Stellungnahme gebeten hatte⁷¹.

lich härtere Worte, vgl. die Briefe an Clara Levysohn, die Gershon Weiler mitteilt: *Fritz Mauthner, A Study in Jewish Self-Rejection*, in: *Year Book VIII of the Leo Baeck Institute*, London 1963, S. 136–148.

⁶⁶ Brief vom 18. 5. 1906 (GLAA 92).

⁶⁷ Wie intensiv sich Landauer damit auseinandersetzt, zeigt folgende Bemerkung: „Mit meiner Besprechung Ihres Baalschem, der mir immer tiefer und wundervoller wird, geht es mir seltsam. Ich hatte sie noch zurückbehalten, um eine Kleinigkeit zu ändern; und dann habe ich sie, so wie sie war, ganz annulliert; sie war mir nämlich, so wie mir’s in der Zeit zu Mute war, ganz und gar jüdisch geraten, und das paßte mir nicht mehr für die Neue Rundschau.“ Brief an Buber vom 15. 9. 1908: Martin Buber, *Briefwechsel*, a. a. O., Bd. 1, S. 264.

⁶⁸ Gustav Landauer, *Judentum und Sozialismus*. Vortrag vor der zionistischen Ortsgruppe West-Berlin am 7. 2. 1912 (GLAA 106); Mitschriften in *Selbstwehr*, 6. Jg., Nr. 7, 16. 2. 1912 und im Landauer-Gedenkheft: *Die Arbeit. Organ der zionistischen volkssozialistischen Partei Hapoël-Hazaïr*, 2. Jg., Juni 1920.

⁶⁹ Gustav Landauer, *Zur Poesie der Juden (Die Freistatt. Alljüdische Revue. Monatsschrift für jüdische Kultur und Politik*, 1. Jg., Nr. 5, 22. 8. 1913, S. 321–324). Die Kontroverse hatte sich an Julius Babs Artikel *Über den Anteil der Juden an der deutschen Dichtung der Gegenwart (Mitteilungen der jüdischen Jugendverbände Deutschlands, Dezember 1912)* entzündet und veranlaßte neben Landauer Ludwig Strauß und Arnold Zweig zum Widerspruch.

⁷⁰ In diesem skandalösen und offensichtlich politischen Prozeß wurde der sogenannte ‚Ritualmord‘ zum ersten Mal zum juristischen Straftatbestand erklärt (vgl. den Prozeßbericht: *Frankfurter Zeitung* vom 25. 6. 1913 und obwohl Beilis, dank der Recherchen des mutigen Journalisten Brasul-Braschkowski und massiver Proteste in ganz Europa, freigesprochen werden mußte, wurde die Anklage nie revidiert. Erste Informationen gibt das *Jüdische Lexikon*, Berlin 1927, Bd. 1, Sp. 793–796.

⁷¹ Kiew, *Der Sozialist*, 5. Jg., Nr. 20, 5. 11. 1913. – Die Briefe an Richard Dehmel, *Briefe I*, S. 439 und Carl Vogl sind erhalten. Hier schreibt Landauer: „... gerade die Stimme unseres Pfarrers sollte bei dieser furchtbar-ernsten Sache nicht fehlen. Seit über zwei Jahren saß Mendel Beilis in Untersuchungshaft. Er ist beschuldigt, als Mazzebäcker der jüdischen Gemeinde ein

Jetzt, in dem Essay *Sind das Ketzergedanken?*, nennt sich Landauer zum ersten Mal öffentlich einen bewußten Juden und macht die „Erneuerung des Judentums“ zu seiner eigenen Sache; wenngleich mit Einschränkungen. Mauthner fand „viel Sprachkritisches darin“ und stimmt Landauer weitgehend zu.

„... Dann aber lag es wohl an mir ..., daß alle Prämissen zu meinem Standpunkt zu führen schienen: ‚ich fühle mich nur ein Deutscher; weiß dabei, daß mein Gehirn irgendwie einen Duktus hat, den man jüdisch nennt; um so schlimmer oder um so besser, ich kann und will es nicht ändern. Deine conclusio ist anders, und nur darin gehen wir auseinander.“⁷²

Gerade um diesen „Duktus des Gehirns“ aber geht es Landauer.

„Ich für meinen Teil finde nicht so viele in die Jahrtausende zurückführende Gemeinschaften in unserer Zeit, daß ich auf keine verzichten möchte, zumal wenn ich keinen Grund dazu habe. Und eine Gemeinschaft, die man – mit Deinen Worten – an einem „Duktus im Gehirn“ erkennt, ist eigentlich Wirklichkeit genug.“⁷³

Für Landauer, der den radikalen Bruch mit jeder durch Sprache überlieferten Tradition, den Mauthners Sprachkritik hinterlassen hatte, durch „neue Mystik“, durch an der Mystik geschulte Introspektion und dichterischen Zugang zur Wirklichkeit zu überwinden trachtete, ist es gerade jener „Duktus des Gehirns“, der ihm hilft, den radikalen Bruch auch mit seinem eigenen jüdischen Erbe, zu überwinden. Für ihn ist sein Judentum nicht mehr und nicht weniger als die „Tatsächlichkeit all seiner geistigen und seelischen Regungen“. Die Wahrhaftigkeit, mit der er von diesem Standpunkt aus den zionistischen Studenten des Bar Kochba-Kreises Rechenschaft gibt, ist beeindruckend. Von hier erhält auch sein Begriff der Nation, den er, ganz im

kleines Kind getötet und sein Blut in Mazze gebacken zu haben. Der Archimandrit von Odessa hat ein Sachverständigengutachten erstattet: er weiß zwar nichts genaues, aber er habe von getauften Juden gehört, die Juden brauchten Blut von christlichen Kindern für ihr Osterbrot. Sikroski, Professor der Psychiatrie in Kiew, hat erklärt, es müsse ein Ritualmord vorliegen. Die namhaftesten deutschen Gelehrten, Anatomen, Professoren der gerichtlichen Medizin usw. haben zu diesem Gutachten ihr Gutachten abgegeben: Sikorski müßte entweder ein Schurke oder ein Esel sein, so faßt ein Professor aus Kiel sein Urteil zusammen. Der Prozeß wird nun wahr und wahrhaftig in Kiew verhandelt. Die Ortspolizei scheint zuerst auf der richtigen Spur gewesen zu sein: Diebe, die der Knabe verraten konnte, die man mit Namen kennt, haben das Kind um die Ecke gebracht. Aber dann griff die Ochrama, die politische Polizei, ein und konstruierte den Ritualmord. Sie wissen, daß solche Beschuldigungen immer wiederkehren; in Ungarn, Galizien, Rußland; den letzten in Deutschland – Xanten am Niederrhein – hatten wir 1892. Ganz voller Zorn und Schmerz könnten Sie freilich nur sein, wenn Sie die Stadien des Prozesses seit zwei Jahren und die Verhandlung seit 14 Tagen verfolgt hätten. Aber das wenige, was Sie nun wissen, sollte Ihnen doch zu einigen allgemeinen Betrachtungen, aus Ihrem Wissen und Herzen heraus, Möglichkeit, Notwendigkeit geben. Ich hoffe darauf. ...“. Brief vom 22. 10. 1913: GLAJ 167; im *Sozialist* erschienen dann Beiträge von Dehmel, Ludwig Berndl, Ernst Müller, Johannes Nohl und Theodor Hertzka.

⁷² Brief vom 10. 10. 1913 (GLAA 132).

⁷³ Brief vom 20. 11. 1913 (GLAA 95); *Briefe I*, S. 449–451.

Sinne des sprachskeptischen Gedankens von Mauthner, dem politischen National-Begriff polemisch entgegengesetzt, seine Bestimmung.

„Nation ist eine Bereitschaft oder Disposition, der dürr und hohl und klappernd wird, wenn sie ohne Verbindung mit der Sachwirklichkeit, mit Aufgaben und Arbeiten auftritt und wenn sie anderes ist als deren Ursprung und Tönung.“⁷⁴

Nation, zu allererst die jüdische, wird dynamisch verstanden als „geworden-werdendes Judentum“, als Prozeß der Selbstbewußtwerdung, in Ansehung der gesamten Wirklichkeit des gegenwärtigen Lebens. Der schmerzliche Prozeß, den die gegenwärtigen Juden auf der Suche nach ihrem „ureigensten Wesen“ zu durchlaufen haben, ist paradigmatisch. Ihnen, deren Sehnsucht aus jahrtausendelangem Leiden stammt, kann „Tradition nichts anderes [sein] als die Revolution und Regeneration der Menschheit.“⁷⁵

In diesem Sinne versteht Landauer sein Judentum als sozialistische und menschheitliche Vision; und widerspricht sowohl der Verabsolutierung des jüdischen Nationalgedankens und der Idealisierung des Ostjudentums, wie sie manche zionistische Intellektuelle damals betrieben⁷⁶, als auch der Verabsolutierung der Deutschtums, die Mauthners gebrochenem Verhältnis zu allem Jüdischen zugrundeliegt⁷⁷. Die Berechtigung der Idee eines jüdischen Staates in Palästina für das ostjüdische Proletariat erkennt er an, für sich selbst jedoch befürchtet er den Verlust des Deutschen in ihm. In der Kritik an Nationalstaatswahn und Krieg und im Kampf gegen Antisemitismus wird sich in den folgenden Jahren zeigen, wie Ernst es Landauer mit dem „Amt an der Menschheit“ ist, das er aus seiner Existenz als Deutscher und Jude begreift.

„Nur geworden-werdendes lebt; nur wer in seiner Gegenwart und Wirklichkeit Vergangenheit und Zukunft in eins begreift, nur wer sich selber, wie er wahrhaft und ganz ist, mitnimmt auf die Reise nach seinem gelobten Land, in dem nur scheint mir das Judentum ein lebendiges Gut zu sein. Die Nationen, die sich zu Staaten abgegrenzt haben, haben draußen Nachbarn, die ihre Feinde sind, unsere Nation hat die Nachbarn in der eigenen Brust; und diese Nachbargenossenschaft ist Friede und Einheit in jedem, der ein ganzer ist und sich zu sich bekennt. Sollte das nicht ein Zeichen sein des Berufs, den das Judentum an der Menschheit, in der Menschheit zu erfüllen hat?“⁷⁸

⁷⁴ Gustav Landauer, *Sind das Ketzergedanken*, a. a. O., zitiert nach Gustav Landauer: *Der werdende Mensch*, hrsg. von Martin Buber, Potsdam 1921, S. 123.

⁷⁵ Ebda, S. 125.

⁷⁶ Vgl. dazu die Studie von Stephen E. Aschheim, *Brothers and Strangers. The East European Jews in German and German Jewish Consciousness 1800–1923*, Madison 1982.

⁷⁷ Vgl. dazu Gershon Weiler, a. a. O., Anm. 69.

⁷⁸ Gustav Landauer, *Sind das Ketzergedanken*, a. a. O., S. 127f.

V

„Nur weißt Du, daß das allezeit das Schwerste ist: das Bild nicht zu verlieren und die Wirklichkeit dabei mit Haut und Haar zu akzeptieren; . . .“⁷⁹

Mit diesen Sätzen, die Landauer im November 1914 schrieb, mag er auch seinen Freund Mauthner gemeint haben⁸⁰, dem es seit Kriegsbeginn um nichts anderes mehr geht als um Deutschland, um das schwer errungene Reich Bismarcks, dem nach wie vor seine ganze Liebe gilt. Bis in die Träume hinein wird Mauthner von der „Todesangst um Deutschland“ verfolgt, von der in dem geheimen Tagebuch, das er seit Kriegsbeginn führt, immer wieder die Rede ist:

„Habe brav gearbeitet und über die Arbeit für einige Stunden die Todesangst um Deutschland vergessen. Nachher dringt sie wieder vor. Und ich bin so dumm abergläubisch, daß mich der Wunsch überschleicht, die Arbeit des letzten Monats zu verbrennen, um dem Vaterlande ein Opfer zu bringen, um irgend ein Unglück von Deutschland abzuwenden.“⁸¹

Er begleitet seine Frau Hedwig, die in einem Überlinger Lazarett freiwillig Dienst tut, spricht Tag um Tag mit den verwundeten Soldaten, die er um ihren Dienst fürs Vaterland beneidet. Mit haßerfüllten Artikeln im *Berliner Tageblatt*, wo er nun nach jahrelanger Pause wieder schreibt, sucht er dem Vaterland zu dienen und der Mißachtung seiner selbst zu entgehen. In seiner eigenen Existenz sieht Mauthner nichts anderes als den – von Bismarck verachteten – „Stubenhocker“. Seine „Militaristenartikel“ stoßen nicht allein bei Landauer, auch bei Auguste Hauschner und Maximilian Harden auf Ablehnung⁸². Besonders die Polemiken gegen Bergson und Spitteler empören Landauer zutiefst⁸³. Er schreibt tief enttäuscht:

„Daß wir uns in Sachen dessen, was ich rundheraus und ungemildert Chauvismus und widerwärtige Retaliation nenne, nicht verstehen können, wirst Du aus dem übrigen Inhalt

⁷⁹ Brief vom 2. 11. 1914 (GLAA 95); *Briefe II*, S. 8–10.

⁸⁰ Unter denen, die Landauer am meisten enttäuschten, war auch Martin Buber, der anders motiviert als Mauthner, zum glühenden Befürworter des Krieges geworden war. Daß Buber seine Ansicht revidierte, ist dem vehementen und ausdauernden Protest Landauers zu verdanken, vgl. die detaillierte Analyse dieses Konfliktes von Paul Mendes-Flohr: *Von der Mystik zum Dialog. Martin Bubers geistige Entwicklung bis hin zu „Ich und Du“*, Frankfurt/M. 1978.

⁸¹ Fritz Mauthner, *Tagebuch*, Eintragung vom 28. 11. 1914 (Mauthner-Nachlaß: LBI).

⁸² Harden an Hauschner am 9. 11. 1918: „Von dem Alldeutschen am Bodensee habe ich nichts gehört [. . .] Seit Jahren versuche ich seine Existenz zu vergessen. Denn sein Handeln hat seine Lehren völlig entwertet. Gelesen habe ich außer Militaristenartikel im *Berliner Tagblatt* nichts von ihm.“ Hauschner Briefe, S. 171, zitiert nach Kühn, a. a. O., S. 258.

⁸³ Fritz Mauthner, *Wer ist Henri Bergson?* (*Berliner Tageblatt* vom 13. 9. 1914; auch in: *Das Wörterbuch der Philosophie*, 3 Bde., ²Leipzig 1923/24, Bd. 1, S. 162–170) und Fritz Mauthner: *Unsere Dichter* (*Berliner Tageblatt* vom 14. 3. 1915, 2. Beiblatt, S. 1–2). – Für Landauers Reaktion vor allem die Briefe vom 2. 11. 1914 (GLAA 95; II, 8–10) und 21. 10. 1915 (GLAA 96; II, 96–99).

des kleinen Artikels⁸⁴ entnehmen. Das heißt, ich weiß schon; Du wirst mich verstehen, aber ich Dich nicht. Du Fritz Mauthner, Verfasser der Sprachkritik, Du, Fritz Mauthner, anerkannter und berühmter Schriftsteller, auf den man hört und der in keiner Weise politisch verfermt ist, hast in dieser Zeit eine hohe Aufgabe – gehabt. Du hast mir einmal gesagt, daß ich Dir hie und da eine Art Anreiz zu Mut war. Ich wollte, ich wäre es mehr gewesen.“⁸⁵

Landauer selbst sieht, wie er im oben zitierten Brief an Mauthner schreibt, seine „Aufgabe gewachsen wie [seine] Einsamkeit.“ Er kämpft mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln gegen Massensuggestion und Kriegshetze, als deren klägliche Mitläufer sich das Gros der Intellektuellen („die geistigen Führer“) erwiesen haben⁸⁶. Wie sehr er sich selbst, den Schüler Mauthners und deutsch-jüdischen Intellektuellen, Ernst nimmt, zeigen die Worte, die er im November 1914 an den Freund richtet:

„Habe ich schon keinen Boden auf dem ich stehe, und ist das gleich schmerzlich, so stehe ich nicht in der Luft; ich stehe auf mir. Daß ich, was die Nationen angeht, nicht die leiseste Ungerechtigkeit spüre; daß ich in Trauer weiß, wie dieser Wahnsinn entstanden ist, daß ich mich ganz Deutscher weiß und doch nicht die Spur eines Mitgehens mit der Politik und Aktion des deutschen Reichs in mir finde, . . . und nichts aufzugeben brauchte, sondern nur in meinem Wesen weiter wachse, das läßt mich wünschen, weiter zu leben.“⁸⁷

Daß er hierin von Mauthner, der für sein Vaterland „bis zum Schimpf im offiziellen Strome schwimmt“, weit entfernt ist, weiß er, und akzeptiert es, wie er es vor dem Krieg akzeptiert hatte, daß aber die Sprachkritik so wenig bei ihrem Schöpfer selbst bewirkt hat⁸⁸, versteht Landauer nicht:

„Ich zweifle an der Bedeutung Deines Werkes so wenig wie an mir selbst; aber daß Deine Erkenntnis in dieser Zeit der Prüfung sich nicht an Dir selbst bewährt hat, daß die ethischen Folgen Deiner Lehre so gering waren, . . . das wirft einen Schatten auf Deine Werke und veranlaßt, zu suchen, eine Erklärung für den Widerspruch zu suchen.“⁸⁹

Für Mauthner bleibt die Sprachkritik Ausdruck seiner Bismarck-Verehrung, für Landauer wird sie Vehikel zu Selbsterfahrung, Gesellschaftsanalyse und Grundlage seiner Vision eines Sozialismus der Verwirklichung. Was Landauer im Juli 1918, nachdem er das Nachwort zu Mauthners gerade erschienenen

⁸⁴ Gemeint ist Gustav Landauer, An Romain Rolland, *Die Schaubühne* 10. Jg., Bd. 2, Nr. 38, 24. 9. 1914, S. 196–198.

⁸⁵ Brief vom 29. 9. 1914 (Landauer-Sammlung: LBI).

⁸⁶ Exemplarisch sei hier der zuerst im Verlag Cassirer erschienene Band *Rechenschaft* (Berlin 1919) genannt, für den Landauer noch selbst seine Arbeiten gegen den Krieg zusammenstellte.

⁸⁷ Brief vom 2. 11. 1914 (GLAA 95).

⁸⁸ Vgl. seine Artikel, Die Philosophie und der Krieg, *Berliner Tageblatt* vom 11. 10. 1914 und Die Moral im Kriegszustand, *Berliner Tageblatt* vom 1. 11. 1914. Mauthner empfiehlt der Philosophie, bis zum Ende des Krieges zu schweigen, wie er bereitwillig seine Sprachkritik mit Stumpf und Stiel über Bord wirft. Zweifel an der Kriegspropaganda der Presse bleiben da nur marginal (vgl. Tagebuch: Mauthner Nachlaß, LBI).

⁸⁹ Brief vom 26. 11. 1915 (Landauer-Sammlung: LBI).

*Erinnerungen*⁹⁰ gelesen hatte, schreibt, kann als Auftakt zum letzten großen Mißverständnis dieser beiden Männer gelesen werden:

„Den Mann ohne Uniform verstehe ich wie immer; wie sollte ich nicht? Den Bismarck aber verstehe ich aus respektvoller Entfernung; Ihr, deren Reich er gegründet hat, habt heillos viel Grund zu solchem bitter ernstem Gebet. Den Stubenhocker – nein, den verstehe ich leider nicht, weil eben das Reich, für das ich tapfer sein möchte, durch das vorbereitet wird, was Du Deine Stubenhockerei nennst. Ich kann nichts dafür, daß Sprachkritik und alles, was dazu gehört, für mich nicht von Bismarck kommt und also auch nicht zur Stubenhockerei führt.“⁹¹

Landauer begrüßt die revolutionären Ereignisse mit ungeheurer Emphase und folgt dem Ruf Eisners nach München⁹². Mauthner beneidet den Freund um das Glücksgefühl, das dieser zu empfinden vermag; bei ihm bleibt die Angst um den Untergang Deutschlands das Vorherrschende. Im Dezember 1918 schreibt er die fast elegischen Worte:

„Meine Empfindung nach Deinem Briefe war zwiespältig: Neid und Sorge. Über den Neid kein Wort. Neidisch bin ich natürlich weniger auf das Glück, das Dich Arbeit an Deinen Zielen erleben ließ, als auf das Glücksgefühl: wir gehen einer herrlichen Zukunft entgegen. Ich wage das Zitat, weil auch er [Wilhelm II.] damals so ein Glücksgefühl hatte. Das mir in solchem Maße immer versagt war, weil ich immer die furchtbare Gabe hatte, die Kehrseite zu sehen. Ich stehe der Revolution, das weißt Du, wahrlich nicht fremd oder kalt gegenüber; sie war nötig, und ich hoffe viel von ihr (lächle nur über die Kleinigkeit: Trennung von Kirche und Schule); aber ich kann die Trauer nicht ganz überwinden. Ist Deutschland nicht zum Tode verurteilt?“⁹³

Mauthner sucht wie bisher den Freund, der, alle Differenzen ignorierend, von den Ereignissen der Revolution aus München berichtet. Ihr nun schon bald dreißig Jahre währendes Gespräch wird auch fortgesetzt, doch Mauthners Reaktion auf die Ermordung Kurt Eisners läßt Landauer resignieren:

„Wir leben jetzt auf zwei verschiedenen Sternen und bilden uns nur ein, miteinander zu reden. Das düsterste Symptom, daß Du mir kein herzliches, menschliches Wort, zu

⁹⁰ Fritz Mauthner, *Erinnerungen*, a. a. O. Anm. 12. – Im übrigen findet Landauer gerade, was das Jüdische anbelangt, manche Parallele zu seiner eigenen Jugend, vgl. Brief vom 24. 7. 1918: GLAA 96; *Briefe II*, S. 252–254.

⁹¹ Brief vom 10. 7. 1918 (GLAA 96); *Briefe II*, S. 250/51.

⁹² Zu Landauer's Rolle in der Münchner Räterepublik vgl. vor allem Werner T. Angress, *Juden im politischen Leben der Revolutionszeit*, in: *Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923*. Ein Sammelband herausgegeben von Werner E. Mosse unter Mitwirkung von Arnold Paucker, Tübingen 1971 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 25), S. 253–267, Ulrich Linse: *Gustav Landauer und die Revolutionszeit 1918–1919*, Berlin 1974, Hansjörg Viesel: *Literaten an der Wand. Die Münchener Räterepublik und die Schriftsteller*, Frankfurt/Main 1980 und Michael Seligmann: *Aufstand der Räte. Die erste bayrische Räterepublik vom 7. April 1919*, Grafenau 1989.

⁹³ Brief vom 3. 12. 1918, *Briefe II*, S. 321/22.

Eisner hin, sagen konntest. . . . Es bleibt nur übrig, daß Du Dir Dein Nichtverstehen ohne gedruckte Unterlagen verschaffst.“⁹⁴

Nur wenige Postkarten werden noch gewechselt, über die Ereignisse in München erfahren wir jedoch nichts mehr. Ob die Freundschaft der beiden Männer an der Revolution zerbrochen wäre, wissen wir nicht.

Am 7. April 1919 wurde in München die Räterepublik ausgerufen, von diesem Tag stammt das letzte Stück des Briefwechsels, eine Postkarte Landauers mit den Worten:

„Die Bayrische Räterepublik hat mir das Vergnügen gemacht, meinen heutigen Geburtstag zum Nationalfeiertag zu machen. Ich bin nun Beauftragter für Volksaufklärung, Unterricht, Wissenschaft, Künste und noch einiges. Läßt man mir ein paar Wochen Zeit, so hoffe ich, etwas zu leisten; aber leicht möglich, daß es nur ein paar Tage sind, und dann war es ein Traum.“⁹⁵

⁹⁴ Brief vom 11. 3. 1919 (GLAA 96); *Briefe II*, S. 390.

⁹⁵ Postkarte vom 7. 4. 1919 (GLAA 96); *Briefe II*, S. 413/14.

Gustav Mayer als Historiker der deutschen Arbeiterbewegung: Anmerkungen zu seiner wissenschaftlichen Sozialisation

von

GOTTFRIED NIEDHART

Die Frage nach Juden in der deutschen Arbeiterbewegung soll im folgenden auf dem Beitrag eines deutsch-jüdischen Historikers zur Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung ausgeweitet werden, dessen Publikationen zur Frühzeit der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie, zu Friedrich Engels und zu Ferdinand Lassalle bis heute einen nicht wegzudenkenden Bestandteil der Forschung darstellen. „Historiker der deutschen Arbeiterbewegung“ – so hat Gustav Mayer sich selbst in seinen *Lebenserinnerungen* bezeichnet¹. Als erste Charakterisierung seiner Arbeiten mag eine Notiz dienen, die 1931 anlässlich seines 60. Geburtstags in der liberalen *Vossischen Zeitung* erschien und die seine wissenschaftlichen Leistungen würdigte. Die „Eigenart seines Arbeitsgebiets“ verdiene „besondere Beachtung“. Er sei „einer der wenigen akademischen Lehrer, die das gewaltige Phänomen der Gründung und des Wachsens der proletarischen Massenpartei Sozialdemokratie und der ökonomischen Heilslehre wissenschaftlicher Marxismus mit den Mitteln der historischen Methode erforschen.“ Für den möglicherweise unkundigen und Verdacht schöpfenden Leser, dem Sozialdemokratie und Marxismus nicht eben vertraut sein mochten, wurde hinzugesetzt, Mayer arbeite „nicht als Historiograph einer Partei, sondern mit dem überall gern anerkannten Anspruch auf überparteiliche Geltung“².

In der Tat war Mayer niemals Mitglied der von ihm so intensiv erforschten politischen Arbeiterbewegung, noch irgendeiner anderen politischen Partei. Erst recht identifizierte er sich nicht mit den Auffassungen und Theoremen von Friedrich Engels, dessen zweibändige Biographie er verfaßte. Mayer, der sich selbst zeit seines Lebens als kritisch-distanzierter Skeptiker verstand und zugleich als heimatloser Außenseiter fühlte, konnte weder auf eine politische Zugehörigkeit verweisen, noch war er je ein Mitglied der etablierten Historikerkunft. Erst lange nach seinem Tod 1948 im englischen Exil war seinem Werk eine breitere Rezeption in der Wissenschaft beschieden, die wohl nicht zufälligerweise von einem Kritiker des organisierten Wissenschaftsbetriebs vorange-

¹ Gustav Mayer, *Erinnerungen. Vom Journalisten zum Historiker der deutschen Arbeiterbewegung*, München 1949.

² *Vossische Zeitung*, 3. 10. 1931, Abendausgabe.

trieben wurde³. Heute finden sich immerhin ausführliche Artikel über Mayer in einschlägigen Lexika⁴.

Mayer war ein Außenseiter in der Historikerschaft und beschäftigte sich mit einem Gegenstand, der der Zunft eher verdächtig als erforschenswert erschien. Wie entwickelte sich Mayers wissenschaftliche Identität und wie verlief die wissenschaftliche Sozialisation bzw. Nicht-Sozialisation dieses Gelehrten? Die Beantwortung dieser Frage gibt nicht nur Hinweise auf die individuellen Umstände im wissenschaftlichen Leben Gustav Mayers und seine politisch-gesellschaftliche Orientierung als Wissenschaftler, sondern auch über die publizistische und akademische Umwelt, mit der sich Mayer konfrontiert sah. Es geht also im folgenden nicht in erster Linie um eine Aussage zum wissenschaftlichen Werk Mayers und dessen Bedeutung für die weitere Geschichtsschreibung⁵, sondern um den auch von Mayer selbst reflektierten und konkret erfahrenen Zusammenhang von gesellschaftlichen Umständen, vorwissenschaftlichen Annahmen, wissenschaftlicher Arbeit und Wissenschaftsbetrieb; um die Frage, die Mayer selbst an den Lebensweg Lassalles gerichtet hat, „was den Sohn eines wohlhabenden Breslauer Bürgers zum Anwalt des eben erstehenden deutschen Proletariats machte, aus welchen Gedanken und welcher Gesinnung heraus bei ihm der Sozialismus erwachte und welche Züge bei ihm das Ideal trug, das sein starker Odem der Arbeiterklasse einhauchte“⁶.

Anders als Lassalle trat Mayer niemals aus den Bezügen seiner gemäßigt-bürgerlichen Lebenswelt heraus. Was der am 4. Oktober 1871 als ältester Sohn einer seit Generationen in Prenzlau ansässigen jüdischen Kaufmannsfamilie geborene Mayer allerdings hinter sich ließ, war die Gebundenheit im Judentum⁷. Obwohl die Familie wirtschaftlich und bis zu einem gewissen Grad auch politisch in die Prenzlauer Bürgergesellschaft integriert war, lebte sie in durch-

³ Siehe die von Hans-Ulrich Wehler herausgegebenen Bände, mit denen wichtige Aufsätze Mayers leicht erreichbar wurden: Gustav Mayer, *Radikalismus, Sozialismus und bürgerliche Demokratie*, Frankfurt/M. 1969; ders., *Arbeiterbewegung und Obrigkeitsstaat*, Bonn 1972.

⁴ *Neue Deutsche Biographie*, Bd. 16, Berlin 1991, S. 538–539; Rüdiger vom Bruch und Rainer A. Müller (Hrsg.), *Historikerlexikon. Von der Antike bis zum 20. Jahrhundert*, München 1991, S. 199–200.

⁵ Siehe dazu die Vor- und Nachworte Wehlers in den in Anm. 3 genannten Aufsatzsammlungen, ferner Hans-Ulrich Wehler, Gustav Mayer, in: Ders. (Hrsg.), *Deutsche Historiker*, Göttingen 1973, S. 228–240; Hans Schleier, Zu Gustav Mayers Wirken und Geschichtsauffassung: Klassenkampf – Sozialreform – Revolution, in: Horst Bartel u. a. (Hrsg.), *Evolution und Revolution in der Weltgeschichte. Ernst Engelberg zum 65. Geburtstag*, Bd. 1, Berlin 1976, S. 301–326; Bernd Faulenbach, Gustav Mayer. Zwischen Historiker-Zunft und Arbeiterbewegung, in: Marieluise Christadler (Hrsg.), *Die geteilte Utopie. Sozialisten in Frankreich und Deutschland. Biographische Vergleiche zur politischen Kultur*, Opladen 1985, S. 183–195; Gottfried Niedhart, Deutsch-jüdische Neuhistoriker in der Weimarer Republik, in: Walter Grab (Hrsg.), *Juden in der deutschen Wissenschaft* (= Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte, Beiheft 10), Tel Aviv 1986, S. 147–177.

⁶ Gustav Mayer, Lassalles Weg zum Sozialismus, in: ders., *Arbeiterbewegung* (wie Anm. 3), S. 79.

⁷ Näher dazu Gottfried Niedhart, Identitätskonflikte eines deutschen Juden an der Wende

aus typischer Weise auf sich bezogen und unterhielt „keinen nahen privaten Verkehr mit der nichtjüdischen Bevölkerung“⁸. Die kulturelle und gesellschaftliche Abgrenzung erlebte der junge Mayer mit Unbehagen. Auf dem Gymnasium lernte er das Gefühl des Isoliertseins kennen. Dem üblichen Antisemitismus⁹ begegnete er mit einer Flucht nach vorn, die ihn alsbald in eine gewisse innere Distanz auch zur eigenen Familie bringen sollte. Die Erfahrung der Vereinzelung und der Wurzellosigkeit, des „ewigen einsamen Draußenstehens“¹⁰ sollte sein weiteres Leben von Grund auf bestimmen. Darin bestand der Preis, den er zahlte und auch bewußt zu zahlen bereit war, als er für sich und seine jüngeren Geschwister das Tor in die deutsche Kultur und Gesellschaft aufstieß, das nur noch „lose angelehnt“ war, aber von seinen Eltern noch nicht so weit geöffnet worden war, wie er es sich wünschte. Mayer war von dem untrüglichen Gefühl beherrscht, „daß mein Judesein meine Seele nicht ganz ausfüllen dürfe“¹¹.

Das „Draußenstehen“ war eine schmerzhaft Erfahrung, öffnete aber zugleich den Blick für größere Bereiche der politischen und sozialen Realität, insbesondere dafür, „daß in meinem Zeitalter große wirtschaftliche und gesellschaftliche Umgestaltungen stattfanden“¹². Das politisch und gesellschaftlich Unbekannte und Fremde konnte eher wahrgenommen werden. Dazu gehörte nicht zuletzt auch die Sozialdemokratie, deren Vertreter im Reichstag sich für den Geschmack der Mayerschen Familie „öfters gar zu wild“ gebärdeten¹³. In ersten Kontakt mit der Lage der Arbeiterschaft und der „sozialen Frage“ kam Mayer, als er 1890 in Berlin das Studium der Nationalökonomie aufnahm und aus dem Mund von Kathedersozialisten wie Adolf Wagner und Gustav Schmoller von den Zielsetzungen staatlicher Sozialpolitik hörte¹⁴. Besonders Schmoller, führender Kopf des Vereins für Sozialpolitik und als prominenter Vertreter der historischen Schule der Nationalökonomie Wirtschafts- und Geschichtswissenschaftler in einer Person, prägte das Denken des jungen Studenten. Direkten Bezug zu Problemen der Arbeiterschaft hatten Lehrveranstaltungen von Wagner („Über die gewerbliche Arbeiterfrage mit besonderer Rücksicht auf die neue

vom 19. zum 20. Jahrhundert: Gustav Mayer zwischen jüdischer Herkunft und ungewisser deutscher Zukunft, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte*, Jg. XX (1991), S. 315–326.

⁸ Mayer, *Erinnerungen* (wie Anm. 1), S. 10.

⁹ Ebda, S. 11–13.

¹⁰ Mayer im Januar 1918 in einem nicht näher datierten Brief an seine Schwester Gertrud. Mayer Nachlaß. Der Nachlaß Gustav Mayers wurde mir von dessen in Oxford lebenden Sohn, Professor Philip Mayer, zugänglich gemacht. Eine erste Erfassung des Nachlasses wurde dankenswerterweise durch Mittel unterstützt, die die Gesellschaft der Freunde der Universität Mannheim bereitgestellt hat. Inzwischen befindet sich das Material im Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam.

¹¹ Mayer, *Erinnerungen* (wie Anm. 1), S. 14–15.

¹² Ebda, S. 40–41.

¹³ Ebda, S. 10.

¹⁴ Ebda, S. 25–32. Zu Schmoller vgl. Rüdiger vom Bruch, Gustav Schmoller, in: Notker Hammerstein (Hrsg.), *Deutsche Geschichtswissenschaft um 1900*, Stuttgart 1988, S. 219–238.

deutsche Sozialgesetzgebung“) und Max Sering („Die Arbeiterfrage in England und Deutschland“) ¹⁵. Geschichte im engeren Sinn des damaligen akademischen Faches hat Mayer nicht studiert, wenn er auch eine Vorlesung Treitschkes hörte. Dem „ökonomischen Stoff“ aber näherte er sich „mehr von der geschichtlichen als von der praktischen Seite her“, so daß die historische Dimension von Anfang an sein Studium mitbestimmte ¹⁶.

Auch außerhalb der Universität versuchte Mayer, die gesellschaftlichen Realitäten seiner Zeit zu erfahren und sich anzueignen. Er tat dies vor allem anhand der modernen sozialkritischen Literatur und der bildenden Kunst. Aus der Enge des uckermärkischen Prenzlau herausgekommen, öffnete er sich den aktuellen Strömungen der Metropole, wo die „bürgerliche Jugend“ durch die „naturalistische Bewegung in Kunst und Literatur“ instand gesetzt wurde, „ihren Blick ernsthafter auf die Welt der arbeitenden Klassen zu richten“. Indem die „sichtbare Welt“ möglichst umfassend und in Distanz zum „abgeleiteten Schönheitsideal der Älteren“ dargestellt wurde, gewannen insbesondere die „politische Arbeiterbewegung“ und die „Welt des Proletariats“ eine „besondere Anziehungskraft“ ¹⁷.

Eine entscheidende Vertiefung und Konkretisierung erfuhren Mayers Interessen, als er 1891 an die Universität Freiburg wechselte und dort bei Georg Adler studierte. Mayer beschrieb diesen außerplanmäßigen Professor der Nationalökonomie als „unerfreulichen Typus jener jüdischen Parvenus“, die sich durch besonderen „Esprit“ und „geschickte äußere Anpassung“ den Zutritt zu „deutschen Kreisen“ erzwingen wollten; aber auch als einen Wissenschaftler, dessen Spezialgebiet Mayer „bereits damals brennend interessierte“. Adler hatte sich mit „ausgesprochenem Sinn für das Aktuelle“ der „Geschichte der Arbeiterbewegung und des Sozialismus“ zugewandt, „welche die zünftige Wissenschaft damals noch vernachlässigte“ ¹⁸. Die Lehrveranstaltungen Adlers betrafen sowohl „Volkswirtschaftspolitik“, „Finanzwissenschaft“ oder „Geschichte der Statistik“ als auch „Kritische Lektüre sozialistischer Hauptschriften“ ¹⁹. Adler wurde schließlich Mayers Doktorvater. Von ihm stammte auch der Vorschlag, über „Lassalle als Sozialökonom“ zu promovieren – ein Thema, das Mayer als „sehr geeignet“ für sich ansah ²⁰. Damit wurde der endgültige Grund für Mayers „spätere Beschäftigung mit der Geschichte der Arbeiterbewegung und des Sozialismus“ gelegt ²¹. Ende 1893 legte Mayer das Rigorosum in Basel ab, wohin Adler gewechselt war, und 1894 erschien die Dissertation in der Berliner Verlagsbuchhandlung Mayer und Müller, in die auch Gustav Mayer – einer Absprache mit seinem Vater folgend – mit der Absicht eintrat, zu gegebener Zeit die

¹⁵ Studienbuch, Mayer NL.

¹⁶ Mayer, *Erinnerungen* (wie Anm. 1), S. 31.

¹⁷ Ebda, S. 43–44.

¹⁸ Ebda, S. 55.

¹⁹ Studienbuch; Briefe an die Eltern 30. 10. und 10. 11. 1892. Mayer NL.

²⁰ Mayer an seine Eltern 29. 4. 1892. Das „sehr“ ist zweimal unterstrichen. Mayer NL.

²¹ Mayer, *Erinnerungen* (wie Anm. 1), S. 57.

Position seines Onkels Rudolf Mayer zu übernehmen. Damit begann die berufliche Tätigkeit Gustav Mayers, zunächst für kurze Zeit in der von ihm bald verabscheuten Buchhandlung und dann seit 1896 als Journalist bei der *Frankfurter Zeitung*, eine Möglichkeit des Broterwerbs, die er ebenfalls wenig schätzen sollte. Erst 1906 wandte er sich endgültig der Wissenschaft zu. Kleinere wissenschaftliche Aufgaben übernahm er 1894/95 im Auftrag von Schmoller und des Vereins für Sozialpolitik. Auch Serings Lehrveranstaltungen an der Berliner Universität bildeten ein Forum, wo er sich wissenschaftlich betätigen konnte²².

Als Zwischenbilanz kann festgehalten werden, daß Mayers Studentenjahre zu einer klaren gesellschaftlichen Orientierung und deutlichen Ausrichtung wissenschaftlicher Interessen geführt hatten. Er verfolgte aufmerksam die „großen sozialen Probleme“ seiner Zeit²³ und ging – ohne je der SPD beitreten zu wollen, die er wegen ihres „Doktrinarismus“ kritisierte – in seiner „Sympathie mit den arbeitenden Massen“ über das hinaus, „was die meisten Kathedersozialisten für tragbar hielten“²⁴. Die Übersiedlung nach Frankfurt 1896 brachte Mayer in Kontakt mit Friedrich Naumann, den er schon in Berlin während einer Versammlung der christlich-sozialen Bewegung kennengelernt hatte. An der Diskussion hatte auch der von Mayer mittlerweile weniger geschätzte Schmoller teilgenommen. Sie „drehte sich um die evangelisch-sozialen Arbeitervereine. Naumann und die Jünger traten für den unbedingten Klassenkampf der Arbeiter ein. Herr Schmoller brachte Studierstubenbrocken vor. . . Die Arbeiter sollen vor allem auch ihrer Pflichten sich bewußt werden, so forderte er. Aber er wurde gut widerlegt: Dafür sorgen schon die besitzenden Klassen, daß die unteren Kreise nicht über die Stränge schlagen.“²⁵

Mayers Einstellung zu den Fragen seiner Zeit war geprägt von Interesse und darüber hinaus auch von Verständnis für die Lage der Arbeiterschaft und die politische Arbeiterbewegung. Zugleich verstand er sich viel zu sehr als Künstler und Literat, als daß er Parteigänger hätte werden können. Im Bewußtsein dieser Spannung absolvierte er sein Studium, arbeitete er als Journalist und verfaßte er schließlich seine wissenschaftlichen Werke. Es ärgerte ihn, als bürgerlicher Wissenschaftler bezeichnet zu werden²⁶, weil er glaubte, die „soziale Frage“ als die „große Frage der Gegenwart“ werde in ihrem „gewaltigen Umfang“ von den „Bourgeoisoeconomen“, zu denen er u. a. Schmoller rechnete, „noch immer unterschätzt“²⁷. Zugleich bestand für ihn nicht der geringste Zweifel daran, daß man Veränderungen nur als graduellen und gewaltfreien Wandel im Rahmen des bestehenden Systems ansteuern könne. Mögliche Ansatzpunkte sah er in einer „kräftigen Sozialreform des Staates“²⁸ und zeigte sich von den „großar-

²² Mayer an seine Eltern 7. 12. 1894 und 14. 2. 1895. Mayer NL.

²³ Mayer, *Erinnerungen* (wie Anm. 1), S. 93.

²⁴ Ebda, S. 84.

²⁵ Aufzeichnung Mayers vom 4. 10. 1895. Mayer NL.

²⁶ Mayer, *Erinnerungen* (Anm. 1), S. 88.

²⁷ Mayer an einen Freund 9. 5. 1892. Mayer NL.

²⁸ Mayer an seine Eltern 26. 5. 1892 und Aufzeichnung vom 29. 5. 1892. Ebda.

tigen Wohlfahrtseinrichtungen“ in Berliner Betrieben (wie der Schultheiß-Brauerei) beeindruckt, die er bei von Sering durchgeführten Exkursionen kennengelernt hatte²⁹. Er wollte der „immer weiteren Ausbreitung des Sozialismus“ weder „ruhig“ zusehen, noch „reaktionäre Gesetze“ gemacht sehen. Den dritten Weg vermißte er, und er schien ihm „in Ermangelung großer Staatsmänner“ auch nicht bevorzuzustehen. „Unsere Regierung ist ganz konsequent, aber ich bin gegen sie.“³⁰ Dem Kaiser empfahl er, „weniger Bartwische“ für seinen Schnurrbart zu nehmen und statt dessen „seine Reden etwas mehr zu überdenken“. Wenn Wilhelm II. mit einer „Revolution von oben“ drohe, so riskiere er das „Ende des Reiches“³¹. Mit seinem elitären Autoritarismus gehe er vollständig an den Erfordernissen des politischen Massenmarkts und einer Gesellschaft im Umbruch vorbei. „Der Kaiser ist unser Verhängnis. In allen seinen Anschauungen gehört er der Vergangenheit an.“³²

Mayer war darum bemüht, sich gelegentlich auch außerhalb seiner sozialen Schicht umzusehen. Während seiner Freiburger Studentenzeit berichtete er vom Besuch einer „sozialistischen Versammlung“. „Man kann die ganze Bewegung nur verstehen, wenn man mit den Leuten persönlich verkehrt; unsere ganze Anschauung ist einseitig.“ Mayer zeigte sich beeindruckt von der „Bildung und dem zielbewußten Denken der Arbeiter“. „Der Bildungsgrad der Arbeiter wird von dem Bourgeois weit unterschätzt.“³³ Als weltoffener Bürger hielt Mayer die Arbeiter für respektabel genug, um sie im Zuge einer konstruktiven Reformpolitik in die bestehende Ordnung integrieren zu können. Eine solche Politik vermißte er ebenso, wie er die revolutionäre Rhetorik der Sozialdemokraten zurückwies. Er stand der Sozialdemokratie „fern“ und fand die „Sprache von *Vorwärts* und *Neue Zeit* geschmacklos und verletzend.“³⁴ Zugleich bescheinigte er der Sozialdemokratie einen höheren moralischen Standard als allen anderen Parteien. „Denn diese Partei ist die einzige unter allen bei uns bestehenden, in der Idealismus und Opferwilligkeit herrscht. Sie ist es, die die Lösung des gewaltigsten humanen Problems der Gegenwart sich zur Aufgabe gemacht hat. sie ist es, die die Lage der Unterdrückten, der Armen und Elenden bessern und zu einer menschenwürdigen machen will.“³⁵

Mayer wandte sich gegen den von der SPD eingeschlagenen Weg, war aber bereit, ihn aus der besonderen Lage der Repression verstehend zu erklären. Angesichts von „Gewalt und Abergewalt“, mit der Bismarck die Sozialdemokratie bekämpft habe, begriff Mayer „den fanatischen Haß des Proletariats

²⁹ Mayer an seine Eltern 20. und 24. 11. 1891. Ebda.

³⁰ Mayer an seine Eltern 14. 5. 1895. Ebda.

³¹ Mayer in einem nicht genau datierten Brief vom September 1895. Ebda.

³² Aufzeichnung Mayers vom 20. 3. 1897. Ebda.

³³ Mayer an seine Eltern 31. 5. 1892 und Aufzeichnung vom 25. 5. 1892. Ebda.

³⁴ Briefe an die Eltern 18. 1. 1893 und September 1895. Vgl. auch Mayer an seine Eltern 9. 5. 1899. Ebda.

³⁵ Mayer an seine Eltern 26. 5. 1892. Ebda.

gegen Bismarck“ nur zu gut³⁶. Gleichzeitig hielt er es für geboten, daß sich die Sozialdemokratie, deren Wahlerfolge ihm „keineswegs unlieb“ waren, „offen auf den nationalen Standpunkt stellt“³⁷. Internationalismus und „geläuterter Nationalismus“ dürften nicht länger Gegensätze sein. Gerade die SPD, so schrieb Mayer Anfang 1902 in der *Frankfurter Zeitung*, bedürfe eines „Arbeiterpatriotismus“, der sich in anderen Ländern schon entwickelt habe und der dem Umstand Rechnung trage, „daß die Propheten des ‚Klassenkampfes‘ den Konkurrenzkampf der Nationen und die damit eng verwachsenen nationalen Verschiedenheiten seit den Tagen von Marx und Engels zu sehr außer Acht gelassen hatten.“³⁸

Die Lösung der „sozialen Frage“ – hier war er ganz Lassalleaner – erhoffte sich Mayer vom Staat. Wenn er schon 1892 sagte: „Ich bin Sozialist“ und hinzufügte: „freilich noch sehr unklar“³⁹, dann meinte er damit den Prozeß zunehmender Vergesellschaftung und den sich abzeichnenden modernen Interventionsstaat, den „Staat der Zukunft“ mit ausreichender Steuerungskapazität gegenüber gesellschaftlichen Bewegungen, den, wie er es nannte, „Sozialistenstaat“. Ihn „jetzt gewaltsam einführen zu wollen, ist ein Nonsens. Aber sein Nahen durch weise Gesetze zu beschleunigen und durch eine kräftige Sozialreform die Leiden und Gefahren der Krisis auf das Unvermeidliche zu beschränken, das sind die Aufgaben des modernen Staates.“⁴⁰

Mit dieser Orientierung arbeitete Mayer seit Ende 1896 als Korrespondent der *Frankfurter Zeitung* zunächst in Amsterdam und später in Brüssel, wo er sich ein weites Betätigungsfeld schuf. Die Arbeit für den handelspolitischen Teil der *Frankfurter Zeitung* scheint dabei nur einen relativ geringen Raum eingenommen zu haben. Obwohl ihm klar war, er werde journalistische und wissenschaftliche Arbeit nicht ohne weiteres kombinieren können, zeigte sich in der Praxis sehr schnell, daß er seine literarischen, künstlerischen und eben auch wissenschaftlichen Interessen weiterhin pflegen konnte⁴¹. Seine Verbindung zum Verein für Sozialpolitik riß nicht völlig ab⁴². Neue bedeutsame Kontakte ergaben sich durch die Vermittlung Vanderveldes am Brüsseler *Institut des Etudes Sociales*, wo sich überwiegend „sozialistische Gelehrte“ trafen und wo Mayer sich unversehens in die Lage versetzt sah, die „materialistische Geschichtsauffassung von

³⁶ Mayer an Vally Cohn 26. 1. 1897 und an seine Eltern 29. 1. 1897 über einen Vortrag von Wilhelm Liebknecht, den dieser in Amsterdam über „Lassalle und Marx“ gehalten hatte. Ebda. An Bismarck dachte Mayer mit „Ehrfurcht und Dankbarkeit“, sah aber auch seine Begrenztheit: „Er konnte den Wert und die Notwendigkeit des Liberalismus und später des Sozialismus nicht unbefangenen würdigen.“ Mayer an seine Eltern 12. 12. 1898. Ebda.

³⁷ Mayer an seine Eltern 20. 6. 1898. Ebda.

³⁸ Artikel Mayers Die Rückkehr der europäischen Sozialdemokratie zum Patriotismus, in: *Frankfurter Zeitung* 17. 1. 1902, 1. Morgenblatt, S. 1. Vgl. auch Mayer, *Erinnerungen* (wie Anm. 1), S. 120.

³⁹ Aufzeichnung vom 29. 6. 1892. Mayer NL.

⁴⁰ Manuskript Mayers vom 3. 11. 1891. Ebda.

⁴¹ Mayer, *Erinnerungen* (wie Anm. 1), S. 131, 145.

⁴² Ebda, S. 102.

Karl Marx“ zu verteidigen⁴³. Auch in Brüsseler Universitätskreisen hat sich Mayer bewegt und Lehraufträge sowohl über politische Ideengeschichte als auch Literaturgeschichte übernommen. Mit diesem „Eintritt ins akademische Leben“⁴⁴ wuchs er ebenso über den Alltagsjournalismus hinaus wie mit seinen Artikeln für die *Soziale Praxis*, wo er aktuelle gesellschaftliche Konflikte analysierte und über die Arbeitswelt berichtete⁴⁵. Er glaubte von sich sagen zu können, „die sozialen Probleme mit neuen, frischen, unbefangenen Augen zu erfassen“⁴⁶. Durch Berichte über soziale Verhältnisse oder Streiks lernte er nach eigenem Bekunden mehr „von sozialer Frage“ als „in allen Vorlesungen von Adler und Schmoller“⁴⁷. Im Februar 1902 trug er sich mit dem Gedanken, „über die sozialen und wirtschaftlichen Zustände des heutigen Spaniens“ an Ort und Stelle zu berichten. Es „reizte“ ihn, „eine soziale Revolution aus der Nähe zu sehen“⁴⁸.

Wichtig für Mayers weiteren Lebensweg war, daß der schon immer vorhandene historische Frageansatz allmählich zu einer eindeutigen Hinwendung zur Geschichtswissenschaft führte. Mayer machte sich einen Namen als Berichterstatter internationaler Sozialistenkongresse und schuf sich damit zugleich eine wichtige Basis für seine spezifisch zeitgeschichtlichen Forschungen zur Arbeiterbewegung. Er kam in persönlichen Kontakt mit den wichtigsten Führern zunächst der niederländischen, belgischen und französischen Sozialisten und bald auch der deutschen Sozialdemokraten⁴⁹. Aus dem liberalen Umfeld Westeuropas nach Deutschland, von „Kultureuropa nach Viertelasiens“⁵⁰ im Jahr 1904 zurückgekehrt, verfolgte Mayer weiterhin seine bisherige Linie und versuchte, ein waches Gespür für die soziale Realität mit einer möglichst unparteiischen Analyse politischer und zeitgeschichtlicher Vorgänge zu verbinden. Anfang 1905 bereiste er während des Bergarbeiterstreiks das Ruhrgebiet und grenzte sich vom gesellschaftlichen Harmoniebedürfnis der „gesamten liberalen Presse“ einschließlich seiner eigenen Zeitung ab, indem er im „Klassenkampf“ als sozialökonomischer Konfliktformation das „wirkendste und wirklichste soziale Phänomen“ erkannte⁵¹. Seine Informationen sammelte er in Gesprächen mit Unternehmern wie Kirdorf oder Stinnes, aber auch mit den Bergarbeitern direkt, über

⁴³ Ebda, S. 130; Mayer an seinen Vater 22. 5. 1900. Mayer NL.

⁴⁴ Mayer an seine Eltern 5. 7. 1900. Mayer NL.

⁴⁵ Mayer an seine Eltern 21. 1. 1898, 27. 4. 1899, 5. 5. 1899, 5. 12. 1901. Ebda. Vgl. auch Mayer, *Erinnerungen* (wie Anm. 1), S. 123.

⁴⁶ Mayer an Trude Cohn 7. 11. 1900. Mayer NL.

⁴⁷ Mayer an seine Eltern 27. 4. 1899. Ebda.

⁴⁸ Mayer an die Redaktion der *Frankfurter Zeitung* 21. 2. 1902 und an seine Eltern 21. 2. 1902. Ebda.

⁴⁹ Mayer, *Erinnerungen* (wie Anm. 1), S. 102–305.

⁵⁰ Mayer an seine Eltern 22. 10. 1903. Mayer NL. Vgl. auch Mayer, *Erinnerungen* (wie Anm. 1), S. 148.

⁵¹ Brieffragment vom 18. 1. 1905. Mayer NL. Vgl. auch Mayer, *Erinnerungen* (wie Anm. 1), S. 164–165.

deren Einstellung und soziale Lage er berichtete⁵². Mayer machte für den Streik eine volkswirtschaftliche Verlustrechnung auf und führte die Kampfbereitschaft der Arbeiter auf deren „unentrinnbaren inneren Zwang“ zurück. „Es ist ein massenpsychologisches Schauspiel von seltsamer schauriger Größe!“⁵³ So die Formulierung eines Außenstehenden in einer Sprache, die sowohl von der deutschen Klassik als auch von der zeitgenössischen Literatur gefärbt war.

Für Mayers weiteren Weg zum Beruf des Historikers sollte sich die Rückkehr nach Deutschland als glückliche Fügung herausstellen. Eine größere Probe seiner darstellerischen Fähigkeiten konnte er ablegen, als er mit der Abfassung verschiedener Kapitel in der Festschrift beauftragt wurde, die zum fünfzigjährigen Bestehen der *Frankfurter Zeitung* erschien⁵⁴. Er verfaßte darin u. a. die Abschnitte zur Parteienentwicklung, zur Arbeiterbewegung, zum Sozialistengesetz und zur Lage der SPD nach Bismarcks Entlassung. In dieser Zeit lernte er auch seine Frau kennen, Flora Wolff, die aus einer wohlhabenden Berliner jüdischen Familie stammte und die in den Höhen und Tiefen seines weiteren Lebens den menschlichen Rückhalt bedeutete, nach dem sich der stets unter Gefühlen der Einsamkeit leidende Mayer so beständig gesehnt hatte. Flora Wolff ermunterte Mayer vor allem, aus dem festen Angestelltenverhältnis auszuschneiden und nur noch als freier Mitarbeiter für die Zeitung tätig zu sein, im übrigen aber als Privatgelehrter seinen wissenschaftlichen Interessen nachzugehen⁵⁵. Sein erstes größeres Werk erschien 1909 und war Johann Baptist von Schweitzer gewidmet, dem Nachfolger Lassalles in der Führung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Zehn Jahre später erschien der erste Band der Engels-Biographie, die Mayer auch international bekannt gemacht hat. Vereinzelt ergaben sich auch Kontakte zur etablierten Universitätshistorie. Sie waren letztlich vom gescheiterten Habilitationsversuch an der Berliner Universität 1917/18 überschattet. Zu Mayers wichtigsten Gesprächs- und Korrespondenzpartnern gehörten Erich Marcks, Hermann Oncken und Friedrich Meinecke. Letzterer versuchte schließlich auch, Mayers Habilitation zu befürworten und voranzutreiben.

Für Gustav Mayer bot die Habilitation die Möglichkeit der Integration in eine Institution und damit eine Chance, seine menschlich und beruflich so bedrückend empfundene Außenseiterrolle ein Stück abzubauen. In einem bewegenden Brief an seine Frau („Du meine einzige Heimat, mein Leben, mein Glück!“) brachte Mayer dies im Februar 1915 zum Ausdruck⁵⁶. „Hier liegt die Tragik

⁵² Mayer, *Erinnerungen* (wie Anm. 1), S. 163; *Frankfurter Zeitung* 3. 2. 1905, 1. Morgenblatt, S. 2–3: Bei den Bergarbeitern zu Hause.

⁵³ *Frankfurter Zeitung* 14. 1. 1905, 3. Morgenblatt, S. 1.

⁵⁴ *Geschichte der Frankfurter Zeitung 1856 bis 1906*. Hrsg. vom Verlag der Frankfurter Zeitung, Frankfurt 1906.

⁵⁵ Mayer, *Erinnerungen* (wie Anm. 1), S. 166–169.

⁵⁶ Mayer an seine Frau 4. 2. 1915. Mayer NL. Der Brief wird hier im Originalwortlaut zitiert. Für eine geglättete und gekürzte Fassung siehe Mayer, *Erinnerungen* (Anm. 1), S. 230–231.

meines Lebens: auf der Schule war ich verfolgt, späterhin ausgeschlossen oder zurückgesetzt von den Menschen, zu denen ich Bruder und Freund sagen wollte, die aber im besten Fall kühle Duldung für mich hatten. Die Empfindlichkeit, die Gereiztheit, das Gefühl des Zurückgesetztheits, die Furcht lästig zu fallen, alles das, was mich, der ich aufgehen wollte in einer großen Gesamtheit, immer wieder in mich zurückgescheucht hat und was bis heute in Veränderungen, aber immer mit dem gleichen Gefühlswert meine Träume färbt, was mir dadurch fast zur anderen Natur geworden ist, alles das stammt daher. Und nun bedenke noch, daß ich die Jahre des besten Schaffens im Ausland lebte und dort nicht der einsame Jude, sondern der einsame Deutsche war, daß ich heimgekehrt der einsam stehende Privatgelehrte wurde, ich, der ich in diesem Punkt ganz wie Nietzsche fühlend immer nach Gefährten ausgeschaut habe, dann hast Du erst den Schlüssel in der Hand zum vollen Verständnis für das, wodurch ich der wurde, der ich eben bin! . . .

Ich habe gelitten als Jude, als Deutscher, als deutscher Jude. Und jetzt nun, in dieser gewaltigen Schicksalsstunde erwacht die alte Sehnsucht wieder mächtig: Aufzugehen in eine große Gemeinschaft, ganz im Gefühl eins mit ihr zu sein, von ihr anerkannt und beansprucht zu werden! Das wogt und wühlt in mir und läßt mich nicht frei! . . . Die gleichen Leiden, die mich als Achtzehnjährigen plagten, geben mich als Dreiundvierzigjährigen nicht frei! . . . Was die anderen als etwas Selbstverständliches haben: die Luft, in der sie atmen, der Kreis, in den sie gehören und in dem sie wirken, darum muß ich immer wieder von neuem kämpfen, will ich nicht einsam dastehen im Gedränge des Zeitalters!“

Mit der Habilitation hätte der deutsche Jude aus Prenzlau den Einstieg in die Berliner Universitätswelt geschafft und damit den von ihm immer wieder beklagten Graben zwischen Juden und der deutschen Gesellschaft ein Stück weit überbrückt, auch wenn er „das neue Deutschland“, das „Deutschland nach dem Kriege“ hinter „dichten treibenden Nebeln“ verhüllt sah⁵⁷. Weiterhin wäre dem wissenschaftlichen Werk Mayers, dem Werk eines liberalen Gelehrten, das um an deutschen Universitäten nicht eben hoch geschätzte Themen kreiste, Anerkennung widerfahren. Mayers Hoffnungen sollten sich in keinem dieser Punkte erfüllen. Sein Habilitationsversuch illustriert sowohl die Tragik des deutschen Juden als auch die Machtverhältnisse im Wissenschaftsbetrieb der Universitäts-historiker.

Bevor die Habilitation überhaupt ernsthaft ins Auge gefaßt werden konnte, waren mehrere Hindernisse zu beseitigen. Sie bestanden vor allem darin, daß Mayer keine Ausbildung als Historiker hatte und zudem mit seinen Arbeitsgebieten quer zum Hauptstrom geschichtswissenschaftlichen Arbeitens stand. Von Anfang an war sich Mayer angesichts seines „wenig schablonenhaften Lebenswegs“ aller Schwierigkeiten bewußt⁵⁸. Wichtig waren die Hilfen, die er

⁵⁷ Ebd.

⁵⁸ Mayer an Oncken 16. 5. 1914. Oncken NL. Niedersächsisches Staatsarchiv Oldenburg 271-14 Nr. 334.

von Marcks, Oncken und Meinecke erfahren hat⁵⁹. Sie ebneten erste Kontakte in der Philosophischen Fakultät in Berlin, von der Mayer wußte, es fehle ihr an „gesellschaftlichem Zusammenhang“. Ihre Konflikte und nicht zuletzt die „Friktionen zwischen den Berliner Historikern“ führten dazu, daß „einer immer gegen den Kandidaten des anderen ist“⁶⁰. Auf Mayers Seite stand nach einigem Zögern auch Otto Hintze, der Mayer aber auch auf „das größte Hindernis“ hinweis. Man benötigte schon vor Beginn des eigentlichen Verfahrens die prinzipielle Einwilligung „aller hiesigen Historiker, besonders aber die Dietrich Schäfers“⁶¹. Damit war der außerwissenschaftliche Konfliktpunkt markiert, der sich als entscheidend herausstellen sollte. Der liberale Jude, der auch in Westeuropa zu Hause war und gerade einen Artikel gegen die sog. Flamenromantik verfaßt hatte⁶², mußte mit entschiedenem Widerstand der Alldeutschen in der Fakultät rechnen. Schäfer zählte zu den radikalen Annexionisten. Oncken wollte Mayer zwar gern bei Schäfer einführen, fürchtete aber, „er nimmt mir meine reservierte Stellung zu den Kriegszielfragen übel“⁶³.

Allen Schwierigkeiten zum Trotz ließ die Fakultät Mayer zur Habilitation zu. Das Kolloquium wurde Mayer trotz eines entsprechenden Antrags Meineckes nicht erlassen, aber der Dekan bedeutete ihm, es sei lediglich als Formsache anzusehen⁶⁴. Sein Termin mußte hinausgeschoben werden, weil Mayer 1917 als Beobachter und zugleich Informant der Reichsregierung an der Konferenz der II. Internationale in Stockholm teilnahm⁶⁵, eine „Mission im vaterländischen Interesse“, wie Mayer die Reise nannte⁶⁶. Als das Kolloquium schließlich Anfang Januar 1918 stattfand, fühlte sich Mayer wie in einem „Abiturientenexamen, das nicht mit einer Frage auf den Inhalt meines Vortrags einging“. Er hatte vergleichend über die Geschichtsauffassung Vicos und Montesquieus gesprochen. Die ersten Fragesteller (Meinecke, Herkner, Hintze, Eduard Meyer, Schiemann) gingen „von Montesquieu aus, nicht aber von der Geschichtsauffassung“. Dann kam für Mayer der „Eclat: Dietrich Schäfer“. Dieser wollte Auskunft über die Zusammensetzung der Bevölkerung in der mittelalterlichen Stadt und stellte Fragen zu den Bauernkriegen. „Die Situation war unwürdig.“ Sie führte dazu, daß Mayer die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht auf sich vereinen konnte und der Dekan ihm eröffnete, „daß die Fakultät die Weite meines historischen Wissens nicht ausreichend fände und mir die *venia* nicht erteilen könne“. Aus Mayers Sicht wirkten sich neben dem „Haß der Alldeutschen“ auch andere Faktoren nachteilig aus: der Tod seines alten Lehrers

⁵⁹ Mayer an Oncken 21. 3. 1916. Ebda; Oncken an Mayer 14. 4. 1916. Mayer NL:

⁶⁰ Mayer an seine Frau 13. 10. 1915. Mayer NL:

⁶¹ Mayer an Oncken 20. 6. 1916. Oncken NL (wie Anm. 58).

⁶² Mayer, *Erinnerungen* (wie Anm. 1), S. 283–284.

⁶³ Oncken an Mayer 27. 6. 1916. Mayer NL.

⁶⁴ Mayer an seine Schwester Gertrud 19. 12. 1916 und 30. 1. 1917. Mayer NL.

⁶⁵ Siehe dazu: Leo Haupts, Gustav Mayer und die Stockholmer Konferenz der II. Internationale 1917, in: *Historische Zeitschrift* Jg. 247 (1988), S. 551–583.

⁶⁶ Mayer an die Philosophische Fakultät der Universität Berlin 10. 1. 1918. Mayer NL.

Schmoller 1917, die durch den Stockholm-Aufenthalt bedingte lange Dauer des Verfahrens, die „Abneigung gegen den Outsider, vielleicht auch den Juden“⁶⁷. Erich Marcks bot an, Mayer in München zu habilitieren. Für Marcks war evident, daß außerwissenschaftliche Gesichtspunkte den Ausschlag gegeben hatten, nämlich „die Spannung innerhalb der Fakultät unter der Einwirkung des Kriegs“⁶⁸. Auch von Oncken aus Heidelberg, der sich „erbittert“ zeigte, hörte Mayer freundliche und solidarische Worte⁶⁹, wie dies auch schon unmittelbar nach dem Kolloquium seitens Meineckes, Hintzes und Herckners geschehen war. Mayers Schwager Karl Jaspers schien die „Situation eigentlich nur humoristisch auffaßbar“⁷⁰ – eine Reaktion, die Mayer kaum zu teilen vermochte.

Nach der Revolution war es Gustav Mayer möglich, auf der Basis von Lehraufträgen und seit 1922 als a. o. Professor für „Geschichte der Demokratie und des Sozialismus und der politischen Parteien“ Lehrveranstaltungen an der Berliner Universität durchzuführen. Über die aus seinen Forschungen erwachsenen Gegenstände war „bis dahin von Kathedern deutscher Universitäten nicht gelesen worden“. Was er vortrug, „wurde für kein Examen benötigt“⁷¹. Seine Seminare hielt Mayer im staatswissenschaftlichen Seminar ab, „hoch oben im rechten Flügel der Universität, sozusagen genau entgegengesetzt zum historischen Seminar, das sich im ersten Stock links befand. Seine Vorlesungen waren gering besucht, aber an seinen Seminaren beteiligten sich jeweils 15 bis 20 Studenten, meist linke, noch um Marxismus bemühte Sozialdemokraten und einige wenige Kommunisten wie ich“, so erinnert sich Ernst Engelberg, der unter Mayers Leitung seine Dissertation über „Die deutsche Sozialdemokratie und die Bismarcksche Sozialpolitik“ schrieb⁷².

Gustav Mayer blieb auch während der Weimarer Republik ein Außenseiter mit Außenseiterthemen, die er beharrlich weiterverfolgte, bis er 1933 wegen seiner jüdischen Herkunft von der Universität verjagt wurde. Er konnte auch Engelbergs Dissertation nicht mehr betreuen, so daß dieser zu Oncken wechseln mußte. Mayers Feinde auf der politischen Rechten konnten nun triumphieren. Kollegen wie Meinecke, zu denen er gute Kontakte hatte, sahen sich nicht in der Lage, etwas für ihn zu tun. Eine mögliche Veränderung nach Frankfurt, wo ihm 1922 die Leitung des neu errichteten Instituts für Sozialforschung angetragen wurde, hatte Mayer abgelehnt, weil ihm die Interventionsmöglichkeiten der privaten Geldgeber zu groß erschienen und die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung nicht in ausreichendem Maß gewährleistet schien⁷³. Als er seine

⁶⁷ Mayer an seine Schwester Gertrud und seinen Schwager Karl Jaspers 6. 1. 1918. Mayer NL.

⁶⁸ Mayer an Gertrud und Karl Jaspers über ein Gespräch mit Marcks 10. 1. 1918. Mayer NL.

⁶⁹ Oncken an Mayer 11. 1. 1918. Ebda.

⁷⁰ Jaspers an Mayer 5. 1. 1918. Ebda.

⁷¹ Mayer, *Erinnerungen* (wie Anm. 1), S. 329–330.

⁷² Mitteilung Ernst Engelbergs an den Vf. 13. 2. 1986.

⁷³ Weil an Mayer 30. 11. 1922; Mayer an Weil 21. 1. 1923. Mayer NL.

Bedenken in den Verhandlungen mit dem „jungen ‚Edelkommunisten‘“⁷⁴ Felix Weil äußerte, dessen Vater die Geldmittel bereitstellte, nahm Weil rasch Kontakt zu Carl Grünberg auf, „der übrigens – zum Unterschied von Mayer – revolutionärer Sozialist ist“⁷⁵. Mayer blieb sich treu und das hieß, er blieb ein unabhängiger liberaler Wissenschaftler, der die Schwierigkeiten einer „Synthese von Ranke und Marx“⁷⁶ sehr wohl kannte, ihnen aber nicht aus dem Weg ging und jegliche Dogmenbildung zurückwies. Seine Zuflucht fand Mayer schließlich im liberalen England⁷⁷. Dort erreichte ihn 1944 ein Schreiben der Universität Basel zum fünfzigjährigen Jubiläum seines Dokorexamens. „Sie haben“, so schrieb ihm Edgar Salin, „in seltener Weise in Ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit auf den Grundlagen weitergebaut, die Ihre Dissertation gelegt hatte“⁷⁸.

Mayers Oeuvre zur Geschichte der Arbeiterbewegung speiste sich, wie deutlich zu machen versucht wurde, aus zwei Hauptwurzeln, die kontinuierlich auszumachen sind. Erstens zeigte sich Mayer seit seinem Studium von den sozialen Konflikten seiner Zeit intellektuell und bis zu einem gewissen Grad auch mitfühlend angezogen. Verkürzt formuliert kann man sagen, daß er den Klassenkampf zwar nicht als Aktionsform anerkannte oder mitvollziehen konnte, aber die Klassengegensätze als realen Zustand und gesellschaftlich wirksame Konfliktform einschätzte. Zweitens stand Mayer im Bann der „historischen Schule“ der Nationalökonomie und wandte sich der historischen Dimension der „sozialen Frage“, wie man sein Arbeitsgebiet formelhaft und der zeitgenössischen Terminologie folgend bezeichnen kann, in einer Zeit zu, „da in den Geisteswissenschaften die historische Schule ihre größten Triumphe feiert“⁷⁹. Daß er sich der historischen Methode bediente und sich der Geschichtswissenschaft im engeren Sinn zugehörig fühlte, ist weniger erklärens-wert als die frühe Wahl seines Arbeitsgebiets, das er stetig verfolgte und das ihm zugleich den Eintritt in die historische Zunft so schwer machte.

Mayer selbst gibt einen Hinweis, wenn er in einem 1925 gehaltenen Vortrag genau diese Frage am Beispiel von Lassalle aufwirft und einen Zusammenhang zwischen Judentum und Hinwendung zu den Fragen der Arbeiterschaft herstellt. Lassalle habe sich nicht zufällig „gegen den Weltzustand, in den er hineingeboren wurde“, empört und sich gegen „Vorurteile“, „Ungerechtigkeit“ oder „Brutalität“ gewandt. „Das jüdische Blut, das in ihm floß, steigerte in ihm die Fähigkeit, zu leiden und mitzuleiden. Zurücksetzung und Verfolgung, die sein

⁷⁴ Mayer, *Erinnerungen* (wie Anm. 1), S. 340.

⁷⁵ Weil an Mathilde Jacob 11. 1. 1923. Mayer NL.

⁷⁶ Mayer, *Erinnerungen* (wie Anm. 1), S. 299.

⁷⁷ Dazu Gottfried Niedhart, Gustav Mayers englische Jahre: Zum Exil eines deutschen Juden und Historikers, in: *Exilforschung*. Ein internationales Jahrbuch, Jg. 6 (1988), S. 98–107.

⁷⁸ Salin an Mayer 24. 2. 1944. Mayer NL.

⁷⁹ Gustav Mayer, Der Jude als Arbeiter, in: *Frankfurter Zeitung* 5. 8. 1898, 1. Morgenblatt, S. 1. Bei diesem Artikel, dessen erster Teil am 4. 8. 1898 erschienen war, handelt es sich um eine Besprechung des Buches von Leonty Soloweitschik, *Un Proletariat méconnu. Etude sur la situation sociale et économique des ouvriers juifs*, Paris 1898.

Stamm erduldeten, hatten ihn für Gefühle dieser Art besonders empfindlich gemacht.“⁸⁰ So wie ihn die „gesellschaftliche Ächtung des jüdischen Volkes“ erboste⁸¹, engagierte er sich für die Sache der lohnabhängigen Bevölkerung. Es wäre abwegig, determinierende Korrelationen von Judentum und Arbeiterbewegung zu konstruieren. Für den konkreten Fall aber, der hier interessiert, ist nicht von der Hand zu weisen, daß die gesellschaftliche Marginalität, in der sich Mayer selbst sah, dazu beitrug, daß er sich gesellschaftlichen Strömungen und Gruppen und nicht zuletzt auch einzelnen Personen wie Lassalle, Schweitzer und Engels zuwandte, die vollkommen oder doch überwiegend ebenfalls am Rande der Gesellschaft standen und ihren Kampf gegen die Herrschenden und gegen die bestehenden Strukturen führten.

Eine Affinität von Judentum und Sozialkritik wollte Mayer auch bei Karl Marx erkennen. Er sei „ein Jude aus dem Saft der Propheten“ gewesen. Was ihn auszeichnete: die „unheimliche Flamme“ in ihm, sein „verbohrter Fanatismus“, seine „unbegreifliche Besessenheit“, seine „starre Gläubigkeit“ – all dies komme aus der „Urkraft des Judentums“⁸². Ein „urwüchsig jüdisches Gefühl“ entdeckte Mayer auch in der Kämpfernote Lassalles⁸³. Sowohl bei Marx als auch bei Lassalle scheint ihm dies wichtig zu sein, gerade weil sich beide vom Judentum entfernt hatten, was ja auch auf Mayer zutrifft, der als Zweiundzwanzigjähriger im Dezember 1893 am Vorabend seines Rigorosums radikal formuliert: „Daß das Judentum seiner Auflösung entgegengeht, glaube ich und wünsche ich.“⁸⁴ Was er meinte: Das Judentum müsse im Deutschtum aufgehen. Was er hoffte: Die deutsche Gesellschaft werde sich reformfähig genug zeigen, um sowohl das Judentum als auch die Arbeiterschaft integrieren zu können.

⁸⁰ Mayer, Lassalles Weg (wie Anm. 6), S. 80.

⁸¹ Mayer in einem Vortrag „Lassalle – der Mensch“, den er in den zwanziger Jahren in der Berliner Hochschule für die Wissenschaft des Judentums gehalten hat. Mayer NL.

⁸² Gustav Mayer, Der Jude in Karl Marx, in: ders., *Arbeiterbewegung* (wie Anm. 3), S. 59–60.

⁸³ Wie Anm. 81.

⁸⁴ Nicht genau datierte Tagebuch-Notiz vom Dezember 1893. Mayer NL.

Jüdische Frauen in der Arbeiterbewegung Rosa Luxemburg und Luise Kautsky

von

SUSANNE MILLER

Die beiden Frauen, über die ich hier sprechen werde, waren innig miteinander befreundet. Beide stammten aus jüdischen Familien, doch ein bewußtes, bekundetes Verhältnis zum Judentum läßt sich bei ihnen nicht feststellen. Zu den wenigen Zeugnissen Rosa Luxemburgs zu diesem Thema gehört ein Brief an Mathilde Wurm, eine Sozialistin jüdischer Herkunft, in dem Rosa Luxemburg ihr Desinteresse an „den speziellen Judenschmerzen“ zum Ausdruck bringt und erklärt, daß ihr „die armen Opfer der Gummipflanzungen in Putumayo, die Neger in Afrika, mit deren Körper die Europäer Fangball spielen“, ebenso nahe stünden wie die leidenden Juden¹. Von Luise Kautsky fand ich keine Stellungnahme zum Judentum, es ist jedoch anzunehmen, daß sie in dieser Frage – wie in anderen – nicht im Gegensatz stand zu den Ansichten ihres Ehemannes Karl Kautsky. Er bezeichnete das Judentum als einen „der letzten Überreste aus dem feudalen Mittelalter“ und kam zu der Schlußfolgerung: „Je eher es verschwindet, desto besser für die Gesellschaft und die Juden selbst.“² Rosa Luxemburg hatte in ihrer Jugend sicherlich mehr Beziehung zur jüdischen Kultur als assimilierte Österreicher und Deutsche. Sie verstand Jiddisch, konnte wahrscheinlich auch Jiddisch sprechen, hat diese Sprache jedoch nie in ihren schriftlichen Äußerungen benutzt. Ob sich Luise Kautsky, geborene Ronsperger, vor ihrer Ehe mit Karl Kautsky vorwiegend in einem jüdischen Milieu bewegte, ist zweifelhaft. Jedenfalls schilderte sie in einer Fragment gebliebenen autobiographischen Aufzeichnung als den wichtigsten Einfluß auf ihre frühe Kindheit ihre Erziehung durch eine streng katholische Kinderfrau aus einer oberösterreichischen Kleinstadt³. Geistig und emotional fühlten sich sowohl Rosa Luxemburg als auch Luise Kautsky vor allem mit der internationalen Arbeiterbewegung verbunden, sie war ihnen – um ein Wort Otto Bauers zu gebrauchen – „Vaterhaus und Lebensinhalt“.

Diese Verbundenheit bildete, wenigstens mittelbar, den Ursprung der Freundschaft zwischen diesen in vieler Hinsicht völlig unterschiedlichen Frauen.

¹ Rosa Luxemburg, *Briefe an Freunde*. Nach dem von Luise Kautsky fertiggestellten Manuskript hrsg. von Benedikt Kautsky, Hamburg 1950, S. 48f.

² Karl Kautsky, *Rasse und Judentum*. Ergänzungsheft zur *Neuen Zeit*, 30. Oktober 1914, S. 94.

³ Rosa Luxemburg, *Briefe an Freunde*, ebda, S. 205f.

Rosa Luxemburg gehört zu den bedeutendsten und faszinierendsten Erscheinungen der internationalen Arbeiterbewegung. Bis in unsere Tage regten ihre Persönlichkeit, ihr Lebensweg und ihre Werke Wissenschaftler, Politiker, Literaten und Künstler an, sich mit ihr zu beschäftigen, und manche der ihr gewidmeten biographischen Darstellungen sind von hohem Rang. Für Millionen von Menschen und besonders für die aufbegehrende achtundsechziger Generation ist Rosa Luxemburg zur Symbolgestalt eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ geworden. Ihr gegen die Diktatur der Bolschewiki gerichteter Ausspruch „Freiheit ist immer nur Freiheit des anders Denkenden“⁴ wird unzählige Male in verschiedenen Zusammenhängen zitiert. Der Tag ihrer und Karl Liebknechts Ermordung war in der DDR die herausragende Gelegenheit kommunistischer Heldenverehrung. Sie wurde schließlich von Regimekritikern dazu genutzt, im Namen derer, denen die Ehrung galt, Freiheit und Menschenrechte einzufordern. Doch Rosa Luxemburg weckt bis heute nicht nur Liebe, Bewunderung, Mitgefühl, Zustimmung, sie stößt auch auf Ablehnung und Verurteilung, und dies nicht nur bei politischen Gegnern der Arbeiterbewegung. Es gibt kaum eine Frauengestalt unseres Jahrhunderts, deren Charakterbild in so hohem Maße „von der Parteien Gunst und Haß verwirrt“ wurde wie das ihre. Jedenfalls ist es siebenzig Jahre nach Rosa Luxemburgs Tod nicht möglich, dieser Frau gegenüber gleichgültig zu sein, und kaum eine Persönlichkeit der internationalen Arbeiterbewegung ist im Denken der Nachwelt so lebendig geblieben wie sie.

Völlig anders steht es mit Luise Kautsky. Selbst in der vorzüglichen fünfbändigen Ausgabe der Briefe Rosa Luxemburgs, die 1982 vom Institut für Marxismus-Leninismus herausgegeben wurde, erscheint Luise Kautsky, an die ein Teil dieser Briefe gerichtet war, im Register nur als „Frau von Karl Kautsky sen.“. Außer ihrem Geburts- und Sterbejahr fehlen dort jegliche Angaben zu ihrer Person. Das wird ihr nicht gerecht. Zwar war es ihre entscheidende Rolle, Lebensgefährtin und Mitarbeiterin Karl Kautskys zu sein. Doch wie sie diese Rolle gestaltete, welche Aufgaben sie übernahm und welche Bedeutung diese warmherzige, großzügige und lebenskluge Frau für einen großen Kreis von Menschen gewann, das verdient, vor dem Vergessen bewahrt zu werden.

Luise Kautsky, 1864 in Wien geboren, stammte aus dem gutsituierten jüdischen Bürgertum. Sie arbeitete in der großen Konditorei ihrer Eltern mit, lernte dort Minna Kautsky, die Mutter Karl Kautskys, und deren künstlerisch begabten jüngeren Sohn Hans kennen, dann auch Karl Kautsky, der sich von seiner ersten Frau getrennt hatte. 1890 heirateten sie und Luise zog mit Karl Kautsky nach Stuttgart, wo er die berühmteste Zeitschrift der Zweiten Internationale, die *Neue Zeit*, herausgab. Später lebte das Ehepaar mit seinen drei Söhnen Felix, Karl und Benedikt in Berlin, übersiedelte 1924 nach Wien, und floh nach dem deutschen Einmarsch über Prag nach Amsterdam, wo Karl

⁴ Rosa Luxemburg, *Die Russische Revolution*. Eingeleitet und hrsg. von Ossip K. Flechtheim, Hamburg 1963, S. 73.

Kautsky starb. Luise Kautsky wurde kurz nach ihrem 80. Geburtstag nach Auschwitz deportiert und blieb dort nur wenige Wochen am Leben.

In einem Nachruf auf Luise Kautsky nannte Friedrich Adler Karl Kautskys Frau dessen „brillante Sekundantin“, die stets als erste dessen Artikel, Broschüren und Bücher zu lesen bekam, um ihm ihr Urteil abzugeben, das er überaus hoch geschätzt habe⁵. Luise war die unermüdliche, verständnisvolle Helferin bei Karl Kautskys Arbeit und die begeisterte tapfere Verfechterin ihrer gemeinsamen Ideale, wie es in Kautskys Widmung an seine Frau in seinem Alterswerk *Die materialistische Geschichtsauffassung* heißt. Doch nicht nur als Gehilfin des einflußreichsten Theoretikers des Marxismus leistete Luise Kautsky einen beachtlichen Beitrag zur sozialistischen Literatur. Sie war die Übersetzerin wichtiger Werke, so der von Rjasanov herausgegebenen zweibändigen Sammlung politischer Aufsätze von Marx und Engels, von Louis Bourdins Buch *Das theoretische System von Karl Marx* und einer Studie von Paul Lafargue *Ursprung und Entwicklung des Begriffes der Seele*. Sie schrieb zahlreiche biographische Skizzen und persönliche Erinnerungen an Frauen und Männer der sozialistischen Bewegung. Ihre schriftstellerische Arbeit wurde von Rosa Luxemburg sehr geschätzt, und sie ermutigte Luise, ihre Memoiren zu verfassen, doch sie kam dabei über ihre Erinnerungen an ihre frühe Kindheit nicht hinaus.

Luise Kautskys stärkste Wirkung lag in ihren ungewöhnlichen Fähigkeiten beim Umgang mit Menschen, die sie bis ins hohe Alter bewahrt hat. Ihr Sohn Karl hatte zweifellos recht mit seiner Feststellung, daß sein Vater nicht nur als Gelehrter verehrt, sondern als Persönlichkeit von unzähligen Freunden und Genossen geliebt wurde. Einen entscheidenden Anteil daran hatte Luise Kautsky, die in ihrem Heim fast allen führenden Sozialisten aus Ost und West, und auch anderen, Gastfreundschaft bot. Es waren nicht nur vorübergehende Besucher, die von Luise und Karl Kautsky mit großer Herzlichkeit empfangen wurden. Auf Luisens Freundschaft war Verlaß, besonders wenn man ihrer bedurfte. Mit unerschöpflicher Hilfsbereitschaft stand sie August Bebel bei, der nach schweren Schicksalsschlägen – dem Tod seiner Frau und seines Schwiegersohns folgte eine lange Gemütskrankheit seiner Tochter – tief bedrückt und vereinsamt war. In der Freundschaft, die Luise Kautsky mit Rosa Luxemburg verband, war sie Gebende und Nehmende zugleich. Sie war der Mensch, von dem Rosa Luxemburg bekannte, daß sie nur Gutes von ihm empfangen habe. Luise war für Rosa der Hafen, zu dem sie sich in den Stürmen ihres Lebens und ihrer Natur immer wieder retten konnte. Besaß Rosa Luxemburg ein Temperament, von dem sie selber meinte, daß sie damit eine Prairie in Brand setzen könnte, so hatte Luise Kautsky ein besonders harmonisches, ausgeglichenes und ausgleichendes Wesen. Doch persönliche Krisen erlebte auch sie. Sie gingen so tief, daß sie drauf und dran war, Karl Kautsky zu verlassen, offenbar, weil ihre alte Liebe zu seinem Bruder Hans wieder aufgeflammt war. Nach einigen Monaten der Trennung, die Luise bei einer Tante in Wien verbrachte, kehrte sie

⁵ *Luise Kautsky zum Gedenken*, New York 1945, S. 7.

wieder zu ihrer Familie zurück, und es scheint, daß diese Episode im Verhältnis der Eheleute keine bleibenden Spuren hinterließ.

Wie unbeirrbar Luise Kautsky in ihrer Beziehung zu geschätzten und geliebten Menschen war, zeigte sich bei dem Konflikt zwischen Rosa Luxemburg und Karl Kautsky, der 1910 über das Problem des Massenstreiks ausbrach und nie beigelegt wurde. Obwohl Luise sachlich sicherlich die Haltung ihres Mannes billigte – denn es gibt keine Zeugnisse dafür, daß sie in politischen und theoretischen Fragen je anderer Meinung war als er –, tat dies der Freundschaft zwischen Rosa und Luise keinen Abbruch. Als Rosa Luxemburg fast die gesamte Kriegszeit hinter Festungs- und Gefängnismauern zubringen mußte, tat Luise Kautsky das ihr Mögliche, der Freundin diese bitteren Jahre zu erleichtern. Sie besuchte sie, selbst im entlegenen Wronke, sandte ihr Briefe und Geschenke, besorgte ihr einen Verleger für ihre Korolenko-Übersetzung, und trauerte mit ihr über den Tod ihres Freundes Hans Diefenbach.

Diese scheinbar unerschütterliche Freundschaft erreichte jedoch ihre Grenze zu einer Zeit, in der Rosa Luxemburg eines schützenden Hafens am meisten bedurft hätte: während der Revolutionswochen nach dem 9. November 1918. Nach Rosa Luxemburgs Entlassung aus dem Gefängnis in Breslau ließ Luise Kautsky es nie mehr zu einem Treffen mit Rosa Luxemburg kommen. Das sei für Rosa unfaßbar gewesen, schreibt Luise Kautsky in ihrem Gedenkbuch für die ermordete Freundin, sie gibt jedoch keinen ganz einleuchtenden Grund an, warum sie sich so abrupt gegen eine Fortsetzung der alten Freundschaft entschieden hat. Sie erklärt zwar, daß sie Rosa Luxemburgs Auftreten an der Seite Karl Liebknichts während der Revolution für verhängnisvoll gehalten und gemeint habe, daß man Rosas Haltung nicht werde ändern können. Doch Konflikte zwischen den politischen Überzeugungen des Ehepaars Kautsky und denen Rosa Luxemburgs hatten ja schon früher bestanden, ohne daß sie zur Trennung der beiden Frauen geführt hätten. Warum sich Luise Kautsky gerade in der Revolutionszeit von ihrer Freundin abwandte und nicht einmal versuchte, die Verfolgte und Gejagte von ihrem verhängnisvollen Weg abzubringen, ist schwer erklärbar.

Die Dankesschuld – vielleicht auch Schuld –, die Luise Kautsky gegenüber Rosa Luxemburg empfand, trug sie dann auf eine Weise ab, die nicht würdiger hätte sein können: Sie veröffentlichte 1933 Rosa Luxemburgs Briefe an Karl und Luise Kautsky, sammelte Rosas Briefe an andere Adressaten, rettete sie ins holländische Exil, so daß sie 1950 von Benedikt Kautsky unter dem Titel *Briefe an Freunde* herausgegeben werden konnten, und das von Luise Kautsky verfaßte, 1929 erschienene *Gedenkbuch* war die erste ausführlichere biographische Skizze über Rosa Luxemburg. Die von Luise Kautsky herausgegebenen schmalen Bände zusammen mit den bereits 1920 veröffentlichten Briefen Rosa Luxemburgs aus dem Gefängnis, die an Sonja Liebknicht gerichtet waren, haben in hohem Maße dazu beigetragen, daß die Mitgründerin des Spartakusbundes und der Kommunistischen Partei Deutschlands als *die* Vorkämpferin einer menschlichen Gesellschaft, die alle Geschöpfe liebevoll miteinbezieht, verehrt wird. Das

Bild, das sich aus diesen Briefen und Erinnerungen ergibt, ergänzt das der Revolutionärin, die mit ihren Anklagen gegen Kapitalismus und Imperialismus die Massen hinriß, die mit äußerster Radikalität gegen Militarismus und Krieg kämpfte, und die in der Revolution von 1918/19 nicht bereit zu Kompromissen war, sondern durch die Unterstützung des Januaraufstands ihr Leben aufs Spiel setzte und es grauenhaft verlor.

Wendet man sich jedoch den Einzelheiten dieses Bildes von Rosa Luxemburg zu, lassen sich Risse und Brüche nicht übersehen, und zwar sowohl in der Sphäre des Privaten wie in der des Politischen. Diese faszinierende Frau kann kaum besser charakterisiert werden als das in der jüngst auch in deutscher Sprache erschienenen sehr schönen Biographie von Elżbieta Ettinger geschieht:

„Widerstrebende Gefühle zerrissen sie, einmal war sie entschlossen, die Bürde ihres jüdischen Ursprungs abzuschütteln, ein andermal war sie voller Zweifel und Schuldgefühle. Sie wollte gut sein zu ihren Eltern, aber deren rührende Liebe und Bewunderung störten und irritierten sie. Sie wollte gut sein zu ihren Liebhabern, aber sie war besitzergreifend und eifersüchtig. Sie wollte die Revolution, aber sie verabscheute Blutvergießen. Doch sie erduldet die Widersprüche ihres Wesens und ihrer Anschauung tapfer. Ihr Geist schweifte weit über die Gegenwart hinaus, während ihre persönlichen Bedürfnisse und Ansichten der Tradition verhaftet blieben.“⁶

Die Widersprüchlichkeit von Rosa Luxemburgs politischen Positionen zeigte sich am deutlichsten während der kurzen Zeitspanne, die ihr zwischen ihrer Entlassung aus dem Gefängnis am 8. November 1918 und ihrer Ermordung am 15. Januar 1919 verblieben war. Ihre Parole lautete alsbald: „Alle Macht den Räten!“ Doch ihre und Karl Liebknechts Anhängerschaft unter den Arbeitern in den Betrieben war so gering, daß keiner von beiden ein Mandat für den Allgemeinen Rätekongreß, der vom 16. bis 20. Dezember in Berlin tagte, erhielt. Obwohl Rosa Luxemburg in ihrem berühmt gewordenen Manuskript über die Russische Revolution Lenin vorwarf, die Konstituante auseinandergejagt zu haben, legte sie in der Generalversammlung der Berliner USPD am Vorabend des Rätekongresses eine Resolution vor, in der die Einberufung einer deutschen verfassunggebenden Nationalversammlung abgelehnt und gefordert wird, den Berliner Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte „mit der höchsten Staatsgewalt“ auszustatten, obwohl die völlige sachliche Inkompetenz dieses Vollzugsrats allgemein bekannt war. Sucht man nach einer Erklärung für die Widersprüche und die Realitätsferne in Rosa Luxemburgs damaligen Stellungnahmen, so lassen sich mehrere Ursachen vermuten. Die entscheidende war wohl ihr genereller Glaube an die Massen, als deren Repräsentanten sie die Räte betrachtete. Dieser Glaube war unter dem tiefen und nachhaltigen Eindruck der russischen Revolution von 1905 entstanden, er bestimmte auch ihre Erwartungen und Forderungen, die sie an einen Massenstreik knüpfte und war für sie so wesentlich, daß sie es wegen dieses Themas zum Bruch mit Karl Kautsky kommen ließ.

⁶ Elżbieta Ettinger, *Rosa Luxemburg. Ein Leben*. Aus dem Amerikanischen von Barbara Bortfeldt, Bonn 1990, S. 12.

In der deutschen Revolution von 1918 spielten für Rosa Luxemburg aber noch andere Faktoren als ihre Haltung zum Massenstreik eine Rolle. Der emotional tiefste war ihr Groll gegen die Mehrheitssozialdemokratie, deren Politik im Krieg und deren Kooperation mit den alten Mächten nach dem Krieg für Rosa Luxemburg – und auch für andere, die nicht zu ihrem engsten politischen Kreis gehörten – eine Todsünde wider den Geist den Sozialismus bedeuteten. Rosa Luxemburgs Haß gegen Ebert, Scheidemann und deren Anhänger steigerte sich in den fast vier Jahren ihrer Festungs- und Gefängnishaft zu einem revolutionären Fanatismus, in dem sich der tiefe Schmerz über die entsetzlichen Opfer des Völkermordens und eine oft irrationale Aggressivität gegen ihre ehemaligen Parteigenossen mischten. In der Turbulenz jener Wochen, die auf den 9. November 1918 folgten, zeigte sich in aller Deutlichkeit auch Rosa Luxemburgs generelle Haltung in der Politik, die Peter Nettel, der Autor der umfassendsten und gründlichsten Luxemburg-Biographie, so kennzeichnete: „Alles in Allem war Rosa Luxemburg mehr Kritikerin – eine scharfe und tiefe Kritikerin – als politische Theoretikerin. Aus ihren Schriften erfahren wir viel über die Gesellschaft und über den Sozialismus, aber wir sehen kein geschlossenes Alternativ-System zu denen, die sie kritisiert.“⁷

Für die politische Kluft, die zwischen Rosa Luxemburg und Luise Kautsky im November 1918 nicht neu entstand, damals aber unüberbrückbar wurde, war ihre diametral entgegengesetzte Haltung zur parlamentarischen Demokratie und zur Räteherrschaft der deutlichste Indikator. Luise Kautsky, die wie ihr Mann der USPD angehörte, war sich mit den Mehrheitssozialdemokraten einig, daß die Konstituante möglichst früh einberufen werden solle. Auf sie setzte sie alle ihre politischen Hoffnungen, denn „sie muß und wird mit vielem aufräumen, was jetzt in der ersten Hast geschah und getan wurde“, schrieb sie am 18. November an Heinrich Braun⁸. Ihre positive Einschätzung des Parlamentarismus bekundete Luise Kautsky auch durch die Übernahme eines Mandats für die USPD im Groß-Berliner Stadtparlament. Ihre Tätigkeit dort war aber von nur kurzer Dauer. Als Karl Kautskys Erwartung, er werde nach der Vereinigung der Rumpf-USPD mit der Mehrheitssozialdemokratie die Leitung der Neuen Zeit zurückerhalten, enttäuscht wurde, zog das Ehepaar Kautsky nach Wien, wo ihre Söhne mit ihren Familien lebten.

Diese Jahre in der alten Heimat seien für Luise und Karl Kautsky „ein sonniger Herbst“ gewesen, war der Eindruck einer Freundin der Familie⁹. Karl Kautsky setzte in Wien seine überaus intensive Tätigkeit als politischer Schriftsteller fort, seine Frau assistierte ihm dabei, aus dem Parteileben hatten sich beide zurückgezogen. In der Novemberrevolution hatten sie faktisch ihre politische Heimat verloren, denn in der sich rapide radikalisierenden USPD waren sie zwar Mitglieder, aber sie blieben Außenseiter, wenn auch geachtete.

⁷ Peter Nettel, *Rosa Luxemburg*. Aus dem Englischen von Karl Römer, Köln · Berlin 1965, S. 522.

⁸ Zitiert nach: Susanne Miller, *Die Bürde der Macht*, Düsseldorf 1978, S. 108.

⁹ Oda Lerda-Olberg, in: *Luise Kautsky zum Gedenken*, ebda, S. 15.

Die Flucht aus dem annektierten Österreich über Prag nach Holland brachte Karl Kautsky den Tod, kurz nach seinem 84. Geburtstag. Seiner Frau war nach Kriegsausbruch von der britischen Labour Party die Übersiedlung nach England angeboten worden, aber sie entschied sich, in Amsterdam zu bleiben, um von dort aus den Kontakt mit ihrem Sohn Benedikt, der in Konzentrationslagern gefangengehalten wurde, aufzunehmen. Es gelang Luise Kautsky, mit Benedikt zu korrespondieren, als dieser in Auschwitz war, was von allen, die davon wußten, als ein Wunder betrachtet wurde. Trotz großer Bemühungen ihrer Freunde konnte sie selber schließlich vor der Deportation nach Auschwitz nicht bewahrt werden. Aber selbst dort fand sie Menschen, die ihr das Schlimmste in dieser Hölle ersparten. Ihre Gabe, Menschen zu beeindrucken und Freunde zu gewinnen, behielt Luise Kautsky bis zu ihrem Tod als Achtzigjährige in Auschwitz.

Zu diesen Ausführungen noch eine persönliche Bemerkung: Ich halte ein Gedenken an Rosa Luxemburg und Luise Kautsky für höchst aktuell. Beide Frauen haben, jede auf ihre Art, durch ihr Leben und Streben dem Begriff „Sozialismus“ Gehalt, Sinn und Dignität verliehen. Angesichts des Mißbrauchs, der mit diesem Begriff getrieben wurde, ist es ein Gebot historischer Wahrheitsfindung und intellektueller Redlichkeit, sich darauf zu besinnen, was Sozialismus früheren Generationen bedeutet hat. Und das erfährt man am eindrucksvollsten durch das Beispiel von Menschen, denen das sozialistische Ziel – die friedfertige, klassenlose, ausbeutungsfreie humane Gesellschaft – der Leitstern ihres Lebens war. Zu diesen Menschen gehörten Rosa Luxemburg und Luise Kautsky.

Sozialistin, Parlamentarierin, Jüdin.
Die Beispiele Käthe Frankenthal, Berta Jourdan, Adele
Schreiber-Krieger, Toni Sender und Hedwig Wachenheim

von
CHRISTL WICKERT

Während meiner Recherchen über die sozialdemokratischen Parlamentarierinnen der Weimarer Republik¹ war mir aufgefallen, daß Jüdinnen ihre Rollen in zentralen Positionen der Sozialistischen Frauenbewegung spielten. Als ich dann im Jahre 1979 zu Besuch im Leo Baeck Institute in New York war, hatte ich die Chance zu ausführlichen Gesprächen mit Ernest Hamburger² über seine Erinnerungen an sozialdemokratische Parlamentarier. Wie wir heute wissen, war dies wenige Monate vor seinem Tod.

Ich kannte Hamburgers Veröffentlichungen und natürlich kamen wir auch auf die Frage des Beitrags Deutscher jüdischer Herkunft in Wirtschaft, Politik und Kultur. Aus meinen Erinnerungen muß ich angesichts der Einleitung zur Tagung sagen, daß wir Ernest Hamburger gründlich mißverstehen, wenn wir der Frage nach einer „spezifisch ‚jüdischen Wesensart‘“ versuchen nachzugehen. Er selbst verstand sich in den 20er Jahren als preußisch-deutscher Sozialdemokrat. Seine jüdische Herkunft war kein Thema für ihn, er fühlte sich auch nicht vom zunehmenden Antisemitismus persönlich betroffen, denn in seiner eigenen Umgebung machte er keine diesbezüglichen Erfahrungen. Von einer „jüdischen Wesensart“ zu sprechen, war ihm auch 1979 fern, da er die Nähe zu den Nürnberger Rassegesetzen vom 15. September 1935 sah. Schon die Nationalsozialisten selbst hatten, wie Lothar Gruchmann³ in einem 1983 veröffentlichten Artikel zeigte, ihre Schwierigkeiten zu definieren, was als jüdisch im rassistischen Sinne tatsächlich zu gelten hatte.

Wenn wir hier darüber nachdenken, inwieweit sich die religiöse Heilserwartung der vorigen Jahrhunderte in säkularisierter Form im Sozialismus der Neuzeit niedergeschlagen hat, dann muß ich diese Frage *nicht nur* unter jüdischen Vorzeichen stellen. Die Geschichte abendländischen Christentums im 19. Jahrhundert zeigt dessen abnehmende gesellschaftliche Bedeutung, die im Deut-

¹ Christl Wickert, *Unsere Erwählten. Sozialdemokratische Frauen im Deutschen Reichstag und im Preußischen Landtag der Weimarer Republik*, 2 Bde., Göttingen 1986.

² Ernest Hamburger, New York, 2. und 9. Oktober 1979.

³ Lothar Gruchmann, „Blutschutzgesetz“ und Justiz. Zu Entstehung und Auswirkung des Nürnberger Gesetzes vom 15. September 1935, in: *VfZ* 31 (1983), S. 418ff.

schen Reich in Bismarcks Einführung der staatlichen Eheschließung ihren Ausdruck fand. Die Zahl der Kirchenbesucher nahm trotz aller Bemühungen in beiden großen Konfessionen stetig ab.

Nach diesen Vorbemerkungen zum eigentlichen Thema: Für Sozialistinnen war es in den Weimarer Jahren nicht relevant, wenn sie aus einem jüdischen Elternhaus stammten. Sehr wohl wichtig war es hingegen, daß sie als ‚Bürgerliche‘ eine andere Ausgangsbasis hatten als Arbeitertöchter. Über Antisemitismus wird in Lebenserinnerungen ebenso wenig berichtet, wie über frauenfeindliche Erfahrungen. Unter den Parlamentarierinnen fanden sich Frauen jüdischer Herkunft nur unter den Vertreterinnen der Parteien der Arbeiterbewegung. Im Rahmen der bürgerlichen Frauenbewegung hatte es seit der Probleme um Alice Salomon bei ihrer Kandidatur zur Vorsitzenden des „Bundes deutscher Frauenvereine“ 1914 keine Jüdin mehr in einer zentralen Funktion gegeben⁴.

Käte Frankenthal und Toni Sender sind für mich ebenso wie die Mütter von Berta Jourdan und Hedwig Wachenheim und die Eltern von Adele Schreiber zu denjenigen Juden zählen, die – und hier folge ich Shulamit Volkovs gerade auf deutsch erschienener Aufsatzsammlung⁵ – mit dem Judentum brachen, um ihren Weg der Assimilation und Akkulturation trotz aller Widersprüche gehen zu können, die selbst das Gedenken an die jüdischen Feiertage als Relikt vergangener Zeiten ansahen oder sich bzw. ihre Kinder taufen ließen, damit ihnen alle Wege in der deutschen Gesellschaft offen waren. Alle fünf – und hier besteht kein Unterschied zu anderen Töchtern bürgerlicher Familien, die in der Arbeiterbewegung aktiv wurden – wendeten sich von den Normen und Werten ihrer Sozialisation ab mit dem Schritt, der SPD beizutreten. Mir scheint die Entscheidung zugunsten der SPD für Mädchen und junge Frauen, die sich aus assimilierten oder akkulturierten jüdischen Verhältnissen in eine mehr oder weniger erfolgreiche berufliche und/oder politische Laufbahn begeben haben, nicht das Primäre. Konstituierend ist vielmehr deren Verbundenheit zur deutschen Kultur, die in den zwanziger Jahren eine Art Immunität gegen antisemitische Anfeindungen mit sich gebracht hatte und auch durch die NS-Zeit nicht abgeschnitten wurde.

Berta Jourdan habe ich selbst noch kennengelernt und ausführlich gesprochen⁶. Sie lebte 1979/80 im jüdischen Altersheim in Frankfurt am Main. Von Adele Schreiber finden sich verschiedene Fassungen zweier Manuskripte ihrer Erinnerungen an Kindheit und Jugend bis zu ihrem Weggang aus Österreich in ihrem Nachlaß⁷. Käte Frankenthal und Toni Sender schrieben ihre Autobiogra-

⁴ Marion Kaplan, Schwesterlichkeit auf dem Prüfstand. Feminismus und Antisemitismus in Deutschland 1904–1938; in: *Feministische Studien* 3 (1984), H. 1, S. 128 ff.

⁵ Shulamit Volkov, *Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1990, hier: Jüdische Assimilation und Eigenart im Kaiserreich, S. 131 ff.

⁶ Berta Jourdan, Frankfurt/M., 18. März und 12. November 1980; Berta Jourdan, Frankfurt/M., Transkript von Roswitha Mattausch, Sommer 1979.

⁷ Adele Schreiber, *Lebensgeschichte I und II*, siehe: Nachlaß Adele Schreiber, Bundesarchiv Koblenz.

phien in den Jahren 1939/1940 nach dem Ende ihrer politischen Aktivitäten im amerikanischen Exil – in einer Phase, als sie sich um Aufklärung über die Zustände in Deutschland bemühten und selbst noch auf der Suche nach einer neuen beruflichen Identität und Lebensperspektive waren⁸. Hedwig Wachenheims Erinnerungen erschienen erst 1973⁹.

Die Frauen hatten ihr Leben mit Diskontinuitäten zu leben, die nicht nur durch ihre persönlichen Entscheidungen gegen einen traditionellen Lebenslauf bedingt waren, sondern eben besonders durch Vertreibung und Entwurzelung aus ihrem kulturellen und sprachlichen Kontext, dem sie alle sehr verbunden waren. Die dadurch bedingte Mobilität machte es für die Einzelne notwendig, ihrem Lebensverlauf eine Folgerichtigkeit und einen Sinnzusammenhang zu geben. Dieses Bedürfnis kam auch bei Berta Jourdan zutage, obwohl sie nie darüber nachgedacht hatte, ihre Erinnerungen für die Nachwelt aufzuschreiben. Jedoch soll jetzt nicht weiter auf die Problematik der historischen Verarbeitung von Lebenserinnerungen und mündlichen Interviews eingegangen werden¹⁰.

In einem ersten Teil wird hier über Aspekte des jüdischen Hintergrundes in Kindheit und Jugend und bis zur Vertreibung berichtet; im zweiten Teil das Verhältnis zu Deutschland während und nach Hitler thematisiert.

Milieuspezifische Prägungen – im Sinne von Lepsius verstanden¹¹ – bestimmten die frühe Kindheit und die Einstellung der Familien zur Schulbildung und Ausbildung der Töchter und blieben auch in der Phase politischer und lebensgeschichtlicher Umorientierung noch wichtig. Jüdisches Gemeindeleben beeinflusste die Kindheit von Käte Frankenthal und Toni Sender, deren Väter beide Gemeindevorsteher waren. Im Leben von Berta Jourdan und Hedwig Wachenheim spielte nach dem Tod der Väter die jüdische Kultur keine Rolle mehr, den Müttern war der Blick nach vorn für ihre Kinder wichtiger als die Tradition, aus der die Familie stammte. Ihre Kinder sollten es einmal besser haben als sie selbst und ohne Vater war dies schon schwer genug. Adele Schreibers Vater hatte in Österreich eine Karriere als Arzt und Klinikleiter vor sich, die er nur nach der Taufe realisieren konnte. So war er zusammen mit seiner Frau Katholik geworden.

Schauen wir uns vor diesem Hintergrund an, was die Frauen über den Einfluß

⁸ Käte Frankenthal, *Der dreifache Fluch: Jüdin, Intellektuelle und Sozialistin*. Hrsg. von Katelyn M. Pearle und Stefan Leibfried, Frankfurt/M. 1981; Toni Sender, *Autobiographie einer deutschen Rebellin*. Hrsg. von Gisela Brinker-Gabler, Frankfurt/M. 1981.

⁹ Hedwig Wachenheim, *Vom Großbürgertum zur Sozialdemokratie. Memoiren einer Reformistin*. Hrsg. von Susanne Miller, Berlin 1973.

¹⁰ Christl Wickert, *Frauen im Parlament: Lebensläufe sozialdemokratischer Parlamentarierinnen in der Weimarer Republik*, in: Wilhelm-Heinz Schöder (Hrsg.), *Lebenslauf und Gesellschaft. Zum Einsatz von kollektiven Biographien in der historischen Sozialforschung*, Stuttgart 1985, S. 210ff.

¹¹ Mario Rainer Lepsius, *Parteiensystem und Sozialstruktur: Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft*, in: Wilhelm Abel u. a. (Hrsg.), *Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte*, Festschrift für Friedrich Lütge zum 65. Geburtstag, Stuttgart 1966, S. 371ff.

ihrer Eltern berichten, die alle dem Judentum in ihrer eigenen Kindheit noch mindestens kulturell, wenn auch nicht immer religiös verbunden waren.

1872 in Wien geboren, wuchs *Adele Schreiber* in Tirol auf, wo der Vater eine Klinik leitete. Das Familienleben war von der Berufstätigkeit des Vaters geprägt; Adele wurde mit ihren Schwestern zusammen von wechselnden Gouvernanten erzogen. „Ich war eine große Rebellin, in steter Ablehnung gegen die Gebote der Sittlichkeit für brave kleine Mädchen, ich haßte die Tyrannei der stets blütenweißen Schürzen.“¹² Sie war, wie auch Käte Frankenthal und Toni Sender die mittlere von mehreren Geschwistern. Sie fühlte sich benachteiligt, da sie sich weder von den Eltern für voll genommen (wie ihre ältere Schwester), noch mit ausreichend Zärtlichkeit (wie ihre jüngere Schwester) bedacht fühlte. Jüdischsein war kein Thema in der Familie. Nur in einem Nebensatz erwähnt Adele Schreiber in ihren Erinnerungen, daß und warum die Eltern vom Judentum zum Katholizismus konvertiert waren. Später als Mitglied des Reichstages machte sie keinerlei Angaben zu einer Religionszugehörigkeit.

Nach einer Schulbildung durch Hauslehrer und in Mädchenpensionaten zeigten sich die Grenzen ihres politisch liberalen Elternhauses deutlich: Abitur und Studium wollten Vater und Mutter nicht unterstützen. So ging sie etwa 1900 nach Deutschland, um sich als Schriftstellerin, wie sich damals Journalisten nannten, durchzuschlagen. In München gründete sie die erste Initiative für eine Frauenversicherungsgesellschaft mit, in Berlin wurde sie im „Verband fortschrittlicher Frauenvereine“ aktiv und war an der Gründung des „Bundes für Mutterschutz“ beteiligt¹³. Aus diesen Gruppen des radikalen Flügels der bürgerlichen Frauenbewegung zog sie sich nach und nach zurück, nachdem es jedesmal große persönliche Streitigkeiten gegeben hatte. Einzig im „Weltbund für Frauenstimmrecht“ blieb sie und wurde in den zwanziger Jahren sogar dessen Vizepräsidentin. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges finden wir Adele Schreiber(-Krieger) in der SPD, wo sie sich besonders für die Rechte von Mutter und Kind einsetzte. 1920 wurde sie im Wahlkreis Liegnitz für die SPD in den Reichstag gewählt, kümmerte sich allerdings im Unterschied zu ihren Fraktionskolleginnen wenig um die Arbeit vor Ort, so daß man ihr 1924 Anna Nemitz vorzog. Nur dem Eingreifen der Berliner Parteizentrale ist wohl ihre Aufstellung und Wahl im Wahlkreis Osthannover 1928 zu verdanken. Die „Bürgerliche“ hatte sich als gutes Aushängeschild der SPD-Frauenbewegung auf internationaler Ebene erwiesen: Als Vizepräsidentin des „Weltbundes für Frauenstimmrecht“ repräsentierte sie die deutschen Parlamentarierinnen im Ausland, sie hatte jedoch offensichtlich kein Einfühlungsvermögen für die Parteiarbeit und die Organisationsstrukturen innerhalb der SPD.

1933 emigrierte sie in die Schweiz, um – wie sie schrieb – ihre internationale Arbeit fortzusetzen. An keiner Stelle erwähnt sie, daß es ja besonders auch aus

¹² Adele Schreiber, *Lebensgeschichte II*, S. 1.

¹³ Christl Wickert, Helene Stöcker 1869–1943. Frauenrechtlerin, Sexualreformerin und Pazifistin, Bonn 1991, S. 75 ff.

rassischen Gründen gefährlich geworden war, in Deutschland zu leben: „Ich überschritt nach Abgabe meines Reisewahlscheines in Stuttgart (am 5. März 1933) die Schweizer Grenze – diesmal nicht als Referentin, sondern als politischer Flüchtling.“¹⁴ Ihre Aktivitäten galten zunächst primär dem „Weltbund für Frauenstimmrecht“. 1939 ging sie nach England, wo sie sich als Referentin in Kursen zur demokratischen Erziehung deutscher Kriegsgefangener beteiligte.

Käte Frankenthal 1883 in Kiel als zweite von drei Töchtern geboren, absolvierte nach der Volksschule einige Jahre in einem jüdischen Mädchenpensionat in Wiesbaden, wo auch Toni Sender und Berta Jourdan einige Jahre später kurze Zeit verbringen sollten. Käte und ihren Schwestern war schon früh die besondere Rolle des Vaters als Vertreter der liberalen jüdischen Gemeinde in der Stadt bewußt. Zuhause merkten sie davon wenig, im Gegenteil sie hatten mehr Freiheiten als andere Kinder. Als sie eines Tages zur Geburtstagsgesellschaft einer Klassenkameradin als einzige nicht eingeladen war, ohne daß sie einen Grund dafür sah, sprach die Mutter erstmals mit ihr über Vorurteile, die in der Stadt gegenüber Juden herrschten. Käte Frankenthal kompensierte diese und andere ähnliche Erfahrungen der Ungerechtigkeit und Benachteiligung in den nächsten Jahren mit besonderem schulischem Eifer und wurde bald Klassenbeste. Nur auf Wunsch der Eltern besuchte sie das jüdische Pensionat, wo sie durch Berichte von Mitschülerinnen der osteuropäischen Pogrome gewahr wurde. Weil sie sich vom Unterricht unterfordert fühlte, brach sie den Aufenthalt gegen den Willen der Eltern ab, organisierte sich Privatunterricht und erreichte 1909 das Abitur. Sie begann als eine der ersten Frauen ein Medizinstudium im Deutschen Reich und sollte damit alle vorgegebenen Bahnen brechen. Verschiedene Erfahrungen der schlechteren Behandlung von Arbeitern in Kliniken machten sie sensibel für soziale Fragen, bis sie ein Kommilitone mit in eine Arbeiter-Versammlung nahm. In der SPD fand sie die Möglichkeit, sich für eine größere soziale Gerechtigkeit einzusetzen. Dies blieb auch Leitsatz ihrer Arbeit als Neuköllner Stadtärztin und Berliner Stadtverordnete in den zwanziger Jahren sowie ab 1928 als Mitglied des Preußischen Landtages. 1931 trat sie der gerade neu gegründeten SAP bei. Spätestens seit dem „Preußenputsch“ im Sommer 1932 wurde sie durch nationalsozialistische Drohungen wieder mit ihrer jüdischen Herkunft konfrontiert, ohne dies jedoch allzu ernst zu nehmen. Am 18. März 1933 wurde sie mit sofortiger Wirkung entlassen. „Ich paßte in jede Kategorie, die von den Nazis verabscheut wurde: Jüdin, Sozialistin, Volksverhetzer, emanzipiertes Weib.“ Zwei Wochen später verließ sie das Land: „Ich hatte nichts mehr in Deutschland zu tun und wußte, daß ich mich mit jeder Stunde unnütz Gefahren aussetzte“, weil sie durch ihre Arbeit in der Sexualreformbewegung zu bekannt gewesen war¹⁵. Ihre Wege führten sie über Prag, die Schweiz, Paris und erneut Prag nach New York. Sie litt besonders darunter, daß Sozialdemokraten selbst im Exil ihre Entscheidung zur Mitarbeit in der SAP

¹⁴ Adele Schreiber, *Lebensgeschichte I*, S. 26.

¹⁵ Käte Frankenthal, S. 190, 197.

nicht akzeptierten und Kontakte mieden. 1935 wandte sie sich an das Jüdische Flüchtlingskomitee in Prag, was ihr zunächst Schwierigkeiten bereitete, da sie sich seit über 20 Jahren nicht mehr eigentlich als Jüdin verstanden hatte. Neun Monate, bis zur Ausreise in die Vereinigten Staaten, arbeitete sie dann sogar im Komitee mit, das die Betreuung der in Prag gestrandeten Juden und deren Weiterreise organisierte. 1939 schrieb sie ihre Erinnerungen für einen Wettbewerb auf, der deutsche Emigrantinnen und Emigranten ansprechen sollte: Aufgabe war es, Leben und Politik auf dem Hintergrund der politischen Entwicklungen im Verlaufe der Weimarer Republik zu beschreiben und zu analysieren. Nach ihrem 1947 beendeten Psychologiestudium baute sie sich noch einmal eine neue Existenz als Familientherapeutin beim „Jewish Family Service“ auf.

Toni Sender, 1888 in Wiesbaden als zweite von vier Kindern einer eher orthodox orientierten jüdischen Familie geboren, beschreibt ihre Kindheit in einem Aufsatz als unglücklich und einsam: „Ich war eine Fremde zuhause.“¹⁶ Die jüdische Töchterschule langweilte sie derart, daß sie den Besuch schon 1901 gegen den Willen ihrer Eltern abbrach, um sich in Frankfurt am Main zum Handelskaufmann ausbilden zu lassen. Hier kam sie in Kontakt mit der Arbeiterbewegung, deren Theorien ihr eine „neue Welt“ eröffneten, 1906 trat sie der SPD bei. Die Kriegsgegnerin trat 1917 der USPD bei, war 1918/19 die einzige Frau im Frankfurter Arbeiter- und Soldatenrat und kandidierte 1920 auf Platz 1 der Reichsliste für den Reichstag. Trotz all der Jahre in der Arbeiterbewegung hatte sie immer ein persönlich distanziertes Verhältnis zum dortigen politischen Alltag und trat selbst immer sehr bürgerlich gekleidet öffentlich auf. 1922 in die SPD zurückgekehrt, wurde sie schon während ihres Ökonomie-Studium zu einer der Finanzexperten in der Fraktion. Spätestens während des Reichstagswahlkampfes 1932 wurde sie von der DNVP und der NSDAP massiv diffamiert und setzte sich – leider erfolglos – für eine forcierte innerparteiliche Auseinandersetzung mit den Gefahren des NS ein. Im Wahlkampf 1933 widmete ihr der Dresdner *Judenspiegel* eine extra Karikatur, um ihre Chancen im Wahlkreis zu verringern. Als sie davon erfuhr, daß sie während einer irrtümlich mit ihr in Berlin angekündigten Versammlung verhaftet werden sollte, flüchtete sie in die Tschechoslowakei und 1936 weiter über Belgien in die Vereinigten Staaten: „Hitler hat mich meiner Rechte als Staatsbürger und meines Besitzes beraubt. Das war die Strafe für meine Freiheitsliebe. Ich war eine Frau ohne Vaterland, bis ich in die Vereinigten Staaten kam“, endete ihre Autobiographie¹⁷. Toni Sender sah sich als politisch und nicht als rassistisch Verfolgte. Ihre Tagebücher und Erinnerungen anderer Emigrantinnen schildern sie als eine privat sehr unglückliche und einsame Person. Ab 1941 arbeitete sie für den amerikanischen Gewerkschaftsbund AFL-CIO und später für die UN.

1891 in Mannheim als älteste von zwei Töchtern eines jüdischen Bankiers

¹⁶ Toni Sender, *Outline of an Autobiography*, 3. Fassung, in: *Toni Sender's Papers Box 6* (State Historical Society of Wisconsin); dies., *A Fight for Freedom*, S. 1, in: *Toni Sender's Papers Box 4*.

¹⁷ Ebd., S. 281/282.

geboren, wurde *Hedwig Wachenheim* nach dem Tod des Vaters 1906 zusammen mit ihrer Schwester auf Veranlassung der Mutter evangelisch getauft. Die Mutter legte großen Wert auf eine bürgerliche Erziehung. „Die eigentliche Freiheit... war in meiner Kindheit das Spielen auf der Straße.“¹⁸ Nach dem Besuch einer Privatschule, mußte sie bis 1907 die Höhere Töchterschule besuchen, obwohl sie der Unterricht in Tanzen, Konversation, Haushaltsführung und ähnliches langweilte. Danach „bestand mein Leben größtenteils im Anfertigen von Handarbeiten, in Besuchen bei meinen Großmüttern, Kaffeewisiten, Besuchen“ und sportlichen Aktivitäten¹⁹. 1912 kam sie erstmals in eine SPD-Versammlung und war sofort davon fasziniert. Im gleichen Jahr durfte sie endlich nach Berlin wechseln, um an der Sozialen Frauenschule bei Alice Salomon eine Ausbildung zu absolvieren. Als die Mutter eines Tages ihr SPD-Parteibuch zwischen der Wäsche entdeckte, reagierte sie mit Entsetzen. Aber zum Glück hatte sich Hedwig Wachenheim schon etwas von ihrem Elternhaus lösen können. 1918 trat sie aus der Kirche aus. Als Mitbegründerin der Arbeiterwohlfahrt im Jahre 1918 wurde sie die Stütze der Führerin der SPD-Frauenbewegung Marie Juchacz. 1928 wurde sie im Wahlkreis Frankfurt an der Oder in den Preußischen Landtag gewählt.

Im Februar 1933 glaubte Hedwig Wachenheim nicht an eine „Naziherrschaft auf lange Zeit“, obwohl sie im März schon als Regierungsrätin im Reichsinnenministerium entlassen wurde. Erst als sie sich täglich auf der Polizeistation melden sollte, entschloß sie sich zur Auswanderung: „Ich wußte, daß ich damit allem entsagen mußte, was mein Leben bisher lebenswert gemacht hatte.“²⁰ In New York lebte sie eng verbunden mit sozialdemokratischen Emigrantenkreisen von verschiedenen Forschungsaufträgen.

Berta Jourdan, 1892 als älteste von drei Kindern in Frankfurt am Main geboren, verlor früh ihren Vater. Obwohl die Mutter wenig Wert auf die jüdische Tradition legte, schickte sie die Tochter auf die jüdische Mädchenschule. Nach dem Lehrerinnenexamen wurde sie 1913 Hilfsschullehrerin. Die innenpolitischen Entwicklungen während des Ersten Weltkrieges führten Berta Jourdan zur SPD, der sie 1917 beitrug. Hier meinte sie eine neue Heimat gefunden zu haben. Nachdem sie 1924 – als Nachfolgerin von Toni Sender – in die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung gewählt worden war, kandidierte sie 1928 erfolgreich im Wahlkreis Hessen-Nassau für den Preußischen Landtag.

Weil sie ihre alte Mutter nicht alleine in Deutschland zurücklassen wollte, blieb sie 1933 in Deutschland, konnte aber nur noch an einer privaten jüdischen Schule unterrichten. Nun war sie mit einem Mal wieder mit ihrer jüdischen Herkunft konfrontiert. Im Dezember 1938 emigrierte sie nach dem Tod der Mutter nach Rhodesien, wo sie bis 1965 als Behindertenlehrerin und UN-Berichterstatteerin für den Aufbau des rhodesischen Schulwesens arbeitete.

¹⁸ Hedwig Wachenheim, S. 10.

¹⁹ Ebda, S. 20, 22.

²⁰ Ebda, S. 141.

Die Gefahren, die von der NSDAP ausgingen, wurden von Frauen jüdischer Herkunft früher erkannt als von anderen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Diese Sensibilität war bedingt durch die Tatsache, daß sie nicht nur als Sozialdemokratinnen, sondern auch als Frauen und als Jüdinnen von der NS-Propaganda angegriffen wurden. Der Beitrag von Frauen für die Arbeiterbewegung bewegt sich auf der eher unspektakulären Ebene. Sie gehörten zur ersten Generation von Frauen, die Parlamentarierinnen wurden, ohne ein Vorbild für ihr Handeln zu haben. Sie waren meist Hinterbänklerinnen, hatten aber ihr Leben ganz in den Dienst der Politik gestellt. Nur Adele Schreiber war verheiratet, allerdings ohne Kinder. Die politischen Kontakte waren in der Regel die freundschaftlichen Kontakte. Insofern war das Herausreißen aus den heimatlichen Bezügen 1933 in mehrfacher Hinsicht ein Bruch mit dem Leben. Sie waren nicht nur aus dem kulturellen und politischen Kontext, sondern auch aus ihrem persönlichen Umfeld verjagt. Männer, die von ihren Ehefrauen ins Exil begleitet wurden, hatten es in dieser Situation in persönlicher Hinsicht leichter.

Mit dem Blick auf die Entwicklung in Deutschland war die Integration in die neue Umgebung, in die sie unfreiwillig gekommen waren, nicht einfach. Mit Ausnahme von Berta Jourdan dachten alle sehr konkret über ein demokratisches Deutschland nach Hitler nach, obwohl sie sich kaum vorstellen konnten, dorthin zurückzukehren und zu leben. Adele Schreiber wurde 1943/44 in England als Referentin zur „Reeducation“ deutscher Kriegsgefangener aktiv. Käte Frankenthal verfaßte eine Denkschrift zusammen mit Felix Boenheim und Kurt Glaser, die ein Konzept für die Reorganisation des Gesundheitswesens vorstellte. Hedwig Wachenheim machte in einer Denkschrift in Zusammenarbeit mit Siegfried Aufhäuser, Alfred Braunthal und Ernst Fraenkel Vorschläge für den Aufbau eines Sozialstaates und der Gewerkschaften nach der Niederlage Hitler-Deutschlands. Toni Sender trug verschiedentlich Überlegungen für den Aufbau von Einheitsgewerkschaften in Deutschland vor, weil sie in der Organisation der Gewerkschaften der zwanziger Jahre auch einen der Fehler auf dem Weg in den Nationalsozialismus sah²¹.

Als erste kehrte Hedwig Wachenheim als Mitglied der amerikanischen Militärregierung schon im Frühsommer 1945 nach Deutschland zurück: So konnte sie sofort wieder die Kontakte zu den ehemaligen Genossinnen und Genossen knüpfen und war in ihrem Metier der Wohlfahrtspolitik beschäftigt. Vor die

²¹ Adele Schreiber-Krieger, *Lebensgeschichte II*, S. 19/20 (in: Nachlaß Schreiber, Bundesarchiv Koblenz); Felix Boenheim/Käte Frankenthal/Kurt Glaser, *Council for a Democratic Germany. A Democratic System for Public Health for Germany*, New York May 1945; Siegfried Aufhäuser/Alfred Braunthal/Ernst Fraenkel/Hedwig Wachenheim, *Germany in the Transition Period*. Studies in Postwar Reconstruction No. 3, Ed. by American Labour Conference on International Affairs, New York 1944 (Fundort: Hoover-Library in Stanford/Cal.); Christl Wickert, *Unsere Erwählten* Bd. 1, S. 271 f.; Helga Grebing/Christl Wickert, Toni Senders Vorstellungen über eine deutsche Einheitsgewerkschaft nach amerikanischem Muster. Erfahrungen aus der Weimarer Republik und der Exilzeit, erscheint 1993 in einem Sammelband zu Widerstand und Emigration.

Alternative gestellt, in Deutschland zu bleiben oder die amerikanische Staatsbürgerschaft wieder zu verlieren, kehrte sie in die Vereinigten Staaten zurück. Sie beschäftigte sich jedoch weiterhin mit der Arbeiterbewegung in Deutschland. 1969 starb sie während eines Aufenthaltes im Zusammenhang mit der Niederschrift ihrer Erinnerungen in Hannover.

Auch Toni Senders Traum wäre eine Stelle bei den amerikanischen Militärbehörden in Deutschland gewesen. Statt dessen wurde sie 1946 Beraterin der UN-Wirtschafts- und Sozialrates in Genf. Ihre erste Reise in das Land, aus dem sie vertrieben worden war, führte sie nach Frankfurt am Main, von wo aus sie 1906 ihre politische Karriere gestartet hatte. Sie trug im Dezember 1947 im Gewerkschaftshaus über *Amerika und die deutsche Arbeiterbewegung* vor. Die Parkinsonsche Krankheit veranlaßte Mitte der 50er Jahre den Rückzug aus dem Beruf. In den letzten Lebensjahren bezog sie sich mehr und mehr auf ihre jüdische Herkunft und beschäftigte sich mit der Situation des Weltjudentums und der Entwicklung des Staates Israel. Sie wurde wieder – sehr zum Erstaunen ihrer Umgebung – religiös und war „stark von einem Rabbiner beeinflusst, der die Leidende häufig besuchte“, die Trauerfeier im Jahre 1964 fand daraufhin nach „konservativ-jüdischem Ritus“ statt.

Nachdem Käte Frankenthal 1946 erstmals wieder in Deutschland gewesen war, kehrte sie regelmäßig in die Stadt zurück, die in den zwanziger Jahren ihre Heimat gewesen war. Sie kämpfte beschämend lange um ihre Wiedergutmachung, die sie letztendlich nicht als „politisch Vertriebene“, wie sie sich fühlte, sondern als „rassisch Verfolgte“ erhielt. Während ihres letzten Deutschlandaufenthaltes feierte sie in Berlin ihren 85. Geburtstag. Sie starb 1976 in New York.

Adele Schreiber lebte nach 1945 wieder in der Schweiz. Alter und Krankheit ließen keine großen Aktivitäten mehr zu. Nach Deutschland wollte sie nicht zurückkehren.

Berta Jourdan gab 1957 ihr Amt als UN-Berichterstatterin wegen Meinungsverschiedenheiten mit der offiziellen Regierungspolitik auf. Die rassistische Politik der Regierung Smith wurde ihr zunehmend unerträglich, so daß sie sich 1966 zur Rückkehr nach Frankfurt am Main entschloß. „Ich wollte meinen Lebensabend in meiner Heimatstadt verbringen und hier sterben.“ Durch ihre erneute Mitarbeit in der SPD war ihr die Reintegration, selbst nach so vielen Jahren, einfach. Bei der Wiedergutmachung wurde auch sie als rassisch und nicht als politisch Verfolgte eingestuft. Erst in Frankfurt selbst orientierte sie sich an der dortigen Jewish Community, was 1979 zu ihrem Umzug ins Budgetheim führte, wo sie ihre letzten Lebensjahre verbrachte.

Mit Beginn des Dritten Reiches waren (SPD-)Parlamentarierinnen jüdischer Herkunft gleich dreifach „stigmatisiert“ und mußten ihren Sprach- und Kulturraum verlassen. Mit diesem Schritt waren alle aufgrund der NS-Rassenideologie besonders auf die Tatsache ihrer Herkunft zurückgeworfen, von der sie glaubten, sich in den zwanziger Jahren gelöst zu haben. Sie waren gezwungen, sich damit auseinanderzusetzen. Berta Jourdan und Toni Sender fühlten sich am Ende ihres Lebens mehr als Jüdinnen denn als Sozialdemokratinnen. Die Sensi-

bilität für Antisemitismus war geschärft. Mit Ausnahme von Berta Jourdan kehrte keine ganz nach Deutschland zurück, jedoch nutzten sie – soweit es Gesundheit und Alter zuließen – viele Besuchsmöglichkeiten. Berta Jourdan, so hat sie mir einmal gesagt, wäre nicht zurückgekehrt, wenn nicht Rhodesien derart vom weißen Rassismus geprägt gewesen wäre.

Festgestellt sei vor dem Hintergrund meiner Kenntnis von Lebensverläufen von Töchtern aus assimilierten jüdischen Familien²²: Allein der Rassen- und Verfolgungspolitik der Nationalsozialisten, die im Holocaust gipfelte, ist es geschuldet, daß sie sich am Ende ihres Lebens mit ihrem Jüdischsein auseinandergesetzt haben. Ihre positive Einstellung zur deutschen Kultur- und Geistesgeschichte war ungebrochen, allenfalls hatten sie inzwischen eine vorsichtige Haltung zur deutschen Gesellschaft, in der ein Regime wie das Hitlers zwölf Jahre geherrscht hatte. Aus der Perspektive der Weimarer Republik betrachtet war es ihnen undenkbar gewesen, daß ein solch barbarisches System überhaupt möglich war. Hier drängen sich mir Parallelen zur Reaktion von Pazifisten wie z. B. Helene Stöcker²³ auf, für die es am Vorabend des Ersten Weltkrieges unvorstellbar gewesen war, daß von Deutschland eine solche Material- und Menschenschlacht ausgehen werde, wie sie zwischen 1914 und 1918 tatsächlich stattfand.

²² Siehe auch Sabine Berghahn/Christl Wickert, Nachwort, in, *Erna Proskauer. Wege und Umwege. Erinnerungen einer Rechtsanwältin*, Berlin 1989, S. 133 ff.

²³ Christl Wickert: *Helene Stöcker 1869–1943. Frauenrechtlerin, Sexualreformerin und Pazifistin. Eine Biographie*, Bonn 1991.

Rosi Wolfstein-Frölich

von

KLAUS-DIETER VINSCHEN

Die nachfolgende Skizze untersucht Rosi Wolfstein-Frölichs Einstellung zu ihrem Judentum, beschreibt die Beweggründe, die sie zur Sozialdemokratie führten und – daran anknüpfend – einen Schwerpunkt ihrer parlamentarischen Arbeit im preußischen Landtag.* Zunächst jedoch einige Anmerkungen zum Verhältnis Rosi Wolfstein-Frölichs zu Rosa Luxemburg.

Einleitend ein kurzer Rückblick auf eine Begegnung mit Rosi Frölich im Frühjahr 1983: in ihrer eher bescheidenen Wohnung in einem Frankfurter Mehrfamilienhaus war Rosa Luxemburg unübersehbar präsent. Auf dem Bücherbord standen Luxemburgs Schriften, an den Wänden hingen auch weniger bekannte Fotos von ihr. Sie war ihre Schülerin und – über siebzig Jahre hinweg – wahlverwandte Freundin zugleich. Die Bekanntschaft mit Rosa Luxemburg war eine der entscheidenden Weichenstellungen in ihrem Leben. 1910 begegnen sich die beiden Frauen zum ersten Mal. Die eine, Rosi, gerade 22 Jahre, voller jugendlichem Eifer für die Sache des Sozialismus; die andere, Rosa, 18 Jahre älter, bereits etabliert und geachtet innerhalb der Partei. Zwei Frauen unterschiedlicher Herkunft – die eine, Rosa, geprägt durch Kindheit und Jugend im ostjüdischen Milieu Zamoscs und Warschau; die andere, Rosi, aus Witten in Westfalen, dem assimilierten Westjudentum entstammend. Rosa Luxemburg kommt zu einem Vortrag in die Bergarbeiterstadt Kamen, nahe Dortmund. Rosi Wolfstein wird vom Ortsverein mit ihrer Betreuung beauftragt. Sie ist seit Tagen aufgeregt, nervös, voller Respekt vor dem großen Namen und – als Rosa Luxemburg schließlich eintrifft – enttäuscht. Enttäuscht, wie sie sich erinnert, „weil sie so klein, sehr klein von Gestalt war und man sie sich so anders vorgestellt hatte“.¹ Doch schon bald erkennt Rosi Wolfstein, daß sie es mit einer außergewöhnlichen Frau zu tun hat. Fasziniert beobachtet sie die Wirkung, die Rosa Luxemburg als Rednerin auf ihre Zuhörer ausübt. „Es war Sonntag Nachmittag um drei Uhr. Die Arbeiter kamen aus der Frühschicht, konnten gerade essen und gingen dann, anstatt sich schlafen zu legen zu dieser Versammlung. Und sie kamen abgeschafft, müde und gebeugt. ... In dieser Versammlung hörte ich

* Der Aufsatz umreißt erste Ergebnisse einer geplanten politischen Biographie zu Rosi Frölich, die vom Verfasser als Dissertation am Duisburger Salomon Ludwig Steinheim-Institut geschrieben wird.

¹ Zitiert nach: Esther Dischereit, Rose Frölich – ein Leben für den Sozialismus, in: *Die neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte*, 35. Jg., Nr. 2, Februar 1988, S. 157f.

zum ersten Mal, wie sie diesen Arbeitern auch ihr eigenes Los in großen Strichen vor Augen führte. ... Ich hatte den Eindruck, daß sich die Menschen direkt gestärkt fühlten. Daß sie in ihrem Leben einen neuen Inhalt gewannen, daß sie die Versammlung mit einem klareren Bild vom gesamten Schicksal des Arbeiters in der damaligen Zeit verließen.“² Rosa Luxemburg findet in Rosi Wolfstein eine Genossin, die ihre politischen Ansichten teilt. Der Kontakt zwischen den beiden Frauen bleibt in den nächsten Jahren bestehen. Sie bleiben ein Jahrzehnt verbunden im Kampf für die Emanzipation des Proletariats und gegen Militarismus und Krieg. Rosa Luxemburg fördert die junge Parteiaktivistin. Nach nur vier Jahren Parteizugehörigkeit wird Rosi Wolfstein auf die zentrale Parteschule in Berlin aufgenommen – mit ihren knapp 25 Jahren die Jüngste in ihrem Kurs. Innerhalb von sechs Monaten werden hier jeweils dreißig, von den Bezirksorganisationen ausgewählte Mitglieder in Sozialwissenschaften, praktischer Parteiarbeit und Agitation ausgebildet. Rosa Luxemburg unterrichtet auf der Parteschule Nationalökonomie. In einem Gespräch mit der Luxemburg-Biographin Elżbieta Ettinger erinnert sich Rosi Frölich an die Kreativität und Begeisterungsfähigkeit, mit der Rosa Luxemburg ihre Unterrichtsstunden gestaltete. Rosi Frölich beschreibt diese Stunden als „geistigen Genuß“³. Es durfte nicht mitgeschrieben werden, dafür war umso mehr lebhaftere Diskussion gefordert. Den Wahlkampf des Jahres 1912 bestreitet Rosi Wolfstein als Wahlkampfrednerin für die SPD. Man stelle es sich vor: die SPD-Abschlußkundgebung in Berlin wird von zwei Frauen bestritten – von Rosa Luxemburg und Rosi Wolfstein – und das zu einer Wahl, zu der ausschließlich Männer das Wahlrecht besitzen. Die beherrschenden Themen muten aktuell an: Rüstungsausgaben und allgemeine Verteuerung. Rosi Frölich erinnert sich: „Sie (Rosa Luxemburg K. V.) spricht ... nur über Innenpolitik und später, in einem Saal ... der Nachbarschaft ... da spricht sie dann nur über Außenpolitik, wo ich vorher über Innenpolitik gesprochen hatte, etwas, das mir geläufig war, nachdem ich 35 Versammlungen schon hinter mir hatte.“⁴ Zurück aus der Parteschule erweist es sich – trotz Protektion durch ihre Mentorin Rosa Luxemburg – als äußerst schwierig, eine Anstellung bei der Partei zu finden. Anfang Oktober 1913 schreibt ihr Rosa Luxemburg: „Lassen sie sich durch die Hetze von gewisser Seite nicht entmutigen. Machen

² Ebda, S. 158; Rosi Frölich erinnert sich in einem Gespräch mit Ludger Heid, geführt im September 1985, an eine Anekdote, die erwähnenswert ist: „Bei einer Versammlung im Ruhrgebiet haben Bergarbeiterfrauen mich und Rosa eingeladen zu Kaffee und Kuchen. Einmal sind wir zu einer Bergarbeiterfamilie in Dortmund-Förde gekommen, und die Frau hatte Waffeln in Herzform gebacken. Da sagte Rosa: „Ich bin ja eigentlich nicht gekommen, um Herzen zu verzehren, sondern um Herzen zu gewinnen.“

³ Elżbieta Ettinger, *Rosa Luxemburg. Ein Leben*, Bonn 1990, S. 223 siehe auch: Rosa Wolfstein, Rosa Luxemburg als Erzieherin, in: *Die junge Garde*. Organ der kommunistischen Jugend Deutschlands, 2. Jg., Hft. 10, 10. Januar 1920, S. 75. Rosi Wolfstein nennt Rosa Luxemburg hier eine „geniale Pädagogin“ und „ganz große Erzieherin“ und erinnert sich an Unterrichtsstunden, „in denen man das Geistig-Universelle dieser Frau mit frommem Schauer spürte“.

⁴ „Ich tritt mit Lenin“. Lebenserinnerungen von Rose Frölich, Manuskript einer Sendung im Hessischen Rundfunk vom 27. Mai 1978, Redaktion: Helga Dierichs, S. 10.

Sie (es) wie ich: Pfeifen Sie auf die Erbärmlichkeiten und gehen sie Ihren Weg weiter. Natürlich ist es leichter gesagt als ausgeführt, wenn man kein Arbeitsfeld und kein Brot hat. Aber das wollen wir für Sie und *müssen* es finden.“⁵ Schließlich wird Rosi Wolfstein ab Januar 1914 Kontoristin beim Duisburger Konsumverein „Eintracht“. Die Duisburger SPD überträgt ihr die Verantwortung für die Frauen- und Jugendarbeit. Als engagierte Kämpferin für Frieden und Abrüstung empfindet sie das Einschwenken der Sozialdemokratie auf die Burgfriedenspolitik im August 1914 als persönliche Katastrophe. „Die Bewilligung der Kriegskredite“, so erinnert sie sich, „kam uns sozusagen über den Kopf“⁶. Rosi Wolfstein wird in den nächsten Jahren eine der profiliertesten Kritikerinnen dieser Politik und zu einem beliebten Ausspähungsobjekt der politischen Polizei. Die Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird von Rosi Wolfstein als „Zusammenbruch der Partei“ empfunden⁷. Sie erlebt in den nächsten Jahren die Fraktionierungen und Spaltungen der SPD, die letztendlich 1933 zur Zerschlagung der deutschen Arbeiterbewegung führen, in allen ihren Phasen kämpfend mit. Der Weg in die Spartakusgruppe um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ist vorgezeichnet. Rosi Wolfstein kennt Karl Liebknecht seit dem Jahre 1909. Sie lernt den gerade aus der Haft Entlassenen bei einem überregionalen Jugendtreffen in Barmen kennen. „Für mich ein unvergeßliches Erlebnis“, so Rosi Frölich, „über 1000 junge Menschen in einem Saal – voller Interesse und Begeisterung“⁸. In Duisburg entwickelt sich der Konsumverein zu einem Zentrum der lokalen Linken und zu einer Anlaufstelle illegaler Agitationsarbeit der Spartakusgruppe. Den Protestbrief der Gruppe „Internationale“ vom 9. Juni 1915, in dem der Vorstand und die Reichstagsfraktion der SPD aufgefordert werden, zu den Vorkriegsgrundsätzen der

⁵ Rosa Luxemburg an Rosi Wolfstein, ohne Datum (wahrscheinlich Anfang Oktober 1913), abgedruckt bei: Annelies Laschitzka, Briefe Rosa Luxemburgs an Kampfgefährten, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 23. Jg., Heft 1 1981, S. 72. Die hier abgedruckten sechs Briefe Rosa Luxemburgs belegen, daß sie Rosi Wolfstein sehr geschätzt hat, und sie bei ihrer Suche nach einer parteipolitischen Betätigung unterstützte. So, wenn sie am 12. Oktober 1913 an Friedrich Westmeyer in Stuttgart schreibt: „Zweck dieser Zeilen ist, Sie zu bitten, falls Sie eine sehr tüchtige u. wirksame Agitatorin – auch für große Volksversammlungen u. zu Diskussionen mit Gegnern – brauchen, die Genossin R. Wolfstein aus Hagen i. W., gewesene Parteischülerin, einmal zu einer Tour in Württemberg aufzufordern. Sie hat schon in Westfalen sehr nützlich für die Partei gewirkt, ist aber bei dortigen Gewerkschaftsführern in höchster Ungnade, weshalb man sie möglichst von der Arbeit wegzudrängeln sucht. Wenn es Ihnen möglich ist, ihr dazu gelegentlich eine Möglichkeit in Ihrem Königreich zu verschaffen, würde ich mich sehr freuen.“, ebda, S. 70.

⁶ Gespräch mit Rosi Frölich am 8. April 1983. Zu ihren Duisburger Jahren vgl.: Klaus-Dieter Vinschen, Duisburger Sozialdemokraten gegen Militarismus und Krieg (1907–1916), in: Ludger Heid/Julius H. Schoeps (Hrsg.), *Arbeit und Alltag im Revier. Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur im westlichen Ruhrgebiet im Kaiserreich und in der Weimarer Republik* (= Duisburger Forschungen Bd. 33), Duisburg 1985, S. 102ff.

⁷ Vgl.: Vinschen, a. a. O., S. 113ff.; dazu auch: Hermann Weber, Ein Leben lang aktive Parteiarbeiterin: Rose Frölich, in: *ötv-magazin*, Heft 3 1986, S. 30ff.

⁸ Zitiert nach: Dischereit, a. a. O., S. 160.

Partei zurückzukehren, wird von Rosi Wolfstein mitunterzeichnet⁹. Sie gerät durch ihr exponiertes Auftreten gegen die offizielle Kriegspolitik häufig in Konflikt mit den Polizei- und Militärbehörden und verbringt während der Kriegszeit ungefähr ein Jahr in Untersuchungshaft und Gefängnis. Als Delegierte der Spartakusgruppe gehört sie im April 1917 zu den Gründungsmitgliedern der USPD. In Düsseldorf wird sie bei Ausbruch der Novemberrevolution – als eine der ganz wenigen Frauen überhaupt – in den Arbeiter- und Soldatenrat gewählt. Um die Jahreswende 1918/19 schließt sich die radikale Linke zur Kommunistischen Partei zusammen. Zu den 127 Delegierten des Parteitages (unter den 105 namentlich bekannten Parteitagsdelegierten befinden sich gerade fünf Frauen) gehört Rosi Wolfstein, die zur Schriftführerin gewählt wird. Knapp zehn Jahre später, im Januar 1929, wird sie als „Rechtsabweichler“ aus der KPD ausgeschlossen. In den Kriegs- und Revolutionsjahren finden wir Rosi Wolfstein allerdings auf dem äußersten linken Flügel der Partei. Ein Zusammenschluß von Spartakusgruppe und Arbeitsgemeinschaft lehnt sie ab. In einem Diskussionsbeitrag auf dem Gründungsbeitrag der USPD sagt sie, „ihre Duisburger Auftraggeber hätten sie hierher geschickt, um unter allen Umständen gegen ein Zusammengehen mit der Arbeitsgemeinschaft zu stimmen ...“¹⁰. Während Rosa Luxemburg ihrer Auffassung von der Rolle der Organisation treu bleibt, also eine Partei favorisiert, die sich auf die Zustimmung einer breiten Massenbasis stützt, steht Rosi Wolfstein auf dem Standpunkt, möglichst rasch eine eigenständige Partei zu gründen, um die Massen führen zu können. Auf dem Gründungsparteitag der KPD nimmt Rosi Wolfstein – beeinflusst von Paul Frölich und der Bremer Gruppe der „Internationalen Kommunisten Deutschlands“ – eine strikt antiparlamentarische Position ein und fordert den politischen Massenstreik gegen die Nationalversammlung. „Genossin Luxemburg, wenn sie sagt, daß der Radikalismus, der für die Ablehnung der Nationalversammlungswahlen ist, es sich bequem macht, tut uns unrecht“, so Rosi Wolfstein in ihrer Rede auf dem Parteitag und sie führt weiter aus: „Wir haben jetzt schon die Parole ausgegeben, durch wirtschaftlichen Aufstand muß der jetzigen Regierung an die Kehle gesprungen werden ...“¹¹. Nicht zuletzt Rosi Wolfstein ist gemeint, wenn Rosa Luxemburg in einem Brief an Clara Zetkin vom 11. Januar 1919 zum Beschluß des Parteitages, sich nicht an den Wahlen zur Nationalversammlung zu beteiligen, schreibt: „Unsere ‚Niederlage‘ war nur der Triumph eines etwas kindischen, unausgegorenen, gradlinigen Radikalismus ...“¹²

Rosi Wolfstein ist am 15. Januar 1919 nicht in Berlin. Sie erfährt von der Ermordung Rosa Luxemburgs in Düsseldorf. „Alles was proletarisch emp-

⁹ Walter Bartel, *Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg*, Berlin 1958, S. 236f.

¹⁰ *Protokoll über die Verhandlungen des Gründungsparteitages der USPD vom 6. April bis 8. April 1917 in Gotha*, hrsg. von Emil Eichhorn, Berlin 1921, S. 24.

¹¹ *Der Gründungsparteitag der KPD, Protokoll und Materialien*, hrsg. und eingeleitet von Hermann Weber, Frankfurt am Main 1969, S. 129ff.

¹² Ebd., S. 43, Anm. 101.

fand“, so Paul Frölich, war „von Entsetzen gepackt, ... aufgewühlt bis in die letzten Tiefen seiner Seele¹³.“ Rosi Wolfstein ist tief betroffen. Noch Mitte 1921 spürt man diese Betroffenheit in einer Rede, die sie im preußischen Landtag hält. Sie erinnert daran, daß der Mord „nicht gesühnt, und die Justizkomödien, die sich angeschlossen haben ... so erbärmlich, ... so aufreizend, empörend, niederträchtig (waren), wie man dergleichen noch nicht kannte“¹⁴.

Nach einer Gedenkrede für Rosa Luxemburg, die sie am 16. Januar 1919 vor Düsseldorfer Arbeitern hält, kommt es zu Ausschreitungen gegenüber der bürgerlichen *Düsseldorfer Zeitung*. Rosi Wolfstein wird wegen Landfriedensbruch angeklagt, von Parteigenossen aus der Untersuchungshaft befreit und geht in den Untergrund¹⁵. Was es heißt, in der Illegalität zu leben in diesem neuen, republikanischen Staat, der mit seinen politischen Gegnern allerdings einen mörderischeren Umgang pflegt als das alte, wilhelminische Deutschland, beschreibt Paul Frölich: „Das hieß nicht nur unter falschem Namen leben, das hieß von Ort zu Ort getrieben werden, die Spürhunde hinter sich her, das hieß, jederzeit, Tag und Nacht, in jeder Minute bereit sein, verhaftet zu werden. ... Nur wer das selber durchgemacht, nur wer selber monatelang falsche Papiere ständig mit sich herumgeschleppt, ... nur der kann verstehen, wieviel Nervenkraft in diesem zähen Kampfe mit unsichtbaren Gefahren aufgerieben wird.“¹⁶

Rosi Wolfstein muß jederzeit bereit sein, die Wohnung zu wechseln; auf fast jede persönliche Bequemlichkeit zu verzichten. Sie spricht mit immer denselben Genossen über nichts anderes als über Parteiangelegenheiten, über Revolution und Gegenrevolution. Es besteht kein anderes Interesse als die Partei; das Politische und das Private fließen zusammen, ergeben eine unwirkliche Lebenssituation. Der Blick für die Realität geht nach und nach verloren. Doch: die Gefahr ist ständig gegenwärtig, in den Händen der Soldateska demselben Schicksal entgegenzusehen wie Rosa Luxemburg. Daß Rosi Wolfsteins Radikalismus schärfer wird, sie auf die Fragen der Zeit zu extremen Antworten neigt, wird vor diesem Hintergrund erklärlich. Sie entspricht zu Beginn der zwanziger Jahre durchaus dem Bild, das sich der politische Gegner von einer jüdischen, radikal-revolutionären Intellektuellen macht.

Als eine der exponiertesten Vertreterinnen der KPD in Rheinland und Westfalen wird sie zur Zielscheibe antisemitischer Angriffe. So in einem in Essen verbreiteten Flugblatt des „Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes“. „Rosi Wolffstein (!)“, so heißt es, gehöre zur „jüdischen Kampfgruppe, ... welche die deutschen Arbeiter zu Zerstörung und Plünderung vor sich her treiben ...“¹⁷.

¹³ Paul Werner (d. i. Paul Frölich), *Eugen Levine*, Berlin 1922, S. 28.

¹⁴ Preußischer Landtag, 29. Sitzung am 16. Juni 1921, Bd. II, Berlin 1922, S. 1858.

¹⁵ Zu den Düsseldorfer Vorgängen vgl.: Preußischer Landtag, 3. Sitzung am 12. März 1921, Bd. I, Berlin 1922, S. 63f.

¹⁶ Paul Werner, a. a. O., S. 28f.

¹⁷ Die Macher in Essen, o. O., o. J. (Essen 1919), Stadtarchiv Duisburg, Zeitgeschichtliche Sammlung.

Antisemitischen Angriffen auf ihre Person steht Rosi Wolfstein eher gelassen gegenüber. „Ich habe darauf reagiert“, erinnert sie sich, „indem ich die sozialistische Bewegung unterstützte, weil sie alle Differenzen aus dem Wege schaffen wollte“¹⁸. Einen „Sonderwinkel“ für jüdische Probleme hat auch Rosi Wolfstein nicht in ihrem Herzen. Als jüdische Sozialistin sieht sie in der klassenlosen Gesellschaft auch die Lösung einer vermeintlichen Judenfrage; vor der Befreiung des Individuums muß die Emanzipation der Klasse stehen. Rosi Wolfstein betrachtet sich als deutsche Staatsbürgerin und fühlt sich persönlich als Jüdin nicht diskriminiert; beschäftigt sich, wenn überhaupt, nur am Rande mit jüdischen Problemen. „Obwohl ich selbst Jüdin bin“, rekapituliert sie, „habe ich mich nicht so sehr auf der jüdischen Linie bewegt“¹⁹. Das zeigt sich in ihrer Einstellung zu einem der wichtigsten innenpolitischen Themen der frühen zwanziger Jahre, der Ostjudenfrage. Rosi Wolfstein verfolgt aus nächster Nähe die Entwicklung der ostjüdischen Arbeiterzuwanderung in das rheinisch-westfälische Industriegebiet, und zwar aus der Perspektive einer *Sozialistin*, nicht aus der einer *Jüdin*. Die jüdischen Arbeiter gehören für sie – genau wie die polnischen – zur internationalen Arbeiterbewegung. „Für mich spielte es keine Rolle, daß sie Juden waren“, so ihre Stellungnahme zu dieser Problematik²⁰.

Von 1921 bis 1925 vergeht kein Jahr, in dem die Einwanderung von Juden aus Osteuropa nicht Gegenstand erregter Debatten im preußischen Landtag oder im Reichstag ist. Rosi Wolfstein, ansonsten eine der profiliertesten und aktivsten Abgeordneten der kommunistischen Fraktion, beteiligt sich an diesen Debatten nicht. Sie fühlt sich nicht kompetent. Werner Scholem vertritt in dieser Frage die Parteimeinung im Landtag. Auch bei ihm, obwohl selbst Jude, geht es bei der Verteidigung ostjüdischer Interessen nicht um deren religiöse oder gar „rassische“ Herkunft. Für die Kommunisten sind die Ostjuden ideologisch Proletariat, die es vom Klassenstandpunkt aus zu unterstützen gilt.

Tatsächlich erstaunt aus heutiger Sicht, welcher geringen Stellenwert Juden innerhalb der Arbeiterbewegung ihrer Abstammung beimessen. Dies geht auch aus einer Bemerkung hervor, die eine andere exponierte Kommunistin und Jüdin – Ruth Fischer – 1960 im Zusammenhang mit der Führung des Spartakusbundes durch den „jüdischen Rechtsanwalt“ Paul Levi macht. „Aber das Jüdische“, so führt sie aus, „spielte damals noch überhaupt keine Rolle von irgendwelchem Belang in der politischen Auseinandersetzung“²¹. Ruth Fischer spricht hier sicherlich von innerparteilichen Auseinandersetzungen. Doch wie sieht in immer zunehmenderem Maße das politische Tagesgeschäft aus? Von Beginn der Weimarer Republik an ist die Partizipation von Juden in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Parteien die Zielscheibe antisemitischer Agitation. Die Antisemiten lassen keine Gelegenheit aus zu behaupten, die Revolution sei durch Juden

¹⁸ Rosi Frölich im Gespräch mit Ludger Heid, 17. September 1985.

¹⁹ Ebda.

²⁰ Ebda.

²¹ Ruth Fischer/Arkadij Maslow. *Abtrünnig wider Willen. Aus Briefen und Manuskripten des Exils*, hrsg. von Peter Lübke, München 1990, S. 553.

herbeigeführt worden. Revolution und Judentum werden in diesen Kreisen geradezu synonym gesetzt. In zahlreichen Versammlungen, Zeitungsartikeln und Flugblättern wird gegen Juden gehetzt, polemisiert und gedroht. Jüdische Organisationen geraten in die Defensive und glauben betonen zu müssen, daß sie mit radikalen Juden linker Couleur nichts zu tun haben. So formuliert z. B. der „Verband der jüdischen Jugendvereine Deutschlands“: „Als Repräsentanten des deutschen Judentums erkennen wir nur solche Frauen und Männer an, die wirklich bewußte und aufrechte Juden sind. . . . Wir lehnen es ab, verantwortlich gemacht zu werden für das Hervortreten und Äußerungen von Politikern, die nur noch durch den Zufall der Geburt mit dem Judentum verbunden sind und innerlich nichts mit ihm zu tun haben wollen.“²² Rosi Wolfstein sieht zwischen der wachsenden Judenfeindlichkeit und ihrer Person keine Verbindung, ignoriert sie einfach oder analysiert sie von ihrem Klassenstandpunkt. Jochanan Bloch hat im Zusammenhang von Judentum und Antisemitismus von „negativen Halluzinationen“ gesprochen²³. An Halluzinationen leidet bekanntlich, wer sieht, was es nicht gibt. Rosi Wolfsteins negative Halluzination besteht – scheint es – darin, daß sie nicht sieht, was es sehr wohl gibt. Für sie, wie für Juden in der kommunistischen Bewegung allgemein, gibt es die Religionsfrage im Grunde nicht – wie es überhaupt in der Tradition der Arbeiterbewegung liegt, kirchliche Bindungen abzulehnen. Rosi Wolfstein gehört im preußischen Landtag zu den fünf der insgesamt 31 kommunistischen Abgeordneten, die zu ihrer Religionszugehörigkeit keine Angaben machen. Ob sie nun jedoch ihrem Judentum gleichgültig gegenübersteht oder nicht, ihre Umwelt – insbesondere die ihr feindlich gesinnte Umwelt – betrachtet sie als Jüdin; mehr noch, bezeichnet sie oftmals als „Vertreterin des Judentums“ schlechthin.

Rosi Wolfstein hat sich bereits früh von der jüdischen Religionsgemeinschaft abgewandt und empfindet ihr Judentum als zufällig und belanglos. Den Inhalten und Gefühlswerten der jüdischen Religion steht sie – übrigens bis zu ihrem Lebensende – sehr fern. Kein Zweifel: die Identifizierung mit der Partei, mit der sozialistischen Utopie, bestimmen ihren Lebensweg. Dennoch: über den Einfluß des in ihr begrabenen Judentums auf ihre sozialistischen Wege und Umwege, ließe sich trefflich mutmaßen. Was sind die Wurzeln der jüdischen Kaufmannstochter aus Witten in Westfalen, die existenzielle Nöte und Gefahren in Kauf nimmt in ihrem Einsatz für die Benachteiligten und Machtlosen der Gesellschaft? Woher speist sich die Kraft ihres lebenslangen Engagements?

Der konkrete Entschluß, der SPD beizutreten, rührt her von der persönlichen Betroffenheit, als Frau politisch diskriminiert zu sein. „Wer für die Sozialdemokratie war“, so urteilt sie rückblickend, „der war gleichzeitig auch für die Emanzipation der Frau“²⁴. Nicht wirtschaftliche Not oder Existenzangst führen

²² *Die parteipolitischen Neubildungen in Deutschland und die Juden*, Berlin 1919, S. 4.

²³ Jochanan Bloch, *Judentum in der Krise. Emanzipation, Sozialismus und Zionismus*, Göttingen 1966; zitiert nach: Hans-Helmuth Knütter, *Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik 1918–1933*, Düsseldorf 1971, S. 9.

²⁴ Rosi Frölich im Gespräch mit Ludger Heid, a. a. O.

sie in die Arbeiterbewegung, sondern ein ethischer Rigorismus, der eine neue, bessere Welt und die gleichberechtigte Teilhabe der Frauen in der Gesellschaft einfordert. Angeregt durch Demonstrationen der SPD gegen das Dreiklassenwahlrecht und für das Frauenwahlrecht, beginnt Rosi Wolfstein sich für die Partei zu interessieren, besucht die ersten Parteiversammlungen. Es machte „mich nachdenklich, daß es eine politische Gruppierung gab, die für die Aufhebung dieses Unrechts eintrat . . .“, erinnert sie sich²⁵.

Es ist eine sehr selbstbewußte junge Frau, die im Januar 1908 im Parteibüro der SPD in Hagen auftaucht und erklärt, der Partei beitreten zu wollen. Am 27. Mai 1888 als Tochter des Kaufmanns Samuel Wolfstein geboren, wächst sie in einem gutbürgerlichen Elternhaus auf. Nach dem Tod des Vaters, sie ist gerade dreizehn Jahre, als er sich infolge wirtschaftlicher Schwierigkeiten das Leben nimmt, lernt sie bereits früh, eigenständige Entscheidungen zu treffen. Rosi Wolfstein hat eine für damalige Verhältnisse ungewöhnlich gute Schul- und Berufsausbildung. Nach dem Abschluß der höheren Mädchenschule absolviert sie eine Ausbildung als Buchhalterin und Korrespondentin. Sofort nach der kaufmännischen Lehre verläßt sie das Elternhaus, um in der Nachbarstadt Hagen bei einer Möbelfirma die Stelle einer Lohnbuchhalterin anzutreten. Der Weg aus der relativen Geborgenheit einer gutbürgerlichen Existenz zur Sozialdemokratie erfordert persönlichen Mut. Es ist im wilhelminischen Deutschland am Vorabend des Ersten Weltkrieges ein durchaus revolutionär zu nennender Schritt, sich auf die Seite des Proletariats zu stellen, der industriekapitalistischen Ausbeutung eine sozialistische Utopie entgegenzustellen, sich für die Gleichberechtigung der Frau einzusetzen und das Frauenwahlrecht einzufordern. Es erfordert viel Zivilcourage, engagiert für den Frieden einzutreten in einer durch und durch militarisierten Gesellschaft. Rosi Wolfstein hat diesen Mut, sie geht diesen revolutionären Weg.

Sie ist überrascht, als sie vom zuständigen Parteisekretär erfährt, daß das preußische Vereinsgesetz es Frauen untersagt, politischen Organisationen anzugehören. Er verweist sie auf die „Vorschule“ der Partei, den „Frauen- und Mädchen-Arbeiterbildungsverein“. Im Hinterzimmer einer Kneipe in Hagen treffen sich einmal im Monat etwa zwanzig Frauen, um politische Aktionen zu planen. „Es imponierte mir kolossal, denn diese Frauen waren alles Frauen von Arbeitern, . . . daß diese Frauen noch an Abenden bereit waren zu lernen, zuzuhören . . .“²⁶, so Rosi Frölich zu ihrem ersten Abend beim Hagener Frauenbildungsverein, an welchem übrigens das Thema „Kinderarbeit“ diskutiert wird.

Das preußische Vereinsgesetz wird 1908 geändert. Rosi Wolfstein tritt im Herbst dieses Jahres offiziell in die SPD ein. Sie fühlt sich solidarisch aufgenommen, wird eingebunden in die Parteiarbeit. „Wir kämpften für die Gleichstellung der Frauen, für gleichen Lohn. Aufklärung war das wichtigste: daß Frauen

²⁵ „Ich stritt mit Lenin“, a. a. O., S. 3.

²⁶ Ebda, S. 6f.

gewonnen wurden für die Partei, für Veranstaltungen, für Demonstrationen. Das waren teils Arbeiterfrauen, teils bürgerliche. Entweder waren sie aus der Gewerkschaft zu uns gekommen oder eben mehr aus allgemein politischen Motiven. Selbstverständlich machten wir Gewerkschaftsarbeit, um die Frauen für die Partei zu rekrutieren.“²⁷

In ihrem Engagement für die Gleichberechtigung der Frau bleibt sich Rosi Wolfstein in ihrer politischen Arbeit über die Jahre hinweg treu. Im Spartakusbund ist sie Ende 1918 gemeinsam mit Inez May, Recha Rothschild und – für kurze Zeit – mit Ruth Fischer, zuständig für die Frauenagitation²⁸. Als Mitglied der Zentrale der neugegründeten KPD leitet sie das Frauensekretariat.

Von 1921 bis 1924 gehört Rosi Wolfstein dem preußischen Landtag an. Sie ist dort rechtspolitische Sprecherin der KPD und greift in dieser Eigenschaft in den Debatten des Landtages frauenspezifische Fragen auf. So geht es in einer Rede vom 16. Juni 1921 um die Forderung nach der „vollkommen gleichberechtigten“ Berufswahl für Frauen und Männer. „Wenn uns nun die Herren hier vorwerfen, die Frauen ... seien körperlich ungeeignet, könnten nicht logisch denken, ... so müssen wir sagen: ... als es sich darum handelte, während des Krieges die Frauen zu Krahnführerinnen, Lastträgerinnen, Steinschlepperinnen, Granatendreherinnen zu bekommen, da haben Sie von ihrer körperlichen Ungeeignetheit nichts gewußt. ... Die Masse der Frauen ... verlangen nicht länger nur Objekt zu sein, sie wollen ausüben die Rechte, die ihnen in der Verfassung zugesichert sind, sie wollen nicht mehr wegen einer angeblichen Unfähigkeit von irgendwelchen Berufen oder irgendwelchen Ämtern ausgeschlossen werden.“²⁹

Mehrfach fordert Rosi Wolfstein die Abschaffung des §218, z. B. in der Sitzung vom 30. Mai 1924. „Mit den Mitteln des Strafgesetzes, mit den Mitteln des Strafvollzuges“, führt sie aus, „ist dieser Frage nicht beizukommen. Es ist eine Frage der Bevölkerungspolitik, nicht eine Frage des Gefängnisses, des Zuchthauses und der Einsperrung von Frauen und Mädchen. ... Wenn man wirklich Bevölkerungspolitik treiben ... will muß man für ausreichende Löhne, für Wohnung, für Nahrung ... sorgen.“³⁰ Mit dem Einzug der Kommunisten ins Parlament ist es mit der Ruhe und Ordnung in dem Hohen Haus vorbei. Die kommunistischen Abgeordneten beurteilen ihr Auftreten im Landtag unter dem Gesichtspunkt der agitatorischen Außenwirkung. Rosi Wolfsteins verbaler Radikalismus in den Parlamentsdebatten ist kaum zu überbieten. Allerdings lassen die Abgeordneten der anderen Parteien – von der USPD bis zu den Deutschnationalen – auch keine Gelegenheit zu massiven Störungen ihrer Rede aus, oder versuchen sie gar gänzlich am Reden zu hindern. „Man kann nicht umhin festzustellen“, gibt sie in einer dieser turbulenten Debatten zu Protokoll, daß „sich diese sogenannten Volksvertreter ... hier wie eine angeheiterte Idiotenge-

²⁷ Zitiert nach: Dischereit, a. a. O., S. 159f.

²⁸ Dazu: Fischer, a. a. O., S. 555 ff.

²⁹ Preußischer Landtag, a. a. O., S. 1871 f.

³⁰ Preußischer Landtag, 316. Sitzung am 30. Mai 1924, Bd. 16, Berlin 1924, S. 22377 f.

sellschaft benehmen“³¹. Die scharfe, aggressive Art Rosi Wolfsteins im Umgang mit dem politischen Gegner ist im preußischen Landtag sprichwörtlich. Der deutschnationale Abgeordnete Deerberg umschreibt in einer der letzten Sitzungen des Landtages ihr parlamentarisches Auftreten. „Frau Wolfstein“, führt Deerberg aus, hat „zum Abschiedsgruß an den sterbenden Landtag das bedeutsame Wort gesprochen . . . : dieser Landtag stirbt nicht in Schönheit. . . . Ich glaube aber, daß dieser Mangel an Schönheit wesentlich durch das Relief hervorgerufen wird, daß Frau Rosi Wolfstein . . . dem Parlament gegeben“ hat³².

Käte Frankenthal, die mit ihrer Autobiographie „Jüdin, Intellektuelle, Sozialistin“ ungewollt eine Parallele zu Rosi Wolfstein – die sie persönlich gar nicht kannte – gezogen und zugleich deren parlamentarisches Auftreten treffend charakterisiert hat, formuliert das so: „Die Kommunisten hatten mit viel Propaganda eine Aktion daraus gemacht, daß bei ihnen wirkliche Gleichberechtigung herrschte und daß jeder dritte Kandidat auf ihrer Liste eine Frau sei. . . . Jedenfalls nahmen sie erfolgreich die Konkurrenz mit den Männern auf und benahmen sich womöglich noch pöbelhafter als diese.“³³

Rosi Wolfstein gebührt der historische Verdienst, den Frauen im preußischen Landtag das Recht auf den Ordnungsruf erkämpft zu haben. Das parlamentarische Possenspiel beginnt damit, daß Rosi Wolfstein den preußischen Landtag „eine Stätte des Moders“ nennt. Der sozialdemokratische Landtagspräsident Leinert unterbricht sie daraufhin, jedoch nicht, um sie zur Ordnung zu rufen, sondern mit der Bemerkung, daß er es nicht gerne sähe, wenn „die Damen des Parlaments in solcher Weise charakterisiert würden“. Am Ende der Sitzung greift Rosi Wolfstein in einer persönlichen Bemerkung diesen Wortwechsel noch einmal auf und kommt zu Grundsätzlichem: „Der Herr Präsident hat erklärt, daß ich keinen Ordnungsruf von ihm provozieren könne, daß er Damen sozusagen prinzipiell keinen Ordnungsruf erteile. Ich muß dieser Auffassung und dieser Methode als Kommunistin widersprechen. . . . Wir befinden uns hier eben nicht in einem mittelalterlichen Minnehof, wo die Galanterie die Hauptsache ist, sondern wir befinden uns in einem Parlament, in dem die Frauen die gleichen Rechte und die gleichen Pflichten haben sollen wie die Männer, und in der Auffassung des Präsidenten und der daraus folgenden Behandlung sehen wir eine Herabwürdigung der Frauen, die wir uns nicht gefallen lassen wollen. Wir ersuchen daher den Herrn Präsidenten von dieser Auffassung und Behandlung, die vielleicht bei den ‚Damen‘ der übrigen Parteien am Platze ist, die vielleicht sogar eine derartige Behandlung beanspruchen, bei uns Kommunisten Abstand

³¹ Preußischer Landtag, 271. Sitzung am 18. September 1923, Band 14, Berlin 1924, S. 19408.

³² Preußischer Landtag, 357. Sitzung am 22. Oktober 1924, Band 17, Berlin 1924, S. 24996.

³³ Käte Frankenthal, *Jüdin Intellektuelle, Sozialistin. Lebenserinnerungen einer Ärztin in Deutschland und im Exil*, Frankfurt – New York 1985, S. 134.

zu nehmen. Wir werden uns dies nicht gefallen lassen.“³⁴ Rosi Wolfsteins Intervention hat Erfolg. In den nächsten Jahren handelt sie sich zahlreiche Ordnungsrufe und einen achttägigen Sitzungsausschluß ein.

Rosi Wolfstein ist keine Frau, die sich anpaßt, sich vom Apparat vereinnahmen läßt. Sie ist nicht bereit, sich dem Unfehlbarkeitsdogma eines „Zentralkomitees“ zu beugen, gerät in Opposition zur Parteiführung. Zehn Jahre nach der Konstituierung der KPD wird Rosi Wolfstein – wie auch ihr Lebensgefährte Paul Frölich – 1929 aus der, inzwischen weitgehend von Stalin und der Komintern gesteuerten Partei, ausgeschlossen. Von der Sozialdemokratie, wie vom Kommunismus enttäuscht, sucht sie einen dritten Weg, beteiligt sich am Aufbau neuer sozialistischer Organisationen. Sie gehört zu den Gründern der KPO (Kommunistische Partei Opposition), die sich jedoch schon bald wieder fraktioniert. Als Angehörige der KPO-Minderheit entschließt sie sich 1932 zum Beitritt in die ein Jahr zuvor entstandene SAP (Sozialistische Arbeiter Partei), einer Partei, zu deren Mitgliedern damals auch der junge Willy Brandt gehörte. Als Jüdin und Sozialistin im Nazi-Deutschland existentiell bedroht, muß Rosi Wolfstein bereits im März 1933 aus Deutschland flüchten; aus der Haft entlassen, folgt ihr Paul Frölich im Dezember 1933. Bis 1936 leben Rosi Wolfstein und Paul Frölich in Brüssel. 1936 gehen beide nach Paris ins Exil, wo sie in der Auslandsabteilung der SAP mitarbeiten. Unter dem Pseudonym Marta Koch fordert Rosi Wolfstein in einem im Oktober 1936 im SAP-Organ *Marxistische Tribüne* erschienenen Artikel die „Unabhängigkeit der sich bildenden Einheitsfront der proletarischen Parteien“ von Moskau ein. Vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen im Apparat der KPD und der aktuellen Moskauer Schauprozesse grenzt sie sich scharf vom Kommunismus stalinistischer Prägung ab. „Es zeigt sich, daß die Abhängigkeit der kommunistischen Bewegung von den Vorgängen in der Leitung der KPdSU zu einem direkten Verhältnis der kommunistischen Parteien und der von ihnen angestrebten Einheitsfront führt.“ Eine wirkliche Einheitsfront gegen Hitler sei daher nur möglich, wenn sie unabhängig ist „von der Bevormundung oder Beeinflussung“ dieser Art³⁵.

Mit einem Notvisum ausgestattet, gelingt es Paul Frölich und Rosi Wolfstein, in die USA zu entkommen. New York wird ihr neuer Zufluchtsort. Gemeinsam mit Erna und Joseph Lang organisieren sie von Amerika aus einen Suchdienst für vermißte Genossen in Europa, sammeln Lebensmittel- und Kleiderspenden. So z. B. für Susanne Leonhard, die am 14. Juni 1950 an Ruth Fischer schreibt: „Ich bin durch eine großzügige, von Rosi Frölich vor ein paar Monaten eingeleitete Hilfsaktion mit Lebensmitteln . . . und Kleidung versorgt worden.“³⁶ In New York heiratet Rosi Wolfstein, knapp fünfundfünfzigjährig,

³⁴ Preußischer Landtag, 194. Sitzung am 13. Dezember 1922, Band 10, Berlin 1923, S. 13995 und 14019.

³⁵ Marta Koch (d. i. Rosi Wolfstein), Unabhängig sein, in: *Marxistische Tribüne*, Oktober 1936, Zitiert nach: Hermann Weber, a. a. O., S. 32.

³⁶ Susanne Leonhard an Ruth Fischer, Stuttgart, 14. Juni 1950 in: Fischer, a. a. O., S. 276.

ihren langjährigen Lebensgefährten Paul Frölich, einfach deshalb, weil dies, wie sie sagt, im „amerikanischen Klima nützlich“ gewesen sei³⁷.

Ende 1950 kehren die Frölichs nach Deutschland zurück, lassen sich in Frankfurt nieder und werden wieder Mitglied in der SPD. Warum gerade in der Arbeiterpartei, der sie über Jahrzehnte hinweg äußerst kritisch gegenüberstehen?

Henry Jacoby formuliert es stellvertretend: „Es schien uns klar. Paul hatte allen seinen Leuten gesagt, macht nicht wieder einen neuen Laden auf, SAP oder so und hat sich natürlich gegen eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten ausgesprochen. Für uns alle war es selbstverständlich: wenn man zurückgeht und eine politische Rolle spielen will, kann man nur darauf setzen, daß sich innerhalb der SPD die verschiedenen Strömungen zu einer Konzeption einigen.“³⁸ Nach anfänglicher Skepsis in den ersten Nachkriegsjahren ändert sich die Einstellung Paul und Rosi Frölichs gegenüber der SPD in den Jahren 1948/49. Der Annäherungsprozeß wird befördert durch Berichte der in der SPD aktiven, ehemaligen SAP-Mitglieder. Sie sehen in der SPD nunmehr den Kern dessen verkörpert, was von der Weimarer Arbeiterbewegung übrig geblieben war³⁹. Und Rosi Frölichs Einstellung zum Kommunismus? „KPD, nein, das war doch völlig klar. Das sind doch alles Stalinisten. Ich meine, nicht auf die Person bezogen. Von ihrer Art her.“⁴⁰

Bis ins hohe Alter arbeitet Rosi Wolfstein aktiv in der Arbeiterbewegung mit, bewahrt sich dabei ihre intellektuelle und politisch-moralische Unbestechlichkeit. Rosi Wolfstein-Frölich, ein Leben in vorderster Reihe im Kampf gegen Militarismus, Unterdrückung und soziale Ungerechtigkeit. „Ich habe niemals vom Sozialismus gelebt“, bilanziert sie an ihrem 95. Geburtstag, „ich habe für den Sozialismus gelebt“⁴¹.

³⁷ Zitiert nach: Dischereit, a. a. O., S. 162.

³⁸ Ebda.

³⁹ Vgl.: Bernd Klemm, Paul Frölich (1884–1953). Politische Orientierung und theoretische Reflexionen von Linkssozialisten nach dem Zweiten Weltkrieg, in: *IWK*, 19. Jg., Heft 2, Juni 1983, S. 201 f.

⁴⁰ Zitiert nach: Dischereit, a. a. O.

⁴¹ Zitiert nach: Holger Börner, Es gilt das gesprochene Wort, Trauerrede für Rosi Frölich, gehalten am 18. 12. 1987, (unkorrigiertes Presseexemplar), a. O., o.J. (1987).

„Proletarier zu sein und Jude dazu, das bedeutet
unsägliches Leid . . .“

Sozialisten zur „Ostjudenfrage“

von

LUDGER HEID

Innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung war die „Judenfrage“ seit Mitte des 19. Jahrhunderts Gegenstand innerparteilicher Auseinandersetzung. Im Mittelpunkt stand dabei das Verhältnis von Sozialismus und Antisemitismus. Wenn die Emanzipation der Menschheit ihre höchste Stufe erreicht hätte, die Marx die kommunistische Gesellschaft nennt, dann werde, so eine sozialistische Grundüberzeugung, mit vielen anderen gesellschaftlichen Geschwüren auch der Antisemitismus verschwinden. Galt jahrzehntelang die Überzeugung, daß es im Sozialismus weder in Theorie noch in Praxis antisemitische Zugeständnisse gegeben habe¹, muß man spätestens seit den Forschungsarbeiten Edmund Silberners sich eines anderen belehren lassen². Grundsätzlich kann jedoch festgestellt werden, daß von allen deutschen Parteien die Sozialdemokratie die Juden am konsequentesten verteidigt hat. Die Kommunisten, nie auf eine jüdische Wählerschaft angewiesen, sahen im Antisemitismus einen Auswuchs des kapitalistischen Systems, der mit dem Sieg des Sozialismus verschwinden würde. Daher bekämpfte die KPD den Antisemitismus nicht konsequent, ja, ignorierte antisemitische Angriffe gegenüber (intellektuellen) Parteigenossen und neigte insbesondere in den späten Weimarer Jahren dazu, den Antisemitismus zu verharmlosen und „antisemitische Unterströmungen“ zu dulden³.

Allgemein war im Sozialismus eine antireligiöse und antiintellektuelle Tendenz verbreitet, die zugleich allen Bestrebungen der Juden auf religiöse, kulturelle und nationale Eigenständigkeit gleichgültig bis feindlich gegenüberstand. Es kann kein Zweifel bestehen, daß es sowohl unter den führenden Sozialisten und Sozialdemokraten wie unter der parteigebundenen und organisierten Arbei-

¹ Ernest Hamburger, *Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848–1918*, Tübingen 1968 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 19), S. 148; Paul W. Massing, *Vorgeschichte des politischen Antisemitismus*, Frankfurt/M. 1986, S. 159.

² Vgl. Edmund Silberner, *Sozialisten zur Judenfrage*, Berlin 1962; Ders., *Kommunisten zur Judenfrage*, Opladen 1983. – Die Kapitel über Marx und Engels sind in beiden Publikationen textgleich.

³ Vgl. Silberner, *Kommunisten*, S. 267, 271 u. 274.

terschaft einen tradierten individuellen Antisemitismus gegeben hat. „Von allen seinen Phobien“, schreibt Silberner über den größten sozialistischen Meinungsbildner Karl Marx, „war aber keine akuter als die vor den Juden“⁴.

Eduard Bernstein, ein sensibler Beobachter antijüdischer Stimmungen, hat die Ambivalenz von Judentum/Sozialismus/Antisemitismus an der Frage festgemacht, inwieweit die jüdische Herkunft von Marx und Lassalle die Stellung der deutschen Sozialdemokratie in bezug zu den Juden bzw. zur „Judenfrage“ beeinflusst hat. Zum einen haben sich dadurch sozialistische Ideen unter Juden verbreitet, meint Bernstein, aber das, was Marx und Lassalle über Juden veröffentlicht haben, hat zugleich unter Sozialistengenerationen eine umgekehrte Stimmung hervorgerufen. Der anfangs überzeugte Marxist Bernstein widerspricht seinem politischen Lehrmeister, wenn er Marxens Behauptung, Jude und kapitalistische Ausbeuter seien ein und dasselbe, zurückweist. Dies gelte weder für die Juden des Westens und noch weniger für die des Ostens⁵. Im Marxschen Werk über die „Judenfrage“, sei viel Geistreiches zu finden, resümiert Bernstein, doch gerade im Hauptpunkt sei die Abhandlung nicht zufriedenstellend, flach und anfechtbar, sei er doch zu sehr von der „hegelianischen Pilpulmethode“ (geistreiche Spitzfindigkeit – L. H.) beeinflusst gewesen⁶.

In unzähligen privaten wie offiziellen antijüdischen Äußerungen – wie beispielsweise in der Parteipresse – war ein stereotypes, negatives Judenbild bei Sozialisten sozusagen volkstümlich verankert. Dabei spielte im Komplex negativer Assoziationen „Ostjüdisches“ eine wichtige Rolle. Die sozialdemokratische Unterhaltungspresse bediente sich in Karikaturen, Witzen, Romanen und Erzählungen häufig antijüdischer Klischees, die im Kaiserreich zur gesellschaftlichen Norm gehörten. In den Karikaturen des ‚Wahren Jacob‘ oder des ‚Süd-deutschen Postillion‘ fallen die unkritisch verwendeten, den Juden nachgesagten „typischen“ Charaktereigenschaften und die überzeichneten physiognomischen Kennzeichnungen auf, womit diese Blätter die aus den Rassentheorien entlehnten Bilder vom Juden vorbehaltlos nachahmten⁷. Im Parteien-Konflikt zwischen ADAV und SDAP suchten die Lassalleaner, allen voran Wilhelm Hasselmann, den auch in der Arbeiterschaft vorhandenen latenten Antisemitismus gegen die ‚Eisenacher‘ zu aktivieren. Dabei genügte es Hasselmann, unter

⁴ Silberner, *Kommunisten*, S. 37.

⁵ Eduard Bernstein, Juden in der deutschen Sozialdemokratie, in: *Zukunft* XXVI, New York 1921, S. 145f. – Der Untertitel dieses bislang kaum beachteten Aufsatzes in dem jiddischsprachigen Arbeiterblatt lautet: Haben Juden wirklich die deutsche Sozialdemokratie geschaffen und aufrecht erhalten? Wie weit ist der antisemitische Vorwurf wahr und wie weit falsch? Ein merkwürdiges Kapitel der Geschichte. Hamburger, *Juden im öffentlichen Leben*, S. 150, zitiert aus dem holländischsprachigen Text: De Socialistische Gids, Amsterdam 1921. – Eine Veröffentlichung in deutscher Sprache ist offensichtlich nicht erfolgt. – Bei der Übersetzung des jiddischen Textes war Michael Brocke dankenswerterweise behilflich.

⁶ Bernstein, *Juden in der deutschen Sozialdemokratie*, S. 145.

⁷ Vgl. Leuschen-Seppel, *Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich. Die Auseinandersetzung der Partei mit den Konservativen und völkischen Strömungen des Antisemitismus 1871–1914*, Bonn 1978, S. 287, und die dort abgedruckten Beispiele (S. 292–316).

dessen Redaktion der *Neue Social-Demokrat* phasenweise zu einem „judenfeindlichen Schmierblatt abgesunken“⁸ war, mit den gängigen Ostjuden-Klischees, die antisemitische Stimmung anzuheizen. Er belegte die jüdischen Mitglieder der SDAP mit dem Schimpfnamen „Mühlendammer“, womit er auf das Quartier der jüdischen Altkleiderhändler in Berlin anspielte und die anreißerischen polnischen „Schacherjuden“ meinte⁹.

Nicht anders dachte Wilhelm Hasenclever, der unumstrittene Sprecher des lassalleanischen Flügels der Sozialdemokratie und Redaktionskollege Hasselmanns an einigen Parteiblättern. Von Hasenclever waren judenfeindliche Auslassungen bislang nicht bekannt, obwohl er von erklärten Antisemiten wie eben Hasselmann, August Kapell oder Carl Wilhelm Tölcke umgeben war. Doch da ist eine neuentdeckte Schrift von ihm, bei der er sich hinter dem Pseudonym „Wilhelm Revel“ versteckte, um so seinen judophobischen Gefühlen freien Lauf lassen zu können. *Der Wahrheit die Ehre* hatte Hasenclever seinen Essay betitelt, mit dem er zunächst der „Berliner Bewegung“ entgegenzutreten und seinem Gegenkandidaten Adolf Stöcker die indifferent-antisemitischen Wählerstimmen im Reichstagswahlkampf 1881 abzujagen suchte.

Seine antijüdischen Antipathien hat Hasenclever u. a. von Marx adaptiert, von dem ihn zwar ideologische Welten trennten, doch wenn es gegen die Juden ging, räumte der von Hasenclever herausgegebene und mitredigierte *Neue Social-Demokrat* freimütig Platz für einen Wiederabdruck von Marxens *Judenfrage* ein – versehen mit einer verschärfenden Kommentierung von Hasselmann.

Über die Juden Rußlands findet Hasenclever nur Worte gängigster Klischees durchsetzt mit rassistischen Bildern, den Zeitgeist antizipierend. Die Juden des Ostens, so schreibt er, beherrschen durchweg die Konkurrenz im Erwerbskampf, da sie keine ebenbürtigen Gegner fänden und deshalb „zum Übermut, zur Spottsucht, ja zur Herrschsucht allzu sehr gereizt“ würden. „Ihre Schlaueheit“, heißt es wörtlich, „läßt diese Eigenschaften zwar nicht so sehr hervortreten, aber selbst bei den Versuchen, sie nicht kenntlich werden zu lassen, erkennt man sie“. Für Hasenclever ist der „beste Fingerzeig“ bei der Erörterung der „Judenfrage“ die „Erkenntnis“, daß der „schlaue semitische Stamm“ die Erwerbsverhältnisse nur in solchen Ländern beherrschen könne, die kulturell untergeordnet sind¹⁰. Dabei stimmt er gleichzeitig Treitschke zu, der ansonsten nicht seine Sympathien besitzt, daß die „in den Slavenländern“ wohnenden

⁸ Ludger Heid, „... gehört notorisch zu den hervorragenden Leitern der sozialdemokratischen Partei“. Wilhelm Hasenclever in der deutschen Arbeiterbewegung, in: *Wilhelm Hasenclever, Reden und Schriften*, hrsg. u. eingel. v. Ludger Heid, Klaus-Dieter Vinschen u. Elisabeth Heid, Bonn 1989, S. 56. Vgl. auch: Eduard Bernstein, *Geschichte der Berliner Arbeiter-Bewegung*, 1. TL., Berlin 1907, ND: Glashütten 1972, S. 196 u. Leuschen-Seppel, *Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich*, S. 43f.

⁹ Vgl. Eduard Bernstein, *Die Geschichte der Berliner Arbeiter-Bewegung*. 1. TL., Berlin 1907, Neudruck: Glashütten/Ts. 1972, S. 241 f.

¹⁰ Wilhelm Revel (d.i. Wilhelm Hasenclever), *Der Wahrheit die Ehre*. Ein Beitrag zur Judenfrage in Deutschland, in: *Wilhelm Hasenclever. Reden und Schriften*, S. 185 f.

Juden keine Kulturgeschichte mitgemacht, sich „vielmehr all die Ungezogenheiten der slawischen Rasse“ angeeignet hätten. Hasenclevers taktischer Antisemitismus war gekennzeichnet durch eine Judophobie vermischt mit einem Schuß Antislawismus, und mit dieser Haltung repräsentierte er einen großen Teil der sozialdemokratischen Parteimitglieder¹¹.

Wenn Franz Mehring in einer biographischen Skizze über Lassalle diesen inmitten einem „schachernden Gewühle von russischen und polnischen Juden“ hausend beschreibt, die nun einmal „beim günstigsten Vorurteile nicht zur Blüte der Menschheit“ gerechnet werden könnten, dann greift Mehring zum auch unter Sozialisten verbreiteten Negativbild vom Ostjuden¹².

In persönlichen Diffamierungen, in die sich antijüdische Ressentiments mischten, fand sich Mehring in guter sozialistischer Gesellschaft. Auch Friedrich Engels hob das ostjüdische Milieu in Lassalles Herkunft hervor und nannte ihn in einem Brief an Marx einen „schmierigen Breslauer Jud“ von der „slawischen Grenze“, der sich mit „allerhand Pomade und Schminke“ in die vornehme Welt einzudrängen suche und auf den man „höllisch aufpassen“ müsse¹³. Und noch 1890, als Engels sich längst vom Antisemitismus abgewandt hatte, vermochte er seine Vorurteile nicht gänzlich abzulegen. Gegenüber den Ostjuden empfand er weiterhin rassistische und kulturelle Dünkel. Im polnischen Juden sah er die „Karikatur der Juden“ – ein Stück Degeneration¹⁴, wobei auch bei ihm eine grundlegende antislawische Haltung eine Rolle spielte. Anders die ostjüdischen Proletarier, die Engels vom Klassenstandpunkt aus beurteilt. Im Londoner East End war er auf die Existenz ostjüdischer Proletarier aufmerksam geworden und verfolgte – unter dem Einfluß der sich dezidiert zum Judentum bekennenden Marx-Tochter Eleanor (Tussy) – mit großer Sympathie deren Organisationsbestrebungen und Arbeitskämpfe.

Solche antijüdische Auslassungen gegenüber Ostjuden aus dem Mund führender Sozialisten lassen sich beliebig belegen. In Gustav Noskes *Erinnerungen* kommen Aversionen deutlich zum Ausdruck und sein abschätziges Urteil wiegt um so schwerer, als seine Memoiren erst 1947 veröffentlicht wurden. Darin beklagt Noske, daß ostjüdische Marxisten „eine besondere Veranlagung“ dafür besäßen, den Sozialismus zu einem Dogma zu machen und dabei eine „Geheimwissenschaft“ auszubrüten, die den deutschen Arbeitern stets unverständlich geblieben sei¹⁵.

¹¹ Ebda, S. 185.

¹² Franz Mehring, *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie*. Bd. 1, Berlin/DDR 1976, S. 479.

¹³ Friedrich Engels an Karl Marx, Manchester, 7. März 1856, in: Marx/Engels-Werke (MEW) Bd. 29, Berlin/DDR, S. 31.

¹⁴ Friedrich Engels an Paul Ernst, London, 5. Juni 1890, in: MEW Bd. 37, Berlin/DDR 1978, S. 412.

¹⁵ Gustav Noske, *Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie*, Zürich 1947, S. 27. – Zu Noskes Ehrenrettung muß allerdings auch gesagt werden, daß er früher eine positive Haltung gegenüber den Juden in Polen eingenommen hatte. Während des Ersten Weltkrieges hatte er unter dem Eindruck des Massenelends in Russisch-Polen solidarische Worte des Mitgefühls insbesondere für das jüdische Proletariat gefunden und dazu aufgerufen, daß die

Ein Beispiel antisemitisch und antiostjüdisch eingefärbter Angriffe aus der SPD sei erwähnt, weil Wolfgang Heine darin verwickelt war, ein führender Parteifunktionär, dem rechten Parteiflügel zugehörig, Reichstagsabgeordneter und späterer preußische Innenminister, in dessen Zuständigkeitsbereich Fragen des Zuwanderns und Aufenthalts von Ostjuden in Preußen fielen. Es war bekannt, daß Heine während seiner Studienzeit Vorsitzender des Vereins deutscher Studenten war, in dem sich antisemitische Kommilitonen sammelten. Auf dem Lübecker Parteitag 1901 war er von seiner Vergangenheit eingeholt worden, als er im Revisionismusstreit einen antisemitischen Ton anschlug. Gegenüber Vertretern des orthodoxen Marxismus – Rosa Luxemburg und Alexander Parvus-Helphand – verließ er die sachliche Ebene der Kritik, um bewußt deren ostjüdische Herkunft und die angeblich daraus resultierende Persönlichkeitsstruktur hervorzuheben¹⁶. „Unser Internationalismus bedeutet, daß jede Nation die andere achtet, und ich habe keine Mißachtung gegen die russischen und polnischen Juden“, hatte Heine in seiner Rede ausgeführt, „aber wenn jemand als Gast zu uns kommt und uns in die Stube spuckt, so werden wir uns das nicht gefallen lassen und werden mit aller Energie, wenn auch mit der uns angeborenen Höflichkeit, dagegen Protest erheben“. Diese Bemerkung brachte Heine zwar einen Zwischenruf ein, daß er ja selbst Antisemit gewesen sei, doch war dieser spontane Zuruf zugleich die einzige Mißfallensäußerung des Parteitages auf die antisemitische Polemik. Clara Zetkin wies unter dem Beifall der Anwesenden den „besonders bei Ausländern“ gerügten Ton – Heinrich Heines Bürgermeister von Krähwinkel zitierend – zurück: „Ausländer, Fremde sind es meist,/die unter uns gesät den Geist/der Rebellion. Dergleichen Sünder,/Gottlob! sind selten Landeskinder“. Und es war Clara Zetkin vorbehalten, die Parteitagsdelegierten darüber zu belehren, daß Rosa Luxemburg und Alexander Parvus-Helphand nicht als Russen und Juden, sondern als Parteigenossen auf dem Boden des gleichen Programms stünden und den gemeinsamen sozialdemokratischen Kampf führten¹⁷.

Als Heine dann zwei Jahre später Rosa Luxemburg erneut verunglimpfte und damit den „elementarsten Grundsätzen“ der internationalen Sozialdemokratie „ins Gesicht schlug“, gab die Angegriffene, die gegenüber persönlichen antisemitischen Anfeindungen unempfindlich bis immun war und sich im übrigen niemals publizistisch mit der „Judenfrage“ auseinandergesetzt hat¹⁸, mit einer scharfen Erklärung im *Vorwärts* ihre Gleichgültigkeit vor der Parteiöffentlichkeit auf, um sich gegen die „antisemitischen und ausländer-fresserischen Ausfäl-

deutsche Okkupationsverwaltung jedweden polnischen Antisemitismus zu unterbinden habe, wengleich Deutschland nicht als ständiger „großer Polizist“ neben den Polen stehen könne. Gustav Noske, Ostjüdisches, in: *Die Glocke*, 30. Dezember 1916, S. 503 ff.

¹⁶ Vgl. *Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Lübeck vom 22. bis 28. September 1901*, Berlin 1901, S. 195.

¹⁷ Ebda, S. 202.

¹⁸ Vgl. Edmund Silberner, Rosa Luxemburg, ihre Partei und die Judenfrage, in: *Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte VII*, Tel Aviv 1978, S. 305.

le“ zur Wehr zu setzen. Sie stellte die Frage, ob ein Mann geeignet sei, eines der höchsten Vertrauensämter in der Partei zu bekleiden, der sich mit seiner „Ausländerhetze moralisch auf das Niveau der preußischen Polizei und mit seinen antisemitischen Invektiven“ auf das Niveau des wüsten Judenhassers Walter Graf Pückler stelle¹⁹.

Diese Beispiele mögen die ambivalente Haltung der Sozialdemokratie gegenüber dem Antisemitismus einerseits und den Genossen ostjüdischer Herkunft im besonderen verdeutlichen. Je mehr die Partei sich in Staat und Gesellschaft integrierte, umso mehr übernahm sie nationalistische Strömungen, die sich dann und wann, wie die antisemitisch getönten Affekte bei Wolfgang Heine (und anderer Genossen) zeigen, gegen die Juden richteten und von der Partei selbst stillschweigend hingenommen wurden.

Doch wie stand es mit den Juden selbst, die sich innerhalb der Arbeiterbewegung engagierten? Juden traten der Sozialdemokratie – oder später der Kommunistischen Partei – in der Regel nicht als Juden bei. Sie waren Sozialisten, für die Herkunft und Religion unbedeutend waren. Ihnen allen war die Überzeugung gemeinsam, daß das Judentum keine Nation, sondern lediglich eine Konfession darstelle und daß, wenn das Ziel des Sozialismus irgendwann erreicht werde, ohnehin alle Glaubensbekenntnisse bedeutungslos würden. Die sozialistische Idee war das Surrogat für Religion und Volkstum. Sie lehnten also eine besondere jüdische Identität ab, ohne ihr Judentum abzuleugnen.

Die zumeist aus der bürgerlichen Schicht stammenden jüdischen Intellektuellen hatten sich in aller Regel von ihrer klassenmäßigen und ethnischen Herkunft gelöst und waren zu der Erkenntnis gelangt, daß nur durch die Arbeiterpartei und in einer sozialistischen Gesellschaft soziale, nationale und religiöse Benachteiligungen zu überwinden seien. Je entschiedener sie sich von den Voraussetzungen ihres kollektiven Bewußtseins als Juden lösten, desto mehr gelangten sie zu der Überzeugung, daß ihre eigenen mit den proletarischen Interessen übereinstimmten, was ihren politischen Kampf für eine klassenlose Gesellschaft ohne soziale und nationale Benachteiligung erklärt. Doch war es die nichtjüdische Umwelt, die den einzelnen Juden, welcher politischen Partei er auch angehören mochte, an sein Judesein erinnerte. Und je nach Naturell reagierte der oder die Betroffene auf sein Judentum mit Selbstachtung, Gleichgültigkeit oder Selbstverleugnung.

Neben Marxens Aufsatz *Zur Judenfrage* aus dem Jahre 1843, Bebels Kölner Parteitagrede 1893 zum Thema *Antisemitismus und Sozialdemokratie*, mit der die Partei offiziell Position bezog und dem Antisemitismus eine schroffe Absage erteilte, erfolgte mit Karl Kautskys Essay *Rasse und Judentum* 1914 der dritte „klassische“ Beitrag sozialistisch-marxistischer Theoretiker zur ‚Judenfrage‘. Kautsky, der seit 1890 immer wieder zu jüdischen Fragen Stellung nahm, trifft jedoch über die Juden höchst widersprüchliche Aussagen. Die „Lösung der Judenfrage“ sah Kautsky allein in der vollständigen Assimilation, mit der auch

¹⁹ Rosa Luxemburg, Erklärungen, in: *Vorwärts*, Nr. 231, 3. November 1903.

der Antisemitismus verschwinden würde, und seine Ansicht gipfelt in der Feststellung: „Sicher bedeutet die Befreiung des Judentums um so eher seine Auflösung, je gründlicher sie vollzogen wird.“²⁰ Ihr einziger offenstehender „Rettungsweg“ führe jedoch über die energische Anteilnahme am Klassenkampf des Proletariats²¹.

Bereits zwanzig Jahre zuvor – 1902 – hatte er seine Sympathien für die unterdrückten russischen Juden und die erwachende jüdische Arbeiterbewegung unmißverständlich zum Ausdruck gebracht und voller Anteilnahme geschrieben: „Es ist schwer, ein Jude zu sein, einer verfolgten, verachteten Rasse anzugehören; aber ein russischer Proletarier zu sein und ein Jude dazu, das bedeutet unsägliches Leid, das bedeutet, jeder Erniedrigung, jeder Quälerei ausgesetzt sein, die eine stupide Allmacht, gierige Gemeinheit und böse Dummheit einem nur zufügen können.“²² Voller Pathos kommentierte er den ostjüdischen Klassenkampf, der sich gegen die doppelte Unterdrückung richtete und meinte: „Wenn eine unterdrückte Klasse wie die jüdischen Proletarier in Rußland imstande ist, sich zu erheben und erstaunliche Hindernisse mit übermenschlicher Energie zu nehmen, dann können wir kühn und unseres Sieges sicher in die Zukunft blicken.“²³ In der Meinung, im Mitfühlen und in der positiven Bewertung gegenüber dem ostjüdischen Proletariat waren sich Kautsky, Engels und die „offizielle“ Sozialdemokratie vollkommen einig. Friedrich Engels nannte die jüdischen Arbeiter den „am schlimmsten ausgebeuteten“ und „allerelendesten“ Teil des Proletariats überhaupt²⁴. Das Organ der deutschen Sozialdemokratie, der *Vorwärts*, bezeichnete das jüdische Proletariat als „Paria unter den Proletariern“²⁵.

Kautsky setzt sich in seiner Schrift *Rasse und Judentum* systematisch mit den Juden Osteuropas auseinander. Neben der beruflichen Konkurrenz sah er in der nicht erfolgten Assimilation die Ursache für den Antisemitismus im zaristischen Rußland. Die auf die Ansiedlungsrayons beschränkt wohnenden Juden beschreibt Kautsky so: „Sie unterscheiden sich scharf von der übrigen Bevölkerung nicht nur . . . durch ihre strenge Einhaltung des Ritus, der Speisegebote, der Festtage, durch die Besonderheit ihrer Sprache²⁶, sondern vielfach auch noch durch Kleidung und Haartracht. Mehr als anderswo ist in Rußland und den Nachbargebieten der Jude ein Fremder im Volke geblieben. Die Fremdartigkeit wirkt leicht komisch, wo sie nur einen Unterschied anzeigt, nicht mit einem

²⁰ Kautsky, *Rasse und Judentum*, S. 92.

²¹ Ebda, S. 91.

²² Karl Kautsky, in: *Justice*, London, 22. Februar 1902, zit. nach: Silberner, *Sozialisten zur Judenfrage*, S. 225.

²³ Ebda.

²⁴ Friedrich Engels, Über den Antisemitismus, London, 19. April 1890, in: *MEW* Bd. 22, Berlin/DDR 1963, S. 50.

²⁵ *Vorwärts*, Nr. 235, 8. Oktober 1907.

²⁶ Das sogenannte Jiddisch nannte Kautsky ein „verdorbenes Deutsch“ und – fälschlicherweise – die Ostjuden die einzige jüdische Bevölkerung der Welt, die sich nicht der Sprache ihrer Umgebung assimiliert hatten. Kautsky, *Rasse und Judentum*, S. 70.

Gegensatz verbunden ist. Wo ein solcher vorhanden, macht sie ihn auffallender und fühlbarer, wirkt sie aufreizend und erbitternd.“²⁷

„Die Juden sind ein eminent revolutionärer Faktor geworden“, differenzierte er spitzfindig, „das Judentum aber ein reaktionärer“. Er wünschte sich den Untergang der Juden herbei und sah darin durchaus keinen tragischen Prozeß wie etwa im „Aussterben“ der Indianer, sondern ein Aufsteigen zu höherer Kraft. „Es ist ein Bleigewicht am Fuße der vorwärtsdrängenden Juden selbst“, meinte Kautsky, „einer der letzten Überreste aus dem feudalen Mittelalter, ein soziales Ghetto, das sich im Bewußtsein noch behauptet, nachdem das greifbare Ghetto schon verschwunden ist. Wir sind nicht völlig aus dem Mittelalter heraus, solange das Judentum noch unter uns existiert. Je eher es verschwindet, desto besser für die Gesellschaft und die Juden selbst.“²⁸

Kautsky sympathisierte mit dem ostjüdischen Proletariat und unterschied sich in diesem Punkt deutlich von seinem Lehrer Marx, zu dessen Lebzeiten es zwar keine jüdische Arbeiterschaft gab, doch in der Verurteilung des Judentums als Gemeinwesen stimmten beide kompromißlos überein. Kautskys Sympathie für die ostjüdischen Proletarier wäre echt, würde er sein Urteil nicht sofort relativieren: „Wie auf allen Gebieten des modernen Lebens sind auch auf dem der Ausbeutung die Juden auf den beiden Extremen zu finden: die größten und rücksichtslosesten Ausbeuter sind Juden; aus den Reihen des Judentums rekrutieren sich aber auch die ausgebeuteten, hilflosesten Proletarier.“²⁹ Beide Abhandlungen – die Marxsche wie die Kautskysche – atmen denselben Geist, urteilt Edmund Silberner. Und in der Tat finden sich in beiden Texten wesentliche Übereinstimmungen, wenngleich Kautsky jeglichen direkten Hinweis auf die Marxsche Schrift vermeidet. „Diese Verachtung, tief verankert in sozialistischer Tradition“, resümiert Silberner über Kautsky, „nimmt bei ihm vornehmere, ja sogar wohlwollende Formen an, bleibt aber nichtsdestoweniger Verachtung“³⁰.

Die Sozialdemokratie schenkte seit den 1880er Jahren den Verfolgungen der Juden in Osteuropa, die sich in blutigen Pogromen bemerkbar machten, große Aufmerksamkeit³¹. Nach der Niederschlagung der russischen Revolution 1904/05 und der erneut einsetzenden Pogrom- und sich daran anschließenden Flüchtlingsbewegung wurde die Diskussion weiter entfacht. Da sich unter den russischen Revolutionären viele jüdische Proletarier und Handwerker befanden, die von den zaristischen Behörden als „Blitzableiter“ für die Unruhen benutzt wurden³², lag es im Selbstverständnis der Partei, sich zu engagieren. In seiner

²⁷ Ebda, S. 72.

²⁸ Ebda, S. 94.

²⁹ Kautsky, *Das Judentum*, S. 30.

³⁰ Silberner, *Sozialisten zur Judenfrage*, S. 225 f.

³¹ Siehe dazu und im folgenden: Leuschen-Seppel, *Sozialdemokratie und Antisemitismus*, S. 208–213.

³² Karl Kautsky, *Das Massaker von Kischineff und die Judenfrage*, in: *Die Neue Zeit* 21, 1902/03, S. 307.

Beurteilung des Pogroms in Schitomir im Jahre 1905 schoß der *Vorwärts* allerdings weit über das Ziel hinaus, als er behauptete, das vom „westeuropäischen Bankenjudentum ausgehaltene Zarenregime“ hätte unaufgeklärte Massen gegen die sozialistisch gesinnten jüdischen Proletarier „gedungen und bewaffnet“³³.

Mit einer maßlosen Überschätzung der ostjüdischen Zuwanderung und der damit verbundenen Gefahr für Deutschland übernahm die sozialdemokratische *Neue Zeit* gängige antisemitische Klischees. Insgesamt dreimal äußerte sich dieses renommierte SPD-Parteiorgan zur Einwanderung der Ostjuden³⁴. Bemerkenswert ist vor allem ein Artikel aus dem Jahre 1921, geschrieben von dem sozialdemokratischen preußischen Landtagsabgeordneten Theodor Müller. Der Autor läßt kein gutes Haar an den Juden Osteuropas. „Die Ostjuden sind in ihrer Mehrheit ein in Unsauberkeit, Armut und geschäftsmoralischen Tiefstand versunkenes Proletariat“, urteilt er und führt fort: „Durch Generationen hindurch nur auf Handel und primitives Markthandwerk gerichtet und gezüchtet, in religiös-völkischer Selbstabschließung den Einflüssen westlicher Kultur widerstrebend, sind sie aus fast krankhaft-individuellem Selbständigkeitsdrang jeglicher sozialen Ein- und Unterordnung abgeneigt. Daher sind sie auch unfähig, sich zu ‚industrialisieren‘, ganz abgesehen davon, daß sie auch im allgemeinen durch ihre körperliche Beschaffenheit zur Industrie- und Landarbeit wenig geeignet sind. Den meisten fehlt jeder Sinn für Ordnung und Reinlichkeit.“³⁵ Das war nicht die Sprache der Sozialdemokraten, die sich immer wieder engagiert zum Fürsprecher der Ostjuden in Polen und Deutschland gemacht hatten. Die Brisanz des Müllerschen Artikels besteht allerdings darin, daß er ganze Passagen seines Aufsatzes aus einer Broschüre des Alldutschen Georg Fritz aus dem Jahre 1915 – ohne jeden Hinweis darauf – übernommen hatte. Da kein distanzierender Kommentar nachgereicht wurde, kann davon ausgegangen werden, daß die Redaktion nichts gegen die antijüdischen Invektiven einzuwenden hatte. Eine sozialistische Kopie eines antisemitischen Pamphlets war in der sozialdemokratischen Publizistik ein seltenes Ereignis³⁶.

Unter dem Eindruck der Begegnung mit den Juden in Osteuropa während des Ersten Weltkrieges und der damit verbundenen Rekrutierung von Ostjuden für die deutsche Rüstungsindustrie, was gleichzeitig ein Aufleben des Antisemitismus in Deutschland zur Folge hatte, begannen einige jüdische Sozialisten, sich verstärkt (positiv) mit der „Ostjudenfrage“ zu beschäftigen. Zu dieser Gruppe,

³³ *Vorwärts*, Nr. 111, 13. Mai 1905. – Die Verurteilung ‚jüdischen‘ Kapitalismus‘ und Ausbeutertums findet in der sozialdemokratischen Presse durchgängig Zustimmung. So erinnerte der *Sozialdemokrat* in seiner Berichterstattung über die russischen Pogrome im Frühjahr 1881 seine Leser „mit Recht“ an den Ablauf der Französischen Revolution, die mit dem Aufhängen „jüdischer Kornwucherer“ begonnen habe; erst danach seien die Schlösser angezündet worden. Vgl. *SD*, Zürich, 22. Mai 1881.

³⁴ *Die Neue Zeit*, 24. Juni 1921, S. 293–298; 1. Juli 1921, S. 325–330; 10. März 1923, S. 439.

³⁵ Theodor Müller, Die Einwanderung der Ostjuden, in: *Die Neue Zeit* Nr. 13, 24. Juni 1921, S. 296.

³⁶ Vgl. Georg Fritz, *Die Ostjudenfrage. Zionismus und Grenzsclluß*, München 1915 u. den Nachweis von: Trude Maurer, *Ostjuden in Deutschland*, S. 174, 221 f., 488.

die immer wieder jüdische Fragen berührte und öffentlich machte, gehörten Eduard Bernstein, Georg Davidsohn, Oskar Cohn und Max Cohen-Reuß.

Oskar Cohn, Gründungsmitglied der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ sowie seit 1917 Mitglied der USPD und beteiligt an der Wiedervereinigung der SPD 1922, war der einzige Zionist unter den jüdischen Parlamentariern. Im Reichstag wie im Preußischen Landtag erhob er immer wieder seine Stimme für die Ostjuden.

Im November 1922 debattierte der Preußische Landtag auf Antrag der deutsch-nationalen Fraktion über die Einwanderung der Ostjuden nach Deutschland. In einer seiner „machtvollen Reden“³⁷ ergriff Oskar Cohn Partei für die Ostjuden, die Deutschland während des Weltkrieges unterstützt hatten. Damals habe Deutschland nur mit Hilfe der Ostjuden so lange Zeit Krieg führen können. Als jedoch die ostjüdische Bevölkerung nicht mit gewünschtem Erfolg für die deutsche Sache im Okkupationsgebiet agitierte, wurde sie „gequält, beraubt und, ungefähr wie Vieh“, nach Deutschland deportiert³⁸. Auf den antisemitischen Vorwurf, bei den Ostjuden handele es sich ausschließlich um Schieber und unproduktive Trödler, die der öffentlichen Wohlfahrtspflege zur Last fielen, keineswegs jedoch um körperlich arbeitende Männer, richtete er an die Adresse der deutsch-nationalen Abgeordneten die Frage, ob denn auch die 15000 jüdischen Berg- und Hüttenarbeiter „am Kurfürstendamm“ gelandet seien³⁹.

Mitte der 20er Jahre zog Cohn sich völlig aus der Parteipolitik zurück und widmete sich, angesichts der bedrängten Lage der Ostjuden durch den zügellosen Antisemitismus, ausschließlich zionistischen und allgemeinen jüdischen Fragen. Er trat der Poale Zion bei und wurde ihr Vertreter in der Repräsentantenversammlung der Berliner jüdischen Gemeinde, wo er sich überwiegend für ostjüdische Probleme einsetzte.

Sieht man sich den in Amsterdam aufbewahrten Nachlaß von Eduard Bernstein genau an, so fällt auf, daß er sich sein Leben lang mit jüdischen Fragen beschäftigt hat, vor allem mit der Abwehr antisemitischer Angriffe. Kein jüdischer Parlamentarier – Oskar Cohn ausgenommen – hat so intensiv in die Debatten über die „Judenfrage“ eingegriffen und für jüdische Interessen gewirkt wie er. In seinen späten Jahren stellte er politische und soziale Fragestellungen sowie das Ringen um die eigene Identität in den Mittelpunkt seiner Auseinandersetzungen mit dem Judentum. Er war ein jüdischer Intellektueller, von hohem moralischem Pathos getragen, der, auch wenn er wie viele andere jüdische Sozialisten aus der Synagogalgemeinde ausgetreten war, die Familientradition des Reformjudentums mit der Tradition der Aufklärung zu einem sozialistischen Humanismus zu verbinden suchte.

³⁷ Eduard Bernstein, *Die Ostjuden in Deutschland*, (Handschr. Ms.) in: Internationales Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam, NL Bernstein A 79, S. 37.

³⁸ Preußischer Landtag, Stenographische Berichte (zukünftig: PLT StB), 29. November 1922, Sp. 13600 u. 13602 (Zitat).

³⁹ Ebda, Sp. 13604, 13606.

Die xenophobe Kampagne gegen die Ostjuden in Deutschland während der Weimarer Jahre brachte Bernstein zu der Überzeugung, daß die Existenz einer jüdischen Heimstätte in Palästina für die bedrohten Juden notwendig sei. In den 20er Jahren drückte die „Ostjudenfrage“ immer mehr in das Blickfeld des Bernsteinschen Interesses. Es ist erstaunlich, daß dieser Aspekt von der Bernstein-Forschung bislang übersehen wurde. Das Amsterdamer ‚Institut für Sozialgeschichte‘ bewahrt ein 41seitiges Manuskript *Die Ostjuden in Deutschland*, das bis heute unbeachtet geblieben ist und meines Wissens niemals zuvor zitiert oder bibliographiert wurde. Bernstein hat diesen Essay in der jiddisch-sprachigen New Yorker *Zukunft* veröffentlicht und mit dem Untertitel „Die jüdischen Wanderer, die Antisemiten und die Sozialisten“ versehen⁴⁰. In einer deutschen Zeitschrift ist dieser Aufsatz nie erschienen.

Ein umfangreiches Aktenkonvolut läßt weiterhin darauf schließen, daß Bernstein in enger Verbindung mit dem „Jüdischen Arbeiterfürsorgeamt“ in Berlin, dem „Sekretariat für ostjüdische Arbeiter“ bei der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften stand und in ostjüdischen Angelegenheiten als parlamentarischer Verbindungsmann zu den Staatsbehörden fungierte⁴¹. Darüber hinaus setzte er sich als eine Art Ombudsmann petitionierend für einzelne Ostjuden ein, die in Schwierigkeiten mit den Behörden geraten waren⁴². Konsequenterweise nahm er Kontakt zu der Poale-Zion-Bewegung in Deutschland auf und kümmerte sich um das Los der Ostjuden in Deutschland.

In seinem Aufsatz über die Ostjuden in Deutschland wies Bernstein die weitverbreitete Angst und „lächerliche Übertreibung“ vor dem „Gespenst“ einer drohenden ostjüdischen „Überschwemmung“ Deutschlands als übertriebenes Gerede zurück⁴³. Punkt für Punkt entlarvte er das Register der Anschuldigungen seitens der „antisemitischen Hetzapostel“ als gegenstandslos und führte die unbestritten „unerquicklichen Zustände“ in bestimmten Einzelfällen auf die „Ungunst der Verhältnisse“ zurück.

Hier sei Bernsteins Auslassung erwähnt, in der er den Vorwurf der „moralischen Minderwertigkeit“ und des „sozialen Schmarotzertums“ der Ostjuden zurückwies, der in der Anschuldigung gipfelte, sie leisteten keine körperliche Arbeit, sondern lebten ausschließlich vom schädigenden Zwischenhandel und allerhand unsauberen Vermittlergeschäften. „Das ist aber eine schnöde Verleumdung einer in ihrer Mehrzahl durchaus achtenswerten Menschenklasse“, stellte Bernstein mit Nachdruck fest⁴⁴. Nach den Zeugnissen deutscher Fabrik-

⁴⁰ Eduard Bernstein, Di Mizrach-Jiden in Deutschland (Die Ostjuden in Deutschland), in: *Di Zukunft (The Future)*, XXVIII, New York, November 1923, S. 664–669; die Ostjuden in Deutschland, Handschr. Ms., 41 S., NL Bernstein, A 79.

⁴¹ NL Bernstein, B 68. – Das Konvolut enthält insgesamt 19 Aktenstücke: Ostjudenfrage. Zur Einwanderung von Ostjuden nach Deutschland. Denkschriften, Briefe, Arbeitszeugnisse ostjüdischer Arbeiter usw.

⁴² NL Bernstein, D 782.

⁴³ Bernstein, *Ostjuden*, S. 5.

⁴⁴ Ebda, S. 12.

leiter, so Bernstein, seien die Arbeitsleistungen der ostjüdischen Arbeiter völlig befriedigend. Sie hätten sich in Produktion nicht nur als „brauchbare mitschaffende“, sondern auch als „gute Kameraden“ für die deutschen Arbeiter bewährt. Hätten Ostjuden schon die Legende zerstört, für Landarbeit untauglich zu sein, so erst recht in der rheinisch-westfälischen Berg- und Metallindustrie, wo Tausende von ihnen – wie „unantastbare Zeugnisse“ erhärteten – u. a. als Hauer und Schlepper schwere Arbeit verrichteten. Dennoch rüste die antisemitische Gesellschaft nicht ab und tische einem leider nur zu leicht zu betörenden Publikum die widerlegten Lügen immer von neuem auf. Und, schlimmer noch, finden sich selbst Juden, wie der „Verband nationaldeutscher Juden“, die den Antisemiten „Zuträgerdienste“ leisteten⁴⁵.

Eine Urkunde der „Liga für das arbeitende Palästina“, überreicht von der jüdisch-sozialdemokratischen Poale Zion zu seinem 81. Geburtstag am 6. Januar 1931, preist Bernstein als „treuen Freund[e] des jüdischen Arbeiterwerks in Palästina“⁴⁶. Diese Anerkennung am Vorabend seines Lebens war keine Höflichkeitsfloskel, sondern Dank für einen Mann, der sich jahrelang auf vielfältige Weise mit der realen Situation der Ostjuden in Deutschland beschäftigt und seine Stimme für die proletarischen Ostjuden erhoben hatte.

Von allen Linksparteien stellte sich die USPD dem Antisemitismus am konsequentesten entgegen und verurteilte am heftigsten die Ostjudenverfolgungen sowie die praktizierte Ausweisungspolitik in Deutschland. In allen politischen Körperschaften und Parlamenten bekämpfte sie die übermäßige Kontrolle der Polizei gegenüber den Ostjuden und trat für eine politische Gleichberechtigung nach fünfjährigem dauernden Aufenthalt in Deutschland ein.

Auf ihrem außerordentlichen Parteitag 1919 in Leipzig verabschiedete die Partei eine einstimmig angenommene Resolution gegen die Judenhetze. Darin wurde der Antisemitismus als die „Waffe der monarchistischen Reaktion“ bezeichnet, die darauf abziele, die Solidarität des Proletariats zu zerstören, den Charakter des Klassenkampfes zu verdunkeln und die revolutionären Kräfte zu lähmen. Wörtlich hieß es in der Resolution: „Der Versuch der Konterrevolution, das Gift dieser Hetze in die Betriebe zu tragen und durch Treibereien gegen die eingewanderten jüdischen klassenbewußten Proletarier die internationale Solidarität der revolutionären Arbeiterschaft zu zerstören, wird an dem entschlossenen Widerstand des deutschen revolutionären Proletariats scheitern.“⁴⁷ Dies war das erste Mal, daß eine deutsche Arbeiterpartei sich verpflichtete, den Kampf gegen die Verfolgungen der ostjüdischen Arbeiter aufzunehmen⁴⁸.

Daß es jedoch auch in der USPD antisemitische Unterströmungen gab,

⁴⁵ Ebda, S. 28, 33ff.

⁴⁶ Ebda, D 545.

⁴⁷ *Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages in Leipzig vom 30. November bis 6. Dezember 1919*, in: *Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, Bd. 2, 1919–1920, (Reprint), Glashütten/Ts. 1976, S. 49f. u. 455.

⁴⁸ *ZK der jüdisch-sozial-demokratischen Arbeiterorganisation Poale Zion in Deutschland*. Mitteilungsblatt, Berlin, April 1920, Zionistisches Zentralarchiv, Jerusalem, A 140/241.

bezeugt Gershom Scholem, der seinen Bruder Werner Anfang der 20er Jahre zu einer Versammlung, auf der dieser sprach, begleitete. Gershom Scholem wurde Ohrenzeuge, wie die Zuhörer der Leunawerke die Rede seines Bruders kommentierten. „Der Jude [nicht: der Genosse!] redet ja ganz schön“, hörte er einen Arbeiter zu seinem Kollegen sagen⁴⁹. Ein krasserer Fall ereignete sich allerdings in einer sozialdemokratischen Volksversammlung: Als der Mehrheitssozialdemokrat Ernst Heilmann 1920 auf einer Parteiveranstaltung in Lichtenberg sprechen wollte, wurde er von den anwesenden USPD-Anhängern durch Schreien und Singen am Reden gehindert. Mit dem Ruf „Raus mit dem Juden Itzig!“ sollte Heilmann zum Verlassen des Saales gezwungen werden. Die USPD, die als „Partei des jüdischen Umsturzes“ verrufen war, bekämpfte jüdische Gegner anderer Parteien mit denselben üblen antisemitischen Pöbeleien. Nach diesem Zwischenfall stellte die *Jüdische Rundschau* enttäuscht fest, daß der Antisemitismus das verbindende Moment aller deutschen Parteien bleibe⁵⁰.

War die Haltung der KPD gegenüber dem Antisemitismus oft genug ambivalent⁵¹, so läßt sich dies gegenüber dem Ostjudentum um so mehr nachweisen. Die KPD hat sich immer vor einer klaren Aussage in der „Judenfrage“ herumgedrückt. Erst am Ende der Weimarer Republik nahm die Partei zum ersten und einzigen Mal offiziös Stellung und äußerte sich zugleich zum Ostjudentum. In einem 1932 erschienenen Diskussionsbruch *Der Jud' ist schuld...?*, in dem Autoren verschiedener politischer Provenienz die „Judenfrage“ besprachen, findet sich ein vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands nicht namentlich gezeichneter Aufsatz zum Thema *Kommunismus und Judenfrage*⁵². Für den Kommunisten gebe es keine „Judenfrage“, hieß es, den Antisemitismus noch am Vorabend von Hitlers „Machtergreifung“ unterschätzend, sondern nur „jüdische Ausbeuter und jüdische Ausgebeutete“⁵³.

Allein die proletarische Revolution, so die Schlußfolgerung, schaffe mit allen anderen Fragen der kapitalistischen Gesellschaft auch die „Judenfrage“ aus der Welt⁵⁴. Der Verfasser behauptete, die Kommunisten träten jedem offenen Antisemitismus mit allen Mitteln der „proletarischen Massenaktion“ entgegen: Pogromhetze sei der Versuch der untergehenden Klasse, von sich auf wehrlose

⁴⁹ Gershom Scholem, *Von Berlin nach Jerusalem. Jugenderinnerungen* Frankfurt/M. 1978, S. 183.

⁵⁰ *Jüdische Rundschau*, Nr. 5, 20. Januar 1920.

⁵¹ Die Nürnberger Polizei beschlagnahmte 1924 z. B. in einem kommunistischen Büro Flugblätter mit dem opportunistisch-plakativen Slogan „Nieder mit der Judenrepublik!“ Dieser Antisemitismus von links diente hier als Sozialismusersatz, kommentiert Hans-Helmuth Knütter zutreffend, als Instrument, um die Arbeiterschaft in vertrauter Terminologie die weniger vertrauten kommunistischen Gedankengänge nahezubringen. Vgl. Hans-Helmuth Knütter, *Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1971, S. 186.

⁵² *Kommunismus und Judenfrage*, in: *Der Jud' ist schuld...? Diskussionsbruch über die Judenfrage*, Basel/Berlin/Leipzig/Wien 1932, S. 272–286.

⁵³ Ebda, S. 276.

⁵⁴ Ebda, S. 277f.

Proletarier abzulenken, die unter ihrem Los, Proletarier zu sein, doppelt seufzten, weil sie Proletarier und Juden seien⁵⁵.

Am 29. November 1922 kam im Preußischen Landtag die „Ostjudenfrage“ ausführlich zur Sprache. Die KPD schickte ihren Fraktionssprecher Werner Scholem ans Rednerpult. Scholem verneinte für seine Partei, daß es ein „ostjüdisches Problem als solches“ überhaupt gebe. Zur Debatte stehe keine nationale, sondern eine proletarische, und zwar eine „internationale proletarische Frage“, wie er betonte. Den kommunistischen Standpunkt umriß Scholem folgendermaßen: „Wir befürchten aber, daß, wenn man die Frage direkt auf die Ostjuden zuspitzt, dann die Organe des Innenministeriums, die Beamtenstellen, die leider zum großen Teil antisemitischen Einflüssen sehr zugänglich sind (...) zwar gegen arme ostjüdische Proletarier auf das rigoroseste vorgehen, aber gegen die wirklichen Schieber und Wucherer sowohl aus diesen Kreisen, wie aus anderen nichtjüdischen und nicht osteuropäischen Kreisen die Energie vermissen lassen, welche sie gegen die ostjüdischen Proletarier anwenden. Das ist die Gefahr, wenn das ostjüdische Problem direkt als ein jüdisches Problem behandelt wird, und wenn man nicht allein von dem Kampfe gegen das Schieber- und Wuchertum der Inländer und der Ausländer spricht.“

Den Elementen, die durch ihre Machenschaften die Not des Volkes vergrößerten, sage die KPD den schärfsten Kampf an und so forderte Scholem: „Wir sind dafür, daß jeder Schieber und Wucherer ins Zuchthaus gehört, und daß, solange die Todesstrafe angewendet wird, man gegen Schieber und Wucherer die Todesstrafe verhängt. Das ist klar. Aber wie ist es mit jenen ostjüdischen Proletariern, jenen 55000 durch das jüdische Arbeitsamt erfaßten Proletariern, die hier produktive Arbeit leisten?“ Die Deutschnationalen und die ihnen nahestehenden Kreise verlangten deren Abschiebung, obwohl 13000 bis 15000 dieser Ostjuden im rheinisch-westfälischen Industriegebiet arbeiteten, davon allein 4000 als Bergarbeiter unter Tage. Seine Partei, machte er unmißverständlich klar, sei gegen ein Verbot und eine Erschwerung der Einwanderung ausländischer Proletarier – namentlich von ostjüdischen⁵⁶.

Immer wieder wurde Scholem durch Zwischenrufe von rechts unterbrochen, die darauf abzielten, die Existenz eines ostjüdischen Proletariats abzustreiten. Scholem empfahl dem zwischenrufenden deutsch-nationalen Abgeordneten Kaehler, sich selbst im Ruhrgebiet von der Existenz ostjüdischer Bergarbeiter zu überzeugen und führte, an die deutsch-nationale Adresse gerichtet, ein Fallbeispiel an: „Meine Herren, stellen Sie sich vor, der Bruder des (deutsch-völkischen Führers und) Reichstagsabgeordneten Wulle, der pommerische Rittergutsbesitzer Wulle, fordert in diesem Jahre, wie schon früher, ostjüdische Landarbeiter an. (Hört, hört! bei den Komm.) Warum tut man denn das? (Zuruf rechts) Jawohl, was sie ironisch sagen, stimmt. Diese arischen Leute mit dem pommerischen Junkerschädel würden nicht Ostjuden anfordern, wenn sie eben nicht

⁵⁵ Ebda, S. 283.

⁵⁶ PLT StB, 29. November 1922, Zit. Sp. 13582f., 13586.

wüßten, daß diese ostjüdischen Landarbeiter ein genügsames, fleißiges und arbeitswilliges proletarisches Element sind. Deswegen fordern sie sie an, weil sie wissen, daß diese Leute froh sind, hier Arbeit zu bekommen, und weil sie die deutschen Landarbeiter lieber nicht nehmen, aus Angst, daß die deutschen Landarbeiter durch ihre Organisation ihnen viel zu schaffen machen. Deswegen, weil die Ausländer sich hier nicht organisieren dürfen, sind die Herren so national, daß sie ostjüdische Arbeiter hier selber einführen, um sich nachher im Parlament hinzustellen und gegen die Ostjuden zu hetzen.“

Für Scholem waren es nicht die inkriminierten *Juden* als religiöse oder nationale Minderheit, die er unzweideutig verteidigte, seine Solidarität galt den proletarischen Klassengenossen aus dem Osten, die unter anderem (zufällig) auch Juden waren – „Judenfrage“ als Klassenfrage. Und damit ist wohl eine weitverbreitete Haltung deutscher Sozialisten zur „Ostjudenfrage“ hinreichend gekennzeichnet. Die Geschichte hat diese Auffassung auf grausige Weise widerlegt. Scholem hat seinen Irrtum erst erkannt, als es bereits zu spät war. Am 5. Oktober 1933 schrieb er seinem Bruder Gerhard (Gershom) aus dem Untersuchungsgefängnis Moabit: „Ich bin in doppelter Weise getroffen, als Jude und als ehemaliger (sozialistischer) Politiker.“⁵⁷ Weder die Assimilation, die Kautsky im Blick gehabt hatte, noch die Utopie von einer klassenlosen Gesellschaft haben die „Judenfrage“ zu lösen vermocht.

Scholem – und mit ihm weitere Sozialisten wie beispielsweise Otto Heller – wurden von den Nazis in Buchenwald ermordet – als Juden. Den schrecklichen Schlußpunkt ihrer Illusion erleben wir als Zeitzeugen: Hunderttausende von Juden fliehen vor einem „realen“ Sozialismus aus der Sowjetunion, dessen Antisemitismus rassistisch motiviert ist. Auch 1990 gilt – Juden auf Wanderschaft.

⁵⁷ Werner Scholem an Gerhard Scholem, Berlin, 5. Oktober 1933, in: *Betty Scholem-Gershom Scholem. Mutter und Sohn im Briefwechsel 1917–1946*, hrsg. v. Itta Shedletzky, München 1989, S. 335.

Der Sklarek-Skandal 1929 und die sozialdemokratische Reaktion

von

DONNA HARSCH

Der sich im Herbst 1929 entfaltende Sklarek-Skandal wurde von Rechtsradikalen ausgenutzt, um ihre These einer republikanisch-sozialdemokratisch-jüdischen Verschwörung gegen den ehrlichen, belasteten, deutschen Steuerzahler zu beweisen. Auch wenn die sozialdemokratische Presse den Skandal lieber außer acht gelassen hätte – schwer betroffen wie einige Sozialdemokraten waren –, konnte sie ihn nicht ganz übergehen. Auffallend ist, daß die Berichte im *Vorwärts* die judenfeindlichen Angriffe in der Rechtspresse nie erwähnten, obwohl die sozialdemokratische Hauptzeitung nach wie vor den Antisemitismus oft und laut denunzierte. In diesem Aufsatz versuche ich dieses ungewöhnliche Verhalten zu erklären. Was auf den ersten Blick als Ausnahme erklärt werden müßte, kann eigentlich nur als Ausdruck einer breiteren Verhaltensweise verstanden werden. Obwohl Weimarer Sozialdemokraten sich immer wieder mit dem Antisemitismus auseinandersetzten und dazu die Rechte von deutschen und osteuropäischen Juden bewahrten, stellten sie die Verteidigung der bürgerlichen und religiösen Rechte von Juden nie in den Mittelpunkt des Kampfes um die Republik und die Demokratie. Eine Analyse der eigenartigen Reaktion auf den Fall Sklarek kann helfen, diese Unterlassung zu erklären, da die Affäre Fragen betraf, die die entscheidenden politischen Zwangslagen der Weimarer SPD berührten. Wie die Partei diese Dilemmas behandelte, beeinflusste das Verhalten der SPD im Kampf gegen den Antisemitismus.

Ganz zu schweigen von den angeblich korrumpierten Sklarek-Beziehungen einiger Funktionäre der SPD, warf der Fall ein peinliches Licht auf die Alltagspraxis der Partei. Er enthüllte eine Realität, die, wenn auch moralisch einwandfrei, doch hochgeschätzten Prinzipien sowie dem sozialen Selbstverständnis der Partei widersprach, d. h. eine Praxis, die auf tief eingewurzelte Überzeugungen stieß. Aus verschiedenen politischen Richtungen angegriffen, hielten maßgebende Sozialdemokraten diese Überzeugungen nochmals aufrecht und schwiegen Inkonsequenzen tot. Aus mehreren Gründen schloß diese Abwehrstrategie eine unmittelbare Verteidigung der jüdischen Gemeinschaft aus und wirkte auf die sozialdemokratische Stellungnahme zur ‚Judenfrage‘ nach. Die guten, alten Parolen stärkten sozialdemokratische Neigungen, das Ringen um das Weimarer „System“ in erster Linie als einen Klassenkampf und nicht als einen politischen

Kampf zu verstehen. Übrigens, mehrere Prinzipien, wie das Freidenkertum, wirkten dagegen, daß die SPD die Frage jüdischer Rechte zu einem positiven Thema ihrer Propaganda machte, statt nur eine Kritik des Antisemitismus anzubieten. Andere Denkweisen trennten die SPD von liberalen Fürsprechern der Berliner jüdischen Gemeinschaft.

Nur unter Hinweis auf die gegnerische Ausnutzung des Falles kann die sozialdemokratische Reaktion auf den Sklarek-Skandal verstanden werden. Auch ist es angebracht, diese Reaktion mit der der jüdischen Presse zu vergleichen. Ich fange mit einer Beschreibung des Skandals an und dann stelle ich dar, wie Rechtsradikale und Kommunisten daraus Zündstoff machten. Drittens erläutere ich die in jüdischen Zeitschriften erschienenen Erklärungen des Falles sowie die Ansichten liberaler Redakteure, die Juden waren, wenn auch keine offiziellen Vertreter der Berliner Gemeinschaft. Vor diesem vielfältigen Hintergrund wird das Verhalten der SPD analysiert.

Der Fall Sklarek

Unter dem Verdacht, einen großen Betrug in der Berliner Stadtbank verübt zu haben, wurden Max, Leo und Willy Sklarek am 26. September 1929 verhaftet. Die aus Galizien stammenden Brüder wurden während des Krieges als Händler wohlhabend und danach als Kleiderfabrikanten- bzw. -Großhändler¹. 1926 kauften sie die Lager der liquidierten Kleider-Vertriebsgesellschaft, die die Stadt Berlin im Ersten Weltkrieg gegründet hatte, um den Eigenbedarf der städtischen Verwaltung zu decken. Zum Ausgleich für die schlechte Qualität der übernommenen Ware verlangten die Sklareks einen Kredit zur Festigung ihrer Geschäftsbasis. Die Firma erhielt den Kredit, obwohl der Magistrat etwaige Reklamationen damals ausgeschlossen hatte, als die BVG-Ware verkauft worden waren. In Stufen wurde der privaten BVG die Monopolstellung gewährt, die früher die städtischen Gesellschaften inne hatten. Zunächst schlossen die Sklareks eine Abmachung ab, wonach sie das Recht erhielten, städtische Dienststellen aus den bestehenden Warenbeständen zu beliefern. Dann wurde das Recht zur Belieferung städtischer Anstalten bis 1930 und auf alle ihre Geschäftsgüter ausgedehnt. Im April 1929 wurde der Vertrag verlängert². Währenddessen fertigte die Firma jeden Monat rührig einen Teil der Stadtaufträge doppelt aus und schickte die gefälschten Rechnungen an die Stadtbank, die die Zahlungen für die Kommune leisten mußte. Als die Intrige entdeckt wurde, betrug der

¹ *Vorwärts*, Nr. 565, 3. 12. 29; *Jüdische Rundschau*, Nr. 52, 1. 7.32.

² Georg Fülberth, *Die Beziehungen zwischen SPD und KPD in der Kommunalpolitik der Weimarer Periode 1918/19 bis 1933*, Köln 1985, S. 306–7; *Vossische Zeitung*, Nr. 232, 28. 9. 29; Nr. 236, 3. 10. 29.

Schaden der Stadt mehr als 10 Millionen Mark. Der Staat klagte die Sklareks wegen Betrügerei und Urkundenfälschungen an³.

Sehr schnell wandelte sich ein Fall finanziellen Betruges in „einen klassischen politischen Skandal“⁴. Leitartikler fragten, warum die Stadtbank die Sklarek'schen Rechnungen annahm, ohne sie nachzuprüfen. Auch wollte die Presse wissen, wie die Sklareks überhaupt den Monopolvertrag bekommen hatten⁵. Als prominente Rennstallbesitzer waren die Sklareks in der Öffentlichkeit schon aufgetreten⁶. Auch war ihr gesellschaftlicher Verkehr mit Kommunalpolitikern kein Geheimnis geblieben. Jetzt sagte man, daß die Brüder solche Beziehungen gepflegt hatten, um ihre Geschäfte zu befördern und, nach der Festigung ihrer Position, um sich zu versichern, daß keine unangenehmen Fragen gestellt wurden. Es wurde laut, die Sklareks hätten Feste für Politiker veranstaltet und Stadtverordnete hätten Kleider und Pelze in ihren Geschäften zum ‚Sonderangebot‘ gekauft⁷. Als „die wildesten Gerüchte“ auftauchten, drängte das republikanische *Berliner Tageblatt* den Magistrat, näher zu untersuchen, ob „zwischen den Gebrüdern Sklarek und Mitgliedern der Stadtversammlung und anderen Beamten der Stadt Berlin Durchstechereien passiert sind und ungesetzliche Absprachen stattgefunden haben“⁸. Schon hatten zwei Direktoren der Stadtbank Disziplinarverfahren erhalten⁹. Als der Skandal immer weitere Kreise zog, beschloß der preußische Landtag am 17. Oktober, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Prüfung der Affäre einzusetzen¹⁰.

Die Sklareks hatten eine wichtige Regel des erfolgreichen Ausdehnens politischer Beziehungen gelernt: man darf gar nicht wählerisch sein. Theodor Wolff, der angesehene Chefredakteur des *Berliner Tageblatts*, meinte: „Die drei Brüder Sklarek . . . kannten, wie in einem späten Augenblick Wilhelm II., keine Parteien mehr. Oder . . . sie kannten alle . . . es wurde bei Ihnen republikanisch soupiert, deutschnational und völkisch gesoffen, kommunistisch mit Knallbonbons geknallt . . .“¹¹ In Anbetracht der jüdischen Herkunft der Sklareks beachteten Zeitgenossen besonders die Freundschaft zwischen ihnen und dem berufsmäßigen Judenfeind Wilhelm Bruhn, Herausgeber des rassistischen Wochenblatts, *Die Wahrheit*, der im Reichstag die Deutschnationale Volkspartei vertrat¹². Die kommunistische Presse sowie Gregor Strasser behaupteten, Bruhn sei Gast der Sklareks auf einer Badereise gewesen und habe für seine Zeitschrift „einen

³ *Vorwärts*, Nr. 454, 27. 9. 29; Nr. 565, 3. 12. 29; *Rote Fahne*, Nr. 190, 27. 9. 29; Trude Maurer, *Ostjuden in Deutschland 1918–1933*, Hamburg 1986, S. 142.

⁴ Fülberth, *Beziehungen zwischen SPD und KPD*, S. 315.

⁵ *Berliner Tageblatt*, Nr. 462, 1. 10. 29; Nr. 463, 1. 10. 29.

⁶ *Vossische Zeitung*, Nr. 231, 27. 9. 29.

⁷ Einiges zum Fall Sklarek, in: *Berliner Tageblatt*, Nr. 488, 16. 10. 29; Fülberth, *Beziehungen zwischen SPD und KPD*, S. 308.

⁸ *Berliner Tageblatt*, Nr. 474, 8. 10. 29; Nr. 477, 9. 10. 29.

⁹ *Berliner Tageblatt*, Nr. 482, 12. 10. 29.

¹⁰ *Vossische Zeitung*, Nr. 249, 18. 10. 29.

¹¹ T. W., Skandal, in: *Berliner Tageblatt*, Nr. 484, 13. 10. 29.

¹² T. W., Skandal, in: *Berliner Tageblatt*, Nr. 484, 13. 10. 29.

besonders großen, laufenden Inseratenauftrag der Sklareks“ erhalten¹³. Als 1927 ein jüdischer Bezirksverordneter der Wirtschaftspartei seine Aufmerksamkeit auf die „Preistreiberei“ der Sklareks lenkte, verleumdete Bruhn ihn in der *Wahrheit*¹⁴. Auch hatten die Brüder freundliche Beziehungen zu mehreren Stadtverordneten der DNVP, die mit 47 Mitgliedern die zweitgrößte Fraktion in der Stadtversammlung ausmachte¹⁵. Später erfuhr das Publikum, die DNVP habe 1926 2000 Mark von den Sklareks empfangen. Damals nahm die Partei das Geld gern an, denn, wie sich ein verhörter Zeuge verteidigte, „es hieß ja immer, die Sklareks sind, trotzdem die Juden sind, sehr nationale Leute“¹⁶. Oder auch sehr soziale Leute, so hätte man meinen können, als es herauskam, daß die Sklareks „mehrere Jahre hindurch... die gesamten Restbestände ihres Lagers, soweit sie nicht mehr... der letzten Mode entsprachen, ohne jegliche Gegenleistung der Roten Hilfe übermachten“¹⁷.

Die Sklareks wußten sich gesellschaftlich auszubreiten, aber politisch nur mit den einflußreichsten Parteien im Stadtparlament zu vereinigen. Max Sklarek wurde Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei, die 21 Stadtverordnete zählte und der Berlins Oberbürgermeister, Gustav Böß, angehörte. Böß, ein machtvoller Stadtpolitiker und treuer Republikaner, wurde auch in den Skandal gezogen¹⁸. Seine Frau hatte bei den Sklareks eine Pelzjacke anfertigen lassen, ohne danach eine Rechnung zu erhalten. Nach wiederholten Bitten von Böß, nannte die Firma den offensichtlich zu niedrigen Preis von 375 Mark¹⁹. Böß schätzte den Unterschied zwischen Rechnung und Wert um 1000 Mark, dessen Betrag er einem Spendenfonds zuleitete, in den Kaufmänner zur Unterstützung armer Künstler einzahlten. Genau gesagt, kaufte Böß ein Bild von Max Pechstein für 800 Mark und überreichte seinen beiden Schwägerinnen die übrigen 200 Mark²⁰. Als der Skandal ausbrach, bereiste Böß die Vereinigten Staaten, um Amerikaner zu überzeugen, Berlin sei eine sichere Anlage für Investitionen²¹. In seiner Abwesenheit peitschten seine Gegner die populäre Wut über den „Sklarek-Pelz“ auf, bis die Pelzjackenaffäre eine brennende Frage im Wahlkampf für die Kommunalwahlen am 17. November wurde²².

Nachdem Max Sklarek Demokrat geworden war, traten Leo und Willy im

¹³ Wilhelm Bruhn, in: *Abwehr-Blätter*. Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus, November 1929, S. 171–172.

¹⁴ *C. V.-Zeitung*. Blätter für Deutschtum und Judentum, Nr. 40, 4. 10. 29.

¹⁵ *Berliner Tageblatt*, Nr. 481, 11. 10. 29.

¹⁶ Deutschnationale Sklarek-Schnorrerei, in: *Abwehr-Blätter*, März 1930, S. 31.

¹⁷ *Berliner Tageblatt*, Nr. 481, 11. 10. 29.

¹⁸ Erich Eyck, *Geschichte der Weimarer Republik*, Bd. 2, Stuttgart/Zürich 1956, S. 316–7.

¹⁹ *Berliner Tageblatt*, Nr. 477, 9. 10. 29.

²⁰ Fülberth, *Beziehungen zwischen SPD und KPD*, S. 308.

²¹ Harold James, *The German Slump. Politics and Economics 1924–1936*, Oxford 1986, S. 96.

²² *Vorwärts*, Nr. 475, 10. 10. 29. Arthur Rosenberg verglich die Rolle des Sklarek-Pelzes in der Auflösung der Weimarer Republik mit der Rolle des Halsbands von Marie Antoinette

Dezember 1928 in die SPD ein, die mit 73 Stadtverordneten die größte Fraktion bildete. Obwohl die Sklareks eine nicht gerade hervortretende Rolle im sozialdemokratischen Parteileben spielten (die meisten Berliner Genossen wußten gar nicht, daß die zwei sich um Parteibücher beworben hatten), hatten sie doch gute Parteifreunde wie z. B. die Bezirksbürgermeister Kohl und Schneider. Später erhielten die beiden Freiheitstrafen wegen passiver Bestechung²³. Die Gebrüder genossen auch „enge private Beziehungen“ zu Fritz Brolat, einem vorstehenden Stadtverordneten der SPD und dem Personaldirektor der Berliner Verkehrsgesellschaft. In jener Funktion hatte Brolat den Sklareks für das Jahr 1929 eine Bestellung von 133500 Mark gegeben²⁴. 1932 wurde Brolat wegen Meineids im Fall Sklarek verurteilt²⁵. Auch belieferten die Sklareks das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, die mit der SPD verknüpfte republikanische Abwehrtruppe²⁶.

Nach der Entdeckung der Betrügereien gerieten alle solchen gesellschaftlichen und geschäftlichen Beziehungen in Verdacht, ohne in jedem Fall als korrupt bewiesen zu werden. In einem Zusammenhang war die Verbindung zwischen den Delikten der Firma und der Tätigkeit von Stadtverordneten ziemlich direkt – die Beziehung, die ihnen den Stadtmonopolvertrag versichert hatte. Hier hatte der unbesoldete Stadtverordnete Otto Gäbel ihnen den Vorschub geleistet. Gäbel war ein führender Stadtpolitiker der Kommunistischen Partei, die mit 43 Stadträten eine bedeutende Rolle in der Politik der Hauptstadt spielte. Gäbel leitete die Kommunalabteilung des Zentralen Komitees der KPD und war 1926 in den Vorstand des Preußischen Städtetages gewählt worden. Ohne den Magistrat darüber in Kenntnis zu setzen, genehmigte Gäbel die Abmachung mit den Sklareks in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der 1923 gegründeten städtischen Anschaffungsgesellschaft, die für die städtischen Einkäufe verantwortlich war. Er besprach die Frage nur mit dem Stadtverordneten Benecke (Deutsche Volkspartei)²⁷. Im Frühling 1929 verlängerte Gäbel den Lieferungsvertrag, wieder ohne seine Fraktion oder höhere Instanzen zu informieren. Dieses Mal unterschrieben den Vertrag die sozialdemokratische Stadträtin Klara Weyl sowie Benecke²⁸. Nachdem festgestellt wurde, daß Gäbel jeden Monat Geld von den Sklareks erhalten hatte, wurde er zu sechzehn Monaten Gefängnis verurteilt²⁹.

Trotz der Verwicklung Politiker fast jeder Partei, trat der Sklarek-Skandal als

beim Untergang des *Ancien Regime* (Arthur Rosenberg, *Geschichte der Weimarer Republik*, Frankfurt/M. 1961, S. 201).

²³ Fülberth, *Beziehungen zwischen SPD und KPD*, S. 309; *Berliner Tageblatt*, Nr. 490, 17. 10. 29; Nr. 491, 17. 10. 29; Nr. 539, 14. 11. 29.

²⁴ *Vossische Zeitung*, Nr. 241, 9. 10. 29.

²⁵ Fülberth, *Beziehungen zwischen SPD und KPD*, S. 313.

²⁶ *Rote Fahne*, Nr. 204, 13. 10. 29; Nr. 205, 15. 10. 29.

²⁷ Fülberth, *Beziehungen zwischen SPD und KPD*, S. 307.

²⁸ *Berliner Tageblatt*, Nr. 463, 1. 10. 29.

²⁹ Fülberth, *Beziehungen zwischen SPD und KPD*, S. 310.

Hauptthema des kommunalen Wahlkampfes hervor³⁰. Da die NSDAP keinen einzigen Verordneten im Stadtparlament hatte, konnte sie den Skandal ausnützen. Aber sogar höchst betroffene Parteien scheuten nicht davor zurück, die Offensive zu ergreifen und „eine Skandalpsychose“ zu schaffen³¹. Auf der rechten Seite hing das mit einer umfassenden Belebung der Rechtsextremisten im Herbst 1929 zusammen. Die von NSDAP und DNVP geleitete Kampagne gegen den Young-Plan lief zur selben Zeit wie die Hetze gegen „Sklarek-Politiker“³². Die finanziellen Schwierigkeiten der Reichsregierung und der Kampf in der Großen Koalition um den Haushalt boten weitere Anlässe, politische Propaganda gegen die SPD zu richten. In Berlin wie im Reich und in Preußen schoben die Rechtsparteien der „sozialistischen Mißwirtschaft“ die Schuld an der eskalierenden Wirtschaftskrise zu. Im Dezember warnte Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht amerikanische Gläubiger vor dem hohen Reichsdefizit und auch vor der schlechten Finanzlage der Stadt Berlin³³. Auf der linken Seite vollzog die KPD ihre linke Wende während des Falles Sklareks, indem sie durch unmäßige Angriffe auf Gegner alle Verbindungen mit der bürgerlich-demokratischen Politik zerriß³⁴. Dazu standen Berliner Kommunisten in gespannter Feindlichkeit der SPD gegenüber seit den blutigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und kommunistischen Demonstranten am 1. Mai 1929³⁵.

Politisch gesehen war nicht nur die Bestechlichkeit einzelner Stadtverordneten bedeutungsvoll, sondern auch die Tatsache, daß das System der städtischen Beschaffung die Hinterlist des Stadtrats Gäbel ermöglichte. Dies behaupteten politische Fürsprecher des Berliner Einzelhandels, die im Monopolvertragssystem die Wurzeln des Skandals sahen. Vertreter der Wirtschaftspartei denunzierten die „Monopolwirtschaft der Stadt“ vor einer Versammlung der Einzelhandelsgesellschaft Groß-Berlin und verurteilten dieses System als eine Art kalter Sozialisierung. Als Wirtschaftspartei und DNVP im preußischen Landtag den Antrag für die Einrichtung eines Sklarek-Ausschusses stellten, meinte ein Wirtschaftsabgeordneter: „Die im Fall Sklarek aufgedeckte Korruptionswirtschaft sei zurückzuführen auf die in die Gemeindepolitik übernommene sozialistische Ideologie.“³⁶ Von jenem Landtagsausschuß vernommen, schilderte Hermann

³⁰ *Berliner Tageblatt*, Nr. 477, 9. 10. 29.

³¹ *Berliner Tageblatt*, Nr. 518, 2. 11. 29.

³² Vgl. Volker R. Berghahn, Das Volksbegehren gegen den Young Plan und die Ursprünge des Präsidialregimes, 1928–1930, in: Dirk Stegmann u. Peter-Christian Witt (Hrsg.), *Industrielle Gesellschaft und politisches System*. Beiträge zur politischen Sozialgeschichte, Bonn 1978.

³³ James, *German Slump*, S. 97.

³⁴ Fülberth, *Beziehungen zwischen SPD und KPD*, S. 314.

³⁵ Vgl. Chris Bowlby, Blutmai 1929: Police, Parties, and Proletariats in a Berlin Confrontation, in: *Historical Journal* 29 (1986), S. 137–58; Thomas Kurz, Arbeitermörder und Putschisten. Der Berliner ‚Blutmai‘ von 1929 als Kristallisationspunkt des Verhältnisses von KPD und SPD vor der Katastrophe, in: *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz* 22 (September 1986), S. 297–317.

³⁶ *Berliner Tageblatt*, Nr. 477, 9. 10. 29; *Vossische Zeitung*, Nr. 249, 18. 10. 29.

Perl, der die WP in der Charlottenburger Bezirksversammlung vertrat, „wie er schon seit Jahren als Vertreter des Einzelhandels gegen die Geschäftspraktiken der Sklareks angekämpft habe...“³⁷

Der *Völkische Beobachter* stimmte der Wirtschaftspartei zu, daß in Berlin „deutsches ehrliches Gewerbe zugrunde ging aus Mangel an Betriebskapital...“, aber der völkische Redakteur prangerte nicht Sozialismus im allgemeinen an, sondern „die roten Stadtkämmerer und Stadtbankdirektoren, die den jüdischen Rennstallbesitzern unbesehen Riesenkredite einräumten“³⁸. Die Stimmung der NSDAP-Berichte schwankte zwischen zynischer Verachtung und volkstümlicher Entrüstung.

Offensichtlich zielte die Berliner NSDAP darauf, zugleich antisemitische Vorurteile zu bekräftigen und proletarische Wähler an sich zu ziehen. Ihre Artikel gaben vor, Sozialdemokraten behüteten reiche Ostjuden, die immer wieder in Skandale als Schieber und korrumpierte Kapitalisten verwickelt seien. Aber heftiger geißelte der *Völkische Beobachter* Sozialdemokraten, die selbst reich und korrupt geworden seien, wie das Beispiel des ehemaligen Metallarbeiters Brolat mit seinem Gehalt von 72000 Mark bewiesen habe³⁹. Die NSDAP-Zeitung schrieb: „Gesellschaftlicher Verkehr, die ‚gute Gesellschaft‘, das waren früher Worte, bei deren Klang ein richtiger Sozialdemokrat hochgehen konnte, heute ist man eben selbst ‚gute Gesellschaft‘, nicht wahr, und Verkehr mit Millionären ist etwas Alltägliches geworden, weil man eben einer kapitalistischen Partei angehört.“⁴⁰ Obwohl Ostjuden und Sozialdemokraten die Hauptzielscheiben der Verleumdungen waren, griff die NSDAP Oberbürgermeister Böß nicht nur im Wort, sondern in der Tat an. Als er aus Amerika zurückkam, empfing ihn und seine Frau eine Nazi-organisierte Menge, die sie mit Beschimpfungen wie „Schieber, Verbrecher, Lump, Judenknecht“ überschüttete⁴¹.

Diese Schimpfworte erschienen auch in der deutschnationalen Presse, zusammen mit dem Argument, daß die Republik Korruption gleiche⁴². Kleinstädtische Evangelische Sonntagsblätter urteilten, daß die Affäre das Ergebnis der überwiegenden sozialdemokratischen Macht in der Hauptstadt war. Sie unterstrichen die Beziehung zwischen Sozialdemokraten und Ostjuden. Ein Blatt gab vor, die SPD stehe „unter dem geldlichen und geistigen Einfluß des internationalen Judentums“⁴³.

Im Gegensatz zur widersprüchlichen Auffassung des Skandals als Folge einer von reichen Sozialdemokraten und jüdischen Kapitalisten eingeführten soziali-

³⁷ *Vorwärts*, Nr. 23, 15. 1. 30.

³⁸ Der neue Barmatskandal, in: *Völkischer Beobachter*, 28./29. 9. 29.

³⁹ *Völkischer Beobachter*, 4. 10. 29; 13. 11. 29.

⁴⁰ *Völkischer Beobachter*, 8. 10. 29.

⁴¹ *Berliner Tageblatt*, Nr. 517, 1. 11. 29; Nr. 518, 2. 11. 29.

⁴² Siehe z. B. die Hinweise auf die deutschnationale Berichterstattung in: *Vossische Zeitung*, Nr. 269, 10. 11. 29.

⁴³ Ino Arndt, *Die Judenfrage im Licht der Evangelischen Sonntagsblätter von 1918–1933*, phil. Diss., Tübingen 1960, S. 130–3; Maurer, *Ostjuden in Deutschland*, S. 142.

stischen Wirtschaft tadelte die *Rote Fahne* das kapitalistische System und dessen Korruptionstendenzen: Die Ursache des Skandals liege in der Auflösung der städtischen Kleider-Vertriebsgesellschaft und deren Ersetzung durch eine privaten Firma⁴⁴. Deswegen gaben auch die Kommunisten der SPD die Hauptschuld an die Korruption (obwohl die *Rote Fahne* den Deutschnationalen Bruhn sowie die Pelzjackenaffäre nicht vernachlässigte). Ja, sann ein KPD-Redakteur nach, „für den einfachen Arbeiter“ sei es nicht „leicht bei den einzelnen Schweinereien immer klar die Zusammenhänge zu übersehen“. Aber beruhigte er sich: „wer die Enthüllungen der KPD-Presse aufmerksam verfolgt hat, wird erkannt haben, daß . . . in erster Linie die prominenten Führer der SPD . . . die Sklareks . . . überhaupt erst mit der Stadt Berlin ins Geschäft gebracht haben . . .“⁴⁵ Ähnlich dem *Völkischen Beobachter* behauptete die kommunistische Hauptzeitung, Sozialdemokraten bewahren Kapitalisten und seien selbst welche geworden. Der Skandal habe den Proletariern gezeigt, daß die SPD keine Arbeiterpartei, sondern eine „Sklarek-Partei“ sei⁴⁶. Auch gab die *Rote Fahne* vor, SPD-Mitglieder seien empört und aufgeregt über die Delikte ihrer Führer⁴⁷. Als Verräter des Proletariats entdeckt, meinte die KPD, versuchten jetzt Parteiführer die Betroffenen zu behüten. Der *Roten Fahne* nach war die kommunistische „die einzige Presse, [die] ihren Kampf gegen die bürgerlich-sozialdemokratische Korruption durchführt. Die Kommunisten haben mit Schimpf und Schande jene Elemente aus ihren Reihen davon gejagt, die sich irgendeinen Verstoß gegen die proletarische Ehre zu schulden kommen lassen.“⁴⁸ Tatsächlich schloß die KPD Gäbel und einen zweiten verwickelten Stadtverordneten sofort aus, während in den ersten Tagen der Enthüllungen die SPD nur Leo und Willy Sklarek ausschloß⁴⁹.

Ein einziger Bericht der *Roten Fahne* kann als antisemitisch bezeichnet werden, war aber eher skurril. Darin stand die fantastische Geschichte eines Sozialdemokraten, der den „kleinen Angestellten“ spielte, aber eigentlich „Oberhehler“ der Sklareks war und „zu den reichsten Leuten Berlins“ gehörte. Das Blatt erwähnte mehrmals und im großen Druck den Namen des Verleumdeten, Jakob Liebert, und stellte eine groteske antisemitische Karikatur von ihm dar⁵⁰. Dieser Artikel wiederholte einen mit dem Fall Sklarek unverbundenen Angriff auf einen jüdischen Reichstagsabgeordneten, der auch Kommunalsachverständiger der SPD war. Dem Artikel nach war Hugo Heimann ein „schwerreiche[r] Hausbesitzer aus dem Tiergartenviertel und ein frommes Mitglied der jüdischen

⁴⁴ *Rote Fahne*, Nr. 192, 29. 9. 29; Nr. 201, 10. 10. 29. Vgl. das Urteil der linksstehenden *Weltbühne*, deren Artikel über die Affäre erklärte: „diese Korruption ist eine organische Krankheit [des Kapitalismus]“ (Korruption, in: *Die Weltbühne*, Nr. 43, 22. 10. 29, S. 637).

⁴⁵ *Rote Fahne*, Nr. 203, 12. 10. 29.

⁴⁶ *Rote Fahne*, Nr. 203, 12. 10. 29; Nr. 204, 13. 10. 29.

⁴⁷ *Rote Fahne*, Nr. 220, 1. 11. 29; Fülberth, *Beziehungen zwischen SPD und KPD*, S. 311.

⁴⁸ *Rote Fahne*, Nr. 204, 13. 10. 29.

⁴⁹ *Berliner Tageblatt*, Nr. 463, 1. 10. 29; Fülberth, *Beziehungen zwischen SPD und KPD*, S. 310.

⁵⁰ *Rote Fahne*, Nr. 198, 6. 10. 29.

Gemeinde“. Einer früheren Version dieses Angriffs hatte der *Vorwärts* entgegnet, daß Heimann „dem Judentum treu geblieben ist, nur aus der noblen Gesinnung heraus, daß man eine verfolgte Gemeinschaft nicht verleugnen soll“. Jetzt entgegnete die *Rote Fahne*: „Wirklich, ein nobler Jude, dieser ‚allgemein verehrte‘ Spitzenkandidat der SPD“. Der Verfasser fand die Verteidigung „ulkig, aber auch... bezeichnend für die intime Verbindung der SPD mit der arbeiterfeindlichen Kirche“. Er drohte, daß kirchenfeindliche Arbeiter solche „allgemein verehrten Kandidaten“ am 17. November zum Teufel jagen“ würden⁵¹. Von Juden wurde Heimann jedoch als positives Symbol dargestellt. Eine Gruppe jüdischer Republikaner verwies insbesondere auf ihn, um zu belegen, warum Juden sozialdemokratisch wählen sollten⁵².

Die Verleumdungskampagnen der KPD und NSDAP hatten sich gelohnt. In den Kommunalwahlen schnitten sie verhältnismäßig am besten, die DDP, DNVP und SPD am schlechtesten ab. Die KPD hatte dreizehn neue Sitze in der Stadtversammlung gewonnen. Die NSDAP sprang von Null auf dreizehn Sitze. Die DDP und DNVP verloren je sieben. Die SPD kehrte mit neun Stadträten weniger zurück. SPD-Verluste in Berlin stand im Gegensatz zu Gewinnen in anderen preußischen Städten und in Sachsen. Man mußte darauf Rücksicht nehmen, daß schon in den Reichstagswahlen im Jahre 1928 die KPD die SPD in Berlin fast eingeholt hatte⁵³. Doch glaubten prominente Sozialdemokraten wie der Vorsitzende der preußischen Landtagsfraktion, Ernst Heilmann, daß das Geschrei über die Sklarek-Affäre hinter den Verlusten stand⁵⁴. Trotz des für die SPD schlechten Ausfalles hätten Kommunisten und Sozialdemokraten nach wie vor eine Mehrheit in der Berliner Stadtversammlung bilden können⁵⁵. Aber nur als Schreckbild der bürgerlichen Parteien besaß dieses marxistische Gespenst Substanz.

Jüdische Reaktionen zum Skandal

Es gab kein einheitliches jüdisches Urteil über die Ursachen des Sklarek-Skandals. Statt dessen kamen zwei verschiedene Auffassungen in den Trägern der jüdischen Meinung zum Ausdruck. Eine Interpretation des Skandals und dessen Bewertung gründete sich auf liberal-bürgerliche Voraussetzungen, die

⁵¹ *Rote Fahne*, Nr. 198, 6. 10. 29.

⁵² Donald L. Niewyk, *Socialist, Anti-Semite, and Jew. German Social Democracy Confronts the Problem of Anti-Semitism 1918–1933*, Baton Rouge 1971, S. 194.

⁵³ Mai 1928 erhielt die SPD 34% der Stimmen (Dezember 1924: 32,5%); die KPD erhielt 29,6% (Dezember 1924: 19,2%), in: Jürgen Falter, Thomas Lindenberger u. Siegfried Schumann, *Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik*, München 1986, S. 70f. Siehe auch *Vorwärts*, Nr. 257, 2. 6. 28; Georg Decker, Wahlergebnisse in Groß-Berlin, in: *Unser Weg*, Juli 1928, S. 146.

⁵⁴ Ernst Heilmann, *Freies Wort*, in: *Das freie Wort*, Nr. 7, 17. 11. 29, S. 1–2.

⁵⁵ Fülberth, *Beziehungen zwischen SPD und KPD*, S. 312; *Berliner Tageblatt*, Nr. 545, 18. 11. 29.

der Berichterstattung der republikanischen Presse und der *C. V.-Zeitung*, Zeitschrift des Centralvereins deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens, zugrunde lagen. Man kann annehmen, daß im großen und ganzen diese liberale Erläuterung der Ansichten der Mehrheit der jüdischen Gemeinschaft angemessen war, die im allgemeinen zu einer liberal-demokratischen Politik neigte⁵⁶. Ihr Liberalismus entsprach nicht nur ihrer sozialen Gliederung, in der die freien Berufe und der städtische Mittelstand überwogen, sondern auch ihrer Erfahrung als verfolgte Minderheit⁵⁷. Aus diesem Grund allein können die *Vossische Zeitung* und das *Berliner Tageblatt* als Stellvertreter, wenn auch nicht Repräsentanten der Berliner jüdischen Gemeinschaft betrachtet werden. Dazu waren ihre maßgebenden Redakteure Juden. Theodor Wolff, Chefredakteur des *Berliner Tageblatts*, und Georg Bernhard, Chefredakteur der *Vossischen Zeitung*, waren angesehene Mitglieder der Berliner jüdischen Intelligenz. Die *Vossische Zeitung* sprach für die DDP, das *Tageblatt* für eine linksbürgerliche Meinung⁵⁸. Die *C. V.-Zeitung* vertrat direkt die liberale jüdische Meinung. Ihr Urteil des Skandals ist hier besonders bedeutungsvoll, denn der Centralverein und die SPD, bzw. das Reichsbanner, haben in den nächsten Jahren enger zusammengearbeitet im Bemühen, einen wirksamen Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus aufzubauen⁵⁹.

Diese liberalen Zeitungen stellten sich als Fürsprecher der Öffentlichkeit vor, die eine gründliche Untersuchung des Falles verlangte⁶⁰. Alle drei verteidigten

⁵⁶ Es ist geschätzt worden, daß bis 1930 ungefähr fünfzig Prozent der 200 000 wahlberechtigten Juden in Deutschland für die DDP stimmte. Siehe Larry Eugene Jones, *German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System 1918–1933*, Chapel Hill 1988, S. 381.

⁵⁷ Abraham Barkai, Die Juden als sozio-ökonomische Minderheitsgruppe in der Weimarer Republik, in: Walter Grab/Julius H. Schoeps (Hrsg.), *Juden in der Weimarer Republik*, Stuttgart – Bonn 1986, S. 330–346; Donald L. Niewyk, *The Jews in Weimar Germany*, Manchester University Press 1980, S. 12–18; Arnold Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf gegen den Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik*, Hamburg 1968, S. 94. 1925 waren fast 45% aller jüdischen Erwerbstätigen als Inhaber, mithelfende Familienmitglieder oder Angestellte im Einzelhandel beschäftigt (Barkai, Juden als sozio-ökonomische Minderheitsgruppe, S. 341).

⁵⁸ 1926 war Wolff aus der DDP ausgetreten. Aber im Sklarek-Skandal verteidigte das *Tageblatt* Oberbürgermeister Böß und die Stadtverwaltung: *Berliner Tageblatt*, Nr. 482, 12. 10. 29. Zur politischen Bedeutung von Wolff haben Arnold Paucker und Cécile Lowenthal-Hensel geschrieben, daß er „nicht ganz zu Unrecht – in der historischen Literatur heute nicht selten als Sprecher der damaligen Judenheit angesehen wird, insofern nämlich als die von ihm vertretenen allgemeinen politischen Ansichten auch von grossen Massen des deutsch-jüdischen Bürgertums geteilt worden“ waren (Einleitung, in: Cécile Lowenthal-Hensel u. Arnold Paucker (Hrsg.), *Ernst Feder, Heute sprach ich mit... Tagebücher eines Berliner Publizisten 1926–1932*, Stuttgart 1971, Veröffentlichung des Leo Baeck Instituts, S. 17. Zu den Beziehungen zwischen Wolff und der DDP: Jones, *German Liberalism*, S. 17–21, 269. Zur Rolle Georg Bernhards und der ‚Voss‘ in der liberalen jüdischen Gemeinschaft: Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf*, S. 94.

⁵⁹ Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf*, S. 120–2, 174; Niewyk, *Socialist, Anti-Semite, and Jew*, S. 184.

⁶⁰ *C. V.-Zeitung*, Nr. 40, 4. 10. 29, S. 536; *Vossische Zeitung*, Nr. 234, 1. 10. 29.

die Republik und lehnten jede Verknüpfung zwischen der demokratischen Staatsform und Korruption ab⁶¹. Das *Berliner Tageblatt* und die *Vossische Zeitung* kritisierten das Monopolvertragssystem, das erste ziemlich mild, die zweite scharf⁶². In der *Vossischen* schrieb der DDP-Politiker Oscar Meyer: „Korruptionsfälle sollen nicht gegen einzelne Politiker gerichtet werden, sondern gegen das sozialistische System, das vermöge der Überspannung der kommunalen Eigenwirtschaft... der Korruption Vorschub geleistet hat.“⁶³ Ein Leitartikel bemängelte eine Stadtverwaltung, die „überpolitisiert worden“ war, z. B., dem Autor nach, wegen deren 42 Bezirksbürgermeister⁶⁴. Die angeblich fehlerhafte politische Gestaltung Berlins war Frucht der Neuordnung und Ausdehnung der Hauptstadt nach dem Weltkrieg, deren Veränderungen sowie das viel kritisierte städtische Beschaffungssystem von der SPD durchgesetzt worden waren⁶⁵.

Die *C. V.-Zeitung* macht sich die Ansicht der Tageszeitungen zu eigen, daß das Monopolssystem etwas zu wünschen übrig ließ. Aber sie drückte sich indirekt und weniger parteilich aus, indem sie jüdische Politiker wie Hermann Perl von der Wirtschaftspartei und einen Stadtverordneten der DDP lobte, die frühzeitig die Geschäftsmethoden der Sklareks in Frage gestellt hatten. Wie oft in ihren Entgegnungen auf den Antisemitismus wies die Redaktion auf anständige und ehrliche „deutsche Juden“ als Gegenbeweise zu rassistischen Angaben hin⁶⁶. Die osteuropäische Herkunft der Sklareks wurde nie erwähnt, aber die Betonung des Deutschtums der lobenswerten Politiker deutete auf den Wunsch hin, deutsche Juden von den Sklareks zu distanzieren. Dieser Wunsch entsprach einer historischen Ambivalenz des Centralvereins und liberaler Juden den Ostjuden gegenüber⁶⁷. Die *C. V.-Zeitung* verwies nie auf die SPD und ihre Rolle in der Sklarek-Affäre, ein Schweigen, das sich ohne Zweifel auf den Entschluß bezog, die angebliche jüdisch-sozialistische Verbindung nicht zu bestätigen. Aber die Unterlassung einer Verteidigung kann auch ein Zugeständnis an die Richtung im Centralverein gewesen sein, die 1928 die Zusammenarbeit mit den Sozialisten angefochten hatte⁶⁸.

Die zionistische Presse führte den Sklarek-Skandal nicht auf eine Abweichung

⁶¹ T. W., Skandal, in: *Berliner Tageblatt*, Nr. 484, 13. 10. 29; *Vossische Zeitung*, Nr. 269, 10. 11. 29; *C. V.-Zeitung*, Nr. 40, 4. 10. 29, S. 536.

⁶² *Berliner Tageblatt*, Nr. 462, 1. 10. 29; Nr. 484, 13. 10. 29; Revisionen, Kredithöhe, Monopolvertrag, in: *Vossische Zeitung* Nr. 234, 1. 10. 29.

⁶³ Oskar Meyer, Die Wahlparole, in: *Vossische Zeitung*, Nr. 274, 16. 11. 29.

⁶⁴ Erich Krämer, Die Lehren, in: *Vossische Zeitung*, Nr. 236, 3. 10. 29.

⁶⁵ Zur Neugestaltung Berlins: Eyck, *Geschichte der Weimarer Republik*, S. 315–6. In seiner Behandlung des Sklarek-Skandals gab Eyck, der 1929 Demokrat war, die DDP-Kritik der überpolitisierten Stadtverwaltung weiter.

⁶⁶ *C. V.-Zeitung*, Nr. 46, 15. 11. 29. Vgl. Maurer, *Ostjuden in Deutschland*, S. 143.

⁶⁷ Niewyk, *The Jews in the Weimar Republic*, S. 115–8; Maurer, *Ostjuden in Deutschland*, S. 644–6, 745–7; Ludger Heid, Harry Epstein – Ein Anwalt der Ostjuden in der Zeit der Weimarer Republik, in: Grab/Schoeps (Hrsg.), *Juden in der Weimarer Republik*, S. 276–304.

⁶⁸ Auch nach 1928 gab es Spannungen im Centralverein über die wachsende Zusammenarbeit mit der SPD (Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf*, S. 29, 90).

vom freien Markt zurück, sondern auf eine (in den Worten der *Jüdischen Rundschau*) „Zersetzung der jüdischen Gemeinschaft, jüdische Entwurzelung und hemmungslose assimilatorische ‚Aufstiegs‘-Tendenz“ in Deutschland⁶⁹. Ähnlich wie die *Rundschau* verleugnete *Das jüdische Echo* jede Beziehung zwischen den Sklareks und dem Judentum, es sei denn, ihr Fall zeige „wieder einmal die Folgen der Entjudung“.

Dem *Echo* nach ergab sich der Skandal aus der sozialpsychologischen Verwirrung der Sklareks: „Durch die Aufgabe der Bindungen an die eigene Gesellschaft verlieren primitive Menschen, die in eine neue Gesellschaft höchstens zugelassen, niemals aber gleichberechtigt aufgenommen werden, allen inneren und äußeren Halt...“ Doch war der Skandal im Grunde ökonomisch bedingt: „eine Sache, die nichts mit dem Judentum, umso mehr mit dem kapitalistischen System an sich... zu tun hat.“⁷⁰ Trotz aller Verwerfung der Sklareks in der zionistischen Presse, die die Brüder „Schieber“ und „Parvenus“ nannte, spürte man keine Distanzierung von ihnen als Ostjuden, was auf den kulturellen Respekt der Zionisten für die jüdischen Einwanderer zurückgeführt werden kann⁷¹. Auch wies die zionistische Presse nicht auf die sozialdemokratische Verwicklung hin. Doch wie die liberale Verachtung der „Monopolwirtschaft“ zugleich eine Kritik der SPD war, so könnte der Tadel der Assimilation als eine implizite Mißbilligung der Ideale und Praxis der SPD gedeutet werden.

Die SPD und der Sklarek-Skandal

Ob Betroffene, Ausnutzer oder Angegriffene, ob Rechtsradikale, Kommunisten oder Demokraten, jede Gruppe, die den Skandal beurteilte, hat aus ihm eine Lehre gezogen, die ihre Weltanschauung bestätigte. Jede legte eine Interpretation der Ursachen des Skandals vor, die eine strukturelle oder systemische Kritik bestehender Umstände darstellte. Und jede Kritik betraf direkt oder indirekt die SPD. Die marxistische SPD war die einzige Stimme in der Auseinandersetzung um die Sklarek-Affäre, die keine strukturelle Analyse darbot, sondern eine Auffassung, die die persönlichen Fehler einiger Parteifunktionäre unterstrich. Auch die SPD verkündete die Richtigkeit ihrer Prinzipien, doch mußte sie behaupten, daß ihre Weltanschauung trotz des Skandals statt durch ihn bestätigt worden war. Der *Vorwärts* schwankte zwischen einer vom schlechten Gewissen bestimmten Verteidigung betroffener republikanischer Politiker und einer milden Selbstkritik.

⁶⁹ *Jüdische Rundschau*, Nr. 52, 1. 7. 32.

⁷⁰ *Das jüdische Echo*, Nr. 44, 1. 11. 29, S. 653.

⁷¹ Zur Haltung der Zionisten den Ostjuden gegenüber: Niewyk, *The Jews in Weimar Germany*, 117–9, 138; Maurer, *Ostjuden in Deutschland*, S. 653–9, 745; Heid, Harry Epstein, S. 279–83. Zur Geschichte der Ostjuden in Deutschland: Maurer, *Ostjuden in Deutschland*; Trude Maurer, *Between Expulsion and Integration: The Dilemma of East European Jews in Weimar Germany*, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XVII* (1988), S. 193–207.

Die SPD saß in der Falle. Schon stand die Partei in Berlin einer starken KPD gegenüber. Am Anfang des kommunalen Wahlkampfes brach dann ein Skandal aus, der die SPD zweimal betraf. Erstens wurden die Sklareks als Parteimitglieder enthüllt und populäre Parteifunktionäre wie Fritz Brolat in der Affäre verwickelt. In Reaktion schloß die SPD die Sklareks sofort aus, war aber unsicher, wie sie die Funktionäre behandeln sollte. Nachdem Bürgermeister Schneider am 15. Oktober freiwillig wegen der Angriffe, „die gegen ihn in der Partei selbst gerichtet worden waren“, ausgetreten war, beschloß der Parteivorstand seinen Ausschluß⁷². Im November schloß die SPD den Direktor der Berliner Hafen- und Lagerhausgesellschaft aus, „da dessen Privatgeschäfte mit den Sklareks gegen die Parteimoral verstoßen hätten“⁷³. Zu den gesetzlichen bzw. moralischen Folgerungen des Falles kam eine Welle Anschuldigungen gegen die SPD, die entweder ihre proletarischen Grundsätze oder ihren proletarischen Grund in Zweifel zogen. Sozialdemokraten empfanden diese Angriffe als ungerechtfertigt. Dazu mußten sie im Wahlkampf ihre proletarischen Stammwähler aufmuntern. Infolgedessen nahm die SPD Waffen aus dem linken Winkel auf und wehrte sich gegen die politisch-ökonomischen Angriffe der Rechtspresse, der Wirtschaftspartei und der liberal-bürgerlichen Tageszeitungen. Damit in Anspruch genommen, erwiderte die Partei weder die Verleumdungen gegen die jüdische Gemeinschaft noch die Angriffe auf Republik und Demokratie.

Ein defensiver Ton kennzeichnete die ersten Meldungen des *Vorwärts*. Sie boten nicht nur eine Verteidigung der Stadtbankdirektoren dar, sondern sie deuteten auch an, daß die Behauptung der Sklareks, politische Motive stünden hinter der Untersuchung, nicht ausgeschlossen werden könnte⁷⁴. Die Berichte zeigen auf eine Unsicherheit, wie die SPD reagieren sollte. Nur zwei Wochen später kam eine Gegenoffensive, hinter der sich eine Strategie vermuten läßt. Als am 10. Oktober die von KPD und DNVP unter Druck gesetzte Stadtversammlung den verreisten Böß zurückzurufen beschloß, führte die SPD einen Antrag ein, der eine „strenge Prüfung aller mit der Angelegenheit Sklarek zusammenhängenden geschäftlichen... Vorgänge... [und] Personen“ verlangte. In seiner Rede gab der SPD-Stadtverordnete Erich Flatau zu, daß „die kommunale Aufsicht versagt hat“, aber er behauptete, das Problem werde „durch Mittelstandsgeschrei und Erklärungen des Einzelhandels nicht gelöst...“ Er versicherte seinen Zuhörern: „Die Bestrebungen, mit Skandalgeschrei einen privatwirtschaftlichen Fischzug bei der Stadt einzuleiten, werden auf energischen Widerstand der Sozialdemokratie stoßen... Es gibt noch genug Fehler aus der Zeit her, wo die Stadtverwaltung eine Domäne des Bürgertums war...“ Aus der Wiedergabe seiner Rede im *Vorwärts* mußten Leser schließen, daß die sozialen und politisch-ökonomischen Unterschiede zwischen der SPD und den „Sensa-

⁷² *Berliner Tageblatt*, Nr. 489, 16. 10. 29. Schneider lehnte es jedoch ab, sein Amt niederzulegen.

⁷³ Fülberth, *Beziehungen zwischen SPD und KPD*, S. 311.

⁷⁴ *Vorwärts*, Nr. 454, 27. 9. 29; Nr. 455, 28. 9. 29.

tionsmachern und Verleumdern“, die den Skandal ausnutzen wollten, die Hauptfrage der Affäre waren⁷⁵.

Diese Strategie hatte eine verhältnismäßig milde Behandlung der KPD zur Folge. Der *Vorwärts* berichtete über Gäbel und die Kleiderspende der Sklareks an die Rote Hilfe, dennoch glichen dessen Beschuldigungen einem Tropfen im Vergleich zur Lawine von Anklagen gegen die SPD in der *Roten Fahne*⁷⁶. Nur in Zusammenstößen in der Stadtversammlung zeigte sich die sozialdemokratische Wut über das Verhalten der KPD⁷⁷. Nachdem Flatau in seiner Rede „sehr scharf“ gegen die Kommunisten sprach, gab es „nach Schluß der Debatten... einige sehr temperamentvolle persönliche Auseinandersetzungen, wobei es zu Tumultszenen kam“⁷⁸. Der *Vorwärts* erwähnte weder Flataus Angriffe noch die Tumultszenen. Umgekehrt, trotz der Propaganda, die das bürgerliche Lager als monolithisch darstellte, handelte die SPD in der Stadtversammlung in Solidarität mit der DDP gegen eine Front der KPD, DNVP und Wirtschaftspartei, um unerfolgreich ein Mißtrauensvotum gegen Böß abzuwehren⁷⁹. Der *Vorwärts* verteidigte den Oberbürgermeister, als ob er kein bürgerlicher Politiker wäre⁸⁰.

Von den Ereignissen in der Stadtversammlung motiviert, boten jetzt Sozialdemokraten eine Deutung des Skandals an, die die Konflikte zwischen der SPD und den bürgerlichen Parteien hervorhob. Ein Leitartikel im *Vorwärts* sowie ein Artikel des Revisionisten Walther Pahl in den *Sozialistischen Monatshefte* meinten, daß sich die Bemühung, „aus der Sklarek-Affäre politisches Kapital zu schlagen“, aus einem neulich angefangenen bürgerlichen Kampf gegen die von der SPD erfolgreich eingeführte öffentliche Kommunalwirtschaft ergab⁸¹. Obwohl diese Auffassung die Motive mancher Gegner erklären könnte, beantwortete sie nicht die Frage, warum KPD und NSDAP, die die Affäre am meisten ausnutzten, nicht die öffentliche Wirtschaft der Stadt, sondern jüdische Kapitalisten oder den Kapitalismus brandmarkten.

Nach Pahl war „diese Korruptionsaffäre aus der Zone herausgewachsen, in der sich öffentliche und private Wirtschaft berühren...“⁸² Im Gegensatz zu den anderen Parteien verlangte die SPD keine Veränderung des Systems, da sie keinen „Schritt in der Ausdehnung der Gesamtwirtschaft zu opfern“ wünschte. Statt dessen sah sich die SPD „zu stärkerer Wachsamkeit gegenüber allen Mißständen in der öffentlichen Verwaltung“ und „zu der strengsten Haltung der Funktionäre“ verpflichtet⁸³. Dem *Vorwärts* nach sollen sich Parteifunktionäre

⁷⁵ *Vorwärts*, Nr. 477, 11. 10. 29.

⁷⁶ Siehe z. B., *Vorwärts*, Nr. 486, 16. 10. 29; Nr. 488, 17. 10. 29.

⁷⁷ Siehe z. B., *Vossische Zeitung*, Nr. 259, 30. 10. 29.

⁷⁸ *Berliner Tageblatt*, Nr. 481, 11. 10. 29.

⁷⁹ *Berliner Tageblatt*, Nr. 529, 8. 11. 29.

⁸⁰ Siehe z. B., *Vorwärts*, Nr. 475, 10. 10. 29; Nr. 521, 6. 11. 29.

⁸¹ Walther Pahl, Die ökonomischen und politisch-moralischen Lehren der Sklarekaffäre, in: *Sozialistische Monatshefte*, November 1929, S. 908. Siehe auch: Umgang mit Menschen. Lehren des Falles Sklarek, in: *Vorwärts*, Nr. 483, 15. 10. 29.

⁸² Pahl, *Lehren der Sklarekaffäre*, S. 909.

⁸³ Umgang mit Menschen, in: *Vorwärts*, Nr. 483, 15. 10. 29.

nicht dem Maßstab „bürgerliche[r] Verkehrssitten“, sondern „eine[m] strengeren, aus unserer sozialistischen Haltung sich ergebenden Maßstab“ unterziehen. Als „Vertreter der Arbeiterklasse“ und ihrer politisch-ökonomischen Ziele müssen sie eine „besondere sozialdemokratische Parteimoral“ beachten. Der Verfasser tadelte jeden Funktionär, dessen Verhalten als „Sünde gegen den Sozialismus und die Interessen der Arbeiterklasse“ gesehen werden könnte⁸⁴. Mit den vielen Hinweisen auf das Proletariat bestätigte der *Vorwärts* nochmals die von Gegnern in Frage gestellte Klassenbasis der SPD.

Es ergab sich nicht ohne weiteres aus der Politik der Weimarer SPD, daß die Parteipublizistik nach klassenkämpferischen Themen greifen sollte, um die SPD gegen die Anschuldigung der Korruption in Schutz zu nehmen. In der Reaktion zum Barmat-Skandal im Jahre 1924 unterstrich die SPD ganz andere Themen. Damals handelte es sich um die angebliche Bestechung von Sozialdemokraten durch einen jüdischen Händler, der holländischer Sozialdemokrat war und Kredite von der Post und der preußischen Staatsbank erhalten hatte⁸⁵. In seiner Reichstagsrede zum Barmat-Skandal, die auch als Broschüre veröffentlicht wurde, verteidigte Rudolf Breitscheid nicht Sozialismus und Arbeiterklasse, sondern Republik und Demokratie. Als Beleg dafür, daß die „Staatsform“ mit der „Abweichung vom Pfade der geschäftlichen Tugend“ nichts zu tun hatte, wies er nicht auf Skandale aus der Zeit der „Domäne des Bürgertums“, sondern „aus der monarchischen Zeit“ hin und erinnerte seine Zuhörer an aristokratische Bestecher. Zugleich krisierte er wiederholt und scharf den Antisemitismus der Deutschnationalen⁸⁶. Wie kann man denn die Reaktion zum Sklarek-Skandal erklären? Eine nicht unerhebliche Rolle spielten die Vehemenz und die Vielseitigkeit der Kritik der „Monopolwirtschaft“. Auf der Reichsebene hatte der Kampf in der Großen Koalition um die Arbeitslosenversicherung schon begonnen, den Sozialdemokraten als erste Phase eines bürgerlichen Angriffes auf die ganze Sozialpolitik betrachteten. Jetzt bedrohten die bürgerlichen Parteien sozialdemokratische Leistungen auf der Kommunalebene. Eine andere Art von Bedrohung stellte die KPD dar, die in Berlin einen starken Zuspruch unter Industriearbeitern genoß⁸⁷. Schon 1922 bestanden die Mitglieder der Berliner SPD nur zu 43% aus gewerblichen Arbeitern; 25% waren im öffentlichen Dienst und 13% als Beamte im Staatsdienst beschäftigt⁸⁸. Jetzt fürchtete die SPD, auch ihre Arbeiterwähler in der Hauptstadt zu verlieren. Deshalb betonte der *Vor-*

⁸⁴ Umgang mit Menschen, in: *Vorwärts*, Nr. 483, 15. 10. 29.

⁸⁵ Die Barmathetze, in: *Sozialdemokratische Partei-Korrespondenz für die Juden 1923 bis 1928* (Ergänzungsband), Berlin 1929, S. 214; Maurer, *Ostjuden in Deutschland*, S. 141–2.

⁸⁶ Rudolf Breitscheid u. Hermann Müller, *Gegen den Rechtskurs*, Berlin 1925, S. 11–3.

⁸⁷ Eve Rosenhaft, *Beating the Fascists? The German Communists and Political Violence 1929–1933*, Cambridge/London/New York 1983, S. 13–8, 175, 186. Zur Sorge der Berliner Sozialdemokraten um diese Tendenz: Georg Decker, Wahlergebnisse in Groß-Berlin, in: *Unser Weg*, Juli 1928, S. 146; Karl Birnbaum, Großstadtpropaganda für die Partei, in: *Unser Weg*, August 1928, S. 187.

⁸⁸ Peter Lösche u. Franz Walter, Auf dem Weg zur Volkspartei? Die Weimarer Sozialdemokratie, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 26 (1989), S. 86.

wärts soziale Fragen im Fall Sklarek, tat es aber auch, weil Weimarer Sozialdemokraten glaubten, daß ihre Partei die Partei der Arbeiterschaft bleibe, auch wenn die Zusammensetzung der Mitgliedschaft sich teilweise geändert hatte und manche Parteiführer sie in eine Volkspartei umwandeln wollten⁸⁹.

Eine dritte Folge der Reaktion zum Skandal von Seiten des Parteivorstands und *Vorwärts* waren Spannungen in der Partei. In Berlin bestand der Bezirksvorstand aus linken Sozialdemokraten wie dem Vorsitzenden Franz Künstler, die oft kritisch der Berichterstattung des *Vorwärts* gegenüberstanden. Auch in diesem Fall veröffentlichte der Berliner Parteibeizirk eine Broschüre, die sich vom *Vorwärts* unterschied, indem sie zugleich Angriffe gegen die KPD hervorhob und eine strenge Behandlung jedes belasteten Sozialdemokraten durch den Bezirk versprach⁹⁰. Scheinbar richtig behauptete die *Rote Fahne*, der Skandal habe Auseinandersetzungen in der Berliner SPD ausgelöst. Ein Mißbehagen über die offizielle Reaktion zeigte sich darin, daß sich „einige Sozialdemokraten“ in der Stadtversammlung der Stimmen enthielten, als der KPD-Antrag gegen Böß angenommen wurde⁹¹. Dem *Berliner Tageblatt* nach veranlaßten innerparteiliche Beschuldigungen gegen ihn den Parteiaustritt von Bezirksbürgermeister Schneider⁹². Im *Klassenkampf*, Zeitschrift der linken Opposition in der SPD, bemängelte der Berliner Adolf Lau die Unterlassung einer „offenen, wenn auch schwierigen“ Diskussion der inneren Ursachen des Skandals. Er schien der *Roten Fahne* zuzustimmen, als er die zaudernde Bestrafung der Betroffenen durch den Parteivorstand sowie die „Rechtfertigungsversuche“ des *Vorwärts* tadelte⁹³. Man kann vermuten, daß der Parteivorstand den Ausschluß von Funktionären beschloß, nachdem Berliner Mitglieder darauf gedrungen hatten.

In dieser Hinsicht hatte auch der kommunistische Angriff auf den Reichstagsabgeordneten Hugo Heimann seinen Sinn. Er bezog sich auf Meinungsunterschiede zwischen der Berliner SPD und dem Parteivorstand darüber, wie die SPD der Religion gegenüberstand. 1928 beschloß die Berliner Partei, ab 1929 müßten Sozialdemokraten, die zu den Kommunalwahlen kandidieren wollten,

⁸⁹ Vgl. die Sprache und Symbole eines sozialdemokratischen Waldfestes in München (NSDAP HA R. 94, F. 1905, Nr. 192, 22. 7. 23). Vgl. Heinrich Winkler, Klassenbewegung oder Volkspartei? Zur Programmdiskussion in der Weimarer Sozialdemokratie 1920–1925, in: *Geschichte und Gesellschaft* 8 (1982), S. 9–54; Lösche/Walter, Auf dem Weg zur Volkspartei?, S. 134–6; Peter Lösche u. Franz Walter, Zur Organisationskultur der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Niedergang der Klassenkultur oder solidarische gemeinschaftlicher Höhepunkt?, in: *Geschichte und Gesellschaft* 15 (1989), S. 511–36.

⁹⁰ Erich Flatau, *Zum ‚Sklarek-Skandal‘*, Berlin 1929, S. 8, 14–15.

⁹¹ *Berliner Tageblatt*, Nr. 481, 11. 10. 29.

⁹² *Berliner Tageblatt*, Nr. 489, 16. 10. 29.

⁹³ Adolf Lau, Die Berliner Wahlen, in: *Klassenkampf*, Nr. 23, 1. 12. 29, S. 716. Siehe auch die kritische Beurteilung der Behandlung des Skandals in Briefen von Berliner Genossen, die im Parteidiskussionsorgan ‚Das freie Wort‘ veröffentlicht wurden (Nr. 9, 1. 12. 29; Nr. 11, 15. 12. 29). Ähnlich war das nachträgliche Urteil des Revisionisten Julius Leber: J. Leber, Die Todesursachen der deutschen Sozialdemokratie, in: Dorothea Beck u. Wilfried F. Schoeller (Hrsg.), *Julius Leber. Schriften, Reden und Briefe*, München 1976, S. 226–7.

dem Bezirksvorstand nachweisen, daß sie aus der Kirche ausgetreten waren. Im Mai 1929 auf dem Magdeburger Parteitag hatte der Berliner Bezirksvorstand verlangt, daß die SPD den Kirchenaustritt wenigstens von allen Parteifunktionären fordern sollte. Parteiführer traten erfolgreich gegen die Annahme dieses Antrags mit einem liberalen Plädoyer für „volle Gewissensfreiheit“ und Toleranz in der SPD ein⁹⁴. Im Fall der freidenkerischen Angriffe der KPD verteidigte der *Vorwärts* Heimann, allerdings mit dem Argument, daß er aus politischen, nicht religiösen Gründen in der jüdischen Gemeinde blieb. Vermutlich wollte Chefredakteur Friedrich Stampfer Berliner Freidenker nicht unnötig provozieren und dadurch der KPD noch eine andere Handhabe geben.

Auch berührte der Fall Sklarek andere empfindliche Fragen. In seinem Aufsatz über die Affäre erwog Walther Pahl die Möglichkeit, daß die Verbonzung und Verbürgerlichung des Funktionärkorps zur Verwicklung einiger Parteipolitiker in den Skandal beigetragen hatten. Er fragte sich, ob die Methode der Auswahl der Funktionäre nicht „erstarrt“ und „die unmittelbare Verbindung zwischen Wähler und Gewähltem in der Partei... zerrissen“ worden waren. Anklagen der KPD und NSDAP aufnehmend, schrieb Pahl: „Junge Genossen sind manchmal ganz erstaunt, wenn sie mit Parteigenossen in engere Beziehung kommen, die vor wenigen Jahren noch im Betrieb, heute höhere Ämter bekleiden... Das Wort geht um: oft scheint es, als wären manche Genossen nur Sozialisten geworden, weil sie verhinderte Kapitalisten waren.“⁹⁵ Im Gegensatz zu Pahl beschränkte sich die Selbstkritik im *Vorwärts* auf eine Mißbilligung möglicher Verstöße einzelner Funktionäre. Der Leitartikel im *Vorwärts*, vermutlich von Stampfer verfaßt, räumte ein, daß die Pflicht wachsam und streng zu sein, „vielleicht in den stürmischen Jahren, die hinter uns liegen, ... versäumt worden [war]“, aber er zog nicht die Möglichkeit tieferer Ursachen für die Schwächen der Parteifunktionäre in Betracht.

Seitdem die SPD im Mai 1928 in die Reichskoalition eingetreten war, wuchsen Unstimmigkeiten in der Partei. Von Anfang an kritisierte die Linke Opposition die Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung. Im August 1928 explodierte eine Parteikrise, nachdem die sozialdemokratischen Minister dem Panzerkreuzerbauprogramm zustimmten⁹⁶. Seit Frühling 1929 zeigten sich Zeichen eines verbreitenden Mißbehagens mit der Koalition⁹⁷. Auf dem

⁹⁴ Lösche/Walter, Auf dem Weg zur Volkspartei?, S. 120–1.

⁹⁵ Pahl, Lehren der Sklarekaffäre, S. 912–4. Bezeichnend für die Haltung revisionistischer Sozialdemokraten war auch Ansicht des Arbeitsrechtlers Hugo Sinzheimer. Seines Erachtens war der Sklarek-Skandal eine „Mahung“, daß „es nicht nur darauf ankommt, die äußere Struktur des Wirtschaftslebens zu verändern, sondern auch eine... entsprechende innere Struktur des Menschen herauszubilden“ (H. Sinzheimer, Chronik, in: *Die Justiz*, Bd. V, Dezember 1929, S. 187).

⁹⁶ Friedrich Stampfer, *Die Vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik*, Hamburg 1953, S. 524–6.

⁹⁷ Siehe z. B. die Kritik der Koalition in: *Hessischer Volksfreund*, 25. 5. 29.

Magdeburger Parteitag stimmte ein Drittel der Delegierten für verschiedene kritische Anträge, beträchtlich mehr als die Zahl, die früher mit den Ansichten der Linken übereingestimmt hatte⁹⁸. Mit besonderer Beunruhigung betrachteten Parteiführer wie der Vorsitzende Otto Wels die zunehmende Entfremdung der Freien Gewerkschaften von der Großen Koalition⁹⁹. Im Rahmen dieser Umstände wählte der Parteivorstand eine Strategie im Fall Sklarek, die vorsichtig war, wenn auch von radikalem Inhalt: Verteidigung der sozialistischen Ideen, Aufrechterhaltung der alten Denkweisen der sozialdemokratischen Kultur, Beteuerung der Klasseninteressen. Diese Strategie lenkte die Partei davon ab, die überwiegend bürgerliche und liberale jüdische Gemeinschaft, die dazu Assoziationen mit einer Glaubensgemeinde hervorhob, gegen Verleumdungen abzuwehren. Daß die SPD im Barmat-Skandal und auch nach 1929 einem anderen Kurs folgte, hing damit zusammen, daß maßgebende Sozialdemokraten 1924 sowie 1930 bis 1933 die politische Bedeutung des Antisemitismus und auch die rechtsradikalische Herausforderung der Republik richtiger einschätzten. 1929 unterschätzten Sozialdemokraten die Gefahr der NSDAP als einer unabhängigen Macht auf der politischen Bühne und verleugneten die wachsende politische Krise der Republik¹⁰⁰. Man merkt, daß sich ihre Sorge um den Antisemitismus und ihre Angst um die Republik aufeinander bezogen.

Spätestens ab September 1930 besannen sich die Sozialdemokraten darauf, wie wichtig es war, gegen den Antisemitismus anzukämpfen. Trotzdem wurde ein Gegenstrom auch bemerkbar, indem die SPD weniger Aufrufe an jüdische Wähler machte und in einigen Fällen auf jüdische Sozialdemokraten für Staatsposten verzichtete¹⁰¹. Auch wurde die Beziehung zwischen der SPD und dem Centralverein heimlich enger, aber öffentlich loser¹⁰². Unbestreitbar ist, daß die Angst vor dem populären Wiederhall der judenfeindlichen Propaganda die Form der Verbindung beeinflusste. Um der Verschwörungshetze der Rechten auszuweichen, versuchten beide Seiten Verbindungen zwischen jüdischen Organisationen und der Sozialdemokratie zu verschleiern. Auch in der Reaktion auf den

⁹⁸ Sozialdemokratischer Parteitag Magdeburg 1929. Vom 26. bis 31. Mai in der Stadthalle, Magdeburg 1929 (Bonn-Bad Godesberg 1974), S. 269–272; Hanno Drechsler, *Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD)*. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Meisenheim 1965, S. 48–9.

⁹⁹ Vgl. Hans J. Adolph, *Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie 1884–1939*, Berlin 1971, S. 171. Siehe auch Theodor Thomas an Peter Grassmann, 18. 8. 29, Dokument 221; Besprechung der Vorstände der Sozialdemokratischen Partei, der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des ADGB, 23. 8. 29, Dokument 222; Theodor Thomas an Otto Wels, 11. 9. 29, Dokument 224, in: Horst Kukuck u. Dieter Schiffmann (Bearbeiter), *Die Gewerkschaften von der Stabilisierung bis zur Wirtschaftskrise 1924–1930*, Bd. 3/I, Deutsche Gewerkschaften im 20. Jahrhundert, hrsg. v. Hermann Weber, Klaus Schönhoven u. Klaus Tenfelde, Köln 1986, S. 1294–5, 1296–8, 1301–2.

¹⁰⁰ Vgl. Donna Harsch, *German Social Democrats and the Rise of Nazism, 1928–1933*, Ph. D. Diss. Yale University 1987, Kap. 3.

¹⁰¹ Niewyk, *Socialist, Antisemite, and Jew*, S. 194; Knütter, *Juden und die deutsche Linke*, S. 212.

¹⁰² Niewyk, *Socialist, Anti-Semite, and Jew*, S. 191.

Sklarek-Skandal spielte diese Sorge ohne Zweifel eine Rolle. Doch bestimmten grundsätzlich Prinzipien und Begriffe, die mit der politischen Kultur der SPD verbunden waren, die Reaktion auf den Sklarek-Skandal sowie eine dauernde Ambivalenz der jüdischen Gemeinschaft gegenüber.

In Übereinstimmung mit dem Centralverein glaubten die meisten Sozialdemokraten, daß die Aufklärungsarbeit die beste Waffe überhaupt gegen den populären Antisemitismus und die Nazi-Propaganda war¹⁰³. Auch befürwortete die SPD wie der Centralverein die Assimilation von Juden in die deutsche Gesellschaft. Beide Überzeugungen bezogen sich auf Überlieferungen des Liberalismus und des Sozialismus des 19. Jahrhunderts. Aber politisch-ökonomische Fragen, wie diejenigen, die der Fall Sklarek aufwarf, trennten die beiden Organisationen. Und die bürgerliche Gliederung des Centralvereins sowie der jüdischen Gemeinschaft im allgemeinen verhinderte eine engere Zusammenarbeit mit einer Partei, deren Selbstverständnis, (wenn auch nicht das aller ihrer Mitglieder), proletarisch war¹⁰⁴. 1923 z. B., als zwei jüdische Brüder, die eine Maschinenfabrik besaßen, eine sozialdemokratische Abwehrtruppe in Bayern unterstützten, wollten auch Sozialdemokraten jüdischer Herkunft diese „Verbindung zwischen jüdischen Kapitalisten und sozialdemokratischen Bonzen“ verheimlichen¹⁰⁵.

Im Grunde trennten Centralverein und SPD verschiedene Auffassungen des Kampfes um die Republik. Für den Centralverein ging es um die bürgerlichen Rechte, insbesondere Minderheits- und Glaubensrechte¹⁰⁶. Auch wenn Sozialdemokraten die Bedeutung dieser Rechte erkannten und für sie kämpften, verstanden sie den Angriff gegen sie als im Kern einen Kampf gegen die Macht der Arbeiterklasse. Ihrer Meinung nach zielte die NSDAP darauf, die Rechte der Arbeiterklasse zu zerstören und eine Diktatur des Kapitals einzuführen. Der Antisemitismus war für sie eine böse und gefährliche Schande, eine Krankheit der deutschen, nicht nur der kapitalistischen Gesellschaft. Dennoch glaubten sie, daß auch für die NSDAP der Haß des Judentums dem Kampf gegen den Sozialismus untergeordnet war¹⁰⁷. Manche Sozialdemokraten, besonders Revisionisten, hatten solche Ansichten aufgegeben¹⁰⁸. Doch die Parteipropaganda

¹⁰³ Zum Aufklärungsprogramm des Centralvereins: Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf*, S. 29–30.

¹⁰⁴ Vgl. Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf*, S. 90, 96.

¹⁰⁵ Carl Landauer, Erinnerungen an die Münchner Sozialdemokratie, in: Hans Lamm (Hrsg.), *Von Juden in München*, München 1958, S. 312–4. Trotz der Verschleierung der Verbindung ist es der Polizei gelungen, sie zu entdecken (NSDAP HA, R. 94, F. 1905, Nr. 215, Der Vorstand des Bezirksamts Nördlingen an das Polizeidirektorat München, 6. 11. 23).

¹⁰⁶ Vgl. Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf*, S. 79.

¹⁰⁷ Niewyk, *Socialist, Antisemite, and Jew*, S. 200–5; Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf*, S. 96.

¹⁰⁸ Gerade nach der Sklarek-Affäre vertraute der SPD-Reichstagsabgeordnete Otto Landsberg dem Journalisten Ernst Feder an, daß „er sich als junger Mensch zur Sozialdemokratie bekehrt[e], weil er stark unter dem Antisemitismus litt und der sozialdemokratischen Lehre glaubte, daß der Antisemitismus eine Folge des Klassengegensatzes sei und mit diesem ver-

nährte diese Vorstellung an der Basis, indem sie behauptete, der Antisemitismus markiere das wahre, antiproletarische Wesen der NSDAP¹⁰⁹.

Seit 1918 waren enge persönliche Beziehungen zwischen Sozialdemokraten wie Eduard Bernstein und linksorientierten zionistischen Organisationen entstanden¹¹⁰. Einige Sozialdemokraten bekehrten sich zum Zionismus¹¹¹. Mit Zionisten teilten Sozialdemokraten eine antikapitalistische Gesinnung. Die beiden Gruppen boten auch eine kulturelle Kritik des liberalen Individualismus dar. Trotzdem hat die SPD als eine Partei ihr negatives Urteil über den Zionismus nie geändert¹¹². Nicht nur eine gegenteilige theoretische Einschätzung des Nationalismus und der Assimilation trennte die Sozialdemokratie vom Zionismus, sondern auch die Alltagskulturen, Sprachen und Symbole der beiden Bewegungen, die eine immer wieder an die Klassensolidarität appellierend, die andere an die Volksgemeinde.

Im allgemeinen kann man die praktische Politik der Weimarer SPD gegen den Antisemitismus und für die Rechte der Juden nicht tadeln. In Preußen, wo die SPD jahrelang an der Macht war, schützten Sozialdemokraten eingewanderte Juden und ernteten dafür unablässige und heftige Beschimpfungen von der Rechtspresse¹¹³. Über die Dauer war ihr Verhalten lobenswerter als das jeder anderen Partei, besonders nach 1930, als die Deutsche Staatspartei und das Zentrum mit dem Antisemitismus liebäugelten. Diese Politik drückte nicht nur die Ansichten machtvoller Parteiführer aus, sondern wurde auch, insoweit wir das einschätzen können, von den Parteimassen befürwortet. Die Wurzeln dieses Verhaltens liegen in der politischen Kultur der SPD, aber auch da befinden sich die Gründe für die Unterlassung eines Schutzes von Juden im Fall Sklarek. Die Kultur der Sozialdemokratie war reich und vielseitig bzw. widersprüchlich und zweideutig. Auf der einen Seite entsprang sie dem demokratischen Republikanismus, auf der anderen Seite dem utopischen Sozialismus des frühen 19. Jahrhunderts. Einerseits wurde diese Kultur vom Marxismus, andererseits von Vorstellungen der individuellen Werte durchgedrungen. Aber im Grunde kennzeichneten sie eine soziale Weltanschauung, die auch politische Fragen nach ihrer Klassenbedeutung bewertete, sowie ein proletarisches Selbstverständnis, das von der persönlichen Klassenherkunft jedes Teilnehmers unabhängig war.

schwinden werde. Diesen Glauben hat er als einen Irrtum erkannt...“ (Ernst Feder, *Heute sprach ich mit*, S. 230–1.)

¹⁰⁹ Siehe z. B., SPD-Vorstand (Hrsg.), *Material-Sammlung gegen die Nationalsozialisten für Redner und Funktionäre*, Berlin 1930.

¹¹⁰ Hans-Helmuth Knütter, *Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik 1918–1933*, Düsseldorf 1973, S. 210–11.

¹¹¹ Jacob Toury, Gab es ein Krisenbewußtsein unter den Juden während der ‚guten Jahre‘ der Weimarer Republik, 1924–1929?, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XVII* (1988), S. 159; Niewyk, *Socialist, Anti-Semite, and Jew*, S. 187.

¹¹² Knütter, *Juden und die deutsche Linke*, S. 210.

¹¹³ Maurer, *Ostjuden in Deutschland*, S. 494. Siehe auch eine 1928 veröffentlichte Broschüre der DNVP: *Die Sozialdemokratie – Lieferung A. Deutschlandnationale Schriftenreihe – Rüstzug Nr. 1, [1928], S. 26–7.*

Trotz sozialer Wandlung, bürokratischer Verkalkung und parlamentarischer Befangenheit der SPD blieb diese Kultur noch stark in der Weimarer Republik. Um die Parteimassen zu ermuntern, griffen die meisten Publizisten und Politiker fast unbewußt zu sozialen und proletarischen Themen, auch wenn sie beabsichtigten, Unterstützung für die Republik oder für Bürgerrechte zu erreichen. Und sie vernachlässigten Fragen, die die klare Spaltung zwischen Kapital und Arbeit verwischten und andere soziale Zwiespalte sowie kulturelle, religiöse, ethnische oder politische Konflikte hervorhoben.

Die Judenfrage in der Entstehungsphase des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold

von
JACOB TOURY

Die sorgfältig ausgearbeitete Darstellung von Karl Rohe: *Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold*¹, die bis heute nicht überholt ist², widmet auch der Vorgeschichte der republikanischen Wehrbewegung einige Aufmerksamkeit. Bei den relativ vielen, durch lokale Bedingungen hervorgerufenen, mehr oder weniger spontanen Zusammenschlüssen republikanischer Schutzorganisationen lassen sich einige geographische Konzentrationen an Krisenherden ziemlich deutlich ablesen: Schleswig-Holstein, einschließlich der Hansestädte Hamburg und Bremen; München, Nürnberg und Würzburg; die preußische Provinz Sachsen, und in gewissem Sinne auch Groß-Berlin³. Daß die Darstellung Rohes der für unsere Fragestellung zentralen jüdischen Komponente nur sehr geringe Aufmerksamkeit widmet, versteht sich beinahe von selbst – sei es aus den Gegebenheiten der bundesdeutschen Mentalität um 1966, die sich der heiklen jüdischen Thematik noch nicht allzu gern stellte, sei es aber auch als Fazit der offenliegenden Tatbestände aus den Jahren vor dem offiziellen Gründungsdatum des Reichsbanners im Februar 1924, in welchen den Juden eigentlich nur die Rolle eines Prügelknaben und Sündenbockes auf den Leib geschrieben wurde.

Und doch zeigt auch Rohes Buch eine Spur auf, der er allerdings nicht nachging, die aber weiteren Nachforschungen zum Ausgangspunkt dienen kann. Er erwähnt nämlich für Hamburg im Jahre 1922, unmittelbar nach der Ermordung Rathenaus, eine sozialdemokratische „Vereinigung Republik“, einen aus Mitgliedern der Demokraten (DDP) zusammengesetzten „Republikanischen Ring“, sowie einen „nicht mit dem ‚Reichsbund jüdischer Frontsoldaten‘ zu verwechselnden ‚Bund jüdischer Frontsoldaten‘“. Ebenso nennt er für Kassel, neben den Arbeiterwehren, „eine Sonderabteilung innerhalb des

¹ Karl Rohe: *Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände in der Weimarer Republik* (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus, Bd. 34), Düsseldorf 1966.

² Die Kompilation von Helga Gotschlich: *Zwischen Kampf und Kapitulation. Zur Geschichte des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold*. Berlin (Ost) 1987, kann kaum als ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Thema gewertet werden.

³ Rohe (wie Anm. 1) S. 29–43.

‚Bundes jüdischer Frontsoldaten‘, die sich vornehmlich die Abwehr antisemitischer Angriffe angelegen sein ließ“⁴.

Über den Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (fernerhin: RjF) liegt jetzt eine ausführliche Darstellung vor, in der zwar eine Hamburger Organisation nicht erwähnt ist, dafür aber „Abwehrgruppen *innerhalb* der Ortsgruppen des RjF in Berlin, Breslau, Königsberg, München, Kassel, sowie eine überregionale, etwas nebulose Dachorganisation der Abwehrgruppen, die mit „AW“ bezeichnet wird⁵. Allerdings scheinen der „AW“ nicht nur Mitglieder des RjF, sondern auch Schüler, Mitglieder des deutsch-jüdischen Wanderbundes „Kameraden“ und Studenten der jüdischen Verbindungen angehört zu haben⁶.

Was nun aber den von Rohe an erster Stelle genannten „Bund jüdischer Frontsoldaten“ in Hamburg, sowie den weder bei Rohe noch bei Dunker auftauchenden „Verein jüdischer Frontsoldaten“ in Bremen betrifft, deren Existenz bereits sehr früh in den betreffenden Staatsarchiven belegt ist, so sind die abweichenden Namensformen, die verwirrend auf Rohe gewirkt zu haben scheinen, recht einfach zu erklären. Anfangs hatte sich nämlich der erste, in Berlin stehende Lokalverein „Vaterländischer Bund jüdischer Frontsoldaten“ genannt, dann jedoch bald auf das damals allzusehr mißbrauchte patriotische Epitheton verzichtet; als sich dann (seit 1920) die verschiedenen örtlichen Bünde im „Reichsbund“ (= „RjF“) zusammenschlossen, behielten manche Ortsgruppen ihre ursprünglichen Namen bei⁷ – so der Hamburger „Vaterländische Bund jüdischer Frontsoldaten“, dessen Gründung wohl bald nach der Konstituierung des Berliner Vereins erfolgte (spätestens im November 1919), wie auch der Bremer „Verein jüdischer Frontsoldaten“, dessen Anfänge – den abgewandelten örtlichen Verhältnissen entsprechend – sich in einer merkwürdigen Form ebenfalls bis 1919 zurückverfolgen lassen.

Im übrigen ist es wohl angebracht, ein wenig bei dieser Entstehungsart von Großorganisationen aus lokalen Initiativen und Gegebenheiten zu verweilen, da ja das „Reichsbanner“ selbst eine ganze Reihe lokaler und regionaler Vorläufer hatte und nicht – was Rohe an einer Stelle allzu kurz als „Mythos“ kennzeichnete (S. 44) – ganz plötzlich durch ein Schöpfungswort dieser oder jener Parteigröße, oder von Otto Hörsing selbst, mit der Zentrale in Magdeburg, vollorganisiert dastand.

So ist es wohl auch verständlich, daß die Juden Bremens ihren Sonderweg

⁴ A. a. O., S. 30.

⁵ Ulrich Dunker: *Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten*. Düsseldorf 1977, S. 54f., 58, 257ff.

⁶ Erste Erwähnung der „Kameraden“ bei Abwehrarbeit in Kolberg (Herbst 1920); *Jüdische Volkszeitung*, Breslau 1921, Nr. 7, S. 3. Vgl. Dunker a. a. O., S. 261, Anm. 18. Besonders deutlich: *C. V.-Zeitung* 1924, S. 588f. aus Beuthen.

⁷ Dunker, S. 32; Dokument 1, S. 186ff., Aufruf vom Januar 1919, aus Berlin (gez.: „Vaterländischer Bund“ etc., S. 188). Für Hamburg vgl. Ina Lorenz: *Die Juden in Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik*. Hamburg 1987, Bd. I, „Vorwort“, p. CXXXI: „Der Vaterländische Bund jüdischer Frontsoldaten als Hamburger Ortsgruppe des RjF...“. Auch Bd. II, Dokumente, S. 1137–1165.

zum RjF und zum „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ (fernerhin: „RB SRG“) suchten und fanden. Wie in anderen Städten auch, beteiligten sich die Juden Bremens an den lokalen Einwohner- bzw. Bürgerwehren. Der jüdische Einsatz konnte aber, bei einer allgemein verhältnismäßig geringen Bevölkerungsdichte und einem absoluten jüdischen Anteil von nicht mehr als 0,4–0,5%, und bei einer recht weitläufigen Streuung der zu bewachenden Wohn- und Lagerflächen, noch weniger ins Gewicht fallen, als der Einsatzerfolg der Gesamtbürgerwehr. So fanden die Bremer den Ausweg, durch eine berufsmäßige Wächterpräsenz die gefährdeten Objekte unter Kontrolle zu halten. Einer der Auftraggeber, und möglicherweise gleichzeitig einer der Initiatoren des Wachdienstes im Jahre 1919 war der Kaufmann Julius Bamberger⁸, der zweite Vorsitzende des „Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ (fernerhin: „CV“), über den noch des weiteren die Rede sein wird. Wann genau die jüdischen Frontkämpfer Bremens, unter Bambergers deutlicher Förderung, sich ihre Lokalorganisation schufen, geht aus den Akten nicht hervor. Sicher ist nur, daß in mehreren Berichten der Polizei-Nachrichtenstelle im Frühjahr 1923 von einem bereits bestehenden und aktiv auftretenden „Verein jüdischer Frontsoldaten“ unter dem Vorsitz von Rudolf Apt die Rede ist⁹. Apt war auch aktiv im CV.

Allerdings profilierte sich der Bremer Lokalverein in eigentümlicher Weise gerade dadurch, daß Apt – mit dem soeben erwähnten Herrn Bamberger als Sprecher – auf der Polizeinachrichtenstelle bei vertraulichem Informationsaustausch den Beamten (am 28. April 1923) folgendes mitteilte: „Die Juden“, hätten, „um sich gegen die besorgniserregenden Vorfälle“ antisemitischen Charakters in Bremen „zu schützen, sich . . . zusammengeschlossen, einen Verein jüdischer Frontkämpfer geschaffen, der ihre Versammlungen schützen werde und außerdem würden sie Boxunterricht einrichten, um die persönlichen Angriffe an Ort und Stelle abzuwehren“¹⁰.

Tatsächlich lag zur Zeit dieses Gesprächs der Nachrichtenstelle bereits ein Bericht über eine große CV-Versammlung mit etwa 1000 Besuchern (vom 14. April 1923) vor¹¹, deren höchst aktiver und effektiver Saalschutz den beobachtenden Beamten so imponierte, daß sie die Methode der mehrfachen Kontrollen der namentlichen Einladungen und deren Umtausch in nummerierte Platzkarten an die bereits identifizierten Eingeladenen eingehend schilderten. Dabei hoben sie hervor, daß auch an „völkische Vertreter“ und an etwa zehn Mitglieder der DNVP Einladungen ergangen waren, deren Inhabern man „Plätze am Hauptgang des Saales“, unter den Augen einer „Schutzgarde“ von vierzig bis fünfzig Personen, anwies. Über die Mitglieder dieses „Stoßtrupps“ bemerkte

⁸ StA Bremen 4,65 enthält einen besonderen Aktenband über die Privatwachen und ihre Abonnenten.

⁹ StA Bremen 4,65/1125, Bl. 3 V–5 R (Polizeidirektion-Nachrichtenstelle). Die Bezeichnung „Verein“ scheint dem offiziellen Namen zu entsprechen.

¹⁰ A. a. O., Bl. 5 V, Maschinenschriftliches Protokoll: Dem Herrn Pol. Präs. vorzulegen.

¹¹ A. a. O., Bl. 17 ff. Die Akte scheint jedoch erst nach dem Gespräch vom 28. April abgelegt und verspätet in den Geschäftsgang gelangt zu sein (letzte Abzeichnung: 3. Mai, auf Bl. 24 R).

der Bericht, sie gehörten wohl, ihrem ganzen Aussehen nach, der kommunistischen Partei an, eventuell auch dem „Seemannsbund“ und den „Syndikalisten“. Als Beleg gaben die Beamten an, daß ihr Anführer einem „bekannten kommunistischen Schlachtermeister“ sehr geähnelt habe¹².

Julius Bamberger und Rudolf Apt haben also kaum ein Geheimnis verraten, wenn sie vierzehn Tage nach der Versammlung der Polizei von der Aufstellung eines Saalschutzes unter der Ägide des „Vereins der Frontsoldaten“ berichteten. Sie unterließen es nur, der Polizei klarzumachen, daß man in ganz Schleswig-Holstein einschließlich der Hansestädte kaum so viele junge, durchtrainierte Juden hätte zusammenholen können. Jedenfalls war der RjF sicher keine Massenbewegung. Die beobachtenden Polizeibeamten haben also wohl insofern recht gesehen, als ein Gutteil der „Schutzgarde“ der Bremer CV-Versammlung *Nichtjuden* waren. Kommunisten und Syndikalisten werden es aber kaum gewesen sein, selbst wenn die Polizei noch zu Anfang des Jahres 1924 bei einem kommunistischen Distriktführer Briefbögen mit Kopf des „Bezirksverbandes der jüdischen Jugendvereine Nordwestdeutschlands, Sitz Bremen“, beschlagnahmte und ihnen „besondere Bedeutung“ zumaß, „in Verbindung mit den wiederholten Mitteilung[en]“, daß die Juden sich zur „Bekämpfung der antisemitischen Bewegung linksradikaler Kreise“ bedienten¹³. Das beweist nur, was ja auch in Hamburg und Berlin, und wahrscheinlich an vielen anderen Orten, deutlich genug zutage trat, daß nämlich auch die Polizei aus „linken“ und „rechten“ Gruppierungen ungleichmäßig zusammengesetzt war. Und was die Beschuldigung des Linksradikalismus angeht – so ist für Bamberger belegt, daß er, nebst vielen anderen Juden, dem seit 1922 in der Stadt aktiven „Verein Republik“ angehörte und insbesondere dessen Jugendgruppe namens „Reichsadler“ förderte¹⁴. Die Zeitung des „Vereins Republik“ – „Die Freie Hanse“ leitete den Anschluß der Bremer Gruppe an den seit 1921 in Ansätzen bestehenden „Deutschen Republikanischen Reichsbund“ ein, dessen Spitzenstellen weit stärker von Demokraten als von Sozialdemokraten besetzt waren. Später bezeichneten sich die Mitglieder dieses Bundes als zivile Organisation der nicht (mehr) für das Reichsbanner in Frage kommenden Menschen¹⁵. Die Bremer aktiven Saalschutz- und Ordnerformationen, die selbstverständlich auch für die Sozialdemokraten und andere linksstehende Organisationen Dienst taten, sowie

¹² Zitate von Bl. 17 V.

¹³ A. a. O., Bl. 35.

¹⁴ Die Antisemiten verbreiteten darauf gegen ihn difamierende Flugblätter. StA Bremen, 4,65/1026, Bl. 137, 137a (November 1924) et al.

¹⁵ Der Deutsche Republikanische Reichsbund war keineswegs rein sozialistisch, und das demokratische Element war sehr stark in der Führung vertreten. Aber er war eben „links“, und das genügte vielen. Zur Bremer Gruppierung vgl. Herbert Schwarzwälder: *Geschichte der Freien Hansestadt Bremen III*, Hamburg 1983, S. 202. Dazu StA Bremen, 4,65/1012, 1013. Weitere Materialien in Hamburg, Forschungsstelle für die Gesch. d. Nationalsozialismus, Ordner 411, mit besonderem Dank an Frau Dr. Ursula Büttner für frdl. Hilfeleistung.

die Jugendgruppe „Reichsadler“ gingen 1924 im RB SRG auf¹⁶. Wie viele jüdische Aktivisten in Bremen darunter waren und so zum RB gelangten, entzieht sich der Kenntnis, da keine Mitgliederlisten erhalten sind.

Aber aus den geschilderten Bremer Verhältnissen ergibt sich mit Sicherheit, daß die jüdischen Organisationen der Stadt einen ihnen *legal* erscheinenden Weg gefunden zu haben glaubten, um ihre Tätigkeit und die die Sicherheit ihrer Mitglieder zu schützen – einen Weg, der zum RB SRG führte.

Daß dabei die Bremer Ortsgruppen des RjF und des CV einen Beitrag auch zur Konsolidierung des RB SRG in der Hansestadt geleistet haben, soll hier zusammenfassend hervorgehoben werden. Dabei nimmt es dann auch nicht Wunder, wenn in der Presse Behauptungen erschienen, daß die Inhaber zweier Bremer Warenhäuser Handgeld und Tagegelder in verhältnismäßiger Höhe zur Anwerbung von Reichsbannermännern zur Verfügung gestellt hätten¹⁷.

Für den besonderen Geist des Bremer RB mag auch die Tatsache zeugen, daß im Dezember 1953 Versuche zur Erneuerung einer RB-Organisation in Bremen zu Diskussionen über deren Notwendigkeit und über die links von der Generallinie verlaufenden Tendenzen der Initiatoren führten¹⁸. Wie weit Rückschlüsse auf die Weimarer Zeit zulässig sind, bleibe dahingestellt.

Einen besonderen Weg zum RB SRG, der vielleicht sogar noch effektiver als der Bremer war, scheint man in Hamburger jüdischen Kreisen eingeschlagen zu haben. Darauf haben wohl auch die besonderen Verhältnisse, die zwischen Hamburger Juden und den Vorläufern des Reichsbanners herrschten, hingewirkt. Über das Problem der Legalität dieser Entwicklung hat Ina Lorenz vorsichtige, aber zutreffende Aussagen gemacht, obwohl ihr die Belege für die tatsächlichen Vorgänge entgangen zu sein scheinen. Sie schreibt, daß die offiziellen jüdischen Organe „für die Gemeinde jede Form eines aktiven Selbstschutzes“ ablehnten. „Ob eine Minderheit der jüdischen Führungselite den Gedanken . . . ernsthaft verfolgte“, konnte sie nicht quellenmäßig fixieren, immerhin zitiert sie den Vorsitzenden des „Vaterländischen Bundes jüdischer Frontsoldaten“ Dr. Siegfried Urias, der zum zehnjährigen Bestehen seiner Organisation (1929) den Bund als schlagkräftige, tätige Abwehrgruppe“ bezeichnete. Über Urias wird noch weiterhin die Rede sein.

Aber selbst aus „indirekten Hinweisen“ wagte Ina Lorenz den Schluß auf jüdische „Verbindungen mit dem RB SRG“, dem „nicht wenige Juden“ angehörten, wie später auch „die Gemeindeorgane“ den *individuellen* Eintritt „der jüdischen Jugend“ in die „Eiserne Front“ tentativ begrüßten¹⁹.

Es haben sich aber auch direkte archivalische Hinweise darauf gefunden, daß

¹⁶ StA Bremen 4,5/165, 1027. Während der Übergangsperiode nannten sie sich „Rep. Selbstschutz“ oder „Selbstwehr“ – kurz: RSW.

¹⁷ *Hamburger Echo* vom 15. November 1924: „Tages-Berichte“.

¹⁸ StA Bremen V 2, Nr. 1432.

¹⁹ Ina Lorenz (wie Anm. 7) S. CL–CLIII. Der Vorschlag zum kollektiven Eintritt ging von zionistischer Seite aus (Dr. Ernst Kalmus) – a. a. O. CLIII f. Die Hervorhebung im letzten Satz – von mir J. T.

Angehörige des „Vaterländischen Bundes jüdischer Frontsoldaten“ zu den Gründungsmitgliedern, wenn nicht gar zu den Hamburger Stammkadern des „Reichsbanners“ gehörten, also auch bereits, wie in Bremen, an den Vorläuferorganisationen in dieser oder jener Form beteiligt waren²⁰. Das Hamburger Reichsbanner konstituierte sich von vornherein aus einigen seit 1921 oder 1922 bestehenden „Kameradschaften“, welche sich zunächst insbesondere aus republikanisch gesinnten Polizeikräften zusammensetzten, die – entgegen den von Lettow-Vorbeck zu Anfang des Jahres 1919 aufgestellten „schwarzen“ paramilitärischen Einheiten, nachdem diese den Unruhen und Plünderungen vom 25.–26. Juni Vorschub geleistet hatten – auf Zügelung der reaktionären Tendenzen und auf Säuberung der Hamburger Polizei drängten²¹. Die Konstituierung der Kameradschaften scheint durch den Kapp-Putsch beschleunigt worden zu sein, und jedenfalls steht fest, daß die der (Mehrheits-)SPD angehörenden Mitglieder der Einwohnerwehren – nach deren Auflösung am 3. 11. 1921 – die „Vereinigung Republik“ ins Leben riefen (ähnlich dem „Verein Republik“ in Bremen) und – nach Stadtteilen organisiert – zu „Wehrsportübungen und gemeinsamen Polizeistreifzügen“ ausrückten, wobei das Wort „gemeinsam“ wohl die enge Zusammenarbeit mit der Polizei ausdrücken will²². Die rege Beteiligung der Hamburger Juden an der (nunmehr aufgelösten) Einwohnerwehr ist dadurch belegt, daß während der Weihnachtstage des Jahres 1919 die Juden freiwillig den Wachdienst anstelle ihrer feiernden Kollegen übernahmen²³.

Übrigens gab es auch in Hamburg, wie in Bremen, eine private Wachvereinigung namens „Heimschutz Groß-Hamburg“²⁴, und wenn jetzt noch eine spezifisch jüdische Komponente feststellbar ist, dürfte die Entstehung des Reichsbanners in den beiden großen Hansestädten ganz parallel verlaufen sein.

Tatsächlich taucht die jüdische Beteiligung auch in Hamburg deutlich auf – allerdings erst bei dem endgültigen Zusammenschluß der bereits genannten (und wohl auch noch einiger zusätzlicher) „Kameradschaften“ bzw. „Vereinigungen“, der, wie überall in Deutschland, seit Ende Februar 1924 vonstatten ging. Da standen nämlich alsbald zwei „Kameradschaften“ parat, die teilweise oder ganz eindeutig einen jüdischen Charakter trugen: Es waren dies die Kame-

²⁰ Die Hinweise darauf verdanke ich der großen Hilfsbereitschaft und Sachkunde von Herrn Dr. Sielemann, dem Sachbearbeiter im StA Hamburg, der meinem Anliegen viel Zeit und Mühe widmete, um die weit verstreuten und versteckten Belege vorlegen zu können. Mein herzlicher Dank sei ihm hiermit nochmals ausgesprochen.

²¹ Über die Hamburger Polizei: Wolfgang Schult, *Geschichte der Hamburger Polizei*, MS (1964) im StA Hamburg; Lothar Danner: *Ordnungspolizei Hamburg – Betrachtungen zu ihrer Geschichte*, Hamburg 1958. Ausführlicher Bericht über die Unruhen: MVAA 1919, S. 116f., abgedruckt auch bei Lorenz (Anm. 7) Bd. II, S. 1010ff.

²² Danner (wie Anm. 21), S. 48. Und vgl. über Zusammenarbeit mit der Polizei S. 82. Danner betont (S. 205) den Einfluß dieser Hamburger Entwicklung auf den „Entschluß... das RB SRG zu gründen“, was in keiner anderen Quelle erwähnt wird.

²³ *Im deutschen Reich* 1920, S. 46.

²⁴ Ursula Büttner, *Politische Gerechtigkeit und sozialer Geist – Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik*. Hamburg 1985. S. 104, Anm. 124.

radschaften Nr. 7 und Nr. 8. Da die „Kameradschaft jüdischer Frontsoldaten“ (wahrscheinlich Nr. 7) bereits am 23. November 1924 ihre Fahnenweihe feierte, dürfte sie wohl von Anfang an (oder noch davor!) existiert haben und wahrscheinlich die Saalschutzformation des Hamburger „Vaterländischen Bundes jüdischer Frontsoldaten“ gewesen sein! Ein Beweis dafür ergibt sich auch daraus, daß der Festredner bei der Bannerweihe²⁵ niemand anderer war, als die zentrale Persönlichkeit des RjF in Hamburg und dessen erster Vorsitzender, der schwerkriegsbeschädigte Dr. jur. Siegfried Urias. Der Kameradschaftsführer und Geschäftsstellenleiter der jüdischen Frontsoldatenkameradschaft hieß Ludwig Rothstein, und die Einladungsschreiben tragen seine Unterschrift und Adresse. Es läßt sich zu der überraschenden Tatsache einer rein jüdischen Abteilung in einer allgemeinen Wehrorganisation darauf hinweisen, daß es in Hamburg bereits 1916/18 mindestens *einen* Präzedenzfall separater jüdischer Wehrabteilungen gegeben hat: Als nämlich im Ersten Weltkrieg Jugendkompanien zwecks vormilitärischer Ausbildung ins Leben gerufen wurden, stellte der Hamburger Sportverein „Bar Kochba“ die „Neunte Jugendkompanie“ auf, die dann im Jahre 1917 beim Löschen eines Moorbrandes auch aktiv eingesetzt und vom stellvertretenden kommandierenden General daraufhin öffentlich belobigt wurde. Schon damals protestierte das Organ des CV gegen solchen „Separatismus“²⁶, und als dann später gegen Ende des Jahres 1926 der „Völkische Beobachter“ von der „Judenschutz“-Abteilung des Reichsbanners in Hamburg Wind bekam, scheint der CV auf den RjF Einfluß genommen zu haben, dem öffentlichen Sonderauftreten ein Ende zu bereiten; denn jedenfalls verkündete der CV zu Anfang des Jahres 1927, daß diese „im Deutschen Reich *einzig* dastehende“ Abteilung jetzt *nach außen hin* nicht mehr als jüdische Gruppe in Erscheinung“ trete. Zur Erklärung des Phänomens wurde entschuldigend mitgeteilt, daß „jüdische Reichsbannermitglieder“ sich lediglich „aus persönlichen Interessen als *Einzelpersonen* für den Saalschutz zur Verfügung“ gestellt hätten²⁷. Damit war für den CV die Theorie des jüdischen Nicht-Minderheitsgruppe-Seins gerettet. Aber die nunmehr „Kameradschaft Nr. 7“ genannten „Individuen“ fuhren fort, bei den Hamburger Juden eifrig Spenden und Beiträge zu sammeln, um ihre Tätigkeit zu finanzieren²⁸.

Wie gesagt, gab es seit Gründung der Hamburger Ortsgruppe des RB SRG die demokratische Kameradschaft Nr. 8, die tatsächlich nicht als jüdische Grup-

²⁵ StA Hamburg, CL VII, Lit. Q d, Nr. 533 fasc. Der Faszikel enthält nur ein Einladungsschreiben zur Bannerweihe „An einen hohen Senat“, die positive Antwort des Senats, sowie zwei gedruckte Ehrenkarten, deren Kopf mit dem Briefkopf identisch ist: „RB SRG. Kameradschaft jüd. Frontsoldaten, Hamburg.“ Die Ordnungsziffer „7“ dieser Gruppe ist wohl erst später gebräuchlich geworden – möglicherweise nachdem die „Kameradschaft“ als rein jüdische Gruppe nicht mehr „in Erscheinung“ trat. Der C. V. hatte sich nämlich dagegen gestemmt, als der volle Name der Gruppe an die Öffentlichkeit drang. Vgl. C. V.-Dienst, IV. Jg., Nr. 1/2, 15. Januar 1927, S. 12.

²⁶ *Hamburger Jüdische Nachrichten* 1921, Nr. 4, S. 34f., IDR 1917, S. 420.

²⁷ C. V.-Dienst (wie Anm. 25). Hervorhebungen teils im Original, teils von mir, J. T.

²⁸ Lorenz (wie Anm. 7), Aufruf aus dem Jahr 1928, S. 1024f.

pe auftrat, deren Mitglieder aber vermutlich zu einem guten Teil jüdisch waren. Jedenfalls wurde sie von einem gewissen Philipp Auerbach geführt, einem jungen Mann aus angesehenere jüdischer Familie der Stadt. Die Bannerweihe dieser Kameradschaft fand erst ein Jahr später als die der „Frontsoldaten“ statt, und die Nr. 8 wird wohl erst nach der Nr. 7 entstanden sein²⁹. Es ist anzunehmen, daß auch die Kameradschaft Nr. 8 von jüdischen Geldgebern unterstützt wurde, wie ja auch die Bremer Vorläufergruppen des „Reichsbanners“ um Apt und Bamberger und ihre Wochenschrift, „Die Freie Hanse“, parteipolitisch keineswegs zur Sozialdemokratie neigten. Sicherlich lagen die Dinge in Hamburg ganz ähnlich, und die Liierung mit dem „Reichsbanner“ darf keineswegs als Bekenntnis zur Sozialdemokratie gewertet werden.

So war es in den Hansestädten, so war es aber sicherlich – nach dem Trauma der Monate November 1918–April 1919 – auch im Süden Deutschlands, und vor allem in der bayerischen Hauptstadt München. Es ist eine böswillige Vereinfachung, wenn beispielsweise die bayerischen Regierungsorgane in Antwort auf einen jüdischen Protest gegen verbale und tätliche Angriffe der Antisemiten die Gelegenheit wahrnahmen, „darauf hinzuweisen, daß... an der Spitze der linksradikalen Bewegung Juden stehen“³⁰ und „daß man in gewissen jüdischen Erscheinungen die Exponenten dessen sehe, was im geschäftlichen und politischen Leben als besonders hassenswert“ gelte³¹. Wenn also irgendwo ein jüdischer Selbstschutz und eine Zusammenarbeit mit republikanischen Kräften vonnöten war, so stand Bayern damals mit an erster Stelle.

Tatsächlich finden sich Juden in Bayern an allen Ausgangspositionen, die in Hamburg und Bremen zum jüdischen Engagement im RB SRG geführt haben. In Städten wie München, Nürnberg, Würzburg, ja selbst an kleinen bayerischen Orten, sind sie unter den Aktiven und – mögen auch manche von ihnen für Kurt Eisner gewirkt und die Räteregierung unterstützt haben – gerade im Jahre 1919 läßt sich eine auffällige Beteiligung gerade an den als reaktionär geltenden Einwohnerwehren, und sogar in einigen Freikorps, feststellen³². Niemand hat den Juden dafür, oder für ihren Einsatz im oberschlesischen Selbstschutz (z. B. beim bayerischen Korps „Oberland“) gedankt. Im Gegenteil, die Freikorps und Selbstschutzorganisationen waren überall, wie selbstverständlich auch in Bayern, Brutstätten des virulentesten Antisemitismus.

So fiel es schließlich in München der Ortsgruppe des „Reichsbunds jüdischer Frontsoldaten“ als Aufgabe zu, eine Schutzabteilung, speziell zur Bewachung

²⁹ StA Hamburg (wie Anm. 25) fasc. 4, sowie staatl. Pressestelle I–IV, Nr. 4392, Bd. I.

³⁰ Min. Präs. Held am 31. Juli 1924, lt. „Auszug Ministerrat“, Bay. HStA München, MA 100116, Bl. 134.

³¹ A. a. O., MA 100403 vom 18. August 1921, in Antwort auf den Protest einer jüdischen Delegation unter Führung von Dr. Elias Straus betr. antisemitische Ausschreitungen in Memmingen.

³² Jüdischer Einsatz im April 1919 am Münchener Marienplatz und am Hauptbahnhof, den jüd. Mitglieder des Würzburger Freikorps stürmten, belegt aus archivalischer Quelle bei Dunker (Anm. 5), S. 252, Anm. 8.

jüdischer Institutionen und zum Saalschutz bei jüdischen Veranstaltungen aufzustellen. Nach Spitzelberichten konnten der RjF zu diesen Zwecken bis zu 150 Mann in der Isarmetropole mobilisieren³³. Dabei scheint in München die in den Hansestädten zutage getretene Neigung des RjF zu linksrepublikanischen Gruppierungen durchaus gefehlt zu haben, oder höchstens nur die Sache einzelner gewesen zu sein, die außerhalb des jüdischen Rahmens wirkten und deren Tätigkeit schwer zu belegen ist.

Das trifft sogar auf diejenigen altgedienten Mitglieder der Mehrheits-SPD zu, die den Mut besaßen, sich dem seit Mai 1919 in der Stadt und im Staat wütenden „weißen Terror“ der nationalistischen Kampfgruppen und der Regierung entgegenzustemmen. Einer der wenigen, dessen Zeugnis erst nach dem Zweiten Weltkrieg niedergeschrieben wurde, hieß Carl Landauer. Er wirkte seit 1920 an der sozialdemokratischen Tageszeitung „Münchener Post“ und war unter den Initiatoren des ersten Saalschutzes der Partei, und später ihrer „Sicherheitsabteilungen“, deren Nachrichtendienst und Finanzierung er organisierte, beraten von Rechtsanwalt Max Hirschberg und dessen Partner Philipp Löwenfeld³⁴.

Es mag sein, daß letzterer es war, der zwischen Carl Landauer und dem Büro des Münchener CV (Wilhelm Levinger), vermittelte, als Landauer nach dem Rathenaumord, vor der drohenden Putschgefahr von seiten der Rechtsextremen gewarnt, zur Bewaffnung und Aktivierung seiner Sicherheitsabteilungen dringend größere Geldmittel beschaffen mußte. Jedenfalls gelang es ihm, in Berlin Kontakte zu Paul Nathan und zu Ludwig Holländer, dem Geschäftsführer des CV, aufzunehmen, bei denen er sich durch ein „loses Abkommen“ eine Geldquelle erschloß, die allerdings nicht so ergiebig wie erhofft fließen wollte. Die Verbindung wurde durch einen Zufall der Polizei – und dadurch sofort auch den antisemitischen Gruppen – bekannt, und das Zusammenstehen der „jüdischen Kapitalisten und sozialdemokratischen Bonzen“ ergab einerseits publikumswirksames Propagandamaterial und erleichterte dadurch andererseits die Entwaffnung der Münchener „Sicherheitsabteilungen“ durch die Regierung v. Kahr, gerade als die Putschgefahr seitens der bayerischen Rechtsextremisten sich immer drohender abzeichnete (Ende September 1923)³⁵.

In München taucht also, anstelle der bisher beobachteten Neigung des RjF zur Zusammenarbeit mit den die Republik verteidigenden Kräften, zum ersten Male der CV als Hilfestellung für eine republikanische Wehrorganisation auf – aber nur im Verborgenen und mit allzu geringen Mitteln, die nicht einmal von den Münchener Mitgliedern des CV aufgebracht wurden, sondern aus Berlin ka-

³³ Bay. HStA München, M. Inn. 73685, Polizeibericht v. 14. November 1922. Dunker belegt dieselbe Zahl lt. a. a. O., MA 106562. Diese Akte habe ich nicht einsehen können.

³⁴ Der Text und die Zitate folgen hier dem autobiographischen Beitrag von Carl Landauer: „Erinnerungen an die Münchener Sozialdemokratie“, in: (Hrsg.) Hans Lamm *Juden in München*, 1959, S. 311–317. Landauer arbeitete bis 1926 an der Münchener Post, zuletzt als Redakteur. Dann ging er nach Berlin.

³⁵ A. a. O. Vgl. auch kurz: Donald L. Niewyk: *Socialist, Anti-Semite, and Jew*. Baton Rouge, 1971, 58f.

men. Zwei Gründe lassen sich für diese Zurückhaltung anführen: Im allgemeinen war die große Mehrzahl der Mitglieder des CV und seiner Führungspersönlichkeiten gegenüber der Sozialdemokratie zumindest kritisch, wenn nicht gar ablehnend, eingestellt, und die sozialen, organisatorischen oder weltanschaulichen Gründe brauchen hier nicht näher analysiert zu werden³⁶. Dazu kommt dann aber das Spezifikum, daß der CV es sich zum Prinzip gemacht hatte, finanzielle Beihilfen an allgemeine Organisationen nur „bedingungsweise“ zu gewähren, nämlich zum deklarierten Zweck der aktuellen Abwehrarbeit gegen den Antisemitismus. Von dieser Bedingung ging man zunächst nur sehr ungern und in Einzelfällen ab, bis man allzu spät das Prinzip fallen lassen mußte³⁷.

Als zusätzliche Münchener Gegebenheit muß wohl erwähnt werden, daß die dortige Ortsgruppe des CV, beginnend von der Spitze – dem Vorsitzenden Dr. Ludwig Wassermann und dem späteren Geschäftsführer Dr. Werner Cahnmann³⁸ – und herab bis zu den mittel- und kleinbürgerlichen Mitläufern, dazu neigte, das politische Heil bei der „Bayerischen Volkspartei“ zu suchen. Darin wurde die jüdische öffentliche Meinung bis 1924 konsequent unterstützt durch die verbreiteste jüdische Zeitung Bayerns, Rabbiner S. Meyers Regensburger *Laubhütte*³⁹. Es mag aber immerhin sein, daß in Nürnberg, und speziell in Würzburg und Umgebung, die jüdischen Beziehungen zu den linken Schutzabteilungen sich etwas freundlicher gestalteten als in München, wo sie sich hauptsächlich in dem erwähnten kleinen Kreis um Carl Landauer konzentrierten, selbst nachdem 1924 das RB SRG als offizielle allgemeinrepublikanische Neugründung hervortrat.

In Nürnberg wirkte nämlich nicht nur Dr. Julie Meyers als Verbindungsperson zwischen jüdischen Organisationen und dem Reichsbanner, sondern im bayerischen Ministerrat wies am 31. Juli 1924 Ministerpräsident Held ausdrücklich, unter Nr. 4 der Tagesordnung, „... auf das immer stärkere Hervortreten

³⁶ Über das historische Für und Wider im Verhältnis von Juden und Sozialismus vgl. J. Toury: Die Dynamik der Beziehungen zwischen Juden und Arbeiterbewegung im Deutschland des 19. Jh., in: *Beiheft 2 zum Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte*, Tel Aviv 1977, S. 47–62.

³⁷ Zitiert nach der zu Unrecht vergessenen Denkschrift von Dr. Julie Meyers, der ehem. Sekretärin des C. V. Nürnberg und des Verbandes Bayer. Israelitischer Gemeinden. Sie gehörte wohl der SPD an und unterhielt enge Beziehungen zum RB. Nach ihrer Emigration wirkte sie in New York an der School of Social Research. Ihre hektographierte Denkschrift heißt: *Jewish Anti-Defamation Work in Pre-Hitler Germany*, published by the Jewish Labor Committee, New York, n. D. (ca. 1943). Hier zitiert von S. 23, 24.

³⁸ Über Wassermann vgl. Carl Landauer (wie Anm. 34), S. 317. Über Cahnmann liegen Selbstzeugnisse vor. Seine autobiographischen Aufzeichnungen befinden sich im Leo Baeck Institute, London, sind aber nicht allgemein zugänglich. Ich danke dem Direktor, Herrn Dr. Arnold Paucker für die frdl. Genehmigung der Einsichtnahme.

³⁹ Rabb. Dr. S. Meyer trat in seiner *Deutsch Israelitischen Zeitung*, nebst Beilagen *Die Laubhütte* (das war bei Gründung – und periodenweise auch später – der Haupttitel des Blattes!) dezidiert für eine loyale jüdische Unterstützung der BVP ein und versuchte, die Führungsspitzen der Partei zur Bekämpfung aller antisemitischen Erscheinungen im Gros der Mitgliedschaft zu bewegen (Jg. 1919–1924). Er starb 1925.

des Bundes Schwarz-Rot-Gold hin, der in Nürnberg schon über 3000 Mitglieder zähle und namentlich *von den Juden* unterstützt werde. Der Bewegung müsse scharfes Augenmerk zugewendet werden. . . .⁴⁰

Über Julius Streichers giftige Judenhetze in Nürnberg und dem fränkischen Hinterland verlor der Ministerpräsident kein Wort. Aus jüdischen Quellen liegt über Nürnberg oder auch das übrige Bayern aus der Anfangszeit des Reichsbanners, außer dem Erinnerungsbericht von Julie Meyers, keine Nachricht vor, die darauf schließen ließe, daß man das RB SRG großzügig unterstützt hätte, im Gegenteil, bis etwa 1929 sind die „Hauptzuwendungen von *individuellen* Juden erflossen. . . . recht oft gerade in *kleinen* Orten, wo die Juden als einzige zur Lokalorganisation des RB beitrugen“⁴¹.

Tatsächlich sammelten die Behörden, und allen voran die Polizei-Nachrichtenstellen, hauptsächlich die auf jüdische und sozialistische Aktivitäten hinweisenden Einzelheiten, als ob jegliche Ruhestörung nur von diesen ausginge. So ist beispielsweise auch die Tätigkeit der nationalsozialistischen Propagandistin Miss Ellend(t) zwischen 1923 und 1924 im Bereich Würzburg nicht Gegenstand von behördlichen Recherchen, sondern nur durch jüdische Klagen über antisemitische Ausschreitungen nach ihren Versammlungen belegt⁴². Aus diesen Berichten geht aber auch hervor, daß sich eine Opposition auf den Dörfern zusammenfand und Nazi-Versammlungen zu sprengen versuchte. So geschah es aktenmäßig im April 1923 beim Auftreten der Ellendt in Gerolzhofen, wozu der amtliche Bericht aber nur anzumerken weiß, daß eine spätere jüdische „Aufklärungsversammlung“ ohne Störung vonstatten ging⁴³. Wer im ersten Falle das Sprengkommando, im zweiten Fall den Saalschutz stellte, blieb unerwähnt.

Ein einzigartiges Zeugnis zu den offen gebliebenen Fragen liefert Meyers für die Jahre des zweiten nationalsozialistischen „Aufbruchs“ (seit 1925) aus einem Ort, den sie nur als „J“ identifiziert und als „stronghold of anti-semitic activities“ definiert. Es scheint sich wohl um ein fränkisches Städtchen im Wirkungsbereich Streichers zu handeln. Dort stellten „jüdische Kaufleute, die keineswegs reich waren, Uniformen für die Ortsgruppe des ‚Reichsbanners‘ und sorgten für deren Arbeitslose“. Während vor der Gründung des RB SRG am Ort die Juden „nach Eintritt der Dunkelheit nicht gewagt hatten, auf offener Straße zu gehen, ein Lokal zu betreten o. ä.“, änderte die Lage sich durch die Zusammenarbeit („community“) von Juden und Arbeitern. Jedoch durfte man nicht darüber

⁴⁰ Vgl. Julie Meyers (wie Anm. 37) und Bay. HStA München, MA 100421, Ministerrats-Auszug v. 31. Juli (Jahr fehlt, doch ist 1924 wahrscheinlich, da weitere ähnliche Auszüge voll mit der Jahreszahl 1924 datiert sind. Hervorhebung von mir, J. T. Dr. Heinrich Held's weitere politische Fehleinschätzungen ermöglichten es Adolf Hitler noch im selben Jahr, auf die politische Bühne zurückzukehren.

⁴¹ Wie Anm. 37. Übersetzung des englischen Textes und Hervorhebung von mir, J. T.

⁴² Bay. HStA München, M. Inn. 73725, unpaginierte Sammlung, aber mehr oder weniger genau in chronologischer Ordnung. Hier: Ausschnitt aus *Fränkischer Tagespost* vom 29. Januar 1925.

⁴³ A. a. O., Bericht Bez.-Amt Gerolzhofen an Reg. Präs. Würzburg, 5. Januar 1924.

offen reden, denn: „When brought out into the open, (it) disgraced the organizations concerned . . .“⁴⁴.

Die Organisationen, also das Reichsbanner, ebenso wie CV und RjF (oder auch Zionisten? s. u.), lieferten durch offene Zusammenarbeit den antisemitischen Propagandisten reichlichen Stoff zu antirepublikanischen und antijüdischen Angriffen: Mehr noch, in Bayern (später auch anderswo) bestand die Regierung darauf, das Reichsbanner als „politische“ Vereinigung⁴⁵ zu behandeln, d. h. als sozialdemokratische Parteiformation mit Argusaugen zu überwachen. So konnte sie wohl auch den Verdacht nicht unterdrücken, daß die erwähnten Widerstandszeichen in Gerolzhofen, und später in „J“, wenn schon nicht von Nürnberg, so doch jedenfalls von Würzburg inspiriert waren.

In Würzburg arbeitete nämlich eine Ortsgruppe der Republikanischen Beschwerdestelle, e. V., Berlin, die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, über das verfassungsgemäße Verhalten von Beamten und Regierungsstellen zu wachen. Mit ihren Eingaben und Anfragen war sie den Regierungsorganen so unbequem, daß man beispielsweise in Württemberg ihre Schriftsätze überhaupt nicht beantwortete⁴⁶. Besonderen Verdacht erregte nun „der Würzburger Stellenleiter“ Alfred Semank, da er zusätzlich zu allen Verfassungsinterpellationen gleichzeitig noch geschäftsführender Vorsitzender der Kreisleitung Würzburg des Reichsbanners und Parteisekretär der DDP war. „Da Semank außerdem mit Organisationen wie SPD, Republikanische Jugendverbände . . . Republikanischer Reichsbund, Reichsbund jüdischer Frontsoldaten“ zusammenarbeitete, war das für die Münchener Regierung gleichbedeutend mit stärkstem Verdacht der Staatsfeindlichkeit. Machten sie doch z. B. dem führenden Reichsbannermann und Demokraten, dem Nürnberger Oberbürgermeister Luppe auf Schritt und Tritt die größten Schwierigkeiten⁴⁷! Eine ähnliche Mentalität, die alle rechts vom Zentrum (und DVP)(wirkenden Kräfte als Kommunisten etikettiert, ist ja

⁴⁴ Die gesamte Schilderung von „J“ bei Julie Meyers (Anm. 37), S. 24, 25.

⁴⁵ Aufgrund der §§ 36, 37 des Wehrgesetzes vom R. K. für die Überwachung der öffentlichen Ordnung, lt. Entscheidung 196.7.24 vom 5. August 1924. Am selben Tage wurde auch der „Deutsche Republikanische Reichsbund“ so klassifiziert. Die Daten sind hier angegeben nach: StA München, Pol. Dir. 6889, Bl. 2, V & R.

⁴⁶ Eine ganze Akte über die Beschwerdestelle: Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, RMdI (15.01)/25668/13, und auch 2598. Über die Würzburger Ortsgruppe vgl. Anm. 47.

⁴⁷ Bayer.HStA München, M. Inn. 73725, „Lagebericht“ o. D. (wohl 1925) unpaginiert. Vgl. Anm. 45, Auszug aus Lagebericht Nr. 820/II vom 5. Februar 25, Bl. 3: „Einen empfindlichen Verlust für das RB bedeutet es, daß O. B. Dr. Luppe sich bis auf weiteres von jeglicher öffentlicher Tätigkeit für das RB SRG zurückziehen will“. Der Anlaß war wohl, daß er – wie ja auch andere führende Republikaner (Scheidemann, Walter Loeb u. a.) – in einen aufgetrumpften Meineidsprozeß verwickelt wurde. Der Beleidigungsprozeß gegen Ebert hatte den Kampf gegen die Sozialdemokratie auf der Justizebene begonnen und gehört wohl auch zur Vorgeschichte des RB SRG. Ein zentraler, wenn auch nicht allzu gelungener Teil des Abwehrkampfes des RB war eine Serie von Prozessen in die Otto Hörsing verwickelt wurde (re: Oskar Hamburger und insbes. die Affäre Haas-Helling) Geh. StA. Dahlem, Rep. 84a, 11764; HiKo Berlin, Nl. Hörsing, Mappen 19, 21.

bereits am nördlichen Zipfel des Reiches, in Bremen, aufgezeigt worden. Interessant in Hinsicht auf Würzburg aber bleibt die Feststellung, daß hier, als einzigem bayerischen Ort, eine Personalunion zwischen Reichsbannerführung und RjF-Zugehörigkeit angedeutet ist.

Aber es scheint, daß – selbst wenn in den bisher behandelten Orten eine solche Zusammenarbeit die Regel war – sie im großen und ganzen eine geringfügige Ausnahme darstellte. Sogar in Würzburg ereignete sich in dieser Hinsicht etwas sonst nirgendwo in Deutschland Belegbares: In einer gemeinschaftlichen Sitzung der jüdischen Gemeinde und des CV am 20. November 1930 beschloß man, laut Spitzelbericht, die Gründung eines rein jüdischen Selbstschutzes, da Reichsbanner und SPD einen genügenden Schutz „nicht bieten“ könnten. Ein einziger Anwesender trat als Mitglied des RB gegen den Beschluß auf, konnte seine Verwirklichung aber nicht verhindern. Noch am selben Abend trugen sich 10 Selbstschützer in die Listen ein⁴⁸.

Kurz – es ergibt sich als Fazit aller bisherigen Betrachtungen, daß die Zusammenarbeit zwischen Reichsbanner und RjF und/oder CV eher die große Ausnahme, als die Regel war. In diesem Sinne stellt auch die Denkschrift von Julie Meyers eindeutig fest, daß eine *offene* Zusammenarbeit *beiden* Seiten nur Unannehmlichkeiten („disgrace“) einbrachte⁴⁹ – ganz abgesehen davon, daß die Führungsspitzen der jüdischen Organisationen die ihnen anerzogenen patriotischen Loyalitätsbeteuerungen ebenso wenig im Zaume hielten wie die Mitglieder des Reichsbanners ihre etwaigen antijüdischen Vorurteile zu zügeln lernten.

Nun war der Bundesvorsitzende des RB SRG, Regierungspräsident Otto Hörsing in Magdeburg, ein völlig vorurteilsloser Mensch und stellt seine Immunität gegenüber dem Antisemitismus mehr als einmal unter Beweis. Einer seiner Vertrauten, Paul Crohn⁵⁰, stand ihm als Bundesschatzmeister zur Seite, doch liegt keinerlei Beweis vor, daß ein jüdischer Schatzmeister mehr jüdische Gelder locker machen konnte als ein nichtjüdischer. Ein anderer Magdeburger Bundesgenosse Hörsings, der jüdische Rechtsanwalt und Geschäftsführer des CV für die Provinz Sachsen – Dr. Felix Heimann – wurde in die Bundesleitung des RB SRG berufen, ohne daß er persönlich der Vereinigung angehörte – was alsbald von einer bayerischen Nachrichtenstelle herausgefunden und in einem ihrer „Lageberichte“ verbereitet wurde⁵¹. Heimann war übrigens in jüdischen Dingen vielseitig bewandert und aktiv und gab seit 1926 ein lokales „Jüdisches Wochenblatt“ heraus, das ausgesprochen reichsbannerfreundlich war⁵².

Weniger im jüdischen Leben, dafür aber zentral im Reichsbanner engagiert,

⁴⁸ Bay. StA München, M. Inn. 73725, Pol. Dir. Würzburg, vom 28. November 1930.

⁴⁹ Wie Anm. 37 u. 44. Hervorhebungen von mir, J. T.

⁵⁰ Vgl. Karl Rohe (wie Anm. 1), passim, lt. Index.

⁵¹ StA München, wie Anm. 45, Bl. 5, „von der Reichswehr zusammengestellt“.

⁵² Voller Titel: „Jüdisches Wochenblatt für Magdeburg und Umgebung“. Das Blatt gehört heute zu den Raritäten. Im Nl. Hörsing (HiKo Berlin) befindet sich in Mappe 22 die Ausgabe des 2. Jg. vom 12. August 1927, mit Heimanns Laudatio auf Hörsing, bei dessen Abdankung als Oberpräsident d. Prov. Sachsen.

war der Magdeburger Paul Crohn, der Schatzmeister des gesamten Bundes und einer der persönlichen Vertrauten von Otto Hörsing⁵³. Über Verbindungen Crohns zu jüdischen Organisationen ist nichts bekannt geworden. So ergibt sich also für die preußische Provinz Sachsen, was bereits für Bayern festgestellt wurde, daß nämlich in den Städten mit verhältnismäßig dichter jüdischer Bevölkerung (in Magdeburg lebten 1925 etwa 3000 Juden) dem Reichsbanner zwar viele jüdische Abwehrdrucksachen, aber recht wenig Bares ins Büro flatterten.

Mehr noch, in Berlin, der größten jüdischen Gemeinde Deutschlands, fehlte augenscheinlich bis nach der Entstehung des RB SRG jede offene Verbindung jüdischer Organisationen mit den Vorläufern des Bundes, während andererseits die in den republikanischen Vereinigungen aktiven Juden keine Verbindung zu rein jüdischen Vereinigungen pflegten. Als Beispiele mögen die demokratischen Jugendvereine Berlins dienen, die 1921/22 – zusammengefaßt in der „Reichsorganisation der deutsch-demokratischen Jugend“ – recht aktiv zur Sammlung aller Kräfte vom Windthorst-Bund bis zur mehrheitssozialistischen Jugend agitierten und besonders nach dem Rathenaumord die Regierung Wirth, sowie den Kanzler persönlich, voll zu unterstützen bereit waren⁵⁴. In unserem Zusammenhang interessiert, daß diese, dem überparteilichen Reichsbanner den Weg bahnenen Kräfte, soweit aus den Akten ersichtlich, keine Juden an maßgeblicher Stelle zu den ihren zählten und in jüdischen Quellen überhaupt nicht beachtet wurden!

Kurz, für Berlin ergibt sich das Bild dichotomer Kräfte: Einerseits betrieben die Juden auf eigene Faust Abwehrvorbereitungen⁵⁵, andererseits beteiligten sich jüdische Sozialdemokraten sehr aktiv an den Vorarbeiten, die zur Gründung des RB SRG führten. Als Beispiel eines jüdischen Aktiven, der von Anfang an (d. h. seit 1916)⁵⁶ dabei war und nie zum eigentlichen „Führungs“-Gremium der Partei, sondern eher zur zweiten Garnitur gehörte, sei hier Erich Kuttner⁵⁷ angeführt, der dann ja auch an der Zeitung des Reichsbanners mitwirkte.

⁵³ Eine Hörsing-Biographie fehlt noch.

⁵⁴ BA Koblenz, R 43 1/266L, beispielsweise Bl. 18 V & R. Es soll darauf hingewiesen sein, daß Wirth tatsächlich, wie ja auch die christlichen Gewerkschaften, dem RB viel Sympathien entgegenbrachte und gelegentlich auch an Veranstaltungen des RB aktiv teilnahm. Die Gegnerschaft im Zentrum konzentrierte sich wohl zunächst um Wilhelm Marx während seiner Kanzlerschaft. Zwei spätere Zentren der Gegnerschaft scheinen im oberschlesischen Zentrum („Kreuzschar“) und in Württemberg entstanden zu sein.

⁵⁵ Vgl. Dunker (wie Anm. 5) für die Zeit von 1919–1923 auch die hebräische Schilderung von J. Toury „Self-Improvement and Self-Defense“, in: *Yalqut Moreshet* 42 (1986). Eine erweiterte deutsche Fassung ist in Vorbereitung.

⁵⁶ Rohe (Anm. 1) S. 126 erwähnt die erste Initiative der Kriegsteilnehmer Friedrich Stampfer, Erich Kuttner u. a. vom Herbst 1916, betr. das „Organisationsbedürfnis“ der heimkehrenden Krieger. 1919 war Kuttner Kompanieführer beim Regiment „Reichstag“, dann Redakteur bei der Parteipresse, Mitglied d. Preuß. Landtags, usw. Doch stand er niemals in der ersten Reihe der Partei- und RB-Größen.

⁵⁷ Über Kuttner jetzt: Bart de Cort „Was ich will, soll Tat werden – Erich Kuttner 1887–1942“ Bez.-Amt Tempelhof-Berlin 1990.

Allerdings gehörte er nicht dem Bundesvorstand⁵⁸, sondern nur dem weiteren „Reichsausschuß“⁵⁹ an, in dem noch mehrere jüdische Mitglieder saßen, insbesondere – neben zwei Zentrumsmitgliedern – die Demokraten Dr. Ludwig Haas (und die Chefredakteure) Theodor Wolff, Georg Bernhard, Dr. K. Simon. Diese, soweit sie Berliner waren, traten weder im CV noch im RjF prominent hervor.

So sind aus Berlin eigentlich nur zwei Beispiele vom Anschluß führender jüdischer Organisationsmitglieder an das RB SRG und die SPD bekannt geworden. Der eine, Artur Schweriner, scheint zunächst der DDP nahegestanden zu sein und war – besonders in Wahlkämpfen – aktiver Vertreter des CV in den Provinzen⁶⁰. Er trat jahrelang als Redner in Versammlungen der RB SRG auf und befürwortete innerhalb des CV die Umstellung der „Aufklärungsarbeit auf Massenwirkung“⁶¹, unter Einbeziehung der rechtsextremen Propagandatechniken, wie Witze, Karikaturen, Satiren u. ä., um „Alarm“ unter der Bevölkerung zu schlagen. „Alarm“ nannte er dann auch das von ihm seit 1929 herausgegebene und redigierte Kampfblatt, das zwar der SPD nahestand, aber indirekt CV-Gelder als Zuschuß erhielt. Daß er seine Ämter im CV aufgab, wie Niewyk behauptet, wird durch die Berichte der CV-Zeitung *nicht* bestätigt⁶². Doch fehlte andererseits eine eindeutige Unterstützung durch den CV für Schweriners aktivistische Linkswende, und noch im Mai 1931 mußte ein junger Sozialdemokrat in der CV-Leitung beinahe apologetisch die Frage beantworten, ob ein Sozialdemokrat eigentlich Mitglied des CV sein solle oder könne⁶³. Der Kreis um Schweriner im CV scheint also weder zahlreich noch einflußreich gewesen zu sein.

Was nun den Berliner „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten“ betrifft, so ist festzustellen, daß er sich erheblich zurückhaltender verhielt als die Ortsgruppen Bremen, Hamburg, Würzburg (und vielleicht auch noch andere, über die keine Einzelheiten vorliegen, wie in Kassel und in kleineren Orten). Das erklärt sich

⁵⁸ Mitgliederliste des Bundesvorstands, der meist Magdeburger umfaßte, im ersten Blatt der Ztschr.: „Das Reichsbanner“ vom 15. 4. 1924.

⁵⁹ Eine erweiterte Liste: Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, RKO St. 12, Nr. 104/1, Bl. 185f.

⁶⁰ Über ihn vgl. Arnold Paucker: *Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik*, Hamburg 1968, S. 120f., 160f.; Niewyk (wie Anm. 35), S. 149f., sowie die Quellen in Anm. 61.

⁶¹ So wirkte er beim Wahlkampf in Oberschlesien (Herbst 1924), zusammen mit dem im RB aktiven Vorst. Mitgl. des C. V. und Sekretär d. Angest. Gewerkschaft, Ernst Behrendt-Beuthen, und der dortigen Jugendgruppe der „Kameraden“: *C. V.-Zeitung* 1924, S. 588f.

⁶² *C. V.-Zeitung* 1924, Nr. 3, Leitartikel, gez. Artur Schweriner. Hervorhebung von mir, J. T. Die erste Nr. des heute sehr seltenen „Alarm“ vom 1. Nov. 1929 befindet sich im HStA Düsseldorf, Reg. Aachen/23763; noch im Jahre 1932 nennt ihn die *C. V.-Zeitung* (S. 58, 482, 493) „stellvertretender Syndikus“ und sogar „Landesverbandssyndikus“, Leipzig), so daß Niewyks Bemerkung über sein Ausscheiden aus der aktiven jüdischen Arbeit zugunsten des RB SRG aus der Luft gegriffen scheint.

⁶³ Heinz Cohn, in *C. V.-Zeitung* vom 29. Januar 1931.

wohl aus der Neigung des Vorstandes, die von ihm selbst aufgestellten Richtlinien für die Tätigkeit des Bundes beispielhaft streng innezuhalten. Es heißt nämlich in deren letztem Absatz (§ 3)⁶⁴:

„Zu Fragen der inneren jüdischen Politik, der inneren *deutschen* Politik, der Religion, nimmt der Frontsoldatenbund keine Stellung, er lehnt daher auch *jede Betätigung* nach den genannten Richtungen hin ab.“

Soweit bisher feststellbar, haben die Berliner Führungskreise des RjF keine Verbindungen zu den Vorläufern des Reichsbanners oder zu den eigentlichen RB-Formationen aufgenommen. Was sie selbst an praktischen Abwehrmaßnahmen organisierten und durchführten, ist wohl allein auf ihre Initiative und das mehr oder weniger aktive Mitziehen anderer jüdischer Vereine zurückzuführen⁶⁵.

Auch die Zionisten versuchten sich – vielleicht als erste große jüdische Organisation – in Alleingängen bei Pogromgefahr⁶⁶. Es scheint, als habe R-A. Alfred Klee das „Verteidigungs-Portefeuille“ nicht nur in der Berliner, sondern in der gesamten Zionistischen Vereinigung für Deutschland (ZVfD) in Händen gehabt. Klee ist jedenfalls die zweite hier zu erwähnende Führungspersönlichkeit, die damals begann, zur SPD, und später auch zum RB, zu tendieren. Er hatte zuvor als rechts vom Zentrum stehend gegolten, doch seit der Pogromgefahr in den Tagen des Kapp-Putsches mag er einer entscheidenden Wende nähergekommen sein, gerade weil er sich um die Sicherheit der Juden sorgte. Jedenfalls nutzte er damals seine Beziehungen zu Fritz Rathenau im Innenministerium, um so mit dem Berliner Polizeipräsidenten in Verbindung zu treten. Andererseits verzichtete er nicht darauf, seine persönliche Bekanntschaft mit dem linken Sozialisten Dr. Oscar Cohn spielen zu lassen, um sich durch ihn über die Lage zu informieren.

Schließlich verebte die akute Pogromgefahr beim Zusammenbruch der Putschbewegung, und damit verliefen sich auch schnell die tastenden Versuche, die damals von gesamtjüdischen Gremien ausgingen, eine gemeinsame Verteidigungsorganisation aufzubauen⁶⁷. Wichtig bleibt jedoch, daß Klee seitdem seinen während des Putsches gemachten Beobachtungen treu blieb, daß nämlich „die Arbeiter, wo sie konnten, allen solchen [antijüdischen] Bestrebungen“ entgegentraten⁶⁸. So intensivierte er seine Beziehungen zur Sozialdemokratie und begann auch, als Anwalt für linke Angeklagte aufzutreten.

Der damals berüchtigtste Prozeß betraf Georg Sklarz, der neben seinen sonsti-

⁶⁴ Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, 75 Ge 1/601, Bl. 2. (Aus dem ehem. Gesamtarchiv der deutschen Juden.) Hervorhebungen von mir, J. T.

⁶⁵ Gemeint sind – abgesehen von dem bereits oben kurz erwähnten „AB“ – insbesondere die Abwehrmaßnahmen Anfang November 1923, sowie die Versuche von 1927, eine gesamtjüdische Abwehrorganisation, „JAD“, ins Leben zu rufen. Vgl. Dunker (wie Anm. 5) passim, und insbes. S. 63f.

⁶⁶ Vgl. den ungezeichneten Bericht vom März 1920 in CZA Jerusalem, NL Klee, A 142/87/40. Auch Dunker ist der Meinung, daß dieser Bericht aus den Tagen des Kapp-Putsches von Klee selbst verfaßt ist. Dazu kommt dann zwei Jahre später Klees Reisen nach Beuthen während der dortigen Exzesse im Herbst 1923. Quellenangaben zu letzterem Punkt: J. Toury (wie Anm. 55).

⁶⁷ NL Klee, wie in voriger Anm., S. 55.

⁶⁸ A.a.O.

gen Geschäften⁶⁹ auch gegen Ende des Jahres 1918 eine Wach- und Schließgesellschaft zum Schutz vor Plünderungen in Berlin organisierte. Während der Spartakisten-Unruhen sorgte Sklarz für Beköstigung und Entlohnung des „Republikanischen Regiments Reichstag“ und leistete wohl auch sonst der Mehrheits-SPD zu ihrem Überleben wichtige Helferdienste. Übrigens war er mit Philipp Scheidemann persönlich befreundet⁷⁰.

Während des Sklarz-Prozesses wurde der verteidigende Dr. Klee sogar für drei Tage (16.–19. August 1924) verhaftet, weil er den Aufenthaltsort des flüchtigen Angeklagten nicht preisgab. Durch den traumatischen Zusammenstoß mit nationalistischer Justizmanipulation sind Klee wohl die Reste seiner ehemaligen Neigung zu den Parteien der Rechten abhanden gekommen⁷¹. Daß später ähnlich aufgebauchte Monsterprozesse gegen aus dem Osten zugewanderte Juden zur Propaganda gegen das Reichsbanner ausgeschlachtet wurden, mag Klee ebenso wenig erfreut haben wie die anderen Mitglieder des RB SRG, die sich „Barmatrepublikaner“ oder „Sklarekbanner“ betiteln lassen mußten⁷².

Klees Anschluß an die SPD und das KB SRG wurde auch dadurch erleichtert, daß die ersten öffentlichen Auftritte der neuen republikanischen Wehrorganisation zusammenfielen mit einer Wende in der Politik der ZVfD, die unter dem Einfluß von Kurt Blumenfeld eine eindeutig palästinozentrische Orientierung proklamierte und von den nach innen gerichteten Aufgaben, also auch der Abwehr antisemitischer Angriffe, mehr und mehr abrückte. Gerade die aktive Abwehr war aber ein zentrales Anliegen Klees und der von ihm begründeten „Jüdischen Volkspartei“, und die Hoffnung auf Verständnis von links bestärkten ihn wohl in seiner „... Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie“ und in seiner „aktive(n) Mitarbeit beim Reichsbanner“⁷³.

Außerdem hatte Klee zum Schwiegersohn den Regierungs- und späteren

⁶⁹ Trude Maurer, *Ostjuden in Deutschland 1918–1933*, Hamburg 1986, S. 141, allerdings ist die dortige Schilderung mit Auszügen aus antisemitischen Quellen bestückt. Vgl. daher auch die nächste Anm.

⁷⁰ Zur Verifizierung der Angaben wurde die damals vom jungen Kurt Schumacher redigierte *Schwäbische Tagwacht* vom 28. Januar 1920 (HStA Stuttgart, E 131/108) herangezogen und Maurers Formulierungen etwas gemildert.

⁷¹ Die gesamte Affäre um Prozeß und Verhaftung: CZA Jerusalem, A-142/24/15–20. Die Formulierungen im Text stützen sich auf einen Bericht im *Jüdischen Echo*, München 11. Jg. 1924, S. 235f., der hier wegen des folgenden erklärenden Beisatzes Platz findet: „... ein grober Verstoß gegen die Stellung des Verteidigers. Man hat z. B. noch nichts davon gehört, daß die Verteidiger des steckbrieflich verfolgten Kapitänleutnants Erhardt wegen Begünstigung in Untersuchungshaft genommen seien.“ In einer späteren Nummer des *Echo* wird übrigens berichtet, daß gegen den verhaftenden Landgerichtsrat ein Entmündigungsverfahren laufe, das sowohl von Amts wegen, wie auch von der Familie, anhängig gemacht wurde.

⁷² *Völkischer Beobachter* 1925, 27./28. September; 1931, 20./21. Dezember.

⁷³ Aussage von Georg Kareski bei seinem Prozeß in Jerusalem. CAHJP J-m, P 82/24b, Bl. 1. Klee soll sogar um 1929 eine Kandidatur zum Preuß. Landtag für die SPD erwogen haben. Vgl. Ernest Hamburger u. Peter Pulzer, *Jews as Voters in the Weimar Republic*, in: *Year Book XXX of the Leo Baeck Institute*, London 1985.

Ministerialrat Hans Goslar⁷⁴, der auch zu den Reichsbanner-Aktiven gehörte. Das bedeutet nicht, daß der damals etwa fünfzigjährige Klee und sein eher intellektuell angehauchter Schwiegersohn bei Aufmärschen oder Geländeübungen besonders in Erscheinung getreten wären. Aber Klees Rechtskenntnisse, insbesondere auch seine Tätigkeit als Syndikus des "Schutzverbands deutscher Schriftsteller"⁷⁵, waren dem Reichsbanner (und seinen – oft jüdischen – literarischen Mitarbeitern⁷⁶) vielleicht beinahe ebenso wichtig wie die zentrale Stellung von Hans Goslar im preußischen Staatsministerium.

So ist das Problem des Verhältnisses von Juden und Reichsbanner bereits seit Anbeginn dadurch gekennzeichnet, daß auf zwei Ebenen, der intellektuellen und der finanziellen, die Juden unter den *Gebenden* einen nicht unwichtigen Platz einnahmen, während ihre Gegenwart in Reih' und Glied, mit Ausnahmen, wie den Hamburger Kameradschaften Nr. 7 und 8, oft vermißt wurde.

Was jüdische Intellektuelle in den Druckschriften des RB SRG veröffentlichten, interessierte die Judenfeinde nur marginal. So blieb es z. B. unbekannt, daß einer der damaligen jüngsten Aktiven des Berliner CV, Alfred Hirschberg, eine anonyme Broschüre: „Das wahre Gesicht des Nationalsozialismus“⁷⁷, für das Reichsbanner verfaßt hatte, die mindestens zwei Auflagen erlebte.

Man darf aber bei Betonung der jüdischen literarischen Tätigkeit fürs RB SRG und vor allem der jüdischen Beiträge zu den Fonds der Wehrabteilungen⁷⁸ nicht in dieselbe Übertreibungsmanie verfallen, die der rechtsradikalen Propaganda, aus naheliegenden Gründen, immer und immer wieder als Mittel zur Verteufelung des „Schwarz-rot-senftenen Judenschutzes“⁷⁹ so gelegen kam. Diese Schlagzeile aus einer Münchener N. S.-Zeitung, kurz nachdem die Regierung Held den Nazis die politische Tätigkeit wieder freigegeben hatte, enthält außerdem die in Bayern und anderen deutschen Städten so oft betonte Gleichsetzung des RB SRG mit einer „sozialdemokratischen Parteigarde zum Schutze des

⁷⁴ Über Goslar vgl. jetzt: Trude Maurer, Auch ein Weg als Deutscher und Jude – Hans Goslar, in: Julius Schoeps (Hrsg.) *Juden als Träger bürgerlicher Kultur in Deutschland*. Stuttgart – Bonn 1989, S. 193–239.

⁷⁵ Lt. Polit. Archiv AA Bonn, Rep. Presse-Abtlg. P 20, Bd. 1, L1418/378225, 378448.

⁷⁶ Von jüdischen Mitarbeitern an den Zeitungen und anderen Publikationen des RB seien hier nur die bei Vorbereitung dieses Essays en passant notierten Namen wiedergegeben: Arthur Silbergleit, Theodor Wolff, Samuel Bergner, Hans Goslar, Artur Schweriner, Otto Landsberg, Friedrich Stampfer, Erich Kuttner, Ludwig Wronkow, Erich Kaiser. Für die beiden letzten Namen sei Christa Wichman, Chief Librarian, Wiener Library, London, für geduldige Hilfe gedankt.

⁷⁷ Niewyk (wie Anm. 35), S. 129f., 191 spricht von einer oder gar zwei Broschüren Hirschbergs vom Jahre 1929. Ich konnte aber nur die zweite Auflage der genannten anonymen Schrift (Magdeburg 1928) feststellen. Vielleicht erschien 1929 noch eine dritte Auflage?

⁷⁸ Über letzteres Thema zitiert Hirschberg in seinen „Notizen über die C. V.-Arbeit“ (Leo Baeck Institute, London), S. 8f., wörtlich auf deutsch Julie Meyers' englische Bemerkungen über die örtlichen Zuschüsse (oben, Anm. 37) und fügt hinzu: „Es scheint mir unmöglich, auch nur schätzungsweise eine Zahl anzugeben“. Millionen waren es aber nicht! J. T.

⁷⁹ *Der Nationalsozialist*, Nr. 3, vom 29. November 1924. Ausschnitt: StA München, Pol. Dir. 6889, Bl. 34.

Großkapitals der Ausbeuter – mit einem Wort, des Judentums...“⁸⁰. So ist vielleicht hiermit auch die Notwendigkeit erklärt, selbst heute und im vorliegenden Rahmen, die in der „nationalen“ Presse namentlich genannten jüdischen Geldgeber aufzulisten, um womöglich das Gewicht ihres Beitrags zu erwägen.

Wie bereits kurz erwähnt, sind die Besitzer zweier Bremer Warenhäuser mit als erste unter den Geldgebern des örtlichen Reichsbanners genannt. Zu dieser Kategorie der „Warenhausbesitzer“ kommen später noch solche aus Stettin hinzu, die – in einem Atem mit „jüdischen Großkonfektionären“ und allesamt ohne Namensnennung⁸¹ – in einer kommunistischen Quelle zitiert sind. Der einzige, in solchem Zusammenhang veröffentlichte Name ist der des „Warenhausbesitzers Tietz“, und bekanntlich gab es einige Träger dieses Namens in der Branche⁸², so daß auch diese Angabe wenig hergibt.

Genauer fixiert sind Gerüchte aus Hamburg, nach welchen die Warburgs, und sogar Carl J. Melchior, eine offene Hand bewiesen haben; allerdings verknüpft der einzige schriftliche Beleg dafür das Bankhaus Warburg mit einem anderen jüdischen Finanzmann, dem Begründer und ehemaligen Präsidenten der Staatsbank von Thüringen, Walter Loeb, welcher „bis vor kurzem“ dem RB SRG mit Zuschüssen beigeprungen sei (bis er im September 1924 von der thüringischen Rechtskoalition zur Abdankung gezwungen wurde). Für das Bankhaus Warburg nennt diese kommunistische Quelle sogar eine definitive Summe: 100 000.– Mark; Loeb's Anteil wird aber, da wohl weit von der runden Summe entfernt, bescheiden verschwiegen. Allerdings zählt die Quelle, noch vor diesen namentlichen Angaben, unter den „Hauptträgern“ der Bewegung zur „Bekämpfung des Kommunismus und Antisemitismus“ an fünfter Stelle, und als erste jüdische Organisation, den „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten“ (ohne Nennung der Summe) auf, so daß der Eindruck entstehen muß, als würden regelmäßig Zuwendungen des RjF in die Koffer des RB SRG fließen⁸³. Das mag *anfangs vielleicht* in Bremen und/oder Hamburg aus der geschilderten Entstehungsgeschichte dieser Ortsgruppen sich ergeben haben; es mag auch anderswo, und besonders in Berlin und auch an kleineren Orten von Fall zu Fall, als Entgelt für Bereitstellung von Saalschutzabteilungen, eine mäßige Gebühr bezahlt worden sein⁸⁴; die generalisierte Formulierung in rechten wie linken Quellen aber kann nur als bewußte politische Irreführung eingestuft werden.

Tatsächlich veränderte eine Nachrichtenstelle der Reichswehr in Bayern ih-

⁸⁰ A. a. O.

⁸¹ Erste Quelle: Vortragsdispositionen des „Roten Frontkämpferbundes“ in der in Anm. 47 genannten Akte, Bl. 6–29.

⁸² BA Koblenz, R 134/36, Bl. 42, §§ 3, 4.

⁸³ Wie Anm. 81. Dazu die frdl. Mitteilung von Frau Dr. Ursula Büttner von der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg. Frau Dr. B. fügte jedoch deutlich hinzu, daß Fritz Warburg und Carl Melchior „Gelder wohl auch nach rechts gegeben“ hätten. Vgl. auch weiter unten im Text und Anm. 92.

⁸⁴ Rohe (wie Anm. 1), S. 76, nebst Fn. 4: „Häufig bat das RB, wenn es zu Saalschutzaufgaben angefordert wurde, um eine kleine finanzielle Gegenleistung“.

rerseits die Akzentsetzung und schrieb am 10. April 1925 in einem Kurzbericht über das RB – unter Nr. 3 – wie folgt:

3) Die Geldquellen *größtenteils* jüdisch. *Wesentlich* beteiligt der ,CV deutscher Staatsb. jüd. Gl.‘⁸⁵.)

Daß auch die Nennung des CV hier fehl am Platze ist, geht aus allen oben erwähnten Einzelheiten zweifelsfrei hervor, und sei es auch nur wegen der Zweckklausel des Centralvereins, welche bis 1928 alle Zuwendungen von ihrer Verwendung zur Abwehr des Antisemitismus abhängig machte. Erst 1929, als der CV eine besondere Stelle zwecks gezielterer Bekämpfung des Nationalsozialismus – das Büro Wilhelmstraße – errichtete, konnte von dort aus etwas freier verfahren werden⁸⁶.

Das hinderte nicht, daß bereits bei Gründung des RB SRG der Bundesvorsitzende Otto Hörsing, „wie er offen zugab, an kapitalkräftige Kreise, ,darunter auch Juden und jüdische Organisationen“ herantrat⁸⁷, daß aber auch die Gau- und Ortsvorstände gelegentlich „an die Industriellen und Geschäftsleute“ ihrer Gegend Bittbriefe verschickten, die nicht selten von Zeitungen der extremen Rechten und Linken, zwecks Verächtlichmachung des Reichsbanners, großaufgemacht kolportiert wurden⁸⁸. So leugnet auch Karl Rohes Zusammenfassung des Problems keineswegs, daß es sich bei „Sammlungen von Spenden... von republikanisch eingestellten Kreisen des Großhandels und der Kaufmannschaft... in nicht geringer Zahl um jüdische Geldgeber handelte, die als Lieferanten dem RB teilweise geschäftlich verbunden waren“. Er verweist aber die weitverbreiteten Gerüchte, daß „Großverdiener der Inflation“, wie „Michel“ [gemeint ist: Jakob Michael], Parvus-Helphand, die Barmats, oder auch die Firma Sklarek, als „im Einzelfall nicht nachprüfbar“ in den Bereich „gegnerischer“ Behauptungen⁸⁹. Sicherlich sind solche Gerüchte tatsächlich in böswilliger Absicht ausgestreut worden, wie z. B. die Formulierung der „Zeit“, daß „Ostjuden“ eine Hauptquelle von Zuschüssen fürs RB SRG seien⁹⁰; aber es lagen ihnen wohl teilweise doch gewisse Tatsachen zu Grunde⁹¹, die in vielen Bereichen handelsüblich waren und den Rechtsorganisationen zweifellos aus

⁸⁵ StA München, Pol. Dir. 6889, Bl. 5, Berichtsauszug, datiert 10. April 1925, handschriftlicher Titel: „Von der Reichswehr zusammengestellt“. Kürzel wie im Original. Hervorhebungen von mir, J. T.

⁸⁶ Vgl. Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf*, S. 110–129.

⁸⁷ Rohe (wie Anm. 1), S. 76, nebst Fn. 6, lt. RB-Ztg. 1. November 1924.

⁸⁸ Rundschrieb des Gauvorstands Gr. Berlin-Brandenburg: zitiert in der Vortragsdisposition (Anm. 81). Bittbrief aus Mönchen-Gladbach, zit.: V. B. vom 5. Dezember 1930; dto. aus Kaiserslautern: V. B. vom 31. Juli 1929. Dazu ein Formbrief des Bundesführers „An Fa...“ (Aufforderung zur Förderung der Bundesschule: Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam RMdI (15.01)/25668–10, Bl. 175f. (Februar 1929).

⁸⁹ Rohe S. 76, nebst Fn. 3, mit Quellenangaben.

⁹⁰ Zitiert lt: *Vorwärts*, 3. Januar 1925 bei Niewyk (Anm. 35), S. 67. die „Zeit“ stand damals der DVP nahe, rückte aber bald weiter nach rechts.

⁹¹ Wenn *Der Tag* vom 30. September 1930 den vom RB ins Leben gerufenen „Deutschen Automobil Club“ als eine linke paramilitärische „Transportorganisation“ und „von Mosses

ihrer Praxis bekannt sein mußten. Trotz aller Böswilligkeit und allem Zynismus hat immerhin der Kommentar des „Landvolk“ im Jahre 1931 zur Spendensituation bei aller Überspitzung einen bitteren Kern von Wahrheit, wenn er zusammenfaßt:

„Die verängstigte Judenschaft, die Männer der Finanz, zahlen gewaltige Summen, und zwar – so grotesk es klingt – an die *verschiedensten* Parteien... Die Gelder sind wohl eine Art Versicherung für alle Fälle“⁹².

Doch damit mag für die Schlußphase der Weimarer Republik viel treffender als für das Gründungsjahr des Reichsbanners die Stimmung eines Großteils der Juden charakterisiert sein⁹³. Denn ehe es so weit kam, hat das RB SRG etwa fünf Jahre Zeit gehabt, sich zu konsolidieren und seinen Wert – auch als stabilisierender Einfluß im Kampf gegen den Antisemitismus – unter Beweis zu stellen. Selbst vom Standpunkt der jüdischen Situation in Deutschland in jenen Jahren dürfte es also durchaus von Wert sein, sich mit einigen Aspekten der Arbeit des Reichsbanners auf diesem wie auch auf anderen Gebieten, und spezifisch mit seinen Problemen, die es schließlich zum Versager stempelten, gesondert und näher zu befassen⁹⁴.

Gnaden“ abhängig definiert, so ist ersteres wohl übertrieben, letzteres jedoch wohl soweit begründet, daß es einem eventuellen Preßprozeß standhalten konnte.

⁹² *Das Landvolk* Nr. 33, vom 9. Februar 1931, eingesehen in Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, RMdI 25965, Bl. 199. Hervorhebung von mir, J. T. Und vgl. oben, Anm. 83, den Kommentar von Frau Dr. U. Büttner.

⁹³ Vgl. J. Toury, „Gab es ein Krisenbewußtsein unter den Juden während der ‚Guten Jahre‘ der Weimarer Republik 1924–29?“, in *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* XVII/1988, S. 145–168.

⁹⁴ Eine erweiterte englische Version dieses Beitrages, *Jewish Aspects as Contributing Factors to the Genesis of the Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold*, erschien in: *Year Book XXXVII of the Leo Baeck Institute*, London 1992.

Personenregister

Zusammengestellt von Esther Steinbrink.

Kursive Ziffern beziehen sich auf Namensnennungen in den Anmerkungen.

- Adler, Friedrich 149
Adler, Georg 136, 140
Adler, Victor 47, 49
Anin-Schatz, Maxim 56, 94
Apt, Rudolf 217 f., 222
Arnold, Gottfried 120
Auer, Ignaz 109
Auerbach, Philip 222
Aufhäuser, Siegfried 162
Aufsess, Carl Sigmund von 7
Augustin 120
Aurin, N. N. 15
Axelrod, Pawel 95
- Bab, Julius 123, 126
Bakunin, Michail 40, 48
Ballin, Albert 63
Bamberger, Julius 217 f., 222
Bamberger, Ludwig 20
Barmat (Firma: Henri und Julius) 234
Bauer, Bruno 44, 49 f.
Bauer, Otto 55, 94, 147
Baumeister, Karl 11
Bax, E. Belfort 84
Bebel, August 12, 18, 47 f., 54, 65 ff., 69 f.,
77, 93, 105, 109, 113, 149, 182
Beck, Sebastian 4
Becker (Industrieller) 69 f.
Beer-Porges (Firma) 11
Behrendt-Beuthen, Ernst 229
Beilis, Mendel 126, 126 f.
Bein, Alex 50
Benecke (Stadtverordneter), N. N. 197
Benjamin, Walter 35
Berger, Julius 56
Bergner, Samuel 232
Bergson, Henri 129
Berndl, Ludwig 127
- Bernhard, Georg 202, 202, 229
Bernstein, Aron 13, 80
Bernstein, Eduard 15, 18, 45–48, 50, 56–58,
61 f., 67, 79–90, 94 f., 101 f., 107, 178,
186 ff., 212
Birnbaum, Nathan 52, 52, 92
Bismarck, Otto Graf von 117, 129, 131,
138 f., 139, 141, 156
Blanqui, Auguste 35 f., 42
Bloch, Ernst 36 f.
Bloch, Jochanan 171
Bloch, Joseph 85, 94
Blum, Leon 89
Blum, Robert 20, 29
Blumenfeld, Kurt 231
Boas, Louis 8
Boenheim, Felix 162
Bonnier, Ch. 65, 71 f.
Born, Stephan 19–34, 21, 23, 29, 31 f., 33
Börne, Ludwig 10
Borochof, Ber 50
Böß, Gustav 196, 199, 202, 205, 208
Bourdin, Louis 149
Bracke, Wilhelm 18
Brandler, Heinrich 99
Brandt, Willy 175
Brasul-Bruschkowski, N. N. 126
Braun, Heinrich 152
Braunthal, Alfred 162
Breitscheid, Rudolf 207
Brisson, Eugène Henri 74
Britschgi-Schimmer, Ina 118, 118
Brocke, Michael 178
Brolat, Fritz 197, 199, 205
Bruhn, Wilhelm 195, 200
Brumlik, Micha 35–42
Brunner, Constantin 123
Buber, Martin 36, 39, 118, 122, 125, 126, 129

- Büchtemann, Walter 112
 Bunsen, Josias von 31
 Buschhoff, Adolf 5
 Buttermilch, David 19 f., 22
 Buttermilch, Meir 19
 Buttermilch, Simon d. i. Born, Stephan
 Büttner, Ursula 218, 233, 235
- Cabet, Etienne 36
 Cahan, Abraham 49, 51, 113
 Cahnmann, Werner 224
 Cassirer (Verlag) 130
 Cavaignac, Eugène 25
 Chamberlain, Houston Stewart 77
 Chasanowitsch, Leon 56, 96
 Clémenceau, Georges 65, 76, 77
 Cohen(-Reuß), Max 186
 Cohn, Oskar 186, 230
 Cohn, Trude 140
 Cohn, Vally 138
 Cotta (Verlag) 125
 Cremieux, Benjamin 40
 Crispian, Arthur 98
 Crohn, Paul 227 f.
- Dadiani, L. Ja. 95
 Danner, Lothar 220
 Davidsohn, Georg 186
 Deerberg, N. N. 174
 Dehmel, Richard 126 f.
 Delf, Hanna 115–132
 Demps, Laurenz 19, 103–114
 Deutscher, Isaac 79
 Diefenbach, Hans 150
 Diner, Dan 94
 Dohm, Christian Wilhelm von 2
 Dragomanow, Michael 57
 Dreyfus, Alfred 59, 64, 64, 69, 71–77, 85
 Druman, Edouard 41 f.
 Dühring, Eugen 15, 17 f., 45, 81
 Dunker, Ulrich 216, 222 f., 228, 230
- Ebert, Friedrich 152, 227
 Ebner-Eschenbach, Marie 120
 Egidy, Moritz von 120
 Ehrenfreund, Isidor („Dory“) 47, 47
 Eichhoff, Karl Wilhelm 106
 Eisenmenger, Johann Andreas 3
 Eisner, Kurt 131, 222
 Ellend(t), Miss 225
 Emanuel, B. 44, 52
- Engelberg, Ernst 144, 144
 Engels, Friedrich 12, 18, 20 f., 33, 36, 45–48,
 81 ff., 93, 111, 133, 139, 146, 149, 177, 180,
 183
 Epstein (Firma) 10
 Erhardt, Hermann 231
 Ernst, Paul 180
 Esterhazy, N. N. 65, 71
 Ettinger, Elżbieta 151, 166
 Evans, Richard J. 64
 Eyck, Erich 203
- Feder, Ernst 211
 Finn, Carl 15
 Fischer, Richard 112
 Fischer, Ruth 99, 170, 173, 175
 Flatau, Erich 205 f.
 Forckenbeck, Max 112
 Förster, Bernhard 15
 Fould, Achille 40
 Fourier, Charles 36 f.
 Fraenkel, Ernst 162
 Frankenthal, Käte 155–159, 162 f., 174
 Frei, Bruno 101
 Friedrich Wilhelm IV. 31
 Fritz, Georg 185
 Frölich, Paul 168 f., 175 f.
- Gäbel, Otto 197 f., 200, 206
 Gemkow, Heinrich 105, 110, 111
 Genger, Mathias 11
 Gerson (Kaufhaus) 105
 Glaser, Kurt 162
 Goldammer, Peter 19
 Goslar, Hans 231 f.
 Grab, Walter 19–34
 Grassmann, Peter 210
 Gruchmann, Lothar 155
 Grünberg, Carl 145
 Guttfeld, Lisbeth 98
- Haas, Ludwig 229
 Haas-Helling (Affäre) 227
 Hamburger, Ern(e)st 112, 155
 Hamburger, Oskar 227
 Hameln, Glückel von 9
 Hammer-Schenk, Harold 104
 Hammerstein, Wilhelm von 77
 Harden, Maximilian 74, 129
 Harsch, Donna 192–213
 Hartmann, Moritz 20, 32

- Hasenclever, Wilhelm 17, 44f., 64, 179f.
 Hasselmann, Wilhelm 14–17, 178f.
 Hauschner, Auguste 116f., 118, 129
 Hecker, S. 53
 Heckler-Lemberg, S. 52
 Heid, Ludger 166, 170f., 177–191
 Heilmann, Ernst 189, 201
 Heimann, Felix, 227, 228
 Heimann, Hugo 200f., 208f.
 Heine, Heinrich 16, 30, 40, 181
 Heine, Wolfgang 181f.
 Heinzen, Karl 21
 Held, Heinrich 222, 224, 225, 232
 Heller, Otto 93, 100f., 191
 Henderson, Arthur 89, 95
 Henrici, Ernst 15
 Hepner, Adolf 13, 15
 Herkner, Heinrich 143f.
 Herlein, Hans Jörg 4
 Hervé, Gustave 42
 Herzig, Arno 1–18, 19, 105
 Herzka, Theodor 127
 Herzl, Theodor 53, 64, 86, 92f.
 Heß, Moses 23, 44, 44f., 50, 52, 60, 85
 Hildebrand, Gerhard 94
 Hintze, Otto 143f.
 Hirsch, Carl (Karl) 13f., 14, 106
 Hirschberg, Alfred 232
 Hirschberg, Max 223
 Hitler, Adolf 100, 102, 157, 162, 164, 175, 189, 225
 Höchberg, Karl 82f.
 Holländer, Ludwig 223
 Hörsing, Otto 216, 227, 227f., 234
 Huysmans, Camille 95, 102

 Ignatief, I. d. i. Parvus-Helphand, Alexander 51f.
 Isaac, Moses 7

 Jacob, Mathilde 145
 Jacobsohn, Israel 104
 Jacoby, Henry 176
 Jacoby, Johann 20, 108
 Jaspers, Karl 144
 Jaurès, Jean 41, 73, 75
 Jogiches, Lev 51, 53f.
 Jourdan, Berta 155ff., 159, 161–164
 Juchacz, Marie 161

 Kaehler, Wilhelm 190

 Kahr, Gustav Ritter von 223
 Kaiser, Erich 232
 Kalisch, Ludwig 19
 Kaliski, Julius 99
 Kalmus, Ernst 219
 Kant, Immanuel 79
 Kapell, August 14f., 179
 Kapell, Otto 14
 Kareski, Georg 231
 Katz, Iwan 99
 Katznelson, Berl 88
 Kaufmann (Textilunternehmer) 10
 Kaufmann, Fritz M. 126
 Kaufmann, Julius 126
 Kautsky, Benedikt 148, 150, 153
 Kautsky, Felix 148
 Kautsky, Hans 148f.
 Kautsky, Karl 49f., 53–57, 77f., 79, 84ff., 89, 92ff., 101f., 147–153, 182ff., 183, 191
 Kautsky, Karl (Sohn) 148f.
 Kautsky, Luise 147–150, 147, 152f.
 Kautsky, Minna 148
 Kayser, Max 82f.
 Kessler, Mario 91–102
 Keutgen, Gustav 12
 Kirdorf, Unternehmen 141
 Klee, Alfred 230ff.
 Klöckner, Martin 8
 Knütter, Hans-Helmuth 189
 Koch, Marta d. i. Wolfstein, Rosi 175
 Kocka, Jürgen 2
 Kohl (Bürgermeister), N. N. 197
 Körner, Karl 14f., 81
 Koszyk, Kurt 59–78
 Kranold, Hermann 96, 98f.
 Kraus, Karl 64
 Kronawetter, Ferdinand 93
 Kühn, Joachim 117, 120
 Künstler, Franz 208
 Kuttner, Erich 228, 228, 232

 Labori, Fernand 75f.
 Lachmann, Hedwig 120
 Lafargue, Paul 149
 Lagardelle, Hubert 42
 Landauer, Carl 223f.
 Landauer, Gustav 115–132
 Landauer, Hugo 116
 Landauer, Siegfried 115f.
 Landsberg, Otto 211, 232
 Lang, Erna 175

- Lang, Joseph 175
 Lassalle, Ferdinand 10, 12f., 13, 15, 16f., 79, 81f., 133f., 136, 139, 141, 144, 146, 178, 180
 Lau, Adolf 208
 Lazarus, Max 5
 Leistikow, Walter 116
 Lenin, Wladimir Iljitsch 151
 Leonhard, Susanne 175
 Lepsius, Mario Rainer 157
 Leroux, Pierre 38f.
 Lettow-Vorbeck, Paul von 220
 Leuschen-Seppel, Rosemarie 61, 68
 Levi, Paul 99, 170
 Levinger, Wilhelm 223
 Levysohn, Clara 126
 Libermann, Aron 50
 Liebermann von Sonnenberg, Max 60, 71, 116
 Liebert, Jacob 200
 Liebknecht, Karl 12, 18, 148, 150f., 167
 Liebknecht, Sonja 150
 Liebknecht, Wilhelm 64f., 69, 71, 74, 105, 109, 111, 139
 Lincoln, Abraham 39
 Loeb, Walter 227, 233
 Lorenz, Ina 219
 Löwenfeld, Philipp 223
 Lowenthal-Hensel, Cécile 202
 Lüders (Bürgermeister), N. N. 5
 Ludwig, Otto 117
 Lueger, Karl 84
 Luppe (Oberbürgermeister), N. N. 226, 227
 Lustiger, Jean-Marie 59
 Luxemburg, Rosa 51, 53f., 79, 99, 147–153, 165–169, 181

 Malon, Benoit 35, 41
 Marcard, Eugen Heinrich 10
 Marcks, Erich 141, 144
 Margaritha, Antonius 3
 Marie Antoinette 196
 Marr, Wilhelm 11, 16, 21
 Marx(-Aveling), Eleonore (Tussy) 84, 180
 Marx, Jenny 22, 30, 32
 Marx, Karl 12, 16, 18, 21–33, 36, 38ff., 44, 46, 48ff., 69, 79f., 81f., 139f., 139, 142, 145f., 149, 177ff., 180, 182, 184
 Marx, Wilhelm 228
 Maslow, Arkadi 99
 Maurer, Trude 231

 Maurras, Charles 42
 Mauthner, Fritz 115–131
 Mauthner, Grete 120
 Mauthner, Hedwig 118, 129
 May, Inez 173
 Mayer u. Müller (Verlagsbuchhandlung) 136
 Mayer, Eduard 143
 Mayer, Gertrud 135, 143f.
 Mayer, Gustav 133–146
 Mayer, Philip 135
 Mayer, Rudolf 137
 Mehring, Franz 33, 44, 49f., 83, 180
 Meinecke, Friedrich 141–144
 Melchior, Carl J. 233, 233
 Mendelsohn, Ezra 56
 Mendelssohn, Moses 104
 Menzel, Wolfgang 10
 Meyer, Oscar 203
 Meyer, S. (Rabbiner) 224
 Meyerowitz, Arthur 85
 Meyers, Julie 224f., 227, 232
 Michael, Jakob („Michel“) 234
 Miller, Susanne 147–153, 157
 Minden, Heinrich 125
 Montesquieu, Charles de 143
 Moras, N. N. 76
 Mornand, Henry 59
 Mosse, Werner E. 106, 131
 Most, Johann 18
 Motteler, Julius 86
 Müller, Ernst 127
 Müller, Theodor 185

 Na'aman, Shlomo 43–58
 Naphtali, Fritz 98f.
 Natan, Löw 7
 Nathan, Paul 57f., 86, 223
 Naumann, Friedrich 137
 Nemitz, Anna 158
 Netti, Peter 152
 Niedhart, Gottfried 133–146
 Nietzsche, Friedrich 117, 119
 Niewyk, Donald L. 229, 232
 Nohl, Johannes 127
 Nordau, Max 86
 Noske, Gustav 180

 Oncken, Hermann 141–144
 Osiander, Andreas 4
 Ossietzky, Carl von 102

- Pahl, Walther 206, 209
 Parvus-Helphand, Alexander 92, 181, 234
 Paucker, Arnold 106, 131, 202, 224
 Pechstein, Max 196
 Pelger, Hans 19
 Pereira (Familie) 38
 Perl, Hermann 198, 203
 Pernerstorfer, Engelbert 93
 Pinsker, Leon 45, 50, 52
 Pollatschek, N. N. 15
 Prantl, Karl von 120
 Proudhon, Pierre Joseph 39, 48
 Pückler, Walter Graf von 182
 Pulzer, Peter 106
- Quessel, Ludwig 94f., 96
- Raab, Friedrich 64, 64
 Ranke, Leopold von 145
 Rathenau, Fritz 230
 Rathenau, Walther 215, 223, 228
 Rattner, Marcus 56
 Reichenheim, Leonor 12
 Remmele, Hermann 100
 Renner, Karl 88
 Revel, Wilhelm d. i. Hasenclever, Wilhelm 179
 Richter, Ludwig 51, 57
 Ritschl, Albrecht 120
 Rjasanov, N. N. 149
 Rohe, Karl 215f., 228, 234
 Rosenberg, Arthur 99, 196
 Rosenfeld, Leo 56
 Rosenfeld, Max 56, 96
 Rothschild (Familie) 35, 38, 40, 72
 Rothschild, Recha 173
 Rothstein, Ludwig 221
 Rubaschow (Schasar), Salman 88
 Ruben, Nathan 5
 Ruben, Thekla 5
- Saint-Simon, Claude Henry 36f.
 Salin, Edgar 145, 145
 Salomon, Alice 156, 161
 Sapir, Boris 50
 Schacht, Hjalmar 198
 Schäfer, Dietrich 143
 Scheidemann, Philipp 152, 227, 231
 Schelling, Friedrich-Wilhelm Joseph 38
 Schiemann, Theodor 143
 Schippel, Max 63, 67, 94
- Schmoller, Gustav 135, 137, 140, 143
 Schneider (Bürgermeister), N. N. 197, 205, 208
 Schoenlank, Bruno 77
 Scholem, Gershom 189, 191
 Scholem, Werner 99, 170, 189ff.
 Schönborn, Lothar Franz von 7
 Schopenhauer, Arthur 119
 Schreiber-Krieger, Adele 155–158, 162f.
 Schumacher, Kurt 231
 Schweitzer, Johann Baptist von 13, 14, 141, 146
 Schweriner, Artur 229, 229, 232
 Semank, Alfred 226
 Sender, Toni 155–163
 Sering, Max 136ff.
 Sielemann, N. N. 220
 Sikroski, N. N. 127
 Silbergleit, Arthur 232
 Silberner, Edmund 45, 47, 60f., 65, 177f., 184
 Simon, Hermann 105
 Simon, K. 229
 Simon, Ludwig 32
 Singer (Mantelfabrik) 114
 Singer, J. geb. Lewy 105
 Singer, Paul 82f., 103–104
 Sinzheimer, Hugo 209
 Sklarek (Gebrüder, Firma) 193–198, 200f., 203–207, 209–212, 234
 Sklarek, Leo 194, 196, 200
 Sklarek, Max 194, 196
 Sklarek, Willy 194, 196, 200
 Sklarz, Georg 230f.
 Smith, Ian 163
 Soloweitschik, Leonty 145
 Sombart, Werner 77, 125
 Sorel, Georges 42
 Sorow, E. 53
 Spitteler, Carl 129
 Stalin, Jossif 175
 Stampfer, Friedrich 209, 228, 232
 Starkblom, Karl 119
 Steinheim, Salomon Ludwig 4
 Steinitz, N. N. 13
 Stern, Jakob 92f.
 Sternberg, Fritz 96
 Stinnes (Unternehmen) 141
 Stirner, Max 116
 Stöcker, Adolf 18, 44, 81f., 107–110, 126, 179

- Stöcker, Helene 164
 Strasser, Gregor 195
 Straub, Hedwig Luitgardis 123, 124
 Straus, Elias 222
 Strauß, Ludwig 126
 Streicher, Julius 225
 Strousberg, Bethel Henry (eigntl. Hirsch, Baruch) 60
 Susman, Margarete 118

 Temme, Jodocus 32f.
 Thalheimer, August 99
 Thomas, Theodor 210
 Tietz (Kaufhaus) 233
 Tölcke, Carl Wilhelm 13, 13f., 179
 Toury, Jakob 215–235
 Toussenet, Alphonse 37f., 41
 Treitschke, Heinrich von 106, 136, 179
 Tridon, Gustav 35f.
 Troelstra, Pieter Jelles 95
 Trotzky, Lew 79

 Urias, Siegfried 219, 221

 Vandervelde, Emile 89, 95, 99, 102, 139
 Vico, Giovanni Batista 143
 Vinschen, Klaus-Dieter 165–176
 Virchow, Rudolf 107ff.
 Vogl, Carl 127
 Volkow, Shulamit 10, 156
 Voltaire, (eigntl. Arouet, Jean-Marie) 35, 38, 42

 Wachenheim, Hedwig 155ff., 161ff.
 Wagenseil, Johann Christoph 4
 Wagner, Adolf 135
 Wagner, Hermann 63

 Warburg (Bankhaus) 233, 233
 Wassermann, Ludwig 224, 224
 Webb, Sidney 95
 Wehler, Hans-Ulrich 134
 Weil, A. 40
 Weil, Felix 144, 145
 Weiler, Gerschon 117, 126
 Weitling, Wilhelm 21
 Weizmann, Chaim 85f.
 Wels, Otto 210, 210
 Westmeyer, Friedrich 167
 Weyl, Klara 197
 Wichmann, Chr. 232
 Wickert, Christl 155–164
 Wilhelm I. 195
 Wilhelm II. 73, 131, 138
 Windischgrätz, Alfred Fürst 29
 Winkelblech, Karl Georg 30
 Winz, Leo 125
 Wirth, Joseph 228, 228
 Wistrich, Robert S. 79–90
 Wolff, Flora 141
 Wolff, Theodor 195, 202, 229 232
 Wolff, Wilhelm (Kasematten-Wolff) 10
 Wolfstein(-Frölich), Rosi 165–176
 Wolfstein, Samuel 172
 Wronkow, Ludwig 232
 Wulle, Reinhard 190
 Wurm, Mathilde 147

 Zappert (Firma) 11
 Zetkin, Klara 99, 168, 181
 Zetterbaum, Max 44, 93
 Ziethen, Albert 74, 120
 Zola, Emilie 41, 65, 72f., 85
 Zunz, Leopold 80
 Zweig, Arnold 126

Mitarbeiterverzeichnis

BRUMLIK, MICHA: geb. 1947 in der Schweiz. Studium der Philosophie und Pädagogik, 1968–1973 in Jerusalem und Frankfurt. Promotion 1977 in Philosophie mit einer Arbeit über Kants Kritik der Urteilskraft. 1978–1981 Professor für Devianz-Pädagogik in Hamburg, seit 1981 Professor für Erziehungswissenschaft mit Schwerpunkt Sozialpädagogik an der Universität Heidelberg, Dozent an der Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg. Zahlreiche Veröffentlichungen zu erziehungspolitischen, methodologischen und ausländerpädagogischen Fragen, Mitherausgeber der Zeitschrift *Babylon*. Beiträge zur jüdischen Gegenwart.

DELFT, HANNA: geb. 1951 in Berlin. Studium der Philosophie, Germanistik, Politikwissenschaft und Psychoanalyse in Gießen, Frankfurt und Heidelberg. Freie journalistische und wissenschaftliche Tätigkeit. 1986–1988 Forschungs- und Studienaufenthalt in Jerusalem. Seit 1989 Mitarbeiterin des Steinheim-Instituts. In Vorbereitung: Edition des Briefwechsels von Gustav Landauer/Fritz Mauthner.

DEMPS, LAURENZ: geb. 1940 in Berlin. Studium der Geschichte und der Kunstgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin; Diplom 1966. Forschungen zur Geschichte der Konzentrationslager seit 1963, 1970 Promotion: Die Rolle der Konzentrationslager in der unterirdischen Verlagerung am Ende des zweiten Weltkrieges. Forschungen zur Innenpolitik der Jahre 1933 bis 1939. 1981 Promotion B (Habilitation): Entstehung der Gestapo. Seit 1980 Forschungen zur Geschichte Berlins, 1982 Dozent und 1988 a. o. Professor für Berlin-Brandenburgische Territorialgeschichte. Neuere Veröffentlichungen u. a.: *Zwangsarbeiter in Berlin*, Berlin 1987; *Der Gendarmen-Markt, Gesicht und Geschichte eines Berliner Platzes*, Berlin 1987. Aufsätze zur Geschichte des Nationalsozialismus.

GRAB, WALTER: geb. 1919 in Wien. Einwanderung nach Palästina/Israel 1938. Promotion in Hamburg 1965. Seit 1970 Professor an der Universität Tel Aviv für Neuere Europäische Geschichte. Von 1971–1985 Direktor des Instituts für Deutsche Geschichte an der Universität Tel Aviv. Veröffentlichungen u. a.: *Unterdrückte Lyrik von der Französischen Revolution bis zur Reichsgründung*, 1980; *Radikale Lebensläufe. Von der bürgerlichen zur proletarischen Emanzipationsbewegung*, 1980; *Heinrich Heine als politischer Dichter*, 1982; *Ein Volk muß seine Freiheit selbst erobern. Zur Geschichte der deutschen Jakobiner*, 1985. Herausgeber des *Jahrbuchs des Instituts für Deutsche Geschichte der Universität Tel Aviv*.

HARSCH, DONNA: geb. 1952 in Los Angeles. Ph. D. 1987 Yale University: *German Social Democrats and the Rise of Nazism*. Schwerpunkte: *Modern European Intellectual History, Germany 1848–1945, Early Modern France*. Tätigkeit im Archiv der deutschen sozialen Demokratie, Bonn (Okt. 1983–Juli 1984) und im Stadtarchiv Frankfurt a. M. (Sommer 1989). Veröffentlichungen: *Class Solidarity and Democratic Politics: Munich Social Democrats in the Weimar Republic*. Talk delivered at the European Labor History Seminar, Columbia University, April 1990. *Woman and the Family in Frankfurt a. M., 1945–1955*. Article in preparation. Seit Sommer 1989 Forschungsstipendium von SUNY-Stony Brook in Frankfurt a. M.

HEID, LUDGER: Dr. phil, geb. 1945. Stellvertr. Direktor des Salomon Ludwig Steinheim-Instituts für deutsch-jüdische Geschichte an der Universität Duisburg. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland sowie zur deutsch-jüdischen Geschichte. Letzte Veröffentlichungen: *Der Ewige Judenhaß. Christlicher Antijudaismus. Deutsch-nationale Judenfeindlichkeit. Rassistischer Antisemitismus*, Stuttgart/Bonn 1990 (zusammen mit Christina von Braun). Zahlreiche Artikel und ein Essay, in: *Neues Lexikon des Judentums*, Bertelsmann Verlag, Gütersloh/München 1992. Hrsg. der *Erinnerungen von Ruth Klinger* unter dem Titel: *Die Frau im Kaftan*, Gerlingen 1992. *Deutsch-jüdische Geschichte im 19. u. 20. Jhd.*, Stuttgart/Bonn 1992. Habilitation: *Ostjüdische Arbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet 1914–1923* (1992).

HERZIG, ARNO: geb. 1937, Professor für Neuere Geschichte an der Universität Hamburg. Veröffentlichungen u. a.: *Die Deutschordenskommende Würzburg*, 1966; *Judentum und Emanzipation in Westfalen*, 1973; *Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein*, 1979. *Abraham Jacobi*, Minden 1980; *Unterschichtenprotest in Deutschland 1790–1870*, Göttingen 1988; *Die Hamburger Juden in der Emanzipationsphase (1780–1870)*, Hamburg 1989 zus. m. Peter Freimark). Mitherausgeber von: *MENORA. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte des Salomon Ludwig Steinheim-Instituts*. München 1990ff.

KESSLER, MARIO: geb. 1955 in Jena. Studium der Geschichte und Germanistik 1974–1979 in Jena und Leipzig. Diplomhistoriker 1979. Promotion zum Dr. phil. 1982 in Leipzig, Habilitation 1990 an der Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin. Lehr- und Forschungstätigkeit in Leipzig und Berlin. 1991 Ford-Foundation-Stipendiat an der Johns Hopkins University, Baltimore (Maryland), USA. Seit 1992 bei der Förderungsgesellschaft für wissenschaftliche Neuvorhaben m. b. H., Forschungsschwerpunkt für zeithistorische Studien in Potsdam angestellt. Veröffentlichungen u. a.: *Internationale Arbeiterbewegung und politischer Zionismus (1897–1933)*, Berlin 1992 (im Druck); zahlreiche Aufsätze zur Geschichte der Arbeiterbewegung.

KOSZYK, KURT: geb. 1929. Studium an den Universitäten Münster, Oxford und München, Journalist. 1957 Direktor des Instituts für Zeitungsforschung der Stadt Dortmund und 1969 nach der Habilitation an der Freien Universität Berlin Professor für Publizistik an der Ruhr-Universität Bochum. Seit 1977 bildet er an der Universität Dortmund Journalisten aus. Veröffentlichungen: *Drei Bände einer Geschichte der deutschen Presse von 1815 bis 1949* und die *Biographie: Gustav Stresemann. Der kaisertreue Demokrat*, 1989.

MILLER, SUSANNE: geb. 1915. Studium der Geschichte, Politologie und Pädagogik in Wien und Bonn, Promotion 1963, Verleihung des Titels Professor 1985. Emigration von Wien nach England. 1946–1960 Mitarbeiterin der SPD in Köln und Bonn. 1964–1978 wissenschaftliche Referentin bei der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bonn, 1982–1989 Vorsitzende der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand. Veröffentlichungen: *Monographien, Editionen und Aufsätze zur Geschichte der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie*.

NA'AMAN, SHLOMO: geb. 1912 in Essen. Professor für Sozialgeschichte an der Universität Tel Aviv. 1981 emeritiert. Zahlreiche Veröffentlichungen u. a.: *Lassalle*, Hannover 1970; *Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert. Von der Arbeiterbewegung zur Arbeiterpartei*, Berlin 1976; *Der Deutsche Nationalverein*, Düsseldorf 1987; *Emanzipation und Messianismus. Leben und Werk des Moses Hess*, 1982; *Karl Marx und das Judentum* (in Vorbereitung).

NIEDHART, GOTTFRIED: geb. 1940. Professor für Neuere Geschichte, Universität Mannheim. Arbeitsschwerpunkte: Geschichte der internationalen Beziehungen, deutsche Geschichte seit dem 1. Weltkrieg, englische Geschichte seit der Industriellen Revolution. Neuere Veröffentlichungen: Englische Geschichte im 19. u. 20. Jahrhundert, München 1979; Internationale Beziehungen 1917–1947, Paderborn 1989; Lernen aus dem Krieg? Deutsche Nachkriegszeiten 1919 und 1945, München 1992 (Hrsg. zusammen mit D. Riesenberger).

PAUCKER, ARNOLD: Dr. phil., geb. 1921 in Berlin. Studium der Germanistik und Geschichte, 1953–1959 in England. Promotion in Heidelberg. Seit 33 Jahren Direktor des Londoner Leo Baeck Instituts (zur Erforschung der Geschichte der deutschen Juden). 1970–1992 Editor des Year Book of the Leo Baeck Institute. Autor von u. a. Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik, Hamburg 1968/1969²; Jewish Resistance in Germany. The Facts and the Problems, Berlin 1991 (deutsch, Berlin 1989). Herausgeber und Mitherausgeber von 7 Sammelbänden zur Geschichte des deutschen Judentums, u. a. Die Juden im nationalsozialistischen Deutschland 1933–1943, Tübingen 1986. Zahlreiche Studien auf dem Gebiet der deutsch-jüdischen Geschichte und der Jiddistik.

TOURY, JACOB: geb. 1915 in Beuthen. 1953–1962 Dozent für Neuere Geschichte und Pädagogik am Technikum Haifa und an der Hebräischen Universität Jerusalem, 1962–1984 Dozent, dann Professor für Neuere Jüdische Geschichte an der Universität Tel Aviv und Mitglied der Exekutive des Institute for Zionist Research und des Diaspora Research Institute. Veröffentlichungen: Die politischen Orientierungen der Juden in Deutschland. Von Jena bis Weimar, Tübingen 1966; Turmoil and Confusion in the Revolution of 1848, Merhaviva 1968 (hebr.); Soziale und politische Geschichte der Juden in Deutschland, Düsseldorf 1977; Die Jüdische Presse im Österreichischen Kaiserreich 1802–1918, Tübingen 1983; Jüdische Textilunternehmer in Baden-Württemberg 1683–1938, Tübingen 1984; und zahlreiche Aufsätze zur Geschichte der deutschen und österreichischen Juden.

VINSCHEN, KLAUS-DIETER: geb. 1950. Dipl. Päd., Doktorand am Salomon Ludwig Steinheim-Institut für deutsch-jüdische Geschichte an der Universität Duisburg zum Thema: Rosi Wolfstein-Fröhlich. Eine politische Biographie. Veröffentlichungen zur lokalen Arbeiterbewegung, zuletzt Mitherausgeber des Bandes: Wilhelm Hasenclever. Reden und Schriften, 1989 (zusammen mit Ludger und Elisabeth Heid).

WICKERT, CHRISTL: geb. 1953. 1983 Promotion zum Dr. disc. pol., Göttingen. Seit 1990 wissenschaftl. Mitarbeiterin am Institut für Geschichtswissenschaft der TU Berlin. Veröffentlichungen: Unsere Erwählten. Sozialdemokratische Frauen im Deutschen Reichstag und im Preußischen Landtag 1919–1933, 2 Bände, Göttingen 1986; (Hrsg.): Heraus mit dem Frauenwahlrecht! Die Kämpfe der Frauen in Deutschland und England um politische Gleichberechtigung, Pfaffenweiler 1990.

WISTRICH, ROBERT S.: geb. 1945. Ph. D. September 1974: Socialism and the Jewish Problem in Germany and Austria (1880–1914). Professor of Modern European and Jewish History, Jerusalem und London. Veröffentlichungen u. a: Socialism and Jews: The Dilemmas of Assimilation in Germany and Austria-Hungary, London/Toronto 1982; Hitlers Apocalypse. Jews and the Nazi Legacy, London 1985; Wer war wer im Dritten Reich?, Frankfurt/M. 1987; Der antisemitische Wahn. Von Hitler bis zum Heiligen Krieg gegen Israel, München 1987; The Jews in the Age of Franz Joseph, Oxford 1989; Anti-Semitism. The Longest Hatred, London 1991; zahlreiche weitere Studien und Aufsätze auf den Gebieten des Antisemitismus und der modernen jüdischen Geschichte.

Das Judentum in der Deutschen Umwelt 1800–1850

Studien zur Frühgeschichte der Emanzipation

Herausgegeben von Hans Liebeschütz und Arnold Paucker

(Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 35)

1977. XIII, 445 Seiten. Leinen.

Revolution and Evolution. 1848 in German-Jewish History

Edited by Werner E. Mosse, Arnold Paucker, Reinhard Rürup

(Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 39)

1981. XII, 431 Seiten. Leinen.

Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890–1914

Herausgegeben von Werner E. Mosse unter Mitwirkung von Arnold Paucker

(Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 33)

1976. XIV, 786 Seiten. Leinen.

Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923

Herausgegeben von Werner E. Mosse unter Mitwirkung von Arnold Paucker

(Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 25)

1971. XII, 704 Seiten. Leinen.

Entscheidungsjahr 1932

Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik

Herausgegeben von Werner E. Mosse unter Mitwirkung von Arnold Paucker

(Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 13)

2., überarbeitete und erweiterte Auflage 1966. XX, 615 Seiten. Leinen.

Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland

The Jews in Nazi Germany 1933–1943

Edited by Arnold Paucker with Sylvia Gilchrist and Barbara Suchy

(Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 45)

1986. XXIV, 426 Seiten. Leinen.

Second Chance

Two Centuries of German-speaking Jews in the United Kingdom

Edited by Werner E. Mosse with Julius Carlebach, Gerhard Hirschfeld, Aubrey

Newman, Arnold Paucker, Peter Pulzer

(Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 48)

1991. XII, 654 Seiten. Leinen.